L 79000
9
1917
7/IV.-2./XII.
Volkswirtschaft
A
allgemeines
7.

Pester Lloyd

Abendblatt
7. IV. 1917

Berliner Finanzbrief.

— Von unserem Korrespondenten. —

Berlin, 4. April.

Das neueste große Ereignis, der Eintritt des Kriegszustandes zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, hat die in den weitesten Schichten der Bevölkerung und ganz besonders auch in Bank- und Finanzkreisen herrschende Zuversicht nicht im mindesten zu beeinträchtigen vermocht. Auch die Börse wurde in ihrer festen Haltung nicht erschüttert, und nichts ist bezeichnender, als daß besonders Schiffahrtaktien gestern, als die Kriegsbotschaft Wilsons bekannt wurde, in steigender Richtung verkehrten. Gerade was die Zukunft unserer Seeschiffahrt und unserer Schiffahrtgesellschaften betrifft, kann man nur an ein Wort erinnern, das Generaldirektor Ballin, der Gründer und Leiter der Hamburg-Amerika-Linie, vor einer Anzahl von Monaten bereits geprägt hat: „Wenn wir den Krieg gewinnen, so ist es für die Zukunft unserer Schiffahrt ganz gleichgültig, ob unsere in amerikanischen Häfen liegenden Schiffe beschlagnahmt worden sind oder nicht; verlieren wir aber den Krieg, so können uns alle drüben befindlichen Schiffe nichts nützen." Diese Ansicht des Leiters unserer größten deutschen Reederei hat man sich allmählich in ganz Deutschland zu eigen gemacht; es geht bei diesem Kampfe um Sein oder Nichtsein, und da der Glaube an den Endsieg ein so allgemeiner ist, spielt es in der Tat für Deutschlands künftige Seegeltung und für sein Recht auf Befahrung der Meere eine nur sehr untergeordnete Rolle, ob sich heute die Regierung der Vereinigten Staaten unserer in dortigen Häfen liegenden Dampfer bemächtigt. Uebrigens hat die Vermehrung der Gegner Deutschlands keineswegs etwa die Folge gehabt, daß die immer wieder von Zeit zu Zeit auftauchenden Friedensgerüchte nun auf einmal gänzlich verschwunden wären. Sie erhalten sich im Gegenteil mit großer Hartnäckigkeit, und so mißt man auch dem fortgesetzten Steigen des Kurses der russischen Bankaktien eine besondere Bedeutung bei. Ob mit Recht oder Unrecht, sei hier nicht entschieden, jedenfalls aber bilden die Käufe in diesen Papieren ein recht beachtenswertes Symptom, umsomehr, als kurz zuvor dieser Markt unter einem scharfen Druck gestanden hatte, nachdem die Pläne der russischen Regierung auf Entrechtung der deutschen Besitzer russischer Werte bekannt geworden waren.

Da man in allen urteilsfähigen Kreisen Deutschlands den Krieg mit den Vereinigten Staaten seit Wochen bereits als unvermeidlich ansah, gewinnen unter diesem Gesichtswinkel auch die Jahresabschlüsse und Dividendenerklärungen der Berliner Großbanken eine besondere Bedeutung. Hätte man in den maßgebenden Bankkreisen den Ausbruch des Krieges mit Amerika als eine dicht bevorstehende, unabwendbare Katastrophe aufgefaßt, so wäre es die selbstverständliche Pflicht jedes Bankleiters gewesen, in der Gewinnausschüttung einem solchen Ereignis gebührend Rechnung zu tragen. Daß die Verwaltungsmitglieder der deutschen Großbanken in keiner Weise eine solche Rücksichtnahme für notwendig hielten, beweist mehr als alles andere, wie groß — trotz Amerikas — das Vertrauen in den Sieg auch in diesen Kreisen ist. Was im übrigen die Jahresabschlüsse der Banken betrifft, so kann man nur feststellen, daß die Gewinne bei den führenden Instituten, der Deutschen Bank, der Diskonto-Gesellschaft und der Dresdner Bank, weit höher sind als jemals in Friedensjahren, und daß es den Banken infolgedessen ohne weiteres möglich war, wieder zu der Friedensdividende zurückzukehren. Bei der Deutschen Bank geschah diese Rückkehr freilich schon im vorigen Jahre, und auf Grund des um $4^1/_2$ Millionen Mark höheren Reingewinnes wäre die Verteilung einer noch höheren Dividende also sehr wohl im Bereiche der Möglichkeit gewesen. Von einer solchen hat die Direktion indessen Abstand genommen, weil sie die Kriegszeit grundsätzlich als nicht geeignet zu einer Dividendenerhöhung ansah, und so wurden vier Millionen Mark aus dem Mehr des Reingewinns zur Vornahme besonderer Abschreibungen auf Bankgebäude verwendet. Eine sehr bemerkenswerte Erscheinung bildet es, daß gleichzeitig eine neue Fusionsbewegung in der deutschen Bankwelt eingesetzt hat, die zum Teil einen „Zug nach dem Osten" bedeutet. In früheren Jahren galt das Hauptinteresse der deutschen Banken dem Westen Deutschlands mit seiner gewaltigen Industrie, seinen reichen Schätzen an Eisen und Kohle, seinen großen Handelsstädten und seiner dichten Bevölkerung. In Düsseldorf, Köln, Essen und anderen Städten des Westens spielten die Niederlassungen der Berliner Großbanken eine immer wichtigere Rolle, und demgegenüber wurde der industriearme, weniger bevölkerte Osten des Reiches gänzlich vernachlässigt. Im Zusammenhange mit den kriegerischen Ereignissen, mit der Besetzung Polens und Kurlands, gewann nun plötzlich auch der Osten Deutschlands eine erhöhte Bedeutung, und da es den Banken zurzeit an jeder Möglichkeit zum großen, internationalen Geschäft fehlt, bot sich hier eine willkommene Gelegenheit zur Betätigung. Die Deutsche Bank übernahm im Zusammenhang hiemit zwei Provinzbanken vollständig, zu denen sie vorher bereits in engen Beziehungen gestanden hatte, nämlich den Schlesischen Bankverein und die Norddeutsche Kreditanstalt in Königsberg; die Berliner Handelsgesellschaft schloß eine Art von Interessengemeinschaft mit der Danziger Privat-Aktienbank ab; die Mitteldeutsche Kreditbank errichtete eine Filiale in Königsberg und die Diskontogesellschaft übernahm die Königsberger Vereinsbank. Von Plänen der Dresdner Bank in gleicher Richtung ist seit kurzem ebenfalls die Rede, wenn auch bestimmte Vorschläge noch nicht bekannt geworden sind, und so zeigt sich in der gesamten deutschen Bankwelt das Streben nach weiterer Ausdehnung, soweit es die gegenwärtigen Verhältnisse zulassen. Unter diesem Gesichtspunkte ist auch die Errichtung einer Niederlassung der Nationalbank für Deutschland in Brüssel zu betrachten, und doppelt bemerkenswert ist dieser Vorgang, weil die Nationalbank bisher ein Gegner des Filialsystems war. Die Kraft der deutschen Bankwelt ist also während der Kriegszeit keineswegs gebrochen worden, sondern ganz im Gegenteil neu erstarkt; große Kräfte haben sich wieder angesammelt, um bei Eintritt friedlicher Zeiten auch wieder die verloren gegangenen Gebiete am Weltmarkte zurückzuerobern, und im Grunde zweifelt niemand daran, daß dies im vollen Umfange gelingen wird.

Inzwischen dauert die Zeichnungstätigkeit auf die neue Kriegsanleihe in unvermindertem Maße an. Es ist diesmal ein größerer Werbefeldzug für die Anleihe unternommen worden als bei den früheren Anleihen, und es ist zu hoffen, daß der Erfolg dieser gesteigerten Werbetätigkeit nicht ausbleiben wird. Die Plakate mit der Zeichnungsaufforderung erblickt man an den Bahnhöfen der Hochbahn, in den Wagen der Straßenbahn, an den städtischen Anschlagssäulen; der Film hat sich gleichfalls in großem Maßstabe in den Dienst der Anleihe gestellt; in den Theatern werden Sonderaufführungen veranstaltet und der Erlös dieser Vorstellungen wird der Kriegsanleihezeichnung zugeführt; in den Schulen werden belehrende Vorträge über die Anleihe gehalten, kurzum, es wird eine weit regere Tätigkeit entfaltet, einen großen Erfolg der Anleihe zu sichern, als es bei den früheren Zeichnungen der Fall war. Diese gesteigerte Propaganda hängt aber nicht etwa damit zusammen, daß man Zeichen von Ermüdung und Interesselosigkeit entdeckt hätte. Das ist keineswegs der Fall; aber es gilt, immer neue Schichten, die bisher noch keinen genügenden Anteil an dem großen Werke nahmen, das heißt vor allem solche Kreise, die früher niemals den Begriff des Wert- und Staatspapiers kannten, die ihre Ersparnisse niemals auf diese oder ähnliche Weise anlegten, ebenfalls zu gewinnen und sie durch Belehrung in Wort und Schrift, durch sinnfällige Reklame oder auf andere Art davon zu überzeugen, daß es allgemeine und unabweisbare Pflicht ist, sich an dem großen vaterländischen Werke nach Kräften zu beteiligen. Bei der alle Schichten beherrschenden Zuversicht wird man nicht daran zweifeln können, daß der neuartige große Werbefeldzug erfreuliche Früchte tragen wird, und der volle Erfolg der sechsten Kriegsanleihe, die man ziemlich allgemein als die letzte ihrer Art ansieht, kann heute bereits als gesichert gelten.

Fremdenblatt
Abendbl
7./IV. 1917

Verein „Eisernes Oesterreich", Wien, 1. Bez., Am Hof Nr. 11.

„Eisernes Oesterreich."

Vor kurzem fand die gründende Versammlung des Vereines „Eisernes Oesterreich" statt. Der neue Verein will sich ausschließlich mit wirtschaftlichen Fragen befassen und auf diesem Gebiete wieder will er sich vor allem einer Einflußnahme auf die einzelne Wirtschaft widmen. Sein Leitspruch steckt ein hohes Ziel aus: „Oesterreich muß in wenigen Jahren aus eigener Kraft wirtschaftlich wieder dort stehen, wo es vor dem Kriege stand." Das Heilmittel: „Arbeit und Sparsamkeit" ist einfach, seine richtige Anwendung aber erfordert eine Neuorientierung jedes einzelnen Haushaltes, wie sie nur durch eine große volkstümliche Bewegung ausgelöst werden kann. Jeder einzelne soll seine Sparsamkeit in solche Bahnen lenken, daß er nicht nur sich selbst, sondern auch der Allgemeinheit nützt; bewußt gute Wirtschaft auf allen Gebieten, im kleinsten Haushalt wie im größten, sparsamste und beste Wirtschaft aus patriotischen Gründen, das will der Verein predigen.

Voll Zuversicht will der neue Verein den Kampf aufnehmen gegen das, was Walter Rathenau in seinem neuesten Werk „Die Torheit der Produktion, die Unverantwortlichkeit des Verbrauches" genannt hat. Weil die kommende Zeit in jedem Falle eisern hart und schwer sein wird, nennt sich der Verein „Eisernes Oesterreich", aber sein reiches Arbeitsprogramm erscheint getragen von der Ueberzeugung, daß unser Vaterland so stark und entwicklungsfähig ist, daß wenige Jahre voll bester Wirtschaft, voll starken Zusammenarbeitens aller Bürger genügen müßten, um die ärgsten sachlichen Schäden des Krieges zu beseitigen, um seine dauernden Lasten erträglich zu machen und neuem, größerem Fortschritte die Wege zu bahnen.

Der neue Verein tritt sofort mit drei wichtigen Flugschriften von allgemeinem Interesse an die Oeffentlichkeit: Heft 1: „Ist unser Geld im Kriege weniger wert geworden?" Heft 2: „Krieg und Luxus." Heft 3: „Die Lasten des kommenden Friedens für jeden einzelnen."

Das reichhaltige Arbeitsprogramm des Vereines ist kostenlos durch die Kanzlei, Wien, 1. Bezirk, Am Hof Nr. 11, zu beziehen, woselbst auch Auskünfte erteilt und Beitrittserklärungen entgegengenommen werden. Der Mitgliedsbeitrag beträgt für unterstützende Mitglieder 2 Kronen, für ordentliche Mitglieder je nach Selbsteinschätzung 5 bis 25 Kronen pro Jahr.

Dem Vorstande des Vereines „Eisernes Oesterreich" gehören derzeit folgende Herren an: Se. Exzellenz Graf Leopold Auersperg, Minister a. D., Präsident der Pensionsanstalt für Angestellte, Mitglied des Herrenhaus (Präsident); Hofrat Anton Schmid, Direktor der k. k. Exportakademie, Professor der k. u. k. Konsularakademie; Exzellenz Baron Michael Tisljar v. Lentulis, General der Infanterie; Senatspräsident Dr. Friedrich Ploj des Verwaltungsgerichtshofes (als Vizepräsidenten) u. m. a.

Neues Wiener Tagblatt

8./IV. 1917

Soziale Pflichten.

Die Begriffe, die im staatlichen Zusammenleben zur Umschreibung der hieraus dem einzelnen erwachsenden Rechte und Pflichten gegenüber der Gesamtheit ehedem kaum bestrittene Geltung besaßen, sind durch den Krieg demoliert worden; ganz besonders soweit die Pflichten in Betracht kommen. Das Individuum zählt nicht mehr oder nur insoweit, als seine Existenz, seine Kraft und Betätigung dem Staate, der Vereinigung aller, zum Nutzen gereicht. Diese Erkenntnis hat einen neuen Pflichtenkreis geschaffen oder sicherlich dem früheren im Verhältnis zwischen Staat und Individuum ungleich weiterreichende Grenzen gezogen. Die dritten Ostern, die wir im Krieg verbringen, mahnen denn auch die Daheimgebliebenen, besonders die besitzende Klasse, ihrerseits jeder nach seinen Kräften alles zu tun, was dem Staat frommt und den Mitbürgern das Durchhalten erleichtern kann. Schon im Frieden gibt es soziale Pflichten, Pflichten des Besitzes, um jenen, die nicht mit Glücksgütern gesegnet sind, über ihre schwierige Lage hinwegzuhelfen. Der Krieg hat noch andre soziale Pflichten entstehen lassen. Der Staat geht mit gutem Beispiel voran, seine Aufgabe ist es allerdings vor allem, praktische Sozialpolitik zu üben. In diese Kategorie gehört auch die Hilfsaktion zur Erleichterung der Lebensführung der Mindestbemittelten; sie bringt dieser Bevölkerungsschichte weit billigere Lebensmittel, als sonst gezahlt werden muß, wenn sie überhaupt für die, denen sie zugedacht sind, erschwinglich wären. Speziell zu den Osterfeiertagen ist für billige Fleischnahrung der Minderbemittelten gesorgt worden. Selbstverständlich bringt der Staat, wenn er unter dem Selbstkostenpreis abgibt, ein Opfer. In der konstituierenden Versammlung des Aktionskomitees hat der Finanzminister mitgeteilt, daß nicht weniger als 300 Millionen Kronen vom Staat zu diesem Zweck hergegeben werden. Es handelt sich nicht um Fleisch allein, sondern auch um andre Nahrungsmittel, die gleichfalls beschafft werden sollen, um die ärmere Bevölkerung zu billigem Preis damit zu beteilen. Eine zweite soziale Pflicht hat die Regierung auf sich genommen und rasch durchgeführt, indem sie in den letzten Tagen, gleichsam als Osterei, den weniger bemittelten Angehörigen der Eingerückten eine Erhöhung des Unterhaltsbeitrages zukommen ließ. Das erfordert, wie gleichzeitig mit der betreffenden Verordnung amtlich mitgeteilt wurde, ein weiteres Opfer von 400 Millionen Kronen. Die beiden Hilfsaktionen des Staates als Durchführung zweier sozialer Pflichten nehmen somit 700 Millionen Kronen in Anspruch. Einem großen Teil der Bevölkerung wird damit in dieser schweren Zeit die Lebensführung erleichtert.

Der einzelne hat seinerseits auch soziale Pflichten, von denen im Frieden noch nicht die Rede war. Dem Staate gegenüber ist es seine Pflicht, sich nach seinen Kräften an den Kriegsanleihen zu beteiligen. Man muß allen Schichten der Bevölkerung die Anerkennung zollen, daß sie dieser Pflicht mit größter Bereitwilligkeit nachgekommen sind. Der überraschend glänzende Erfolg der bisherigen fünf Kriegsanleihen hat bewiesen, daß alle, groß und klein, sich ihrer Pflicht bewußt waren, dem Staate die Mittel zu der von unsern Feinden gewollten Fortsetzung des Krieges nicht vorzuenthalten. Es wird, dies kann das feindliche Ausland als sicher annehmen, unserm Staate auch zur weiteren Kriegführung bis zum glücklichen Ende das Geld nicht fehlen. Nur ein verschwindend kleiner Teil des Erlöses der Kriegsanleihen ist in das Ausland gewandert. Der weitaus größte Teil blieb im Inland, und in den Sparkassen und Banken ist der Einlagenstand nach den Zeichnungen auf die Kriegsanleihen höher als vor denselben und vor dem Kriege. Die Erfüllung der sozialen Pflicht der Zeichnungen auf die Kriegsanleihen wurde dem Publikum übrigens durch die hohe Rentabilität und dabei doch unbedingte Sicherheit der Anleihen sehr leicht gemacht. Der Pflichten, die der Besitz auferlegt, waren die bemittelten Klassen der Bevölkerung auch in der Richtung eingedenk, daß sie sich im großen Umfang an den Aktionen der Kriegsfürsorge beteiligten. Aber mit den Spenden für die Allgemeinheit ist die soziale Pflicht nicht erschöpft. Wenn jeder in seinem Kreise Gutes tut, armen Angehörigen und auch andern, die er als unterstützungsbedürftig kennt, Gutes erweist, so hat er einer sozialen Pflicht Genüge getan und sich selbst durch die Linderung der Not der von ihm Bedachten eine innere Befriedigung und Freude bereitet, die jene nicht kennen, denen Wohltun fremd ist.

Eine soziale Pflicht ist es ferner, genau die Verordnungen zu befolgen, die doch nur im Interesse der gesamten Bevölkerung erlassen worden sind, damit die Lebensmittel nicht ausgehen und nicht Vorräte von den einen angesammelt werden auf Kosten der andern, die sich dann nicht einmal das Notwendigste zu beschaffen vermögen. Wenn jemand, wie es leider nicht selten geschehen ist, freiwillig eine Ware überzahlt, weit über den Höchstpreis hinaus, bloß darum, weil er es sich leisten kann und ihm nichts daran liegt, auch das Doppelte oder gar Mehrfache des Höchstpreises zu bezahlen, so hat er eine sich jetzt besonders aufdrängende soziale Pflicht verletzt. Abgesehen davon, daß ein solcher Käufer, wenn er das Gekaufte auch nur zu seinem eigenen Gebrauch erworben hat, ebenso strafbar ist wie der Verkäufer, nimmt er einem andern, der es noch notwendiger brauchen würde, gewissermaßen ein Nahrungsmittel vom Munde weg. Er verteuert überdies für die andern die Ware. Er riskiert außerdem, wenn durch einen Zufall oder durch eine Anzeige sein Gebaren aufkommt, sehr unangenehme Folgen. Jeder Einsichtige wird sich gewiß nicht nur die die Sicherstellung der Versorgung aller Bewohner des Staates anstrebende Verordnung, sondern ebenso die soziale Bürgerpflicht, die ihm gebietet, auch an die Notwendigkeit der Ernährung der andern zu denken, vor Augen halten. Ja sogar sein eigenes Interesse gebietet es ihm. Den Hilfsaktionen des Staates muß sich auch der einzelne anschließen, er darf ihnen nicht entgegenarbeiten. Dann werden wir auch die schwere Zeit überstehen und im nächsten Jahre hoffentlich fröhliche Ostern feiern.

Neues Wiener Tagblatt

8./IV. 1917

Wirtschaftliche Wochenchronik.

1. April. Von der englischen Regierung werden die täglichen Kriegskosten Englands mit 7·26 Millionen Pfund Sterling beziffert.

2. April. Präsident Wilson fordert den Kongreß auf, zu erklären, daß zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich der Kriegszustand bestehe.

3. April. Verordnung betreffend die Kontingentierung und Verarbeitung von Rohöl. — Gründung einer Baugewerbezentrale in Wien. — Anzeigepflicht für die Platinvorräte.

4. April. Umgestaltung der Oesterreichischen Viehverwertungsgesellschaft zum Zwecke der Versorgung mit billigerem Fleisch. — Verordnung zur Regelung des Verkehrs mit Kohle, Briketten und Koks.

5. April. Allgemeines Einfuhrverbot in Italien wegen des enormen Passivums der italienischen Handelsbilanz. — Handelsverbot mit dem feindlichen Ausland in Bulgarien.

6. April. Das amerikanische Repräsentantenhaus nimmt den Kriegsantrag Wilsons an. Damit ist der Kriegszustand zwischen Amerika und Deutschland proklamiert. Infolgedessen bricht auch Oesterreich-Ungarn die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika ab. — Die Bank von England ermäßigt ihren Zinsfuß auf 5 Prozent.

Neue Freie Presse 7
8/IV. 1917

Uebergangswirtschaft.

Von **Kommerzienrat Dr. Karl Goldschmidt.**
Generaldirektor der Goldschmidt-Aktiengesellschaft in Essen.

Charlottenburg, 4. April.

Unter Uebergangswirtschaft verstehe ich die staatliche Ordnung des Wirtschaftslebens, um dieses aus der Gebundenheit, die der Krieg dem Wirtschaftsleben auferlegt hat, wieder in die Freiheit überzuführen, die es vor dem Kriege genossen hat. Die Notwendigkeit der Fortsetzung einer staatlichen Organisation ist ohne weiteres klar, wenn nur an die Schwierigkeiten der Ernährung gedacht wird, mit denen wir auch nach dem Kriege zu rechnen haben werden. Die Oeffnung der Grenzen allein dürfte nicht genügen, denn überall haben wir mit einem starken Rückgang der Ernteerträgnisse auch weiterhin zu rechnen. Nicht nur in Europa, wo Menschen und Tiere, die der Feldbestellung bisher gedient hatten, dieser Tätigkeit entzogen sind, sondern auch außerhalb Europas, in Amerika, Asien, Afrika und Australien, hat die Entente feldbearbeitende Menschen und feldbearbeitendes Vieh für den Krieg rekrutiert. Den Vereinigten Staaten fehlt nicht nur die übliche Jahreseinwanderung von etwa einer Million größtenteils arbeitsfähiger Menschen, sondern es sind auch viele dienstpflichtige Männer der Entente nach Europa zu den Waffen geeilt. Andere sind der hohen Löhne wegen von der Feldbestellung in die Munitionsfabrikation gegangen und all das setzt sich fort, solange der Krieg wütet. Es wird daher aus Mangel an Ernteertrag auch trotz offener Grenzen sofort nach Friedensschluß sehr schwer möglich werden, genug Nahrungsmittel herbeizuschaffen. Es muß also Vorsorge getroffen werden, daß die Wohlhabenden nicht nur nicht sofort wieder zu der reichlichen Verpflegung zurückkehren, die sie sich vor dem Kriege gestatten konnten, sondern sie müssen auch davon zurückgehalten werden, die ausgeleerten Speisekammern sofort wieder zu füllen. Andernfalls droht Gefahr, daß für die Minderbemittelten die erste Friedenszeit noch schlimmer würde, als die Kriegszeit am Schluß es gewesen ist. Auch muß der Staat sein Auge darauf halten, daß nicht etwa durch eine ungebührliche Preissteigerung das Saatgut und der Viehbestand gefährdet wird. Gelingt es, größere Mengen von Nahrungsmitteln und Rohmaterialien für Gebrauchsgegenstände ins Land zu schaffen und haben wir normale Ernten, so kann die Zuteilung in größeren Einzelmengen stattfinden, als das zurzeit der Fall ist. Sofort ganz entbehren wird man unser behördliches Verteilungssystem aber nicht können.

Neben der Notwendigkeit der Einschränkung des Verbrauches muß auch staatlicherseits dafür gesorgt werden, daß die Industrie möglichst gleichmäßig mit den notwendigen ausländischen Rohmaterialien versehen wird. Es wird also der Staat einmal zwischen den verschiedenen Rohmaterialien ein gewisses Verhältnis festsetzen müssen, in dem die Einfuhr gestattet wird, und ferner wird er die einzelnen Materialien möglichst gleichmäßig auf die Fabriken je nach ihrer Leistungsfähigkeit verteilen müssen, damit die Industrien einigermaßen gleichmäßig wieder in Betrieb kommen und den Vertrieb ihrer Ware wieder aufnehmen können. Das ist schon notwendig, um den alteingesessenen Handel, der in diesem Kriege ganz besonders schwer gelitten hat, wieder in seine wichtige Stellung für das Wirtschaftsleben zurückzuführen.

Die Zusammenfassung der Verbraucher ausländischer Rohmaterialien behufs gemeinsamen Ankaufes im Ausland ist schon notwendig mit Rücksicht auf die Wiederherstellung der Valuta. Ließe man in der ersten Zeit, in der die Nachfrage eine besonders stürmische für viele Artikel sein wird — man denke an unseren großen Bedarf an Textilfasern, Metallen, Fetten — den Einkäufern völlig freie Hand, so würden die Preise ins ungemessene steigen und wir hätten letzten Endes mittelbar an unsere Gegner, die Besitzer der Rohstoffe, eine von diesen zu bestimmende Kriegsentschädigung zu zahlen. Dazu kommt noch die Rücksicht auf unseren großen Schiffsmangel. Eine wirkliche zweckentsprechende Einfuhrpolitik wird sich daher nur durchführen lassen, wenn die Angehörigen des Vierbundes auch hier Schulter an Schulter vorgehen und nicht gesondert.

Das Erstrebenswerteste wäre es, wenn wir beim Friedensschluß einen Gedanken ausführen könnten, der meines Wissens zuerst von Exzellenz Helfferich ausgesprochen worden ist, nämlich die Kriegsentschädigung, die die Mittelmächte fordern werden und fordern müssen, zum Teil in Form von Rohstoffen von unseren Feinden bezahlen zu lassen. Genügende Mengen von Spinnfasern, Metallen, Kautschuk, Oelen, Fetten, Getreide und Futtermitteln haben wir dann, aber kein Geld dafür ins Ausland zu senden. So wird durch eine stark gesteigerte Ausfuhr von hochwertigen Erzeugnissen die Valuta sehr schnell sich wieder heben. Dazu wird aber Oesterreich-Ungarn sowohl wie Deutschland nach dem Kriege in der Lage sein. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit wenigen Ausnahmen werden freilich zunächst im Lande selbst zur Ernährung und Auffüllung der Lager unentbehrlich sein. Wie weit Bulgarien und die Türkei durch eine Ausfuhr von Erzeugnissen unmittelbar nach dem Kriege die Volkswirtschaft und ihre Valuta zu heben in der Lage sein werden, entzieht sich meiner Beurteilung. Die industriellen Gegenden haben aber im Krieg den Feind kaum gesehen. Ihre Anlagen sind größtenteils kaum berührt, zum Teil wesentlich erweitert worden. Sie werden also ihre Arbeit, wenn auch infolge der schweren Verluste an Männern unter weiterer Zuhilfenahme weiblicher Kräfte, bald in vollem Maße aufnehmen können. Auch an Absatz wird es diesen Fabriken zunächst nicht fehlen. Die Welt bedarf zu sehr einer Wiederherstellung und sie ist allzu hungrig nach den Erzeugnissen des Friedens. Im Inland, im neutralen und feindlichen Ausland beim Friedensschluß zu erwirkende Vorzugsbehandlung oder Meistbegünstigung muß uns die Tore öffnen.

Die Ausfuhr solcher Erzeugnisse, in denen keine Rohmaterialien stecken, für die wir Geldeswert ins Ausland senden müssen, wird vom Staat ganz besonders zu fördern sein. Wie der Staat in der Kriegswirtschaft schon die großen wirtschaftlichen Verbände für seine Arbeit zur Hilfe bei der Organisation herangezogen hat, so wird er dies bei der Uebergangswirtschaft in noch erhöhterem Maße tun müssen. Diese werden unter Hinzuziehung des Handels, soweit er bereits vor dem Kriege für die Rohstoffversorgung tätig war, am besten den Einkauf und die Verteilung an die Berufsgenossen besorgen.

Im Auge zu behalten ist bei all diesen Maßnahmen, daß es sich um eine Uebergangswirtschaft handelt und daß diese so schnell wie irgend möglich wieder verschwinden muß, um der Freiheit der Gewerbe, wie sie vor dem Kriege bestanden hat, das Feld zu überlassen. Denn nur in der größtmöglichen Freiheit werden sich die Gewerbe so entfalten können, wie es notwendig ist, um allmählich die schweren Wunden zu heilen, die der Krieg der Volkswirtschaft geschlagen hat.

Neue Freie Presse Abendbl. 12./IV. 1917

8

Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes.

Heute vormittag trat der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes unter dem Vorsitze des Obmannes Doktor Gustav Groß zu einer Beratung zusammen, der auch der Handelsminister Dr. Urban und der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester beiwohnten. An der Sitzung nahmen teil die Abgeordneten Pacher, Wolf, Hummer, Roller, Luksch, Dobernig, Hartl, Bodirsky, Ritter v. Panz, Denk, Waber, Steinwender, Keschmann und Waldner. Die Abgeordneten Dinghofer, Stölzl und Damm hatten sich entschuldigt.

Der Vorsitzende leitete die Verhandlungen mit einem politischen Referat ein, an das sich eine längere Aussprache knüpfte, in die fast alle Mitglieder des Vorstandes sowie Handelsminister Dr. Urban wiederholt eingriffen. Beschlüsse wurden bis zur Mittagsstunde nicht gefaßt. In derselben wurde von verschiedenen Seiten auf die Notwendigkeit der ehesten Einberufung des Reichsrates hingewiesen. Handelsminister Dr. Urban gab den Mitgliedern des Vorstandes die Absichten der Regierung in der Reichsratsfrage bekannt.

Abg. Hummer brachte folgende Anträge ein: Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes wolle beschließen, die Regierung sei aufzufordern, jene Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um bei den im Kriege geschaffenen Zentralen, die einen über eine sechsprozentige Verzinsung des Stammvermögens hinausgehenden Gewinn ausweisen, diesen Gewinn zugunsten des Staatsschatzes zu enteignen und zur Wohlfahrtspflege für die unbemittelten Volksschichten zu verwenden;

durch Bestellung staatlicher Aufsichtsorgane zu verhindern, daß Teile des Gewinnes dem Zugriff des Staates entzogen werden, sei es durch Bilanzschiebungen, sei es durch Aufrechnung unangemessener Verwaltungskosten und anderer Regien, sei es durch Gewährung von Tantiemen oder anderen, wie immer Namen habenden Bezügen an die zur Leitung berufenen Teilhaber (Aktionäre);

schließlich zu erwägen, ob und inwieweit die vorgenannten Maßnahmen auch auf andere Aktiengesellschaften auszudehnen wären.

Weiter legte Abg. Hummer folgenden Resolutionsantrag vor: Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes spricht die Erwartung aus, daß wenigstens einige Zentralen eine Enteignung ihrer Gewinne nicht abwarten, sondern diese freiwillig dem Wohle der Allgemeinheit zur Verfügung stellen werden.

Ferner brachte Abgeordneter Hummer folgenden Antrag ein: „Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes spricht seine Genugtuung darüber aus, daß die Regierung durch Erlassung strenger Bestimmungen ihren festen Willen bekundet hat, der Preistreiberei entschieden entgegenzutreten. Gleichwohl erachtet der Vorstand des Verbandes eine Revision der jüngst erlassenen Verordnung gegen die Preistreiberei unter Hinausgabe von Erläuterungen an die Gerichte für dringend geboten, da einerseits nach dem Wortlaute der nunmehr geltenden Bestimmungen zahlreiche Unschuldige getroffen werden, anderseits die von einzelnen Gerichten urteilsmäßig an den Tag gelegte Auffassung der Verordnung zur Unterbindung auch des legitimsten Handels und damit zu einer sehr großen Gefahr für die Allgemeinheit führen müßte."

Neues Wiener Tagblatt
13./IV. 1917

11

Deutscher Nationalverband.

Ueber die gestern vormittag stattgefundene Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes wird folgender parteiamtlicher Bericht ausgegeben:

„Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes hielt gestern eine längere Sitzung ab, in welcher beschlossen wurde, neuerlich auf das dringendste die Forderung nach Erledigung der längst in Aussicht gestellten Neuordnung und nach Einberufung des Reichsrates zu wiederholen. Weiter wurde festgestellt, daß die Erscheinungen in der Geschäftsgebarung vieler Banken einen entschiedenen Eingriff verlangen, und es wurde beschlossen, in dieser Angelegenheit die entsprechenden Forderungen an die Regierung zu stellen. Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes hat ferner folgende Beschlüsse gefaßt:

Die Regierung wird aufgefordert, jene Maßnahmen zu treffen, welche notwendig sind, um

1. den im Krieg geschaffenen Wirtschaftszentralen die über eine Verzinsung von 6 vom Hundert des Stammvermögens hinausgehenden Gewinne zugunsten des Staatsschatzes zu enteignen und zur Wohlfahrtspflege für die unbemittelten Bevölkerungsschichten zu verwenden;

2. durch Bestellung ständiger staatlicher Aufsichtsorgane zu verhindern, daß Teile des Gewinnes dem Zugriff des Staates entzogen werden, sei es durch Bilanzschiebungen, sei es durch Aufrechnung unangemessener Verwaltungskosten und andrer Regien, sei es durch Gewährung von Tantiemen oder wie immer Namen habenden andern Bezügen an die zur Leitung berufenen Teilhaber.

Der Vorstand sprach ferner die Erwartung aus, daß wenigstens einige Zentralen eine Enteignung ihrer Gewinne nicht abwarten, sondern diese freiwillig dem Wohle der Allgemeinheit zur Verfügung stellen werden.

Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes hat außerdem noch folgende Beschlüsse gefaßt:

Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes spricht seine Genugtuung darüber aus, daß die Regierung durch die Erlassung strenger Weisungen ihren festen Willen bekundet habe, der Preistreiberei entschieden entgegenzutreten. Gleichwohl erachte der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes die Ergänzung und Erläuterung der bestehenden Verordnungen für dringend geboten, damit Sicherheit geschaffen werde, daß nur der wirklich Schuldige von der vollen Strenge des Gesetzes getroffen wird, nicht aber der legitime Handel.

Abg. Dr. Groß berichtete ferner auch über den Stand der Dinge in Frage der Reform des Volksschulwesens, zu welchem Gegenstand insbesondere Abg. Pacher sprach, der den Standpunkt der Lehrerschaft gegenüber dem Abg. Steinwender nachdrücklichst vertrat.

Abg. Pantz erörterte die Möglichkeit der Bildung eines erweiterten deutschen Blocks, woran sich eine Debatte anschloß.

Seitens der Regierung war infolge einer früheren Intervention des Vorstandes die Mitteilung erfolgt, daß das Kriegsministerium im Einvernehmen mit den beiderseitigen Finanzverwaltungen eine Neuregelung der militärischen Familiengebühren eingeleitet habe, wonach den Familien der als Gagisten eingerückten Landes- und Gemeindebediensteten sowie Lehrer aller öffentlichen Lehranstalten in jenen Fällen, in denen der Zivilbezug geringer ist als die nach den militärischen Gebührenvorschriften in Betracht kommenden Familiengebühren, die Differenz zwischen den Zivilbezügen und den Familiengebühren als Familienzuschüsse gebühren werde. Diese Mitteilung wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und der Obmann des Deutschen Nationalverbandes beauftragt, dahin vorstellig zu werden, daß diese Neuregelung rückwirkend auf die Zeit der bekanntlich verfügten außerordentlichen Kürzungen der Bezüge Platz greife."

Von andrer Seite wird uns berichtet: Der Obmann Abg. Groß erklärte in seinem Referat, es sei in der Frage der Einberufung des Reichsrates keinerlei Aenderung eingetreten, diese sei vielmehr zu dem von der Regierung wiederholt bekanntgegebenen Zeitpunkt zu gewärtigen. Der Bericht des Obmannes wurde zur genehmigenden Kenntnis genommen.

Fremdenblatt

15/IV. 1912.

* (Wo bleibt der Mittelstand?) Ein abgenütztes Thema und eine oft gestellte Frage. Beider Erledigung aber zählt zu Forderungen, die wirkliche staatssozialistische Gerechtigkeit, die ja jetzt vornehmlich Reiche baut und stützt, immer wieder erheben muß. Denn hier ist eine der Gelegenheiten, bei der Gedankenlosigkeit, die Mutter alles administrativen Verderbens, mehr Unheil stiften kann, als Böswilligkeit. Und auch auf Schritt und Tritt Unheil stiftet. Als kürzlich eine Aktion in die Wege geleitet wurde, deren Sinn und Ziel gewiß uns allen, die wir sozial denken und handeln, sehr am Herzen liegt, fielen wieder jene Worte, die eine so grundfalsche Trennung und Unterscheidung beinhalten. Es galt, den „Minderbemittelten" auf möglichst direktem Wege billige Lebensmittel zu schaffen. Und um diesem Plan kräftigeren Umsatz in die Wirklichkeit zu ermöglichen, stellte man ihm sofort die scharfe Mahnung an die „Wohlhabenden" an die Seite, den wirklich Bedürftigen nicht in einzelnen Fällen, wo keine Ausweisleistung vorgeschrieben, unlautere Konkurrenz zu machen. Sehr gut! Aber die wirklich Wohlhabenden denken in der Regel nicht daran. Sie sind kraft ihres Geldes noch immer und trotz aller Verordnungspolitik in der angenehmen Lage, um die Stillung ihres Hungers nicht so bekümmert sein zu müssen. Es steht, ehrlich und ungeschminkt, schlimm nur um jene, die des äußeren Anstandes halber und nicht auf Grund ihrer Kontoauszüge für wohlhabend gelten müssen. Und da erwachsen wieder Feststellungen, die prinzipiell wichtig und inhaltsreich sind: ein Kataster der „Minderbemitteltheit" würde gewiß bei einer Grenze des Einkommens Halt machen, oberhalb deren der halbwegs repräsentabel lebende Beamte noch lange keine Angst vor Verfettung zu haben braucht. Das ist die eine und dabei noch die geringere Ungerechtigkeit, daß man sozusagen offiziell Summen als genügende Existenzminima anspricht, die es nicht sind. Die andere, die größere, ist der Zwang zur Heuchelei, die von der Gesellschaft selbst diktiert und vom Staat nicht aufgehoben wird. Der Mann in der Arbeiterbluse kann, wenn ihn Not und ungerechte Belastung seines Budgets bedrängen, nicht nur — was dem beneideten „Fixbesoldeten" in der Regel ewig versagt bleibt — seine Bezahlung durch organisatorische oder sozialpolitische Propaganda und gebotenenfalls mit freundlicher Gewalt erhöhen, er kann auch, ohne an Ehre und Würde Abbruch zu nehmen, alle Hilfsquellen in Anspruch nehmen, die die Oeffentlichkeit für Bedürfnisse und Beschwerden des Volkes geöffnet hat. Der Mann im möglichst gutgeschnittenen Sakkoanzug — auch dies zählt zu den ungeschriebenen, aber drakonischen Vorschriften, unter denen die weitesten Schichten des Bürgertums keuchen — diese Pflicht, dem Kollegen oder Stammtischfreund nicht einmal in der Qualität des Anzug- oder Krawattenstoffes recht nachstehen zu dürfen, ohne in der allgemeinen Reputation grundlos, aber empfindlich gedrückt zu sein — er also kann das alles nicht. Seine Bezüge bleiben unberührt von allen Stürmen, so die Weltwirtschaft erschüttern, die gleichen. Seine Teuerungszuwendungen hat, wenn solche existieren, das sprunghafte Steigen aller Tagesbedürfnisse gleichfalls meist längst verschlungen. Und er darf alles, wenn er es geschickt genug am Kriminal vorbeiführt. Darf borgen, pumpen, verpfänden, Vorschuß schinden, ein klein wenig hochstapeln, darf vor allem hungern und wieder hungern. Nur eines darf er seltsamerweise unter keinen Umständen: Sich als Bedürftiger bekennen, seine Notlage, die oft gerade durch die Wucht der moralischen Umstände größer ist als die des Proletariers, in die Welt zu schreien. Es wäre nun wohl gerade die elfte Stunde, um mit diesem Unfug aufzuräumen. Das Wort, das diesen Krieg einen „Mittelstandskrieg" genannt hat, birgt ein gut und ausreichend Teil Wahrheit. Daß der Arme ohne jede Einwendung zu unterstützen, daß ihm die schweren Lasten des Tages möglichst zu erleichtern sind, darüber sind wir uns alle einig. Es wäre nun dringlich genug, diese Einigkeit auch auf den energischen Wunsch auszudehnen, es mögen —und dies zunächst von Seite der Behörden selbst — die Begriffe der „Wohlhabenheit" und „Gutsituiertheit" etwas genauer und vorurteilsloser, vor allem ohne alle Standesrücksichten, untersucht werden. Die Ueberzeugung besteht zu Recht, daß ein näherer Einblick in die wahre Sachlage und die tapfer verhüllte Bitterkeit so vieler und so typischer Schicksale die Hilfe und Verbesserung sofort herbeizwingen würde. Nachdenken und Beobachten ist auch hier die Kardinalforderung!

Neues Wiener Tagblatt

15/IV. 1917.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

8. April. Beschlagnahme der deutschen Schiffe in Amerika.

9. April. Angebliche Einräumung eines amerikanischen Kriegskredits von 3 Milliarden Dollar an die Entente. — Beschlagnahme auch der österreichisch-ungarischen Schiffe in Amerika.

10. April. Trotz der Proklamierung des Kriegszustandes zwischen Amerika und Deutschland zuversichtliche Stimmung an der Wiener und Berliner Börse. — Sperrung des Hafens von Liverpool und dreier andrer englischer Häfen wegen Minengefahr.

11. April. Einstellung des Postverkehres Oesterreich-Ungarns mit den Vereinigten Staaten von Amerika. — Weitere Einschränkung der Lebensmittel in Schweden.

12. April. Infolge der Friedensgeneigtheit des Ausschusses der russischen Arbeiterabgeordneten und der hiedurch beeinflußten gemäßigten Erklärung der russischen provisorischen Regierung, weitere Aufwärtsbewegung an der Wiener und Berliner Börse. — Verwaltungsreform im österreichischen Handelsministerium. — Neuerliche Erhöhung der Branntweinsteuer um 1 K. 40 H. pro Liter Alkohol. — Aktivierung eines „Gemeinsamen Kohlenausschusses im k. u. k. Kriegsministerium" für den Verkehr mit dem Auslande.

13. April. Regelung des Holzverkehres. — Errichtung einer Holzwirtschaftsstelle. — Festsetzung von Höchstpreisen für Spiritus und Spirituosen.

14. April. Die russische provisorische Regierung beschließt, eine sogenannte „Freiheitsanleihe" in unbeschränkter Höhe aufzunehmen.

...ns schwerer verletzt.

Sozialpolitische Wochenplauderei.

Die beunruhigten Geldverdiener.

Die erwerbenden Stände sind beunruhigt und wollen wieder ihre Ruhe haben. Beunruhigt sein ist kein behaglicher Zustand, namentlich nicht für Männer, die sich bisher unter dem Schutze der Gesetze einer durch nichts gestörten Ruhe zu erfreuen vermochten. Wir Verbraucher können ihnen ihr Unbehagen nachempfinden. Wir sind seit zweieinhalb Jahren nicht zur Ruhe gekommen; ein Ereignis jagte das andere, und alle trieben die Preise in die Höhe. Aber so sehr wir Verbraucher es auch verstehen, daß man sich nach schonender Ruhe sehnt, ist uns eines doch unklar: wir begreifen, daß sich Preistreiber durch die verschärfte Verordnung gegen Preistreiberei in ihrem Erwerb bedroht fühlen und sie als Eingriff in ihre durch das Alter geheiligten Rechte bekämpfen. Warum aber auch die Erzeuger und Händler, denen nach ihren eigenen Beteuerungen, woran zu zweifeln wir kein Recht haben, jeder Gedanke an Preistreiberei ferne liegt? Warum auch sie?

Wir, die wir die drei Hauptaufgaben des Staatsbürgers: uns, unsere Art und die k. k. Steueradministration zu erhalten, schlecht und recht erfüllen, wir wissen aus hundertjähriger Erfahrung, daß die erwerbenden Stände, insoferne sie mit fünf- und mehrstelligen Zahlen geschrieben werden, außer diesen drei noch einige andere staatserhaltende Aufgaben haben; sie erhalten die Volkswirtschaft und in weiterer Folge den Staat. Man sähe es so einer Aktiengesellschaft, wenn sie ihren Aktionären die wohlverdienten Fünfundzwanzig verabreicht — Fünfundzwanzig vom Aktienkapital — oft gar nicht an, aber sie ist eine Säule; sie verdient Tantièmen und unsere Dankbarkeit. Denn wohin geriete das Gemeinwohl, sorgte sie nicht dafür? Es muß natürlich nicht gerade eine A. G. sein; ich nenne nur sie zuerst, weil sich die Stützen des Gemeinwesens ja immer mehr als Aktiengesellschaften finanzieren lassen. Auch der Einzelunternehmer ist eine Stütze, wenn man ihn in seinem unveränderlichen Menschenrechte des „Soviel-wie-möglich" Geldverdienens bedroht, und beide, der Herr Generaldirektor und der Herr Kommerzialrat finden sich einträchtig mit dem Landwirt mit der schwieligen Faust zusammen: sie wollen nicht beunruhigt sein. Sonst freut sie das ganze Verdienen nicht.

Wir erfuhren dieses harmonische Zusammenwirken von Industrie, Zwischenhandel und der heimischen Scholle aus den bemerkenswerten Ausführungen, womit sich der Erste Sekretär der Handels- und Gewerbekammer an der Entrüstung vom 12. April dieser ansehnlichen Körperschaft beteiligte. Die ansehnliche Körperschaft findet die Verordnung ungenau und deshalb beunruhigend; sie lasse nicht klar genug erkennen, wieweit die erwerbenden Stände gehen können, ohne daß sie Gefahr laufen, Preistreiber zu sein. Kein anständiger Erwerber — wer fühlte es ihm nicht nach — will ein Preistreiber sein; aber auch das Preisverderben möchte er lieber vermiden. Wie ein Kammerrat so treffend sagte, wünscht man deshalb zu wissen, wo das Unrecht anfängt und das Recht aufhört. Das ist in der Tat äußerst notwendig, denn sich auf dieser Glanzlinie zu bewegen, wo das Recht noch nicht angefangen hat, Unrecht zu sein, ist ja die wichtigste Kunst der Stände, deren Profite mit fünf- und mehrstelligen Zahlen geschrieben werden.

Wie einst die römische Plebs, als sie zu arg bedrückt wurde, wollen jetzt die Fünf- und Mehrstelligen die Arbeit für unseren Magen einstellen. Sie finden, daß ihn die neue Verordnung zu übermütig macht. Der Erste Sekretär ihrer Handelskammer, ein neuzeitlicher Menenius Agrippa, teilt uns die drohende Gefahr mit. Er habe, sagte er, in den letzten Tagen von hervorragenden Industriellen und einer großen Anzahl der bedeutendsten Großgrundbesitzer — wie auf dem Tarock-Siebzehner: Industrie und Ackerbau! — die Mitteilung erhalten, daß sie ihre Güterverwalter beauftragt haben, alle Verkäufe bis auf weiteres einzustellen. Welche Gefahr dies gerade jetzt bedeutet, wo die Lebensmittelnot aufs äußerste gestiegen ist, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Dieser Satz stammt nicht von mir; wäre ich Erster Sekretär der Handelskammer, wozu aufs vollständigste ungeeignet zu sein ich nur zu sehr empfinde, so hätte ich in der mir leider eigenen rücksichtslosen, von vielen demagogisch genannten Art diese hervorragenden Industriellen und hervorragendsten Großgrundbesitzer ganz öffentlich vor der versammelten Handelskammer und überdies, weil natürlich auch ich weiß, welche Gefahr dies jetzt, wo die Lebensmittelnot auf das äußerste gestiegen ist, bedeutet, auch dem Herrn Staatsanwalt genannt. Es wäre denn, diese hervorragenden Industriellen und bedeutendsten Großgrundbesitzer wären keine Industriellen und Großgrundbesitzer aus dem wirklichen Leben, sondern nur ein wirkungsvoller rednerischer Einfall, was ich allerdings bei dem Ernst der Behauptung und der Stellung des Redners für gänzlich ausgeschlossen halte. Ich meine

Der Abend 16. IV. 1917

15

Die Zeit
18./IV. 1917.

Die Aufgaben der künftigen Finanzpolitik.

In der Soziologischen Gesellschaft hielt gestern Prof. Dr. Edgar Jaffé (München) einen höchst interessanten Vortrag über die Aufgaben der künftigen Finanzpolitik.

Der Vortragende führte vor allem aus, daß das Budget in Deutschland — und ähnlich verhalte es sich auch in Oesterreich-Ungarn — nach dem Kriege zufolge der schon nach den Ausgaben eines dreijährigen Krieges aufgelaufenen Kosten etwa auf das Vierfache der letzten Friedenszeiten auflaufen werde. Für das Deutsche Reich sind alles in allem Kriegskosten im Betrag von 120 Milliarden Mark in Anschlag zu bringen. Doch ist es ein Irrtum zu glauben, daß dadurch der dritte Teil des deutschen Nationalvermögens, der mit 350 Milliarden Mark geschätzt wird, vernichtet worden ist. Der wirkliche Kriegsverlust, der sich aus Verzehrung vieler Rohstoffe, Abnützung der Bahnanlagen, aus einer unproduktiven Arbeit dreier Jahre usw. ergibt, sei viel geringer und belaufe sich auf ungefähr 35 bis 40 Milliarden. Die übrigen 75 bis 80 Milliarden sind weder eine Kapitalsverringerung noch eine Kapitalsvermehrung der Gesamtheit, sondern eine Kapitalsverschiebung innerhalb der Bevölkerung. Der Staat muß allerdings die gesamte Schuld von 120 Milliarden abtragen, und zwar so schnell als möglich.

Die Notwendigkeit der auch nach dem Kriege nicht zu vermeidenden militärischen und auch der finanziellen Rüstung, die Erfordernisse einer finanziellen Elastizität des Staatshaushaltes verbietet eine Tilgung, die sich auf Jahrzehnte hinaus erstrecken könnte. Und deshalb muß der Kriegsverlust durch Vermögenssteuern getilgt werden. Diese bedeuten nicht etwa ein Opfer, das der Steuerträger dem Staate darbringt, sondern bezeichnen nur die Größe des Verlustes, den der einzelne an seinem Vermögen durch den Krieg erlitten hatte. Der Verlust ist da, ob wir ihn wollen oder nicht, und es ist viel besser, daß wir ihn gleich registrieren und danach die künftige Lebenshaltung einrichten. Die Bilanz des Krieges erfordert weitgehende Abschreibungen vom Kapitalkonto. Täten wir das nicht, würden wir alles auf das Gewinn- und Verlustkonto buchen, so würde beinahe zu einer Einkommenkonfiskation geschritten und dem von England gegebenen Beispiel gefolgt werden müssen, woselbst die jetzige Einkommensteuer bei 11¼ Prozent beginnt und bei 42 Prozent aufhört. Dies würde aber den Anreiz zur Einkommensteigerung mindern, während der Verlust eines Vermögensteiles den Ansporn gibt, das Fehlende wieder zu gewinnen. Gegen den in letzter Zeit von den deutschen Behörden erwogenen Plan, zur Durchführung der Vermögenssteuer eine Reichsvermögensstelle zu gründen, die auch Objekte in natura zu übernehmen befugt wäre, wendet sich Prof. Jaffé ganz entschieden. Dem Fiskus würde man dann die ganz unrentabeln Güter anhängen. Dagegen könnten unbewegliche Vermögenschaften behufs Entrichtung der Vermögenssteuer vom Staate belehnt werden; deren Bewirtschaftung wäre aber nach wie vor dem Eigentümer zu überlassen.

Der durch die Vermögenssteuer nicht getilgte Rest der Kriegskosten müsse durch Steuern aufgebracht werden. Da könne nichts mehr Neues erfunden werden; dies sei auch nicht notwendig. Man möge nur zu den Grundprinzipien der Finanzwissenschaft zurückkehren. Ihre zwei ersten Forderungen: die Steuern sollen ergiebig und sozial gestaltet sein, werden durch den harten Zwang der Staatsnotwendigkeiten verwirklicht werden. Dagegen müsse sich die dritte Forderung der Finanzwissenschaft, wonach die Steuer die Volkswirtschaft nicht stören dürfe, eine gewisse Modifikation gefallen lassen. Da nach dem Kriege der volkswirtschaftliche Ertrag — der Ueberschuß der Produktion über die Lebenskosten — vergrößert werden muß, so ist nach beiden Richtungen hin durch Steuermaßnahmen einzuwirken. Die Verringerung der Kosten der Lebenshaltung könne durch Ersparnissteuern erzielt werden. Wenn früher gesagt wurde: „Wir dürfen die Steuern auf Tabak, Bier, Spiritus usw. nicht erhöhen, weil sonst der Konsum zurückgeht und der Steuereffekt geringer wird," so heißt es jetzt: Die Steuer hat mich dem Zweck, den überflüssigen Verbrauch einzudämmen. Den Gegensatz dazu bildet die Luxussteuer, die vermittelst der im Kriege durch die Warenumsatzsteuer neu entstandenen steuertechnischen Mittel leicht und ohne große Kosten erfaßt werden kann. Zur Steigerung der Produktion können die Produktivitätssteuern viel beitragen. Auch da müsse mit dem liberalen Dogma, wonach die Produktion nicht zu belasten sei, gebrochen werden. Die Geschichte der Zuckersteuer gibt das beste Beispiel für das Wirken einer solchen Steuer. Durch steuerliche Belastung der Zuckerrübe wurde der Techniker angeeifert, aus dem Rohmaterial immer größere Mengen Fertigware herzustellen, weil er dadurch in stets geringerem Maße von der Steuer getroffen wurde. Ein fruchtbarer Wettkampf zwischen der Technik und der Steuererhebung war die Folge. Aehnliche Wirkungen hätte die in Deutschland geplante Petroleumsteuer nach sich gezogen. Je billiger der Produzent verkaufen würde, desto größer wäre der ihm zugebilligte Reingewinn, desto kleiner der Anteil, der hieran dem Staate zuzufallen hätte. Die neuen deutschen Kriegssteuern, wie die Kohlensteuer, die Verkehrssteuer u. a., widersprechen diesen Grundsätzen, denn sie erleichtern nicht, sie belasten nur die Produktion.

Die Produktivitätssteuern hätten aber nicht bloß die Industrie, sondern auch die agrarische Produktion — wobei auch das in Deutschland sicher zu erwartende Getreidemonopol mit Produktionsreizen auszustatten wäre — und den Handel zu treffen. Eine wesentliche Ausgestaltung werden die Zwangssyndikate, wie sie beispielsweise zuletzt in der deutschen Kohlenindustrie entstanden ist, erfahren. Es sei unvermeidlich, daß hierbei der Staat auf die Gestaltung der Preise und auf die Höhe der Minimallöhne entscheidend Einfluß nehmen werde.

Schließlich werden noch soziale Ausgleichssteuern dazukommen, Steuern, die nach sozialen Rücksichten, zum Beispiel nach der Art des Einkommens (Gehalt, Rente, Gewinn) abzustufen seien, dann Erbschaftssteuern, das Erbrecht des Staates usw. Gegen die Kapitalsverschiebungen der Kriegszeit, gegen die Zermürbung des Mittelstandes, der freien Berufe, ist eine rücksichtslose Finanzpolitik berechtigt und notwendig.

Die künftigen Finanzaufgaben des Staates sind ungeheuer groß und dringlich zugleich, ihre Bewältigung aber nicht hoffnungslos. Die Kriegszeit habe dargetan, in welchem hohen Maße unsere Produktion gesteigert werden, was unsere Technik leisten kann. Nicht alle Ersatzstoffe werden den Krieg überdauern, aber viele werden bleiben. Infolge der neuen Salpeterproduktion werden 70 Millionen Mark jährlich nicht mehr nach Chile gehen. Die Erfindung einer neuen Art der Kohlengewinnung (durch Kohlenvergasung) eröffne ungeahnte Möglichkeiten. Wenn im Krieg durch den unerbittlichen Druck der Kriegsnotwendigkeiten viel geschaffen wurde — im Frieden werden durch die länger dauernden Steuernotwendigkeiten noch viel mehr hervorgebracht werden.

Neue Freie Presse
18./IV. 1917

Ein Appell!

Man klagt allgemein darüber, daß die Lebenshaltung um ein vielfaches kostspieliger geworden ist. Müssen denn — so sagen die Leute — Lebensmittel, Kleider, Schuhe usw. wirklich so furchtbar teuer sein, läßt sich dagegen gar nichts machen, daß man den größten Teil seines Einkommens fürs Tägliche Brot" verbrauchen muß?

Dagegen läßt sich sehr viel machen in dem Augenblick, wo jeder einzelne volkswirtschaftlich zu denken und zu handeln beginnt. Die Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens sind in dem Maße teurer geworden als die Kaufkraft unseres Geldes gesunken ist. Die Kaufkraft unseres Geldes aber ist gesunken, weil wir infolge des Krieges nur wenig ausführen können und daher ausländische Zahlungsmittel so gut wie gar nicht erhalten.

Dagegen belasten unsere unvermeidlichen Warenbezüge aus dem Auslande gegenwärtig den Kurs unseres Geldes. Je mehr Waren wir einführen, desto mehr Gold müssen wir ins Ausland gehen lassen und desto mehr sinkt der Kurs unserer Währung und gleichzeitig die Kaufkraft unseres Geldes.

Man kaufe daher, wie kürzlich die k. k. niederösterreichische Statthalterei unter Punkt 8 ihres Merkblattes vom Dezember 1916 dartut, ausländische Waren nur dann, wenn sie absolut nicht durch inländische Erzeugnisse ersetzt werden können.

Glühlampen zum Beispiel werden in Oesterreich überreichlich in allbewährter erstklassiger Qualität hergestellt und doch gibt es viele Verbraucher, die ausländisches Fabrikat verwenden, ohne dabei zu bedenken, daß sie hiedurch die Kaufkraft unseres Geldes vermindern.

Wer daher dabei mithelfen will, die Kaufkraft unseres Geldes zu erhöhen, der darf nicht unwirtschaftlich handeln, indem er sich nicht darum kümmert, ob zum Beispiel die Lampen, die in seinem Hause verwendet werden, in Oesterreich hergestellt sind oder aus dem Auslande kommen.

Der Zusammenhang zwischen den teuren Lebenskosten, beziehungsweise dem Abbau derselben und der Notwendigkeit, die wirtschaftlichen Kräfte zu konzentrieren, wozu auch die Verwendung inländischer Fabrikate gehört, ist ein so enger, daß sich kein Verbraucher der Bedeutung dieser Wechselwirkung verschließen darf.

Westungarischer Grenzbote
18/III 1917

20

Vortrag Dr. Friedrich Naumanns im Volkswirtschaftlichen Klub.

Der berühmte, auch in unserer Stadt durch seine Werke bekannte deutsche Sozialpolitiker, Reichstagsabgeordneter Dr. Friedrich Naumann, hielt gestern im kleinen Redoutensaal vor auserlesenem Auditorium einen Vortrag über die **Mittelmächte, beziehungsweise wie sich die Mittelmächte nach Friedensschluß zueinander stellen müssen,** um die schweren Wunden, die der Krieg der Volkswirtschaft und jedem Einzelnen schlug, zu heilen und, wenn es gilt, mit vereinten Kräften dazustehen, jedwelchen **Angriff von Außen** her erfolgreich abwehren zu können. Den Gelehrten stellte der Präses des Volkswirtschaftlichen Klubs Sigmund Fischer dem Publikum mit herzlichen Begrüßungsworten vor und stürmisch begrüßt ergriff Dr. Naumann seinen eindreiviertelstündigen Vortrag, dem die Anwesenden in größter Spannung lauschten.

Dr. Naumann — ein leichter Dialektanklang verrät den gebürtigen Sachsen — fesselte vom Anfang bis zum Ende. Klar und volkstümlich, von Zeit zu Zeit mit Humor gewürzt, behandelte er sein Thema mit einer Ueberlegenheit, die auch nicht den leisesten Widerspruch aufkommen ließ.

Er gab zunächst seiner Freude Ausdruck, in Pozsony, der mittelsten Stadt Mitteleuropas, seine Anschauungen klarlegen zu können, umsomehr, als ja eben dieser Stadt im Donauverkehr eine besondere Rolle zufallen werde, in jenen Donauverkehr, der die Rolle eines Austauschnetzes spielen und den Osten an den Westen angliedern wird. Getreide wird vom Osten nach dem Westen durch die Wasserstraße ziehen und der Westen wird Kohle und Industrieartikel nach dem Osten liefern. Redner hörte, daß man hier in vielen Kreisen sein Buch über Mitteleuropa bereits gelesen habe, während der zweieinhalb Jahre, seitdem es erschienen ist, seien jedoch zu den damaligen neue Erfahrnugen hinzugekommen.

In riesenhafter Periferie von der mittelsten Stadt Mitteleuropas Pozsony entfernt tobten die Kämpfe; in Albanien und Italien, Rumänien, von den Baltischen Provinzen von Riga oder Dünaburg bis Kleinasien stehen unsere Truppen, neue Waffengänge sind an der Westfront. **Der Kampf geht um Mitteleuropa, jenes Mitteleuropa, das seinerzeit das Kampfgebiet der anderen Völker war und wo die Kriege ausgefochten wurden.** Auch Pozsony hat seinerzeit die Invasionen fremder Völker mitgemacht, diesmal gelang es den Mittelmächten, den Krieg an den Rand ihrer Bereiche zu bringen. Das ist nur diesem Umstand zu danken daß mehr geleistet wurde, als vertragsmäßig ausgemacht war.

Dr. Naumann erinnert an das Andrassy-Denkmal vor dem Parlamentsgebäude, wo Graf Julius Andrassy, der Vater, mit Bismarck zu sehen ist, als 1879 der Bündnisvertrag geschlossen wurde. Verträge sind aber oft zweifelhafter Natur, das sah man mit dem Vertrag mit Italien und dem in der Zwischenzeit von Oesterreich-Ungarn geschlossenen Vertrag mit Rumänien. Der Vertrag mit Italien war staatsrechtlich-juridisch genau, nur aber war er mit der Dynastie geschlossen, die nie wußte, ob auch das Volk mit ihr gehe. Der Vertrag Bismarck-Andrassy war auf anderer Basis aufgebaut, die Monarchen waren von anderen Qualitäten und die Völker standen hinter ihnen, weil auch eine Verständigung von Volk zu Volk erfolgt war. Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow hat den richtigen Schritt getan. Wir gingen nach Bulgarien, die Bulgaren kamen zu uns, man verständigte sich, die Truppen verstanden sich und das Verständnis war hergestellt.

Aber auch das Bündnis mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn war kein so klares. Als die serbische Frage auftauchte, war Deutschland nicht interessiert. Im Vertrage hieß es, daß nur im Falle eines Doppelangriffes das Bündnis zu recht bestehe, kleinere Angelegenheiten möge sich jeder selbst erledigen. Nun gibt es aber, wie wir sahen, kleine Angelegenheiten nicht mehr, im Handumdrehen waren wir auf die Gemeinsamkeit im Interesse der Staatserhaltung gestellt. Aber jeder Vertrag, der nur zwischen zwei Personen zustande kommt, sei es in der Ehe, sei es im Geschäft, hat nicht die Kraft. Es fehlt in Streitfragen der entscheidende Dritte. Nur der gute Wille kann da einwirken und auch der wurde oftmals auf die Probe gestellt. Es war ja auch nicht zu vermeiden, daß drei nebeneinander Vorteile suchend ihre Wege gingen, früher einander bekämpften. In den Karpathen jedoch da haben die Truppen sich gefunden in gemeinsamer Tätigkeit und von diesem Momente an war die einheitliche militärische Aktion, die den Durchbruch im Mai 1915 ermöglichte.

Redner gedenkt auch der heldenhaften Kämpfe unserer Truppen in Galizien, die damals Deutschland schützend kämpften. In der Weltgeschichte werden diese Taten der Monarchie verewigt werden.

Redner geht nun auf die Frage eines vollkommenen militärischen und wirtschaftlichen Zusammenschlusses über. Man sah jetzt im Kriege, wie schwierig es ist, wenn die verbündeten Truppen nicht gleichmäßig ausgerüstet sind. Hätte eine deutsche Truppe ihre Stellung mit österreichisch-ungarischen ausgetauscht, müßte auch das Kriegsmaterial ausgetauscht werden. Er weist auch darauf hin, daß drei deutschen Eisenbahnen schon vor dem Kriege mobilisiert und eingeschult wurden. Das alles ist nun auch in Oesterreich-Ungarn notwendig und deshalb ist eine Militärkonvention von Nöten. Es wurde viel von der Einheitlichkeit der Sprache geredet, Dr. Naumann wolle keine Empfindlichkeiten berühren, denn auch das ließe sich ohne Schwierigkeiten durchführen.

Redner weist nun darauf hin, daß der Weltkrieg nicht nur die Landwirtschaft, die Produktion, die Industrie und jeden Einzelnen getroffen hat. Der deutsch-französische Krieg 1870/71 war auf zwei Länder beschränkt, er war fühlbar wohl, wie auch das Jahr 1866 — der jetzige Weltkrieg bringt aber die Umgestaltung aller Verhältnisse mit sich.

Und wenn der Frieden auch kommt, möge man ja nicht glauben, daß alles in die alten Bahnen zurückkehrt. Die Rohmateriale fehlen, die Maschinen sind verbraucht, an Menschenmaterial wird es fehlen, so auch an Chemikalien und Düngstoffen. Und deshalb ist auch der wirtschaftliche Zusammenschluß der Mittelmächte nötig. Den Geist des einheitlichen Wollens sollen wir pflegen, einander zu helfen. Man möge ja nicht glauben, daß mit Friedensschluß alles wieder in die alten Bahnen gerät.

Dr. Naumann fand reichen Beifall für seine Ausführungen und zum Schluße dankte Präses Sigmund Fischer dem illustren Redner. Unter den Anwesenden bemerkten wir Obergespan Kurel v. Bartal, Reichstagsabgeordneten Hofrat Dr. Bela Tauscher, Bürgermeister Theodor Brolly, zweiten Bürgermeister Theodor Kumlik und andere zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten unserer Stadt.

Der Abend
20./IV. 1917

21

Am Tage des Gerichts.

Wir sagten es schon oft, aber Wahrheiten kann man nie zu oft sagen: die Ausweise der Papierfabriken sind deshalb besonders lehrreich, weil sie ein klares Bild davon geben, wie es gemacht wird, bei verringertem Umsatz, teueren Gestehungskosten usw. usw. ganz unvergleichlich — wäre der Herr Staatsanwalt kräftigdeutlichen Bezeichnungen nicht gar so abgeneigt, so wählten wir ein ganz anderes, aber auch gut deutsches Wort, das mit „unver-" anfängt — mehr als vorher zu gewinnen. Nun ist wieder ein solcher Rechenschaftsbericht erschienen und bietet wieder das schon gewohnte Schauspiel: die Pittener Papierfabrik, zur Gemeinschaft der „Leykam" und sohin zum Konzern des k. k. priv. Wiener Bankverein gehörig, hat im Jahre 1916 326.615 K verdient, das ist um 251.565 K mehr als das Jahr vorher! Sie wird daraus fünf v. H. an die Aktionäre und 24.627 K als Tantième an den Verwaltungsrat bezahlen. Mit einer Ungeniertheit, als hätte es niemals alte und neue, verschärfte Verordnungen gegen Preistreiberei gegeben, wird als Ursache dieses Ergebnisses mitgeteilt: „Die Produktion litt empfindlich unter den Kriegsverhältnissen, welche einen normalen Betrieb unmöglich machten. Die Verkaufspreise wurden zum Teile den erhöhten Gestehungskosten entsprechend hinaufgesetzt. Die Lagerbestände wurden größtenteils realisiert, wobei sich infolge der seinerzeitigen niedrigen Inventurpreise ein nennenswerter Gewinn ergab." (Inventurpreise ist ein überaus glücklich gewählter Ausdruck! Was Herr Hofrat von Höppler dazu sagen würde?)

Es ist, wie man sieht, immer dasselbe Lied, wobei wir begreiflicherweise nicht alle Strophen erfahren; wir hören nur, daß man sich verachtungsvoll über die Frage hinwegsetzt, wie der Verkauf alter Vorräte zu neuen Preisen strafrechtlich zu beurteilen sein möge; wir hören aber nicht, was man sonst noch der Regierung — von den Verbrauchern sprechen wir ja nicht, denn die müssen einfach zahlen, was man ihnen abzunehmen für gut findet — über die Notlage der Papierindustrie vorgelegt hat. Wie es heißt, haben es die Papierindustriellen jetzt gar durchgesetzt, daß ihnen von der Regierung Unterstützung zuteil wird, und zwar in der Gestalt, daß sie auf den den Verbrauchern abgenommenen Preis einen Zuschlag von Amts wegen vergütet erhalten; es wäre nützlich zu erfahren, ob diese Zuwendung aus öffentlichen Mitteln auch für Gesellschaften gilt, die, wie z. B. die Pittener in der Lage sind, den viereinhalbfachen Gewinn auszuweisen und ihren Verwaltungsräten eine ganz stattliche Tantième zu bezahlen.

Die Verwaltungsräte der Pittener A. G. sind die Herren: Bernhard v. Popper, Direktor des Wiener Bankverein, Arnold Bauer, Direktor-Stellvertreter des Wiener Bankverein, Regierungsrat Franz Dessler, Kommerzialrat Emil Fürth, leitender Verwaltungsrat der Leykam-Josefsthal Papierfabrik A. G., Hofrat J. R. Faggi, Viktor Freiherr v. d. Lippe, Direktor-Stellvertreter des Wiener Bankverein, Geheimer Rat, Kämmerer, Gutsbesitzer und Reichsratsabgeordneter, Franz Freiherr v. Morsey, Verwaltungsrat der Leykam-Josefsthal A. G., Felix Seyfert, Zentraldirektor der Leykam-Josefsthal A. G.

Wir halten sie alle durch Tätigkeit oder Fahrlässigkeit für mitschuldig.

20./IV. 1917.

Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft. Der Ausschuß des Reichstages für Handel und Gewerbe hat über die Frage der Demobilisierung verhandelt und soeben einen Bericht über diese Verhandlungen betreffend Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft herausgegeben. Danach führte der Kommissar des preußischen Kriegsministeriums u. a. aus:

Die Ueberführung eines so starken Heeres, wie wir es jetzt haben, in den Friedenszustand steht einzig in der Geschichte da. Die Ueberführung muß auf militärischem und auf wirtschaftlichem Gebiete stattfinden. Zur einheitlichen Leitung ist das allgemeine Kriegsdepartement des Kriegsministeriums bestimmt. Die Ueberführung muß so erfolgen, daß keine Arbeitslosigkeit entsteht und den für die Friedenswirtschaft wichtigen Betrieben die neuen Kräfte so schnell als möglich zugeführt werden. Die Rückführung des Heeres in den Friedensstand wird nach und nach verlaufen. Die Heeresverwaltung hat den Grundsatz aufgestellt, daß kein Mann entlassen werden soll, der keine Arbeitsgelegenheit gefunden hat. Deshalb sollen Leute, die keine Arbeit bekommen können, bis zu vier Monaten noch im Heer zurückbehalten werden dürfen. Die ältesten Jahresklassen werden zuerst entlassen, die Familienernährer vorzugsweise berücksichtigt. Auch soll an dem Grundsatz festgehalten werden, daß kein versorgungsberechtigter Mann entlassen wird, dessen Versorgungsansprüche nicht geregelt sind.

Um den für die Friedenswirtschaft wichtigsten Betrieben so schnell als möglich die nötigen Kräfte zuzuführen, ist folgende Einteilung vorgesehen: Unter Berücksichtigung des Grundsatzes, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die älteren Jahresklassen zuerst zu entlassen sind, haben bei Auswahl der zu entlassenden Personen nachgenannte Berufe vorzugsweise Berücksichtigung zu finden:

A. Führende Persönlichkeiten aus dem Bereich des Handels, der Industrie, der Schiffahrt und des sonstigen Wirtschaftslebens,

B. Leiter von Handels-, Industrie- und landwirtschaftlichen Betrieben, und deren Angestellte, z. B. Ingenieure, Werkmeister, Inspektoren,

C. Selbständige Gewerbetreibende, Landwirte usw.,

D. Staats-, Provinzial- und Kommunalbeamte, Geistliche, Lehrer, Bedienstete der Staats- und Privatbahnen, einschließlich Klein- und Straßenbahnen,

E. Seeleute und Fischer,

F. Gelernte Arbeiter und Handwerker, sowie sie sogleich in ein festes Arbeitsverhältnis treten,

G. Ungelernte Arbeiter solcher Berufe, in denen sogleich ein großer Bedarf an Arbeitskräften vorliegen wird, z. B. Bergbau, Landwirtschaft, Ueberseeverkehr, Hafenverkehr,

H. Studierende und solche Personen, die sich bei Ausbruch des Krieges bereits in einer Ausbildung für einen Lebensberuf befanden,

I. Auslandsdeutsche, die vor ihrer Einberufung ihren Wohnsitz im Auslande hatten und dorthin zurückkehren wollen.

Ein Kommissar des Reichsmarineamts machte Mitteilung von Richtlinien für die Demobilmachung der Marine, die sich eng an den Demobilmachungsplan des Heeres anschließen.

Frankfurter Zeitung

21./IV. 1917

Weltwirtschaft oder geschlossene Weltreiche?

Prof. Franz Eulenburg-Leipzig veröffentlicht im „Weltwirtschaftlichen Archiv" einen interessanten Vortrag „Von den Weltreichen der Zukunft und der Zukunft der Weltreiche". Er schildert die starken, durch den Krieg verstärkten Tendenzen in England, in Rußland und in den Vereinigten Staaten, die dahin gehen, jedes dieser Länder mit seinen Annexen zu einem in sich geschlossenen, sich wirtschaftlich selbst genügenden Wirtschaftskörper zusammen- und gegen die Außenwelt abzuschließen und sie so auf dem Umweg über die Wirtschaft auch politisch zum Weltreich, zum Imperium auszubauen. Prof. Eulenburg will diese Tendenzen durchaus nicht unterschätzen. Aber die Untersuchung der wirtschaftlichen Möglichkeiten führt ihn doch zu dem Urteil, daß die „Umstände stärker sind als die Absichten", daß für keinen der drei Staaten, die für eine solche Aufteilung der Welt in geschlossene Weltreiche in Betracht kämen, in den wirtschaftlichen Tatsachen und Interessen selbst die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Zusammenfassend schließt er deshalb:

Der Glaube an die Zukunft der geschlossenen Weltreiche erweist sich bei näherem Hinsehen nur als ein Aberglaube. Nicht so wird sich gewiß die zukünftige Gestaltung vollziehen. Wenn wir aber daran gehen, unsere Verhältnisse nach dem Krieg neu zu ordnen, so müssen wir die Möglichkeit dieser Bildungen sehr scharf betrachten und daraus die Konsequenzen ziehen. Nicht das Gefühl und nicht das bestgeprägte Schlagwort darf uns leiten. Wenn man ängstlich den Blick auf diese Weltreiche einstellt, ihr Entstehen und die Abschließung für selbstverständlich hält, so wird die Handelspolitik notwendig eine andere sein müssen, als wenn man ihr Gelingen für unwahrscheinlich, ja für unmöglich ansieht. Der Gedanke des Zusammenschlusses Mitteleuropas gegenüber diesen Weltreichen ist zum Teil gerade daraus entsprungen, daß man ihre Verwirklichung als gewiß annahm. Der Zusammenschluß hat aber nur dann einen Sinn, wenn die zukünftige Entwicklung wirklich die Richtung nach abgeschlossenen Wirtschaftsgebieten nimmt. Wenn das doch nicht der Fall ist, so muß auch die Orientierung der Handelspolitik offenbar eine andere werden. Die Zukunft wird auch ferner auf einer Arbeitsteilung nach den Ländern und Völkern, auf einer Weltwirtschaft mit internationalem Verkehr beruhen. Einzelne Wirtschaftsgebiete, selbst die größten, werden nicht sich selbst zu genügen vermögen. Vielmehr werden sie notwendig über sie hinaus gehen und darum andere Länder zu einer Gegenseitigkeit herenziehen müssen. Die Welt wird dabei notwendig die deutschen Gegenwerte gebrauchen. Wie unsere ganze Kultur aufgebaut ist, auf fremdem Boden und fremden Gütern, so werden auch wir der Welt andere Werte zu vermitteln haben. Die Weltreiche werden kein Gebilde von schreckhafter Gestalt sein, sondern aus ihrer inneren Unmöglichkeit nicht zur Entfaltung gelangen. Das aber bedeutet, daß Raum ist für eine gegenseitige Durchdringung und Arbeitsteilung, für eine Ergänzung und eine friedliche Verbindung der Völker untereinander. Dazu sind vom deutschen Standpunkt zwei Erfordernisse unentbehrlich: einmal, daß ein Kaufmann- und Unternehmerstand sich frei entfalten kann, um seinen Platz in der Welt auszufüllen. Nur durch eine freie Tätigkeit können diese Möglichkeiten voll ausgenützt werden. Denn es kommt hier alles auf Menschenkenntnis und psychologische Anpassung an, die sich nun einmal nicht kommandieren und organisieren lassen. Sodann aber bedarf es einer Handelspolitik, die allenthalben sich die offene Tür in Form der Meistbegünstigung sichert, ohne sich nach einer Richtung zu binden. Nur dadurch kann eine Gleichstellung der einzelnen Völker im Wettbewerbe erreicht werden. Wir werden es nötig haben, im internationalen Leben unsere Eigenart dadurch zu betätigen, daß wir unsere besondere Wesenheit zur Geltung bringen, das ist die geistige Arbeit, die auf Unterricht, auf Technik und Wissenschaft beruht. Denn werden wir imstande sein, unsere Stellung in der Welt zu behaupten und auszudehnen, auch wenn Tendenzen zur Zusammenschließung in anderen Ländern entstehen. Das scheint mir unsere Zukunft zu sein.

Neue Freie Presse

22./IV. 1917.

[Der Krieg mit Rumänien und die Lemberg-Czernowitzer Bahn.] Die rumänische Regierung hat den Ausbruch des Krieges zum Anlaß genommen, die Annuität an die Lemberg-Czernowitzer Bahn uneingelöst zu lassen. Im Jahre 1916 wurde nur die Rate des ersten Semesters mit 1·9 Millionen Lei gezahlt; die Rate des zweiten Semesters ist unberichtigt geblieben. Dadurch erleidet die Dividende eine starke Schmälerung. In der Sitzung des Verwaltungsrates vom 19. September war die Erwartung ausgesprochen worden, daß die Bezahlung einer 5prozentigen Dividende von 20 K. möglich sein werde. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Die Dividende wird vielmehr gemäß eines in der heutigen Sitzung des Verwaltungsrates gefaßten Beschlusses mit 17 K. 16⅔ H. per Aktie in Vorschlag gebracht. Der Novembercoupon war mit 7½ K. eingelöst worden. Der Maicoupon wird mit 3 K. (gegen 20 K. im vorigen Jahre) bezahlt. Der Gewinn beträgt 425.965 K., und auf neue Rechnung werden 23.845 K. vorgetragen. Die Ermittlung der Dividende ergibt sich in folgender Weise: Bei der Lemberg-Czernowitzer Bahn werden nach alter Gepflogenheit wie bei anderen Bahnen die Aktienzinsen im vorhinein am Beginn des Jahres für zehn Monate bezahlt. Im Monat Mai 1916 ist zum letztenmal der Coupon mit 20 K. eingelöst worden. Von diesem Betrage waren 10 K. die Superdividende des Jahres 1915. Es verblieben 10 K. als Zinsen für die Monate November, Dezember 1916, für die noch keine Zinsen bezahlt worden waren, und Januar, Februar, März, April 1917. Die Quote, welche auf die Monate Januar bis April des laufenden Jahres entfällt, beziffert sich mit 6 K. 66 H. Im November war der Coupon mit 7 K. 50 H. eingelöst worden. Das ergibt zusammen 14 K. 16 H. Da nun die Gesamtdividende 17 K. 16 H. beträgt, verbleibt die Restzahlung von 3 K., mit welcher der Maicoupon honoriert wird. Die Gesamtdividende des Jahres 1915 hatte 30 K. betragen, die Dividende des Jahres 1916 ist somit um 12 K. 83⅓ H. kleiner. Im heurigen Jahre ist die Aprilrate der rumänischen Annuität nicht eingegangen. Sollte infolge des Krieges die Oktoberrente gleichfalls nicht gezahlt werden, so ist mit der Wahrscheinlichkeit der Dividendenlosigkeit zu rechnen.

Der Abend
23./IV. 1917

27

Die Hauptsache.

Bei den meisten Aktiengesellschaften ist satzungsgemäß festgestellt, welcher Anteil am Reinertrag den Angestellten zukommt oder die Generalversammlung setzt es für eine Reihe von Jahren fest. Sie sind dadurch wenigstens in einer Hinsicht vor Willkür geschützt, einigermaßen unabhängige Männer. So war es auch bis vorgestern bei der Allg. österr. Bodenkreditanstalt. In der Generalversammlung wurde dieser sittlich halbwegs befriedigende Zustand leider zum offenbaren Nachteil der Beamtenschaft geändert. Man benützte den Vorwand einer neuerlichen Erhöhung des Kapitals, um mit keineswegs einleuchtender Begründung an die Stelle der satzungsmäßigen Ordnung die Willkür des verwaltungsrätlichen Ermessens zu setzen. Von jetzt angefangen wird der Verwaltungsrat zu bestimmen haben, wie groß jeweils der Anteil der Angestellten am Reingewinn zu sein habe. Welche Absicht diesem Beschlusse zugrunde liegt, geht aus der Begründung klar hervor, denn es heißt dort, daß die jeweils von der Generalversammlung für eine Reihe von Jahren festzusetzende Anteilshöhe nicht die gewünschte Bewegungsfreiheit gewährt. Man weiß, was in solchem Zusammenhange unter Bewegungsfreiheit zu verstehen ist; es ist die Freiheit, die schwarzen Böcke von den schneeweißen Schafen zu sondern, indem man die Höhe der Entlohnungen zur Sache des Ermessens macht, das durch allerlei nicht unmittelbar mit den dienstlichen Arbeiten zusammenhängende Umstände beeinflußt wird. Daß der Antrag einstimmig und ohne die geringste Erörterung angenommen wurde, versteht sich von selbst; Aktionäre, die durch hohe Dividenden gesättigt werden, sind in der Regel nicht sozialpolitisch veranlagt; daß der Antrag gestellt wurde, spricht nicht sehr für das soziale Empfinden des neuen Kurses in der ersten Bankanstalt Wiens und ist deshalb zu bedauern. Offenbar rächt sich jetzt an den Beamten der Anstalt, daß sie sich schon unter den Gouverneuren Taussig und Sieghart das Verbot der Organisation gefallen ließen, ohne zu bedenken, daß sie in mancher Hinsicht die Stärkeren sind und ihren Willen durchsetzen könnten. Hätten sie jetzt die ganze Macht des Reichsvereines der Bank- und Sparkassebeamten hinter sich, so wäre eine so einschneidende Veränderung in ihren Verhältnissen nicht ohne ihre Befragung und Zustimmung gewagt worden.

Im übrigen beschloß die mit der üblichen Einstimmigkeit und Mundsperre verlaufene Versammlung die Neuregelung der Tantiemenbezüge des Verwaltungsrates, was die zur Überschrift dieses Aufsatzes gewählte Bezeichnung rechtfertigt. Schließlich ist ja bei solchen Betrieben wirklich die Hauptsache, was die Verwaltungsräte erhalten, wenn es auch keineswegs in den Tantiemen erschöpft ist, noch auch diese die Hauptsache der Einkünfte zu bilden pflegen. Da das Aktienkapital neuerdings um zwölf Millionen hinaufgesetzt wird — kein Jahr ohne Kapitalserhöhung — so haben solche Regelungen der Tantiemenbezüge mehr als akademische Bedeutung.

Der Abend
28/IV. 1917

30

Tantiemenstudien.

Wie man weiß, ist es heuer Sitte, in den „halbamtlichen" Mitteilungen über Rechnungsabschlüsse in Generalversammlungen die Tantièmen der Verwaltungsräte mit diskretem Stillschweigen zu übergehen. Seitdem ein paar Tantièmenstudien des „Abend" etwas Wermut in den Freudenbecher der sechsstelligen Zahlen geträufelt haben, will man sich lieber ohne Zuschauer freuen. Allerdings nützt es nicht viel; es dauert nur ein paar Tage länger, nämlich bis der gedruckte Rechenschaftsbericht erschienen ist. Dann werden auch die sorgfältigst verschleierten Bilder von Sais von Schottenring enthüllt. Heute ist es allerdings ein verschleiertes Bild von Sais aus der Wollzeile.

Bei der k. k. priv. Bank- und Wechselstuben-Aktien-Gesellschaft „Mercur" beträgt die Tantième des Verwaltungsrats K 347.717·67, in die sich sieben Herren teilen, und zwar: Dr. Eugen Brettauer, Max Chavanne, S. Bodenheimer, Geh. Rat Adam R. v. Jedrzejowicz, Minister a. D., Mitglied des Herrenhauses usw., M. von Klitzing, Wilhelm Reuber (†) und Otto Pick.

Die Beamten erhalten keine Tantième aus dem Reingewinn, der heuer mit K 6,701.529·82 ausgewiesen wird.

Neue Freie Presse 28./IV. 1917

[„Kompaß."] In der am 26. d. abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrates des „Kompaß", Allgemeine österreichische Kreditversicherungsbank, wurde der Rechnungsabschluß des Jahres 1916 vorgelegt. Der Reingewinn beträgt einschließlich des Vortrages aus dem Jahre 1915 462.369 K. In der für den 16. Mai einberufenen Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, die allgemeinen und Spezialreserven mit insgesamt 197.485 K. zu dotieren, als 5prozentige Dividende 125.000 K. und als statutenmäßige Tantieme 16.965 K. zu verteilen, einem zu errichtenden Beamtenunterstützungsfonds 25.000 K. zuzuweisen und den Rest von 97.917 K. auf neue Rechnung vorzutragen. Die Dividende des Vorjahres hatte 4 Prozent betragen.

Die Zeit

1./V. 1917

Spaniens Wirtschaftslage.

Die jüngste Kundmachung der Zentralmächte, die verschiedene Vorkehrungen treffen wollen, „damit die durch den U-Bootkrieg entstandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Spaniens möglichst gemildert werden", lenken die Aufmerksamkeit auf die gegenwärtige Wirtschaftslage des Königreichs Spanien. Spanien hat aus dem Kriege in mancher Hinsicht verhältnismäßig mehr Nutzen gezogen als irgendein anderes neutrales europäisches Land. Die jetzige innere spanische Anleihe wird zu sehr günstigen Bedingungen herausgegeben; ungefähr zwei Drittel werden zur Fundierung der schwebenden kurzfristigen Schuld verwendet Im Juli 1914 war der spanische Wechselkurs auf London 26·15 Pesetas für ein Pfund Sterling, jetzt ist er bloß 21·70 Pesetas. Die Bank von Spanien verfügt derzeit über erheblich größere Geldmengen als bei Kriegsausbruch. Der spanische Außenhandel zeigt nach den von der Zeitschrift Scotsman gegebenen Daten folgende Zahlen in Pfund Sterling (ohne die Metallgeldbewegungen): Einfuhr 1913 52·2 Millionen; dagegen 1916 36·5 Millionen. Ausfuhr 1913 42·28, 1916 54·72 Millionen. Mithin ergibt sich im Jahre 1916 gegenüber dem Jahre 1913: Abnahme der Einfuhr um 15·72, Zunahme der Ausfuhr um 12·44 Millionen. Im Jahre 1913 belief sich der Ueberschuß der Einfuhr gegen die Ausfuhr auf 9·96; im Jahre 1916 der Ueberschuß der Ausfuhr gegen die Einfuhr auf 18·20 Millionen — Zahlen, die geradezu das Ideal einer günstigen Handelsbilanz darstellen. In Friedenszeiten war der Handelsverkehr unserer Monarchie mit Spanien gering. Wir haben im Jahre 1913 von Spanien Waren im Werte von 16·82 Millionen Kronen eingeführt, darunter hauptsächlich Schwefelkies (3 Millionen Kronen), Korkstöpsel (2½ Millionen Kronen), Paprika (2·2 Millionen Kronen), Eisenerze, rohe Schaf- und Lammfelle usw. Die Ausfuhr Oesterreich-Ungarns nach Spanien belief sich im ganzen auf 8·67 Millionen Kronen, darunter gesägtes Bau- und Nutzholz (1·42 Millionen Kronen), Metallwaren (1·29 Millionen Kronen), emailliertes Blechgeschirr, Holzwaren (Waren aus Drechsler- und Schnitzstoffen) u. a.

Viel bedeutender war der Handelsverkehr Spaniens mit unseren Bundesgenossen. In der spanischen Einfuhr nahm Deutschland vor dem Kriege hinter England und Frankreich den dritten Platz ein. Auch in der Ausfuhr stand Deutschland an dritter Stelle, freilich in weitem Abstande hinter Frankreich und England.

Bei Betrachtung der jetzigen Einfuhr- und Ausfuhrziffern darf nicht übersehen werden, daß der Gesamthandel Spaniens während des Krieges trotz der wesentlich erhöhten Preise aller Waren um einige Prozent geringer geworden ist. Dies geht auch aus den in den Schiffahrtausweisen enthaltenen Daten hervor. Es wurden im Jahre 1916 — gegenüber den in Klammern angeführten Zahlen des Jahres 1913 — ausklariert und verladen 14·46 Millionen Tonnen (20·6); davon standen unter spanischer Flagge 5·67 (6·87) und unter fremder Flagge 8·78 (13·79) Millionen Tonnen. Die Abnahme beträgt ungefähr 17 Prozent bei spanischen und 36 Prozent bei ausländischen Schiffen. An letzterer Abnahme ist zweifellos das Verschwinden der österreichisch-ungarischen und deutschen Flaggen schuld. Weniger befriedigend ist der Bahnverkehr. Die spanischen Blätter klagen darüber, daß die größten Anforderungen an die Eisenbahnen von der Regierung gestellt werden; nur 25 Prozent des Eisenbahnverkehrs dienen der Ausfuhr in den Häfen. Dies führte zu Transporthindernissen, so beispielsweise zur Verstopfung des Hafens von Valencia. Damit steht auch die wirtschaftliche Bedrängnis der Bevölkerung im Zusammenhang, da das nationale Gedeihen eines neutralen Landes infolge abnormaler Verhältnisse keineswegs eine entsprechende Besserung in der sozialen Wohlfahrt seiner Bewohner bedeutet. So befindet sich die Küstenbevölkerung, für die die Apfelsinenernte wirtschaftlich alles bedeutet, in großer Notlage. Sobald die Regierung Abhilfe und die Sendung von 400 Eisenbahnwagen versprach, besserte sich die Stimmung. Es ist daher zu hoffen, daß die von den Mittelmächten in Aussicht gestellten Maßnahmen, wie Ankauf spanischer Agrarprodukte im größten Umfang, Begünstigung des spanischen Seeverkehrs, Beistellung von Kohlen für die spanischen Schiffe und anderes mehr, mittelbar und unmittelbar den breiten Bevölkerungsschichten zugute kommen werden, zumal die Mittelmächte „auch weiterhin bemüht bleiben, innerhalb der durch die militärischen Notwendigkeiten gezogenen Grenzen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Spaniens nach Kräften zu erleichtern". Dies liegt im beiderseitigen Interesse. Denn Spanien ist ein Land mit reichen Hilfsmitteln, das nach dem Kriege im zwischenstaatlichen Warenaustausch eine größere Rolle als vordem spielen und seine Produktion, besonders die von Wein, Früchten, Gemüsen usw., bedeutend steigern könnte. Auch der große Reichtum Spaniens an Mineralien aller Art wird nur in sehr geringem Maße ausgenützt. Was die Entwicklung andauernd niederhält, ist der Mangel jeglichen Schutzes für die heimische Industrie sowie das System der Konzessionen, das, soweit es nicht das Kapital von diesen Industrien überhaupt fernhält, Trustbildungen mit ihren Nachteilen und Auswüchsen begünstigt. Besonders empfindlich machen sich jetzt die Unterlassungen Spaniens auf dem Gebiet des Kohlenbergbaues geltend, der an und für sich und bei Ausgestaltung der Beförderungsmittel befähigt wäre, das Land reichlich mit Kohle zu versorgen. Die hier kurz skizzierten Zukunftsmöglichkeiten des Königreiches haben es wohl mit sich gebracht, daß in letzter Zeit zahlreiche englische Großbanken, trotz dem bei der spanischen Regierung erhobenen Einspruch heimischer Bankiers, in Spanien Zweigniederlassungen errichtet haben. Dies ist wieder ein Beispiel dafür, daß die Entente-Staaten sich alle Mühe geben, ihre durch die Absperrung der Mittelmächte vom Weltverkehr sehr günstige handelspolitische Lage auch für die Zukunft voll auszunützen, und daß es nach dem Kriege eine unserer wichtigsten Aufgaben sein wird, diesen ihren Vorsprung rasch nachzuholen.

Der Abend
2./V. 1917

7
34

Denen der Krieg gut anschlägt.

Zentralbank der deutschen Sparkassen, Wien. Reingewinn K 2,759.806·63 (gegen K 2,227.653·01 im Vorjahre). Der Generalversammlung wird beantragt werden, K 931.230·78 für Rücklagen, K 1,500.000 für eine 5%ige Dividende, K 50.000 für gemeinnützige nationale Spenden zu verwenden und K 278.575·85 auf neue Rechnung vorzutragen. Wie man sieht, gilt noch immer, mit leichter Veränderung, das Wort Goethes: Ein echter deutscher Mann mag keinen Rebbach leiden, doch Dividenden nimmt er gern.

Maschinenfabriks-Gesellschaft, vormals Skoda, Bromovsky, Ruston und Ringhoffer. Gewinn K 1,976.299 (i. V. K 1,234.568). Dividende K 18 = 9 v. H. (i. V. K 12). Erhöhung des Aktienkapitals von 16 auf 20 Millionen. Im „Compaß" ist zu lesen, daß die „ungünstigen Konjunkturverhältnisse, bedeutende Überschreitungen der Präliminarien beim Bau der neuen Fabrik und die außerordentliche Zinsenlast der schwebenden Verbindlichkeiten im Sommer 1914 zu einer Sanierung des Unternehmens zwangen. Diese Sanierung bestand darin, daß 4 Aktien zu K 200 an eine neue umgetauscht wurden, wodurch das Aktienkapital auf 3½ Millionen herabgesetzt wurde. Sodann wurde es durch Ausgabe neuer Aktien auf 16 Millionen erhöht. Wie man sieht, hat der Krieg dem Unternehmen gut angeschlagen.

Staats-Eisenbahngesellschaft. Reingewinn K 26,809.999 (mehr gegen das Vorjahr 1,885.547). Dividende 39 Fs. (gegen 37 i. V.). Der Reingewinn setzt sich bekanntlich aus den festen Ablösungsrenten für die vom Staate erworbenen Eisenbahnen zusammen, ferner aus dem Betriebe der der Gesellschaft verbliebenen Berg- und Hüttenwerke und Maschinenfabriken. Die Steigerung des Gewinns ist also ausschließlich Folge der scharfen Ausnützung der Kriegsgelegenheiten.

Vossische Zeitung 4./V. 1917

Die Organisation der Uebergangswirtschaft

Von

F. Naphtali.

I.

Als die Erörterungen über die Maßnahmen zur Umstellung der Kriegs- in die künftige Friedenswirtschaft begannen, glaubte man, daß diese zweite Umstellung in einem wesentlichen Punkte von der ersten Umstellung auf die Kriegswirtschaft sich unterscheiden würde. Man meinte, daß die Umstellung auf die Friedenswirtschaft der Uebergang zu einem bekannten Zustande sein würde. Die lange Dauer des Krieges und die Vertiefung der Untersuchungen über die Erfordernisse der Uebergangswirtschaft haben den Glauben zerstört, daß die zu treffenden Maßnahmen einfach auf eine Wiederherstellung des altbekannten Friedenszustandes der Wirtschaft gerichtet sein können. Neben den für die Ordnung des Arbeitsmarktes außerordentlich wichtigen Maßnahmen der militärischen Demobilisierung ist von allen Seiten als das Hauptproblem der Uebergangswirtschaft, die schnelle und zweckmäßige Versorgung der deutschen Volkswirtschaft mit den Rohstoffen, die sie aus dem Auslande beziehen muß, erkannt worden. Gerade die gründliche Betrachtung der Probleme der Ein- und Ausfuhr in der Zeit der Wiederaufrichtung einer Friedenswirtschaft zeigt aber, daß auch die zweite Umstellung nicht in altbekannte Gebiete zurückführt, sondern vielmehr gerade in entscheidenden Punkten mit ganz neuartigen Verhältnissen rechnen muß. Wir wissen, daß es für das Wiederaufblühen unserer Wirtschaft von der größten Bedeutung sein wird, möglichst schnell und möglichst viel Rohstoffe für die Ernährung, für die Industrie und für gewisse Zweige der Landwirtschaft einzuführen. Wir können aber nur höchst unvollkommen die Bedingungen voraussehen, unter denen der Einkauf, die Bezahlung und die Zufuhr dieser Rohstoffe nach dem Friedensschluß möglich sein wird. Diese Bedingungen werden auch bei gründlichstem Studium zum großen Teil unbekannte Größen bleiben, bis wir die Bedingungen des Friedens kennen und zum Teil noch darüber hinaus, bis wir die wirtschaftlichen Verhältnisse der anderen kriegführenden Länder nach Friedensschluß wieder klar überblicken können. Man denke nur daran, in welchem Maße die Rohstoffeinfuhr abhängig ist von dem Frachtraum, über den die Weltschiffahrt nach dem Kriege verfügen wird, und in welchem Maße diese Ziffer wiederum von der Dauer und den Wirkungen des U-Bootkrieges abhängt. Man berücksichtige die entscheidende Bedeutung der Frage, ob wir unmittelbar nach dem Kriege in der Lage sein werden, z. B. in Nordamerika unter gleichen Bedingungen einkaufen zu können, wie die feindlichen Länder, die gleichfalls rohstoffhungrig sein werden und die heute mit den Vereinigten Staaten verbündet sind. Man vergegenwärtige sich, daß die Gestaltung unserer Valuta, das Maß der fremden Zahlungsmittel, über die wir verfügen können, wesentlich abhängen wird von der Frage der Kriegsentschädigungen und von der Aufnahmefähigkeit fremder Kapitalmärkte für deutsche Werte. Man denke endlich daran, welche Bedeutung für die Dringlichkeit der einzelnen Einfuhren der Zeitpunkt des Friedensschlusses haben wird, in wie hohem Grade das Verhältnis dieses Zeitpunktes zu unserer Ernte und zur Ernte der überseeischen Zufuhrländer entscheidend sein wird. Diese keineswegs erschöpfenden Hinweise auf die unbekannten Größen in der Uebergangswirtschaft genügen, um zu beweisen, daß die zweite Umstellung der Wirtschaft kaum weniger in eine terra incognita führt, als es bei der Umstellung auf die Kriegswirtschaft der Fall war.

Darf nun diese Erkenntnis dazu verführen, passiv die Dinge an sich herankommen zu lassen? Darf aus ihr, wie es in Erörterungen aus industriellen Kreisen teilweise geschehen ist,*) die Folgerung gezogen werden, daß die Lösung der Aufgabe, wie die Verhältnisse nach dem Frieden zu behandeln sein werden, unmöglich ist, und daß alle Lösungsversuche nur einen rein theoretischen Wert haben, so daß es verhängnisvoll wäre, auf der Grundlage dieser Vorarbeiten Maßregeln zu beschließen? Diese Schlußfolgerung ist ganz verfehlt. Wenn man sich mit Bewußtsein auf unbekanntes Gebiet begibt, so rüstet man sich dafür nicht am besten, indem man blind auf seine künftige Anpassungsfähigkeit vertraut, sondern indem man die Instrumente der Wegfindung möglichst vollkommen vorbereitet und sie so gestaltet, daß sie hinreichend beweglich sind, um unter den verschiedenartigsten Erscheinungen, die das fremde Gebiet zeigen kann, zu funktionieren. Auch diejenigen Kreise, die dazu neigen, die Wiederherstellung der Freiheit für Handel und Industrie schlechthin als das beste Mittel zum Wiederaufbau der Wirtschaft zu betrachten, verkennen ja nicht, daß gewisse Aufgaben in der Uebergangswirtschaft ohne Mitwirkung des Staates sicherlich nicht gelöst werden können. Die Eingabe der Potsdamer Handelskammer (Sitz Berlin), die in glänzender Form die Freiheit der wirtschaftlichen Kräfte als die Hauptforderung für die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft preist, anerkennt, daß die Frage der Valuta und der Schiffsfrachten unsere Staatsleitung vor schwere Aufgaben stellen kann. Es wird aber in dieser Eingabe behauptet, daß die Lösung dieser beiden außerordentlich wichtigen Fragen auf rein finanztechnischem Gebiete liege, und daß es hieße, die grundlegenden Bedürfnisse der deutschen Volkswirtschaft einer finanzpolitischen Frage unterordnen, wenn man in ihre Lösung den Gedanken an eine Einschränkung und Kontingentierung der Rohstoffe einbeziehen würde.

Der Glaube, daß die Valuta- und Frachtraumfrage gleichsam losgelöst von der Einfuhrregelung, „finanztechnisch" gelöst werden könnten, entbehrt jeder festen Grundlage. Gewiß soll die ganze Einfuhrfrage nicht unter dem Drucke einer gewissen Valutahysterie behandelt werden. Wir stimmen der Potsdamer Handelskammer auch darin zu, daß, wenn in den ersten Monaten nach dem Kriege infolge des vermehrten Rohstoffbedarfes selbst ein weiteres Sinken unserer Valuta nicht abzuhalten sein könnte, dieses Uebel doch gegenüber einem Mangel an Rohstoffen und Arbeit immer noch als das weitaus kleinere, weil nur vorübergehend, zu betrachten wäre. Aber wir müssen doch, ohne Pessimisten zu sein, auch die Möglichkeit ins Auge fassen, daß vorübergehend nicht nur die Kursfrage, sondern die Frage der Beschaffung von Zahlungsmitteln für den Rohstoffeinkauf im Auslande überhaupt zu einem Problem wird. Dieses Problem ist aber letzten Endes nur zu lösen durch eine geregelte Verteilung der ausländischen Zahlungsmittel im Verein mit einer geregelten Verwendung für die Einfuhr. Dazu gehört die Möglichkeit, die Einfuhr zu kontingentieren und auch die Ausfuhr zu fördern und eventuell in bestimmte Bahnen zu leiten. Noch viel unmöglicher als bei der Valutafrage ist eine „finanztechnische Lösung" bei der Frachtraumfrage. Die Eingabe der Potsdamer Handelskammer behandelt die Frachtraumfrage lediglich als eine Frage der Verteuerung des Transportes, der man nötigenfalls durch Zuschüsse des Reiches an die Schiffahrtsgesellschaften steuern könnte. In Wirklichkeit ist ja aber die Kostenfrage nur eine, und zwar die weniger belangreiche Seite des Frachtenraumproblems. Vor allen Dingen wird es sich darum handeln, daß, gleichviel zu welchen Raten, voraussichtlich nur eine Tonnage zur Verfügung stellen wird, die den bestehenden Einfuhrbedarf nur in beschränktem Umfange befriedigen kann. Da muß nun die Frage gelöst werden, was wird eingeführt, und in welcher Reihenfolge wird der verfügbare Schiffsraum den verschiedenen konkurrierenden Einfuhrbedürfnissen nutzbar gemacht? Die Entscheidung über den Anteil und die Reihenfolge der Einfuhr der freien Betätigung des Handels und der Industrie vollkommen zu überlassen, hieße diese Reihenfolge allein von den Aussichten des privatwirtschaftlichen Nutzens an dem einzelnen Einfuhrartikel abhängig machen. Aber nicht einmal nur von den wirklichen Aussichten, sondern auch von der spekulativen Einschätzung dieser Aussichten. Daß dabei das Ziel der möglichst schnellen Wiederbeschaffung von Arbeitsmöglichkeiten und Verdienstmöglichkeiten in einer für die deutsche Volkswirtschaft gedeihlichen Weise erreicht werden würde, ist durchaus unwahrscheinlich. Die Verteilung des Frachtraumes und die möglicherweise erforderliche Einteilung der Zahlungsmittel an das Ausland, werden deshalb eine Kontrolle und Kontingentierung — um das verhaßte Wort ruhig auszusprechen — der Einfuhr in der Zeit der Uebergangswirtschaft unvermeidlich machen.

Bis zu einem gewissen Grade erkennen ja auch die Gegner aller staatlichen Einmischung in die Rohstoffversorgung die Notwendigkeit der organisatorischen Regelung an. Die Potsdamer Handelskammer schreibt z. B., es könne ohne Bedenken zugegeben werden, daß alle überflüssigen und nur dem Luxusbedürfnis dienenden Rohstoffe und Waren von der Einfuhr fürs erste zurückgehalten werden müssen, und daß Syndikaten oder Fachverbänden der Einkauf und die Abgabe der Rohstoffe an die ihnen angeschlossenen Fabriken überlassen werden kann. Wer zugibt, daß die Dringlichkeit der Einfuhr, daß die Frage, ob ein Rohstoff notwendigen oder Luxusbedürfnissen dient, von einer staatlichen Stelle entschieden werden muß, der muß folgerichtig auch zugeben, daß diese Zentralstelle eine Skala für die Dringlichkeit aller Einfuhren und für die Anteile der als gleich wichtig anerkannten Einfuhrwaren an der Gesamtmöglichkeit festsetzt.

*) Vgl. Max Haller, Uebergangswirtschaft im „Plutus" 13./14. Heft, 14. Jahrg.

Neues Wiener Tagblatt
16.IV.1917

Wirtschaftliche Wochenchronik.

29. April. Auf die sechste deutsche Kriegs-Anleihe bisher bereits über 10 Milliarden Mark eingezahlt; die Darlehenskassen mit weniger als 1 Prozent in Anspruch genommen.

30. April. Der Präsident des deutschen Kriegsernährungsamtes teilt mit, daß der Saatenstand in Deutschland ein guter ist. — Nach dem englischen Ausweise für März hat die Einfuhr Englands in diesem Monat wegen des U-Boot-Krieges um 5 Millionen Pfund Sterling abgenommen.

1. Mai. Die Maikundgebungen der Sozialdemokratie für den Frieden ohne jeden störenden Zwischenfall in würdiger und eindrucksvoller Form verlaufen.

2. Mai. Günstiger Saatenstand aus Rumänien gemeldet. — Erhöhung der Kohlenpreise im rheinisch-westfälischen Revier.

3. Mai. Der englische Schatzkanzler Bonar Law teilt im Unterhause mit, daß die Staatsschuld Englands durch den Krieg auf 3854 Millionen Pfund Sterling angewachsen ist. Er schlägt neue Steuererhöhungen vor, darunter die der Kriegsgewinnsteuer von 60 auf 80 Prozent.

4. Mai. Neuregelung des Effektenverkehrs an der Wiener Börse. — Eisenpreiserhöhungen in Amerika.

5. Mai. Verfügungen über die Preisprüfungsstellen und Richtpreise.

Sozialpolitische Wochenplauderei.

Es war einmal.

Die Kinder, sie hören es gerne.
Goethe.

Großmütterchen erzählt:

Ich will euch, liebe Kinder, heute von den Zuckerln erzählen; wenn man keine zu kaufen bekommt, sollt ihr wenigstens etwas davon hören. Statt eurer kleinen Mägen will ich euer junges Gedächtnis füllen, damit ihr euch später, wenn der Krieg vorüber ist und ihr älter und klüger seid, erinnern mögt. Denn das, merkt es euch, ist die Hauptsache: sich erinnern, nichts vergessen und vieles verzeihen, aber nicht alles. Aber das versteht ihr jetzt noch nicht, weil ihr Kinder seid, die rasch vergessen, wenn man ihnen wieder Zuckerln gibt.

Ihr wißt, liebe Kinder, daß die Zeiten der Knusperhexe längst vorüber sind; wenn Hänsel und Gretel oder Erich und Nelly Zuckerln haben wollen, müssen sie zu einer Aktiengesellschaft gehen, denn die guten süßen Sachen besorgen jetzt die modernen Hexenmeister, die man Aktionäre nennt. Eigentlich besorgen auch sie es nicht, sondern sie schneiden nur jedes Jahr die Dividendenscheine ab, die noch viel besser als die besten Schokoladeplätzchen schmecken. Damit diese Dividendenscheine bezahlt werden können, müssen Zuckerln fabriziert werden und das tun für die Aktionäre Leute, die man Arbeiter und Arbeiterinnen nennt. Die bekommen Lohn, damit die Aktionäre Dividenden bekommen. Nun, und seht ihr, die vielen Dividenden die die Aktionäre bekommen, und das bißchen Lohn, das die Arbeiter bekommen, und die Tantièmen für die Herren Verwaltungsräte, alles wird von den paar Hellern bezahlt, die ihr für die paar Zuckerln bezahlt. Ist es da nicht ganz gut, ihr bezahlt etliche Heller mehr, damit die Herren Aktionäre recht viel Dividenden und die Herren Verwaltungsräte recht viel Tantièmen bekommen? Denn die Hauptsache und das Wichtigste, liebe Kinder, sind die Dividenden und Tantièmen. So erzählt man den Erwachsenen und nennt diese Märchen für große Kinder die Volkswirtschaftslehre und erzählen tun sie die Zeitungen und die gelehrten Herren auf der Universität, wo ihr auch hinkommen werdet, Erich und Nelly und der Johann und der Pepi, diese beiden natürlich nur, wenn sie sehr brav und fleißig sind.

Nun wißt ihr aber wissen, liebe Kinder, wie sehr der böse Krieg die braven Herren Aktionäre und ihre Dividenden bedroht hat. Der Bericht, den die Herren Direktoren den Herren Aktionären erstatten, schildert in Worten, die mein Großmutterherz tief ergriffen haben, die Schwierigkeiten, die sich der Beschaffung des Rohmaterials entgegenstellten, ohne das man die Zuckerln, die so gut schmecken, unglücklicherweise nicht machen kann. Zu Beginn 1916 konnten noch etwas Kakao-Vorräte aus den skandinavischen Ländern beschafft werden, die jedoch später gänzlich aufhörten. Für Kakao wurden Preise gefordert, 18½ Mal so hoch als zu Friedenszeiten. Von der in Hamburg errichteten Kakao-Zentraleinkaufsgesellschaft war für das Unternehmen keine Zuweisung zu erlangen. Auch heimische Rohwaren fehlten. Unter diesen Verhältnissen mußte der Betrieb auf vier Tage in der Woche beschränkt bleiben. Das Fabriksgebäude „Balatka", in welchem gar nicht gearbeitet wurde, gelangte zum Abverkauf.

Ihr glaubt nun, dieweil ihr Kinder seid, daß unter solchen Umständen, wo soviel weniger erzeugt wurde, auch weniger gewonnen wurde. Ihr wißt aber nicht, liebe Kinder, daß, wie ihr Kinder auch die großen Aktionäre einen Schutzengel haben, den man Konjunktur nennt. Die verläßt die Ihrigen nicht, und die Aktionäre und Verwaltungsräte von so einer Zuckerlfabrik wie z. B. die Marschnersche Zuckerwaren- und Schokoladefabriken-Aktiengesellschaft in Prag gehören zu diesen Ihrigen. Deshalb kann auch der Bericht — wie wird es euch, liebe Kinder, freuen! — seine traurige Schilderung mit den frohen Worten schließen, wenn trotz der geschilderten schwierigen Produktionsverhältnisse ein günstiges finanzielles Resultat erzielt wurde, so sei dies der Konjunktur in der Lebensmittelbranche zu danken.

Im vorigen Jahre, wo es noch nicht so traurig zuging, war der Reingewinn 369.039 Kronen und die Dividende 13 v. H. Heuer beträgt der Reingewinn 510.380 Kronen, das ist mehr als ein Drittel des Kapitals, und das Zuckerl der Aktionäre 20 v. H. Früher, im Frieden, da ging es der Gesellschaft gar nicht gut; hatte sie doch so viel Geld verloren, daß sie im Jahre 1913 ein Viertel ihres Aktienkapitals abschreiben mußte und die Aktionäre weder zwanzig, noch dreizehn, sondern gar nichts vom Hundert als Dividende erhielten.

Damit ihr aber nicht vielleicht glaubt, nur diese Fabrik sei vom Schutzengel Konjunktur in der Lebensmittelbranche so sichtbarlich behütet worden, sei euch erzählt, daß es der Konditen- und Schokoladefabrik „Kolinna" noch besser ergangen ist. Es wird euch sicherlich freuen, daß diese — so steht in der guten Zeitung — für viereinhalb Millionen Waren verkaufte.

Dementsprechend ist auch ein hoher Reingewinn erzielt worden. Nach Erstellung einer Steuerreserve von 315.000 Kronen gelangt eine Dividende von 398.000 Kronen zur Ausschüttung, was einer 40%igen Verzinsung des Stammkapitals von 995.000 Kronen entspricht. Verdient hat sie allerdings noch mehr, nämlich auch das Geld für diese Steuerreserve; alles zusammengerechnet, sind es 75 v. H. des Stammkapitals. Freut es euch, liebe Kinder, daß man so viel Geld an euch verdienen kann?

Der Abend
Zürich 1917

Die Zeit

8./V. 1917

— **(Poldihütte.)** Der Verwaltungsrat der Poldihütte hat in seiner gestrigen Sitzung den Rechnungsabschluß für das Geschäftsjahr 1916 festgestellt. Nach Rückstellung von K. 500.000 für eine besondere Widmung für Kriegsfürsorgezwecke und Zuweisung von K. 500.000 an die Beamten- und Arbeiterunterstützungskasse, weiter nach Durchführung von Abschreibungen in der Höhe von K. 4,443.942 ergibt sich unter Hinzurechnung des Gewinnvortrages vom Vorjahre von K. 796.461 ein Reingewinn von K. 5,899.150. Es wurde beschlossen, die Generalversammlung für Dienstag den 5. Juni, 11 Uhr vormittags, einzuberufen und ihr die Auszahlung einer Dividende von 20 Prozent = K. 80 für eine Aktie, in Vorschlag zu bringen. Das Gewinn- und Verlustkonto zeigt folgende Ziffern:

Erträgnisse: Gewinnvortrag K. 796.461 (+ 755.601), Zinsen 0 (— 63.623), Rohgewinn K. 14,744.290 (+ 5,575.379).

Lasten: Verwaltungsunkosten K. 538.953 (+ 110.148), Prioritätenzinsen 107.140 (— 2608), Steuern und Gebühren 2,118.038 (+ 1,698.080), Zinsen 13.966 (+ 13.966), Abschreibungen 4,443.942 (+ 1,473.195), Arbeiter-Unfall- und Krankenversicherung sowie Beamten-Ruhegehaltsversicherung 623.098 (— 358.909), Zuwendung an die Beamten- und Arbeiter-Unterstützungskasse 500.000 (—), Widmung für Kriegsfürsorgezwecke 500.000 (—), Reingewinn 6,695.612 (+ 3,334.083), Summe K. 15,540.751 (+ 6,267.956).

Die Bilanz weist aus:

Aktiva: Beweglicher und unbeweglicher Besitz K. 20,834.518 (+ 5,298.939), Vorräte 14,225.116 (+ 4,545.228), Barbestände 266.765 (+ 75.804), Wechsel 263.765 (— 171.251), Wertpapiere 6,573.915 (+ 2,707.375), Buchforderungen 35,001 (+ 17,516.977), Hinterlegungen 88.200 (+ 11.979), Summe K. 77,253.811 (+ 29,985.510).

Passiva: Aktienkapital K. 20,000.000 + 4,600.000), allgemeine Rücklagen 9,384.684 (+ 4,354.690), Beamten- und Arbeiter-Unterstützungskasse 994.585 (+ 494.585), Widmung für Kriegsfürsorgezwecke 500.000 (—), 4prozentige Prioritätenanleihe 2,644.800 (— 67.400), Buchschulden und Anzahlungen 36,878.236 (+ 17,260.702), unbehobene verloste Prioritäten 11.904 (— 2296), unbehobene Prioritätenzinsen 112 (— 208), unbehobene Dividenden 2080 (— 280), Prioritätenzinsen, fällig am 2. Januar 1916/15 52.896 (— 1348), Hinterlegungen 88.300 (+ 11.979), Reingewinn 6,695.612 (+ 3,334.083), Summe K. 77,253.811 (+ 29,985.510).

Dem von dem Generaldirektor Ingenieur Pazzani in dieser Sitzung erstatteten Bericht ist zu entnehmen, daß die gesellschaftlichen Betriebe nach wie vor mit voller Leistungsfähigkeit arbeiten. Der infolge der durchgeführten großen Betriebserweiterungen schon im Jahre 1916 gegen das Vorjahr erheblich gesteigerte Umsatz hat in den ersten Monaten des laufenden Jahres noch eine weitere Steigerung erfahren. Demgegenüber ist aber eine wesentliche Verteuerung aller wichtigen Rohstoffe und eine fortgesetzte Erhöhung der Arbeitslöhne eingetreten, so daß auch die Gestehungskosten eine heute noch nicht abschätzbare Erhöhung erfahren werden. An den neuen Anlagen in Komotau wird emsig gearbeitet. Der Betrieb dort dürfte gegen Ende des Jahres aufgenommen werden.

— **(Erste böhmisch-mährische Maschinenfabrik.)** Aus Prag, 7. d., wird uns telegraphiert: Die Erste böhmisch-mährische Maschinenfabrik A.-G. hielt heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Zwierzina ihre Generalversammlung ab. Es wurde beschlossen, vom Reingewinn K. 2,933.076 (gegen K. 2,377.662 im Vorjahr), eine Dividende von K. 100 = 25 Prozent (gegen 21 Prozent im Vorjahr) zu verteilen und K. 321.940 auf neue Rechnung vorzutragen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, die restlichen 146 Stück Aktien der vierten Emission den Aktionären zum Kurs von K. 1500 zu überlassen. Der Nennwert der Aktien beträgt K. 400.

Der Abend
8/V. 1917

89

Tantiemenstudien des „Abend".

Wie sie wachsen und gedeihen:

	1914	1915	1916
Schrauben und Schmiedewarenfabrik Brevillier & Co und A. Urban & Söhne	0·151	0·485	0·710
Oberung. Berg- und Hüttenwerke . .	0·103	0·091	0·227
Skodawerke	0·412	0·727	1·367

Die in den Berichten über die Generalversammlung der Skodawerke verschwiegene Tantième des Verwaltungsrates beträgt K 1,367.187 und verteilt sich auf die Herren Dr. Karl Frh. von Skoda, Julius Blum und Ludwig Neurath (Kreditanstalt), Max Feilchenfeld und Maxime Kreswy (Eskomptegesellschaft), Graf Leopold Auersperg, Anton Herrmann, Hans Georg Reichsgraf von Oppersdorff, Josef Tureczky, Ludwig Urban jr. und Franz Wallner, zusammen elf an der Zahl. Im vorigen Jahre betrug sie K 727·350, vor zwei Jahren K 412·260. In drei Geschäftsjahren ist sohin die Tantième auf das Dreifache gestiegen; wie man sieht, wird die Kriegsindustrie reichlich für die Opfer entschädigt, die die anderen bringen.

Der Abend
9.10.1917

40

Handel und Verkehr.

Denen der Krieg gut anschlägt.

Poldihütte.

Man sage nicht, daß es nichts nützt. Rom ist nicht an einem Tage gebaut und Karthago nicht an einem zerstört worden. Es dauert lange, namentlich wenn man so lange zugesehen hat, aber es geht allmählich. Ihr eigener Übermut wird vollenden, was unsere zunehmende Erkenntnis beginnt. Nicht ewig wird man zusehen, wie sie sich auf unsere Kosten die Taschen füllen, und das Ende wird an dem Tage gekommen sein, wo man einsehen wird, daß man genau so viel Kriegsanleihe ersparen kann, wie man den Kriegsnutznießern unangemessenen Gewinn entzieht. Diese Wahrheit unausgesetzt zu predigen, wird der „Abend" nicht müde werden, noch seine Leser, sie zu hören. Allmählich dringt sie nun auch dorthin, wo man den Kriegslieferanten die Bedingungen vorschreiben und den Dividendenkorb etwas höher hängen kann.

Die Poldihütte-Tiegelgußstahlfabrik gesteht einen Reingewinn von K 6,69[illegible].612 ein; er ist um K 3,334.083 höher, also fast genau doppelt so hoch als das Jahr vorher, und beträgt 33½ v. H. des Aktienkapitals. Das Jahr vorher war er K 1,666.356, ist also in jedem der drei Kriegsjahre auf das Doppelte des vorherigen gestiegen. Die Dividende beträgt 80 K, nach 60 und 40. In Wirklichkeit ist das Anschwellen des Gewinnes noch viel höher; man hat es nur in der Technik des Verschleierns sehr weit gebracht. Man erhöht die Abschreibungen um K 1,473.196, wendet der Beamten- und Arbeiterunterstützungskasse und den Kriegsfürsorgezwecken je eine halbe Million zu, und fast 2½ Millionen Reingewinn sind im Handumdrehen verschwunden.

Die Höhe der Tantièmen wird in den Zeitungsberichten, wie heuer fast ausnahmslos, verschwiegen. Keine Freude falscher Bescheidenheit — nur Lumpe sind bescheiden, Brave freuen sich der Tantièmen — werden wir sie nach Einsicht in den gedruckten Rechenschaftsbericht mitteilen. Das dauert immer ein paar Tage, weil man uns — was wir sehr begreiflich finden — solche Rechenschaftsberichte nicht zusendet, in die wir uns also auf andere Weise Einsicht verschaffen müssen und — was wieder die Herren Direktoren sehr begreiflich finden werden — auch verschaffen. Aktiengesellschaften leiden unter der Unbequemlichkeit, daß sie öffentlich Rechnung legen müssen; zur Öffentlichkeit, vor der man nichts verschweigen kann, gehört aber auch der „Abend" und seine Leser, so gerne man auch gerade vor ihnen so manches verschweigen möchte.

Es gibt Leute, die unsere Darstellung solcher Reingewinne aufreizend finden. Wir fragen aber, was aufreizender sei: wer solche Verdopplungen von Kriegsjahr zu Kriegsjahr aufzeigt, oder wer sie in die Tasche steckt?

Die Poldihütte gehört zum Eisenkartell und sohin zum Interessenkreise der Eskomptegesellschaft; Präsident ist der allgegenwärtige Herr Max Feilchenfeld, sein Stellvertreter Direktor Wilhelm Kux (Eskomptegesellschaft), Mitglieder des Verwaltungsrates sind: Kommerzialrat Dr. Hagen, Zdenko Horovsky, Direktor der Prager Eisenindustrie, Bernhard von Popper-Artberg (Wiener Bankverein) und Generaldirektor Alexander Pazzani.

Nicht unerwähnt möge bleiben, daß sich Herr Pazzani durch einige sozialpolitische Einsicht in seinen Beziehungen zu den Beamten und Arbeitern vorteilhaft von den meisten Selbstbeherrschern des Eisenkartells unterscheidet, ein Beweis, daß man — bei 33½ v. H. Reingewinn — noch lange nicht zu hungern braucht, wenn man die, die einem diesen Reingewinn erarbeiten, einigermaßen satt werden läßt.

Reichspost
10./V. 1917

Unsere Volkswirtschaft nach dem Kriege.

Von Dr. Anton R. v. Mörl.

Unsere Gegner haben feierlich vereinbart, nach dem Krieg mit den Waffen den Wirtschaftskrieg gegen die Mittelmächte fortzusetzen. Das wird uns nicht bange machen; dieser Wirtschaftskrieg wird niemals zum Ausbruch kommen. Ist einmal der Friede geschlossen, so wird der Zweckverband der Entente sich von selbst auflösen. Wirkliche eigene Interessen haben die Verbandsmächte nicht zusammen geführt, sondern einzig der allen gemeinsame Wunsch, die Mittelmächte, und zwar hauptsächlich Deutschland, als Konkurrenten niederzuringen. Stellt sich heraus, daß dieses einzige gemeinsame Ziel unerreichbar ist, und das steht ja schon heute fest, dann hat der Verband seinen Zweck verfehlt und muß zerfallen.

Nach Friedensschluß, wenn die Verbandsvölker aus der Kriegspsychose erwachen, wenn die natürlichen Triebe nicht mehr künstlich zurückgedrängt werden, dann werden die Völker sich auch wieder auf ihre natürlichen Interessen besinnen. Da wird sich der Franzose sagen, daß er zu Deutschland viel innigere wirtschaftliche Beziehungen hat, daß Deutschland sein bester Abnehmer seiner Haupterzeugnisse: Wein und Seide ist, daß ihm England und Rußland wirtschaftlich viel ferner liegen. Er wird vielleicht auch entdecken, daß es ein verbrecherischer Wahnsinn war, ein kleines Land zurückerobern zu wollen. um ein zehn- bis zwanzigfaches Opfer an Menschenleben, als das zu erobernde Ländchen Einwohner hat.

Freilich, geraume Zeit wird das dauern, denn so hoch gesteigerte Leidenschaften, wie der Krieg sie gebracht hat, können nicht schnell abklingen; in der Uebergangszeit werden wir wahrscheinlich noch sehr mit feindseligen Stimmungen zu kämpfen haben. Diese Uebergangszeit müssen wir zur Durchführung einer anderen großen wirtschaftlichen Aufgabe verwenden. Ich habe bereits in meinem 1912 erschienenen Buche „Das Ende des Kontinentalismus in Oesterreich" auf die Wichtigkeit der Donau als Verbindungsstraße mit dem Osten hingewiesen. Heute versteht diese Wahrheiten jedes Kind. Um vor allen zukünftigen Aushungerungsplänen unserer Gegner sicher zu sein, muß an die rascheste Erschließung der großen bebaubaren Flächen im türkischen Reich, in Kleinasien, in den Euphratländern, in Arabien und dann in Persien geschritten werden. Zu diesem Zwecke werden Straßen, Bahnen, Kanäle, Pumpanlagen, Bergwerke angelegt werden müssen. Die Bauindustrie, die auch in den vom Kriege verwüsteten Gebieten unseres Landes umfangreiche Beschäftigung finden wird, die Maschinenindustrie und damit die Eisen- und Stahlhütten werden reichlich zu tun haben. Ebenso hat die Textilindustrie jedenfalls für Jahre hinaus volle Beschäftigung im eigenen Lande, ebenso die Lederindustrie. Nur handelt es sich darum, daß wir rechtzeitig vorarbeiten, damit wir sofort nach Friedensschluß soviel Ausfuhrartikel bereit haben, um durch diese die unbedingt notwendige Einfuhr an Rohstoffen bezahlen zu können, vor allem Baum- und Schafwolle, vegetabilische Fette und Metalle, die wir schlechthin im eigenen Lande nicht erzeugen können. Unserer Schiffahrt winkt eine gute Zukunft und mit einem Ruck kann sie die italienische Rivalin, deren Schiffe auf dem Grunde des Meeres liegen, mit energischem und geschicktem Arbeiten sogar Frankreich überholen. Der ganze Levantehandel ist jetzt, wo die Türkei unser Verbündeter ist, unser natürlichstes Interessengebiet. Und da die türkischen Länder der modernen Wirtschaft erschlossen werden, so wird der Transport der Erschließungsmittel, Zement, Maschinen, Werkzeuge usw., allein viel Frachtraum beanspruchen, abgesehen von dem regen Passagierverkehr. Die dalmatinische Zementindustrie vermag daraus Kraft zu schöpfen, und wenn sie ihre Ware mit Motorsegelschiffen, die bei Windstille mit einem leichten Oelmotor arbeiten, befördert, dann wird sie durch Billigkeit alle Konkurrenten aus dem Felde schlagen.

Der Landwirtschaft hat der Krieg schon bessere Zeiten gebracht, das wichtige Problem der Entschuldung des Bauernstandes, das im Frieden nicht lösbar war, wurde im Kriege von selbst nahezu durchgeführt. Die Landwirtschaft tritt wirtschaftlich gekräftigt in den Frieden ein und ist daher in der Lage, durch Anschaffung moderner Betriebsmittel sich noch leistungsfähiger zu machen. Das wird auf den Maschinenbau, die Mühlenindustrie und andere große Erzeugungszweige fördernd zurückwirken.

Selbst wenn wir also keine Kriegsentschädigung erhalten sollten, sind unsere wirtschaftlichen Aussichten nicht verzweifelt, sie sind geradezu günstig und verheißen eine Zukunft, wie sie Oesterreich-Ungarn zufolge seiner günstigen Lage, seiner reichen Bodenschätze und der Intelligenz seiner Bewohner verdient. Angesichts der sechsten Kriegsanleihe darf man diese Tatsachen mit hoffnungsvoller Zuversicht abwägen.

Die Zeit
11./V. 1917

Friedenssorgen.

In der allgemeinen Friedensdiskussion, die jetzt im Gange ist, wird vielfach auch schon von jenen wirtschaftlichen und sozialen Fragen gesprochen, die eigentlich erst mit der Wiederherstellung des Friedenszustandes ihre volle Bedeutung und Dringlichkeit erlangen werden. Es gibt Leute, die diese künftigen Friedensfragen bereits so sorgenvoll erörtern, als ob daneben der Krieg, der uns vorläufig noch genug zu schaffen macht, die geringere Sorge wäre. Aber man sollte sich vernünftigerweise doch sagen: wie schwere Probleme uns der Uebergang zum Frieden auch bringen mag — ist einer unter uns, der nicht wünschte, daß wir schon bei diesem Uebergang hielten? Gewiß, es wird da Schwierigkeiten und Verlegenheiten in Menge geben, und die zahlreichsten und größten werden durch den Rückstrom von Millionen Arbeitskräften aus der militärischen in die zivile Verwendung entstehen. Die nächste Folge wird das Entstehen einer besonderen Art von Frauenfrage nach dem Kriege sein. Der ungeheure Männerbedarf des Krieges hat den Frauen eine Fülle neuer Berufe und Stellungen eröffnet, und es läßt sich nicht leugnen, daß das weibliche Geschlecht diese Stellvertretung besser, als erwartet wurde, besorgt hat. In Fabriken und Comptoirs, in allen Werkstätten und Schreibstuben haben sich Frauen und Mädchen tüchtig eingearbeitet und auch lohnenden Erwerb gefunden. Nach dieser Berufsverschiebung der Geschlechter, wie sie in gleich großem Maßstab sich nie zuvor in der menschlichen Geschichte ereignet hat, wird nun mit dem Ende des Krieges eine fast ebenso starke Rückverschiebung folgen müssen. Die Frontkämpfer werden in ihre früheren bürgerlichen Stellungen zurückkehren, und wenn ihre Zahl auch gemindert sein wird, so sind dafür in den drei Kriegsjahren ebensoviele Jahrgänge junger Männer nachgewachsen, die dann zum großen Teil als Stellenwerber auf dem Arbeitsmarkt erscheinen werden. Was wird also mit den Frauenmassen geschehen, die während des Krieges so nutzbringend und notwendig für Staat und Gesellschaft waren und dann plötzlich überschüssig werden?

Man darf den Ernst dieser Frage nicht verkennen. Die Regierungskreise, die sich mit den Angelegenheiten der künftigen Uebergangswirtschaft jetzt bereits aufs gründlichste befassen, werden gut tun, nicht bloß den wirtschaftlichen, sondern auch den sozialen Uebergangsschwierigkeiten ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und beizeiten an Linderung und Abhilfe zu denken. Es muß unbedingt vermieden werden, daß eine große Zahl weiblicher Existenzen durch einen jähen Ruck erschüttert werde. Die Sache würde allerdings von vornherein ein freundlicheres Aussehen gewinnen, wenn man nur einigermaßen sicher sein könnte, daß nach dem Kriege eine Periode allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges zu erwarten wäre. In diesem Falle würde der Bedarf an Arbeitskräften wahrscheinlich ein so mannigfacher und starker sein, daß auch das weibliche Massenangebot Aussicht hätte, konsumiert zu werden. Aber unter den ökonomischen Wetterpropheten sind nur wenige, die für die ersten Friedensjahre eine so angenehme Gestaltung der Verhältnisse voraussagen. Hat man mit einer langsamen und mühsamen Erneuerung des normalen Wirtschaftslebens zu rechnen, dann wird die Frage der Frauenarbeit nach dem Kriege in der Tat eine sorgenschwere sein. Aber immerhin — es wird eine Lösung gesucht und gefunden werden. Und alle wirtschaftliche Mühsal und soziale Bedrängnis, die uns dann noch heimsuchen mögen, verbunden mit den verwickeltsten Problemen der Politik und der Staatsfinanzen, wird das alles nicht federleicht wiegen gegenüber dem furchtbaren Druck, mit dem heute der Krieg auf Geist und Gemüt der ganzen Menschheit lastet? Es wird kein heiterer, wolkenloser Friede sein, der nach diesem Kriegsgewitter kommen wird. Aber wie gern werden wir die Sorgen tragen, die nur Friedenssorgen sein werden.

Pester Lloyd
13./V. 1917

(Die Probleme der wirtschaftlichen Demobilisierung und der Uebergangswirtschaft.) Sämtliche Handels- und Gewerbekammern des Landes werden am 6. Juni in Budapest eine Landesversammlung halten, um alle Probleme der wirtschaftlichen Demobilisierung und der Uebergangswirtschaft zu erörtern. An den Beratungen werden auch Vertreter der Regierung, Wirtschaftspolitiker und Schriftsteller, die freien Interessenvertretungen, die Presse, die Bürgermeister der Kammerresidenzen, kurz alle Faktoren des Wirtschaftslebens teilnehmen. Die Tagesordnung umfaßt 16 Punkte, über die von je einem Kammersekretär Referate ausgearbeitet wurden. Die Referate werden im Druck gelegt erscheinen und allen Teilnehmern im vorhinein zur Verfügung stehen. Die Sammlung dieser Referate wird ein bleibendes Sammelwerk all jener aktuellen Wirtschaftsfragen bilden, die derzeit die öffentliche Meinung beherrschen. Die Tagesordnung der Beratung, der Geheimer Rat Leo Láncz präsidieren wird, umfaßt folgende Punkte: 1. Allgemeine Gesichtspunkte der Demobilisierung und Uebergangswirtschaft (Präsidialeröffnungsrede). 2. Landesamt der Uebergangswirtschaft. 3. Wirtschaftliche Reihenfolge der militärischen Demobilisierung, die Warenbeschaffung nach dem Kriege und die damit verbundenen wirtschaftspolitischen Fragen. 4. Demobilisation und Industrie; a) allgemeine industrielle Beziehungen der Demobilisierung; b) Demobilisierung und Kleingewerbe; c) staatliche Aufgaben. 5. Demobilisierung und Binnenhandel. 6. Die Finanzprobleme nach dem Kriege. 7. Die wirtschaftliche Regenerierung und die Mehrproduktion. 8. Die wirtschaftliche Fachbildung nach dem Kriege. 9. Die Kreditbedürfnisse von Industrie und Handel nach dem Kriege. 10. Die Stärkung und der Ersatz der industriellen Bevölkerung nach dem Kriege. 11. Wohnungsfragen nach dem Kriege. 12. Reparation der Kriegsschäden; a) die Neugestaltung Siebenbürgens; b) die Industrieförderung Siebenbürgens und das Erdgas; c) Ersatz der Kriegsschäden und Unterstützung der Geschädigten. Die Referate haben folgende Kammersekretäre ausgearbeitet, die auch als Referenten fungieren werden: Dr. Rudolf Krejcsi (Budapest), Dr. Gerhard Wolff (Pozsony), Josef Vágó (Budapest), Dr. L. Varjassy (Arad), Dr. A. Sipos (Kassa), Dr. A. Tonelli (Szeged), Julius Szávay (Budapest), Dr. Stefan Holesch (Besztercebánya), Eugen Lendvay (Temesvár), Dr. L. Sarkady (Nagyvárad), Dr. J. Sugár (Miskolc), Peter Szakács (Mezővásárhely), Dr. Stefan Varró (Budapest), Dr. Josef Gámán (Kolozsvár), Dr. Ludwig Rácz (Mezővásárhely) und Ernst Binder (Brassó).

Pester Lloyd

13./V. 1917

Generalversammlungen.

Ganz u. Komp.—Danubius Maschinen-, Waggon- und Schiffbau-A.-G.

In der heute gehaltenen ordentlichen Generalversammlung dieser Aktiengesellschaft führte Geheimer Rat Ludwig v. Tolnay den Vorsitz. Der Jahresbericht gedenkt in pietätvollen Worten jener Beamten und Arbeiter, die den Heldentod erlitten haben. Sodann hebt der Bericht hervor, daß das Ergebnis des Geschäftsjahres 1916 wohl bereits günstiger ist als dasjenige des vorangegangenen Jahres, daß aber das Resultat trotzdem nicht in entsprechendem Verhältnisse zum Umsatz und zu den großen Anstrengungen steht, die notwendig waren, um der Schwierigkeiten der Erzeugung im Kriege Herr zu werden. Dies wird durch die vor dem Kriege übernommenen Aufträge für Waggon- und Kriegsschifflieferungen erklärt, bei denen sich infolge der in der Zwischenzeit eingetretenen außerordentlichen Materialverteuerung, ferner durch die Steigerung der Lohn- und Betriebskosten ein ungünstiger Einfluß geltend machte. Die Fiumaner Schiffswerfte hat den Bau von Unterseebooten aufgegriffen und die bisher fertiggestellten Einheiten zur vollsten Zufriedenheit abgeliefert. Sowohl die Filialfabrik Ratibor, wie auch die Schwesterunternehmungen haben mit günstigem Erfolge gearbeitet und sind ebenso wie die Stammfabrik für das laufende Jahr mit Aufträgen genügend versorgt. Behufs entsprechender Förderung der Flugzeugindustrie in Ungarn hat die Gesellschaft gemeinsam mit der „Oesterreichischen Fiatwerke A.-G." unter der Firma „Ganz-Fiat Ungarische Flugzeugmotorenfabrik A.-G." ein neues Unternehmen in Budapest gegründet. Die Schlußrechnungen weisen für das Jahr 1916 ein Betriebsergebnis von k 3,488.181.91 auf. Nach Abzug der Wertverminderungsabschreibungen im Betrage von k 1,284.491.50 verbleiben als Reingewinn k 2,153.690.41. Abzüglich der statutenmäßigen Direktionstantiemen und zuzüglich der vorjährigen Gewinnvorträge stehen k 2,385.180.61 zur Verfügung der Generalversammlung. Dem Antrage der Direktion entsprechend sind k 160 pro Aktie, d. i. insgesamt k 1,728.000 zur Zahlung der Dividende und k 100.000 zur Dotierung der Pensionsfonds zu verwenden, während k 587.180.61 auf neue Rechnung vorgetragen werden. Jene großen Investitionen, die das Unternehmen infolge der Fusion mit der Danubius Schiffswerft- und Maschinenfabrik-A.-G. zu bewerkstelligen hat, sowie die ständige Zunahme der Ausdehnung des Geschäftes machen eine Erhöhung des Aktienkapitals notwendig, weshalb die Direktion der Generalversammlung die Emission von 7200 Stück neuen Aktien zu k 800 Nominale sowie eine entsprechende Aenderung der Statuten vorschlägt. Die Generalversammlung nahm den Bericht der Direktion und des Aufsichtsrates zustimmend zur Kenntnis, akzeptierte die Vorschläge hinsichtlich der Gewinnverteilung und beschloß die Einlösung der Dividendenkupons vom 14. d. an mit je k 160. Ebenso wurde die Erhöhung des Aktienkapitals von k 8,640.000 auf k 14,400.000 durch Emission von 7200 neuen Aktien à k 800 genehmigt. Den alten Aktionären gebühren nach je 3 Stück alten Aktien zwei neue Aktien zum Kurse von je k 2900, zuzüglich der fünfprozentigen laufenden Zinsen ab 1. Januar 1917. Das Bezugsrecht ist bis inklusive 17. Juni d. J. bei der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank oder bei der Ungarischen Eskompte- und Wechslerbank auszuüben.

Hungariabank Aktiengesellschaft.

In der heute, nachmittags 4 Uhr, unter dem Vorsitze des Grafen Géza Leopold Zichy abgehaltenen fünften ordentlichen Generalversammlung dieser Bank wurde der Vorschlag der Direktion hinsichtlich der Aufteilung des Reingewinnes genehmigt. Demgemäß werden aus dem Reingewinn pro 1916 im Betrage von k 463.638.96 zur Auszahlung einer Dividende von fünf Prozent k 250.000 verwendet. Der Kupon Nr. 5 gelangt vom 14. d. an bei der Institutskasse mit k 20 zur Einlösung. In den Aufsichtsrat wurden gewählt Eugen Asbóth, Leo Biró (neu), Julius Lammberger, Stefan Moldoványi, Lorenz Papp (neu), Adolf Reiter und Michael Székely.

Neues Wiener Tagblatt

13. IV. 1917

45

Wirtschaftliche Wochenchronik.

7. Mai. Veröffentlichung des Prospektes der sechsten österreichischen Kriegsanleihe. — Ungarische Regierungsverordnung betreffend das Verbot von Hofaufkäufen der Ernte. — Die amerikanische Regierung beschließt, England 100 Millionen Dollar zu leihen, um seine Bedürfnisse in den Vereinigten Staaten im Mai zu decken.

8. Mai. Gebührenbefreiungen für Kriegsanleihezeichnungen. — Subskriptionseinladung auf die sechste ungarische Kriegsanleihe. — Abkommen der Bank von England mit der Bundesreservebank von New-York zur gegenseitigen Unterstützung, namentlich zur möglichsten Verminderung von Goldverschiffungen. — Vom amerikanischen Kongreß wird ein Kredit von einer Milliarde Dollar zum Bau einer großen amerikanischen Handelsflotte verlangt.

9. Mai. Anzeigepflicht für Roheisenvorräte und Eisenprodukte aller Art. — Der Staatssekretär des deutschen Reichsmarineamtes teilt im Reichstage mit, daß in den letzten drei Monaten 2·8 Millionen Tonnen feindlicher Schiffe von U-Booten versenkt worden sind. — Im englischen Parlament wird für die Kriegsbedürfnisse bis 1. August eine Kreditvorlage von 600 Millionen Pfund eingebracht. Die täglichen Kriegskosten werden mit fast 7½ Millionen Pfund beziffert.

10. Mai. Eröffnung der Zeichnungen auf die sechste österreichische Kriegsanleihe. Vorher schon zahlreiche Voranmeldungen. — Fortgesetzte sprunghafte Steigerung des Weizenpreises in Amerika.

15/V. 1917

15

46

Die Uebergangswirtschaft und Bosnien.

Von Dr. Koloman Balkányi,
Direktor der Ungarisch-Bosnischen und Orientalischen Wirtschaftszentrale.

Budapest, 14. Mai.

Ueber die Organisation der Uebergangswirtschaft bestehen noch verschiedene, vielleicht nicht ganz stichhaltige Ansichten. Nach der Auffassung vieler könnte man diese Sache einfach durch Errichtung eines Amtes erledigen. Man stellt sich dieses Amt für Uebergangswirtschaft als eine universelle Institution vor, die alle Arbeiten bewältigen wird, die heute noch von fünf oder sechs Ministerien, speziellen Institutionen und von sämtlichen verzweigten Organen der lokalen Verwaltung versehen werden.

Die das Problem der Uebergangswirtschaft bildende Zurückgestaltung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft muß jedoch von jeder einzelnen Behörde, von jedem administrativen Organ selbst erledigt werden. Die Leitung der Angelegenheiten der Viehzucht, des Veterinärwesens, der Veredelung des Saatkorns, der Verbesserung der Weide, der Gewerbeentwicklung, des Eisenbahnbaues, der Maschinenverbesserung usw. wird auch nach dem Friedensschlusse nur jene Organisation bewerkstelligen, deren natürlicher Beruf es ist, sich mit diesen Angelegenheiten zu beschäftigen. Jede einzelne Behörde, jedes Amt wird gezwungen sein, in seinem Kreise sich mit den Problemen der Uebergangswirtschaft zu beschäftigen. Dies zu betonen ist wichtig jenen gegenüber, die auch aus der Uebergangswirtschaft ein modernes Schlagwort machen wollen und von der Organisation eines neuen Amtes ein universelles Heilmittel erwarten.

Es kann nicht der Beruf des Amtes für Uebergangswirtschaft sein, jene Aufgaben zu lösen, deren Erledigung von bereits bestehenden, lebensfähigen Organisationen besorgt wird. Das wäre statt einer Vereinfachung wieder eine Uebertreibung des Bureaukratismus. Unserer Ansicht nach ist es im Gegenteil die wichtigste Aufgabe des Amtes, die schon bestehenden Organisationen bei der Lösung der neuartigen und schwierigen Probleme, die ihnen die Uebergangswirtschaft aufbürdet, zu unterstützen.

Bei der Organisierung der Uebergangswirtschaft müßte man also auf das institutive Zusammenwirken der interessierten Organe das Hauptgewicht legen. Man braucht einen ausgezeichneten Leiter, dem die besten Referenten zugeteilt sind, der die miteinander eng verschlungenen großen Probleme der verschiedenen Administrationszweige vollständig überblickt und schnell und entschieden zu handeln vermag. Dies wäre unserem Dafürhalten nach ein richtiges Amt der Uebergangswirtschaft. Neben diesem Amte kann ein Rat, der sämtliche großen Verwaltungs- und Produktionszweige vertritt, nützlich wirken und das Amt in jeder Hinsicht unterstützen.

Eine wichtige Rolle kommt hiebei auch einem anderen Gesichtspunkte zu. Es ist für Ungarn von großer Bedeutung, daß man bei der Organisierung der Uebergangswirtschaft nicht an die Interessenverbindungen zwischen Ungarn und Bosnien vergesse. Wenn es einen Zeitpunkt gibt, in der eine Vernachlässigung oder ein Versäumnis sich in verhängnisvoller Weise rächen würde, so ist das gewiß die Zeit des Wiederaufbaues nach dem Kriege. Unsere wirtschaftliche Verbindung mit Bosnien, deren große Wichtigkeit die ungarische Industrie und der ungarische Handel in vollem Maße empfinden, können wir in der Zukunft nur so pflegen, wenn wir uns für die übergangswirtschaftlichen Verfügungen Bosniens interessieren und die verschiedenen wirtschaftlichen Wünsche Bosniens bei unseren Verfügungen berücksichtigen. Bosnien hat im Kriege viel gelitten und es hat seine Treue und Anhänglichkeit wiederholt glänzend bewiesen. Nach dem Kriege erwartet es unsere Unterstützung bei seiner wirtschaftlichen Rekonstruktion; es wird aber gleichzeitig auch uns mit voller Kraft unterstützen. Der ungeregelte Zustand der öffentlich rechtlichen Zugehörigkeit Bosniens und der Herzegowina kann schwerlich die Folge haben, daß die beiden Länder bei den Uebergangsmaßregeln nicht entsprechend berücksichtigt werden sollten.

Dem zu errichtenden Amte für die Uebergangswirtschaft und dem ihm beizugebenden Rate muß es bekannt sein, mit welchem Ueberfluß von Holz, Eisen, tierischen Produkten usw. Bosnien im Zeitpunkte des Ueberganges zum Frieden verfügt, in welchem Maße es zu dem Unterhalt unserer Industrie beitragen kann. Das Amt muß Einfluß üben auf die Verwendung solcher ausländischen Valuten, die durch die Ausfuhr von bosnischen Exportartikeln hereinkommen. Es muß dahin wirken, daß die auf dem Gebiete der Viehzucht, der Holzproduktion, des landwirtschaftlichen Maschinenhandels, der Besorgung von ausländischem Rohmaterial, der Eisenbahnverwaltung usw. getroffenen autonomen Verfügungen sich mit den unsrigen entsprechend verbinden, daß sie mit ihnen in Einklang stehen. Dies alles ist umso wichtiger, als das Zusammenwirken mit dem österreichischen Amte für die Uebergangswirtschaft und das Zusammenwirken der Oesterreicher mit den Bosniern gewiß nicht außer acht gelassen werden wird. Wenn wir allein die Pflege dieser Verbindungen vernachlässigen würden, so würden wir dadurch die Ergebnisse langjähriger Friedensarbeit aufs Spiel setzen. Außerdem würde das eine so große Lücke in unseren übergangswirtschaftlichen Verfügungen bilden, die manche unserer sonstigen Erfolge gefährden könnte.

Vossische Zeitung

15./V. 1917

47

Uebergangswirtschaft.

Vortrag von Georg Bernhard.

In einem geschlossenen Kreise, dem Männer der Wissenschaft und der verschiedensten praktischen Berufe angehören, sprach Georg Bernhard am Sonnabend über einen Teil der Probleme der Uebergangswirtschaft. Er ging davon aus, daß alle Prophezeiungen über Kriegswirtschaft sich als trügerisch erwiesen hätten, daß insbesondere die Behauptung, kein Staat würde über sechs Monate — schon aus finanziellen Gründen — Krieg führen können, durch die Tatsachen widerlegt worden sei. Gerade durch die lange Dauer des modernen Krieges ist erst der Gedanke an die Notwendigkeit einer Uebergangswirtschaft gefaßt worden. Es scheint aber nun, als ob die Fehler, die in der Kriegswirtschaft gemacht worden sind, in der Uebergangswirtschaft wiederholt werden sollen. Die Kriegswirtschaft mußte notgedrungen improvisiert werden; die Uebergangswirtschaft aber hätte schon lange in Ruhe organisiert werden können. Aber nach welchen Grundsätzen? Das Wort Helfferichs, derjenige Reichskommissar für Uebergangswirtschaft werde der beste sein, der sich so schnell wie möglich wieder überflüssig mache, zeugt von einer vollkommenen Verkennung der Verhältnisse: Die Uebergangswirtschaft dient nicht der Rückkehr zur alten Friedenswirtschaft vor dem Kriege; der Krieg hat vielmehr in kaum drei Jahren uns eine Entwicklung durchlaufen lassen, zu der wir sonst 5—7 Jahrzehnte gebraucht hätten. Der Uebergangskommissar hat daher die Aufgabe, uns den Weg aus der organisierten Unordnung der Kriegswirtschaft zu jener gebundenen Wirtschaftsordnung zu erleichtern, die nachher da sein wird.

Bei der Besprechung der Einzelprobleme der Uebergangswirtschaft befaßte sich der Vortragende zunächst mit dem der Rohstoffeinfuhr als dem wichtigsten nach dem Kriege. Schon hier zeigt sich, daß der Einzelne nicht nach Gutdünken und im freien Handel draußen kaufen kann, allein deshalb nicht, weil die ungeheuren Mengen, die wir brauchen, infolge des fehlenden Schiffsraums nicht ins Land geschafft werden können, weiter deshalb nicht, weil die Luxusbedürfnisse hinter den Notwendigkeiten des Lebens zurückstehen müssen. Wenn ferner auch der wirtschaftliche Zusammenschluß unserer Feinde nach dem Kriege ihrer eigenen widerstreitenden Interessen wegen nur eine Riesenillusion ist, so wird doch zweifellos England zum Schutzzoll übergehen müssen, und das bedeutet den britisch-deutschen Handelskrieg. Dabei brauchen wir uns einem übertriebenen Pessimismus nicht hinzugeben. Die Verbreiterung der Basis des englischen Imperiums, die nach dem Kriege eintreten wird, bedeutet auch eine Lockerung seines Zusammenhangs. Bei dem Zwang zum Import von Rohstoffen wird unser Export auf längere Zeit hinaus leiden: nicht unsere Fabrikate werden wir ausführen können, sondern Kohlen, Farbstoffe, Chemikalien u. a.; zur Herstellung unserer hochwertigen Maschinen usw. aber wird uns der notwendige Ueberschuß an Rohstoffen für die erste Zeit nach dem Kriege fehlen, ganz abgesehen davon, daß unsere ganze Produktion augenblicklich auf die Herstellung von Kriegsmaterial eingestellt ist und nicht so schnell umgelegt werden kann. Zu dieser Umstellung bedarf das Inland noch auf lange Zeit hinaus des gesamten Produktivvermögens an Maschinen, Apparaten und Ersatzteilen für sich selbst.

Der naturnotwendige wirtschaftliche Gegensatz gegen England muß uns nach Osten weisen: unsere zukünftigen Märkte sind Rußland, China, Japan. Deshalb ist auch bei Friedensschluß die Orientierung nach Osten für uns notwendig.

Unsere Valuta steht an den wenigen Plätzen, an denen heute überhaupt noch deutsche Wechsel notiert werden, natürlich ungünstig. Das darf uns aber zu irgend welchem Pessimismus für die Zukunft keinen Anlaß geben. Die breiten Straßen nach London, Paris und Petersburg, auf denen vor dem Krieg der bei weitem größte Teil unseres Devisenhandels sich entwickelte, sind uns verschlossen. Nur die engen Kanäle über die wenigen noch neutralen Staaten stehen uns offen; sie sind also überlastet. Da ist es ganz natürlich, daß unsere Valuta gesunken ist, denn wir müssen ja immerfort Forderungen auf diese wenigen Staaten erwerben und treiben damit selber den Kurs der fremden Münzsorten, die vor dem Kriege kaum eine Rolle im internationalen Geldgeschäft spielten, in die Höhe. Verwunderlich ist unter diesen Umständen nur, daß unsere Valuta nicht noch viel mehr gesunken ist.

Vor allem aber wissen wir gar nicht, wie der Wert unserer Valuta augenblicklich wirklich zu bewerten ist. Sehen wir einmal ganz von den spekulativen Machenschaften unserer Feinde ab, die ein dringendes Interesse daran haben, unsere Geldnot recht stark erscheinen zu lassen! Erst wenn sich die Grenzen öffnen, wenn England seine Schulden zahlen muß, wenn unsere Forderungen an das Ausland wieder aufleben, wenn uns die Geldmärkte der ganzen Welt zur Messung unserer Valuta wieder zur Verfügung stehen, erst dann wird es sich zeigen, was deutsche Wechsel gelten und welchen Wert man dem früher so stolzen Pfund Sterling beimessen wird.

Hauptsächlich wird hierbei auch die Frage der Kriegsentschädigung mitsprechen. Bernhard legte bei der Erörterung dieses Themas ausführlich dar, wie er sich die Zahlung einer Kriegsentschädigung und namentlich ihre Verquickung mit der Sanierung der russischen Staatsfinanzen und dem Abschluß überseeischer Rohstofflieferungsverträge vorstellt.

Die für die Uebergangszeit immer mehr notwendige Verbindung aller handelspolitischer Maßnahmen mit der allgemeinen Staatspolitik bedingt die Schaffung neuer Organisationen für den Handel. Sie müssen in der Hand des Staates bleiben. Aber nicht der Staat soll handeln, sondern die Kaufleute. Es kann sich nicht um eine Ausschaltung des Handels drehen; vielmehr ist seine Umschaltung erforderlich: der Kaufmann wird sich fürderhin nur als Agent des Staates betätigen, mindestens aber wird er verpflichtet sein, seine Einkaufs- und Verkaufskunst jederzeit auf Erfordern in den Dienst des Staates zu stellen, wobei sein Verdienst mit seiner Tüchtigkeit wachsen soll — denn tüchtige Kaufleute können nun einmal nicht durch die ein für alle Mal gleichbleibenden Beamtengehälter gewonnen werden.

Wir werden so für die Uebergangszeit Rohstoffmonopole schaffen müssen. Sie werden dem Staat Nutzen abwerfen, und in der Besteuerung pflegt der Staat beharrlich zu sein und keine Steuerquellen je wieder aus der Hand zu lassen. So müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Monopolwirtschaft dauernd bleiben wird.

Für diese Monopole müssen neue Formen gesucht werden, Formen einer Zwangsgemeinwirtschaft mit privatwirtschaftlichen Methoden. Wir müssen in irgendeiner Form die Initiative des Unternehmers durch einen — allerdings regulierten — Unternehmergewinn aufrechterhalten. Diese Formen muß der Reichskommissar für Uebergangswirtschaft schaffen helfen, unterstützt von all denen, die schon jetzt erkennen, wohin die kommende Neuorientierung unseres Wirtschaftslebens gehen muß. Wer heut den Handelskreisen und der Industrie einredet, daß alles beim alten bleibt, macht sich an der Enttäuschung, die später kommen muß, mitschuldig. Es bleibt nicht beim alten; es kommt sicher Neues. Und anstatt schmollend beiseite zu stehen, sollen Handel und Industrie daran mitwirken, auch für sich selbst, den Neubau der deutschen Wirtschaftspolitik so einzurichten, daß ihnen für Leben, Betätigung und Freiheit Licht und Luft genug bleibt. Hl.

Vossische Zeitung 49
17./V. 1917

Der Ausbau der Ersatz-Wirtschaft.

Ein Kriegs- und Friedensproblem.

Von

J. Rubinfeld.

Seitdem auch die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Abneigung gegen die deutschen Lebensinteressen in einem schroffen Bruch der Beziehungen und dem Eintritt in den Krieg mit uns bekundet haben, ist unsere Handels- und Finanzwelt von einer noch höheren und stählernen Entschlossenheit erfüllt als vorher. Hatte man vorher alle Fragen des Ueberganges in die Friedenswirtschaft immer wieder daraufhin betrachtet, daß die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zur neuen Welt nach Friedensschluß alle vorhandenen Lücken füllen und mit der Dauer der Zeit alle Schäden der Kriegsperiode zur Heilung bringen würde, so treten bei der neuen Konstellation der Dinge andere Probleme ungleich schärfer in den Vordergrund. Die Aufgaben des Reichskommissars für die Uebergangswirtschaft sind durch dieses brutale Ereignis wesentlich verschoben worden, und zwar mehr nach der Weiterentwicklung zum „geschlossenen Handelsstaat“ Fichtes hin, es treten nun gewissermaßen vertikale Aufgaben an die Stelle der horizontalen. Denn: aus der höheren moralischen Kraft und Geschlossenheit unseres Volkes sollen gesteigerte innerwirtschaftliche Möglichkeiten erblühen, nachdem die mancherlei internationalen Austauschmöglichkeiten für absehbare Zeiten weiter verringert worden sind. Nunmehr muß sich ingesichts des schärferen Abschlusses Deutschlands von der Welt klärlich zeigen, ob unsere wirtschaftliche Selbstbehauptung aus starken Quellen entspringt und also Dauer verspricht, oder nur ein schwächliches Erzeugnis einer künstlichen Notorganisation ist.

Um eine solche nämlich würde es sich freilich handeln, wenn wir nicht imstande wären, uns aus eigener Kraft zu erhalten. Würde, wie es im Plane Englands ursprünglich lag, infolge unserer vollständigen Abschnürung von der überseeischen Zufuhr an Baumwolle, Kupfer, Mineralölen, Salpeter und ähnlichen fundamental wichtigen Grundstoffen unsere gewerbliche und landwirtschaftliche Wiedererzeugungsfähigkeit von Tag zu Tag auf ein immer kläglicheres Maß zusammenschrumpfen, so würde der wirtschaftliche Sieg unserer Feinde über uns sicher sein, und unser bisheriges Schlachtenglück würde sich mit naturgesetzlicher Bestimmtheit dann mit der Dauer der Zeit verflüchtigen. Glücklicherweise hat die Anpassungsfähigkeit unserer Großgewerbe uns im Verlaufe dieses Krieges vor solch schimpflicher Waffenstreckung bewahrt. Jeder Laie weiß bei uns wohl um die Wunder unserer wissenschaftlichen Technik, die es verstanden hat, unseren gewaltig gestiegenen Bedarf an z. B. Stickstoff und Oelen aller Art so restlos zu befriedigen, daß uns die Sorge um die Beschaffung von Schießbedarf und Sprengmitteln sowie die Speisung von unter Wasser, zu Lande und in der Luft befindlichen zehntausenden Motoren nicht mehr zu beschleichen braucht. Dasselbe gilt für den Ersatz von Kupfer durch Eisen und Zink in allen erdenklichen Formen, der Auffindung von Aluminium, den vielfältigen Ersatzerzeugnissen für überseeische Spinnstoffe, der Aufbereitung von Graphit und nicht zuletzt der Beschaffung von Futtermitteln.

Leider gingen wir bisher an allen diesen Wundern wie an Selbstverständlichkeiten vorüber, ohne uns über die gewaltige Bedeutung dieser Errungenschaften für unsere wirtschaftliche Zukunft klar zu sein. Jetzt aber ist der Zeitpunkt da, an dem ausgesprochen werden darf: daß unsere wirtschaftliche Selbstbehauptung mit dem glücklichen Ausbau der im Kriege entstandenen Ersatzwirtschaft zu einem planmäßigen Gebäude steht und fällt. Wir haben jetzt genau die Lage vor uns, wie sie ähnlich zur Zeit der Kontinentalsperre in Europa herrschte. Damals lernte Europa zuerst notgedrungen, manche überseeischen Erzeugnisse zu entbehren, bis schließlich der Rohrzucker durch den Rübenzucker oder die kolonialen Farbstoffe durch chemische Farben ersetzt waren. Von letzterem Vorgange sagte bekanntlich Napoleon, daß er auf die kulturelle Weiterentwicklung der Welt ebenso viel Einfluß gewinnen würde wie die Erfindung der Kompaß-Magnetnadel. Ganz ebenso hat uns die jetzige, von England ausgehende Absperrung dazu gezwungen, unsere ins Riesenhafte gestiegene Massenerzeugung auf eine mehr heimische und dennoch neuartige, d. h. für uns besonders typische Grundlage zu stellen, da die lange Dauer des Weltkrieges und die tief einschneidende Einwirkung desselben auf alle und sämtliche Verhältnisse unseres Daseins einen ganz gewaltigen Aufgabenkomplex schuf, der alle Zweige der wirtschaftlichen Erzeugung umfaßt. Aus der zersplitterten Erzeugung von Surrogaten für die fehlenden täglichen Dinge ist bereits auf der ganzen Linie ein umfassendes und tief wurzelndes Gesamtwirtschafts-System entstanden, während gleichzeitig Anbau und Anwendung von einschlägigen, in der Heimat vorhandenen Pflanzenstoffen zu Ersatzzwecken erfolgt. Man denke etwa an den verstärkten Anbau von Hanf und Flachs, die Verwendung von Brennesseln (urtica dioica), die Gewinnung von heimischen Harzen, Gerbstoffen usw. usw.

Im Rahmen dieser Veröffentlichung sei nur gesagt, daß wir in dieser ganzen Entwicklung mehr als nur Ansätze zur vollständigen Selbstgenügsamkeit (Autarkie) Deutschlands sehen, sondern vielmehr eine Rückkehr zu heimischen Stoffen und Arbeitsmethoden. Denn leider hat die rasch schaffende Industrie der letzten Generationen es verabsäumt, sich um solche Kleinigkeiten zu kümmern, wie sie der Ausbau und die Weiterbildung der an der Grenzscheide des Mittelalters reichlich vorhandenen, in der Heimat wurzelnden gewerblichen Erzeugungsweisen vermeintlich darstellte. Man trieb vielmehr Raubbau mit dem Erfindungsgeiste des modernen Deutschen. Erst die Not dieses Krieges rief ein gesunde Reaktion herbei, und es gilt für uns nunmehr, uns völlig bewußt auf unsere eigenen Füße zu stellen und ein ur- und neudeutsches Wirtschaftsystem zu erschaffen, worauf die kommenden Geschlechter ein starkes Gebäude errichten mögen. Unseres Wissens sind die Aufgaben der für die Uebergangswirtschaft sorgenden Reichsbehörden bisher mehr auf die Wiederanknüpfung an die Verhältnisse der letzten weltwirtschaftlichen Epoche eingestellt, während wir hier dem Aus- und Aufbau des ganzen Komplexes der neuen Industrien zu einem einheitlichen und übersichtlichen Gebäude das Wort reden. Wie dringlich eine Herausschälung unserer Ersatzindustrien aus dem immerhin unübersichtlichen Zustande gerade für die Notwendigkeiten der kommenden Friedenszeiten ist, das möge durch folgenden Hinweis beleuchtet werden:

Zu den wichtigsten Aufgaben des späteren Ueberganges in die geregelte Wirtschaft gehört nach allgemeiner Uebereinstimmung zweifellos die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit an die Millionen heimkehrender Krieger. Nun bildete es lange vor der Einführung der Zivildienstpflicht eine ernstliche Sorge vieler unserer Industrien, wie die noch im Lande befindlichen Arbeitskräfte unter den bestehenden Verhältnissen beschäftigt werden sollten. Die Bundesratsverordnung über die Beschränkung der Arbeitszeiten bei gleichbleibender Lohnhöhe in den Textil-, Schuhfabriken u. a. m. sind noch frisch in Erinnerung als fehlgeschlagene Notbehelfe. Wie aber soll sich die Gesamtlage gestalten, wenn die gewaltigen Massen aus dem Felde ins Land zurückströmen, angesichts der zu erwartenden starken Erschöpfung der Rohstofflager, des knappen Schiffsraumes, des ungünstigen Valutastandes usw.? Nur indem wir den raschesten Anschluß an die inzwischen ausgebauten „Kriegsindustrien“, d. h. die Ersatzgewerbe, nicht versäumen, ist eine Gewähr für eine Ausgestaltung des zerrütteten Arbeitsmarktes möglich. Es ist wichtig, daran zu erinnern, daß sehr viele unserer an Rohstoffmangel leidenden Gewerbe die Ersatzmittel-Erzeugung und -Verwendung sehr erfolgversprechend betreiben. Man denke, um von dem wohl am meisten betroffenen Gewerbe zu sprechen, an das Webstoffgewerbe und deren bereits stattlichen Produktionsmöglichkeiten in Papiergarn, Nesselgeweben, an die Verwendung der üppig wuchernden Faserpflanzen, wie Weidenbast, Hopfen, Ginster, Weidenröschen, wie ja überhaupt die Bearbeitung der bei uns in Massen gedeihenden Pflanzen das Kennzeichen der Ersatzwirtschaft ist. Bei der Zusammenfassung des ganzen Systems könnte man wohl mit der bereits stark kartellierten Papierspinnstoff-Industrie den Anfang machen. Und hier ist überhaupt der Punkt, an dem die verschiedentlichen Kriegsausschüsse und Kriegsgesellschaften (z. B. für Oele und Fette, Torffaser-Gesellschaft usw.) wirklich Großes und Dauerndes zu leisten berufen sind

Der Abend
18. IV. 1917

50

Bodenwucher.

Die Gemeinde Wien hat, wie noch erinnerlich, im Jahre 1915 eine Wertzuwachssteuer eingeführt, die von der Regierung, offenbar in der Voraussetzung, daß der Krieg bis dahin längst zu Ende sein werde, bis Ablauf des Jahres 1917 befristet wurde. Die Gemeinde wird nun die Regierung bitten, diese Frist angemessen zu erstrecken, ein Ansuchen, dem zweifellos ohne weiteres Folge gegeben werden wird. Bei diesem Anlasse sei wieder einmal — da man gewisse Dinge immer und immer wieder wiederholen muß — an die Gemeindegewaltigen die Frage gerichtet, wie sie es vor den Wählern und dem eigenen Gewissen verantworten können, daß sie uns mit der Wertzuwachssteuer abspeisen, dagegen von der ungleich einträglicheren Steuer vom gemeinen Werte unverbauter Spekulationsgrundstücke noch immer nichts wissen wollen? Gerade diese Steuer wirkt aber im wahrsten Sinne volksfreundlich, weil sie die Spekulation hindert, mit dem Losschlagen endlos zu warten, denn man überlegt es schließlich doch, wenn man von dem brachliegenden Grundstück die recht hohen Steuern geradeso bezahlen muß, wie wenn es voll vermietet wäre. So etwas vermindert den Reiz des Abwartens und Bodenverteuerns ganz erheblich, wie sich in allen modern verwalteten Gemeinden gezeigt hat, die diese sittlichste und klügste aller Steuern eingeführt haben. Der Bürgermeister besitzt in der Person des Magistratsrates Doktor Sagmeister einen wirklich sachkundigen Berater; er fordere ihn doch einmal auf, ihm unter vier Augen, wo kein Grundstückwucherer zugegen ist, seine wahre Meinung zu sagen, und wir sind überzeugt, daß sie nicht anders als so lauten kann: Wertzuwachssteuer ist ja ganz gut, wenn sie auch naturgemäß nicht viel bringen kann; aber ohne die Steuer vom gemeinen Werte, die die Spekulation ganz anders am Lebensnerv trifft, ist sie nichts als Sand in die Augen, womit man nur die täuschen kann, die von diesen Dingen nichts verstehen.

Leider ist das allerdings bei uns in der überwiegenden Mehrheit der Fall; denn um die Fragen, die am tiefsten das allgemeine Wohl berühren, kümmert sich unsere mangelhafte staatsbürgerliche Bildung ja am allerwenigsten. Das überlassen wir vertrauensvoll denen, die dafür gewählt oder ernannt sind. Es sieht auch danach aus.

Also noch einmal: Wertzuwachssteuer ist gut, als Ergänzung der Steuer auf brachliegende Grundstücke; nur diese, diese aber im höchsten Grade, ist eine einträgliche, gerechte und der Wohnungsnot vorbeugende Steuer, die einzuführen die heiligste Pflicht einer jeden Gemeindeverwaltung ist, die die Volksinteressen nicht denen der Spekulanten ausliefern will.

Neues Wiener Tagblatt

21. IV. 1917

Der Hauptausschuß für Kriegs- und Uebergangswirtschaft.

In der Verordnung vom 30. März 1917, mit welcher das Generalkommissariat für Kriegs- und Uebergangswirtschaft im Handelsministerium errichtet wurde, ist als Beirat und gleichzeitig als Zentralorgan der verschiedenen kriegswirtschaftlichen Organisationen ein Hauptausschuß für Kriegs- und Uebergangswirtschaft vorgesehen. Eine nunmehr zur Verlautbarung gelangende Kundmachung des Handelsministers bringt nun das Statut dieses Hauptausschusses zur allgemeinen Kenntnis. Es enthält die näheren Bestimmungen über die Mandatsdauer, über die Einberufung der Mitglieder, die Beschlußfähigkeit, die Leitung der Verhandlung, die Form der Abstimmungen und über die Behandlung von Anfragen und Anträgen.

Durch das Statut werden auch mehrere ständige Ausschüsse eingesetzt. Zunächst ein Arbeitsausschuß von zwanzig Mitgliedern, in welchem der Generalkommissär für Kriegs- und Uebergangswirtschaft oder einer seiner Stellvertreter den Vorsitz führt. Die Mitglieder des Arbeitsausschusses werden vom Handelsminister ernannt. Ferner werden ein Rohstoffausschuß, ein Finanzausschuß, ein Verkehrsausschuß und ein sozialpolitischer Ausschuß zur Bearbeitung der in ihren Wirkungskreis gehörenden besonderen Fragen ins Leben gerufen. Die Vorsitzenden dieser Ausschüsse und ihre Stellvertreter ernennt der Handelsminister. Die Vorsitzenden müssen Mitglieder des Arbeitsausschusses sein, damit der notwendige Kontakt der ständigen Fachausschüsse mit dem Arbeitsausschusse, dem die Führung der laufenden Geschäfte des Hauptausschusses für Kriegs- und Uebergangswirtschaft obliegt, aufrechterhalten werde. Die Mitglieder der genannten vier ständigen Fachausschüsse werden vom Hauptausschusse gewählt.

Die Ernennung der Mitglieder des Hauptausschusses ist bereits erfolgt, soweit dies nach dem gegenwärtigen Stande der Organisation möglich war. Mit dem Fortschreiten der Organisationsarbeiten wird auch eine Vervollständigung des Hauptausschusses durch Berufung von Vertretern der neu gebildeten oder zu den Aufgaben der Kriegs- und Uebergangswirtschaft herangezogenen Organisationen Platz greifen. Die erste Sitzung des Hauptausschusses soll noch vor Pfingsten stattfinden.

Reichspost

21./V. 1917.

Statut des Hauptausschusses für Kriegs- und Uebergangswirtschaft. Amtlich wird mitgeteilt: Eine in der sonntägigen „Wiener Zeitung" veröffentlichte Kundmachung des Handelsministers bringt das Statut des Hauptausschusses des Generalkommissariats für Kriegs- und Uebergangswirtschaft. Es enthält die näheren Bestimmungen über die Mandatsdauer, über die Einberufung der Mitglieder, die Beschlußfähigkeit, die Leitung der Verhandlung, die Form der Abstimmungen und über die Behandlung von Anfragen und Anträgen. Durch das Statut werden auch mehrere ständige Ausschüsse eingesetzt. Zunächst ein Arbeitsausschuß von 20 Mitgliedern, in welchem der Generalkommissär für Kriegs- und Uebergangswirtschaft oder einer seiner Stellvertreter den Vorsitz führt. Die Mitglieder des Arbeitsausschusses werden vom Handelsminister ernannt. Ferner werden ein Rohstoffausschuß, ein Finanzausschuß, ein Verkehrsausschuß und ein sozialpolitischer Ausschuß zur Bearbeitung der in ihren Wirkungskreis gehörenden besonderen Fragen ins Leben gerufen. Die Vorsitzenden dieser Ausschüsse und ihre Stellvertreter ernennt der Handelsminister. Die Vorsitzenden müssen Mitglieder des Arbeitsausschusses sein, damit der notwendige Kontakt der ständigen Fachausschüsse mit dem Arbeitsausschusse, dem die Führung der laufenden Geschäfte des Hauptausschusses für Kriegs- und Uebergangswirtschaft obliegt, aufrechterhalten werde. Die Ernennung der Mitglieder des Hauptausschusses ist bereits erfolgt soweit dies nach dem gegenwärtigen Stande der Organisation möglich war. Die erste Sitzung des Hauptausschusses soll noch vor Pfingsten stattfinden.

Kölnische Zeitung
22.IV.1917

Ein Vorschlag zur Enteignung der Perlen.

Kommerzienrat Wilhelm Schmitz Scholl-Düsseldorf schreibt uns:

Der Kurszettel redet eine nüchterne, aber meist wahrheitsgetreue Sprache, hinter der sich wichtige wirtschaftliche Vorgänge verbergen. Seit etwa sechs Wochen hat unsre Devise Holland, Dänemark, Schweden eine ungeheure Steigerung durchgemacht. Damit steigen die Preise der Lebensmittel, die wir aus diesen Ländern noch erhalten, um ein Beträchtliches, und unsre Bevölkerung muß sie bezahlen. Zur Beschaffung von Auslandsguthaben und um nicht mehr genötigt zu sein, Gold an das Ausland abzugeben, wird die Bevölkerung ersucht, ihren Besitz an ausländischen Wertpapieren der Regierung leihweise freiwillig zur Verfügung zu stellen. Die Maßregel scheint keinen Erfolg gehabt zu haben, denn sie ist schon vor 5 Wochen angeordnet worden, und aus der gerade in der letzten Zeit erfolgten Steigerung aller Auslandsdevisen muß gefolgert werden, daß dem Verlangen freiwillig nicht entsprochen worden ist, oder daß die in Betracht kommenden ausländischen Wertpapiere in namhaften Beträgen sich nicht in deutschem Besitz befinden. Ich möchte das letztere beinahe glauben. Die Banken werden darüber besser Auskunft geben können, allerdings wenn sie es wollen und dürfen.

Ich möchte nun einen Vorschlag machen, der uns in der Valutafrage eine nicht zu verachtende Hilfe bringen wird: Man enteigne sämtliche Perlen und Edelsteine bei Privaten und Händlern, gefaßt oder ungefaßt, überall da, wo sie sich im Deutschen Reich befinden. Dabei darf aber nicht etwa so verfahren werden, daß die Schätze unsrer Fürsten und die in den Fideikommissen verborgenen unberührt bleiben. Die Verordnung muß vielmehr für jeden gelten, von der höchsten Fürstlichkeit angefangen bis zum Börsenjobber, der gerade in diesen Tagen sein Geld in Brillanten und Edelsteinen angelegt hat, um sich Sondervorteile zu verschaffen. Das würde auf unser ganzes Volk einen Eindruck machen, der wahrlich nicht zu unterschätzen ist. Ein Verkauf im neutralen Auslande, der selbstverständlich nur vorsichtig und stückweise geschehen müßte, würde die hohen Devisenkurse sofort herunterdrücken. Die Reichsbank könnte ohne Bedenken neben ihren Goldbeständen die vorsichtig taxierten Werte der Perlen und Edelsteine als Notendeckung aufführen. Man wende nicht ein, Perlen und Edelsteine hätten noch lange nicht den Wert von Gold; das ist nicht richtig. Solange die Welt besteht, waren Perlen und Edelsteine das Sehnen aller Völker. Von einem Jahrhundert zum andern sind die Werte gestiegen, und gegenwärtig haben sie die höchsten Preise, die jemals bekanntgeworden sind. Nach sachverständiger Schätzung beträgt der Wert des Bestandes an Perlen und Edelsteinen in Deutschland drei bis vier Milliarden Mark. Bei der Wichtigkeit und in Anbetracht der Opfer, die Deutschland in so reichlichem Maße bisher gebracht hat, sollte man vor diesem neuen Opfer, das eigentlich keins ist, uns aber sicher erhebliche Hilfe bringen würde, nicht zurückschrecken. Gerade bei diesem Opfer ist es erforderlich, daß es restlos und ohne Ausnahme gebracht wird. Mit Freiwilligkeit, dem höchsten Appell an das patriotische Empfinden, ist in diesem Falle gar nichts zu wollen. Das liegt in der Eigenart der Materie. Wohl zu bedenken ist auch, daß Perlen und Edelsteine sich leicht verstecken lassen und daß es eine Anzahl Träger und namentlich Trägerinnen gibt, die ganz gewiß nicht unverdächtig sind und sich keinesfalls scheuen werden, das Vaterland zu betrügen. Es ist daher erforderlich, daß der Verfügung eine Strafklausel beigegeben wird, die nicht scharf und hoch genug bemessen und keinesfalls in Geldstrafe bestehen darf. Vielleicht würde es sich empfehlen, der Verfügung einzufügen, daß drei Jahre lang nach Friedensschluß keine echten Perlen und Edelsteine getragen werden dürfen. Jedenfalls muß die Strafbestimmung so beschaffen sein, daß sich doch jeder und jede dreimal an den Kopf greift und sich darüber fragt, ob er sich wegen des äußern Schmuckes solchen Gefahren aussetzen soll.

Allgemein wäre zu bemerken, daß die Bezahlung der Werte in Form von Kriegsanleihe erfolgen müßte, mit Ausnahme der Juweliere und Händler, die in bar bezahlt und eine angemessene Entschädigung haben müßten.

Wir geben dieses Schreiben des Herrn Schmitz Scholl wieder, weil wir jede Absicht, die Verschlechterung unsrer internationalen Zahlungsverhältnisse aufzuhalten, unterstützen möchten, übersehen aber nicht die Bedenken, die gegen den Vorschlag zu erheben sind. Vor allem halten wir es nicht für angängig, Perlen und Edelsteine für die Deckung der Reichsbanknoten einzusetzen. Was dem Golde die Kraft gibt, als unanfechtbare Unterlage von papiernen Zahlungsmitteln zu gelten, daß es einen bestimmten anerkannten Wert besitzt, das trifft bei Perlen und Edelsteinen durchaus nicht zu, und jeder Versuch, sie einzuschätzen, muß zu tausend Schwierigkeiten führen. Die Besorgnis um den guten Ruf unsrer Geldverhältnisse macht vorsichtig. Es ist aber auch völlig überflüssig, Perlen und Edelsteine unter dem Gesichtspunkt der Besserung unsrer Währung zur Notendeckung heranzuziehen, denn wie die Dinge liegen, ist die Ursache des ungünstigen Standes unsrer Wechselkurse nicht in unsrer Notendeckung, sondern in unsrer ungünstigen Handelsbilanz zu suchen. Wollten wir unsre Noten auch voll mit Perlen und Edelsteinen decken, so würde das an den Wechselkursen kaum etwas ändern. Es könnte sich deshalb nur um einen Verkauf der Perlen und Edelsteine im neutralen Auslande handeln und um die Einsetzung der erlösten Summen. Ohne große Schädigung der Besitzer wäre das aber nicht durchzuführen; denn wenn schon ganz allgemein der Wert eines Edelsteines wesentlich von persönlichen Umständen (Liebhaberei, Andenken, Erbschaft) abhängt, und der Verkaufspreis und der Verkehrswert häufig dem Anschaffungspreis und dem Liebhaberwert nicht entsprechen werden, so wird der Preis für die Edelsteine ganz wesentlich herabgedrückt werden, wenn durch einen derartigen, noch so vorsichtig eingeleiteten Massenverkauf auf einem beschränkten Markte das Angebot plötzlich anschwillt. Man müßte also mit erheblichen, nicht wieder einbringbaren Verlusten entweder für den einzelnen Besitzer oder für den Staat, in jedem Falle aber für das Volksvermögen, rechnen. Wenn man deshalb den Besitz an Edelsteinen und Perlen in Deutschland für unsre Reichsbank und unsre Währungsverhältnisse nutzbar machen möchte, so müßte man sich unsers Erachtens darauf beschränken, die Kostbarkeiten für den Staat zu enteignen, der in Kriegsanleihe dafür bezahlen könnte, sie aber nicht zu verkaufen, sondern als Sicherheit zu hinterlegen für eine dem Werte der Steine usw. entsprechende Anleihe im Ausland.

Daß auch die bisherige Methode der Freiwilligkeit zuweilen recht schöne Früchte bringt, zeigt folgende Meldung:

WTB **Berlin**, 21. Mai. (Telegr.) Die großen und bedeutsamen Aufgaben, welche von den im ganzen Reichsgebiet errichteten Goldankaufsstellen der Reichsbank zu lösen sind, werden in immer weitern Kreisen erkannt und gewürdigt. Ein bemerkenswerter Beweis dafür liegt gerade aus der letzten Zeit vor. Bekanntlich kaufen die Goldankaufsstellen nicht nur Goldsachen jeder Art zu ihrem vollen Goldfeinwert zwecks Verstärkung des Goldschatzes der Reichsbank an, sondern sie vermitteln auch den Verkauf hochwertiger Juwelen an das neutrale Ausland. Durch derartige Verkäufe werden im neutralen Auslande Guthaben begründet, die den Bezug notwendiger Lebensmittel und Rohstoffe aus dem neutralen Auslande sicherstellen. Vor kurzem hat nun eine Dame im Königreich Sachsen, die mit ihrem Namen nicht hervorzutreten wünscht, einer Goldankaufsstelle ihr Perlenhalsband unter Forderung eines Mindestverkaufspreises von 30 000 ℳ zur Veräußerung im neutralen Auslande übergeben. Der Perlenschmuck erbrachte, da das neutrale Ausland für hochwertige Juwelen zu guten Preisen Käufer ist, und der Valutagewinn dem erzielten Preise hinzutritt, einen Verkaufserlös von nicht weniger als 85 000 ℳ. Diesen gesamten Erlös hat die Dame nunmehr dem Heimatdank für Sachsen gespendet. Dem Heimatdank! — Nicht die Höhe des überwiesenen Betrages allein ist es, die dieser Spende ihren hohen Wert gibt. Die Heimat weiß wohl, daß materielle Opfer kein ebenbürtiger Dank sind für das, was wir unsern Tapfern da draußen schulden. Hier aber tritt das materielle Opfer, so namhaft es ist, zurück hinter seinem sittlichen Wert. Die hochherzige Spenderin hat sich von ihrem Perlenschmuck, der letzten Gabe eines lieben Verstorbenen, mit schwerem Herzen getrennt, um ihn auf dem Altar des Vaterlandes niederzulegen und mit dem Erlös Tränen zu trocknen und Bedürftigen den Lebensweg zu ebnen.

Die Zeit
26./V. 1917

Hauptausschuß für Kriegs- und Uebergangswirtschaft.

Gestern fand unter dem Vorsitz des Handelsministers Dr. Urban die erste Sitzung des Hauptausschusses für Kriegs- und Uebergangswirtschaft statt, an der mehr als hundert Mitglieder teilnahmen.

Der Handelsminister begrüßte die Anwesenden und stellte mit Befriedigung fest, daß der Hauptausschuß der erste staatliche Beirat ist, in dem sich die Vertreter der industriellen Organisationen mit jenen der Arbeiterschaft in so stattlicher Anzahl zusammenfinden. Dies berechtige zu der Erwartung, daß es diesem Zusammenwirken der beiden Gruppen gelingen werde, unter dem einigenden Einfluß der Gemeinsamkeit der Interessen einen Ausgleich auch dort zu finden, wo natürliche Gegensätze vorhanden sind.

Der Minister führte weiter aus, daß die Tätigkeit des Hauptausschusses sich nicht nur auf die Uebergangswirtschaft, sondern auch auf alle Maßnahmen der Kriegswirtschaft zu erstrecken haben wird, und gab der Meinung Ausdruck, daß manche falsche Auffassung über kriegswirtschaftliche Maßnahmen sowie über den Zweck und die Arbeitserfolge der aus Anlaß des Krieges gegründeten Wirtschaftsorganisationen hätte vermieden werden können, wenn schon früher die Gelegenheit geboten gewesen wäre, in einem größeren Kreis wirtschaftlicher Fachleute die notwendigen Aufklärungen zu geben. Auch dürfe aus den vielen unbekannten Größen, mit denen heute hinsichtlich der Uebergangswirtschaft noch zu rechnen ist, keineswegs die Folgerung abgeleitet werden, daß die Vorarbeiten des Hauptausschusses lediglich einen theoretischen Wert haben können. Wir dürfen nicht blind darauf vertrauen, daß ebenso wie die seinerzeitige Umstellung der Friedenswirtschaft in die Kriegswirtschaft, auch die umgekehrte Anpassung sich gleichsam automatisch vollziehen wird; wir müssen vielmehr für die Findung der neuen Wege möglichst vorbereitet sein, und zwar so, daß uns alle eintretenden Erscheinungen festgerüstet antreffen.

Nachdem der Handelsminister die wichtigsten Probleme, deren Lösung während der Uebergangswirtschaft notwendig werden dürfte, erörtert hatte, wies er darauf hin, daß die Gestaltung, die unsere wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Krieg erhalten haben, einen schrittweisen Abbau nach der Richtung der freien wirtschaftlichen Betätigung bedinge. Ein gewisses Ausmaß von Beschränkungen und von staatlicher Regelung werde sich im Interesse der Gesamtheit und des Staates auch nach Eintritt des Friedens nicht vermeiden lassen. Hier aber müsse der Grundsatz gelten, daß die staatliche Ingerenz nur auf das durch die Verhältnisse gebotene Maß beschränkt sein müsse und daß jedes Zuviel an behördlicher Einflußnahme schädlich wäre. Die stärkste Sicherung gegen Bedenken nach dieser Richtung biete die Organisation des Hauptausschusses. Denn hier sei eine neue Form der wirtschaftlichen Selbstverwaltung geschaffen worden, die, in engster Berührung mit den staatlichen Organen stehend, jederzeit einen Spielraum freier Betätigung haben und daher in der Lage sein wird, einen maßgebenden Einfluß auf die Verfügungen der Staatsverwaltung zu nehmen.

Für die volle Rückkehr zu jenen wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege bestanden haben, bestehe wohl keine Aussicht. Mannigfaltige Fäden wurden durch den Krieg abgerissen, manche aber auch neu geknüpft. Die gesamte Volkswirtschaft werde vielfach neue Wege gehen müssen; diese vorzubereiten, sei die wichtigste Aufgabe des Hauptausschusses.

Der Handelsminister gab auch der Hoffnung Ausdruck, daß der Kampf der Waffen keine Fortsetzung auf dem Boden der Wirtschaftspolitik finden möge, und bezeichnete es als letztes Ziel, dem auch der Hauptausschuß zustreben müsse, einen allmählichen Abbau der Kriegsmaßnahmen und der Kriegsorganisationen nach Friedensschluß durchzuführen und die natürlichen, die Weltwirtschaft beherrschenden Grundsätze nach und nach wieder in volle Kraft treten zu lassen.

Nachdem der Minister noch die Einrichtung und Aufgaben der Unterausschüsse besprochen und der neugeschaffenen Organisation vollsten Erfolg für ihre Beratungen gewünscht hatte, nahm das Mitglied des Hauptausschusses Präsident Kuffler vom industriellen Gesichtspunkt aus Stellung zu den Aufgaben des Hauptausschusses. Er begrüßte es, daß zum erstenmal seit Ausbruch des Krieges eine wirklich repräsentative Körperschaft, die Industrie, Handel, Gewerbe und Konsumenten vertritt, zusammenberufen worden sei, um in großen wirtschaftlichen Fragen ein entscheidendes Votum abzugeben. Der Redner pflichtete der Ansicht des Handelsministers bei, daß der Zustand der Gebundenheit, der vielleicht auch nach Eintritt des Friedens noch eine gewisse Zeit bestehen werde, von möglichst kurzer Dauer sein und bald wieder der freien Betätigung des Unternehmergeistes weichen müsse. Sache des Hauptausschusses werde es sein, diesen Uebergang zur freien Wirtschaft schrittweise zu finden.

Hierauf nahm Handelsminister Dr. Urban die Angelobung der erschienenen Mitglieder des Hauptausschusses vor und schritt zur Wahl der Unterausschüsse, und zwar des Rohstoff-, Finanz- und Sozialpolitischen Ausschusses. Die Wahl des Verkehrsausschusses wurde jenem Zeitpunkt vorbehalten, in dem auch die Vertreter des Handels, der Spedition und der Schiffahrt ihre Vertretung im Hauptausschuß gefunden haben werden.

Der Hauptausschuß faßte im Sinne der Anträge der Mitglieder Generaldirektor Günther, Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Direktor Neurath den Beschluß, vorläufig nur die seitens des Arbeitsausschusses in Vorschlag gebrachten Mitglieder durch Akklamation in die einzelnen Ausschüsse zu wählen und den Arbeitsausschuß zu ermächtigen, gegen nachträgliche Genehmigung durch den Hauptausschuß Kooptierungen in die Unterausschüsse vorzunehmen. Mitglied des Hauptausschusses, Präsident des Bundes österreichischer Industrieller Vetter brachte nun der Versammlung die Vorschläge für die Wahlen in die erwähnten Ausschüsse zur Kenntnis, die vom Hauptausschuß genehmigt wurden. Auf Antrag des Mitgliedes des Hauptausschusses Herrenhausmitgliedes Ginzkey wurde beschlossen, den Rohstoffausschuß schon im Laufe der allernächsten Zeit zu Sitzungen einzuberufen.

Nach Beendigung der Tagesordnung wurden zwei Anträge des Mitgliedes kais. Rates Verschak betreffend die Verarbeitung der von verschiedenen Stellen gesammelten wirtschaftsstatistischen Daten und betreffend eine Arbeiterstatistik für Zwecke der künftigen Demobilisierung den für diese Angelegenheiten zuständigen Unterausschüssen zugewiesen.

Fremdenblatt

1

27./V. 1917

Uebergangswirtschaft in Deutschland.

Von Georg Gothein,
Mitglied des Reichstages.

Die Empfindung, daß der Weltkrieg sich seinem Ende nähere, läßt immer stärker das Bedürfnis hervortreten, sich mit der Ueberführung des Wirtschaftslebens aus dem Kriegs- in den Friedenszustand zu befassen. In Deutschland hat man bereits vor Jahresfrist ein eigenes Amt für Uebergangswirtschaft geschaffen; ein Ausschuß des Reichstages berät über die gleiche Frage. An der einen wie an der anderen Stelle ist man sich der ungeheuren Schwierigkeiten, die sie in sich birgt, voll bewußt. Liegen sie doch nicht bloß auf dem Gebiete der Rückführung von vielleicht neun Millionen erwachsener, männlicher Arbeitskräfte aus dem Kriegsdienst zur bürgerlichen Beschäftigung, sondern nicht minder in der Beschaffung von Rohstoffen und Halbfabrikaten der Industrie, in dem Wiederinslebentretenlassen des Außenhandels mit den feindlichen Ländern, wie mit den überseeischen Neutralen, als auch schließlich in der Wiederherstellung der Valuta.

Die letztere mußte bei der weitgehenden Unterbindung der Ausfuhr während des Krieges recht ungünstig werden; sie so rasch als möglich wieder vollwertig zu machen, ist eine der wichtigsten Aufgaben nach Friedensschluß. Dazu gilt es unsere Zahlungsbilanz aus einer passiven in eine aktive zurückzuverwandeln. Mit der bloßen Beschränkung der Einfuhr, der Verstärkung der Ausfuhr würde dieses Ziel nur sehr langsam zu erreichen sein. Man muß daneben zum Verkauf von noch in deutscher Hand befindlichen ausländischen Effekten greifen. Und in den Londoner und New-Yorker Banken liegen noch viele Hunderte von Millionen davon, für die während des Krieges eine Veräußerungsmöglichkeit nicht besteht. Diese Werte wird man dann flüssig machen. Nicht minder aber auch die Aktien großer deutscher im Auslande geschaffener Unternehmungen, wie die der Deutsch-Ueberseeischen Elektrizitätswerke. Deutsche Anleihen im Auslande unterzubringen, wird man bei unserer ungünstigen Valuta zunächst tunlichst vermeiden. Man wird vielmehr versuchen müssen — eventuell unter Verpfändung gewisser Werte, — im neutralen Ausland Anleihen in dessen Währung aufzunehmen, also in den Niederlanden in Guldenwährung, in den skandinavischen Ländern in Kronenwährung usw. Damit würden wir sofort vollwertiges Geld bekommen, und bei der Rückzahlung solcher Anleihen können wir hoffen, daß inzwischen unsere Valuta wieder den Goldpunkt erreicht haben wird.

Freilich, um das zu erreichen, wird man die Einfuhr nicht gleich freigeben können. Bei der Entblößung von Rohstoffen, wie Baumwolle, Wolle, Jute, Hanf, Gummi, Oel, Fett, Häuten, Phosphaten, Erzen, von Metallen, wie Kupfer, Zinn, Nickel und anderen Stoffen mehr, die der dreijährige Krieg im Gefolge hat, stünde bei freigegebener Einfuhr eine überstürzte Nachfrage mit gefährlicher Preistreiberei in Aussicht, die uns wirtschaftlich schwer schädigen, die Valuta weiter herabdrücken würde und bei dem Mangel an Schiffsraum gar nicht mal hereingebracht werden könnte. Hier gilt es, die Einfuhr zu kontingentieren und den Einkauf zu organisieren, das heißt, ihn in die Hände eines Ausschusses der Großeinkäufer zu legen. Eine bureaukratische Organisation muß hier unbedingt vermieden werden. Nur bei der Verteilung der Rohstoffe und Halbfabrikate an die Verarbeiter würden die Beamten mitwirken müssen, um einseitige Bevorzugungen zu vermeiden. Auch denjenigen, die in weiser Voraussicht durch Vorkäufe sich Ware im Auslande gesichert haben, wird man diese nur zum Teil belassen können, um eine tunlichst gleichmäßige Beschäftigung aller miteinander im Wettbewerb stehenden Unternehmungen zu sichern.

Daran, Getreide und Mehl, Fleisch und Fettebald nach Friedensschluß in größerem Umfange einzuführen, kann gar nicht gedacht werden. Bei dem Fehlen aller Vorräte aus der letzten Ernte, bei den überaus ungünstigen Aussichten der kommenden in ganz Amerika wie in den Ländern unserer europäischen Feinde, stehen wir vor einer Welthungersnot, die sich in den geradezu phantastischen Getreidepreisen Nordamerikas drohend ankündigt. Die Mittelmächte werden — zumal sie über den größten Teil Rumäniens verfügen und den Hauptteil ihres Bedarfes durch Eigenproduktion decken — über sie verhältnismäßig leichter hinwegkommen, als die anderen Länder; aber an Aufgeben der Höchstpreise und der Rationierung ist vor der Ernte 1918 auch im Frieden keinesfalls zu denken.

Im Interesse der Valuta wird man auch die Einfuhr von Genußmitteln: Kaffee, Tee, Wein, Spirituosen, Kaviar, Austern, wie von Luxuswaren zunächst beschränken müssen, freilich nicht zu lange, um z. B. einen so guten Abnehmer deutscher Industrieerzeugnisse wie Brasilien kaufkräftig zu erhalten.

Die deutsche Ausfuhr wird in den Waren, zu deren Herstellung die Rohstoffe erst eingeführt werden müssen, verhältnismäßig spät aufgenommen werden können, so vor allem in Erzeugnissen der Textil-, der Gummi-, der Metallwaren- und der Lederindustrie. Man soll aber die Gefahren, die darin für die Entwicklung unserer Valuta liegen, nicht überschätzen. Wenn auch die Sorgen unserer Feinde, die auf der Pariser Wirtschaftskonferenz eine so große Rolle spielten, wir würden sie nach Friedensschluß mit unseren aufgehäuften Waren überschwemmen, leider völlig gegenstandslos sind, da diese Vorräte nur in der Phantasie existieren, so haben wir doch von vornherein eine Anzahl exportfähiger Waren. In erster Linie Kohlen und Koks, die wir mit der Rückkehr zahlreicher Bergarbeiter und mit dem Minderverbrauch, der sich gerade in den Monaten der Umstellung der Betriebe aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft ergeben wird, verhältnismäßig reichlich werden abgeben können. Da die Kohlenpreise auf den Auslandsmärkten bei Friedensschluß infolge mangelnden Schiffsraumes noch geraume Zeit recht hoch bleiben werden, so wird sich diese Ausfuhr recht vorteilhaft gestalten, ihr Jahreswert dürfte auf gut 1½ Milliarden Mark zu veranschlagen sein. Das Gleiche gilt von Kali, in dem wir noch das Weltmonopol besitzen und nach dem die Welt hungert. Etwas länger wird es dauern, ehe die Eisenindustrie stark exportieren kann. Sie ist heute fast ausschließlich für Rüstungszwecke eingestellt und die Umstellung für den Friedensbedarf dürfte ein bis zwei Monate dauern, sich aber zum Teil schon während der Friedensverhandlungen vollziehen. Der Eisenbedarf nach dem Kriege wird

Fremdenblatt

II

27/IV. 1917

58

Uebergangswirtschaft in Deutschland.

enorm, die Nachfrage stürmisch sein. Das um so mehr, als die französische, belgische und polnische Eisenerzeugung fast ganz oder vollständig zum Erliegen gekommen ist und es namentlich bei der ersteren lange Jahre dauern dürfte, ehe sie wieder die frühere Produktionshöhe (1913: 4,95 Millionen Tonnen) erreicht. Auch Großbritannien deckte im Frieden nicht seinen Bedarf. Seine Roheisenerzeugung betrug 1913 nur 9,05 Millionen Tonnen gegen 19,5 Millionen Tonnen Deutschlands. Und sein Eisenbedarf wird nach dem Kriege schon der massenhaften Schiffsverluste wegen enorm sein. Frankreich braucht das deutsche Eisen zum Wiederaufbau seiner zerstörten Produktionsstätten. Ueberall kommt dazu das Bedürfnis, das abgenützte liegende und rollende Material der Eisenbahnen und Straßenbahnen zu ersetzen, Maschinen und Autos zu bauen. Die amerikanische Eisenindustrie — die bedeutendste der Welt — liegt so weit vom Meere ab, daß sie nur bei ungewöhnlich hohen Weltmarktpreisen ausfuhrfähig ist. Und die Schiffsfrachten werden noch Jahre nach Friedensschluß überaus hoch bleiben. Der deutschen Eisenindustrie blüht also eine glänzende Konjunktur. Aber man wird ihr nicht gestatten können, sie voll auszunützen, denn auch bei uns wird der Eisenbedarf gewaltig sein. Man wird nicht umhin können, der Eisenindustrie die Belieferung z. B. des heimischen Schiffbaues zu Höchstpreisen vorzuschreiben. Denn die dringendste Aufgabe ist es, unsere Dampfertonnage wieder auf die Höhe zu bringen. Zunächst wird man alle für Kriegszwecke beschlagnahmten Handelsschiffe wieder in Friedenszustand versetzen, die Kanonen und sonstigen Einbauten entfernen. Daneben wird die Fertigstellung aller angefangenen Handelsschiffsbauten die Werften und ihre Arbeitskräfte beschäftigen. Und in umfassendster Weise werden Neubauten in Angriff genommen werden. Man wird aber auch versuchen müssen, sich schon während des Krieges neutrale Dampfertonnage für den Eintritt des Friedens zu sichern. Es wird natürlich auch dafür gesorgt werden müssen, daß die Eisenverfeinerung die erforderlichen Mengen Eisen erhält, denn gerade nach diesen Artikeln wird die Nachfrage aller Länder stürmisch sein. Betrug 1913 unsere Ausfuhr an Eisen und Eisenwaren 65 Millionen Pfund im Werte von 1340 Millionen Mark, so dürfte sie nach dem Kriege mindestens die doppelte Wertsumme erreichen und damit zur Hebung unserer Valuta erheblich beitragen.

Auch der Maschinenindustrie und Elektrotechnik winkt nach dem Kriege ein gewaltiges Arbeitspensum, und da unsere Produktionsstätten unversehrt sind und wir schon aus Arbeiter- wie aus Kapitalmangel nicht sobald an die Schaffung neuer gehen können, so werden wir um so exportkräftiger darin sein. Freilich läßt sich hiebei nicht so rasch Ausfuhrware schaffen, wie bei Kohle, Kali und Eisen. Jedenfalls können wir aber auch diese Fabrikation fast vollständig aufnehmen, ohne zuvor die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zu benötigen; freilich für die Elektrotechnik dürfte die eigene Kupferproduktion nicht ausreichen. Im übrigen dürfte auch darin die deutsche Ausfuhr bald auf einen Jahreswert von zwei Milliarden kommen, da mit einer Preissteigerung auf mehr als das Doppelte zu rechnen ist.

Sofort die Ausfuhr können aufnehmen die Porzellan-, Tonwaren- und Glasindustrie, die ihre Rohstoffe und Hilfsmaterialien im Inland gewinnen; ebenso die Papierindustrie, die Zuckerindustrie, der Instrumenten- und Apparatebau, die meisten Zweige der chemischen Industrie, in erster Linie die Herstellung von Teerfarben wie von pharmazeutischen Artikeln u. a. m.

Entsprechend dem Vorhandensein von Arbeitsgelegenheit, beziehungsweise der Möglichkeit, solche zu schaffen oder vorzubereiten, muß auch die Demobilisation des Heeres erfolgen. Sofort zu entlassen sind alle führenden Männer in Handel und Industrie, aber auch alle, welche die zerrissenen Verbindungen mit dem feindlichen oder überseeischen Ausland anzuknüpfen in der Lage sind. Weiter sofort alle, die als Ingenieure, Betriebsleiter, Monteure, Maschinenarbeiter die Umstellung der Betriebe von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft vorzubereiten oder auszuführen haben.

Mit ihnen zugleich sind sofort ihrem Beruf zuzuführen alle Bergarbeiter, Hüttenleute, Landwirte und Landarbeiter. Alle Schiffbauer und Schiffsmannschaften der See- und Binnenschiffahrt. Alle Eisenbahnwagen- und Maschinenbauer, alle selbständigen Handwerker, Kaufleute, Porzellan- und Glasarbeiter. Jeder, der sich in ungekündigter Stellung befindet und indes eine Arbeitsstelle nachweist, sei es in welchem Beruf auch immer. Selbstverständlich auch jeder, der in der Lage ist, für sich selbst zu sorgen.

Man wird unter Heranziehung aller im Arbeitsnachweis tätigen Organe diesen einheitlich zusammenfassen und jeden Heeresteil bis herab zur Batterie, Schwadron oder Kompagnie als Arbeitsnachweisstelle ausnützen. Schon während der Friedensverhandlungen werden deren Führer mit dem nötigen Material dafür ausgerüstet sein.

Für die aber, welche wegen Mangels an Rohstoffen nicht gleich Arbeit in ihrem Beruf zu finden vermögen, insbesondere für die Arbeiter der Textil-, Gummi-, Leder-, Oel-, Fett-, Bronzewaren- 2c.-Industrie wird man Notstandsarbeiten schaffen, sei es von den Gemeinden, sei es von Staat und Reich. Auch dafür sind bereits umfangreiche Vorarbeiten getroffen.

Kein ganz leichtes Problem ist dabei der **Wiederersatz weiblicher Ersatzkräfte durch die zurückkehrenden männlichen.** Viele der ersteren, deren Männer zurückkehren oder die mit zurückkehrenden Kriegern die Ehe schließen, werden sich ihrem Hausstand widmen. Mit Wiederaufnahme der textilindustriellen und Konfektionsbetriebe wird ferner ein großer Teil der weiblichen Arbeitskräfte in diese abwandern; ein weiterer erheblicher wird dauernd die durch den Krieg fortgefallenen Männer ersetzen müssen. Im übrigen wird es eine wichtige Aufgabe sein, die Frauen aus den Arbeiten, die ihrer Konstitution nicht entsprechen, in besser für sie geeignete zu überführen. Bei dem großen vorliegenden Arbeitsquantum wird es nach kurzer Zeit eher an Arbeitskräften fehlen, denn an Arbeitsgelegenheit.

So darf man sich denn der Hoffnung hingeben, daß das deutsche Volk in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder den Platz in der Weltwirtschaft einnehmen wird, den es vor dem Kriege besessen hat.

Neues Wiener Tagblatt 59

1./VI. 1917

Die wirtschaftlichen Fragen in der Thronrede.

Einen wohltuenden Eindruck macht in der Thronrede der hoffnungsfreudige trostreiche Ausblick in die Zukunft unsrer altehrwürdigen Monarchie. Ein Zeitalter blühenden Aufschwungs, eine Regeneration des Wohlstandes wird uns darin zuversichtlich in Aussicht gestellt. Um dahin zu gelangen, wird ein umfassendes wirtschaftliches Programm, welches die Hälfte der Thronrede einnimmt, entrollt. Es gibt kein Gebiet des weitverzweigten wirtschaftlichen Getriebes, auf welchem nicht eine intensive Tätigkeit zu entwickeln sein wird, um, wie es in der Thronrede heißt, den Weg zur normalen Gestaltung der Verhältnisse zurückzufinden. Die bedeutsame Ansprache des Kaisers an das nach dreijähriger Unterbrechung seiner Tätigkeit wieder zusammentretende Parlament gibt auch bereits in den allgemeinen Umrissen die Arbeitsleistung bekannt, die der hoffentlich jetzt arbeitsfähige Reichsrat zu vollbringen haben wird, wenn er den Erwartungen des Trägers der Krone sowie denen des Volkes gerecht werden soll. Das Gebot des Augenblicks, sagt die Thronrede, heischt die volle Anspannung aller Kräfte im Staate nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die großen Aufgaben der Zukunft.

Durch die bisherige Arbeitsunfähigkeit des Abgeordnetenhauses infolge der Parteizwistigkeiten war die Staatsverwaltung gezwungen, auf ihre eigene Verantwortung hin ohne Mitwirkung der Volksvertretung die Mittel für die Kriegführung, die bei der langen Dauer des Waffenganges einen nicht

[illegible]

mehrere Posten anderamten Provinz wird Oberleutnantstellvertreter Dr. Hans Hungiern, als Vertreter der Hauptmann Militärattaché Oberleutnantstellvertreter Dr. Franz, als Vertreter des Hauptmann Dr. Hofner aus Graz. Die Übernahme im kleinen Schwurgerichtssaal des Strafhauses gerichtet hat.

(Das Kinderwäschen des Hofschauspielers Hahn Theater.) Die Kinderpflegerin Amalia Hahn hatte beim Bezirksgericht Döbling gegen den Hofschauspieler Otto Treßler eine Klage auf Zahlung eines Betrages von 114 K für vierzehntägige Reinigung und Verpflegung angestrengt. Sie war nur Pflege des 17 Monate alten Töchterchens des Herrn Treßler gegen 60 K. Hohn und freie Station an 1. Februar anbenommen, aber schon am 2. entlassen worden. Herr Treßler hatte gegen die Klage eingewendet, daß die Klägerin nur unter der Bedingung, daß sie gedruckte Schürzchen trage, angenommen worden. Da sie jedoch den Nachweis hiefür nicht erbringen konnte, sei der Vertrag nicht zustande gekommen; auch habe sie am Tage des Vienthantritts erklärt, sie werde nicht bleiben, und habe sich gegenüber dem Kinde lieblos und roh benommen. Sie habe dem Kinde mit dem "Kettldi" gedroht, wenn es nicht folge, so daß die kränkere Pflegerin ganz entfernt von der Liebkosungen der Pflegerin gewesen sei. Nach Vernehmung der Frau Treßler über die getroffenen [illegible]

Kriegsschäden auf Staatskosten noch zu tun sein wird. Weitere finanzielle Opfer wird dem Staat die Vorsorge für die Hinterbliebenen der Gefallenen und für jene, die in dem Krieg ihre Arbeitsfähigkeit eingebüßt haben, auferlegen, was in der Thronrede zutreffend als eine der dringendsten Aufgaben der Staatsverwaltung bezeichnet wird.

Auf zwei Gebieten der Wirtschaftspolitik soll sich nach den Intentionen der mit einmütiger Zustimmung aufgenommenen kaiserlichen Kundgebung die gemeinsame Tätigkeit der Regierung und des Parlaments besonders eifrig entfalten: eine intensive Wohlfahrtspolitik soll betrieben werden, ferner eine planmäßig ausgebaute Handelspolitik. Der Wohlfahrtspolitik wird in der Thronrede eine doppelte Richtung zugewiesen: der Produktionsförderung einerseits und der sozialen Fürsorge anderseits. Die wunderbare Elastizität der Produktion, die sich im Krieg gezeigt hat, wird auch beim Uebergang zur Friedenswirtschaft sich ohne Zweifel bewähren. Wir erhalten bei dieser Gelegenheit aus dem Munde des Monarchen die Bestätigung, daß der wirtschaftliche Ausgleich mit Ungarn von den beiderseitigen Regierungen vor kurzem vereinbart worden ist und dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet werden wird. Bei Darlegung der Richtlinien der sozialen Fürsorge legt die Thronrede das Hauptgewicht auf eine zielbewußte Bevölkerungspolitik. Ein gesundes Volk soll, um die schwere Einbuße der Volkskraft durch den Krieg wettzumachen, heranwachsen. Zu diesem Zweck werden tatkräftige Maßnahmen auf dem Gebiet der Volkshygiene, Kampf gegen die Volkskrankheiten, und eine weitgehende Ausgestaltung der Jugendfürsorge in Aussicht genommen. Das Wohnungsbedürfnis der breiten Volksmassen, besonders der kinderreichen Familien, soll befriedigt, die Sozialversicherung und die Arbeiterschutzgesetzgebung ausgebaut werden. Eine Regierungsvorlage ist bereits ausgearbeitet, welche die Regelung der Arbeitszeit der Frauen und der Jugendlichen sowie auch der Nachtarbeit der Jugendlichen zum Gegenstand hat. Dem Mittelstand, der von den wirtschaftlichen Folgen des Krieges besonders schwer getroffen wurde, wird gleichfalls eine eifrige staatliche Fürsorge zugesagt; die betreffenden Maßnahmen sind zunächst erst in dem Stadium der Vorbereitung. Die Verwirklichung des Fürsorgesystems soll nicht überstürzt, sondern wohlüberlegt und daher nur allmählich erfolgen.

Die Thronrede appelliert, wie zu hoffen ist, nicht ohne Erfolg, an die Einsicht und Gewissenhaftigkeit der Volksvertretung. Die Staatsnotwendigkeiten und Volksnotwendigkeiten müssen unbedingt zum Wohle der Bevölkerung der möglichst raschen Beratung und Beschlußfassung des Parlaments zugeführt werden. Die ernste Situation erfordert ernste Arbeit.

1./VII. 1917

60

Ungarn und Deutschland.

Von Josef Szterenyi,
Geheimer Rat, königl. ungar. Staatssekretär a. D.

Ueber das zukünftige Wirtschaftsbündnis zwischen unserer Monarchie und dem Deutschen Reich ist schon außerordentlich viel geschrieben worden. So viel, daß bereits ein besonderer Führer erschienen ist, der sich bemüht, uns in dem Dickicht der betreffenden Literatur den Weg zu weisen. Trotzdem ist es bei der ungeheuren Bedeutung des ganzen Fragekomplexes ein Gewinn, wenn hierzu neuerdings von berufener Seite Stellung genommen wird. Dies um so mehr, als es sich mit Rücksicht auf den bevorstehenden Ausgleich zwischen beiden Staaten der Monarchie und die bereits angeknüpften Vertragsunterhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland um eine Angelegenheit handelt, die schon jetzt vielfach Aktualität besitzt. Aber Wirklicher Geheimer Rat Josef Szterenyi, dessen Aufsätze auf diesem Gebiet nunmehr gesammelt vorliegen (in einer vom Verlag Gustav Fischer in Jena herausgegebenen Broschüre „Ungarn und Deutschland"), darf nicht bloß als ein an und für sich berufener Interpret der Wirtschaftsbestrebungen Mitteleuropas angesehen werden. Seine Ansichten sind auch deshalb wichtig, weil sie den Standpunkt der überwiegenden Mehrheit der ungarischen Wirtschaftspolitiker darstellen. Seine Arbeiten vermitteln uns daher nicht etwa bloß theoretische Erkenntnisse, sondern müssen als unentbehrliches Substrat für praktische Erwägungen und Entschließungen angesehen werden. Der Verfasser ist ein überzeugter Anhänger der geplanten Wirtschaftsannäherung mit dem Deutschen Reich. Er betont es, daß die erste Anregung hierzu noch weit vor Kriegsausbruch von Ungarn ausging, vom ungarischen Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein, und daß, abgesehen von einer ganz kleinen Minorität, sämtliche maßgebenden Kreise und Faktoren Ungarns, politische wie wirtschaftliche, auf dem Standpunkt stehen, daß diese wirtschaftliche Annäherung ein Gebot der Notwendigkeit sei, das die Ungarn aufs eifrigste fördern müssen. „Ungarn und das Magyarentum ist der großen Konzeption des Grafen Julius Andrassy, die zum deutschen Bündnis führte, treu geblieben und wird ihr auch fürderhin treu bleiben, wie es in der Vergangenheit die stärkste Stütze in der Monarchie des Zweibundes war."

Trotzdem gibt sich Szterenyi keiner Täuschung darüber hin, daß der engen Wirtschaftsannäherung ungemein zahlreiche Hindernisse entgegenstehen. Die größte Schwierigkeit besteht jedoch in den durchaus verschiedenen Kräfteverhältnissen der deutschen, österreichischen und ungarischen Industrie.

Die deutsche Industrie ist nach Szterenyi zumindest vier- bis fünfmal so stark als die österreichische, diese wieder sieben- bis achtmal stärker als die ungarische. Zusammenstellungen ganz verschiedener Art wurden diesbezüglich aufgestellt, aber ein einheitlicher Vergleich auf ganz gleichen Grundlagen ist nicht möglich. Nur aus einzelnen zur Verfügung stehenden Daten kann ein zulässiger Schluß gezogen werden. Die Daten, die der Verfasser zur Bekräftigung seiner Ansicht ausführt, sind jedenfalls sehr geschickt gewählt. So betrug die gewerbliche Bevölkerung in Ungarn (1910) 14 Prozent, in Oesterreich (1910) 23 Prozent und in Deutschland (1907) 40 Prozent der gesamten Erwerbsbevölkerung. Die Anzahl der industriellen Betriebe mit einer Arbeiterzahl von mehr als 50 betrug in Ungarn (1900) 1100 mit 242.000 Angestellten, in Oesterreich (1902) 6100 mit 1,131.000 und in Deutschland (1907) 27.400 mit 5,208.000 Angestellten. Die Kohlenproduktion (Stein- und Braunkohle zusammen) stellte sich 1913 in Ungarn auf 10·27, in Oesterreich auf 43·84, in Deutschland auf 277·34 Millionen Tonnen. Aufgearbeitet wurden 1911 an Eisenerzen in Ungarn 1·58, in Oesterreich 3·83, in Deutschland 46·39 Millionen Tonnen; an Roheisen in Ungarn 0·76, in Oesterreich 1·70, in Deutschland (1912) 16·77 Millionen Tonnen. Die Zahl der Baumwollspindeln betrug 1913 in Ungarn 0·40, in Oesterreich 4·90, in Deutschland 10·90 Millionen. Aufgearbeitet wurden 1913 an Baumwolle in Ungarn 16.853, in Oesterreich 193.002, in Deutschland 486.156 Tonnen. Der Nettoimport an Schafwolle war 1913 in Ungarn 3544, in Oesterreich 41.119, in Deutschland 200.715 Tonnen. Die Ausfuhr betrug: Eisen- und Eisenwaren aus Ungarn 93.395, aus Oesterreich 113.672, aus Deutschland 6,502.491 Tonnen; Maschinen, Artikel der elektrischen Industrie und Fahrzeuge aus Ungarn 17.098, aus Oesterreich 32.758, aus Deutschland 838.514 Tonnen; Metalle und Metallwaren aus Ungarn 9156, aus Oesterreich 32.758, aus Deutschland 349.447 Tonnen; Baumwollgarne und Gewebe aus Ungarn 12.739, aus Oesterreich 37.446, aus Deutschland 16.429 Tonnen; Schafwollgarne und -Waren aus Ungarn 2321, aus Oesterreich 4647, aus Deutschland 43.034 Tonnen. Das eingezahlte Aktienkapital industrieller Aktiengesellschaften betrug 1912 in Ungarn 982, in Oesterreich 2246, in Deutschland 9764 Millionen Kronen.

Die Unterschiede sind enorm und lassen sich natürlich niemals ausgleichen, aber bei einem Zeitraum von 25 bis 30 oder noch mehr Jahren könnten, wie Geheimer Rat Szterenyi glaubt, die Härten entsprechend gemildert werden. Ein erträgliches Verhältnis und eine normale Entwicklung ließen sich dann bei gutem Willen erzielen. Weist doch die staatliche Industrieförderung Ungarns bei Anwendung sehr geringer Mittel in einer kurzen Spanne Zeit von zehn bis zwölf Jahren eine Mehrproduktion durch neugeschaffene Industrien von rund 400 Millionen Kronen jährlicher Produktionswerte auf, ohne Rücksichtnahme auf das ebenfalls stark geförderte Gewerbe. Die Möglichkeit einer Entwicklung sei gegeben, nur wäre die Arbeit konsequent und in viel größerem Umfang fortzusetzen. Der ungarische Staat könne seiner Industrieförderung nicht entsagen, sie müsse als ein Gebot der Selbsterhaltung angesehen werden. Allerdings bietet der intensivere landwirtschaftliche Betrieb noch sehr viel Arbeitsgelegenheit für einen Teil der Bevölkerung; er ist aber bei weitem nicht genügend, die stark zunehmende Bevölkerung ständig zu ernähren und dem Staate als finanzielle Grundlage zu dienen. Ohne Industrie könnte sich der ungarische Staat einfach nicht erhalten, er könnte seinen Aufgaben nicht gerecht werden. Aber, ganz abgesehen davon: Die ungarische Industrieförderung steht nach Szterenyis Ansicht der Entwicklung der deutschen und österreichischen Industrie keinesfalls irgendwie im Wege. Es sei doch eine allbekannte Tatsache, daß mit der Entwicklung der eigenen Industrie der industrielle Importbedarf steige, was übrigens eine ganz natürliche Erscheinung ist, die auch im industriellen Verkehr zwischen Ungarn und Oesterreich zutage trete. Hatte die österreichische Industrie durch die ungarische Industrieförderung jemals eine Einbuße erlitten? Im Gegenteil, sie gereichte ihr noch zum Vorteil, denn es entstanden durch sie neue Bedürfnisse, die die ungarische Industrie nicht befriedigen könne. Die Entwicklung der ungarischen Industrie sei aber auch zur Förderung der ungarischen Landwirtschaft unbedingt notwendig, denn sonst müßte sich die Landwirtschaft — wie es in Ungarn vor seiner Industrieförderung der Fall war — fast ausschließlich auf den Export stützen. Der Export ist zwar notwendig, aber doch nur zur Förderung der inländischen Produktion: er ist ein Mittel zum Zweck, nicht aber der Selbstzweck.

Reichspost
3./VI. 1917

Elektrizitätsversorgung und Wasserkraftverwertung in Oesterreich.

Die Zeit nach dem Kriege wird gekennzeichnet sein durch das Wiederaufleben des Colbertschen Merkantilismus, durch das Prinzip, möglichst viel auszuführen und möglichst wenig zur Einfuhr zu bringen. Dieses Neuaufleben des Colbertismus, auf den wir schon aus valutarischen Rücksichten werden zurückgreifen müssen, bedingt natürlich eine allgemeine Produktionssteigerung und damit von selbst eine bessere Ausnützung der von der Natur gegebenen Erzeugungsfaktoren. Kohle und Eisen dienten schon bisher in reichstem Maße der Förderung der heimischen Wirtschaft, nicht so sehr jedoch die ungeheuren Wasserkräfte in den Alpen, die selbst heute erst in einem kleinen Bruchteil verwertet werden und die in ihrer Art nicht bloß eine Kraft-, sondern auch eine nationale Wirtschaftsreserve größten Stils darstellen. Leider ist das Interesse, das man dem Ausbau der Wasserkräfte und der Elektrizitätsversorgung der Monarchie entgegenbringt, verhältnismäßig recht gering, und mit Genugtuung ist es daher zu begrüßen, daß sich jetzt ein bekannter Vorkämpfer auf diesem Gebiete, dipl. Ing. A. Buchleitner in Salzburg, mit einem Promemoria an die Ministerien für öffentliche Arbeiten, Handel, Finanz, Eisenbahn und Ackerbau gewandt hat, in dem er 1. die Schaffung einer Elektrizitäts-Wirtschaftsstelle zur Durchführung der Vorarbeiten innerhalb des in Aussicht genommenen Gebietes und 2. die Errichtung eines gemischtwirtschaftlichen Unternehmens zur planmäßigen Anlage von einheitlichen Elektrizitätsstraßen anregt. Buchleitner meint in seiner Schrift, die „wirtschaftliche Wiedergeburt Oesterreichs könne keinesfalls ohne weitgehende Bedachtnahme auf die Wasserkräfte erfolgen. Er erhärtet diese Behauptung mit dem Hinweise auf die argen Unzukömmlichkeiten, die sich aus der einseitigen Bevorzugung ergaben, die man bisher der Kohlengewinnung angedeihen ließ. Ein Vergleich mit den in den andern europäischen Großstaaten bestehenden Verhältnissen zeigt leider, wie viel wir in der Nutzbarmachung der weißen Kohle, die nicht auf den Transport per Bahn oder Schiff angewiesen ist, noch zurück sind. Die in Oesterreich nutzbringend verwertete Wasserkraft hat vor dem Kriege noch nicht 200.000 Pferdestärken betragen und in den rund drei Jahren, die seit Beginn des Völkerkampfes verflossen sind, hat sich diese Ziffer kaum noch vergrößert. In dem wenig mit Kohle gesegneten Frankreich hat man dagegen unter dem Zwang der Verhältnisse seit Kriegsbeginn allein an der Isere Wasserwerke von rund 250.000 Pferdestärken, die ihre Energie an die großen Waffen- und Munitionsfabriken in Lyon und besonders in St. Etienne abgeben. In Frankreich sind heute mindestens an die 1,400.000 Pferdestärken ausgebaut und in Italien ist man gleichfalls bereits bei der ersten Million angelangt. Von derartigen Ziffern sind wir noch weit entfernt und selbst das, was bei uns bisher für den Ausbau der Wasserkräfte und der Elektrizitätsversorgung getan worden ist, leidet an einer weitgehenden Systemlosigkeit, an dem Mangel einer einheitlichen Organisation, der seinerseits wieder eine Vergeudung der Kräfte, bezw. ein unrationelles Arbeiten der einzelnen Kraftzentralen zur Folge hat. Der planlosen Entwicklung elektrischer Kraftübertragungsanlagen muß nach dem Kriege unter allen Umständen entgegengearbeitet werden, und zwar indem man an die systematische Versorgung einzelner Länder und Provinzen herantritt. In der Schweiz ist man auf diesem Wege schon ein gewaltiges Stück vorwärts gekommen und auch im Deutschen Reiche ist die Zahl der großen mit geringen Betriebskosten arbeitenden Ueberlandzentralen, die Hunderte von Ortschaften mit Licht und Kraft versehen, in ständiger Zunahme begriffen. Die Erfahrungen, die man in diesen Ländern gemacht hat, sollten gesammelt und mutatis mutandis auf die österreichischen Verhältnisse übertragen werden. Was bei uns nottut, das ist das Eingreifen einer ordnenden Hand. Eine andere Frage ist es nun freilich, wer zu diesem anerkannt notwendigen Eingreifen berufen erscheint. Manche Kreise bringen hiebei einer staatlichen Einflußnahme wenig Sympathie entgegen, und zwar schon mit Rücksicht auf die Interessen gewisser großer Elektrizitätsgesellschaften, die die ganze Fabrikation der elektrischen Artikel vom Dynamo angefangen bis zur Metallfadenlampe monopolisiert haben und die jetzt auch die Elektrizitätsversorgung ganzer Länder und Provinzen in ihre Gewalt zu bringen versuchen. Das Interesse der Allgemeinheit verlangt dagegen weitgehende Beschränkung solcher privatwirtschaftlicher Monopolisierungsbestrebungen, ein Ziel, dem anderseits wieder Bedenken finanzieller Natur gegenüberstehen, denn schließlich soll weder der Staat finanziell übermäßig belastet noch die Privatwirtschaft geschädigt werden. Man wird daher in Zukunft um die Schaffung von gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen unter Beteiligung des Staates, der Länder, Gemeinden und des privaten Unternehmertums kaum herumkommen. Zweck dieser Unternehmungen wäre nach Ansicht Buchleitners nicht die Errichtung neuer Kraftwerke, sondern der planmäßige Ausbau und Zusammenschluß bestehender Leitungsnetze sowie die damit gleichzeitig zu erreichende wirtschaftliche Hebung und technische Ausgestaltung zahlreicher kleiner und mittlerer Anlagen, um auf solche Weise die Vorbedingung für die Erreichung des Endzieles, eines Reichsnetzes von Elektrizitätsstraßen zu schaffen. Dieses Netz von Elektrizitätsstraßen wäre imstande, einen rationellen Ausgleich der in den verschiedensten Teilen des Landes, und zwar sowohl aus weißer wie aus schwarzer Kohle erzeugten Kräfte herzustellen und dadurch jeder Vergeudung von Energie vorzubeugen.

Nach dem Kriege wird der heute bestehende Waggonmangel noch durch lange Jahre fühlbar sein und der zur Verfügung stehende Frachtraum wird zum großen Teil von höherwertigen Gütern als Kohle in Anspruch genommen werden. Um so dringlicher wird sich die Nachfrage nach einem andern Transportmittel einstellen, das gleichfalls zur Verfrachtung kondensierter Energie geeignet ist. Dieses Transportmittel ist in den großen modernen Ueberlandleitungen gegeben, die heute die Kraft auf eine Entfernung von mehr als einem halben Tausend Kilometer hin fortführen. Diese Leitungen sollten nach dem Kriege in großen Strängen das ganze Land durchziehen und zwischen den energiearmen und energiereichen Gebieten den Kräfteausgleich herstellen.

Neue Freie Presse 62
6/VI. 1917

Die Aufgaben Triests für die österreichische Volkswirtschaft.

Von **Hofrat Albert Frankfurter,**
Generaldirektor des Oesterreichischen Lloyd.

Was Triest für die wirtschaftliche Entwicklung Oesterreichs bedeutet, welche Wichtigkeit diesem unserem einzigen Ausfallstor zum Weltverkehre für unsere Volkswirtschaft zukommt, haben wohl die kaufmännischen und Handelskreise immer gewußt und gewürdigt, dem großen Publikum des Binnenlandes war aber lange Zeit hindurch unser Seehafen und unsere Seeschiffahrt keine Herzenssache. Es bekümmerte sich nicht allzuviel um das Gedeihen und Aufblühen des Seehandelsemporiums, dessen Vorhandensein eine Selbstverständlichkeit schien, über die nicht viel Worte zu verlieren waren.

Als aber der Weltkrieg Seehandel und Schiffahrt zum Stillstande verurteilte, als das kommerzielle Leben Triests lahmgelegt wurde und erstarrte und besonders, als unser treulosester und schlimmster Feind seine gierigen Hände nach Oesterreichs Küste ausstreckte und uns vom Verkehre mit der Welt dauernd abschneiden und ausschalten wollte, da wurde auch dem Gleichgültigsten klar, daß Oesterreich ohne Triest und die Adria nicht leben kann, daß wir in Triest uns selbst und unsere tiefsten Lebensinteressen zu verteidigen haben. Und so hat der Krieg, in dem die Monarchie mit dem Herzblut ihrer besten Söhne ihren Ausgang zum Weltmeer schirmt und schützt, uns alle viel inniger mit Triest verkittet und uns für alle Zeiten zum Bewußtsein gebracht, wie sehr wir dieses Adriahafens bedürfen und wie uns ohne ihn das wirtschaftliche Leben erstickt und verkümmert würde.

Da erscheint es besonders dankenswert, daß gerade jetzt vom Mitgliede des Herrenhauses Alfred Escher der Oeffentlichkeit im Manzschen Verlage eine Schrift geschenkt wird, die über „Triest und seine Aufgaben im Rahmen der österreichischen Volkswirtschaft" unterrichtet und ein überaus anschauliches Bild der wirtschaftlichen Funktionen Triests, seines Hafens, Handels und seiner Schiffahrt entwirft.

Das Buch bietet zunächst einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung, die Triest und sein Verkehr in der Vergangenheit und besonders im neunzehnten Jahrhundert genommen haben, erfolgreich unterstützt durch eine staatliche Verkehrspolitik, die dem Reichshafen die notwendigen Eisenbahnverbindungen gab, seine Hafeneinrichtungen durch großzügige Anlagen verbesserte und seiner Schiffahrt durch mannigfache Maßnahmen zur Förderung des Seeverkehrs und Schiffbaues die Möglichkeit eines sicheren Aufschwunges bot. Die Ziffern der Verkehrsentwicklung Triests zeigen denn auch die Erfolge des planmäßigen Zusammenwirkens aller öffentlichen und privaten Faktoren.

Die Schilderung der wirtschaftlichen Aufgaben Triests geht von der Funktion des Hafenplatzes als Vermittler des Imports und der Lagerhaltung aus, der im Ueberseegeschäft durch Billigkeit der Arbeit, Leichtigkeit der Disposition und Behandlung der Ware berufen ist, als Stapelplatz zu dienen und die Unabhängigkeit des Landes von der ausländischen Vermittlung zu gewährleisten.

Der durch die Schiffahrt hergestellte Zusammenhang zwischen Export und Import weist Triest und seinem Handel nicht minder wichtige Aufgaben in der Förderung der Ausfuhr zu und schafft im Transithandel einen finanzpolitischen und verkehrsverbilligenden Faktor.

In kurzen Strichen wird die Entwicklung der österreichischen Seeschiffahrt von der Gründung des Oesterreichischen Lloyd angefangen bis zu ihrem Aufschwung zu Ende des vorigen Jahrhunderts und zum Beginne des Weltkrieges geschildert, zu welcher Zeit die heimische Handelsmarine bereits ein wichtiger Faktor unseres Wirtschaftslebens geworden war, sowohl im Dienste des Exports wie der wirtschaftlichen Expansion und in ihrer wertvollen industriellen Arbeit eine Voraussetzung des Schiffbaues und seiner industrieFördernden Wirkung bildete. So wie in England die Schiffahrt eine der wichtigsten Vermögensquellen war, vermag sie es in kleinerem Maßstab auch bei uns zu sein, sie erhält die Passagegelder unseres Auswandererverkehres und die Frachtgelder unseres Handels der eigenen Volkswirtschaft und stärkt dadurch auch unsere Valuta, sie befruchtet zugleich den österreichischen Bahnverkehr, dient dem Fremdenverkehre und hilft auf alle diese Arten die Zahlungsbilanz des Staates verbessern.

Eine hervorragende Rolle hat der Weg über Triest stets im Orientverkehre gespielt, da er die günstigste Verbindung nach dem Balkan und der Levante nicht nur für Oesterreich-Ungarn, sondern auch für Deutschland und die Schweiz darstellt. Tatsächlich stand der Verkehr Oesterreichs in diesen Relationen neben dem englischen an führender Stelle und wird auch in Zukunft die wertvolle Grundlage bilden, von der aus wir am Weltverkehre mit erneuter Kraft Anteil erlangen werden.

Auch die Schiffsverbindung mit den überseeischen Rohstoffländern und Absatzmärkten wird in ihrer Wichtigkeit für den Handel der Monarchie gewürdigt und die Notwendigkeit seiner Wiederbelebung und Verdichtung sinnfällig dargetan.

Unter den großen kontinentalen Häfen Europas stand Triest im Jahre 1913 der eingelaufenen Tonnage nach an achter, der Handelsbewegung nach an neunter Stelle, seine Schiffsbewegung überstieg sogar jene von Bremen. Besonders der Import von Kolonialwaren, vor allem Kaffee und Gewürzen, dann Agrumen, Reis, Oel, Oelsaaten, Baumwolle und Jute, gab der Handelstätigkeit Triests das Gepräge.

Die Publikation beleuchtet sodann die intensiven Maßnahmen Italiens zugunsten von Venedig, das um jeden Preis seine Stellung gegenüber Triest behaupten und verbessern sollte. Gerade diese Bemühungen und ihre unleugbaren Erfolge zeigen, daß Oesterreich sein ganzes wirtschaftliches Schwergewicht einsetzen muß, um seine Pforte zum Weltverkehr freizuhalten und auszugestalten. Die wohltätige Wirkung hievon kommt auch den Alpen- und Küstenländern zugute, deren wirtschaftliche Hebung und Industrialisierung durch die steigende Bedeutung Triests angeregt und gefördert wird. Besonders die Verwertung und Ausgestaltung der Wasserkräfte der Alpenländer kann auch den Süden Oesterreichs zu reicherem wirtschaftlichen Schaffen befähigen.

Große Aufgaben werden unserem Hafen und seiner Schiffahrt auch in der Uebergangswirtschaft nach dem Kriege obliegen und in der wiedergekehrten Friedenswirtschaft. Damit Triest diese Aufgaben erfüllen kann, erscheint die prompte Instandsetzung und Ausgestaltung der Verkehrsanlagen und -Mittel, die Stärkung des Seeverkehrs, die Hebung der Industrie und des Eigenhandels Triests und seines Hinterlandes ebenso erforderlich wie die Sicherung der Geltung Oesterreichs an der Adria und der dem Reiche gebührenden selbständigen Stellung auf dem Meere und auf dem Weltmarkt durch bevorzugte Konzentrierung unserer überseeischen Handelsbeziehungen in Triest.

Das interessante Buch schließt mit einer eingehenden Schilderung der hiefür erforderlichen Maßnahmen und Vorkehrungen. Es ist die beredte Darlegung der Unentbehrlichkeit Triests, dieser Lunge der österreichischen Volkswirtschaft, für unsere Existenz, für unsere Entwicklung und Wiedererstarkung nach den schweren Zeiten des Krieges.

Pester Lloyd

Z. VII. 1917

(Kriegsprodukten-A.-G.) Zur Orientierung der interessirten Produzenten teilen wir im nachstehenden, nach Städten gruppiert, die Liste jener Kommissionsfirmen mit, die auf Grund der Ministerialverordnung 1577/1917 M. E. von der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft ermächtigt wurden, sich mit der Gewährung von Produktenvorschüssen (grünem Kredit) zu beschäftigen: A) Kommissionäre: Arad: Sigmund u. Martin Kornis, Géza Nemeß; Aßód: Gebrüder Lengyel; Balassagyarmat: David Domán, Ludwig Haas, Rudolf Pollacsek, Alexander Pollacsek, Jonas Scheiber; Bares: S. Dorner u. Sohn; Békéscsaba: Josef Böhm u. Komp., Aron Lévy u. Sohn; Beregßáß: Zentralsparkasse des Komitats Bereg; Bonyhád: Gebrüder Hirschmann; Budapest: Emerich u. Eugen Ábrahám, Hadl Adler u. Komp., Baumfeld u. Weidinger, Jakob Beer, Ignaz Braun jun., Deutsch u. Löbl, Wilhelm Deutsch, Edmund Domán, Samuel Fleischl, Genossenschaft ungarischer Landwirte, J. Galizenstein u. Auer; Goldmann u. Engel, Groß u. Roboz, Markus Gutfreund, Guttmann u. Wahl, Alexander Guttmann, Viktor Hammerschlag, Hauptstädtische Bank und Wechselstuben-A.-G., E. Herz, Berthold Herzmann, Hungaria Bank-Aktiengesellschaft, Berthold Jónás u. Komp., Kálnoky u. Simon, Julius Kelemen, Krishaber u. Schlesinger, Ferdinand Kunossy, Landes-Zentral-Kreditgenossenschaft, Armin Langsfelder, Adolf Löwy, Wilhelm Löwy und B. Weiß, Heinrich Missák, Daniel Pick, Ignaz Steiner, Strasser, Glück u. Komp., Strasser u. König, D. Schreiber u. Söhne, M. Schwartz, Emil Singer, Eugen J. Taus, Ungarische Allgemeine Kreditbank, Ungarische Bank und Handels-Aktiengesellschaft, Ungarische Eskompte- und Wechslerbank, Gebrüder Wellisch, Armin Werkner, Willheim u. Schoßberger, Josef Winkler, Zinsenheim u. Thoman; Debrecen: Simon Geiger, Genossenschaft der Landwirte der Theißgegend, Adolf Holländer u. Sohn, Izsó Landau; Detta: Gebrüder Brunner; Dombovár: Moriz Weiß; Dunaföldvár: Leopold Stauber u. Sohn; Dunapentele: Erdös u. Bolgár; Dunaßerdahely: Michael Engel, Max Lederer, Jakob Porjeß u. Sohn; Eger: Agrár Sparkasse A.-G., Bernhard Webermann; Ermihályfalva: Vereinigte Ermihályfalvaer Sparkasse und Ermelléker Kreditbank; Érsekujvár: Hermann Fuchs u. Sohn, A. Klein Söhne; Forróencs: Gebrüder Schönfeld; Füzesabony: Salomon Ungár; Füzesgyarmat: Ferdinand Beck; Galánta: A. L. Müller, Julius Weiß u. Komp.; Györ: Michael Fleischmann, D. Schreiber u. Söhne Nachfolger; Heves: Sparkasse der Stadt Heves und Umgebung; Högyéß: Weiß u. Engelmann; Ipolyság: Eugen Berceller, Mór Schmidl; Jászapáti: Emil Löwy; Jászárokßállás: Albert Brünauer, Josef Nemoda; Kaposvár: B. Keméný u. Söhne, Mór Lorschy, Julius und Sándor Török, Transdanubische Agrarbank; Kassa: Feldmann u. Glück, Josef Richtmann, Wirtschafter u. Komp.; Kisbér: David Márkus u. Sohn; Kiskunfélegyháza: Volkswirtschaftliche Sparkasse; Kisvárda: Windt u. Fisch; Komárom: Komáromer Regionalsparkasse; Kunhegyes: Bernhard Spitzer; Lepséný: Rudolf Steinberger; Léva: Sigmund Silbinger, Mór Sugár, Sigmund Weinberger; Losonc: Anton Paunz; Makó: Alexander Pollák; Marosludas: Moriz Áron; Marosvásárhely: Genossenschaft Székler Landwirte; Martonvásár: Béla Budai u. Sohn; Miskolc: Markus Feuerstein, Martin Krauß, Soma Márkus, Adolf Weiß; Mohács: Sigmund Pauncz, Béla und Desider Vida; Munkács: Benjamin Jakober; Nádudvar: R. Lippe; Nagybecskerek: Jakob Deutsch u. Cie.; Nagykanizsa: J. Danneberg u. Weiß, Josef Heltay, Heinrich Grünhut, Gebrüder Stolcer; Nagykároly: Nagykárolyer Selbsthilfs-Volksbank, Franz Weinberger; Naglak: „Nadlacana" Spar- und Kreditinstitut A.-G.; Nagymihály: Lazar Widder; Nagytapolcsány: Jakob Eckstein; Nagyszurány: Ignaz Fiala; Nagyßalonta: Josef Lévoy u. Sohn; Nagyvárad: Vereinigte Bank und Sparkasse A.-G.; Nyiregyháza: Arnold Baruch, Moritz Bónis, Alexander Kende, Nyiregyházaer Produkten- und Warenlager A.-G., Szabolcser Kreditbank; Óbecse: Óbecseer Erste Sparkasse und Kreditbank; Pápa: Márk. Spitz; Palánka: Abelsberg und Orova; Pécs: Abr. Kraus u. Sohn, J. Schapringer, Paul Wallfisch; Pozsony: Robert Klug, Géza Popper; Rakamaz: Ludwig Klein u. Cie, Samuel Klein; Sárbogárd: Reich Scherfet, Günz; Sárospatak: Sárospataker Kreditbank A.-G.; Sárvár: Heinrich Sulzbeck; Sátoraljaujhely: Adolf Blumenfeld u. Cie., Moritz Reichard u. Sohn; Siklós: Izsó Kolin; Siófok: Ignatz Deutsch, Emerich Freud; Szabadka: Moritz Kohn; Szécsény: Philipp Haas; Székesfehérvár: Verwertungs- und Konsumgenossenschaft der Kleinlandwirte des Komitats Fehér und Székesfehérvár, Anton Kovács, Heinrich Pollak, Weiß u. Tull; Szentes: Josef Károlyi; Szered: Ignatz Klug u. Söhne, Gebrüder Paskuß; Szigetvár: A. Fuchs Sohn, Samuel Kollins Sohn; Szilasbalhás: Alexander Deutsch jr.; Szombathely: Ignatz Feleki, Heinrich Löbl, Landwirtschaftliche Spar- und Kreditbank A.-G., Gebrüder Weiner; Temesvár: Wilhelm Kleins Erben, Gaspar Samek; Tißaujlak: Sigmund Zsürger u. Söhne; Topolya: Peter Varró junior; Turócßentmárton: Moritz Löwy, Eduard Spitzer u. Söhne; Ujvidék: Handler u. Krishaber; Ungvár: Klinger u. Diamant; Vác: A. Adolf Dach, F. Alexander Löwinger; Várpalota: Josef Tehel; Vásárosnamény: Bernhard Friedländer u. Sohn; Veßprém: Volkswirtschaftliche Bank und Sparkasse; Zalaegerßeg: Jakob u. Ignaz Löwenstein; Zombor: Leo Lederer. B) Geldinstitute: Balmazujváros: Balmazujvároser Sparkasse-A.-G.; Balassagyarmat: Balassagyarmater Spar- und Kreditinstitut-A.-G.; Budapest: Ungarische Landes-Zentralsparkasse, Pester Ungarische Kommerzialbank; Csurgó: Csurgóer Sparkasse-A.-G.; Debrecen: Alfölder Sparkasse in Debrecen, Debrecener Erste Sparkasse; Galánta: Galántaer Sparkasse-A.-G.; Ipolyság: Ipolyságer Sparkasse; Kecskemét: Kecskeméter Eskompte- und Wechslerbank-A.-G.; Kisvárda: Landwirtschaftliches- und kommerzielles Kreditinstitut-Aktiengesellschaft, Kisvárdaer Sparkasse; Korpona: Korponaer Volksbank-Aktiengesellschaft.; Körmend: Zentralsparkasse-Aktiengesellschaft; Letenye: Letenyer Sparkasse-A.-G.; Lugos: Lugoser Volksbank; Marosvásárhely: Marosvásárhelyer Bank u. Sparkasse A.-G.; Miskolc: Borsod-Miskolcer Kreditbank; Nagyatád: Nagyatáder Bezirkssparkasse A.-G.; Nagybecskerek: Sparkasse und Kreditbank des Torontáler Komitats, Nagybecskereker Sparkasse; Nagykanizsa: Volkssparkasse A.-G.; Nagyßombat: Nagyßombater Handels- und Gewerbebank; Nyiregyháza: Volksbank A.-G., Szabolcser Agrar-Sparkasse A.-G.; Nyirmada: Nyirmadaer Sparkasse A.-G.; Pozsony: Pozsonyer Bank A.-G.; Rimaßombat: Volks- und Industriebank A.-G. des Gömörer Komitats, Rimaßombater Sparkasse A.-G; Rozsnyó: Rozsnyóer Sparkasse und Pfandleih A.-G.; Siófok: Balatoner Regionalsparkasse; Szatmár: Sparkasse des Szatmárer Komitats A.-G.; Szentes: Szenteser Regionalsparkasse; Szigetvár: Volkssparkasse A.-G., Szigetvárer Sparkasse; Szilágysomlyó: Szilágyságer Landwirtschafts-Bank A.-G.; Szolnok: Sparkasse des äußeren Szolnoker Komitats; Temesvár: Südungarische Landwirtschaftliche Bank A.-G., Südungarische Eskomptebank A.-G., Südungarische Handels- und Wirtschaftsbank A.-G., Temesvár-Fabriksstädter Sparkasse und Kreditinstitut A.-G.; Torda: Sparkasse des Aranyos-Tordaer Komitats A.-G.; Ujvidék: Ujvidéker Volksbank A.-G.; Zalaegerßeg: Zalaegerßeger Sparkasse A.-G.

Neues Wiener Tagblatt
17./VI. 1917

Auskünfte über sequestriertes Eigentum in Frankreich.

Vor einiger Zeit wurde mit der französischen Regierung auf diplomatischem Korrespondenzweg ein Uebereinkommen geschlossen, womit die genannte Regierung — nachdem unserseits die volle Gegenseitigkeit zugesichert worden war — sich verpflichtet, alle Gesuche um Erteilung von Auskünften über in Frankreich sequestriertes Eigentum österreichischer und ungarischer Staatsangehöriger, welche ihr durch Vermittlung der mit dem Schutz unsrer Interessen in Frankreich betrauten neutralen Mission zukommen werden, regelmäßig zu beantworten.

Oesterreichische und ungarische Staatsangehörige, welche von der durch diese Vereinbarung geschaffenen Möglichkeit, Nachrichten über ihr in Frankreich sequestriertes Vermögen zu erlangen, Gebrauch machen wollen, hätten zu diesem Behufe an das k. u. k. Ministerium des Aeußern eine Eingabe zu richten, in welcher das in Betracht kommende Eigentum unter Anführung aller die Erhebungen erleichternden Angaben über Lage, Art, Wert, eventuelle Uebergabe an dritte Personen zwecks Aufbewahrung ꝛc. genau beschrieben wird.

Österr. Volkszeitung 73
17. VII. 1917

Die finanzielle Zukunft Oesterreichs.

Der Staat muß leben und die volle Wiederherstellung seiner gestörten Lebensfunktionen bildet naturgemäß die wichtigste Aufgabe, welche die Regierung, unterstützt von einer einsichtigen Volksvertretung, zu erfüllen berufen ist. Gleichwie die Retablierung der durch die zerstörenden Wirkungen des Krieges so schwer getroffenen Gebiete, muß auch die Retablierung der Staatsfinanzen mit eisernem Griff in die Wege geleitet werden. Der finanzielle Wiederaufbau Oesterreichs, die Einrenkung des nahezu aus den Fugen geratenen Budgets steht zuvorderst auf der Tagesordnung. Dr. v. Spitzmüller hat in seiner Budgetrede die Verhältnisse geschildert, ohne sie zu überschätzen oder zu unterschätzen, und in großem Umfang die Wege gewiesen, welche allmählig zur Wiedererstarkung des staatsfinanziellen Organismus zu führen vermögen. Die gesunde Entwicklung der Volkswirtschaft ist bedingt von der Festigung des staatsfinanziellen Gebäudes, und andererseits vermag auch die Steuerkraft, an welche durch eine Reihe von Jahren so große Anforderungen werden gestellt werden müssen, sich nicht in einer entsprechenden Weise zu entfalten, wenn der Staat nicht volle Rücksicht nimmt auf die Produktion und den Handel. Niemals vielleicht waren die Interessen der Staatswirtschaft und der Volkswirtschaft so stark miteinander verkittet, als gegenwärtig. Dr. v. Spitzmüller hat in seiner außerordentlich sachlichen Darlegung auch durchblicken lassen, daß es ein verhängnisvoller Fehler wäre, wenn durch eine allzu radikale Vermögenssteuer die Henne geschlachtet werden würde, welche goldene Eier legt. Er will eine Vermögensabgabe vorschlagen, deren Konstruktion eine solche sein wird, daß die Produktivität des Kapitals und der Wirtschaft nicht ernstlich gehemmt würde, wie überhaupt die Aufbringung der neuen Steuerlasten fern von Klassen- und Interessenpolitik im sozialen Sinn werde erfolgen müssen. Man hat diesen Ausführungen volles Verständnis entgegengebracht.

Eine Frage von größter Bedeutung bildet auch die Neuordnung des so stark gestörten Geldwertes, ein Problem, dessen Lösung um so wichtiger erscheint, als wir ja genötigt sein werden, nach Beendigung des Krieges vom Ausland sehr erhebliche Mengen Rohstoffe zu beziehen, deren Gegenwert wir durch die Ausfuhr allein kaum werden abzustatten vermögen. Es ist darum sehr erfreulich — und auch Doktor v. Spitzmüller wies darauf mit besonderer Befriedigung hin — daß wir bis auf die ververschiedenen in Deutschland eingegangenen Markanleihen den gesamten Bedarf für den Krieg im Inland zu decken vermochten. Ganz besonders erfreulich aber ist, daß, entgegen allen pessimistischen Schätzungen, die nicht allein im Ausland, sondern auch im Inland verbreitet waren, nach der Mitteilung des Finanzministers die Kriegsschuld des Staates an die Oesterreichisch-ungarische Bank nur den vierten Teil der 34 Milliarden Kronen betragenden Kriegsschuld ausmacht, somit ungefähr acht Milliarden Kronen. Die eheste Rückzahlung dieser Bankschuld wird schon im Interesse der dadurch indirekt bewirkten Hebung des Geldwertes eine wichtige Aufgabe der Finanzverwaltung bilden müssen.

Diese zu beschleunigen, liegt zu einem großen Teil in der Hand der besitzenden Klassen, indem sie nicht allein im Interesse des Staates, sondern, wie immer wieder gesagt werden muß, auch im eigenen Interesse möglichst hohe Beträge Kriegsanleihe zeichnen. Der Notendruck nach dem Krieg muß unter allen Umständen ausgeschlossen bleiben — dieses Dictum des Finanzministers möge sich jeder vor Augen halten. Auch ist wohl zu erwarten, daß die Schar der Unbesonnenen, welche in so maßloser Weise auf dem Schottenring den Tanz um das goldene Kalb ausführen, und über die sich Dr. v. Spitzmüller so abfällig äußerte, ihr Geld, statt es in zweifelhaften Spekulationspapieren anzulegen, dem Staat für die Kriegsanleihe zur Verfügung stellen. Nur mehr fünf Tage noch können Anleihezeichnungen gemacht werden, und man darf namentlich nach dem eindrucksreichen Plaidoyer des Finanzministers, der über die finanzielle Zukunft Oesterreichs sich in ebenso bedächtiger als beruhigender Weise geäußert hat, wohl die bestimmte Erwartung aussprechen, daß noch eine große Zahl von Besitzenden zu den Zeichenschaltern eilen wird.

Sparen und arbeiten — Sparsamkeit des Staates allerdings mit Bedachtnahme auf die Interessen der Produktion — diese Devise wird auch die Richtlinie der Zukunft bilden müssen.

Neue Freie Presse
17./VI. 1917

[Die Versorgung mit elektrischer Energie.] Heute hat die angekündigte Beratung über die Frage der Elektrizitätsversorgung im Wasserwirtschaftsverbande stattgefunden. Das Referat wurde von Direktor Ludwig Kallir der A. E. G. Union Elektrizitätsgesellschaft erstattet, der sich in eingehender Weise mit den Problemen der Elektrizitätspolitik beschäftigte und ausführte, daß die Privat- und Gemeindeelektrizitätswirtschaft zugunsten der staatlichen Elektrizitätswirtschaft zurückgedrängt werden solle. Es bleibe die Wahl zwischen der gemeinwirtschaftlichen Unternehmerform und dem staatlichen Elektrizitätsmonopol. Der Redner sprach sich für die Schaffung einer zentralen Elektrizitätsarbeitsstelle aus, welche die Regierung bei der Durchführung der Elektrizitätsprobleme beraten soll. In der Diskussion trat Dr. Heinrich Schreiber diesem Standpunkt teilweise entgegen und sagte, die staatliche Elektrizitätswirtschaft wäre nur dann berechtigt, wenn die privatwirtschaftliche Tätigkeit versagt hätte. Das sei aber nicht der Fall. Schon die Tarifpolitik der Gemeinde beweise, daß der Stromvreis nicht nach den Bedürfnissen des Elektrizitätsbetriebes bestimmt, sondern von den übrigen Erfordernissen des Gemeindehaushaltes abhängig sei. Die Preise würden hinaufgesetzt, nicht, weil die Erzeugung mehr koste, sondern um andere Ausfälle des Gemeindebudgets zu decken. Es sei anzunehmen, daß auch der Staat in ähnlicher Weise vorgehen würde. Herrenhausmitglied Karl Hochenegg schloß sich in vielen Punkten dem Referenten Direktor Kallir an, sprach sich aber für die baldigste Schaffung des Elektrizitätsgesetzes aus.

Reichspost-
23./VI. 1917
76

Kleinasien, die Ukraine und der Donauweg.

Eine Friedensbetrachtung und ein Schlußwort zum Wasserstraßentag von Otto v. Gerstner.

Kann man in diesen Zeitläuften einen Aufsatz anregender einleiten, als wenn man ihn mit der Ernährungsfrage beginnen läßt? Gewiß hat es schon Zeiten gegeben, wo man übler daran war als jetzt, es hat aber auch schon bessere gegeben. Auch solche, wo man lebte, um zu essen. Sonst hätten gerade wir uns nicht so leicht die Kennzeichnung verdient: Immer ist Sonntag, immer drehet am Herd sich der Spieß.*)

Dem sei nun wie ihm wolle, die Ernährungsfrage wird nicht mehr von der Tagesordnung abgesetzt werden, sie wird im Frieden wie auch im Kriege eine Wissenschaft bilden, der man mit heißem Bemühen nachgeht. Eines aber ist uns im Laufe dieses Krieges einwandfrei klar geworden: Die Bodenfläche eines Staates oder auch einer Gruppe verbündeter Staaten reicht selten aus, alle Bedarfsartikel zu beschaffen, deren eine Bevölkerung bedarf. Und werden sie unter außergewöhnlichen Verhältnissen doch aufgebracht, so geschieht dies um den Preis unverhältnismäßig großer Geldopfer.

Und wenn wir von der Bodenfläche sprechen, über welche kriegführende Staaten gebieten, also von ihrer Basis, dann gibt es in der ganzen Geschichte wenige Beispiele, welche an den Heldenmut, die Ausdauer und Todesverachtung bei den Kämpfern der Mittelmächte sowie an die zu jedem Opfer bereite Hingebung ihrer Bevölkerung heranreichen.

Lassen wir die Zahlen sprechen. Bei Beginn des Krieges waren die verbündeten Staaten Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf ihr Gebiet, also auf wenig mehr denn eine Million Geviertkilometer beschränkt. Hiebei waren diesen Staaten alle Meere so gut wie versperrt. Deutschland und Oesterreich-Ungarn verfügten also nur über die Erzeugnisse von einer Million Geviertkilometer der gemäßigten Zone. Die Bodenfläche, welche der Entente zur weitestgehenden Deckung ihres Bedarfes, nach jeder Richtung hin, zur Verfügung stand, ist wohl am einfachsten dadurch gekennzeichnet, wenn wir die runden Ziffern des Festlandes aller fünf Weltteile hier anführen: Europa 9,700.000, Asien 44,500.000, Afrika 30,000.000, Amerika 38,400.000 und Australien 9,600.000 Geviertkilometer!

Durch das Hinzutreten Bulgariens und der Türkei zum Bunde Mitteleuropas vergrößerte sich der Ernährungs- und Aufmarschraum der Mittelmächte auf gut 3,000.000 Geviertkilometer, welchem die Entente in der Lage war, nach und nach fast die ganze bewohnte Fläche aller fünf Weltteile entgegenzustellen. Die Betrachtung der angeführten Zahlen gestattet es auszusprechen, daß der Bezugsraum, welchen die Entente während des Krieges beherrschte und noch beherrscht, das Vierzigfache jenes Gebietes mißt, über welches die Mittelmächte verfügen, wobei noch sehr zu erwägen ist, daß derselbe die Erzeugnisse aller Zonen umfaßt.

Es liegt auf der Hand, daß die Erkenntnis dieser Verhältnisse für die schlau berechnenden Engländer bestimmend war, sie auf den Gedanken der Einkreisung brachte und ihren Siegeswahn auslöste. Daß aber anderseits die Mittelmächte einen Kampf unter so widrigen Umständen und vorderhand ohne Bundesgenossen aufnahmen, ist ein Zeichen von Unerschrockenheit und Beherrschung der Nerven, das nicht genug bewundert werden kann. Und als die Feinde trotz ihrer Niederlagen ihre Vernichtungspläne nicht aufgeben wollten, wurde mit derselben Kaltblütigkeit und stahlharten Entschlossenheit zum „verschärften U-Boot-Krieg" gegriffen und so das Blatt gewendet.

Aber der Krieg wird nicht ewig dauern, er wird, wie alles Menschenwerk, zu Ende gehen und der Friede wieder ins Land kommen. Dann wandern auch die Tauchboote in die Heimatshäfen und Docks, ihre Rolle, die Niederwerfung des Feindes vollendet zu haben, ist ausgespielt.

Und so wird der kommende Friede das entsetzliche Blutvergießen unterbrechen, aber es wird nicht jener Friede werden, welchen uns Maler und Dichter bieten. Es wird kein Engel mit dem Palmzweig heranschweben und uns unter Lächeln zurufen: „Seid umschlungen, Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt!" Hart wie der Krieg, wird auch der Friede sein und hart die Aufgabe, die er uns auferlegen wird. Die Entente droht uns wirtschaftlich das Leben so sauer als möglich zu machen. Wir haben alle Ursache, die Lage nach einem Friedensschluß nüchtern zu überprüfen und demgemäß alle Vorbereitungen und Maßnahmen schon jetzt zu treffen.

In einem wird auch der Friede keine Aenderung herbeiführen: Herren werden wir nur in jenem Raume sein, welchen wir durch unsere Waffen beherrschen, in dem vierzigfach größeren, welcher der Entente gehorcht, wird unser Handel, unsere Industrie auf verschlossene Herzen und Geldtruhen treffen.

Sehen wir uns den Raum an, auf welchem wir uns wirtschaftlich mit Aussicht auf Erfolg werden betätigen können, wenn uns vorausschauende Klugheit geleitet hat, den Boden schon jetzt vorzubereiten. Er ist scharf umrahmt durch die erbitterten Grenzkämpfe, welche wir führen, um ihn sicher in der Hand zu behalten, und kann, die Länder des Vierbundes umfassend, füglich das Ernährungs-, Wirtschafts- oder Aufmarschgebiet der Mittelmächte genannt werden. Darüber hinaus beginnt für unseren Handel und unsere Industrie ... Feindesland. Erwägen wir die Aufgaben und Aussichten, welche auf dem in Rede stehenden Gebiete unser harren.

An der Kaukasus-, Irak- und Sinaifront wird der Besitz von Kleinasien, Syrien und Mesopotamien verteidigt, also von rund einer Million Geviertkilometer mit annähernd 13 Millionen Einwohnern, an Flächenraum Deutschland und Oesterreich-Ungarn gleich. Aber nur mit einem Zehntel — von deren Bevölkerung. Die strategische Bedeutung von Kleinasien, Mesopotamien und Syrien für die Mittelmächte ist hinreichend gekennzeichnet durch die oben erwähnten Kämpfe an der Kaukasus-, Irak- und Sinaifront, also durch die Kämpfe gegen die Russen und gegen englische Stützpunkte erster Ordnung: den Persischen Golf und den Kanal von Suez. Davon wollen wir aber nicht sprechen, wir wenden uns ja Friedensbetrachtungen zu. Es ist, wie eingangs erwähnt, anzunehmen, daß noch nach dem Kriege der Weltverkehr für die Mittelmächte mannigfach erschwert und auf ein enges Gebiet beschränkt bleiben wird, während unsere großen Industriegebiete mächtig nach dem Absatz ihrer Erzeugnisse im Austausch gegen Agrarprodukte drängen werden. Je kleiner aber der überseeische Handel und Verkehr, desto umworbener werden der kleinasiatische Markt, wird Syrien, Mesopotamien, dann der Balkan und das östliche Absatzgebiet, die Ukraine sein. Sie sollen also kurz besprochen werden.

Kleinasien war im Altertum eine Wiege blühender Staaten, Mesopotamien eine Kornkammer, Syrien ein gesegnetes Land. Wäre auch nur ein Schimmer dieser Glanzperiode vorhanden, so müßten diese Gebiet bei ihrer Ausdehnung eine Stätte lebhaften Austauschhandels zwischen Industrie und Bodenprodukten sein. Gegenwärtig ist das Land schwach bevölkert und sind

*) Es sei mir gestattet, an dieser Stelle eine Jugenderinnerung anzuführen: In unserer Familie erhielt sich ein vormärzliches Kochbuch, welches unter anderen folgendes Rezept enthielt: Salmi von Rebhühnern für 10 bis 12 Personen (als Mittelschüssel bei einem Diner oder als Frühstück) ... Hienach trennt man von 24 (vierundzwanzig) Rebhühnern die Brust vom Knochen und ... Das alte Kochbuch ist wohl ein sprechender Beweis für behagliche Lebensführung einer Großväterzeit, aber auch für den Wildreichtum unserer Gegenden, welcher diese Lebensführung zuließ und erst im Jahre 1848 durch die freie Jagd eine starke Einbuße erlitt.

Die Zeit
25./VI. 1917

77

Kriegswirtschaftlicher Ausschuß.

* Wien, 25. Juni.

Der kriegswirtschaftliche Ausschuß hielt heute unter Vorsitz des Obmannes Seitz und in Anwesenheit der Regierungsvertreter Generalkommissär für Kriegs- und Uebergangswirtschaft Sektionschef Riedl, Ministerialrat Dr. v. Wimmer und Ministerialsekretär v. Klastersky eine Sitzung.

Der Obmann gibt zunächst einen Ueberblick über das Arbeitsgebiet des Ausschusses und die ihm zugewiesenen Vorlagen. Er verweist auf die hohe Bedeutung der Verhandlungen des Ausschusses, weshalb es notwendig sein werde, auch während der Sommermonate durchgängig Sitzungen abzuhalten. Er regt an, das vorliegende Material nach folgenden Gesichtspunkten zu ordnen: 1. Referat über die Wirtschaftsverordnung (kais. Verordnung vom 10. Oktober 1914) und die auf ihr basierenden Ministerialverordnungen und sonstigen kriegswirtschaftlichen Verfügungen. 2. Referat über die Kriegswirtschaft im engeren Sinne und ihre Organisation (Zentralen, Wirtschaftsverbände, Wirtschaftsausschuß, Generalkommissariat für Kriegs- und Uebergangswirtschaft). 3. Referat über die Fragen der Uebergangswirtschaft, das in folgende Abteilungen zu gliedern wäre: Organisation der Uebergangswirtschaft; Regelung des Auslandverkehrs (Ein-, Aus- und Durchfuhr), Rohstoffbeschaffung, Schiffahrt- und Verkehrsfragen, Valuta; sozialpolitische Fragen: Demobilisierung, Arbeitsvermittlung, Regelung von Lohn- und Arbeitsfragen, Arbeiterschutz; Wiederaufbau der Volkswirtschaft: Industrie- und Gewerbeförderung, Regelung der Verkehrsfragen (Eisenbahnen, Wasserstraßen), Ausnützung der Wasserkräfte, Förderung der Landwirtschaft (Düngmittel, Intensivierung).

An der Debatte über diesen Vorschlag beteiligten sich Sedlak, Dr. Freißler, Dr. Kolischer, Dr. von Langenhan, Graf Lasocki, Dr. Krek, Dr. Ellenbogen, Fink, Meixner, Kost. Lewicki. Die Vorschläge des Obmannes werden einstimmig angenommen; ferner wird ein Zusatzantrag des Grafen Lasocki angenommen, wonach unter Punkt III c noch die Frage der Fürsorge für die Auswanderer und insbesondere der Rückkehr der Saisonarbeiter aus fremden Staaten aufzunehmen wäre.

Dr. Krek (Kroatisch-slawonischer Klub) beantragt, für Punkt I (Wirtschaftsverordnung) sofort einen Referenten zu wählen und ihn zu beauftragen, bis Mittwoch sein Referat zu erstatten. Dieser Antrag wird angenommen und zum Berichterstatter Abg. Dr. Freißler gewählt.

Auf Antrag des Dr. Ellenbogen (deutscher Sozialdemokrat) wird ein Komitee mit dem Auftrag eingesetzt, bis Mittwoch Vorschläge über die Einteilung der Referate zu Punkt III zu erstatten. In das Komitee werden gewählt: Obmann Seitz, die Abgeordneten Dr. Ellenbogen, Friedmann, Dr. von Langenhan, Sedlak, Steslowicz und Dr. Leo Winter.

Auf Antrag des Abg. Fink (christlichsozial) wird der Obmann beauftragt, das dem Ausschuß zugewiesene Material auch in der Richtung zu prüfen, welche der zugewiesenen Regierungsvorlagen und Anträge nicht in die Kompetenz des Ausschusses gehören, und gleichzeitig an das Präsidium des Hauses mit der Bitte heranzutreten, dem Ausschuß jene Vorlagen zuzuweisen, die in dessen Wirkungskreis gehören, aber diesem noch nicht oder anderen Ausschüssen zugewiesen worden sind.

Auf Vorschlag des Obmannes wird die nächste Sitzung Mittwoch nach Schluß der Haussitzung abgehalten werden.

Hamburger Fremdenblatt

30./VI. 1917

30
82

Die auswärtige Lage
und
ihre Rückwirkung auf die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande.

In der ordentlichen Mitgliederversammlung des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, Bezirksgruppe Hamburg, sprach, wie schon kurz berichtet, Herr Reichstagsabgeordneter O. Keinath über „Die auswärtige Lage und ihre Rückwirkung auf die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande". Der Redner schilderte den Einfluß der beiden wichtigsten Ereignisse, die gegenwärtig unsere auswärtige Lage beherrschen, den Eintritt Amerikas in den Krieg und die russische Revolution in politischer und militärischer Beziehung, um dann ihre wirtschaftliche Bedeutung zu erörtern. Der Ubootkrieg ist in vollem Gange, und seine Wirkung ist schon deutlich fühlbar. Man braucht nicht zu den Optimisten zu gehören, die sich schon in einigen Monaten eine entscheidende Wirkung von ihm versprachen; aber seine Wirkung ist langsam und sicher, von Monat zu Monat stärker auf England und seine Verbündeten, besonders auch auf Italien. Auch auf rein wirtschaftlichem Gebiete ist sie von Bedeutung, nicht nur für den englischen Staat, sondern auch für die englische Privatwirtschaft. Bisher hat der englische Handel noch viel Geld verdient. Das beginne sich nun langsam zu ändern. Nun handelt es sich nicht nur um zwei bis drei Milliarden Verlust im Monat durch die Kriegskosten für den Staat, sondern es kommt noch ein Verlust für den privaten Handel, der sich auch für den Monat auf zwei Milliarden bemessen läßt, durch die Versenkungen durch die deutschen Uboote hinzu. Und dieser Verlust muß progressiv wachsen infolge des stetig wachsenden Preises für den Schiffsraum und die Waren.

Der Verlust schafft im Laufe der Zeit einen Ausgleich zwischen den künftig konkurrierenden, die See befahrenden Staaten, zwischen England und Deutschland. Bisher hatte die deutsche Volkswirtschaft den Schaden allein, während sich die englische Reederei und der englische Handel verstärkten. Das hat sich zu unseren Gunsten verschoben. Aber leider muß zugegeben werden, daß sich die internationale Bedeutung des deutschen Handels gegenüber Amerika und auch den neutralen Staaten nicht nur für die Zeit während des Krieges, sondern auch während der Zeit der Uebergangswirtschaft verschlechtert hat. Der Plan der Pariser Wirtschaftskonferenz, Deutschland nach dem Kriege vom Welthandel auszuschließen, war von vornherein nicht ernst zu nehmen, gewinnt aber durch den Eintritt Amerikas in den Krieg und die damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen an Bedeutung. Unsere handelspolitischen Beziehungen zu Amerika werden wohl nach dem Kriege nicht allzusehr gestört sein; aber wir müssen doch eine solche Störung als möglich in Rechnung setzen. Wir dürfen annehmen, daß es die knappen Rohstoffe in der Uebergangszeit seinen jetzigen Verbündeten eher zuführen wird als uns. Eine solche handelspolitische Verschlechterung ist auch nach Osten hin durch die russische Revolution eingetreten und wird infolge der Desorganisation der russischen Wirtschaft noch lange einen Mangel an Kreditfähigkeit zur Folge haben.

Demgegenüber sind aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten unserer Gegner in gleicher Art einzusetzen. Alle kriegführenden Staaten rennen immer tiefer in schwer lösbare Schwierigkeiten hinein. Die ganze Welt wird für einige Jahre eine relative Hungersnot zu erwarten haben, allerdings eine Hungersnot in mildem Sinne, die sich in einer starken Eindämmung des Nahrungsmittelverbrauchs äußern wird. Denn die Produktion an Nahrungsmitteln ist durch den Mangel an Arbeitskräften zurückgegangen und wird nicht so rasch wieder gesteigert werden können.

Aber so schwer und ernst die wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die Zukunft auch sind, so haben wir doch unseren Gegnern gegenüber einen Vorsprung, den sie uns nicht rauben können. Wir haben die nötigen Menschen, wir haben die unerschütterliche Produktionskraft unseres Volkes, unser werbendes Kapital ist nicht so erschöpft wie das unserer Gegner. Dank der Tüchtigkeit unseres Volkes werden wir uns nach dem Kriege wieder erheben in dem Ringen um die wirtschaftliche Gleichberechtigung in der Welt, um den Platz an der Sonne. (Lebhafter Beifall.)

Nach dem Vortrage wurde der Geschäfts- und Kassenbericht des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, Bezirksgruppe Hamburg, zur Besprechung gestellt. Herr Alfr. O'Swald machte im Anschlusse daran für den hamburgischen Handel sehr bedeutsame Mitteilungen über die Uebergangswirtschaft, die zu einer längeren Aussprache zwischen den Herren O'Swald, Klöpper, C. Bunzel, Cohn und Keinath und zu wichtigen Beschlüssen führten.

Österr. Volkszeitung
1./VII. 1917

Die Kriegsgewinne.

Die durch Ausbeutung der Kriegskonjunktur auf Kosten der Allgemeinheit mühelos errungenen Gewinne haben sich in schier unheimlicher Progression emporgetürmt. Die Bereicherung in Zeitläuften, in welchen das Ernährungsproblem ein so ernstes ist und in welchen durch die unerhörte Hinaufschraubung der Preise aller Verbrauchsartikel nicht allein die arbeitenden Klassen, sondern auch zum großen Teil der Mittelstand einen schweren Existenzkampf führen, hat mit Fug und Recht den Unmut der weitesten Kreise hervorgerufen. In Oesterreich war der Nährboden für die Kriegslieferanten weitaus ergiebiger als in irgendeinem Feindesland, weil die großen Heereserfordernisse, eingeschlossen die Konsumartikel, fast ausschließlich im eigenen Lande erzeugt werden. Bisher hat der Staat die Kriegsgewinner — wobei ja wohl zu unterscheiden ist zwischen illegitimen und durchaus legitimen — durch die bisher in Geltung gestandene Kriegsgewinnsteuer nur sanft gestreichelt. Nun aber geht es aus einer schärferen Tonart, und es ist nicht allein im Interesse der so hart in Anspruch genommenen Staatsfinanzen, sondern auch aus sozialpolitischen Gründen zu begrüßen, daß die Regierung die Hand stärker auf die Kriegsgewinne legt als bisher.

Dem Milliardenrausch, von welchem der neue Chef der Finanzverwaltung Freiherr von Wimmer unlängst gesprochen hat, wird durch die teilweise drakonischen neuen Kriegssteuerbestimmungen wohl bald die Ernüchterung folgen, um so mehr, als ja die verschärfte neue Kriegsgewinnsteuer nur ein Vorspiel für die allgemeine Vermögensabgabe bilden wird. Es hatte nach dem gegenwärtig in Geltung stehenden Kriegsgewinnsteuergesetz eine Großbank mit einem Anlagekapital von rund 300 Millionen Kronen bei einem Mehrertrag von 15 Millionen Kronen eine Kriegsgewinnsteuer im Betrage von rund 1½ Millionen Kronen zu bezahlen. Dieser Betrag erhöht sich nun um nahezu die Hälfte, nämlich auf 2·13 Millionen Kronen; bei einem Anlagekapital von nur 150 Millionen Kronen hätte aber diese Bank nicht weniger als 2¾ Millionen Kronen zu entrichten. Mit der Kriegsgewinnsteuer ist es jedoch noch nicht abgetan; es gesellen sich ihr noch die Erwerbsteuer, die Umlagen, die Kriegszuschläge und der Rentabilitätszuschlag zu, was nicht weniger als 30 Prozent des steuerbaren Gewinnes ausmacht. Eine bittere Pille für die Gesellschaften bildet die Ausscheidung der reservierten Kriegsgewinne aus dem Anlagekapital und die Aufstellung eines anderen Maßstabes für das steuerfreie Erwerbsminimum. Für die Einzelpersonen kommt die verschärfte Maßnahme in Betracht, daß das bisher mit K. 10.000 fixierte Mindestausmaß des zum Vergleich dienenden Friedenseinkommes auf K. 6000 und die Grenze steuerfreier Mehreinkommen von K. 3000 auf K. 2000 herabgesetzt wird.

Die bevorstehende große Korrektur der Gewinne oder, wie man in Berlin zu sagen pflegt, „das große Reinemachen" hätte, so sollte man meinen, eine luftreinigende Wirkung der mit der Elektrizität geladenen Börsenatmosphäre zur Folge haben sollen, doch mit dem beispiellosen Gleichmut, mit welchem sich die Spekulanten bisher über alle Warnungen und Drohungen hinweggesetzt haben, ignorieren sie auch die in ihrer wirklichen Bedeutung vielleicht noch nicht allgemein erfaßten Steuermaßnahmen der Regierung. In dem Begründungsbericht zur Regierungsvorlage wird allerdings ausgesprochen, daß bei dem Aufbau der Steuer die Notwendigkeit nicht aus dem Auge verloren wurde, der Wirtschaft im und nach dem Kriege ihre unentbehrliche Elastizität zu verleihen. Werden die Schnüre um den Hals der Produktion und des Kapitals zu enge gelegt, so könnte dies ja auch für den Fiskus schwere Folgen nach sich ziehen!

Reichspost Abendbl. 5./VII. 1917 86

Rumäniens Erschließung für die Kriegswirtschaft der Mittelmächte.

Von dem Berliner Vertreter der „Reichspost".

St. Berlin, 2. Juli.

Rumänien lieferte uns in Friedenszeiten erhebliche Mengen von Erdöl. Alle Werkanlagen, die zur Oelgewinnung gehören, sind bekanntlich im November 1916 durch rumänische Kommissionen, die nach englischen Plänen und Weisungen handelten, zerstört worden. Alle Gebäude, einschließlich der Bohrtürme, wurden niedergebrannt, die Maschinen sind zerschlagen worden. Was an Vorräten vorhanden war, wurde durch Feuer vernichtet. Sofort hat die Heeresleitung angesichts der Wichtigkeit der Rohölförderung es unternommen, die Anlagen so schnell als möglich wieder instand zu setzen. Heute erhalten wir bereits aus Rumänien so viel Oel, daß der ganze Bedarf der Unterseeboote aus der Zufuhr aus Rumänien gedeckt werden kann. Darüber hinaus stehen uns von jetzt an für die Industriewerke der Mittelmächte erhebliche Vorräte zur Verfügung. Zu Anfang des Februar gelangten täglich nur etwa 600 Kilogramm Rohöl ans Tageslicht. Jetzt ist es ganz anders.

Die Bestellung des Bodens ist in einem Maße durchgeführt worden, der fast den der Friedenszeit erreicht. Dadurch, daß die Verwaltung den Landwirten die Ernte bar bezahlt und Vorschüsse gewährt, hat der rumänische Bauer Vertrauen gewonnen. Der Winterweizen, der in großen Mengen angepflanzt worden ist, wird Mitte Juli abgeführt werden können in die Staaten der Mittelmächte. Auch die übrigen Getreidearten, Weizen und Mais, werden uns im kommenden Wirtschaftsjahr einen erheblichen Zuschuß zu unserer Ernährung liefern.

Der Riesentransport, der durch eine günstige Ernte unbedingt erfordert wird, verlangt ein ausgedehntes und leistungsfähiges Verkehrswesen. Die meisten Eisenbahnen arbeiten bereits wieder. Die Zerstörungen sind behoben worden. Vor allem mußte Wert darauf gelegt werden, die Tragkraft der Donau auszunutzen. Es ist jetzt durch die Errichtung einer Treidelbahn im Eisernen Tor gelungen, den Tagestransport auf 20.000 Tonnen hinaufzuschrauben.

Alle industriellen Betriebe litten fast ausnahmslos unter der planmäßigen Vernichtung. Man wandte sich sofort der Mühlen-, Holz- und Elektrizitätsindustrie zu und brachte sie wieder in Gang. Auch die Salz- und Kohlenbergwerke arbeiten wieder. Neue Anlagen sind geschaffen worden, um Oel und Fett aus Mais- und Getreidekeimen zu gewinnen.

Die Zahl der Arbeitskräfte war naturgemäß sehr gering, da die Einziehungen zur rumänischen Armee und die Flucht derselben viel Arbeitsfähige wegnahm. Trotzdem ist es gelungen, doch die Zivilbevölkerung zur Arbeit heranzuziehen, um die Hilfsquellen, die die Mittelmächte nun einmal nötig haben, vollkommen auszunutzen.

Ein Wirtschaftsrat, der sich wieder über das ganze Land ausdehnt, dem Fachleute vorstehen, bearbeitet das ganze Land. Besonders wichtig ist die Tätigkeit der Personen, die vom Frieden her mit den Wirtschaftsverhältnissen Rumäniens vertraut und der Landessprache mächtig sind. Neben diesem Verwaltungswirtschaftsrat ist ein rumänischer Wirtschaftsverband gegründet worden, der in Bukarest seinen Sitz hat. Ihm gehören Vertreter der rumänischen Ministerien, der landwirtschaftlichen Syndikate, der Volksbanken und der Bauerngenossenschaften an. In den letzten Wochen betrieb dieser Wirtschaftsverband die wichtige Aufgabe, die vorhandenen Vorräte abzuschätzen, um den Ueberschuß in das Gebiet der Mittelmächte abführen zu können.

Fremdenblatt
6. VII. 1914
87

Kriegswirtschaftlicher Ausschuß.

Der Kriegswirtschaftliche Ausschuß hielt gestern unter Vorsitz des Abg. Seitz und in Anwesenheit des Generalkommissärs für Kriegs- und Uebergangswirtschaft Riedl, des Ministerialrates Dr. Freiherr v. Löwenthal, des Ministerialsekretärs Wowkonowicz, der Ministerialräte Dr. von Wimmer und Dr. Klastersky sowie des Sektionschefs Dr. Bratusch eine Sitzung, in welcher der Gesetzentwurf betreffend die Ermächtigung der Regierung zu wirtschaftlichen Maßnahmen, die infolge des Kriegszustandes notwendig erscheinen, beraten wurde. Nach einer längeren Debatte wurde das Gesetz in folgender Fassung angenommen:

Entwurf eines Gesetzes, mit welchem die Regierung ermächtigt wird, aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen.

§ 1. Die Regierung wird ermächtigt, während der Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung und Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens, zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigungen und zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsgegenständen zu treffen. Zur Mitwirkung bei der Durchführung der auf Grund dieses Gesetzes ergriffenen Maßnahmen können auch Gemeinden herangezogen werden.

§ 2. In den zu erlassenden Verordnungen können für Uebertretungen Geldstrafen bis zu 20.000 Kronen, Arreststrafen bis zu 6 Monaten, der Verfall von Gegenständen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, und der Verlust von Gewerbeberechtigungen festgesetzt werden, und zwar auch derart, daß diese Strafen nebeneinander verfügt werden können. Die Bestrafung steht den politischen Behörden zu.

§ 3. Die Regierung ist verpflichtet, die auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914 erlassenen Verordnungen dem Reichsrat vorzulegen und über sein Verlangen außer Wirksamkeit zu setzen. Das Gleiche gilt für die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen, welche dem Reichsrate, falls er versammelt ist, spätestens am Ende jedes Kalender-Vierteljahres, sonst bei seinem Zusammentritt vorzulegen sind.

§ 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Kraft.

Arbeiterzeitung

11./VII. 1917

Die Unentbehrlichkeit von Arbeiterkammern in der Uebergangswirtschaft.

Das Abgeordnetenhaus hat heute das Ermächtigungsgesetz für die Kriegs- und Friedenswirtschaft beschlossen. Außerordentliche Machtvollkommenheiten braucht die Staatsverwaltung, um die gewaltigen Aufgaben zu erfüllen, die die Erhaltung und Fortführung unserer Volkswirtschaft bei Ablauf des Krieges und beim Uebergang zum Frieden stellt. Die gesamte Produktion des Heimatlandes ist aus den Fugen: die Landwirtschaft arbeitet auf erschöpftem Boden, mit brüchigem Gerät, ohne Düngkraft, mit entartetem Samen und mit verringerter Arbeitskraft; die Industrie hat ihre Friedensmaschinerie abgetragen und durch Rüstungsmaschinen ersetzt, auch diese werden nach Kriegsschluß verbraucht sein; der Handel alten Stils sieht alle seine Verkehrswege nach innen und nach außen verlegt; alle Zweige der Erzeugung und des Verkehrs haben allmählich ihre Roh- und Hilfsstoffe und ihre sonstigen Hilfsmittel aufgezehrt; der Konsum aber ist völlig aus der Bahn geworfen und auf ein Existenzminimum zusammengeschrumpft, das zwar ein Minimum, aber kaum noch eine Existenz zu nennen ist. Dieser Zustand ist nur noch durch außerordentliche Anstrengungen zu überwinden und zu diesen soll das Ermächtigungsgesetz das Generalkommissariat für Kriegs- und Uebergangswirtschaft befähigen.

Indessen treten all diese Fragen an schicksalsvoller Bedeutung noch zurück hinter dem Problem der Arbeitskraft in der Kriegs- und insbesondere der Uebergangswirtschaft. Vor allem ist die heimische Arbeitskraft, der Hauptfaktor jeder wirtschaftlichen Entwicklung, in einem Maße vernichtet oder herabgemindert, daß die Wiederaufnahme der Volkswirtschaft in dem gleichen Umfang und Grade wie vor dem Kriege an sich undenkbar erscheint. Wenn Millionen Arme und Gehirne überhaupt fehlen, Millionen Arme durch Entbehrungen aller Art entkräftet und außerdem Millionen Menschen aus Schaffenden zu Versorgungsbedürftigen geworden sind, dann bedarf es zum mindesten einer weit zweckmäßigeren Teilung und Verwendung der Arbeitskräfte, somit einer besseren Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, um den Ausfall beim Arbeitsergebnis einzuholen. Hiezu kommt jedoch, daß besonders viel qualifizierte Arbeitskraft zugrunde gegangen ist. Hochgeschulte Industriearbeiter — nur die ständige Uebung erhält die Schulung — sind nun durch Jahre ihrer Kunstfertigkeit entwöhnt. Seidenspinner haben beispielsweise den Spaten geführt und Feinmechaniker Riesengeschütze bedient; die Entwöhnung von der Berufstätigkeit ist beinahe allgemein geworden, selbst im Hinterland, wo beinahe jeder einer anderen Beschäftigung als der gelernten obliegt. Die überlieferte Arbeitsverfassung mit ihrer Gliederung nach Berufen, mit ihrer Besonderung von Maschinen- und Handarbeit, mit ihrer Scheidung in Gelernte und Ungelernte, mit ihrer Abgrenzung zwischen Mannes- und Frauenwerk ist so gut wie untergegangen. Die Arbeiterklasse steht nach Kriegsschluß vor beispiellosen Problemen, sie sind zugleich Probleme der ganzen bürgerlichen Gesellschaft.

Das aber ist das Entscheidende. Diese Probleme können von oben herab, durch bloße Regierungsdekrete, überhaupt nicht bewältigt werden, die Gesetzgebung kann höchstens oberste Richtlinien geben.

Der Abend
17. VII. 1917

92

Die Anarchie der Volkswirtschaft.

In einem ernsten wirtschaftlichen Fachblatte endet ein Aufsatz über Bulgariens Volkswirtschaft mit den bezeichnenden Worten: „Bedürfte es noch eines Beweises, für die Bedeutung des bulgarischen Marktes für die österreichische Industrie, so sei die eine Tatsache genannt, die für hunderte spricht: Die Anstrengungen, die die deutsche Industrie unternimmt, um sich in Bulgarien ein Absatzmonopol zu schaffen."

Wahrlich, bedürfe es noch eines Beweises, wie durchaus anarchisch die kapitalistische Wirtschaft ist, die nicht für den Bedarf, sondern für den Gewinn erzeugt, so wäre es diese Tatsache. Schulter an Schulter kämpfen deutsche und österreichische Krieger, darunter sicherlich, auch industrielle Unternehmer, Beamte und insbesondere Arbeiter: aber während sie bluten und leiden, macht die deutsche Industrie alle Anstrengungen, um sich in Bulgarien ein Absatzmonopol zu schaffen, das heißt, aus dieser gleichfalls waffenverbrüderten Gebiete die Industrie des Bundesbruders zu verdrängen. Nebenbei gesagt, weiß man, daß das nicht nur in Bulgarien geschieht. Die Industrie, wie das Finanzkapitol sie entwickelt hat, kann eben nicht anders. Krassester Egoismus ist die Luft, die sie zum Atmen braucht und die Vernichtung des Wettbewerbes ist Daseinsbedingung, möge dieser Wettbewerber, den man umzubringen trachtet, auch sonst der durch Blut erworbene Freund und Waffengefährte sein.

Frankfurter Zeitung

18/XII. 1917

18
93

Stadtverordneten-Versammlung.

Stadtv. Dr. Quarck (Soz.) übte bei der Vorlage über Abschluß der Jahresrechnung 1916 Kritik an der Brennstoffversorgung und rügte namentlich die Art der Verteilung der Holzvorräte. Es fehle an zerkleinertem Holz. Im Wohnungswesen würden Bedürfnisse des Augenblicks übersehen. Warum soll künftig die Kinderspeisung aufhören? Ferner empfahl der Redner die Abschaffung der Mittelstandsküchen, die unberechtigterweise Extrazuweisungen erhielten. — Stadtv. Korff (Vp.) meinte, man möge bei den Betrieben mit Hochkonjunktur die Steuerschraube fester anziehen und ersucht um Auskunft über den Kriegsfonds.

Oberbürgermeister Voigt teilte mit, daß der Kriegsfonds etwa 80 Millionen betrage. Die Endsumme sei nicht zu übersehen; die Frage der Rückerstattung durch das Reich noch nicht geregelt. Auf eine Anfrage von Dr. Quarck bemerkte er, daß Griesheim und Ried grundsätzlich ihre Geneigtheit zur Eingemeindung erklärt hätten, von Schwanheim sei das auch zu erwarten. Die Eingemeindungsfrage sei eine Bahnfrage. Was die Brennstoffrage betreffe, so sei genügend Holz vorhanden, doch fehle es an Zerkleinerungsmaschinen. Für Arbeiterinnenheime soll gesorgt, die Kinderspeisung aufrecht erhalten werden.

Stadtv. Funck (Vp.) betonte die Wichtigkeit der Frage der Holzzerkleinerung, bei dem Mangel an Kohlen. Die Kinderspeisung müßte im weitesten Umfange vorgenommen werden. Die Eingemeindungsfrage sei unter den heutigen Verhältnissen sehr schwierig. Die Vorlage wurde dem Finanzausschuß überwiesen.

Eine Eingabe wegen Teuerungszulage für das städtische Bureauhilfspersonal wurde dem Magistrat zur wohlwollenden Erledigung überwiesen. Der Sozialpolitische Ausschuß empfiehlt eine Gebührenerhöhung für das Bureauhilfspersonal; die Ausschußanträge wurden angenommen.

Stadtv. Dr. Heilbrunn (Vp.) beantragte die Einsetzung eines aus Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten und Bürgern bestehenden Ausschusses zur Prüfung der Frage der Entwicklung und

Förderung der wirtschaftlichen und allgemeinen Verhältnisse der Stadt

nach dem Kriege. Er wies darauf hin, daß sich in Berlin alle Kriegsindustrien zentralisiert haben, daß auch in süddeutschen Residenzstädten große kriegswirtschaftliche Betriebe errichtet worden seien. Der von ihm empfohlene Ausschuß sei geeignet, zunächst einmal ein Programm aufzustellen. Empfehlenswert sei die Errichtung eines Industrieamtes. Neben der Pflege von Handel und Industrie müsse eine gute Frankfurter Kultur neu gefördert werden.

Oberbürgermeister Voigt sagte die Förderung dieser Pläne zu und teilte Näheres über die Entwicklung des Osthafens mit, die alle Erwartungen übertraf. Mit Banken sei bereits wegen weitgehender Unterstützung der Industrie verhandelt worden. Es solle ein eigenes Dezernat für Industrie und Handel eingerichtet werden, dem ein Beirat angegliedert wird. Man denke an keine gemischte Deputation, wie sie Stadtv. Heilbrunn empfahl, sondern an einen freien Ausschuß. Die Ausführung dieser Pläne erfordert erhebliche Mittel.

Stadtv. Hené (Vp.) bemerkt, es sei wichtig, daß die Lederfachschule nach Frankfurt komme. Stadtv. Ladenburg (nl.) stimmt den Ausführungen des Stadtv. Heilbrunn zu und wies eine Bemerkung des Oberbürgermeisters zurück, daß die Frankfurter Banken der Industrie gegenüber versagt hätten. Oberbürgermeister Voigt erwiderte, daß noch eine größere Finanzierung der Frankfurter Industrie durch die Banken stattfinden könne. Der Antrag Heilbrunn wurde angenommen.

Ein Antrag Dr. Quarck verlangte eine Uebersicht über die nach Friedensschluß in Angriff zu nehmenden städtischen Arbeiten. Oberbürgermeister Voigt teilte mit, daß der Magistrat bereits die gewünschten Pläne aufgestellt habe; es seien Notstands-, Kanalisierungsarbeiten, ferner Arbeiten der Straßenbahn in Aussicht genommen. Näheres über Arbeiterzahl könne noch nicht angegeben werden; es fehle außer dem Material das Geld. Der Antrag wurde angenommen.

Um 8½ Uhr wurde noch eine dringliche Anfrage von allen Fraktionen gestellt, die Auskunft verlangt über die Maßnahm, die zur

Steuerung der Kohlennot

getroffen werden. Stadtv. Dr. Heilbrunn (Vp.) wies darauf hin, daß bei großer Kälte die Zustände unhaltbar werden. Das Publikum müsse eine bessere Behandlung durch die Kohlenhändler erfahren. Stadtrat Dr. Hiller teilte mit, daß von Monat zu Monat weniger Kohlen geliefert worden seien, im Dezember seien es nur 5000 Tonnen gewesen. Das sei ein ungeheures Manko. Die Holzvorräte mußten angegriffen werden. Die Preisbemessung von 5,50 Mark und 7 Mark habe Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen. Die Stadt lege noch 50 Pfennige pro Zentner zu. Angehörige der Kriegsfürsorge und Schützlinge der Armen erhalten Ermäßigung, jede weitere Mark Ermäßigung bedeute eine Million städtischen Zuschuß. Was könne geschehen? Man müsse an die Reichsstellen herantreten, könne gewisse Einschränkungen vornehmen und die zehn Prozent Reserve ausgeben.

Alsdann wurde die Sitzung, die letzte im Jahre 1917, mit einem Dank des Stadtv. Heilbrunn an das Bureau geschlossen.

Reichspost

19./VII. 1917

Der Kriegsbeschädigte in der Kriegswirtschaft.

Der „Oesterr. Arbeitsnachweis für Kriegsinvalide" schreibt:

Wenn zu den zahlreichen Einrichtungen, welche für Kriegsbeschädigte vorsorgen, die großzügige Organisation der Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide hinzugetreten ist, so liegt der Grund dafür nicht allein in der Erkenntnis, daß die in früheren Zeiten gebräuchlichen Fürsorgemittel der Rente und der Zivilversorgung eine würdige Versorgung aller verwundet oder krank aus dem Felde heimkehrenden Krieger nicht gewährleisten. Auch die Erwägung spielt dabei eine Rolle, daß die durch den Krieg herbeigeführten allgemeinen Verhältnisse der Volkswirtschaft die Indienststellung aller Menschenkräfte, auch der nur beschränkt erwerbsfähigen verlangen. Schon durch ihre große Zahl sind aber die Kriegsbeschädigten ein wesentlicher Bestandteil der Arbeitskräfte, die uns zur Bewältigung der während des Krieges zu leistenden Aufgaben zur Verfügung stehen. Wohl ist es nicht immer leicht, sie auch wirklich verfügbar zu machen, aber bei der Vielseitigkeit der Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in einer so viel verzweigten Volkswirtschaft, wie es die heutige ist, ist es in den meisten Fällen keine schlechtweg unlösbare Aufgabe, für jeden die für ihn passende Beschäftigung zu finden. Den schlagendsten Beweis dafür liefert die Ausstellung im Oesterreichischen Museum am Stubenring und immer mehr ringt sich für diese Wiedertüchtigung der Kriegsbeschädigten der Grundsatz durch, daß für die Arbeit, die ein Kriegsbeschädigter noch leisten kann, überall Raum geschaffen werden muß.

Die Mittel, welche der Staat und die ihm unterstehenden öffentlichen Hilfsvereine dafür zur Verfügung stellen, sind sehr vielfältiger Art. Oft bietet schon die enge Fühlung, welche zwischen der Heeresverwaltung sowie den staatlichen Aemtern und den kriegswirtschaftlichen Betrieben besteht, die Möglichkeit, auf eine ausreichende Berücksichtigung der Kriegsbeschädigten bei der Einstellung von Arbeitskräften hinzuwirken. Im übrigen aber wirkt eine systematische Arbeiterfürsorge nach dieser Richtung.

Die Art und Weise, in welcher diese die Zurückführung der Kriegsbeschädigten in einen bürgerlichen Beruf vollzieht, hat dabei im Laufe des Krieges auf Grund der praktischen Erfahrungen verschiedene Wandlungen und Verbesserungen erfahren. Vor allem hat sich die Erkenntnis herausgestellt, daß Berufsberatung und Berufsschulung gar nicht genug frühzeitig einsetzen können, um Mißgriffe zu verhüten. Denn es ist gar kein leichtes Ding, zu beurteilen, wo und wie weit der Kriegsbeschädigte noch zur Ausübung seines alten Berufes imstande ist oder dazu in die Lage gesetzt werden kann, oder ob er auf einen anderen Beruf übergehen soll und auf welchen. Der Kriegsbeschädigte selbst kann es in den seltensten Fällen entscheiden, nicht nur weil er selbst gleichsam Partei und befangen ist, sondern auch weil dazu vielseitige fachliche Kenntnisse gehören, die ihm fehlen, vor allem eine richtige Abschätzung des Umfanges und der Tragweite der erlittenen Schäden, aber auch ein großer Ueberblick über die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Volkswirtschaft. Diese Uebersicht besitzen auch die in der privaten Fürsorge wirkenden Persönlichkeiten nur in den seltensten Fällen. Daher ist es zur Einsetzung von besonderen Berufsberatungskommissionen gekommen, in welchen ausgezeichnete Fachmänner für alle in Betracht kommenden Fragen zusammenwirken. Sobald die Arbeitskraft der Kriegsbeschädigten wieder hergestellt ist, geben diese Fachmänner ihr Urteil ab und es findet dann auf Grund ihres Gutachtens oder Rates zumeist in Verbindung mit den Spitälern, in besonderen Werkstätten und Verwundetenschulen aller Art, eine Ausbildung zu einem Berufe statt. Aber auch die Industrie läßt sich die Ausbildung von Kriegsbeschädigten in ihren Betrieben selbst in dankenswerter Weise angelegen sein und das hat gegenüber der Schulung in Invalidenwerkstätten noch den Vorzug, daß der Kriegsbeschädigte gleichsam unmittelbar in die für ihn passende Arbeitsstelle hineinwächst.

Im übrigen ist den Kriegsbeschädigten, soweit eine Anlernung erforderlich ist, schon während der Spitalsbehandlung die Möglichkeit geboten, durch Ausübung gewerblicher oder landwirtschaftlicher Beschäftigung als genesende Soldaten ihre Arbeitskräfte zu verwerten. Im allgemeinen gilt bei dieser Aktion im Interesse der Kriegsbeschädigten sowohl wie bei der Volkswirtschaft der Grundsatz, den Kriegsbeschädigten womöglich seinem früheren Berufe zu erhalten und ihn in einer Dauerstellung darin unterzubringen. Oft kommt es vor, daß Kriegsbeschädigte sich dagegen sträuben, weil sie aus irgendwelchen unrichtigen Informationen, die sie von unberufenen Personen haben, oder aus falschen Vorstellungen über die Erwerbsmöglichkeiten in anderen Berufen sich ein unrichtiges Bild des von ihnen gewünschten Zieles machen und es ist eine der schwierigsten Aufgaben der Berufsberater, aber zugleich eine der dankbarsten, das Sprichwort: „Schuster, bleib bei deinem Leisten" in ihrem Wirkungskreis zur Geltung zu bringen. Oft allerdings zwingen die allgemeinen Verhältnisse der Kriegswirtschaft dazu, das Darniederliegen mancher Gewerbe, wie der Textil- und der Luxusindustrie und der gesamten Privattätigkeit. Jedenfalls aber verbietet sich eine Anlernung der aus der Landwirtschaft stammenden Leute mit Rücksicht auf sie selbst, weil ihnen unter den so außerordentlich schwierigen Lebensverhältnissen der Stadt kein Dienst damit erwiesen würde und mit Rücksicht auf die Volkswirtschaft der so hochwichtigen Landwirtschaft keine Arbeitskräfte entzogen, sondern im Gegenteile zugeführt werden sollen.

So vollzieht sich auf Grund planmäßigen Zusammenwirkens der staatlichen und privaten Fürsorge die Rückkehr der Kriegsbeschädigten in das bürgerliche Erwerbsleben alles in allem genommen verhältnismäßig gut und glatt, und es darf erhofft werden, daß auf dem eingeschlagenen Weg auch die viel größere und schwierige Aufgabe der Invalidenversorgung nach Friedensschluß mächtig gefördert werden wird und unsere braven Invaliden der Zukunft mit Ruhe entgegensehen können.

Neues Wiener Tagblatt
20./VII. 1917

(Das eherne Rentengesetz) ist der Titel einer volkswirtschaftlichen Studie von Dr. Ernst Ruzicka (Wien 1917, Manzscher Verlag), worin der Verfasser der schon vorher eine Schrift „Kriegsschaden und Wiederherstellung" veröffentlichte, seine Ansichten über die nach Beendigung der Kriegswirtschaft einzuschlagenden Wege niederlegt. Das Maß der zukünftigen Mehrbelastung findet der Verfasser in seinem ehernen Rentengesetz, welches besagt, daß die Rentenkapazität eines Volkseinkommens von der Rentengröße nicht überschritten werden kann. Die Rentenbelastung müsse also in einem bestimmten Verhältnis zum Volkseinkommen gehalten werden, sonst stelle sich das Gleichgewicht automatisch im Wege von wirtschaftlichen Katastrophen her. Da die Gegensätze zwischen den Besitzern des beweglichen und unbeweglichen Vermögens, Industriellen, Festbesoldeten und Rentnern, Ungeheure sind und die Parlamente nur „Vertretungen einzelner Majoritätsparteien" sind, wie der Verfasser meint, so müßte der ganze Block dieser Fragen durch ein Schiedsgericht von Männern — etwa aus dem Deutschen Reiche —, die das nötige Ansehen und die erforderliche wissenschaftliche und praktische Befähigung besitzen, gelöst werden. Der Staat müsse auch die Existenzeinheit, das ist den täglichen Gesamtpreis der zum Lebensunterhalt des einzelnen notwendigen Bedarfsartikel in sozialem Sinne regeln und Maßregeln gegen eine Herabsetzung derselben ergreifen. Vorsorge für die demobilisierten Soldaten, gemäßigte Steuer- und Zinsfußpolitik, Einführung des Minimalstundenlohnes, Fixierung von Höchstpreisen, Requisition von Vieh nach dem Los, Einführung von weiteren Monopolen wären die Mittel der inneren Wirtschaftspolitik. Zur äußeren Finanzpolitik (Valutapolitik) zählt der Verfasser diejenigen Maßregeln, durch welche die Rückführung der fiktiven Existenzeinheit auf die effektive bewirkt wird. Soweit wir den Verfasser richtig verstanden haben, ist er ein Gegner all jener Gewaltmaßregeln, die er unter den Namen Ristrittion (Vermögensabgabe ꝛc.) zusammenfaßt. Er spricht vielmehr einer Stabilisierung (Aenderung der Relation) im Verein mit einem zwischenstaatlichen Finanzvertrag das Wort. In diesem Vertrag müßten sich die Staaten zu einer befristeten Einstellung der freien Prägung und der Barzahlungen gegenseitig verpflichten und während dieser Zeit eine fixe Preis- und Relationspolitik verfolgen. Wir wollen nicht untersuchen, ob solche Vorschläge bei dem heutigen Stand des Nationalismus Aussicht auf Erfolg hätten, und bedauern nur, daß der Verfasser durch allzu skizzenhafte Fassung seiner immer interessanten Darlegungen dem Leser das Verständnis seines Buches vielfach erschwert.

Neue Freie Presse Abendbl 20./III. 1917 96

Bayern und die Uebergangswirtschaft.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

München, 18. Juli.

Samstag waren Vertreter sämtlicher acht bayerischen Handelskammern zu einem außerordentlichen Handelskammertage versammelt. Ihren Beratungen wohnten Vertreter der bayerischen Staatsministerien und des Kriegsministeriums bei. Den Vorsitz führte der Handelskammerpräsident Geheimrat Pschorr (München). Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung, der den Ausbau der bayerischen Wasserkräfte und die Wünsche auf seine möglichste Förderung betraf, beraten war, erstattete Kommerzienrat Fränkel (München) ein eingehendes Referat über die Uebergangswirtschaft. Nach lebhafter Diskussion wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

1. Der bayerische Handelskammertag richtet an das Staatsministerium des königlichen Hauses und des Aeußern das dringende Ersuchen, bei dem Reichskommissär für die Uebergangswirtschaft dahin vorstellig zu werden, daß bei Zusammensetzung des Beirats Bayern in einer seiner Bedeutung für das Wirtschaftsleben entsprechenden Zahl von Mitgliedern vertreten werde und daß in diesen Beirat insbesondere auch Vertreter der wichtigsten bayerischen Ausfuhrindustrien sowie des am Verkehr mit dem Orient und den Balkanländern im Frieden besonders beteiligten bayerischen Ein- und Ausfuhrhandels berufen werden mögen, ferner sei die Ergänzung der bayerischen Gesandtschaft in Berlin durch Delegierung einer mit dem bayerischen Wirtschaftsleben besonders vertrauten wissenschaftlich und handelspolitisch geschulten Persönlichkeit in Erwägung zu ziehen;

2. der bayerische Handelskammertag ersucht den Reichskanzler, den Reichskomissär für die Uebergangswirtschaft sowie die bayerische Staatsregierung, bei den vorbereitenden Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft dahin zu wirken, daß 1. diese Uebergangszeit auf möglichst kurze Zeit beschränkt werde, 2. im Rahmen der durch die Fragen der Valuta und des Schiffsraums obwaltenden Schwierigkeiten der alsbaldige Wiederaufbau unseres Welthandels in Angriff genommen und bei den einschlägigen Maßnahmen die für Bayern besonders wichtigen Verkehrswege der Adria und der Donaustraße entsprechend berücksichtigt werden, 3. alle Kriegsorganisationen so rasch wie möglich abgebaut, die Bewegungsfreiheit von Handel und Industrie ehest wieder hergestellt und mit den staatssozialistischen Maßnahmen aller Art gründlich aufgeräumt werde, 4. die Einführung staatlicher Monopole nur insoweit erwogen werde, als dringende Staatsnotwendigkeiten behufs Gesundung unserer Finanzen dieselben unbedingt erheischen.

An der Diskussion beteiligte sich auch der Abgeordnete Osel (München), der sich besonders für die vorgeschlagene Schaffung eines Wirtschaftsattachés bei der bayerischen Gesandtschaft in Berlin aussprach und auch bei der bayerischen Gesandtschaft in Wien und bei unseren anderen Verbündeten in Sofia und Konstantinopel bayerische Wirtschaftsvertreter verlangte.

Nachmittags besprach der Handelskammertag zunächst die Kohlenversorgung der bayerischen Industrie. Er verlangte langfristige Abmachungen mit Oesterreich-Ungarn auf Lieferung böhmischer Kohlen, ferner Aufhebung des Verbots der Kohlenausfuhr aus Oesterreich nach Deutschland und Aufhebung des Verbots der Kohlenausfuhr aus Preußisch Schlesien nach Oesterreich. Sodann wurde die Frage des Getreidemonopols besprochen und die Einführung eines solchen Monopols abgelehnt.

Hierauf berichtete der Vertreter der Regensburger Handelskammer über die bayerisch-österreichische Arbeitsgemeinschaft. Er trat für die Ausgestaltung der Donauwasserstraße unter Bezugnahme auf die in letzter Zeit in Linz abgehaltenen Konferenzen und den Ausbau der Donaustrecke Passau-Linz zur Großschiffahrtsstraße ein. Der Sekretär der Münchner Handelskammer Justizrat Kahn erklärte hiezu, daß auch die badischen und württembergischen Handelskammern den Anschluß an diese bayerisch-österreichische Arbeitsgemeinschaft wünschen. Nach Erledigung dieser Punkte folgte abends noch eine geheime Sitzung des Handelskammertages.

Frankfurter Zeitung

21. VIII. 1917

Die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

N Berlin, 20. Juli. (Priv.-Tel.) Gegenüber den verschiedenen Meldungen, daß sich demnächst die führenden deutschen Staatsmänner nach Wien begeben würden, um die Verhandlungen über ein Wirtschaftsbündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu beginnen, haben wir darauf hingewiesen, daß diese Meldungen nicht zutreffend seien, und haben gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß über die die beiden verbündeten Staaten gleichmäßig interessierenden wirtschaftlichen Fragen kommissarische Verhandlungen in Wien und in Berlin schon wiederholt gepflogen worden sind. Diese kommissarischen Verhandlungen sollen jetzt in Wien fortgesetzt werden.

Von deutscher Seite werden sich zu diesem Zwecke, wie die von dem Reichstagsabgeordneten Friedrich Naumann herausgegebene Zeitschrift „Mitteleuropa" meldet, nach Wien begeben der Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Richter und vom gleichen Amt Geheimer Oberregierungsrat Dr. v. Schönebeck. Das Reichsschatzamt, sofern es an den Verhandlungen beteiligt ist, wird durch seinen Direktor Geheimrat Menschel vertreten sein. Das preußische Finanzministerium delegiert den Abteilungsdirigenten für die Verwaltung der Zölle und der indirekten Steuern Dr. Wolffram, das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe den vortragenden Rat ie der Handelsabteilung Neuhaus, das preußische Landwirtschaftsministerium dürfte den Geheimen Regierungsrat Dr. Abicht entsenden. Das Auswärtige Amt ist außer durch den Botschafter durch den Direktor der handelstechnischen Abteilung Dr. Johannes und den vortragenden Rat v. Stockhammern vertreten. An der Spitze dieser deutschen Delegation steht der deutsche Botschafter Graf v. Wedel. Außerdem nehmen an den Verhandlungen teil: Bayern durch seinen Bundesratsbevollmächtigten Staatsrat von Kohl und Sachsen durch seinen Bundesratsbevollmächtigten Geheimrat Sichart. Von österreichischer Seite werden an den am 23. Juli beginnenden Verhandlungen teilnehmen: der Leiter des Handelsministeriums Wirklicher Geheimer Rat Viktor Matija, der Staatssekretär im gleichen Ministerium Wirklicher Geheimer Rat Richard Riedl und Ministerialrat Dr. Schüller, von ungarischer Seite der Handelsminister Graf Serenyi und sein Staatssekretär Frhr. v. Lers. Die Führung der österreichischen Herren übernimmt der ehemalige Botschafter der habsburgischen Monarchie in Rom Freiherr von Merry.

Tägliche Rundschau

25./VIII. 1917

Ein aufklärendes Wort zur Goldsammlung.

Im Hinblick auf die Tätigkeit der Goldankaufsstellen ist mehrfach bemängelt worden, daß die Reichsbank einerseits die mit einem Opfer verbundene Hergabe von Goldsachen von der Bevölkerung verlange, und anderseits nach wie vor Gold zur Herstellung schwerer echter Goldwaren für den Inlandsbedarf abgebe, die alsdann von den im Kriege zu Wohlstand gelangten Kreisen gern gekauft würden. Diese Beanstandung geht fehl. Die Reichsbank hat für solche Zwecke schon seit Jahr und Tag Rohgold nicht mehr zur Verfügung gestellt. Allerdings hat sie, um diejenigen Goldwarenfabriken, welche zunächst außerstande waren, zur Herstellung von Kriegsmaterial überzugehen, vor dem Erliegen und die beteiligte Arbeiterschaft — allein in Pforzheim kamen 5000 Arbeiter in Betracht — vor dem Brotloswerden zu bewahren, in geringem Umfange noch Gold zur Anfertigung von ganz leichten Goldwaren abgegeben, die einen Kriegsgewinnler schwerlich zum Erwerbe anzureizen vermögen. Nachdem es indes nunmehr gelungen ist, den größten Teil der beteiligten Arbeiterschaft in andere Industrien überzuführen, sind die Gründe für die Lieferung der bislang gewährten geringen Goldmenge fortgefallen, und die Reichsbank hat deshalb nunmehr auch die Abgabe von Gold zur Herstellung leichter echter Inlandswaren einschließlich der Trauringe eingestellt. Gold wird demnach zur Herstellung echter Goldsachen für den Inlandsbedarf von der Reichsbank überhaupt nicht mehr abgegeben.

Wenn hierbei des öfteren auf die angeblich noch immer reich gefüllten Läger und Auslagen der Juweliere und Goldwarenhändler hingewiesen wird, so sei bemerkt, daß es sich dabei vielfach um eine Täuschung handelt, da der Laie echte Goldsachen von doublierten Stücken nicht zu unterscheiden vermag. Soweit in Einzelfällen tatsächlich noch schwere echte Goldsachen feilgeboten werden, sind sie aus solchem Golde hergestellt, welches die Goldwarenfabriken, um sich Ersatz für das von der Reichsbank ihnen verweigerte Gold zu beschaffen, in der Form von Altgold dadurch an sich zu ziehen vermocht hatten, daß sie für das Altgold immer höhere, den normalen Preis für Gold weit übersteigende Preise bezahlten. Nachdem auch diese Quelle durch die Verordnung des Bundesrates vom 8. Februar d. J., welche einen Höchstpreis für Altgold im Betrage von 2790 M. für 1 Kg. Feingold festsetzt, verstopft ist, kann von einer irgendwie ins Gewicht fallenden Neuherstellung echter Goldsachen für den Inlandsbedarf überhaupt nicht mehr die Rede sein.

Bei dieser Gelegenheit soll abermals nachdrücklichst betont werden, daß die an die Goldankaufsstellen abgegebenen Goldsachen — abgesehen von dem unten behandelten Falle — ausnahmslos eingeschmolzen und in Barrenform den Beständen der Reichsbank zugeführt werden. Das immer noch umlaufende Gerücht, daß von den Goldankaufsstellen angekaufte Goldsachen weiterverkauft worden seien, beruht wahrscheinlich — und wie in Einzelfällen auch tatsächlich festgestellt werden konnte — auf einer Verwechslung der Goldankaufsstellen mit den Sammelstellen des Vaterlandsdanks, der die ihm geschenkweise überlassenen ansehnlicheren Goldsachen nicht immer eingeschmolzen, sondern zur Verstärkung seiner Barmittel anderweitig zu veräußern gesucht hat. Lediglich in dem überaus seltenen Falle, daß einem bei den Goldankaufsstellen angebotenen Stück ein hoher geschichtlicher, kultureller oder Kunstwert beizumessen ist, und in dem die Vernichtung eines derartigen wertvollen Kulturdokuments außer jedem Verhältnis zu der dadurch herbeigeführten Verstärkung des Goldschatzes der Reichsbank stehen würde, wird das Stück dem Veräußerer zum Rückkauf wieder zur Verfügung gestellt oder mit seiner Zustimmung an ein öffentliches Museum abgegeben. Die Veräußerung an private Sammler ist vollkommen ausgeschlossen.

Neues Wiener Tagblatt
3./VIII. 1917
100

(Das Aktiennominale.) Die bereits kurz angekündigte Schrift über das „Aktiennominale" von Dr. Heinrich Schreiber und Dr. Emil v. Hofmannsthal (Wien bei Manz) setzt sich zur Aufgabe, vor allem das Wesen und die Bedeutung des Aktiennominales richtig zu erfassen; sie geht von der Erkenntnis aus, daß das Aktiennominale, wie dies kürzlich auch in der Begründung über die Aenderung des Nominales der Staatseisenbahnaktie hervorgehoben wurde, lediglich das quotative Maß des für das Aktienkapital gewählten Grundbetrages darstellt. Es ist mithin ein rein äußerliches Merkmal, der starre Teil einer Aktie, im Gegensatz zum Kurse, welcher ihren beweglichen Wert ausdrückt. Es werden sohin an Hand der theoretischen Grundsätze und praktischen Tatsachen die Funktionen des Nominales systematisch untersucht: bei der Gründung einer Aktiengesellschaft, während ihres Bestandes, bei ihrer Auflösung und im Börsengeschäfte. Der Kernpunkt der Schrift jedoch will die Frage prüfen, ob das Nominale ein unentbehrlicher Behelf ist, ohne welchen die Aktientechnik nicht auskommen kann. Die Verfasser gelangen dabei in interessanter Beweisführung zu dem Ergebnis, daß das Nominale für die innere Bewertung der Aktie keine Bedeutung hat, daß es irreführend wirkt und daß es den wirklichen Sachverhalt trübt, daher fallen gelassen werden soll. Eine besondere Wichtigkeit ist auch dem Umstande beizumessen, daß der Hinweis auf das Aktiennominale auch die Praxis bei der Besteuerung nachteilig beeinflußt, weil aus der Gegenüberstellung vom Nennwert der Aktien zum Bezugsrechte ein steuerbarer Ertrag herausgerechnet wird, während die Autoren zeigen, daß bei Einräumung des Bezugsrechtes die alte Aktie von ihrem Anteil soviel hergibt, als die junge Aktie braucht, um ihr gleichwertig zu werden. Es ist nicht zu verkennen, daß die Schrift neue und anregende Gesichtspunkte erschließt.

Neue Freie Presse
3./VIII. 1917
101

Einige Bemerkungen über Vergangenheit und Zukunft unserer Währung.

Vom **Geheimen Rat Dr. Ignaz Gruber Ritter v. Menninger.**
Vizegouverneur der Oesterreichisch-ungarischen Bank.

(Siehe Nr. 19018 der „Neuen Freien Presse" vom 2. August 1917.)

Wien, 2. August.

III.

Es wäre ungehörig, die seit dem Kriegsbeginne von der Regierung getroffenen, die Währung und die Bank betreffenden Verfügungen einer Besprechung zu unterziehen, bevor es die Regierung angemessen findet, über dieselben offiziell Aufschluß zu geben. Auch sind die Dinge noch zu sehr im Fluß, als daß es einen Zweck hätte, mit konkreten Vorschlägen hervorzutreten. Einige allgemeine, die Zukunft betreffende Bemerkungen dürften indes sich rechtfertigen lassen. Auch ohne Kenntnis von Details wird der unbefangene sachverständige Beurteiler mit gutem Grunde den Gedanken zurückweisen, unsere Währungs- und Geldverhältnisse befinden sich in einem Zustande der Zerrüttung. Der Zustand dürfte am treffendsten mit der Antinomie zu kennzeichnen sein: wir leiden an einer Beengung und an einem Ueberflusse. Welche Bedeutung dem Willen bei der Beherrschung schwieriger Situationen zukommt, hat uns eindringlich die militärische Leitung des gegenwärtigen Krieges gelehrt. Auch für die Persolvierung wirtschaftlicher und finanzieller Aufgaben gibt es eine Strategie und eine Taktik. Am bedauerlichsten wäre es, wenn unser Währungswesen nach dem Abschlusse des Krieges einer Versumpfung anheimfallen würde. Nicht ohne Absicht wurden Reminiszenzen einleitend vorausgeschickt. Sie zeigen, zu welcher Häufung von Schwierigkeiten es führen kann, wenn auf einem so wichtigen Gebiete der öffentlichen Verwaltung ungeordnete Zustände zur perennierenden Einrichtung werden, ein so notwendig zu bestellendes Feld unbestellt bleibt. Von dem Umfange und dem Maße, in welchem sich einem laissez-faire laissez-aller gegenüber die Spekulation der sicheren Beute bemächtigt, können Uneingeweihte eine ausreichende Vorstellung nicht gewinnen. Daran reiht sich eine nicht einwandfreie Publizistik. Eine Irrlichterei pflegt sich breitzumachen, die mit erstaunlichem Selbstbewußtsein auftritt, durch dieses imponieren will, was ihr auch nur zu leicht gelingt.

Es ist nicht angängig, Währungen wie Kleider zu wechseln. Mancher wird mit Erstaunen wahrgenommen haben, daß, ungeachtet dessen, daß wir nur mehr auf Kronenwährung lautende Zahlungsmittel besitzen, gar viele im besten Willen in Gulden und Kreuzern rechnen, sich dabei mit größter Leichtigkeit zurechtfinden, indem sie mit den jetzigen Zahlungsmitteln hantieren. So übermächtig sind angewöhnte Vorstellungen. Wichtiger als dieses formelle Moment ist das materielle. Wird die Solidität der Landeswährung mit Recht als nationale Ehrensache angesehen, so ist ihre Erhaltung aber auch eine ökonomische Pflicht, will man nicht den Kredit im Auslande verlieren und im Inlande Willkür und Schwindel an Stelle von Recht und Gerechtigkeit setzen. Es wirkt geradezu verblüffend, wenn man bei der heutigen Entwicklung und Ausdehnung der Geld- und Kreditwirtschaft von ernsten Männern den Gedanken propagieren hört, der Staatsregierung komme die Berechtigung zu, den Geldwert je nach ihrem Gutachten festzusetzen, zu ändern usw. Dieser hingeworfene Gedanke widerspricht der auf Jahrzehnte zurückreichenden Entwicklung der ökonomischen Wissenschaft, wie der modernen Auffassung über die Rechte der Staatsbürger. Ja, dieser oder jener Staat hat vielleicht die Macht zu einem Willkürakte dieser Art, das Recht kommt ihm niemals zu. Es gewinnt den Charakter der Sophistik, wenn sich auf unsere Valutaregulierung vom Jahre 1892 berufen wird. Damals wurde haarscharf nachgewiesen, daß bei der Abstellung der bestandenen Unordnung eben Willkür vermieden und ein gerechter Weg gesucht und gefunden wurde. In der Tat besaß denn auch jene Regulierung nicht den Charakter einer Devalvierung, sondern im Gegenteil den der Konsolidierung des im freien Verkehre jener Zeit gangbaren Wertes unseres Geldes. Es wäre nicht genug zu bedauern, wenn die während des langjährigen Krieges bestehenden Ausnahmezustände zu der Anschauung führen würden, die Bevölkerung sei eine nach Gutdünken zu zügelnde Masse. Das Vorherrschen einer derartigen Anschauung wäre, es ist nicht zuviel gesagt, das ökonomische Grab unseres Vaterlandes. Das Individuum ist es, das wir brauchen, der persönliche Unternehmungsgeist, der sich im Inlande sowie auch im Auslande zur Geltung zu bringen weiß. Wenn man unserer Volkswirtschaft der Vergangenheit einen Vorwurf machen kann, so ist es etwa der zu großer Bodenständigkeit. Zu seiner vollen wirtschaftlichen Betätigung bedarf der einzelne jener Sicherung seines Eigentums, in seiner Geschäftsführung wie in seinem Haushalte, die nur die materielle Wertbeständigkeit des Geldes zu bieten vermag. Was die Unsicherheit des Wertes des Geldes im internationalen Verkehr bedeutet, mag den Protokollen der Währungsenquetekommission des Jahres 1892 entnommen werden, welche sich gerade mit diesem Thema sehr eingehend befaßte.

Anläßlich der Valutaregulierung des Jahres 1892 war begreiflicherweise auch die Frage aufgetaucht, ob es ratsam wäre, sich einem der bestehenden großen Währungssysteme anzuschließen. Darüber standen zwei Erfahrungen zu Gebote. Die eine hatten wir selbst gemacht. Unsere nach dem französischen Münzsystem geprägten Handelsgoldmünzen nahmen samt und sonders den Weg nach Frankreich. Die zweite boten die sehr unliebsamen Begleiterscheinungen der lateinischen Münzunion für die beteiligten kleineren Staaten. Die Selbständigkeit des Währungswesens hat eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Ein praktischer Geschäftsmann dürfte einen persönlich tüchtigen Kompagnon einem stillen Gesellschafter vorziehen. Die seinerzeit als gewaltiges Werk angesehene Valutaregulierung nimmt sich den zur Gegenwart gewordenen gigantischen Verhältnissen gegenüber wie ein Mikrokosmos aus. Dennoch dürfte sich manches zur Nutzanwendung eignen. Namentlich dürfte das von dem Grundsatze gelten, daß nur ein schrittweises, mit den jedesmaligen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen im Einklang stehendes Vorgehen ratsam ist.

Die Kristallisation gemeinsamer Bestrebungen führte zur Einrichtung der Devisenzentrale. Ihre Entwicklung ist eine günstige, über die Kriegszeit hinaus liegt in ihr der Keim zur zweckmäßigen Ueberleitung in die Friedensgebarung. Nur mit Unrecht könnte man sagen, daß einfaches „Geschehenlassen" das Kennzeichen unserer währungspolitischen Situation sei.

Fremdenbl...

3./VIII. 1917

102

* **(Beibehaltung der Sommerzeit über den Kriegswinter!)** Man schreibt uns: Der empfindliche Kohlenmangel, der für den kommenden vierten Kriegswinter zu erwarten steht, zwingt, vielerlei einschneidende Maßregeln zu treffen, um ungefährdet über diesen Winter hinüber zu kommen. Diejenigen Maßregeln werden die wirksamsten sein, die ohne empfindliche Störung des Wirtschaftslebens den Effekt haben: Holz- und Leuchtstoff zu ersparen und dadurch unsere knappen Vorräte zu strecken. Eine Stunde täglich weniger Beleuchtung und Beheizung wäre, wenn man nur unsere Monarchie und einen Zeitraum von fast sechs Monaten berücksichtigt, eine enorme Ersparnis an solchen Stoffen und würde die Not daran recht fühlbar mildern. Ein Mittel zu solchem Zweck dürfte die Beibehaltung der gegenwärtigen Sommerzeit während des kommenden Winters sein. In der normalen astronomischen Zeit wird es im Winter in der Regel zwischen 7 und halb 8 Uhr früh hell und gegen 4 Uhr nachmittags finster. Läuft unsere Uhr so wie jetzt auch über Winter weiter, werden wir es um 8 Uhr oder längstens halb 9 Uhr früh hell und gegen 5 Uhr nachmittags finster haben. Es wird somit am Abend täglich in den Geschäften, Bureaus, Aemtern, Werkstätten, Wohnungen, Kaffee- und Gasthäusern sowie in den Straßen um eine Stunde später als sonst Licht gemacht werden können. Dann müßte allerdings am Morgen um eine Stunde länger beleuchtet werden, da nach der Sommeruhr 7 Uhr früh astronomisch erst 6 Uhr wäre. Die Beibehaltung der Sommerzeit über den Winter zum Zwecke der Ersparnis an Beheizung und Beleuchtung erfordert daher eine Verschiebung des Beginnes des ganzen Wirtschaftslebens am Morgen um eine ganze Stunde später. Die Fabrik beginnt um 8 statt um 7 Uhr früh, die Geschäfte, Bureaux, Aemter um 9 statt um 8 Uhr. Die Haustore müßten um eine Stunde später geöffnet werden als sonst im Winter, ebenso die Trafiken, die Bäcker-, Milch- und Fleischerläden, die Kaffeehäuser usw., da das ganze Leben eine Stunde später beginnt, kurz, die Menschen eine Stunde länger schlafen als in normalen Zeiten, was so nebenher auch zu ihrer Kräftigung beitragen würde. Bei uns in Wien und überall sonst würden die ersten Wagen der Straßenbahnen eine Stunde später erst als nach den normalen Winterfahrplänen ausfahren, dadurch gleich die tägliche Betriebsdauer um eine Stunde verkürzen, was wieder eine nicht zu verachtende Kohlenersparnis zur Folge hätte. Diese Stunde, um die das Leben täglich später beginnt, wäre für unsere Volkswirtschaft und besonders für unsere Kriegswirtschaft ein unersetzlicher Verlust, der keinesfalls in Kauf genommen werden kann, müßte daher eingebracht werden. Dies könnte geschehen, indem zunächst die Mittagspause in den Fabriken und Aemtern um eine halbe Stunde täglich verkürzt wird, jedoch so, daß sie mindestens eine Stunde beträgt (kürzere Mittagspausen als anderthalb Stunden gibt es jetzt kaum mehr). Für die Geschäfte, Bureaux und Aemter würden diese drei Stunden in der Woche, die durch die verkürzte Mittagspause hereingebracht werden, genügen. Dort ist ja die Tätigkeit eine solche, daß es nur einer entsprechenden Einteilung bedarf, um die gleiche Arbeitsleistung auch in etwas kürzerer Zeit zu erzielen. Anders steht die Sache in den Werkstätten und Fabriken, wo Produkte geschaffen werden, und eine solche Arbeitszeitverkürzung gerade jetzt uneinbringlich wäre. Drei von den sechs Stunden, die am Morgen entfallen, wären durch die verkürzte Mittagspause eingebracht und die weiteren drei wären an den Samstag Nachmittagen einzubringen. Jetzt schließen die Betriebe fast ausschließlich Samstag mittags um 1 Uhr, dann wäre nach einstündiger Mittagspause um 5 Uhr Schluß. Die Arbeiterschaft wäre dadurch nicht benachteiligt, denn die wöchentlichen Arbeitsstunden bleiben die gleichen wie jetzt beim Arbeitsschluß am Samstag um 1 Uhr, und dafür, daß sie Samstag nachmittags nicht so zeitig frei sein können, tauschten sie täglich eine Stunde länger ununterbrochener Ruhe und Schlaf ein. Auch würde die Arbeiterschaft diesen kleinen Nachteil im Bewußtsein bringen, daß es sich um eine vorübergehende Notmaßregel handelt, die auch ihren Mangel an Kohle mildern soll und zweifellos unschwer zu den übrigen Kriegsopfern, die sie schon auf sich genommen haben, legen. Hiebei ist nicht zu übersehen, daß der Zeitraum zwischen Aufstehen am Morgen und dem Zubettegehen ein um eine Stunde kürzere wäre, daß alle Geschäfte, Aemter, Bureaux und Werkstätten um eine Stunde weniger als sonst geöffnet wären und demzufolge um eine Stunde täglich weniger Beheizung nötig hätten. Eine enorme Ersparnis!

7. VIII. 1917

104

Galizien als Wirtschaftsfaktor.

Durch die glänzende Befreiung Galiziens wird die allgemeine Aufmerksamkeit wieder einmal auf ein Land gelenkt, das im Laufe der Kriegsjahre häufig im Brennpunkt des Interesses stand. In Galizien waren vor dem Kriege drei Viertel der Bevölkerung in landwirtschaftlichen Berufen tätig. Das war ganz natürlich, da weite Strecken aus gutem Ackerboden bestehen, der teilweise sogar noch der Erschließung harrt. Die Produktion der Landwirtschaft war so groß, daß nicht nur die verschiedenen Teile der Donaumonarchie mit Erzeugnissen versorgt werden konnten, sondern auch beträchtliche Mengen nach anderen Ländern, unter anderem nach Deutschland, zur Ausfuhr übrig waren. Bekannt ist, daß wir uns in Friedenszeiten namentlich einer bedeutenden Zufuhr von Eiern aus Galizien erfreuten. Der Anbau von Getreide, Kartoffeln, Hanf, Flachs und Tabak bildete neben der Viehzucht die wesentlichsten Zweige der Tätigkeit der galizischen Bauern. Die natürlichen Schätze des Bodens bildeten die Grundlage für ein gut entwickeltes Eisen-, Zink-, Kohlen- und Petroleumgewerbe. Ebenso war die Holzindustrie zu hoher Blüte gelangt.

In der galizischen Industrie steht an erster Stelle die Petroleumindustrie, an deren Gedeihen Deutschland ein lebhaftes Interesse hat, weil sich auch deutsches Kapital daran beteiligt hat, vor allem aber, weil ein Teil der Petroleumausfuhr uns zugute kam. Die wichtigsten Petroleumdistrikte sind die Gruben von Drohobycz, Dorysław und Tistanowics, auf die nicht weniger als 89 Prozent der gesamten Petroleumproduktion Galiziens entfallen. Im Jahre 1913, dem letzten unter normalen Verhältnissen stehenden Produktionsjahr, brachte Galizien 1 063 283 Tonnen Petroleum hervor. Davon wurde rund die Hälfte exportiert. Das galizische Erdölrevier deckte vor dem Kriege nicht nur den gesamten Verbrauch Oesterreich-Ungarns an Petroleum und sonstigen Rohölprodukten, sondern es versandte ganz beträchtliche Mengen außer nach Deutschland auch nach Italien, der Schweiz und Frankreich. Die wichtigsten galizischen Petroleumdistrikte sind schon seit mehr als zwei Jahren den Feinden wieder entrissen. Sie konnten bereits in großem Umfange in Betrieb genommen werden, da die Gruben im Kriege nicht ernstlich beschädigt worden sind. Mit Rücksicht darauf, daß an der Petroleumindustrie Galiziens hauptsächlich englisches, belgisches und französisches Kapital beteiligt ist, hatten die Russen von einer ausgiebigen Zerstörung der Anlagen abgesehen.

Sieht man aber von der Petroleumindustrie ab, so waren die Verwüstungen und Beschädigungen außerordentlich groß, so daß eine Hilfsaktion unvermeidlich wurde. Eine wichtige Maßnahme war namentlich die Errichtung einer galizischen Kriegskreditanstalt, die mit dem Sitz in Wien ihre Tätigkeit begann und in verschiedenen Städten Galiziens Zweigniederlassungen gründete. Sie hat die Aufgabe, bankmäßige Kredite gegen entsprechende Sicherheiten zu gewähren, und zwar einmal an galizische Kreditinstitute zum Zwecke der Erfüllung ihrer Verpflichtungen, und zum andern an Landwirte, Handel und Gewerbetreibende, sowie Kaufleute und Industrielle in Galizien, damit diese in den Stand gesetzt werden, ihre Betriebe fortzuführen. Das Grundkapital des Institutes ist auf 25 Millionen Kronen bemessen und besteht unter anderem aus einer Einlage der Staatsverwaltung im Betrage von 23 Millionen Kronen und einer Einlage des Landes Galizien in Höhe von einer Million Kronen. Die Anstalt hat bereits großen Segen gestiftet. Doch wird noch weit mehr getan werden müssen, um die verursachten Schäden in vollem Umfang zu erfassen und wieder gut zu machen.

———⁂———

Arbeiterzeitung
9./VIII. 1917
105

Unser Schicksal.

Die Teilung Oesterreich-Ungarns in zwei Wirtschaftsgebiete, die ihre Verhältnisse ganz verschieden ordnen, bedroht uns täglich mehr. Wenn es auch in Ungarn Preisfestsetzungen und Verordnungen gegen Preistreiber gibt, tatsächlich sind diese viel beschränkter und werden zudem nicht gehandhabt. Hat doch schon der Versuch, Höchstpreise für Obst und Gemüse festzusetzen, aufgegeben werden müssen, weil Erzeuger und Händler passive Resistenz machten und die Regierung es mit ihnen nicht aufnehmen wollte. Die Folge ist, daß wir nicht nur das ungarische Obst und Gemüse teuer bezahlen müssen, sondern daß die Händler auch an der österreichischen Ernte einen Extraprofit einstreichen, indem sie diese als ungarische ausgeben. Das muß nicht sein. Es läßt sich, da das ungarische Gemüse und Obst nur durch ganz bestimmte Gesellschaften der Händler eingekauft wird, feststellen, wieviel da eingebracht und jedem zugeteilt wird. An der Hand einer solchen Bestheinigung könnte schon festgestellt werden, ob der Händler nicht überdies inländische Ware zu Markt gebracht hat. Allerdings, die wirksamste Maßnahme wäre der Verkauf dieser eingeführten Ware durch Genossenschaften und durch die Gemeinde. Aus Ungarn kommen überdies noch allerlei Kolonialwaren, genauer, über Ungarn, denn es handelt sich um Vorräte, die in Oesterreich seit Jahren lagerten und nun aus Furcht vor der Preistreiberverordnung nach Ungarn verkauft worden sind. Jetzt kommen sie zurück und können, soweit sie nicht dem freien Verkehr entzogen sind, ohne Anstand verkauft werden, höchstens riskiert man eine kleine Strafe wegen Uebertretung der Höchstpreise. Diesen Weg machen auch Stoffe und Schuhe. Wenn heute ein österreichischer Kaufmann zum Brünner Fabrikanten kommt, wird er ausgelacht, denn der ungarische Kaufmann zahlt immer mehr. Es gibt gewisse Tucharten, die überhaupt nicht mehr erzeugt werden, für die also auch nicht geltend gemacht werden kann, daß sich die Produktion verteuert hat, die aber trotzdem von Tag zu Tag steigen. Die Schuld daran trägt der wirkliche oder vorgetäuschte Handel mit Ungarn, denn für die Preise sind nicht die notwendigen Erzeugungskosten, sondern die Erstehungskosten maßgebend. Da macht man eben teure Erstehungskosten, die ungarische Faktura schützt vor Verfolgung. Wir werden — wenigstens ist sie uns versprochen — eine Kleiderordnung bekommen. Wenn nun Ungarn nicht denselben Weg geht, werden viele Tuche und Kleider trotz aller Bezugsscheine hinverschleppt werden, woher sich die Wohlhabenden sie dann wieder holen werden. Diese Zustände erfordern dringend eine Aenderung; entweder, und das ist das Selbstverständliche, eine einheitliche Regelung für beide Länder oder aber, falls Ungarn darauf nicht eingeht, eine strenge Ordnung und Ueberwachung des Grenzverkehrs, um zu verhindern, daß unsere Verteilungsmaßnahmen und Verbrauchsregelungen umgangen werden. Heute aber sperrt wohl Ungarn seine Lebensmittelausfuhr und läßt nur so viel über die Grenze als und zu welchen Preisen es will, dagegen entzieht es Oesterreich seine industriellen Produkte oder verteuert sie durch den Tribut an die ungarischen Zwischenhändler, als ob wir an unseren nicht genug hätten. So kann es nicht bleiben.

Die Zeit
10./VI. 1917

Neugestaltungen im Lieferungswesen.

Die lange Dauer des Weltkrieges und der ungeheure Bedarf der kriegführenden Staaten haben den Kriegslieferanten Gewinne gebracht, wie sie von ihnen selbst in den kühnsten Träumen nicht erhofft worden sind. Kein Wunder, daß überall das Bestreben vorherrscht, diesen Gewinn durch nachträgliche Korrekturen einigermaßen zu kürzen. Das erste Mittel hierzu ist die Kriegsgewinnsteuer, die der Staat gerade bei seinen Lieferern leicht erfassen kann, weil ihm die Höhe der von ihnen ins Verdienen gebrachten Beträge genau bekannt ist. Einen zweiten Schritt auf diesem Wege bildet die direkte Einwirkung auf die abgeschlossenen Kriegsverträge, wobei es gleichgültig ist, ob sie nach Ablieferung der Ware bereits erledigt wurden oder ob sie die Grundlage der noch fortlaufenden Lieferungen bilden. Dadurch hofft Deutschland teils die zu Unrecht bezogenen Gewinne zurückzuerlangen, teils durch Verhandlungen zu erwirken, daß die Kriegslieferer augenscheinlich übermäßige Gewinne freiwillig herabmindern. Auf eine ganz andere Art versucht Frankreich der Frage beizukommen. Hier werden sich die größeren Kriegslieferanten hinsichtlich der bereits abgeschlossenen Verträge gefallen lassen müssen, daß nach Beendigung der Feindseligkeiten an ihrem Gewinn — bei dessen Ermittlung reichliche Abschreibungen zulässig sind — der Staat gleichsam als Kompagnon teilnehmen, das heißt, unter entsprechender Berücksichtigung der Kriegsgewinnsteuer, auf die Hälfte der Gewinne Anspruch erheben wird. Bei künftigen Lieferungsverträgen wird, falls deren Gegenstand mehr als 200.000 Franken betragen sollte, der Gewinn von mehr als 10 Prozent vom Fakturenbetrag zwischen Staat und Lieferer geteilt. Außerdem versucht man in verschiedenen Ländern, sich durch neue Methoden in der Lieferungsvergebung vor Uebervorteilungen zu schützen. Dies geschieht beispielsweise dadurch, daß nicht Fertigfabrikate, sondern, aus einem möglichst weit gezogenen Kreise von Anbotwerbern, Rohmaterialien bezogen werden, die entweder in eigener Regie der militärischen oder zivilstaatlichen Verwaltung oder in privaten Werken gegen entsprechende Entlohnung zur Verarbeitung gelangen. Der Staat ist eben zur Ueberzeugung gelangt, daß er, nachdem von ihm die früher allgemein übliche Art der Vergebung von Lieferungen im Submissionsverfahren bei Beginn des Krieges plötzlich aufgegeben worden ist — ob mit Recht oder Unrecht soll hier nicht näher geprüft werden —, sich auf ein ihm unbekanntes, mit vielen Fallstricken und Fußangeln versehenes Gebiet begeben hat, auf dem er sich in Hinkunft nur mit größter Vorsicht bewegen darf.

Also soll er zum Submissionsverfahren zurückkehren?

Diese Frage ist für die Zukunft von außerordentlicher Bedeutung. Der Bedarf des Staates wird zwar nach Friedensschluß keineswegs an die Größe des Kriegsbedarfes heranreichen, aber doch sehr erheblich sein. Die Vorräte in den staatlichen Depots und Betrieben sind stark geschmolzen, die Maschinen abgenützt usw. Schon zur Wiederherstellung des früheren Standes werden gewaltige Beträge aufgewendet werden müssen. Dazu kommt aber noch der Bedarf der Länder und Gemeinden. Man braucht dabei nicht bloß an die Gebiete zu denken, wo durch Kriegshandlungen Beschädigungen und Zerstörungen aller Art vorgekommen sind, zu deren Behebung Hunderte von Millionen Kronen erforderlich sein werden. Auch anderwärts werden, nach mehrjährigem Stillstande, umfangreiche Arbeiten — Pflasterungen, Flußregulierungen, Kanalisierungen usw. — zu vergeben sein. Man denke nur, welche Aufwendungen bloß für Trambahn und Untergrundbahn in Wien in Betracht kommen. Alle diese Selbstverwaltungskörper gehen bei Lieferungsvergebungen ähnlich wie der Staat vor. Für sie und für die Produzenten, die für sie zu arbeiten haben werden, ist daher die Vorgangsweise, die zum Kauf- und Verkaufsabschlusse führen soll, von großer Wichtigkeit. Und von allergrößter Wichtigkeit für den Steuerträger, der in Staat, Land und Gemeinde ein und dieselbe Person ist und es am meisten zu büßen hat, wenn für öffentliche Arbeiten mehr — und in Kriegszeiten um ein Vielfaches mehr — gezahlt wird, als nach Recht und Billigkeit gezahlt werden sollte. Das war vor dem Kriege, soweit es sich um die Preisgestaltung gehandelt hat, sicherlich nicht der Fall.

Die öffentliche Lieferungsvergebung hatte jedenfalls den Vorteil, daß sich jeder Bewerber bemüht hat, ein recht niedriges Anbot zu stellen, um den vielen anderen Konkurrenten den Rang abzulaufen. Er überlegte: Die öffentlichen Körperschaften sind nicht nur prompte und sichere Zahler, sondern haben auch einen sehr großen Bedarf. Auch bei kleinem Nutzen ergibt sich (die Masse muß es machen) ein nicht zu unterschätzender Gewinn, ganz abgesehen davon, daß schon die Vergrößerung des Absatzes und Umsatzes für jeden Betrieb mancherlei Vorteile nach sich zieht. Die allzu scharfe Kalkulation erwies sich aber nicht selten, wenn man so sagen darf, als schartig. Der Lieferant bemerkte zu spät, daß er verschiedene Posten zu niedrig angesetzt hat und durch die Ausführung der Arbeit zu Schaden kommen muß. Und da kein Geschäftsmann gern mit Verlust arbeitet, so wurde oft, wo es nur ging, an der Qualität gespart. Das Submissionsverfahren führte daher auf dem Wege der Unterbietung häufig zu schlechter Arbeit und auch dazu, daß sich Firmen ersten Ranges um öffentliche Ausschreibungen gar nicht bekümmert haben. Unstaatliche Lieferungen bewarben sich nicht selten bloß Unternehmer geringeren Ansehens.

Aus Vorstehendem ergibt sich, daß das künftige Lieferungsverfahren zwar dem der Kriegszeit keineswegs gleichen, aber ebensowenig mit der vor dem Kriege geübten Methode identisch sein darf. Es wird notwendig sein, die öffentliche Verdingung verschiedenartig auszugestalten, damit den öffentlichen Körperschaften eine preiswürdige, gute Arbeit, den Gewerbetreibenden und Industriellen ein berechtigter bürgerlicher Gewinn gesichert werde. Die rationellste Vergebung von derartigen Aufträgen wird die kunstvollste, auf praktischer Grundlage aufgebaute Ausbildung der Verwaltungstechnik erfordern.

Pester Lloyd 19./VIII. 1917

Minister Béla Földes über die Uebergangswirtschaftsfragen.

Gelegentlich seines Amtsantrittes hat sich Minister Béla Földes über sein Programm folgendermaßen geäußert:

— Mit Freude und mit Arbeitslust unterziehe ich mich der Vorbereitung des wirtschaftlichen Teiles des Ueberganges vom Krieg zum Frieden. Ich hoffe, im Herbst meine Tätigkeit und die meines Ministeriums mit voller Kraft beginnen zu können. Ich habe Aussicht, gute Arbeitskräfte zu erhalten. Es bieten sich zahlreiche Fachleute als Mitarbeiter an und ich wünsche, jede Kraft in Kontribution zu setzen, die arbeitsfähig ist. Meine erste Aufgabe wird die Ausgestaltung eines größeren Fachsenates sein, in dem ich die hervorragendsten Praktiker aus allen Produktionszweigen und aus dem Bereiche der Verwaltung zu vereinigen gedenke. Das dringendste Problem des Ueberganges ist der wirtschaftliche Teil der Abrüstung sowohl Menschen wie Material betreffend. In dieser Hinsicht werde ich im Kreise der Heeresleitung gewiß wertvolle Vorarbeit antreffen. Dringend ist ferner die Wiederherstellung der richtigen Proportionen der Produktion, überhaupt die vollkommene Rekonstruktion und Rationalisierung der Produktion, denn es ist ganz sicher, daß nach dem Kriege neue Methoden werden befolgt werden müssen und die alten Schablonen in den Schutt zu werfen sein werden. Ein wichtiges Problem der Uebergangswirtschaft ist auch die entsprechende Placierung der heimkehrenden Arbeiter. Der innere Wert der Arbeitskraft muß erhöht werden, sonst würde unsere Produktion jene hohen Arbeitslöhne nicht ertragen können, die der höhere Standard der Arbeiter fordert. Das Netz der Arbeitsvermittlung muß ausgedehnt werden. Es muß ein Programm der öffentlichen Arbeiten aufgestellt werden, um einesteils den Arbeitskräften ein Placement zu sichern, anderenteils zahlreiche Mängel unserer wirtschaftlichen Organisation zu beheben. Eine der wichtigsten Fragen der Uebergangswirtschaft ist ferner das Problem der Valuta, das Gegenstand meiner ständigen Aufmerksamkeit sein wird. In diesem Belange dürfen wir selbst vor erheblichen Opfern nicht zurückschrecken, damit uns wieder ein entsprechendes Zahlungs- und Wertbemessungsmittel zur Verfügung stehe, wodurch die niederen sowie die fixbesoldeten Schichten und der Staatshaushalt von einer drohenden Gefahr befreit werden können. Unter die Aufgaben der Uebergangswirtschaft ist ferner einzureihen die Politik der Rohmaterialeinrichtung und im Zusammenhange hiemit die Hebung der Leistungsfähigkeit unserer Seeschiffahrt und der von Fiume. Auch den Zentralen werde ich meine Aufmerksamkeit zuwenden; der Krieg hat sie gezeitigt, der Friede muß sie wieder überflüssig machen. Die staatliche Kontrolle und Aufsicht muß möglichst wirksam geübt werden; die völlig verfehlten Zentralen sind so bald wie möglich aufzulösen. Es wird zahlreicher statistischer Aufnahmen und Lokalaugenscheine bedürfen. Diese gedenke ich baldigst ins Werk zu setzen und auch hinsichtlich der Schaffung autonomer Organe der Uebergangswirtschaft Vorlage zu erstatten. Aufgabe der Uebergangswirtschaft wird es sein, Ungarn in die Weltwirtschaft enger einzufügen, gleichzeitig aber werden wir hinsichtlich unserer selbständigen wirtschaftlichen Einrichtung für größere Garantien sorgen müssen. Die vervollkommnete technische Ausnützung der Naturkräfte, der Kohle, des Wassers, des Erdgases, muß zum Gegenstand eingehenden Studiums gemacht werden. Es müßte noch vieler Probleme Erwähnung getan werden, aber schon aus dem bisher Gesagten geht hervor, von welch großer Ausdehnung die Aufgaben sind, die des neuen Ministeriums harren, das natürlich in vollem Einklang mit den übrigen Wirtschaftsministerien und den obersten Regierungsbehörden tätig sein wird. Ein Teil der Probleme ist so geartet, daß gelegentlich des Friedensschlusses oder in selbständigen Wirtschaftskonferenzen unbedingt gemeinsame Abmachungen mit den verbündeten, neutralen und feindlichen Staaten werden getroffen werden müssen. Unter die Aufgaben der Uebergangswirtschaft zähle ich auch die Hebung des wirtschaftlichen Wissens und der Wirtschaftsmoral, wenn dies auch ein wenig überraschend klingt. Ohne diese kein Uebergang!

Die Zeit 19./VIII. 1917

Unterredung mit Minister Dr. Földes.

Das Programm für die Uebergangswirtschaft.

= Budapest, 18. August. (Priv.-Tel.)

Der hervorragende ungarische Gelehrte Prof. Dr. Bela Földes, der als langjähriger Mitarbeiter der „Zeit" durch seine gründlichen und gehaltvollen nationalökonomischen Arbeiten den Lesern der „Zeit" wohlbekannt ist, wurde zum Minister für die Uebergangswirtschaft in Ungarn ernannt. Der neue Minister hatte die Liebenswürdigkeit, sich Ihrem Korrespondenten gegenüber folgendermaßen über sein Programm zu äußern:

„Wenngleich durch die Haltung der Opposition des ungarischen Abgeordnetenhauses der Wirkungskreis des Ministeriums für Uebergangswirtschaft, mit dessen Leitung ich betraut wurde, einigermaßen eingeengt erscheint und wohl erst später die Erweiterung und Ausgestaltung dieses Ressorts möglich sein dürfte, kann ich doch hoffen, daß eine erfolgreiche Arbeit geleistet werden wird. Denn mit freudiger Genugtuung ist bereits zu konstatieren, daß mir eine Reihe tüchtiger Mitarbeiter zur Verfügung stehen und hervorragende Fachleute bereit sind, meine Aufgabe zu fördern.

So wird es mir denn alsbald möglich sein, einen Beirat ins Leben zu rufen, dem die maßgebenden Faktoren des Wirtschaftslebens angehören werden und in dem alle Produktionszweige, aber auch die Arbeiterschaft, vertreten sein sollen.

Von den wichtigen Problemen, die das neue Ministerium zu beschäftigen haben werden, kann ich zurzeit nur kurz auf einige hinweisen. Da wäre vor allem die Frage der Abrüstung hervorzuheben, und zwar der persönlichen Kräfte, sowohl wie der Sachgüter. Ich darf annehmen, daß diesbezüglich im Kriegsministerium schon wertvolle Vorarbeiten vorhanden sind, die sowohl die österreichische wie die ungarische Regierung benützen werden, die in vielen Belangen auf diesem Gebiet miteinander harmonisch kooperieren müssen. Die größte Schwierigkeit wird die Zurückführung der Arbeitskräfte verursachen. Es ist im höchsten Maß wünschenswert, daß jeder Soldat so bald als möglich in seinen früheren Wirkungskreis zurückgeführt werden kann. Der bereits öffentlich diskutierte Vorschlag, wonach die Soldaten insolange zurückbehalten werden sollen, bis sie wieder im bürgerlichen Leben ihre gewohnte Beschäftigung zu finden vermögen, erscheint sicherlich beachtenswert.

Mit dieser Angelegenheit hängt die Organisation der Arbeitsvermittlung zusammen, die eine innige Pflege erheischt. Diese, ebenso wie die Wiederaufnahme der öffentlichen Arbeiten erfordert die größte Aufmerksamkeit, weil auf beiden Gebieten in Ungarn von seiten der Regierung der sogenannten Arbeitspartei leider sehr wenig Ersprießliches geleistet wurde.

Was nun zwei Fragen von großer Bedeutung, die der Valuta und der Beschaffung der Rohstoffe, betrifft, sollen alle Opfer gebracht werden, um Ungarn und der Monarchie einen stabilen Wertmesser und weiter der Industrie jene Rohstoffe zu sichern, deren sie bedarf, wobei aber auch auf die gerechte Verteilung geachtet werden muß.

Zu den vielen Aufgaben, die die Uebergangswirtschaft mit sich bringt, gehört auch die der Sicherung des Schiffsraumes, und hier wird die Einmischung der Staatstätigkeit in Zukunft noch notwendiger sein als bisher. Doch diese und manche andere Fragen hat Ungarn im Verein mit Oesterreich und Deutschland zu lösen, wohl auch mit den neutralen Staaten und eventuell bei den Friedensverhandlungen mit den derzeit noch feindlichen Mächten. Bei der Fülle der Probleme, die vor uns stehen, darf man wohl behaupten, daß die Uebergangswirtschaft nicht bloß eine Retablierung der Friedenswirtschaft vor dem Kriege bedeuten soll, sondern eine auf wirtschaftlichem Wissen und wirtschaftlicher Ethik ruhende neue Periode der Weltwirtschaft mit neuen Prinzipien und neuen Methoden."

Die Zeit 24./VIII. 1917

Demobilisierung und Volkswirtschaft.

Der Zeitpunkt, in dem Millionen Menschen aus dem militärischen Pflichtenkreis in ihre wirtschaftlichen Berufe zurückkehren, stellt die Staatsverwaltung vor überaus schwierige Aufgaben. Einesteils muß sie sich vor Augen halten, daß nach Friedensschluß jede Arbeitskraft sofort produktiv beschäftigt werden muß, wenn die Wunden, die der Krieg der Volkswirtschaft geschlagen hat, heilen sollen. Anderenteils ist aber eine große Verantwortung damit verknüpft, die Mobilisierten wieder zu entlassen, denn: werden sie auch wirklich alle Arbeit finden? Können sie nicht in Arbeitslosigkeit und Elend verfallen, wenn etwa die Produktion infolge der Schwierigkeit der Rohstoffbeschaffung oder aus anderen Gründen nicht gleich in Gang kommt oder wenn sie ihre Stellen besetzt vorfinden? Es ist zwar leicht, auf diese Schwierigkeit hinzuweisen, ein praktischer Plan zur Ueberwindung ist aber sehr schwer aufzustellen. Es gibt eine große Zahl berechtigter Anforderungen, die nicht leicht miteinander zu vereinigen sind. So verlangt die Billigkeit, daß zuerst die Aeltesten entlassen werden, dann wieder Verheiratete und Familienväter vor den anderen usw. Schon der Umstand, daß die älteren Arbeiter schwerer Arbeit finden und die Rücksicht auf die Familienerhaltung spricht dafür. Aber auch die Länge der ununterbrochenen Dienstzeit ist wohl berücksichtigungswert; manche jüngere Jahrgänge waren bei Kriegsausbruch gerade im letzten Dienstjahr. Vom Standpunkt der Volkswirtschaft wieder sind natürlich gerade die jungen Arbeitskräfte am wertvollsten. Insbesondere wird aber ein großer Bedarf nach qualifizierten Arbeitern bestimmter Kategorien herrschen, der unbedingt zunächst befriedigt werden muß. Bevor der Fabrikant seine Maschinen in Bewegung setzen kann, muß er seine Maschinisten, Werkmeister, Vorarbeiter, Professionisten haben, bloß mit Taglöhnern kann er nicht anfangen.

Weiter entsteht die Frage, ob gewisse Produktionen früher Arbeiter erhalten sollen als andere. Es scheint einleuchtend, daß zuerst Nahrungsmittel und Rohstoffe da sein müssen, daß also die Landwirtschaft und der Bergbau die Arbeiter früher zurückerhalten als die Industrie. Eine Bevorzugung des Transportwesens, ferner mancher öffentlicher Dienste (Schulwesen, Post, Telegraph, Telephon usw.) dürfte jedenfalls angezeigt sein. Ferner wäre auch zu berücksichtigen, daß manche Industrien auf überseeische Rohstoffe angewiesen sind, somit erst ziemlich spät in Betrieb kommen dürften. Diese Beispiele ließen sich leicht noch um viele andere vermehren.

Wie sollen die wirtschaftlich Selbständigen behandelt werden? Der Bauer wird wohl eher entlassen werden können als der Knecht, ebenso muß auch in Industrie, Gewerbe, Handel der Unternehmer in der Lage sein, die Wiederaufnahme der Arbeit persönlich vorzubereiten.

Das Kleingewerbe hat im Kriege vielfach besonders gelitten, ebenso viele Händler, die durch Zentralen ausgeschaltet wurden. Somit erscheint es nicht unbillig, daß sie möglichst bald wieder zurückkehren, ebenso auch jene, deren Familienverhältnisse durch den Krieg, feindliche Invasion und dergleichen besonders gelitten haben und die ihre Existenz wieder neu aufbauen oder befestigen müssen.

Es gibt also zahlreiche wirtschaftliche und soziale Momente, die alle berücksichtigungswürdig sind. An erster Stelle werden aber auch solche militärischer Art gewahrt werden müssen.

Große Schwierigkeiten wird jedenfalls das Problem bereiten, allen Heimkehrenden auch am richtigen Platz Arbeit zu verschaffen. Viele Stellen sind inzwischen besetzt worden, besonders mit Frauen, Jugendlichen, älteren Leuten. Manche dieser Ersatzkräfte werden ohneweiters wieder ausgeschaltet werden können, bei sehr vielen wird dies aber nicht der Fall sein. Soweit eine dauernde Unterbringung nicht gleich möglich ist, kann auch die Beschäftigung in staatlichen Betrieben, bei öffentlichen Bauten usw. ergänzend stattfinden. Zweifellos wird ja nach dem Kriege wieder eine regere Bautätigkeit einsetzen, auch große öffentliche Bauten, Instandsetzungsarbeiten und dergleichen werden ausgeführt werden müssen.

Ferner sei erwähnt, daß auch die Jahreszeit, in die die Demobilisierung fallen wird, Einfluß auf den Arbeitsmarkt und daher auch auf die Auswahl der zunächst zu Entlassenden üben muß. Im Winter ruhen ja Landwirtschaft und Baugewerbe, auch andere Produktionen sind an gewisse Jahreszeiten gebunden. Die Vorbereitungen müssen also verschiedene Möglichkeiten ins Auge fassen.

Der Austausch der Kriegsgefangenen, Aus- und Einwanderung, die zeitweilige Heranziehung von Arbeitskräften aus anderen Staatsgebieten stehen mit den eben erörterten Fragen in engem Zusammenhang.

Nebst der personellen Demobilisierung kommen aber auch viele Maßnahmen in Betracht, die die Verteilung der jetzt der Heeresverwaltung gehörigen Sachgüter betreffen. Im Laufe der Kriegsjahre haben sich ungeheure Bestände an Lebensmitteln, Bekleidungssorten, Gerätschaften, Werkzeugen, Maschinen, Baracken, Automobilen, Wagen, Pferden usw. angehäuft, die nur zum Teil in militärischem Besitz bleiben dürften. Soweit als möglich sollten diese Güter zur Erhöhung der volkswirtschaftlichen Produktivität verwendet werden. Die richtige Zweckbestimmung und Verteilung dieser immensen Werte erfordert die größte Umsicht, wenn nicht jene unliebsamen Vorkommnisse sich wiederholen sollen, die bei Kriegsbeginn auf dem Gebiete der Lieferungen sich ereigneten. Es muß verhütet werden, daß sich einzelne bereichern, während die veräußerten Güter vielleicht an anderer Stelle der Volkswirtschaft fehlen und möglicherweise erst durch unnötige Zwischengewinste verteuert an den richtigen Ort gelangen.

Ungeheuer werden auch die Anforderungen sein, die an die Transportmittel aller Art gestellt sein werden! Es gilt, Millionen von Menschen und enorme Gütermengen zu befördern, die Dispositionen rechtzeitig zu treffen, daß diese Millionen an ihrem neuen Aufenthaltsort Nahrungsmittel vorfinden, daß sie die nötigsten Mittel besitzen, um sich wieder ihre Existenz einrichten zu können.

Schließlich erfordert auch die Demobilisierung der Kriegsindustrie gewisse Vorsorgen. Zahlreiche neue Fabriken sind entstanden, viele alte Unternehmungen haben sich bedeutend erweitert und in den Neuanlagen stecken viele Hunderte von Millionen. Viele dieser Betriebe werden im Frieden keinen genügenden Bedarf mehr vorfinden und einfach zum Stillstand kommen. Man kann sich hierüber nicht mit der Beruhigung hinweghelfen, daß die Unternehmer genug verdient und reichlich abgeschrieben haben. Es handelt sich vielmehr darum, volkswirtschaftliche Werte nicht verlorengehen oder stilliegen zu lassen. Eine ausgiebige Beschäftigung ist wohl nur durch Eröffnung neuer Exportwege möglich. Doch würde es den Rahmen dieser kurzen Andeutungen überschreiten, auf Details einzugehen.

Arbeiterzeitung

25./VIII. 1917

115

Der Uebergang zur Friedenswirtschaft.

Ueber die Wahrscheinlichkeitsaussichten der wirtschaftspolitischen Gestaltung beim Uebergang in die kommende Friedenswirtschaft stellt der bekannte deutsche Nationalökonom Professor Dr. Franz Eulenburg in seinem kürzlich erschienenen Buche „Weltwirtschaftliche Möglichkeiten" sehr beachtenswerte Betrachtungen an. Alle handelspolitischen Feindseligkeiten, meint Eulenburg, wie sie dieser Krieg mit sich gebracht hat, werden allmählich mit dem Wiederaufleben der Friedenswirtschaft wieder verschwinden, denn schon heute bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß die Verflochtenheit des kapitalistischen Wirtschaftsorganismus den geschlossenen Handelsstaat auf die Dauer nirgends verträgt. Aber immerhin wird die Wiederanknüpfung und die Herstellung des Güteraustausches auf mancherlei Schwierigkeiten stoßen, die der Krieg verursacht hat, so daß wir viel Zeit brauchen werden, um uns gegenseitig wieder zurechtzufinden. Schon an und für sich, meint Eulenburg, werde der erwartete wirtschaftliche Aufschwung in allen Ländern „durch den Mangel an Kapital und die erlittenen starken Verluste notwendig verlangsamt werden". Das Fehlen überschüssiger, für den Export geeigneter Rohstoffe wird zunächst einmal den Güteraustausch und damit die gesamte Produktion schwer beeinträchtigen, während zugleich auch die alten Verbindungen von früher nicht so leicht wiederherzustellen sein werden. „Der Mangel der persönlichen Beziehungen," meint Eulenburg, „und der auswärtigen Niederlassungen, die wahrscheinlich kaum so bald wieder aufgenommen werden können, werden nicht ohne Einfluß auf den Handel bleiben." Auch die Tatsache stellt Eulenburg in die Rechnung, daß einzelne Staaten wie Japan und die Vereinigten Staaten von Amerika einen wesentlichen Teil des Welthandels an sich gerissen haben, der wohl kaum so leicht wieder zurückzugewinnen sein wird. So sind also vielerlei Gründe vorhanden, durch die die Aufnahmsfähigkeit des Auslandes und der Warenaustausch gehindert sein dürften. Dazu kommen dann weiter die starken Wertverluste durch die Vernichtung und Verminderung des Vermögens in fremden Ländern: durch direkte Einziehung deutschen Eigentums wie in Rußland, durch Liquidation deutscher Niederlassungen wie in den englischen Kolonien oder durch Entwertung des Geldes bei festen Revenuen. Alle Rentenempfänger (darunter sind alle Empfänger von Arbeitslohn zu verstehen) werden in den alten Ländern infolge der gesteigerten Preise eine geringere Kaufkraft entfalten können als früher. Andererseits wird auch die Erweiterung der Weltwirtschaft, die gerade in den letzten Jahren vor dem Kriege ein sehr rasches Tempo eingeschlagen hatte, sich wieder verlangsamen. Der Welthandel im ganzen hatte im letzten Jahrzehnt um 61 vom Hundert zugenommen: der Oesterreich-Ungarns um 50, Englands um 52, Frankreichs und Rußlands um je 62, der Vereinigten Staaten um 74, Italiens um 78, Deutschlands um 83. Also allenthalben eine gewaltige Ausdehnung. Das wird zunächst nachlassen, weil die Möglichkeit des Kapitalexports und der Kapitalinvestierung in die fernen Länder versiegt. Für ein Emporsteigen aus allen den wirtschaftlichen Tiefen, in die uns der Krieg geworfen hat, sieht mit einem Worte Eulenburg eine ganze Reihe von Schwierigkeiten, die vorerst zu überwinden sein werden und wofür man Zeit und ein sorgfältiges Hinüberleiten der ganzen Kriegswirtschaft in die neue Friedenswirtschaft benötigen wird. Der Krieg hat die ganze Volkswirtschaft aus ihren Fugen gerissen und sie wird im Frieden auf eine neue Grundlage zu stellen sein. Es wäre ein Verhängnis, wenn man sich nicht rechtzeitig darauf vorbereiten und die Wege in vollster Klarheit zeigen würde, die beschritten werden müssen, wenn sich die menschliche Gesellschaft wieder langsam von den Verlusten dieses furchtbaren Aderlasses erholen will.

Fremdenblatt
31./VIII. 1917

Das volkswirtschaftliche Programm des neuen Kabinetts.

In dem amtlichen Kommentar zur Bildung des neuen Kabinetts heißt es, daß das neue Kabinett als eine Regierung der intensiven wirtschaftlichen, sozialpolitischen und staatsfinanziellen Arbeit aufgefaßt sein will. Das ist ein Programm, das wohl der allgemeinen Zustimmung gewiß sein darf, gleichzeitig ein Programm, das der neuen Regierung ungeheue schwierige Aufgaben anlastet. Die wirtschaftlichen, sozialpolitischen und staatsfinanziellen Probleme stehen ja jetzt i Vordergrunde des öffentlichen Interesses, sie pochen stürmisch an die Pforten der Exekutive und Legislative, und eine Regierung, die es als ihre Mission betrachtet, diese entscheidenden Fragen einer Lösung zuzuführen, kann damit rechnen, daß ihr Appell an die Zusammenfassung aller Kräfte zu gemeinsamer Arbeit nicht vergeblich sein wird. Die Regierung will sich, wie es in der erwähnten amtlichen Auslassung heißt, die innige Wechselwirkung zwischen der Stabilität der Staatsfinanzen, der Gedeihlichkeit des Wirtschaftslebens und einer dem sozialpolitischen Empfinden der Zeit gerecht werdenden Entwicklung der allgemeinen Wohlfahrt gegenwärtig halten. Eine gesunde, blühende Gestaltung der Volkswirtschaft ist das Ziel des neuen Kabinetts, als Voraussetzung dafür betrachtet es eine auf gesicherte Lebensbedingungen gestellte und der staatlichen Fürsorge vertrauensvoll bewußte arbeitende Bevölkerung. So strebt die Regierung vor allem die Kräftigung und Belebung der inneren Wirtschaft, die Verbesserung und Sicherung der Versorgung für die Gesamtheit, wie für den einzelnen an.

Die wirtschaftliche, sozialpolitische und staatsfinanzielle Arbeit, die jetzt geleistet wird, ist vor allem auch Vorarbeit für die Zeit der Uebergangswirtschaft. Vor einigen Tagen sind die Ziffern des Staatsrechnungsabschlusses für das Jahr 1916/17 veröffentlicht worden, aus denen zu ersehen war, daß die Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte mit der Wiederkehr normaler Verhältnisse unsere dringendste Sorge sein wird. Daß eine unerläßliche Vorbedingung hiefür eine großzügige Produktionspolitik ist, die alle Kräfte zur Entfaltung bringt, ist selbstverständlich, und so wird mit Recht die innige Wechselwirkung zwischen der Stabilität der Staatsfinanzen und der Gedeihlichkeit des Wirtschaftslebens betont. Damit aber werden alle großen Probleme aufgerollt, die uns jetzt bewegen, die Neuordnung unserer handelspolitischen Beziehungen, die Regelung der mit Ungarn schwebenden Fragen, die Wiederherstellung des Geldwertes, die Inaugurierung einer großzügigen Industriepolitik, die Sicherung der Kaufkraft unserer Bevölkerung. Und in den Dienst dieser Aufgaben hat sich die Regierung gestellt.

Die schwere Aufgabe der Regierung wird dadurch erleichtert, daß die neuen Minister sich eines großen Fonds an Vertrauen rühmen dürfen. Die neue Regierung ist aus Fachleuten gebildet, die sich seit vielen Jahren glänzend bewährt haben: Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer war als langjähriger Vorstand der Kreditsektion der wahre Hüter des österreichischen Staatskredits, eine Persönlichkeit von durchaus modernen Anschauungen über die Aufgaben der Finanzverwaltung. Die hervorragende Tätigkeit des Eisenbahnministers Dr. Freiherrn v. Banhans ist ja wiederholt gewürdigt worden. Der Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. Homann hat durch die kraftvolle Energie, mit der er insbesondere die Kohlenversorgungsaktion in Angriff genommen, große Volkstümlichkeit erworben. Die Errichtung der beiden Wohlfahrtsministerien wird den bewährten Händen des Ministers Dr. Viktor Mataja und Professor Dr. Johann Horbaczewski anvertraut.

An die Spitze des Handelsressorts tritt ein neuer Mann, Universitätsprofessor Dr. Friedrich Freiherr von Wieser. Eine Leuchte der österreichischen nationalökonomischen Schule, die von Karl Menger begründet wurde und die Lehre vom Grenznutzen proklamierte, zieht mit Wieser in das Barbarastift ein. Mit seinem Schwager Böhm-Bawerk, dem einstigen österreichischen Finanzminister, gehört er zu den berühmtesten Schülern Mengers. Er hat grundlegende Werke über die Werttheorie geschrieben, sich aber auch mit anderen nationalökonomischen Problemen befaßt und sich erst kürzlich im Handbuch für Sozialökonomik mit Fragen der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik beschäftigt. Mit besonderer Vorliebe hat sich Wieser auch den Valutafragen zugewendet, und für seine Berufung zum Leiter des Handelsamtes war wohl die Erwägung maßgebend, in wie entscheidender Weise heute die Valutafragen in die Handelspolitik hineinspielen.

Der Abend
1./IX. 1917

119

Der Sektionschef.

In dem Kampfe gegen die Überläufer aus dem Staatsdienst in den einträglicheren des Großkapitals haben wir einen willkommenen Mitstreiter gefunden.

Wie die „Politischen Tagebücher" mitteilen, wird von der Deutschradikalen Vereinigung der Entwurf eines Gesetzes eingebracht werden, mit dem die Annahme und das Innehaben von Stellen gegen Entgelt bei auf Erwerb abzielenden Unternehmungen seitens höherer tätiger und gewesener Staatsbeamten sowie jener des Ruhestandes geregelt werden soll. Der Gesetzentwurf untersagt, bei Erwerbsgesellschaften jeder Art Ämter inne zu haben, wenn mit diesen der Bezug eines Gehaltes, der Empfang von Tantiemen oder sonstige sachliche Vorteile welcher Art immer verbunden sind.

Staatsbeamten der fünf obersten Rangklassen, welche auf ihre Stelle verzichtet haben oder ihrer verlustig geworden sind, sowie jenen des Ruhestandes ist die Annahme einer der im § 1 genannten Funktionen innerhalb der nächsten auf die Amtsenthebung folgenden fünf Jahre untersagt.

Der Entwurf verbietet ferner die Annahme von Zuwendungen jeder Art und setzt auf die Nichtbeachtung dieser Vorschriften empfindliche Geld- und Haftstrafen. Sehr zweckmäßig ist schließlich die Bestimmung, daß im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe das Unternehmen für den Strafbetrag haftet.

Wenn der Entwurf vielleicht auch derzeit noch wenig Aussicht auf Gesetzwerdung haben sollte, so ist er mindestens einer starken Minderheit sicher und wird dadurch ein deutliches Zeichen sein, wie der anständige Teil der Volksvertretung in dieser Frage der öffentlichen Moral denkt. C.

Abendbl
12./IX. 1917
120

Kommission für Kriegswirtschaft.

Die Kommission für Kriegswirtschaft setzte heute vormittag unter dem Vorsitz des Obmannes des Ernährungsausschusses Abgeordneter Dr. Wysocki ihre Beratungen fort. Dr. Wysocki gab bekannt, daß beabsichtigt sei, die Generaldebatte heute zu beenden und die Spezialdebatte, um das Studium des vorliegenden Materials zu ermöglichen, erst in der nächsten Woche zu beginnen und sie gruppenweise abzuführen. Eine große Abstimmung werde in der Generaldebatte nicht stattfinden, wohl aber werde man den Versuch machen können, gewisse Leitsätze zusammenzufassen und sie gewissermaßen als Communis opinio aller Anwesenden festzustellen. Die Einteilung der Gruppen für die Spezialdebatte wird voraussichtlich heute mitgeteilt werden.

Abg. Goll führt aus: Das Eingreifen der Staatsgewalt in die Verhältnisse des Marktes war zweifellos zu Beginn des Krieges notwendig. Ebenso wenig könne man jetzt den Markt dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Anders stehe freilich die Frage, ob das zur Anwendung gebrachte System der Kriegswirtschaft geeignet sei, die Produktion derart zu gestalten, daß das Durchhalten bis zum Ende gewährleistet ist. Am beklagenswertesten sei es, daß in der landwirtschaftlichen Produktion eine Stagnation, wenn nicht ein Rückgang eintrete, was man nicht dem Herrgott und dem Wetter allein zuschieben könne.

Ins Gebiet der Kriegswirtschaft gehören natürlich auch die Maßnahmen der Heeresverwaltung. Der Fehler des ganzen Systems der heutigen Kriegswirtschaft begann schon bei den Einberufungen. Keiner Berufsklasse wird ein so hoher Prozentsatz an Arbeitskräften entzogen wie der Landwirtschaft. Die ländliche Bevölkerung beurteilt die Verhältnisse nach den Erscheinungen, welche sie täglich beobachten könne. Die wichtigsten Bedarfsartikel, wie Schuhe, Kleider, Petroleum u. dergl., könne die Landbevölkerung nur im Tauschwege bekommen. Man könne bereits davon sprechen, daß in der Approvisionierung Anarchie eingetreten ist. Das System, auf welches die Approvisionierung aufgebaut ist, ist eben unrichtig. Das einzig richtige wäre, die Produktion in den Ursprungsgebieten zu fassen und zu organisieren. Man habe wohl Zentralen geschaffen, es fehle aber der Unterbau in der Bevölkerung.

Der Abend
14./IX. 1917

121

Herr Saborsky und seine Kompagnons

Man hat Dank den Aussagen des Viehhändlers Saborsky und seines Angestellten in dem Strafverfahren gegen die untreuen Militärbeamten allerlei bemerkenswerte Blicke hinter die Kulissen werfen können; es ist nicht ganz alltäglich, zu erfahren, daß ein einzelnes Geschäftshaus von dem obersten verantwortlichen Beamten mit Aufträgen bedacht wird, deren Höhe man unter dem Zwange des Gerichtsverfahrens mit 150 bis 160 Millionen Kronen bekennen muß; doch das sind Angelegenheiten, die der Staat mit seinem Sektionschef Jarzebecki auszumachen hat und ausmachen wird. Was uns, aufmerksame Beobachter des Bankwesens, in erster Reihe angeht, ist die Tatsache, auch in dieser nicht sonderlich durch Reinlichkeit ausgezeichneten Sache die Hand einer großen Bank zu finden; offenbar gibt es kein Geschäft, an dem sich verdienen läßt, möge es ein Verdienst sein, das man erhobnen Hauptes bekennen oder den man in den Heimlichkeiten der Bücher verschwinden läßt, bei dem nicht eine Bank zu tun und profitiert hätte. Dieses Mal ist es die Anglo-Oesterreichische Bank, ein anderes Mal eine andere, denn sie sind eine wie die andere und waren es noch mehr, wahl- und bedenkenlos, wenn Geschäfte zu machen waren, bis die unangenehmen Erfahrungen des Dr. Kranz den Geschmack daran einigermaßen verdorben haben.

Wie die Banken ihren Profit machen, könnte uns nun verhältnismäßig gleichgültig sein, wenn nicht zwei Umstände zu etwas gesteigerter Aufmerksamkeit veranlaßten. Der eine ist die Tatsache, daß schließlich wir, die Verbraucher und Steuerzahler es sind, die die Bankgewinne aus den Kriegsgeschäften bezahlen und verzinsen müssen, solange es Staatsschulden geben wird — und das dürfte, wie zu besorgen ist, noch ziemlich lange dauern.

Der zweite Umstand, der diese Gewinne einigermaßen zu unserer Sache macht — allerdings so wie die Uhr, die jemand gezogen wurde, seine Sache ist —, der zweite erschwerende Umstand ist die oft gerügte und beklagte Tatsache, daß wir den Banken das Geld hintragen, mit dem sie uns den Rest, den wir nicht zu Spareinlagen, sondern zum Steuerzahlen verwenden müssen, aus der Tasche nehmen. Es ist eine ironische Wendung des Zufalls, der den Banken jetzt nicht immer günstig ist, daß in derselben Zeitungsnummer, wo die Aussagen des Herrn Saborsky und seines Angestellten über ihre Geschäftsbeziehungen zur Anglobank enthalten sind, auch der übliche Monatsausweis über die Spareinlagen erscheint. Sie sind selbstverständlich wieder gestiegen: die Schafe haben wieder Schlachtmesser apportiert.

Und so wird es weiter gehen, nie wird dieser Zustand allerbedenklichster Art aufhören, solange sich nicht der Staat seiner Pflicht und seines Vorteiles erinnern und das Spareinlagengeschäft aus einem gemeinschädlichen zu einem nützlichen, aus einem Vorrechte des Finanzkapitales zu einem Rechte des Staates machen wird, zu dessen Ausübung die Postsparkasse geschaffen werden müßte, hätten wir sie nicht ohnehin schon. Wahrlich, jeder Tag, den man verstreichen läßt, ist ein Unrecht in jedem Sinne, und wenn man immer wieder von den ausbeuterischen Geschäften des Bankkapitals lesen muß — nicht jedes ist so, daß der Staatsanwalt nach langem Besinnen endlich doch einschreiten muß, sondern die meisten bewegen sich auf der Grenze zwischen Handels- und Strafgesetz, die ein tüchtiger Anwalt so haarscharf zu ziehen versteht —, so begreift man nicht, daß der Staat, der jetzt wahllos und häufig recht sinnlos nach jedem Einkommen greift, dieses mit seinen vielen Millionen links liegen läßt, wo ein bloßes „Ich will!“ genügen würde.

Oder besser gesagt: man begreift es sehr gut, wenn man sich die Oberhoheit der Geldleute und die Unterwürfigkeit der Staatsmänner sowie ihre Ursachen vor Augen hält. Und braucht doch nichts, als daß der Staat die Postsparkasse dieselben 3½ v. H. bezahlen ließe wie die Banken, und kein Jahr wird vergehen, ohne daß die Milliarden in seinen Kassen lägen und in seine Kassen Profit brächten, wie jetzt in die der Banken und ihrer Saborsky und wie sie sonst heißen mögen, die Parasiten am öffentlichen Wohl und dem jedes einzelnen. C.

Reichspost

13./IX. 1917

Krieg und Staatsverwaltung. Jetzt im Kriege haben sich die Schwächen unserer Staatsverwaltung in beinahe erschreckender Weise geoffenbart. Die schon so oft geforderte und immer wieder verschobene Reform der österreichischen Staatsverwaltung läßt sich nicht länger mehr hinausschieben, wenn anders der Staat der großen ihm nach dem Kriege zufallenden Aufgaben gewachsen sein soll. Ueber die Art, wie man bei dieser Reform zu Werke gehen soll, ist man sich jedoch kaum klar. Um so mehr ist daher die kürzlich erschienene Denkschrift des Oberlandesgerichtsrates Dr. Wilhelm Loebell zu begrüßen, der in seiner Stellung als Organisator auf dem Gebiete der Justizverwaltung durch ein Jahrzehnt praktisch tätig gewesen ist. Der Verfasser gibt in seiner Denkschrift einen kurzen Ueberblick über die von der Justizverwaltung seit dem Jahre 1898 begonnene tiefgreifende Umgestaltung des gerichtlichen Geschäftsbetriebes. Loebell ist der Ansicht, daß das Problem der Verwaltungsreform auch in allen anderen Zweigen der Staatsverwaltung ähnlich anzupacken sei. Er führt in seiner Denkschrift eine Reihe überzeugender Beispiele dafür an, daß der gegenwärtige Personalaufwand ein ganz unverhältnismäßig hoher ist. Seine Gewährsmänner, deren Urteile er wiedergibt, sind zumeist Ministerpräsidenten oder Finanzminister, wie Schwartzenau, Spitzmüller und Zaleski, Fachleute wie Professor Redlich, Philippovich, Meisel und Spiethoff, also die berufensten Stellen. Besonders dringlich wird die Lösung des Problems durch die gegenwärtige Lage des Staates, der sich genötigt sieht, die Bezüge der Beamten zu erhöhen. Der Aufwand für die Staatsangestellten ist seit dem Jahre 1903 bis zum Beginn des Krieges von 700 Millionen auf 1200 Millionen und jetzt infolge der Teuerungszulagen auf 1800 Millionen gestiegen. Diese Zahlen sind der sprechendste Beweis für die dringende Notwendigkeit einer Vereinfachung der Verwaltung. Nach Ansicht Loebells dürften sich der Durchführung der Verwaltungsreform, besonders aber jedem Versuche einer zeitgemäßen Personalverminderung außerordentliche Widerstände entgegenstellen. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, hält er es für notwendig, eine Persönlichkeit von hervorragender organisatorischer Begabung mit der Gewalt eines Diktators auszurüsten. Loebell glaubt, daß mit der Wahl dieser führenden Persönlichkeit der ganze Plan steht und fällt. So sehr es nun zu begrüßen wäre, wenn das große Werk im Sinne des Verfassers gelingen würde, so muß es doch sehr dahingestellt bleiben, ob sich ein Herkules findet, der mit dieser Arbeit des großen Aufräumens fertig wird.

Neues Wiener Tagblatt

16./IX. 1917

Wirtschaftliche Wochenchronik.

9. September. Beschlagnahme der Kartoffelernte in Ungarn. — Nach dem Ausweis für den Monat Juli hat die amerikanische Ausfuhr in diesem Monat um 201 Millionen Dollar abgenommen.

10. September. Schluß der Ernährungsenquete. Fast einmütig sprechen sich die Teilnehmer dafür aus, daß das System der staatlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel grundsätzlich aufrechtzuerhalten sei. — Anbotzwang für Leinenwaren. — Die Goldausfuhr Englands nach Amerika nur zur Begleichung von Handelssaldi gestattet.

11. September. Beginn der Beratungen der parlamentarischen Kommission für Kriegswirtschaft über die Kriegszentralen. — Vollzugsvorschrift zu den Strafbestimmungen für Steuerdelikte. — Der ungarische Handelsminister erklärt, bezüglich der Wiedereröffnung des amtlichen Verkehrs der Budapester Börse sei es angezeigt, einvernehmlich mit der Wiener Börse vorzugehen.

12. September. Programmrede des ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle. Die zwei wichtigsten Aufgaben seien die Ordnung der Staatsfinanzen und die Sanierung der Valuta. — Gründung einer Kohlenzentrale-A. G. in der Schweiz zur Durchführung des deutsch-schweizerischen Kreditabkommens bei der Einfuhr der deutschen Kohle.

13. September. Beratungen im parlamentarischen Wiederherstellungsausschuß über den wirtschaftlichen Wiederaufbau in den durch den Krieg zerstörten Gebieten Galiziens und der Bukowina. — Erhöhung des gesetzlich zulässigen Notenumlaufes der Bank von Frankreich von 21 auf 24 Milliarden Franken.

14. September. Neue Beheizungs- und Beleuchtungsvorschriften. Einführung der Kohlenkarte. — Betriebseinstellung amerikanischer Mühlen wegen Weizenmangels.

15. September. Gründung einer großen amerikanischen Stahlindustriegesellschaft durch den Stahltrust mit einem Kapital von 100 Millionen Dollar. Filialen im Auslande in Aussicht genommen.

Neue Freie Presse

Abendblatt
20./IX. 1917

Die Brünner Handels- und Gewerbekammer über Fragen der Kriegs- und Uebergangswirtschaft.

Brünn, 20. September.

In der gestern abgehaltenen Vollversammlung der Brünner Handels- und Gewerbekammer gelangten verschiedene Angelegenheiten der Kriegs- und Uebergangswirtschaft zur eingehenden Erörterung. Vor allem stellt die Kammer fest, daß mangels entsprechender Maßnahmen der Rest unserer Wollwarenbestände nach Ungarn abfließt, daß unsere österreichischen Tuchhändler bemüßigt sind, österreichische Wollware zu exorbitant hohen Preisen aus Ungarn zurückzukaufen. Dasselbe gilt zum Teil von ausländischen Baumwollwaren, welche in jüngster Zeit in größeren Mengen nach Ungarn verkauft worden sind. Die Anträge der Brünner Kammer aus dem Beginn des Jahres 1916 auf Einführung der Sperre und eines Anbotzwanges für Wollwaren sowie auf Erlassung eines Spezialgesetzes nach deutschem Muster gegen die Preistreiberei in Wollwaren haben keinen Erfolg gehabt, beinahe ebensowenig die im Juni 1916 im Beisein der beteiligten Ministerien in Wien abgehaltene große Enquete über das Bekleidungswesen. Die Kammer betont neuerlich die dringende Notwendigkeit, endlich auf dem Gebiete der Volksbekleidung energische Maßnahmen zu treffen.

Anläßlich der herannahenden Winterszeit wäre es auch außerordentlich wichtig, daß den lederverarbeitenden Gewerben entsprechende Mengen an Leder für Reparaturzwecke freigegeben werden. Die Vorarbeiten für die Deckung des Schuhbedarfes der Minderbemittelten wären tunlichst zu beschleunigen, wobei die Kammer der Erwartung Ausdruck gibt, daß zu diesen Arbeiten die handwerksmäßigen Schuhmacher durch ihre Organisationen mit in erster Linie herangezogen werden.

Entgegen den Bestimmungen des Kammergesetzes sind die Handels- und Gewerbekammern seitens der Regierung über die wichtigsten wirtschaftlichen Maßnahmen in den letzten Jahren nicht befragt worden. Insbesondere hatten die Kammern keine Gelegenheit, zu den zahlreichen Neuerungen auf dem Gebiete des Steuerwesens, der Verschärfung des Strafverfahrens, der Exkontingentierung der Erwerbsteuer, der Kriegsgewinnsteuer rechtzeitig Stellung zu nehmen. Dasselbe gilt von allen Vorkehrungen auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft im engeren Sinne, die sich ohne Kenntnis der Handels- und Gewerbekammern, aber auch ohne Kenntnis des Hauptausschusses für Kriegs- und Uebergangswirtschaft vollziehen, der seit dem 28. Mai 1917 zu einer Sitzung nicht mehr einberufen wurde. Die Brünner Kammer ist der Anschauung, daß eine Beratung der wichtigsten Maßnahmen der Kriegs- und Uebergangswirtschaft im Schoße der Kammern und eine öffentliche Erörterung der bedeutendsten Probleme dieser Art der Sache nur förderlich wäre, und verweist in dieser Hinsicht insbesondere auf die Fragen der Rohstoffbeschaffung im Ausland sowie die Angelegenheiten der Personen- und Sachdemobilisierung.

In der Debatte hob kaiserlicher Rat Perschak namentlich auch hervor, daß die Steuermoral erschüttert werden müsse, wenn die Finanzverwaltung nach rechtskräftiger Vorschreibung und Bezahlung von Steuern nachträglich für vergangene Jahre neuerlich Steuern einhebe, wie dies bei der Exkontingentierung der Erwerbsteuer bereits geschehen sei und bei der Kriegsgewinnsteuer vom Abgeordnetenhause beabsichtigt werde. Hiedurch werde dem Steuerträger jede Sicherheit und jede Möglichkeit einer Kalkulation benommen. Während es die wichtigste Aufgabe aller berufenen Faktoren wäre, die Produktion zu heben, muß es im Ausland für den österreichischen Staatskredit abträglich wirken, wenn in unserem Parlament kapitals- und erwerbsfeindliche Tendenzen beinahe ohne Widerspruch die führende Rolle spielen.

Kommerzialrat Weinberger lenkt die Aufmerksamkeit speziell auf die Frage der Rohstoffversorgung. Die Ungewißheit darüber, ob und inwieweit die im Auslande beschafften Rohstoffe im eigenen Betriebe werden verarbeitet werden können, lähmt jedwede Tätigkeit von Industrie und Handel auf diesem Gebiete. Der Vorschlag der Brünner Kammer, grundsätzlich die Verwendung im Eigenbetriebe unter der Bedingung zuzugestehen, daß ein im voraus bestimmter Teil der Rohstoffe für die minder kapitalskräftigen Firmen an eine Zentrale abgeführt wird, hätte alle Interessen befriedigt. Redner beklagt das mangelnde Eintreten unserer Regierung anläßlich der Requisitionen von Wollen österreichischer Eigner in der Türkei.

Kammermitglied Giugno legt ziffermäßig dar, in welch geringem Umfange Lederzuweisungen für den Zivilbedarf an das Kleingewerbe erfolgen. Die Gewerbetreibenden werden in der Uebergangswirtschaft seitens der Regierung offensichtlich völlig vernachlässigt.

Kammermitglied Waller bespricht das Abfließen von Woll- und Baumwollwaren nach Ungarn im Gefolge der Preistreibereiverordnung und die außerordentlich ungünstige Lage, in welche der Manufakturwarenhandel geraten ist, während es der Baumwollindustrie möglich war, ihre Bestände zu guten Preisen abzustoßen.

Kammermitglied kaiserlicher Rat Grünfeld bespricht die bekannten Anträge Steinwenders. Er befürchtet, falls die Tendenzen des Abgeordnetenhauses die Oberhand behalten, daß Oesterreich wiederum Menschen und nicht Waren wird exportieren müssen. Eine Kundgebung sämtlicher Handelskammern in dieser Hinsicht wäre zu wünschen.

Kammermitglied Hochstetter erörtert, daß die Fragen der Demobilisierung nicht zu lösen sein werden ohne einen groß angelegten staatlichen Arbeitsnachweis, und fordert die Regierung auf, in dieser Richtung so rasch als möglich Vorkehrungen zu treffen. Kostbare Zeit sei ohnehin ungenützt schon verloren gegangen.

Neues Wiener Tagblatt

23./IX. 1917

Wirtschaftliche Wochenchronik.

16. September. Eine neue Budapester Kommunalanleihe von 200 bis 250 Millionen Kronen angekündigt. — Eine ganze Reihe ungarischer Banken zeigt bevorstehende Erhöhungen ihres Aktienkapitals an. — Abbau des Moratoriums für Siebenbürgen. — Die gesamte amerikanische Zuckerindustrie unter die Kontrolle der Regierung gestellt.

17. September. Steigerung des Silberpreises in New-York auf 100½ Cents. — Gründung eines Verbandes tschechischer Banken.

18. September. Beginn der Spezialdebatte über die Kriegszentralen in der Kommission für Kriegswirtschaft. — Deutsch-österreichisch-ungarische wirtschaftliche Verhandlungen in Budapest. — Ungarische Höchstpreise für Mais. Die Hälfte der Erzeugung an die Kriegsgetreidegesellschaft abzuliefern.

19. September. Der Wiener Stadtrat nimmt ein Anbot der Wiener Banken an, eine 4½prozentige amortisable städtische Anleihe von 80 Millionen Kronen zum Kurse von 94·5 zu übernehmen. — Beginn der Subskription auf die siebente deutsche Kriegsanleihe. — Von der amerikanischen Budgetkommission werden die Kriegsausgaben der Vereinigten Staaten auf 250 Millionen Dollar täglich veranschlagt. — Baumwollhausse in New-York.

20. September. Regierungserklärungen im Ernährungsausschuß über die Zuckerversorgung. Eine Erhöhung des Preises und Verminderung der Kopfquote angekündigt. — Die amerikanischen Ausfuhrverbote nach den neutralen Ländern treten in Kraft.

21. September. Bisherige französische Kriegskredite 102 Milliarden Franken. — Weiteres Steigen des New-Yorker Silberpreises auf 106½ Cent.

22. September. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses tritt für die Ausgabe kurzfristiger Schatzanweisungen ein. — Eine ungarische Ministerialverordnung verfügt, daß Unternehmungen, deren Tätigkeit gegen die Interessen des Vaterlandes verstößt, unter behördliche Aufsicht gestellt werden können.

Österr. Volkszeitung

28./IX. 1917

130

Die Not des Mittelstandes. Abgeordneter Dr. v. Langenhan richtete in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses an den Ministerpräsidenten betreffend die traurige Lage des Mittelstandes eine Anfrage, in der er die Veranstaltung einer Enquete forderte, in der den Mittelstandsorganisationen Gelegenheit geboten werde, den Vertretern der Regierung ihre Wünsche und Beschwerden sowie ihre Vorschläge zur Besserung der Lage des Mittelstandes vorzubringen und zu begründen. Die Anfrage verlangt schließlich von der Regierung, darüber Aufklärung zu geben, welche Maßnahmen sie zur Verbesserung der traurigen Lebensverhältnisse des Mittelstandes zu ergreifen gedenkt.

29./IX. 1917

132

Volkswirtschaft und Staatshaushalt.

Nicht Selbstzweck ist der Staatshaushalt. Die Wirtschaft des Staates schwebt nicht schwerlos über den Wassern, sondern wurzelt in der Wirtschaft des Volkes, aus der sie ihre Nahrung zieht wie der Baum aus der Erdkrume. Es gibt üppig wuchernde Gewächse, die ihren Boden überrasch aussaugen und so sich selbst zum frühen Verdorren verurteilen. Die Ausdehnung des Staatshaushaltes findet ihre festen und natürlichen Grenzen an den Erträgen der Volkswirtschaft; schöpft er diese aus, so verkümmert der Boden mitsamt dem Baume.

Das Narkotikum einer stets willigen Presse wiegt die Staatsbürger in Sorglosigkeit. In dem Eifer, die ernste vaterländische Pflicht der Besitzenden zur Zeichnung von Kriegsanleihe zum Geschäft und beinahe zum Vergnügen zu machen, treibt sie nicht nur selbst den Zinsfuß hinauf, sondern macht den Rentenbesitz populär. Der Finanzminister findet, an den Kriegsanleihen seien die weitesten Volkskreise interessiert, auch die Einleger der Sparkassen, und gerade darin, daß die Kriegsanleihen in den weitesten Schichten der Bevölkerung untergebracht sind, seien eine Versicherung und ein Anker für ihre Sicherheit zu sehen; die Regierung und die Volksvertretung würden daher vereint dafür sorgen, daß keine Art sonstigen Vermögens vor den Kriegsanleihen einen Vorzug genießt. Aber für diesen Vorzug der Anleihen sorgt schon ihre übermäßig hohe Verzinsung, die wir offenkundig dem absoluten Regime und seiner Schwäche gegenüber dem Finanzkapital zu danken haben. Eine gewissenhafte Volksvertretung, die, von der Notwendigkeit der Kriegführung überzeugt, vom Kapital Opfer zu fordern das volle Recht besessen hätte, würde klug getan haben, alle Lock- und Reizmittel zu verschmähen und Zwangsanleihen zu mäßigem Zinsfuß auszuschreiben. Schon dadurch würden wir vielleicht die Zinsenlast um ein Drittel oder ein Viertel verringert haben. Zugleich wäre der falsche Schein vermieden worden, als ob die Umwandlung eines vollen Drittels unseres Volksvermögens in zinstragende Papiere, in müßige Rententitel, in eine Quelle arbeitslosen Einkommens am Ende gar empfehlenswert wäre. Ein solcher Berg von Schuldtiteln erzieht einen beträchtlichen Volksteil zu einem Rentnerdasein ohne die Nötigung zu irgend einer wirtschaftlichen Betätigung; er läßt es vermöge der Verzinsung den Vermögenden wünschenswert erscheinen, selbst von der Unternehmertätigkeit abzusehen und zu „privatisieren". Die Rente zehrt allmählich so manche sittliche Kraft auf, die unsere Landesbewohner bisher ausgezeichnet hat; hiefür ist die Bevölkerungsentwicklung Frankreichs für alle Welt ein warnendes Beispiel. Zu diesen Verlockungen kommt eine Reihe arger Erschwerungen: Besteht etwa ein Drittel alles Vermögens in Papier, so müssen die anderen zwei Drittel des Volksvermögens aus ihren Erträgnissen das eine Drittel verzinsen; diese Last schmälert die Wirtschaftserträge so, daß die wertschaffende Tätigkeit schlecht lohnt. Wir wissen das vom nahen Orient her, wo die Abgabe des Drittels die Landwirtschaft verelendet hat. Eine Steuerlast von solcher Wucht bringt den Wirtschaftsgeist wie die Arbeitskraft zum Verkümmern. Aus den kargen Resten, die die Steuer übrig läßt, bilden sich allzu langsam neue Kapitalien und die wirtschaftliche Entwicklung gerät ins Stocken. Wirtschaftlicher Stillstand erzeugt Arbeitslosigkeit, Konsumeinschränkung und Massenelend. Weit entfernt, irgend einen Vorteil zu bringen, steigert dieser Zustand seine Uebel beinahe von Monat zu Monat. Darum scheint es uns höchst gefährlich, ja ganz unmöglich, sich durch reguläre Steuern auf diese Kriegsschuld irgendwie ständig einzurichten. Wir glauben sogar, daß es nicht einmal gelingen kann, weil die Methoden der Steuer hier überhaupt versagen: aber selbst wenn es gelingen könnte, dürfte es nach unserer Ueberzeugung nicht unternommen werden. Der Staatshaushalt kann nicht so eingerichtet werden, daß der Volkswirtschaft die Luft zum Atmen auf die Dauer benommen bleibt.

Die Arbeiterklasse stand weit abseits, als sich die Kabinette Europas in den Krieg verstrickten, als die Spannungen des kapitalistischen Wettstreits zur Entladung kamen und der in allen Staaten herrschend gewordene Militarismus sein Werk antrat — sie hat keinen Anlaß, sich jetzt mit rettenden Vorschlägen vorzudrängen, wo der Schaden da ist und der Ausweg gesucht wird. Allerdings hat sie auch keinen Grund zur Schadenfreude, da sie selbst unter den Wehen wie unter den Nachwehen des Krieges am meisten leidet. Sie muß jedoch vorweg für die freundliche Einladung danken, die Kriegslast hinterher durch indirekte Steuern gerade auf die eigenen schuldlosen Schultern zu nehmen. Die Kosten des imperialistischen Wettstreits des Kapitals wird in erster Linie dieses Kapital selbst zu tragen haben, zumal da es sich im Krieg an der allgemeinen Not noch recht ansehnlich herausgemästet hat. Das Proletariat und die Masse der kleinen Leute sind wohl mit Fug überrascht durch die Botschaft, daß man eine große Vermögensabgabe für nicht aktuell hält und erst eingehenden Studiums bedürftig findet. Das Volk zahlt die Wirrnis der Welt mit seinem Blute, es ist nur recht und billig, daß das Kapital den Schaden mit seinem Gute zahle. Die Vermögensabgabe ganz oder auch nur auf Zeit auszuschalten und der indirekten Lohnsteuer beim Zahlen höflich den Vortritt zu lassen ist eine Zumutung, die keiner Volksvertretung der Welt gestellt werden kann. Wenn schon Steuern, dann vor allem die Vermögenssteuer! Die Finanzverwaltung wird also ihr Programm auf jeden Fall sehr gründlich revidieren müssen.

Aber es kann sich bei der tiefen Erschütterung unseres Wirtschaftslebens ganz und gar nicht darum handeln, durch ein System von neuen und erhöhten Steuern die Zinsenlast zu decken und so zwischen Volksvermögen und Staatsschuld gleichsam die dauernde Symbiose von Baum und Flechte herzustellen. Das wäre tatsächlich die systematisierte Verelendung unserer Volkswirtschaft, das hieße neben je zwei schaffenden Bürgern einen dritten einnisten, der von dem Fleiße der beiden lebt. Eine derartige Wirtschaftsverfassung ertrüge kein Volk, auch wenn es sonst Engelsgeduld besäße. Darum behaupten wir, daß die Kriegsschuld überhaupt kein Problem der Besteuerung ist, sondern eine hochernste, die Zukunft unseres ganzen Volkes entscheidende wirtschaftliche und soziale Frage. Wirtschaftlich, weil von ihrer Beantwortung abhängt, ob und wie wir überhaupt weiter wirtschaften können, und sozial, weil zu entscheiden steht, ob wir über unserem Volkskörper dauernd eine breite und mächtige Klasse von arbeitsfremden Rentnern einrichten wollen, der alle arbeitenden und sonst tätigen Schichten, Arbeiter wie selbstwirtschaftende Unternehmer, auf Jahrzehnte hinaus tributpflichtig sein müßten. Diese zwei Fragen sind uns allen Ernstes gestellt und darum lautet die uns gestellte Aufgabe tatsächlich — das ist kein Narkotikum —, ohne Ansehen der zu bringenden Opfer die Kriegsschuld so rasch als möglich aus der Welt zu schaffen. Und einen gangbaren Weg dazu der Volksvertretung zu weisen ist die Pflicht einer gewissenhaften Finanzverwaltung wie einer einsichtsvollen Volksvertretung. Wenn das Finanzprogramm dieser Regierung zur Erörterung kommen sollte, wird die Beratung tiefer greifen müssen als die Pläne und Gründe des Finanzministers.

30./IX. 1917

133

(Geheimer Rat Matlekovits über die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland.) In der gestrigen Sitzung des Exekutivkomitees des Landes-Industrievereins äußerte sich Geheimer Rat Alexander v. Matlekovits über die im Zuge befindlichen deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverhandlungen wie folgt: Unser Verein hat schon vor einiger Zeit den auch der Regierung mitgeteilten Standpunkt gebilligt, daß, wie sehr wir auch auf wirtschaftlichem Gebiete die Annäherung zu Deutschland wünschen und diese auch in der Zollpolitik fördern wollen, doch weder die Zollunion, noch das Präferentialsystem die Grundlage sein kann, auf der ein Handels- und Zollvertrag mit Deutschland aufgebaut werden kann, sondern daß einzig und allein ein auf der beiderseitigen aufrichtigen Freundschaft und auf der wechselseitigen Förderung der wirtschaftlichen Interessen beruhender Handelsvertrag anzustreben sei. Es heißt, daß die Verhandlungen auf Grundlage der Präferenz gepflogen werden. Das können wir nicht glauben, ja, wir halten es für unmöglich. Dieses System ist vollkommen verfehlt, denn es widerspricht dem Prinzip der Meistbegünstigung. Der wirtschaftliche Zustand der Monarchie, namentlich aber der Deutschlands erfordert, daß sie in allen Staaten dieselben Vorteile, dieselbe Behandlung genießen, wie jedes andere Land. Wie können sie aber die Meistbegünstigung von jedem anderen Staate fordern, wenn sie selbst dritten Staaten jene Begünstigungen verweigern, die sie einander sichern. Durch das Präferentialsystem provozieren sie den Zollkrieg und sie geben Anlaß dazu, daß auch andere Staaten einander gegenüber dieses System einbürgern, uns gegenüber aber das Differentialverfahren befolgen. Das Präferentialsystem ist für den so wünschenswerten friedlichen internationalen Handel um so gefährlicher, weil man bei uns wie in Deutschland die bisher befolgte Zollpolitik mindestens mit jener Schutzwirkung anwenden will, die bisher in Geltung war. Deutschland wird die bisherigen Agrarzölle uns zuliebe nicht herabsetzen; wenn es uns auf agrarischem Gebiete Zollvorteile sichern wollte, müßte es die heutigen Zölle für uns binden und sie dritten Staaten gegenüber erhöhen, das heißt, es würde jene Länder provozieren, die, wie Rußland, Nordamerika, Argentinien, bei der Ausfuhr der betreffenden Artikel interessiert, ja an dem deutschen Konsum noch mehr beteiligt sind als wir. Wir, beziehungsweise Oesterreich, halten die heutigen Industrieschutzzölle gerade Deutschland gegenüber für notwendig; wir wünschen sie (beispielsweise bei Schuhen) gerade der deutschen Konkurrenz gegenüber zu erhöhen. Wir könnten daher Deutschland in diesen Artikeln nur dann Präferentialzölle zugestehen, wenn wir die gegenwärtigen oder höhere als die gegenwärtigen Zölle binden und dritten Staaten gegenüber noch höhere Zölle aufrechthalten, das heißt allen Industriestaaten gegenüber ein feindseliges Verhältnis schaffen würden. Durch Präferentialzölle würde Deutschland ebenso wie die Monarchie das Recht der freien Verfügung den übrigen Staaten gegenüber binden. Bei einer solchen Bindung wäre aber die Entwicklung der Vertragspolitik unmöglich. Wollte also bei dem Präferentialsystem Deutschland mit dritten Staaten Zollverträge schließen, müßte es die uns gesicherten Präferentialzölle aufheben, beziehungsweise es müßte sie auch dritten Staaten bieten. Insolange dritte Staaten die Meistbegünstigung nicht auch für den Fall sichern, wenn Oesterreich und Deutschland einander Präferentialzölle zugestehen, bedeutet der auf das System der letzteren gegründete Vertrag die gewaltsame Provozierung des Zollkrieges, was weder in unserem Interesse, noch in dem Deutschlands liegt. Es ist eine frivole Leichtfertigkeit, wenn man in Ungarn glaubt, daß Deutschland uns für unsere Gerste, unser Holz, unseren Wein und unsere Tiere gegen die Konkurrenz sichernde Präferentialzölle für die Dauer eines langfristigen Vertrages gewähren kann, während gerade für diese Artikel solche Länder mehr Interesse haben, die für den Export Deutschlands von großer Bedeutung sind. Wir müssen mit Deutschland auch auf wirtschaftlichem Gebiete in ein näheres Verhältnis treten, was auch ohne Zollunion und Präferenz erreicht werden kann, ja sogar infolge unseres politischen Bündnisses erreicht werden muß. Die Grundlage hiezu ist ein aufrichtiger, die Wirtschaftsinteressen gegenseitig beherzigender Zoll- und Handelsvertrag. Im Zolltarif sind heute viele ungarische Waren mit Zöllen belegt, die Deutschland weder aus finanziellem Gesichtspunkte, noch aus jenem des Schutzbedürfnisses nützlich sind, bei denen die Zollbehandlung den Export schwerfällig und durch das leichte Verderben dieser Waren sogar unmöglich macht. Die Aufhebung dieser Zölle würde also beiden Teilen nur zum Vorteil gereichen. Auch die bisherige Beschränkung unseres Viehverkehrs kann nicht aufrechterhalten werden. Viele Grenzzölle können zum Nutzen beider Parteien geregelt werden. Die so oft betonte wirtschaftliche Annäherung könnte mit einigem Wohlwollen verwirklicht werden, ohne die Gefahr des Zollkrieges im internationalen Handel heraufzubeschwören. Schließlich ist hervorzuheben, daß die gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse es gebieten, die zollpolitischen Verhältnisse nicht jetzt zu regeln, sondern erst nach Wiedereintritt der Friedenszustände. Es ist unmöglich, bis Ende dieses Jahres unsere sämtlichen zoll- und handelspolitischen Verhältnisse definitiv zu regeln. Bei dem Uebergange werden außerordentliche Maßnahmen notwendig sein, die mit den ordentlichen Handelsverträgen im Gegensatze stehen oder in ihnen nicht enthalten sind. Die Regierung wird die wirtschaftlichen Interessenten bei den zollpolitischen Verhandlungen hoffentlich berücksichtigen. Das Komitee machte sich die Darlegungen des Präsidenten einmütig zu eigen.

Neues Wiener Tagblatt

30./IX. 1917

134

(Die wirtschaftlichen Verhandlungen der Monarchie mit Deutschland.) Aus Budapest wird uns telegraphiert: Im Landesindustrieverein hielt Geheimer Rat Alexander v. Matlekovich eine längere Rede, in der er sich mit den gegenwärtig in Budapest stattfindenden wirtschaftspolitischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn beschäftigte. Er führte aus, daß weder eine Zollunion noch Präferenzzölle jene Grundlage bieten können, auf welcher der neue Zoll- und Handelsvertrag mit Deutschland zustande kommen kann und einzig und allein die gegenseitige aufrichtige Freundschaft sowie die wechselseitige Förderung der Handelsinteressen maßgebend sein müssen für den Vertragsabschluß. Insbesondere wandte er sich scharf gegen die Einführung der Vorzugszölle, die mit den Meistbegünstigungsverträgen in krassem Widerspruch stehen. Insolange als dritte Staaten uns nicht die Meistbegünstigung auch für den Fall sicherstellen, als zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland Präferenzzölle eingeführt werden, könne man auf Grund der letzteren kein Abkommen treffen. Eine engere Wirtschaftsgemeinschaft mit Deutschland könne auch ohne Zollunion und Vorzugszölle auf Grund des politischen Bündnisses verwirklicht werden, insbesondere durch einen guten Zoll- und Handelsvertrag, über dessen Einzelheiten sich Redner in eingehender Weise äußerte. Uebrigens sei es am zweckmäßigsten, augenblicklich keine endgültige Lösung vorzunehmen, sondern die Uebergangswirtschaft zu regeln, damit die zollpolitische Situation erst dann eine vollständige Lösung erfahre, bis die Friedensverhältnisse auf der ganzen Linie eingetreten sind.

Neues Wiener Tagblatt

30./IX. 1917

185

Wirtschaftliche Wochenchronik.

23. September. Neue russische Notenemission von 2 Milliarden Rubel. Seit Kriegsbeginn 14·2 Milliarden Rubel emittiert. — Höchstpreise für Kupfer und Zucker in Amerika.

24. September. Gemeinsame Beratung der Wirtschaftsverbände Oesterreichs, Ungarns und Deutschlands in Wien über die Währungs- und Devisenfrage. — Der Budapester Börsenrat ordnet an, daß wegen der Anhäufung der Börsenaufträge am 25. und 26. September der Börsenprivatverkehr ruhen soll.

25. September. Eröffnung der Herbstsession des Reichsrates. Ministerpräsident Ritter v. Seidler entwickelt das Wirtschaftsprogramm der Regierung. — Verordnung betreffend Vorkehrungen für die Bekleidung der Bevölkerung. Einführung einer Kleiderkarte. — Der Wiener Gemeinderat genehmigt einstimmig den Abschluß der 80-Millionen-Anleihe mit dem Wiener Bankenkonsortium. — Gesamtresultat der Zeichnungen auf die russische Anleihe 3·9 Milliarden Rubel. — Verbot der amerikanischen Goldausfuhr nach Spanien.

26. September. Einbringung des Budgets einschließlich der Kriegsausgaben für 1917/18 im Abgeordnetenhause. Gebarungsabgang 17·97 Milliarden Kronen. Exposé des Finanzministers Freiherrn v. Wimmer.

27. September. Verordnung betreffend die Erhöhung der Zuckerpreise. — Requirierung aller amerikanischen Handelsschiffe durch die Regierung.

28. September. Eine neue englische Kriegsanleihe, binnen zehn Jahren mit 2 bis 5 Prozent Prämie rückzahlbar, wird zur Subskription aufgelegt. — Abschwächung des enorm gestiegenen Silberpreises in London und New-York.

29. September. Ein Zuckermonopol in Rußland von der Regierung beschlossen. — Diskonterhöhung der Schwedischen Reichsbank auf 6 Prozent.

30./IX. 1917

136

Naturalwirtschaft.

Das allmähliche Wiederaufleben einer Naturalentlohnung, das wir während des Krieges deutlich zu verfolgen vermögen, wird nach dem Frieden durch lange Zeit der Gesamtwirtschaft ein besonderes Gepräge verleihen. Wenn große Unternehmungen, wie nicht anders zu erwarten ist, genötigt sein werden, ihre Angestellten auch weiterhin mit den wichtigsten Lebensmitteln und mit den erforderlichen Artikeln für Bekleidung, Behoizung und Beleuchtung zu versorgen, so wird dies nicht nur die wirtschaftliche Lage der mittleren und unteren Schichten des Handels und Gewerbes nachteilig beeinflussen, worüber an dieser Stelle bereits ausführlich gesprochen worden ist. Durch diesen Vorgang werden überdies große Warenmengen dem freien Markt entzogen, ähnlich wie sie während des Krieges, insofern zum Beispiel militärisch wichtige Betriebe in Frage kommen, vorweg den jeweils verfügbaren Quantitäten entnommen werden, so daß nur der Rest zur allgemeinen Verteilung bestimmt wird. Die Entwicklung geht sogar dahin, daß bedeutende Betriebe entweder selbst Produzenten werden, in dem sie, um sich die Ware teilweise zu beschaffen, landwirtschaftlichen Grund und Boden entweder erwerben oder in Pacht übernehmen, oder daß sie die gleichen Bestrebungen bei ihren Angestellten fördern (Kleintierzucht, Schrebergärten usw.). Es zeigt sich eben deutlich, daß bei nicht ganz normalen Verhältnissen auch beträchtliche Erhöhungen des Geldlohnes nur sehr geringe und sehr vorübergehende Wirkungen ausüben. Das beste Beispiel bieten die Teuerungszulagen der Staatsangestellten und der Staatsbahnarbeiter, die in das heurige Budget mit dem gewaltigen Betrag von 562 Millionen Kronen eingestellt sind und die dennoch nur einem Tropfen auf einem heißen Stein gleichen. Diese Geldunterstützung ist von doppeltem Nachteil für die Allgemeinheit: Sie erhöht den Banknotenumlauf und vermehrt die Nachfrage um die nur in beschränktem Maße vorhandene Ware, treibt somit deren Preis weiter in die Höhe. Der dadurch erzielte geringe Nutzen steht also mit dem verursachten allgemeinen Schaden in gar keinem Verhältnis.

Derartige Zustände können durch den Friedensschluß nicht gleich beseitigt werden. Denn erstens ist es eine Naivität, zu glauben, daß sich die Anzahl der Staatsangestellten nach dem Kriege vermindern wird. Sie wird im Gegenteil ganz bedeutend zunehmen, nicht nur deshalb, weil sich der Aufgabenkreis des Staates immer mehr erweitert, sondern vor allem deswegen, weil der Staat gezwungen sein wird, eine überaus große Zahl von Invaliden, besonders jüngeren Alters, zu beschäftigen, also mit Arbeitskräften vorliebzunehmen, die nur eine geminderte Leistungsfähigkeit aufweisen. Ferner wird, wie wir schon jetzt wissen, die Inflation der Noten, der ungünstige Stand der Währung, die Knappheit an Waren usw. nicht sofort aufhören; es wird vieler Jahre bedürfen, um aus den wirtschaftlichen und finanziellen Wirrnissen herauszukommen, in die uns der Krieg gebracht hat.

Der Rückgang der Geldentlohnung, die Zunahme der Naturalentlohnung und der Naturalwirtschaft werden in diesem Stadium der Wirtschaftsführung sehr nützlich wirken. Sie verschaffen eine Erleichterung der Marktlage und können dadurch, daß sie Millionen von Existenzen von den Störungen und Erschütterungen des (Geld- und Waren-)Weltmarktes unabhängig machen, sehr viel zur Vermeidung von sozialen Kämpfen beitragen. Nun ist zwar, wie dargetan, die Erweiterung des Naturallohnes im Zuge der Zeit gelegen. So wird sie sich zum Beispiel notgedrungen auch auf dem Gebiete der Wohnungen in erhöhtem Maße geltend machen müssen. Denn infolge der jahrelangen, beinahe vollständigen Unterbrechung der Bautätigkeit wird der schon jetzt fühlbare Wohnungsmangel so anwachsen, daß er schon aus technischen Gründen nicht bald zu beheben sein wird. Man darf nicht übersehen, daß die Baumaterialien, zumal Ziegel, Holz, Zement, Eisen usw., Massenartikel und sehr schwer sind, und daher an die Transportanstalten, die doch nach Friedensschluß im Vergleich zu den ungeheuren Aufgaben nicht gleich sehr leistungsfähig sein können, außerordentliche Anforderungen stellen. Dazu kommt noch der Umstand in Betracht, daß sich die Bauführung infolge des ungeheuren Steigens der Materialpreise und teilweise auch der Löhne überaus verteuern muß. Die großen Betriebe werden daher, was schon jetzt aus vielen Anzeichen hervorgeht, für ihre Arbeiter in weit höherem Maße als bisher Naturalwohnhäuser errichten. Aber auch für den Staat wäre die Anwendung dieses Mittels, wie überhaupt die systematische Ausgestaltung des Naturalentlohnungswesens sehr empfehlenswert. Der Beginn der Demobilisierung würde hierzu die beste Gelegenheit bieten. In diesem Zeitpunkt werden unzählige Anstalten, die sich während des Krieges mit der Versorgung der Millionenarmee befassen, wie beispielsweise die militärischen Bäckereien und Schlächtereien, die Werkstätten zur Erzeugung von Kleidern, Schuhen, von Wäsche usw. überflüssig. Sie sollten aber, nach Erfüllung ihres eigentlichen Zweckes, nicht liquidiert, sondern zur Versorgung der staatlichen Angestellten und besonders der Arbeiter weiter betrieben werden. Um zu ermessen, in welchem Maße dadurch — abgesehen von allen anderen Vorteilen — der Banknotenumlauf vermindert werden könnte, braucht man sich nur vorzustellen: Welche Mengen von Noten müßten gedruckt werden, wenn der Staat jetzt nur der im Hinterland befindlichen Mannschaft zur Beschaffung der Menage, der Bekleidung und der Wohnung bares Geld geben wollte? Ist es doch ferner eine Tatsache, daß der Betrag, den sich die Soldaten von ihren so kleinen Bezügen, die sich täglich bloß auf den Bruchteil einer Krone belaufen, erübrigen und bei sich behalten, schätzungsweise mehr als zwei Milliarden Kronen ausmacht, was der gesamten Notenzirkulation in Friedenszeiten entspricht.

Die Zeit
3./X. 1917

Volkswirtschaftliche Wandlungen im Kriege.

Die Entfaltung unseres Wirtschaftslebens in den Jahren vor dem Kriege wird allgemein als eine Folge der weitgehenden Verkehrsfreiheit, der sich alle Zweige wirtschaftlicher Betätigung zu erfreuen hatten, angesehen. Dieser wirtschaftlichen Verkehrsfreiheit waren allerdings in den letzten drei Jahrzehnten durch die Wuchergesetzgebung und durch eine Reihe sozialer Gesetze in ihrer Entwicklung gewisse Schranken gezogen. Die Beschränkungen, die sie dem wirtschaftlichen Getriebe auferlegen, wirkten aber nicht entwicklungshemmend. Die Kraft der großkapitalistischen Wirtschaftsgebilde steigerte auch die Trag- und Leistungsfähigkeit kleinerer Unternehmungen, und die nicht nur auf den zwischenstaatlichen Verträgen fußende, sondern für zahlreiche Gruppen von Unternehmungen auch durch internationale mit gleichen oder ähnlichen Unternehmergruppen gesicherte und ausgebaute Verkehrsfreiheit hat hinreichende Möglichkeiten, die mit den sozialen Gesetzen verbundene Belastung zu verteilen oder abzuwälzen. In diese sich nach einer inneren Gesetzmäßigkeit abwickelnde Wirtschaftsweise, die allen europäischen Staaten einen gewissen Wohlstand, einzelnen einen uns erst heute meßbaren Reichtum gebracht hatte, brachte der Krieg eine grundstürzende Wandlung.

Mit einer noch in keiner Kriegszeit verzeichneten Raschheit wurden die unter der Herrschaft der Vertrags- und Gewerbefreiheit ausgestalteten und erworbenen Privatrechte durch staatliche und behördliche Ausnahmsverfügungen eingeengt; und die Gemeinwirtschaft verdrängt, trotz alles Widerstandes, mit anscheinend noch immer wachsender Kraft und Schnelligkeit die schwer errungene Privatwirtschaft. Diese Erscheinung ist infolge der langen Kriegsdauer und der Hartnäckigkeit und Heftigkeit der Kriegführung nicht nur auf die vom freien Weltverkehr abgeschlossenen Mittelmächte beschränkt. Selbst in den Musterländern der wirtschaftlichen Freiheit, in England und den Vereinigten Staaten, erzwang der Krieg die staatliche Ueberwachung und Regelung des Lebensmittelverkehrs, der für diese Länder besonders wichtigen Schiffahrt, nachdem in England die Kohlen- und Eisenindustrie schon früher und kürzlich auch die Baumwollindustrie sich einschneidende staatliche Eingriffe gefallen lassen mußten. Der kaum mehr abzuleugnende Mißerfolg der in der Kriegszeit zweifellos bis zu einem gewissen Maße notwendigen, aber doch nur als Kunstprodukt wirkenden Gemeinwirtschaft ist insofern verständlich und natürlich, als diese einer ihr wesensfremden Wirtschaftsform aufgepfropft und nicht aus ihr hervorgewachsen ist. Die Verschachtelung zweier gegensätzlicher Wirtschaftsweisen zeitigt auf dem immer enger werdenden Gebiete freier Erwerbstätigkeit die vielbeklagten Auswüchse und Uebertreibungen mit natürlicher Gesetzmäßigkeit.

Aus dem wirtschaftlichen Chaos der Kriegszeit entwickeln sich teilweise unter der Einwirkung der Ausnahmsverhältnisse neue Wirtschaftsgebilde, wie sie in dieser Geschlossenheit und wirtschaftlichen Unabhängigkeit frühere Zeiten nicht kannten. In der letzten Zeit mehren sich die Nachrichten, daß große industrielle Unternehmungen, besonders der Schwerindustrie, sich durch Angliederung von Eisen-, Metall- und Kohlenwerken in ihrem Rohstoffbezug und durch Angliederung von landwirtschaftlichen Betrieben in der Lebensmittelversorgung für ihre Arbeiter und Angestellten von anderen Unternehmungen, vom Markte und von der unzulänglichen staatlichen Versorgung möglichst unabhängig zu machen suchen. Gegenwärtig streben zwar vorwiegend die für die Kriegführung direkt arbeitenden Unternehmungen, an deren Leistungsfähigkeit besonders hohe Ansprüche gestellt werden, die Ausgestaltung ihrer Betriebe an oder haben sie, wie die Böhler-Werke, die Berndorfer Krupp-Werke, die Skodawerke, die Poldihütte und einige andere, zum Teile schon durchgeführt.

Mit gewissen Vorbehalten, die erst der Erfolg beseitigen kann, darf heute schon gesagt werden, daß diese Erwerbsunternehmungen, die eine innige Verbindung von Unternehmergeist, Kapital und Arbeit darstellen, mehr zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens in der Uebergangs- und kommenden Friedenszeit beitragen werden als die bisherigen gemeinwirtschaftlichen wenig glücklichen Experimente.

Neues Wiener Tag

7/X. 1917

138

Wirtschaftliche Wochenchronik.

1. Oktober. Valuta- und Warenübereinkommen zwischen der Schweiz und Frankreich. — Die zweite amerikanische Kriegsanleihe von drei Milliarden Dollar zur Zeichnung aufgelegt. — Wiedereröffnung der Börsen in Rom und Mailand.

2. Oktober. Veröffentlichung der Vorträge der Staatsschuldenkontrollkommission an den Kaiser. — Neue Approvisionierungsmaßnahmen in Ungarn. Einführung zweier fettloser Tage daselbst. — Bundesratsverordnung betreffend die Einführung des Konzessionszwanges für Aktiengesellschaften in Deutschland. — Ein amerikanisches Kriegssteuergesetz ermächtigt die Regierung zur Einhebung von 2575 Millionen Dollar Steuern.

3. Oktober. Neuer englischer Kriegskredit von 12½ Milliarden Schilling vom Parlament gefordert. — Abschluß eines türkischen Anlehens von fünfzig Millionen Pfund in Deutschland. — Allgemeines englisches Ausfuhrverbot gegen Neutrale. — Einführung des Zuckermonopols in Rußland. — Deutsch-holländisches Kohlenübereinkommen.

4. Oktober. Vorbesprechungen über die siebente österreichische Kriegsanleihe. — Sperre der Futtermittelvorräte in Ungarn. — Beschränkung der Spirituserzeugung in Ungarn. Aufnahme der Weinvorräte daselbst. — Preiserhöhungen in der deutschen Eisenindustrie.

10.

10./X. 1917

139

Die deutschen Wirtschaftsinteressen im Ausland.

Die Vereinigung zur Förderung deutscher Wirtschaftsinteressen im Ausland, Sitz Köln, hatte heute früh zu einer Hauptversammlung zahlreiche Kreise aus Industrie und Handel im großen Saale des „Kaiserhofs" (Berlin) vereinigt, in der Handelskammersyndikus Dr. Brandt (Düsseldorf) einen Vortrag hielt über „Zwangssyndikate und Staatsmonopole". Redner kam am Schluß seines mit Beifall aufgenommenen längeren Vortrages zu dem Ergebnis, daß Zwangssyndizierungen nicht eher einzuführen wären, als bis Handel und Industrie von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit überzeugt wären und Schädigungen nicht zu erwarten seien. Folgende Entschließung gelangte zur Annahme:

Die Vereinigung zur Förderung der deutschen Wirtschaftsinteressen im Auslande hält die freiheitliche Wirtschaftsordnung, der Deutschlands Wirtschaftsaufschwung in der Vergangenheit zu danken war, auch in der Zukunft für die richtige Grundlage der deutschen Volkswirtschaft. Daher muß sie dem Rufe einzelner Industrien nach Zwangssyndizierung und dem Verbot neuer Industriegründungen und dem Bestreben des Reiches, große Industriezweige und die Umsätze wichtiger Rohstoffe durch Monopole in die Hand des Staates zu bringen, entgegentreten. Der Wunsch nach Zwangssyndizierung mag dem Standpunkte der augenblicklichen Nützlichkeit für einzelne Industrielle entsprechen, die Allgemeinheit der Gewerbe darf dem Versuch nicht zustimmen, wichtige Teile der Industrie durch zunftmäßige Bindungen oder durch Aufrechterhaltung der durch den Krieg oder die Uebergangswirtschaft nötig gewordenen zwangsläufigen Industrieorganisationen oder durch die Einrichtung von Reichsmonopolen starkem staatlichen Einflusse zu unterwerfen, der die einseitige Wahrung des rein fiskalischen Standpunktes immer vor der Notwendigkeit der höchsten technischen und kaufmännischen Leistung der Gewerbe- und Kaufmannsbetriebe setzen wird. So wertvoll auch die Syndikate für die Stetigkeit der Industrieverhältnisse sind, so müssen sie doch auf dem freien Entschlusse der Beteiligten aufgebaut bleiben und im Interesse des technischen Fortschrittes und der Wirtschaftsfreiheit ihre Beweglichkeit und Auflösungsmöglichkeit behalten.

Durch Zwangskartelle wird wenigstens noch grundsätzlich der private Betrieb der Industrie in der Form der Einzelunternehmung und damit der Wettbewerb persönlicher Tatkraft und Tüchtigkeit aufrechterhalten. Durch Staatsmonopole würden auch diese Quellen des wirtschaftlichen Fortschrittes verschüttet werden. Sie würden den schwierigen Wiederaufbau der inneren Volkswirtschaft nicht fördern, geschweige denn den Kampf um den Weltmarkt mit der Beweglichkeit, schnellen Entschlossenheit und Wagemutigkeit aufnehmen können, die die schon heute zu übersehenden großen Schwierigkeiten auf diesem Gebiete erfordern.

Die Verödung des Wirtschaftslebens, die die Folge umfassenderer Monopolisierung sein muß, wird verstärkt durch die Verdrängung wichtiger Handelsgruppen aus dem Kreise der Monopolwirtschaft. Der Handel hat aber ein Recht, für die ungeheuren Verluste entschädigt zu werden, die er durch ungerechte Ausschaltung und Nichtachtung im Kriege erfahren hat. Auch würde es verhängnisvoll sein, die wertvollen Erfahrungen des Auslandhandels bei der Bearbeitung des Auslandmarktes auszuschalten.

Die Industrie und der Handel sind gewiß gern bereit, den auf sie fallenden Anteil an großen Reichslasten zu tragen. Es ist aber bisher nicht bewiesen, daß dieser nur durch Zwangssyndikate oder Staatsmonopole aufgebracht werden kann.

Lohnende Arbeit für unsere Arbeitermassen und ein steuerkräftiger wirtschaftlicher Mittelstand werden nur dann gesichert erscheinen, wenn sich der Aufbau unseres Wirtschaftslebens nach dem Kriege unter der Möglichkeit freier Entfaltung aller Kräfte und Fähigkeiten in Industrie und Handel vollzieht.

13./X. 1917

141

Uebergangswirtschaft.

Von Franz Graf Marenzi. *)

Die Uebergangswirtschaft im engeren Sinne beschränkt ihre Arbeit auf die eigentliche Demobilisierungszeit und berücksichtigt daher vorwiegend das Freiwerden personeller Kräfte und Kriegszwecken dienender Materialien. Im weiteren Sinne umfaßt der Uebergang eine viel längere Zeitperiode, in die wir uns jetzt versetzen müssen, um eine bessere Zukunft vorzubereiten. Stofflich ist die ganze Volkswirtschaft diesem Uebergange unterworfen. Dem Kriege geben Wertzerstörungen und Verhinderung des Verkehrs mit dem Weltmarkte seine Signatur. Die Retablierung der zerstörten Werte ist die Aufgabe der Friedenswirtschaft, der vorgearbeitet werden muß. Von den „Ersatzmaterialien" der fehlenden Produktions- und Konsumgüter werden wir nur jene beizubehalten trachten, die einen dauernden Wert haben; die übrigen Werte aber werden wir durch die vollwertigen Originalstoffe überflüssig zu machen suchen. Ganz analog werden wir die Restitution oder Resumption des Geldwertes, sowie die Beseitigung der Inflation des Zeichengeldes einer gründlichen Lösung entgegenführen müssen. Nebst anderem werden Investitionen und öffentliche Arbeiten ein hierzu geeignetes Mittel sein, da bei Heranziehung des Privatkapitals zu solchen Zwecken das wieder zur Emissionsbank zurückkehrende Papiergeld in sehr gehaltvolle Wertpapiere umgewandelt werden kann.

Die Mobilisierung des Nationalvermögens fällt mit der militärischen Demobilisierung zusammen. Bessere Mittel, als die bisherigen, müssen zur Beeinflussung der Preisbildung im Binnenhandel ersonnen werden. Schon jetzt sei einer im Schoße des in der Bildung begriffenen Fachbeirates des ungarischen Ministeriums für die Uebergangswirtschaft der Bearbeitung zugeführten wichtigen Frage gedacht, und zwar der Rayonierung der motorischen Kräfte (Kohle, Erdgas, Wasserkraft) für die Zwecke der Industrie und des Verkehrs. Ein höchst fruchtbarer Gedanke, der dem verdienstvollen Ingenieur Bernhard Roller zu danken ist. Besonders das allmähliche Entbehrlichwerden der Kohle dank intensiver Ausnützung des Erdgases, insbesonders aber der Wasserkraft ist für Ungarn sehr wichtig, ja eine Lebensfrage.

Was die Export- und Importfrage im Zusammenhange mit der Valutafrage anbelangt, möchten wir davor warnen, in die Irrtümer der einseitigen alten Export-Merkantilisten zu verfallen. Die Belebung des inneren Marktes bleibt für den Handel doch immer die Hauptsache. Das Interesse an der Einfuhr von Rohstoffen überwiegt nach Friedensschluß die übrigen Fragen des Außenverkehrs. Gewiß müssen Kompensationen für dieses Passivum der Handelsbilanz geschaffen werden; daher werden seinerzeit die Leiter der Uebergangswirtschaft auch unaufhörlich den Puls des halbtoten, hoffentlich aber einmal wieder genesenden internationalen Tauschverkehrs fühlen müssen. Unsere Aufgabe wird es sein, in keiner Weise den Eintritt des Wirtschaftsfriedens zu stören und zu erschweren, den die Welt gleichzeitig mit dem militärisch-politischen Frieden benötigt — dabei aber müssen die eigenen nationalen Wirtschaftsinteressen gewahrt werden. Ein genaues Beobachten aller diesbezüglichen Regungen in den Aeußerungen des befreundeten, neutralen, wie auch des gegnerischen Auslandes ist daher geboten. Der fieberhafte Wettbewerb um Rohstoffe, der beim Friedensschluß eintreten wird, birgt Gefahren in sich. Die Feststellung des Rohstoffbedarfes, die Reihenfolge der Dringlichkeit der Dotierung der einzelnen Betriebszweige mit diesen Rohmaterialien bildet nebst der Verteilung der freiwerdenden Arbeitskräfte und der vom mobilen Heere für die Volkswirtschaft disponibel werdenden Güter auf die verschiedenen Produktionszweige die eminenteste Aufgabe des Ministeriums für die Uebergangswirtschaft. Dieses wird berufen sein, die größte Unparteilichkeit den Interessengruppen gegenüber an den Tag zu legen.

Nebst dieser Verteilung der Rohstoffe ist auch noch jene der Transportmittel, also auch des Schiffsraumes eine schwere Aufgabe, die besondere staatliche Eingriffe, und zwar bei den Verkehrsmittel unter Wahrung der militärischen Ingerenz unentbehrlich machen. Die kaufmännische Vermittlung des Rohstoffimportes möge dem legitimen Handel überlassen werden. Streben wir ein harmonisches Zusammenarbeiten von Staat und Gesellschaft an; verbannen wir aber aus letzterer die ungesunden Erscheinungen, die im Gefolge der Kriegsfurie kamen. Vergessen wir auch nicht, daß wir alle Konsumenten sind.

Ungarns Arbeiten für die Uebergangswirtschaft sind dadurch einigermaßen erleichtert, daß Oesterreich und Deutschland diesen Gegenstand schon umfassend studiert und vieles spruchreif gemacht haben. Auch bei uns selbst sind wertvolle Vorstudien gemacht worden, so von den Handelskammern. Ein glücklicher Gedanke des Ministers für die Uebergangswirtschaft, Dr. Bela Földes, war es, dem administrativen Apparate des Ministeriums einen aus hervorragenden Vertretern der maßgebendsten Berufszweige und auch aus Männern mit organisatorischem Talente bestehenden Fachbeirat beizugeben, der besonders berufen ist, den Kontakt mit den Bedürfnissen des pulsierenden Lebens zu erhalten.

*) Seine Exzellenz hatte die Freundlichkeit, die obenstehenden Ausführungen für das „Fremden-Blatt" zu überlassen.

Die Zeit
13./X. 1917

Industrie und Uebergangswirtschaft.

Der Industrie bereitet gegenwärtig schon die Gestaltung unserer Produktions- und Absatzverhältnisse nach Beendigung des Krieges gewaltige Sorgen. In allen wirtschaftlichen Korporationen legt man sich die verschiedensten Fragen der Uebergangswirtschaft vor, und verhehlt sich nicht, daß die eine oder andere derselben kaum zur vollen Zufriedenheit der Industrie und der Verbraucher wird gelöst werden können. Besonders stark erscheint die industrielle Produktion durch die in der Kriegszeit wesentlich erhöhten Brennmaterialpreise belastet. Diese Frage tangiert alle Kohlenverbraucher, somit die Gesamtindustrie. Da heute noch nicht einmal der Höhepunkt in der Progression der Kohlenpreise erreicht erscheint, läßt sich auch nicht annähernd sagen, mit welchen Kohlenpreisen zum Zeitpunkt des Friedensschlusses die Industrie zu rechnen haben wird. Bekanntlich gelangt in Oesterreich in absehbarer Zeit die Kohlensteuer zur Einführung, und die Kohlenpreise werden sonach in Kürze zumindest um die Steuerquote hinaufgesetzt werden, wenn nicht inzwischen noch eine Preiserhöhung aus anderen Gründen Platz greift. Daß die Industrie bei den so erhöhten Brennstoffpreisen wesentlich teurer produzieren muß, wird man erst erkennen, wenn der Uebergang zur Friedensarbeit vollzogen sein wird. Nach dem Kriege wird es darauf ankommen, welche Staaten zuerst an einen Abbau der Kohlenpreise schreiten werden. Bekanntlich ist in der Kriegszeit der Preis für Kohle in allen Ländern beträchtlich gestiegen, in den Ententeländern in noch weit größerem Prozentsatz als in den Zentralstaaten. Diejenigen Industriestaaten, die über den billigsten Brennstoff verfügen werden, können naturgemäß auch den Wettbewerb mit mehr Aussicht auf Erfolg aufnehmen, da sie eben in der Lage sein werden, billiger zu produzieren.

Die Materialpreisfrage spielt eine noch größere Rolle bei der Kalkulation der Gestehungskosten für Fertigfabrikate. In diesem Belang wird es von Einfluß sein, ob bald nach Beendigung des Krieges schon die Möglichkeit bestehen wird, billigere Rohstoffe ins Inland zu bringen. Aber auch die im Lande selbst vorhandenen Roh- und Hilfsstoffe haben in der Kriegszeit durchweg eine bedeutende Verteuerung erfahren. An einen Abbau dieser Preise wird jedoch erst dann zu denken sein, wenn die allgemeine Teuerung nachlassen wird, und insbesondere auch eine Zurückführung der Löhne auf ein den jeweiligen Verhältnissen entsprechendes Niveau vorgenommen werden kann. Besonders die Fertigindustrie, in der der Arbeitslohn einen ganz wesentlichen Prozentsatz vom Verkaufspreis des Fabrikates ausmacht, würde wieder bedeutend billiger arbeiten, wenn infolge einer billigeren Lebenshaltung die Arbeitslöhne allmählich reduziert werden könnten. Indes dürfte eine wesentliche Herabsetzung der Arbeitslöhne in weiter Ferne liegen, da in vielen Industriezweigen nach Friedensschluß ein bedeutender Mangel an Facharbeitern allgemein befürchtet wird. Die zur normalen Tätigkeit zurückgekehrten Industrien werden sich nach Beendigung des Krieges nämlich kaum mit nur angelernten oder ganz ungeschulten Arbeitskräften, mit Lehrlingen und Frauen, aus welchen Elementen heute die Belegschaften der gesamten Industrie in der Hauptsache zusammengesetzt sind, behelfen können; vielmehr wird die normale Produktionstätigkeit, entgegen der in der Kriegszeit ziemlich einheitlichen und einfachen Massenfabrikation, in den meisten Industrien wieder intelligentere Arbeitskräfte und vor allem Professionisten erfordern. Gelernte Arbeitskräfte werden jedoch in erheblich geringerer Zahl vorhanden sein als vor dem Kriege. Die zu erwartende starke Nachfrage nach Professionisten dürfte also kaum eine baldige Herabsetzung der Löhne mit sich bringen. Den Arbeitermangel wird man aber in Hinkunft nur durch vermehrte Anwendung maschineller Arbeit wenigstens zum Teil ausgleichen können. Schon gegenwärtig vollziehen sich in vielen Industrien einzelne Arbeitsverrichtungen auf mechanischem oder maschinellem Wege. Das Pferdefuhrwerk ist in den meisten Fabriken fast ganz verschwunden, dafür besorgen Lastenautos den Zustreibdienst von Material und den Abtransport der fertigen Produkte. Innerhalb des Fabriksbetriebes kann man gegenwärtig bei Großunternehmungen schon wahrnehmen, daß sich die Zahl der Krane, Hebezeuge usw. bedeutend vermehrt hat. Da diese Maschinen gegenwärtig überhaupt nicht erhältlich sind, wird die Industrie in der Hauptsache wohl erst nach Friedensschluß daran schreiten können, hinsichtlich des Ersatzes menschlicher und tierischer Arbeitskraft das Nötige zu veranlassen.

Eine Frage, über deren Lösung man heute noch ganz unorientiert ist, die aber für viele Industrien eine große Bedeutung besitzt, ist jene, inwieweit der Staat mit seinen Betrieben an der Friedensproduktion teilnehmen wird. Es ist nämlich Tatsache, daß die staatlichen Werke, insbesondere was die Herstellung von Munition, Geschützen, Stahl usw. sowie Heeresbedarf überhaupt anlangt, in der Kriegszeit erhebliche Betriebserweiterungen in ihren Anlagen vorgenommen und auch bedeutende Neuanlagen ausgeführt haben. Auch auf anderen Gebieten als den eben genannten ist mit der wesentlichen Ausdehnung der Leistungsfähigkeit der staatlichen Betriebe zu rechnen. Hält nun der Staat nach Beendigung des Krieges den Betrieb in all diesen Anlagen in der hohen Kapazität aufrecht — was wahrscheinlich ist —, dann hat die Privatindustrie, die ja gleichfalls ihre Werksanlagen wesentlich ausgedehnt hat, mit einer empfindlichen und zum Teil neuen Konkurrenz zu rechnen.

Vossische Zeitung

13./X.1917

Unsere wirtschaftliche Stärke.

Vortrag von Prof. Dr. A. Binz.

Auf die Frage, warum wir im Wirtschaftskampfe siegen werden, gab gestern Prof. Dr. A. Binz, der Inhaber des chemischen Lehrstuhls an der Berliner Handelshochschule, eine ebenso klare wie überzeugende Antwort.

Ein Land, das hinreichend über Kohle, Eisen und Düngestoffe verfügt, ist — so führte er aus — wirtschaftlich unantastbar. Nun gehören wir zu den kohlereichsten Ländern; wir führten im letzten Friedensjahre 35 Millionen Tonnen Kohle im Werte von 576 Millionen Mark aus, bezogen dagegen nur 10 Millionen Tonnen aus dem Ausland; selbst im Kriege versorgen wir neutrale Länder mit Kohle. In der Ausfuhr von hochwertiger Kokskohle übertrafen wir sogar England. Von den 46 Millionen Tonnen Eisenerzen, die wir 1913 verhütteten, stammten 35 Millionen Tonnen aus Deutschland, von den übrigen 10 Millionen Tonnen das meiste aus Skandinavien und Spanien. Die deutschen Stahlwaren sind der Welt unentbehrlich geworden. Etwas heikel steht es mit dem Kunstdünger aus, für den Deutschland noch 1913 rund 606 Millionen Mark ans Ausland zahlte. Aber für Kalisalze haben wir ein Monopol, Stickstoffdünger steht uns in Form von Kalkstickstoff und Ammoniumsalzen fortan in reicher Menge zur Verfügung; auf Salpeter sind wir in Zukunft auf Chile, dem wir jährlich 178 Millionen Mark für Chilesalpeter zahlten, nicht mehr angewiesen. Mit Hilfe von Kohle und Wasser gewinnen wir aus der Luft Salpetersäure, die wir mit Salz in reines Salpeter umwandeln. Es ist leicht möglich, daß wir später sogar Salpeter ausführen. Höchstens Superphosphate können uns in Zukunft fehlen; aber ein Kaliausfuhrverbot würde unsere wirtschaftlichen Gegner bald zwingen, klein beizugeben; sind doch alle Versuche in den Ententeländern, sich lösliche Kalisalze zu verschaffen, mißlungen. Nicht uns, sondern unseren Gegnern drückt der Schuh.

Wie steht es mit dem „Oberbau" unserer Wirtschaft, den Fabrikaten, aus? Deutschland, das für 7,5 Milliarden Fabrikate aus- und nur für 2,7 Milliarden einführt, ist vorwiegend Veredelungsland: Eine Tonne Steinkohle hat nur den Wert von 10 M., aber eine Tonne Anilinfarbstoff, den man aus der Steinkohle gewinnt, 2000 M. In ähnlicher Weise steigert sich der Wert des verarbeiteten Eisenerzes. Unsere Gegner glauben, daß die Verbindung zwischen Wissenschaft und Praxis, die „deutsche Methode", unseren wirtschaftlichen Aufschwung bewirkt habe. Sie wollen diese deutsche Methode wie eine Art Kochrezept anwenden. Aber wenn auch diese Gefahr nicht zu unterschätzen ist, unsere arbeitsreiche Vergangenheit, der Idealismus unserer Techniker, die stärkste Triebkraft für unsere Industrie, das felsenfeste Vertrauen der Kundschaft in die Güte und Zuverlässigkeit unserer Erzeugnisse, läßt sich nicht mit Geld erkaufen oder in ein paar Jahren erwerben. Aber zu den alten Quellen unserer Stärke kommen neue. Einmal die Erschließung der wirtschaftlichen Schätze des Balkans und Orients, dann die Wiederbelebung alter Gewerbe (Flachs- und Hanfspinnereien durch Vereinfachung und Verbilligung des Röstprozesses), Begründung neuer Industrien (Papiergarn, Ersatzmetalle, die uns im Notfall vom amerikanischen Kupfer frei machen können). Die billige Braunkohle erlaubt uns die Elektroindustrie in großzügiger Weise zu begründen. Daneben stehen wir vor den Anfängen einer ganz neuen Verarbeitung der Kohle, die deren Wertsteigerung bedingt. Schon gewinnt Prof. Harries aus der Braunkohle Fettsäuren, die sich in Fett, Seife usw. überführen lassen.

Zum Schluß zeigt Prof. Binz, wie unter dem Einfluß von Napoleons Kontinentalsperre in Deutschland die wirtschaftlichen Kräfte wuchsen. Heute wird das weit mehr als vor 100 Jahren der Fall sein. Wir sind ein schöpferisches Volk, unsere Industrie ist die erfolgreiche Gehilfin unseres unvergleichlichen Krieges im Felde. Ein Heer von Streitern in der Heimat sorgt für den wirtschaftlichen Sieg.

K. J.

Reichspost Abend
20./X. 1917
148

* **Versammlung auf der Landstraße.** Der politische Fortschrittsverein „Eintracht" auf der Landstraße veranstaltete am 16. d. im großen Parterresaal des Etablissement Lembacher eine Versammlung, die von einer großen Menschenmenge besucht war. Der Vorsitzende VV. Spitaler konnte begrüßen: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Stadträte Dr. Haas, Heindl und Dr. Mataja, die Gemeinderäte Goldeband, Huschauer und Nagler, Pfarrer Abg. Schnabel, Handelskammerrat Ratz, Genossenschaftsvorsteher Dechant. Zunächst sprach Bürgermeister Dr. Weiskirchner, über dessen mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede wir bereits berichteten. Sodann nahm GR. Nagler das Wort und wandte sich gegen die geplante Vermögensabgabe; zur Tilgung der Kriegsanleihen sollte man doch zu anderen Mitteln die Zuflucht nehmen. So zum Beispiel zu einer Monopolisierung der Kohlen- und Eisenwerke. Redner fordert schließlich die Errichtung einer städtischen Bank oder doch wenigstens eine Umgestaltung der Zentralsparkasse nach dem Muster der Zentralbank der deutschen Sparkassen und schließt mit der dringenden Aufforderung zum festen Zusammenschluß gegen das Judentum. (Beifall.) Hierauf sprach RAbg. Dr. Mataja, dessen Ausführungen vom Regierungsvertreter öfters unterbrochen wurden. Der Redner forderte die kräftige Betätigung des Antisemitismus in Wort und Tat und äußerte das Verlangen nach einer rücksichtslosen und energischen Arbeit, weil nur eine solche Partei, die alle ihre Kräfte zusammenrafft, bei den bevorstehenden Kämpfen bestehen könne. Dr. Mataja sagte: „Jeder Krieg bringt die Juden an die Oberfläche, weil sie es verstehen, aus dem allgemeinen Elend Gewinn zu ziehen. Sie kennen keine Rücksicht, weil sie ein Fremdkörper in unserem Volkstum sind und diesem feindlich gegenüberstehen! Für unsere Partei ist es die zwölfte Stunde, zum scharfen Antisemitismus zurückzukehren!" (Beifall.) Nach den Ausführungen Dr. Matajas schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Neues Wiener Tag-

21./X. 1917

Wirtschaftliche Wochenchronik.

14. Oktober. Ein deutsches Schiffahrtsentschädigungsgesetz gewährt den Reedereien eine nicht rückzahlbare Geldentschädigung zur Wiederherstellung der durch die Schiffsbeschlagnahmen im feindlichen Auslande geschwächten deutschen Handelsflotte.

15. Oktober. Der Budapester Börsenrat beschließt eine Reform des dortigen Börsenverkehres. — Verfügungen der Deutschen Reichsbank betreffend eine Sperre von Markguthaben, die nicht zur Bezahlung von Waren- oder Effektenschulden in Deutschland dienen. — Proklamation des Präsidenten Wilson zur Förderung der amerikanischen „Freiheitsanleihe".

16. Oktober. Einbringung einer Regierungsvorlage über die Weinsteuer. — Anträge des Budgetreferenten Dr. Steinwender betreffend Erhöhungen der Kriegszuschläge zu den direkten Steuern. — Bildung eines Fachausschusses für den Exporthandel. — Gründung einer Gläubigerschutzstelle für die österreichischen und ungarischen Gläubiger in Rumänien.

17. Oktober. Erklärungen des Finanzministers Freiherrn v. Wimmer im Abgeordnetenhause über die bevorstehende Kriegsanleihe und Steuerpolitik. — Erhöhung des russischen Notenumlaufes auf mehr als 17 Milliarden Rubel. — Errichtung einer niederländischen Exportzentrale.

18. Oktober. Erklärungen des ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle über die Oesterreichisch-ungarische Bank und den Notenumlauf. — Deutsch-niederländisches Kohlenlieferungsübereinkommen.

19. Oktober. Der deutsche Ernährungsminister erklärt, die Versorgung mit den Hauptnahrungsmitteln sei für das ganze Jahr bis zur nächsten Ernte gesichert.

20. Oktober. Vorbesprechungen über die siebente österreichische Kriegsanleihe. — Ergebnis der siebenten deutschen Kriegsanleihe bisher 12,432 Millionen Mark. — In der Generalratssitzung der Oesterreichisch-ungarischen Bank wird mitgeteilt, daß es wahrscheinlich zu einer provisorischen Privilegiumsverlängerung kommen werde. — Offiziell wird mitgeteilt, daß die drei in chinesischen Häfen befindlichen Schiffe des österreichischen Lloyd noch vor der Kriegserklärung Chinas um 4 Millionen Dollar in Gold an ein chinesisches Unternehmen verkauft worden sind.

Pester Lloyd

23./X. 1917

151

(Deutsch-Oesterreichischer Wirtschaftsverband.) Aus Wien wird telegraphiert: Der deutsch-österreichische Wirtschaftsverband hielt gestern eine Vollversammlung, in der nach Erstattung des Tätigkeitsberichtes durch den Vorsitzenden Abgeordneten Friedmann und den darauknüpfenden Wechselreden folgende Entschließung angenommen wurde, in der es unter anderem heißt: Der Wirtschaftsverband fordert, daß die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns alle zoll-, handels- und kreditpolitischen Verfügungen und Vorkommnisse im gegenseitigen Verkehr, welche auf die Bündnispolitik irgendwie verstimmend wirken könnten, sorgfältig vermeiden und in allen Fragen der Kriegs- und Uebergangswirtschaft übereinstimmend und in wechselseitiger Unterstützung vorgehen. In diesem Sinne begrüßt der Verband auch die bereits begonnenen wirtschaftspolitischen Besprechungen zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche und gibt sich der bestimmten Erwartung hin, die Verhandlungen werden sich stets von dem großen Gedanken leiten lassen, daß die wirtschaftliche Gemeinsamkeit das geeignetste Mittel zur Festigung des Bündnisses, eines dauernden und ersprießlichen Zusammenlebens und erfolgreicher Abwehr aller Angriffspläne sei. Im Laufe der Debatte kritisierte Jasper die Ernährungspolitik Ungarns gegenüber Oesterreich. Kommerzialrat Rosenberg erörterte die verhältnismäßig große Zunahme an Einkommen und Vermögen, die Ungarn während des Krieges erfuhr, und die hieraus sich ergebende Stellungnahme in der Bank- und Währungsfrage. Kaiserlicher Rat Krause trat entschieden für die Fortführung der Bündnispolitik ein. Dr. Schostal wünschte, daß die Wirtschaftspolitik in den verbündeten Staaten schon jetzt nach gleichen Grundsätzen vorgehe. So dürfen in Oesterreich nicht Steuerreformen angenommen werden, welche die Volkswirtschaft derart weitgehend schädigen, daß die Abwanderung des Kapitals nach Ungarn oder Deutschland zu befürchten stehe. Redner erörterte auch die Frage, nach welchem direkten Schlüssel die Kriegskosten auf Oesterreich und Ungarn verteilt werden sollen. Der Vorsitzende hob den Zusammenhang zwischen dem österreichisch-ungarischen Ausgleich und den wirtschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reiche hervor und erklärte, auf die Schlußbemerkung des Vorredners übergehend, daß um eine gerechte Verteilung der Kriegskosten auf beide Staaten der Monarchie herbeizuführen, eine starke Regierung und ein geeintes Parlament notwendig seien, eine Forderung, die ja auch für die günstige Lösung der Frage des Ausgleiches und des Wirtschaftsbündnisses aufgestellt werden müsse.

Fremdenblatt Abendbl. 23./X. 1917

Der ungarische Landessenat für die Uebergangswirtschaft.

K. Budapest, 22. Oktober. Der Landessenat für die Uebergangswirtschaft hielt heute seine konstituierende Sitzung ab. Der Minister für die Uebergangswirtschaft Bela Földes führte in seiner Eröffnungsrede u. a. aus: Die gesuchtesten Werte der Wirtschaft sind Material und Arbeit. Ueberall in der Welt empfindet man, daß die wirtschaftliche Konstruktion die vollständige Bereitschaft des Staates und der Gesellschaft erfordert und man ist überall am Werke der Vorbereitung des wirtschaftlichen Ueberganges. Bei uns wird diese Arbeit jetzt aufgenommen. Als Begutachtungsorgan dieses Ueberganges wird der Landessenat für die Uebergangswirtschaft ins Leben gerufen. Der Minister zählte sodann die Aufgaben des Senates auf, an deren erster Stelle die Sicherung des gesellschaftlichen Friedens steht. Der demokratische Geist muß sich vom politischen Leben auch auf das Wirtschaftsleben ausdehnen. Es ist der Ausbau eines zweckmäßigen Netzes der Arbeitsvermittlung notwendig, um den heimkehrenden Arbeiter zu rascher und entsprechender Beschäftigung gelangen zu lassen. Sobald Arbeitsverbände in genügender Menge zur Verfügung stehen werden, müssen wir unsere Produktion intensiver gestalten. Ein weiteres Problem ist die Aufteilung des riesigen Materialinventars, das sich im Besitze der Heeresverwaltung befindet. Das Inventar muß gerecht aufgeteilt werden, einerseits zwischen den beiden Staaten der Monarchie, anderseits zwischen den verschiedenen Produktionszweigen. Bei der Repatriierung des Ungartums aus dem Auslande muß der Staat und die Gesellschaft gemeinsam vorgehen. Ein wichtiges Problem ist die Beschaffung und zweckmäßige Verteilung der von über See eingeführten Rohstoffe. Das Wesen des Problems besteht darin, den Rohstoffbedarf in der Weise zu befriedigen, daß die Valuta keiner weiteren Verschlechterung ausgesetzt werde und daß der notwendige Schiffsraum zur Verfügung stehe. Das Zentralproblem der Uebergangswirtschaft ist auch bei uns die Valutafrage. Es muß ein Kapitalsexport angestrebt werden, dessen erste Grundlage die Effektenausfuhr bildet. Bekanntermaßen hat die Verschlechterung der Valuta überall und jederzeit nach Kriegsschluß nachgelassen. Die Vermehrung der Banknoten hat zur Verschlechterung der Valuta beigetragen; wir dürfen daher diesen Weg nicht weitergehen.

Die Handelsbilanz, die schon vor dem Kriege stark passiv war, muß verbessert werden. Als Grundsatz muß uns vorschweben, im Interesse der Integrität unserer Währung vor keinem Opfer zurückzuscheuen. Da die Währung aller kriegführenden Staaten sich verschlechtert hat, ist es wahrscheinlich, daß auch auf diesem Gebiete internationale Vereinbarungen erfolgen werden, um die internationalen Zahlungen von den Goldpreisen abhängig zu machen. Eine weitere Aufgabe der Uebergangswirtschaft ist die Forderung einer vernünftigen Preisbildung. Die Preise müssen nach dem Kriege auf ein niedrigeres Niveau zurückgeleitet werden, da bei den heutigen Preisen ein großer Teil der städtischen Bevölkerung verarmen muß. Sobald die Nachfrage der Heeresverwaltung vermindert wird und sobald die unvernünftige Anhäufung von Warenvorräten aufhört, ist die Abnahme der Preise zu erhoffen. Da das Wirtschaftsleben auch nach dem Kriege nicht sofort sich selbst überlassen werden kann, werden einzelne Zentralen umorganisiert und die staatliche Aufsicht wirksamer gestaltet werden müssen. Der legitime Handel muß in den Organismus des Wirtschaftslebens zurückgeleitet werden. Die Rekonstruierung und Weiterentwicklung unseres auswärtigen Handels erheischt eine vollständige Neuorganisierung der Auslandsvertretung. Der Uebergang kann unmöglich die Rückkehr zur alten gewohnten Ordnung sein. Eine neue Welt muß geschaffen werden; der Uebergang muß neue Menschen erziehen und das gesamte Wirtschaftsleben muß nationalisiert werden. Große Lasten können nur ertragen werden, wenn jeder Mensch am richtigen Platz in Arbeit gestellt wird. Alle Werte müssen zweckmäßig benützt werden. Das Wissen muß erhöht werden, damit an die Stelle des Dilettantismus die Fachbildung trete. Die Aufgaben des Uebergangssenats hängen davon ab, ob nach dem Kriege eine vollständige Abrüstung erfolgt oder ob die Rüstungsspesen auch weiter bestehen bleiben.

Der Redner schließt mit dem Appell, ein neues, glücklicheres Ungarn zu erbauen.

Auf Antrag Geza Polonyis beschließt der Landessenat, sich an das Parlament mit der Bitte zu wenden, in Würdigung der großen Aufgaben des Uebergangsministeriums diesem einen höheren Etat zu votieren.

Neues Wiener Tagblatt

153

24./X. 1917

Die Abrüstung nach dem Kriege.

Von besonderer Seite.

Der frühere Finanzminister Ritter von Leth befaßte sich in der „Neuen Freien Presse" mit der vom Grafen Czernin in Budapest aufgeworfenen Frage der allgemeinen Abrüstung nach dem Kriege. Er entwickelt auf rein finanzieller Basis die Unmöglichkeit, die freie Rüstungskonkurrenz nach dem Kriege aufrecht zu erhalten. Die Ziffern, welche er uns anführt, beweisen klarer als alle Worte und alle Argumentationen die Unmöglichkeit, das fortzusetzen, was bis zum Jahre 1914 bestanden hat. Dr. v. Leth kommt also zu demselben Resümee wie unser Minister des Aeußern, daß die weitere freie Rüstungskonkurrenz ein Ding der Unmöglichkeit sei, da sie den Ruin der Welt involvieren würde, und daß die Abrüstung kommen wird, weil sie kommen muß.

Graf Czernin hat insbesondere von alldeutscher Seite so manchen Vorwurf hören müssen darüber, daß er das Thema der Abrüstung besprochen hat. Diejenigen Herren, die aus verschiedenen Gründen gegen den Minister des Aeußern auftreten — und wir wollen hier gern annehmen, daß bei der erdrückenden Majorität derselben patriotische, wenn auch falsch verstandene Motive die Triebfeder ihres Denkens sind —, diese Herren scheinen einen Irrtum zu begehen: es handelt sich gar nicht darum, was Graf Czernin beabsichtigt oder will, es handelt sich darum, was kommt oder was nicht kommt. Kein einzelner Mensch, und sei seine Machtbefugnis noch so groß, ist imstande, die Entwicklung der Dinge aufzuhalten oder zu verändern. Die Frage steht einfach so, ob die Diagnose, die unser Minister des Aeußern gestellt hat und die von Dr. v. Leth unbedingt bejaht wird, ob diese Diagnose richtig oder falsch ist. Graf Czernin hat selbst in seiner Rede ausdrücklich betont, daß es ganz nebensächlich sei, „ob der einzelne die allgemeine Abrüstung wolle oder nicht", und hat damit angedeutet, daß er die Ueberzeugung vertritt, daß dieselbe mit der Kraft eines Elementarereignisses kommen werde.

Diejenigen, die sich nicht vorstellen können, daß die Welt nach diesem Kriege ein andres Antlitz haben werde, als sie es vor demselben hatte, und welche infolgedessen den Gedanken der allgemeinen Abrüstung als eine Utopie bezeichnen, diejenigen mögen eine klare Antwort auf die von Dr. v. Leth vorgelegten Ziffern geben. Sie mögen antworten, ob es keine Utopie sei, daß Staaten, welche — und dies gilt für alle — geschwächt und entkräftet aus diesem Kriege hervorgehen, daß solche Staaten jährlich neue Milliarden aufbringen, nur um zu einem Revanchekrieg zu rüsten oder einem von der Gegenseite vorbereiteten Revanchekrieg zu steuern. Die Ziffern, die der frühere österreichische Finanzminister anführt, sprechen eine zu deutliche Sprache. Nach diesem Kriege werden alle Staaten vor der zwingenden Notwendigkeit stehen, ihre Ausgaben auf das Wesentlichste zu beschränken, um vor allem die unübersehbaren Schäden, die der Krieg angerichtet hat, wieder gutzumachen und die Industrie und die Landwirtschaft neu zu stärken, um sie lebensfähig zu machen für den großen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf der Welt. Die Milliardenausgaben für Heeres- und Marinezwecke — Dr. v. Leth schätzt sie auf 6 bis 8 Milliarden jährlich — wird sich kein Staat leisten können. Und in diesem kategorischen finanziellen Veto liegt der Beweis, daß die allgemeine Abrüstung, so erstaunlich dies im ersten Augenblick klingen mag, keine Utopie ist, sondern die realste der realen Wirklichkeiten.

Hocherfreulich ist der Schluß, zu dem auch Dr. v. Leth gelangt, welcher eine große Steigerung des Volksvermögens als unbedingte Konsequenz der allgemeinen Abrüstung voraussagt. Diese glückliche und friedliche Zukunft wollen wir uns erkämpfen, erzwingen mit allen Mitteln. Durch Kampf zum Frieden ist die Losung.

30./X. 1917

(Neue Wirtschaftspolitik.) Der Vizepräsident des Ungarischen Kaufmännischen Landesverbandes Dr. Paul Szende hielt heute abend in der Soziologischen Gesellschaft seinen zweiten Vortrag über „die neue Wirtschaftspolitik". Er führte aus, daß das Hauptmittel der neuen Wirtschaftspolitik die Steigerung der Produktionskräfte, die landwirtschaftliche und industrielle Mehrproduktion ist, die die veraltete wirtschaftliche und soziale Organisation bisher verhindert hat. Es bedürfe einer Politik, die die Arbeitsgelegenheiten vermehrt, die Lage der arbeitenden Klassen verbessert, die Privilegien beseitigt und das arbeitslose Einkommen verringert. Diese Politik ist aber nur dann möglich, wenn dem Staate riesige materielle Mittel zur Verfügung stehen, die der Größe der Aufgabe angemessen sind. Die zweite wichtige Aufgabe ist die Ausgleichung der durch den Krieg zugespitzten Vermögensunterschiede. Der Vortragende entwickelte in diesem Belange eine Steuer- und Grundbesitzpolitik, die sich in ihrer Unermeßlichkeit bis zur Enteignung jeden Grundbesitzes über 10.000 Joch und jedes mobilen Eigentums über zehn Millionen Kronen versteigt, — eine Anregung, deren ausschweifender Radikalismus jede Kritik überflüssig macht. Was die Gewerbepolitik betrifft, so soll sich diese auf die natürlichen Kraftquellen des Landes und auf die vorhandenen Naturschätze stützen. Die Kohlen-, Mineralöl- und Erdgasproduktion sind mit allen Mitteln zu fördern. Eine großzügige staatliche Unterstützung der landwirtschaftlichen Industrie ist geboten, damit wir nicht länger Rohprodukte, sondern verarbeitete Waren exportieren. Industriezweige, deren natürliche Vorbedingungen nicht vorhanden sind, dürfen in Hinkunft keiner staatlichen Unterstützung teilhaftig werden. Die Freiheit des Handels muß nebst der Aufrechterhaltung einer entsprechenden staatlichen Kontrolle wiederhergestellt werden. Die Kriegszentralen sind nach Beginn der Friedensverhandlungen allmählich aufzulassen, Einfuhr und Ausfuhr sind den freien Organisationen des Handels zu überlassen. Die Bedeutung der technischen Arzneimittel der Valutapolitik wird übertrieben, da sie im Wesen eine politische Frage ist. Zur Abstellung der Inflation sind Vermögensenteignung und Mehrerzeugung notwendig, das Disagio aber kann durch eine richtige auswärtige Politik ermäßigt werden, die die Möglichkeit einer Annäherung an alle Auslandsstaaten offen läßt und jedes Verhältnis der Unterordnung zurückweist. Der Plan, unsere Valuta durch gesteigerten Export und verminderten Import wiederherzustellen, wird nach Ansicht des Vortragenden an den Gegenmaßregeln der Auslandstaaten scheitern. Bezüglich der Zollpolitik ist die Schaffung des selbstständigen Zollgebietes sowie die Abstellung der Zölle im internationalen Verkehr in gleicher Weise möglich und erwünscht. Ein mitteleuropäisches Wirtschaftsbündnis ist ein aggressiver Plan, der die Wiederherstellung des internationalen Verkehrs vereiteln würde. Wir können unseren Verkehrsorganismus nur durch großzügige Investitionen verbessern. Unser Warentarif begünstigt heute die großen Vermögen, er muß daher vom Grunde aus einer Reform unterzogen werden. Einer radikalen Reform bedarf ferner unsere Unterrichtspolitik; auf allen Stufen des Unterrichts müssen die Gesichtspunkte der praktischen Ausbildung vorherrschen. Ueberaus wichtig ist die Organisierung der Frauenarbeit, da sie in zahlreichen Relationen der Erzeugung und des Verkehrs an die Stelle der Männerarbeit tritt. Mit der größten Entschiedenheit muß man gegen jedes Bestreben protestieren, das als Hauptgrundsatz der Wirtschaftspolitik nach dem Kriege die Sparsamkeit und die Einschränkung des Verbrauchs bezeichnet. Dieses Schlagwort bedeutet für neun Zehntel der Bevölkerung eine Perennierung der Entbehrungen des Krieges für die Zeit des Friedens. Der übertriebene Aufwand der vermögenden Klassen kann durch Luxussteuern eingeschränkt werden. Die neue Wirtschaftspolitik ist ohne eine demokratische Reform unserer politischen Organisation und Verwaltung unmöglich. Im Kreise der Verwaltung muß den freien Interessenvertretungen, einschließlich der Arbeiter-, Angestellten- und Landwirte-Organisationen, entsprechender Einfluß gesichert werden. Man muß mit der ganzen Kraft dahin streben, daß die internationalen Wirtschaftsbeziehungen wiederhergestellt werden und das heutige Blutvergießen sich nicht mehr wiederholen könne. Daher muß man sich jedes aggressiven Wirtschaftsbündnisses enthalten. Es sind internationale Vereinbarungen anzustreben, die die vollständige Abrüstung sichern. Die weitere Rüstung trägt den Keim neuer Konflikte in sich, ihre riesigen Ausgaben aber machen jede Mehrproduktionspolitik unmöglich. Die Ausführungen des Vortragenden wurden von den zahlreichen Anwesenden mit lebhaftem Interesse angehört.

Neues Wiener Tagblatt

4./XI. 1917

160.

Wirtschaftliche Wochenchronik.

28. Oktober. Verlängerung des Privilegiums der Bank von Frankreich auf weitere 25 Jahre.

29. Oktober. Gemeinsame Beratungen der österreichischen und ungarischen Fachminister in Budapest über die Bankfrage und andre wirtschaftliche Angelegenheiten. — Die täglichen Kriegsausgaben Amerikas von der Regierung mit 42 Millionen Dollar beziffert.

30. Oktober. Scharfer Rückschlag an der Wiener Börse, der sich am folgenden Tage fortsetzt. — Das englische Parlament votiert einen neuen Kriegskredit von 400 Millionen Pfund Sterling.

31. Oktober. Das Budgetprovisorium bis 28. Februar 1918 tritt in Kraft und gleichzeitig die Ermächtigung, Kriegsausgaben bis zum Betrage von 9 Milliarden Kronen durch Kreditoperationen zu bedecken. — Auf die siebente deutsche Kriegsanleihe bereits mehr als 82 Prozent der gezeichneten Summe eingezahlt. — Offiziell wird mitgeteilt, daß die deutsche Kartoffelernte die ursprüngliche Schätzung noch um 30 bis 40 Millionen Meterzentner übertrifft.

1. November. Veröffentlichung des Prospektes der siebenten österreichischen Kriegsanleihe.

2. November. Auf die Meldungen vom italienischen Kriegsschauplatze Hausse an der Berliner, Baisse an der New-Yorker Börse. Die amerikanischen Papiere erreichen den tiefsten Stand in diesem Jahre. — Amerikanischer Vorschuß von 435 Millionen Dollar an England.

3. November. Vom Ackerbauministerium wird die Bepflanzung anbaufähiger Baustellen mit Nahrungs- oder Futtermittelpflanzen angeordnet.

Fremdenblatt

4./XI. 1917

Wochenschau.

H. A—r. Die italienische Offensive hat nicht bloß in Italien, sondern auch bei uns eine Ueberraschung gebracht. In Italien den Streitkräften Cadornas, in Wien und Budapest aber vielleicht am meisten auf dem Effektenmarkte. Denn er hat auf diese überwältigenden Siege mit einer, wenn man diese Wendung so nennen darf, Friedensbaisse geantwortet. Und weil diese Realisierungen mit der Veröffentlichung des Prospekts der Kriegsanleihe zusammengefallen sind, deutete man sie auch als patriotischen Akt der Börse. In diesen Aktienverkäufen wollte man eine Demonstration zugunsten des Staates, seiner Kreditforderungen, seiner neuen Kriegsanleihe sehen.

Insoweit der Erlös der in diesen Tagen abgegebenen Aktien wirklich zur Zeichnung der Kriegsanleihe verwendet worden ist, trifft das gewiß wenigstens teilweise zu. Und so wäre es für die Erforschung des Effektenmarktes unzweifelhaft wertvoll, wenn man über die Verwendung jener Aktienerlöse Klarheit gewinnen könnte. So weit die nicht berufsmäßige Spekulation an jenen Abgaben beteiligt war, lassen sie sich unstreitig auch auf die neuen Begünstigungen in der Steuerbehandlung der Kursgewinne zurückführen. Der Kapitalist, der jetzt in die Lage versetzt ist, seine hoch gestiegenen Aktien gegen die neue Kriegsanleihe umzutauschen, ohne den Kursgewinn versteuern zu müssen, wäre ja töricht, wollte er diese gute Gelegenheit nicht benützen. Und die Verfügung des Finanzministers ist ja auch gerade auf dieser Annahme begründet. Träfe das nicht zu, so hätte der Fiskus, der doch nicht so leicht auf die Steuereinhebung verzichtet, dieses Zugeständnis gewiß nicht gemacht.

Auf dem Scheidewege zwischen Steuerpolitik und Kredit-, Kriegsanleihepolitik entschied der Finanzminister sich eben zugunsten der Kriegsanleihe, und ganz mit Recht! In Geldsachen, die so klar sprechen, wie die Kriegsanleihe mit ihren glänzenden Bedingungen, bedarf es also gar nicht erst noch der Voraussetzung besonderer Wallungen und Regungen des Patriotismus für die Erklärung des Tausches hochgestiegener Aktien gegen die neue Kriegsanleihe. Unsere Staatstitres, und unter ihnen wieder ganz besonders die Kriegsanleihen, bieten vielmehr eine so überaus günstige Kapitalsanlage, daß sie nicht etwa bloß unter Brüdern, sondern auch unter Feinden als beste Anlagewerte erkannt werden müßten.

Der Vorspann, den die Steuerbefreiung jener Kursgewinne für die Zeichnung der Kriegsanleihe bringt, wird den Erfolg der neuen Anleihe gewiß nur noch erhöhen. Wäre diese Verfügung unterblieben, dann hätte das Kapital an seiner Furcht vor der Realisierung der Kursgewinne ja auch noch weiterhin festgehalten und all diese Gelder wären der Anleihezeichnung eben deshalb ferngeblieben, während sie ihr jetzt, durch keine Steuerbedenken mehr beirrt, zuströmen werden. Hätte die Steuersorge die Kriegsanleihe im anderen Falle geschädigt, so wird die nunmehrige Steuerbefreiung als kräftige Unterstützung der Anleihe wirken. Die Kapitalsbildung schreitet in Oesterreich übrigens so rasch vorwärts, daß die Kriegsanleihe auch sonst, ganz abgesehen von der Einwirkung jener Begünstigung des Aktienverkaufes, mit Sicherheit auf großen Erfolg rechnen könnte. Die Einlagen bei den Banken und Sparkassen nehmen fortdauernd zu, die Hypothekarschuldner zahlen ihre Schulden ab und die bisherigen Gläubiger müssen ihr Kapital nun anderweitig zinsbringend anlegen. Da die Einlagen auf Einlagebücher beträchtlich unter vier Prozent und Hypotheken, soweit sie als erstklassig gelten können, nur viereinhalb bis fünf Prozent einbringen, bedarf es auch da wieder gar keines besonderen Patrriotismus für die Erwerbung der Kriegsanleihe, die bei allergrößter Sicherheit sechseinhalb bis siebeneinhalb Prozent an Zinsen einbringt. Und je höher sich die Steuerforderungen an die Erwerbsunternehmungen steigern werden, umso früher wird das Kapital von der erwerbswirtschaftlichen Betätigung weg in das ebenso sichere wie bequeme und auch steuerbegünstigte Lager der Kriegsanleihe abgedrängt werden.

In diesem Sinne bilden sich auch da besondere Beziehungen zwischen der Steuerpolitik und der Kreditpolitik des Staates heraus. Eine der nicht am wenigsten bedeutsamen Wirkungen der Kriegswirtschaft, der Forderungen und Verpflichtungen, die sie dem Staate und dem Volke gebracht hat, bildet eben dieses Nebeneinander weitestgehender Steuererhöhung und Vermehrung der Staatsgläubiger, der Rentner. Hat der Krieg dem Staate im Volke Millionen neue Gläubiger, Rentner geschaffen, die es nun vorziehen, ihr Kapital ganz oder teilweise nicht mehr privatwirtschaftlich werben, sondern vom Staate verzinsen zu lassen, so setzt anderseits die riesige Höhe der Staatsschuld, also der Zinsenverpflichtung des Staates zur Vergrößerung der steuermäßigen Bedeckung dieser Lasten die kräftigste Entfaltung der privaten Erwerbsunternehmungen geradezu voraus. Mit anderen Worten und kürzer gesagt: Der Staat mußte für seine Kreditpolitik Millionen Rentner neu gewinnen, für seine Steuerpolitik bedarf er aber ebenso dringlich zahlungskräftiger Steuerobjekte. Mit dem Objekte der Kriegsanleihe-Zinsen, die steuermäßig ja ohnedies nur bei der Personaleinkommensteuer, aber nicht bei der Rentensteuer aufscheinen, wird ihm ja gewiß nicht viel geholfen sein. Und da Vergrößerung oder Stillstand der Kriegsschuld nicht vom freien Ermessen des Staates, sondern nur vom Kriegsgange abhängt, so muß die Kreditpolitik in der Vermehrung der Kriegsschuld durchaus dem Kriege sich fügen. Während so die Kriegskreditpolitik dem Staate aufgezwungen wird, ist er aber in der Steuerpolitik frei. Hier kann er seinem eigenen Ermessen folgen und dieses Ermessen wird nun schon im eigensten Staatsinteresse unbedingt auf die Erhaltung der Steuerquellen, auf die strenge Verhinderung ihrer Verschüttung gerichtet sein müssen. So kommt man auch auf dem Umwege über die staatliche Kreditpolitik zur Mahnung, mit der Steuerkraft des Volkes keinen Raubbau zu treiben. Wird diese Forderung mißachtet, so zerstört sich der Staat selbst um kurzlebigen Vorteils willen den Nährboden seines Lebensbestandes. Kreditpolitik und Steuerpolitik hängen untrennbar zusammen: schon die Fortdauer der Zinsenschuld des Staates müßte dem Steuerträger ein gewisses Maß an Schutz vor den nur mit Augenblickserfolgen rechnenden Steuervorschlägen verbürgen.

Die Ereignisse der letzten Woche haben auch dem Eisenbahnwesen Erleichterung und Entlastung von den früheren, so notgedrungenen Einschränkungen des Güterverkehrs gebracht. Für die Eisenindustrie ist das begreiflicherweise von größtem Werte, denn ihre Roh- und Hilfsstoffversorgung wie der Absatz ihrer Erzeugnisse sind ohne den Zivilgüterverkehr geradezu zum Stillstande verurteilt. Deshalb wird das Wiederaufleben des Bahnverkehrs so dankbar begrüßt, um so dankbarer, als der Eisenbedarf ja fortdauernd groß ist. Der Eisenmarkt zeigt unverändert feste Tendenz und bei dem anhaltenden Steigen der Gestehungskosten glaubt man schon für Ende November mit einem weiteren Anziehen der Preise rechnen zu müssen. Im Hinblick auf diese Anspannung des Marktes werden die Abschlüsse noch immer so getätigt, daß der Preisstand nur des Ablieferungstages als maßgebend angesehen wird.

Die Zeit 4./XI. 1916

Wirtschaftliche Konferenzen in Ungarn.

Reise des Kabinetts Koerber nach Budapest.

Aus Budapest wird uns telegraphiert:

Dem politischen Usus entsprechend werden die neuen Mitglieder des Kabinetts Koerber nach Budapest reisen, um hier mit ihren ungarischen Kollegen in persönliche Berührung zu treten. Diese übliche Antrittsvisite ist aber diesmal nicht bloß ein Akt der Courtoisie, sondern besitzt weit mehr als formale Bedeutung. Wie man in ungarischen politischen Kreisen annimmt, sollen schon bei diesem Anlaß alle aktuellen wirtschaftlichen Fragen, die beide Teile der Monarchie interessieren, aufgerollt werden, und man hofft sogar, daß in manchen Belangen diese Konferenzen bereits ein Ergebnis zeitigen werden.

Unter den zahlreichen Angelegenheiten wirtschaftlicher Natur, die schon zwischen den Ministerien Stürgkh und Tisza behandelt wurden und die nunmehr zwischen den Ministerien Koerber und Tisza zur Erörterung und eventuell zum Austrag gelangen sollen, stehen die neuen Kriegsanleihen an erster Stelle. Es wurde von einigen Zeitungen im vergangenen Monat berichtet, daß die Subskription auf die ungarische Kriegsanleihe noch im Oktober stattfinden soll. Diese Information war irrig. Weder die ungarische Regierung noch die ungarischen Großbanken hatten jemals diesen Termin in Kombination gezogen. Es wurde von allem Anfang an eine Kooperation mit der österreichischen Regierung und den österreichischen Großbanken gedacht und ein fixer Termin für die öffentlichen Zeichnungen vorerst nicht bestimmt. Von den Konferenzen, die zwischen dem neuen österreichischen Finanzminister Marek und dem ungarischen Finanzminister Dr. Teleszky stattfinden werden, hängt die Festsetzung des Zeitpunktes ab, zu dem die Zeichnungen auf die neuen Kriegsanleihen stattzufinden haben. Da in dieser Angelegenheit keinerlei Differenzen zwischen der österreichischen und ungarischen Auffassung bestanden, die Vorarbeiten sogar bis in die Details abgeschlossen sind, kann man mit Sicherheit annehmen, daß die Kriegsanleihen in Oesterreich und Ungarn in der schon vereinbarten Form vom neuen österreichischen Finanzminister akzeptiert werden und in Bälde — vielleicht schon in der zweiten Hälfte des November — zur öffentlichen Subskription gelangen.

Weniger rasch dürfte sich ein restloses Einvernehmen in den Ausgleichsfragen erzielen lassen. Die hiesigen Blätter besprechen die angeblichen Differenzen in den Ausgleichsfragen mit einer in die Einzelheiten gehenden Offenheit, und man kann nur mit Anerkennung diese Tatsache verzeichnen, zumal sie beweist, daß die bisherige Taktik der Zensurbehörden, wenigstens auf diesem Gebiet, fallen gelassen wurde. Ob jedoch alle Nachrichten zutreffen, die über die bestehenden Differenzen in der hiesigen Presse verbreitet wurden, darf man füglich bezweifeln. Wenn behauptet wird, daß das Ministerium Koerber im Gegensatz zum Kabinett Stürgkh bloß einen vom österreichischen Parlament angenommenen Ausgleich als rechtskräftig betrachtet und diesbezüglich neue Verhandlungen notwendig wären, trifft dies gewiß nicht zu. Alle politischen und wirtschaftlichen Kreise Ungarns sehen sicherlich gern, wenn das österreichische Parlament funktioniert, haben aber nicht das Recht, von der österreichischen Regierung mehr zu verlangen als die Einhaltung eingegangener Verpflichtungen. Das war in der Vergangenheit nicht anders und kann auch jetzt nicht anders werden. Wie die österreichische Regierung mit dem Parlament fertig wird, ist kein Problem, das ungarische Parteien oder Faktoren zu einer mehr als platonischen Stellungnahme veranlassen könnte.

Dagegen interessiert es alle Kreise im höchsten Maße, ob gewisse prinzipielle Vereinbarungen, die in vielmonatigen Beratungen getroffen wurden, und sowohl die Quote, wie die Agrarzölle und Eisenbahntarife anlangen, vom Kabinett Koerber in der Tat beanstandet wurden, wie dies von einzelnen Organen der ungarischen Presse mitgeteilt wurde. Darüber wird hoffentlich nicht lange der Schleier des Zweifels gebreitet bleiben, weil durch derartige journalistische Meldungen eine für erfolgreiche Konferenzen wenig günstige Stimmung geschaffen wird. Uebrigens planen die maßgebenden Vereinigungen der ungarischen Industrie und der ungarischen Landwirtschaft, in den nächsten Tagen zu den in den Zeitungen aufgerollten Ausgleichsfragen Stellung zu nehmen, und es würde der Sache zweifellos nur dienlich sein, wenn bis dahin wenigstens in großen Zügen bekannt werden könnte, inwieweit die in Umlauf gebrachten Gerüchte über Modifikationen, die das Ministerium Koerber an den bisherigen Vereinbarungen vornehmen will, den Tatsachen entsprechen.

Endlich dürften auch die Approvisionierungsfragen bei der Begegnung zwischen den österreichischen und den ungarischen Ministern zur Sprache kommen, und auch auf diesem Gebiet soll es, wie die hiesigen Blätter andeuten, wesentliche Meinungsverschiedenheiten geben. Wenn von einer Seite verbreitet wurde, daß das Ministerium Koerber ein gemeinsames Amt schaffen will, kann schon jetzt gesagt werden, daß ein solcher Vorschlag hier nicht durchdringen könnte. Wohl sind die Klagen über unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln ziemlich allgemein. Aber die Regierungskreise glauben nicht daran, daß eine Besserung der Verhältnisse durch eine zentralistische Organisation, die Oesterreich und Ungarn in einen Komplex zusammenfaßt, erzielt werden könnte, und überdies soll auch die Wirksamkeit des neuen ungarischen Lebensmitteldiktators erprobt werden. Immerhin besteht kein Zweifel, daß von seiten Ungarns die Forderungen und Wünsche der neuen österreichischen Regierung, insoweit dies möglich ist, respektiert werden dürften.

Vossische Zeitung

6./XI. 1912.

Der Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsamts.

Eine Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 31. Oktober regelt im einzelnen die Verteilung der Geschäfte auf das Reichsamt des Innern und das Reichswirtschaftsamt, die in großen Zügen bereits bei der Errichtung des neuen Amtes mitgeteilt worden war. Das Reichsamt des Innern behält die Verfassungsangelegenheiten, die auf den Bundesrat, Reichstag und die Reichstagswahlen bezüglichen sowie die allgemeinen Angelegenheiten der Reichsbehörden und Beamten, die Staatsangehörigkeits-, Freizügigkeits- und Ausweisungssachen, die Auswanderungssachen, die Militär-, Marine- und Schul- sowie Unterstützungsangelegenheiten, die Verwaltung der besetzten Gebiete, das Armenwesen, allgemeine Polizeiangelegenheiten, wissenschaftliche und künstlerische Angelegenheiten, Luftfahrwesen, Bauverwaltung, Medizinal- und Veterinärwesen. Von wichtigen Reichsbehörden gehören zu seinem Geschäftsbereich Reichsschul-Kommission, Bundesamt für Heimatwesen, Gesundheitsamt, physikalisch-technische Reichsanstalt, Reichsentschädigungskommission und die Zivilverwaltungen bei den Generalgouvernements in Brüssel und Warschau.

Das Reichswirtschaftsamt bearbeitet die Angelegenheiten, die auf die Fürsorge für die arbeitenden Klassen, auf Wohlfahrtseinrichtungen, Versicherung der Angestellten, Arbeitsmarkt und sonstige sozialpolitische Fragen sich beziehen. Die wirtschaftliche Seite der Mobilmachung und Demobilmachung, gewerbliche Angelegenheiten, das See- und Binnen-Schiffahrt- und Fischerei-, Maß- und Gewichtswesen, Handelspolitik, die wirtschaftlichen Fragen der Landwirtschaft und Industrie, die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen, Ausstellungswesen, Statistik, sowie das Bank- und Börsenwesen. Ihm unterstehen insbesondere Börsenausschuß, Verteilungsstelle für die Kaliindustrie, Technische Kommission für Seeschiffahrt, Schiffsvermessungsamt, Statistisches Amt, Normaleichungsamt, Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft, Reichsversicherungsamt, Kanalamt, Aufsichtsamt für Privatversicherung, Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Reichsschiedsgericht für Kriegswirtschaft, Reichskommissar für Ausfuhr- und Einfuhrbewilligung, der Reichsausschuß für den Wiederaufbau der Handelsflotte sowie die Zentralstellen für Kriegswirtschaft und die Kriegsgesellschaften, soweit sie nicht dem Kriegsministerium oder dem Kriegsernährungsamt unterstellt sind.

Es ist ferner die von der Regierung bereits angekündigte Uebertragung der Angelegenheiten des geistlichen und des gewerblichen Rechtsschutzes vom Reichsamt des Innern auf das Reichsjustizamt vorgenommen und demzufolge das Patentamt und der Reichskommissar für gewerbliche Schutzrechte diesem Amte unterstellt worden.

Hamburger Fremdenblatt

7./XI. 1917.

Reichsamt des Innern und Reichswirtschaftsamt.

Die Verteilung der Geschäfte auf das Reichsamt des Innern und das Reichswirtschaftsamt ist nach dem Reichsanzeiger durch Kaiserlichen Erlaß vom 21. Oktober 1917 folgendermaßen geregelt worden:

1. Im Geschäftsbereich des Reichsamts des Innern verbleiben die Verfassungsangelegenheiten, die auf den Bundesrat, den Reichstag und die Reichstagswahlen bezüglichen Geschäfte, die allgemeinen Angelegenheiten der Reichsbehörden und der Reichsbeamten, Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit und Ausweisungssachen, das Auswanderungswesen, die Militär-, Marine- und Schul-Angelegenheiten, insbesondere Kriegszustand, Mobilmachung, Demobilmachung mit Ausschluß der wirtschaftlichen Fragen, Familienunterstützungen, Aufwandsentschädigungen, Kriegsschäden im Reichsgebiet mit Ausnahme derjenigen der Seeschiffahrt, Verwaltung der besetzten Gebiete, Reichsentschädigungskommission, das Armenwesen, die allgemeinen Polizei-Angelegenheiten, insbesondere auf dem Gebiete des Vereins- und Presserechts, des Paßwesens sowie der Verkehr mit Kraft- und Luftfahrzeugen, die Doppelsteuersachen, die Bearbeitung von wissenschaftlichen und künstlerischen Angelegenheiten, das Luftfahrwesen, die Prüfung der Handfeuerwaffen, die Bauverwaltung, das Medizinalveterinärwesen, sowie endlich diejenigen Reichsangelegenheiten, deren Bearbeitung nicht anderen Abteilungen und Behörden übertragen ist.

Demgemäß gehören zum Geschäftsbereich des Reichsamts des Innern: 1. Zentral-Direktion der Monumenta Germaniae historica, 2. Reichskommissar für das Auswanderungswesen, 3. Reichs-Schulkommission, 4. Bundesamt für das Heimatwesen, 5. Entscheidende Disziplinarbehörden, 6. Gesundheitsamt, 7. Reichskommissar für die Typhusbekämpfung im Südwesten des Reiches, 8. Physikalisch-technische Reichsanstalt, 9. die Zivilverwaltung bei den Generalgouvernements in Brüssel und in Warschau, 10. die Reichs-Entschädigungskommission, 11. der Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland, 12. der Reichsausschuß und die Reichs-Kommissariate für die Feststellung der Kriegsschäden im Reichsgebiet.

2. Zum Geschäftsbereich des Reichs-Wirtschaftsamts gehören diejenigen Angelegenheiten, die auf die Fürsorge für die arbeitenden Klassen (Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung, Arbeiterschutz, Sonntagsruhe usw.), alle Wohlfahrtseinrichtungen, die auf die Versicherung der Angestellten, die Verhältnisse des Arbeitsmarktes und sonstige Fragen der Sozialpolitik sich beziehen, die wirtschaftliche Seite der Mobilmachung und Demobilmachung, die Gewerbe-Angelegenheiten einschließlich des Versicherungswesens, das Genossenschafts- und Hypothekenbankwesen, die Wohnungsfürsorge-Angelegenheiten, die See- und Binnenschiffahrt einschließlich der Postdampfer-Verbindungen und der Verwaltung des Kaiser-Wilhelm-Kanals sowie der Kriegsschäden der Seeschiffahrt, die See- und Binnenfischerei, die land- und forstwirtschaftliche Biologie, die Handelspolitik und die sonstigen Handelssachen, insbesondere die Handelsverträge, die wirtschaftlichen Fragen der Landwirtschaft und der Industrie, die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen einschließlich der Vergeltungsmaßnahmen, die wirtschaftliche Seite des Zoll- und Steuerwesens, das Ausstellungswesen und die die Produktionsverhältnisse des In- und Auslandes betreffenden Angelegenheiten, die allgemeine Statistik, die Statistik des Warenverkehrs mit dem Auslande, das Bank- und Börsenwesen.

Demgemäß gehören zum Reichs-Wirtschaftsamt: 1. Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, 2. Börsen-Ausschuß, 3. Berufungskammer in Börsen-Ehrengerichtssachen, 4. Berufungskommission für das ordentliche Strafverfahren wegen verbotenen Terminhandels, 5. Verteilungsstelle für die Kali-Industrie, 6. Berufungskommission für die Kali-Industrie, 7. Technische Kommission für Seeschiffahrt, 8. Reichs-Prüfungsinspektoren, 9. Schiffsvermessungsamt, 10. Behörden für die Untersuchung von See-Unfällen, 11. Statistisches Amt, 12. Normal-Eichungskommission, 13. Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft, 14. Reichs-Versicherungsamt, 15. Kanalamt, 16. Aufsichtsamt für Privatversicherung, 17. Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, 18. Reichs-Schiedsgericht für Kriegswirtschaft, 19. Reichskommissar für Aus- und Einfuhr-Bewilligung, 20. Reichsausschuß für den Wiederaufbau der Handelsflotte sowie die Zentralstelle für Kriegswirtschaft und Kriegsgesellschaften, soweit sie nicht dem Kriegsministerium oder dem Kriegsernährungsamt unterstellt sind.

3. Zum Geschäftsbereich des Reichs-Justizamts gehören künftighin: die Angelegenheiten des geistigen Eigentums und des gewerblichen Rechtsschutzes sowie demzufolge alle nachgeordneten Behörden, das Patent-Amt und der Reichskommissar für gewerblichen Rechtsschutz.

Ostdeutsche Rundschau

8./XI. 1917

167

Es rette den Rebbach wer kann! Vor kurzem erschien im volkswirtschaftlichen Teil der „Ostdeutschen Rundschau" ein Aufsatz, in welchem die Vermögensabgabe sobald als möglich gefordert wurde. Wie stichhältig und wohlbegründet diese Forderung ist, beweisen unter anderen scheinbar ganz fernstehende Ereignisse, die gar nicht den Eindruck erwecken, als würden sie in irgendwelcher Verbindung zur angeschnittenen Frage stehen. Die Versteigerung der Lobmeyrischen Gemäldesammlung hat allseits großes Aufsehen erregt. Dieses Erstaunen war um so berechtigter, als hier ungeheure Preise bezahlt wurden. Man muß sich unwillkürlich sagen, daß die Käufer Leute sein müssen, denen der Krieg so riesige Summen brachte, daß ihnen jede Gelegenheit recht ist, ihre leicht erworbenen Gelder in „Waren", wenn auch zu übermäßigen Preisen anzulegen. Ueberpreise sind für jene eben das Gewöhnliche. Diese Leute wissen recht gut, daß die Vermögensabgabe kommen wird und kommen muß. Aus diesem Grunde lassen sie Summen verschwinden, deren Höhe bei der späteren Schätzung sicher zu ihren Gunsten ausfallen wird, vorausgesetzt, daß sie nicht ganz ungreifbar werden. Es wird gekauft alles was zu haben ist. Vorzüglich Grund und Boden, Wald und Haus, Gold und Edelstein, Kunstwerke aller Art. Nur rasch die leichte Kriegsbeute unterbringen. Der brave Landmann, vom vielen Geld geblendet, läßt sich von der väterlichen Scholle vertreiben und bittet nun seinen Nachbarn, der noch den reichen Verlockungen nicht unterlegen, um Milch und Brot. Die mit unermüdlichem Fleiß bewirtschafteten Almen müssen brach liegen — denn auch die Herren Cahn, Cohn und Karweles und wie sie alle heißen, müssen vom Kriegsgewinnen ausruhen und der hohen Jagd obliegen. Was aus dem überzahlten Erwerb von Werten, die grundbücherlich oder sonstwie nicht festgehalten werden, hervorgeht, ist, daß hier Summen verschwinden, die aller Voraussicht nach bei einer verzögerten Vermögensabgabe nicht mehr in Betracht kommen. Durch unsere Kriegsgewinner geht der Ruf: „Es rette den Rebbach wer kann".

Neue Freie Presse

9./XI. 1917

Die Volkswirtschaft des Königreichs Polen.

Wien, 8. November.

Wenn die Vereinigung des Königreiches Polen mit Galizien zustandekommen sollte, würde ein Gebiet von mehr als 200.000 Quadratkilometer mit rund 20 Millionen Einwohnern gebildet werden. Seit der Befreiung Polens vom Zarenjoch ist die Frage der Lebens- und Entwicklungsfähigkeit einer selbständigen polnischen Volkswirtschaft in Polen wie in Rußland vielfach erörtert worden. Hielt man im russischen Reiche dafür, daß Polen in jeder Beziehung auf Rußland angewiesen sei, das es mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln versorge, wofür es seine Industrieerzeugnisse aufnehme, so hob man in Polen hervor, wie sehr das Land durch die Zollgemeinschaft mit Rußland und die fast grundsätzliche Außerachtlassung der Wirtschaftsinteressen Polens zugunsten der stets bevorzugten russischen Gouvernements in seiner Entwicklung gehemmt und beeinträchtigt wurde.

Dies gilt in erster Linie von der Landwirtschaft, die, wie in Galizien auch in Polen den größten Teil der Bevölkerung beschäftigt. Unter der Konkurrenz der billiger produzierenden innerrussischen Gebiete ist die polnische Landwirtschaft in den letzten Friedensjahren stetig zurückgegangen, so daß sie den Eigenbedarf des Landes nicht mehr deckte. Die Ernte 1910 betrug 2·4 Millionen Tonnen Roggen, 1·1 Millionen Tonnen Hafer, 0·6 Millionen Tonnen Weizen, 7·6 Millionen Tonnen Kartoffeln und 1·1 Millionen Tonnen Zuckerrüben. Galizien hat verhältnismäßig eine weit größere Weizenproduktion als Polen. Der Rückgang der polnischen Landwirtschaft hängt zum Teil mit dem geringen Hektarerträgnis zusammen, das im benachbarten Posen um die Hälfte größer ist, obwohl Polen den besseren Boden hat. Bei besserer Ausnützung des Bodens unterliegt es keinem Zweifel, daß Polen nicht bloß in der Lage ist, den Landesbedarf an Bodenprodukten selbst zu decken, sondern darüber hinaus, wie es einst der Fall war, erhebliche Ueberschüsse der Produktion an das Ausland abzugeben.

Die Entwicklung der Industrie Polens zeigen nachstehende Daten:

	Zahl der Betriebe	Arbeiter	Wert der Produktion in Millionen Rubel
1877	8.349	90.767	103·4
1895	12.987	205.827	278·6
1910	10.953	400.922	860·1

Nach Arbeiterzahl und Produktionswert stehen die Textilindustrie, die Berg- und Hüttenindustrie sowie die Nahrungsmittelindustrie an erster Stelle. In Galizien sind 9 Prozent der Bevölkerung industriell tätig; in erster Linie steht die Produktion von Salz (Jahreswert 20 Millionen Kronen), Stein- und Braunkohle (16 Millionen Kronen) und Rohöl (1912 118.700 Zisternen). Die polnische Textilindustrie, die hinsichtlich des Rohstoffbezuges in Zukunft besser gestellt sein dürfte als bisher, würde künftig nicht bloß im Osten, sondern auch im Westen Absatz finden. Die Zollgrenze, die sie von ihrem bisherigen russischen Absatzgebiet trennen wird, dürfte schwerlich den Verlust dieses Marktes bedeuten, denn Lodz hat schon unter schwierigeren Verhältnissen die Konkurrenz mit Moskau, dem anderen russischen Textilzentrum, aufgenommen. Die Kohlen- und Eisenindustrie von Sosnowice sowie die bedeutende Maschinenindustrie Warschaus werden durch die Loslösung von Rußland, wo stets nur die südrussische Montanindustrie auf Kosten Polens begünstigt worden ist, nicht geschädigt werden.

Der Außenhandel Polens hat sich in den letzten Friedensjahren aus dem Import von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Vieh, ferner von Rohstoffen und dem Export von Halb- und Fertigfabrikaten zusammengesetzt. Die tatsächliche Gestaltung der künftigen Handels- und Zahlungsbilanz des neuen Königreiches läßt sich heute allerdings nicht voraussehen, zumal sie in nicht geringem Grade von der künftigen handelspolitischen Entwicklung in Europa abhängen würde.

Die gegenwärtige Lage der polnischen Volkswirtschaft steht naturgemäß im Zeichen der Kriegswirtschaft. Wie in Galizien ist auch in Polen Landwirtschaft und Industrie der Kriegswirtschaft angepaßt und der Handel zum großen Teile ausgeschaltet worden. Die österreichische Militärverwaltung in Lublin hat ebenso wie die deutsche in Warschau auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Organisation in kurzer Zeit erstaunlich viel geleistet. Häuser wurden wieder aufgebaut, zahlreiche Fabriken wieder in Stand und Betrieb gesetzt, Kataster wurden angelegt, das Unterrichtswesen neu organisiert, der Agrarkredit wurde ausgestaltet, zahlreiche Straßen und Kleinbahnen (Feld- und Fabriksbahnen) wurden gebaut, Rohstoff- und Warenverkehrszentralen fördern die Produktion und regeln den Handelsverkehr, und ein großes Netz von Arbeitsvermittlungsstellen sorgt für die Beschäftigung aller willigen Hände.

10./XI. 1917

169

Neubau der Weltwirtschaft.

Vortrag in der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft.

Ueber den Neubau der Weltwirtschaft sprach gestern in der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft Universitätsprofessor Dr. von Schulze-Gävernitz (Freiburg-Breisgau).

Er bekannte sich zu dem Glauben einer Abschwächung des Machtgrundsatzes in der kommenden Weltwirtschaft. Dieser Glaube gründe sich zunächst auf eine kriegstechnische Erwägung. Die Stärke des U-Bootes schon in der Hand eines kleinen Staates mache das Bedürfnis allgemein, daß eine Unterbindung des friedlichen Verkehrs durch kleine Ruhestörer verhindert werde. Der Grundsatz der freien Meere werde demgemäß allgemeine Anerkennung finden, und mit ihm die Unantastbarkeit des Privateigentums auf der See auch in Kriegszeiten. Der Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß ist schon wegen des alles beherrschenden Warenhungers nicht allzu ernst zu nehmen.

Der Redner erörterte das voraussichtliche Wirtschaftsverhältnis der wichtigsten Kulturländer zu Deutschland. Hinsichtlich Rußlands rechne man sowohl bei unseren Feinden wie bei uns mit völliger Sicherheit auf einen Staatszusammenbruch. Die Kauffähigkeit der englischen Kolonien ihrem Mutterlande gegenüber hat den Rohstoffabsatz an ein Industrieland außer England zur Voraussetzung. Deshalb ist das englische Weltreich in Zukunft auf ein Deutschland angewiesen mit starker Industrie. Der Hunger nach Rohstoffen für Eisenbahn und Schiffbau wird England Eisen kaufen lassen, wo es immer diesen Stoff nur erlangen kann.

Trotz dieser Lage bestehe die Gefahr eines Wirtschaftskampfes. Zunächst deswegen, weil in den feindlichen Ländern zahlreiche Kriegsindustrien gegründet worden sind, die sich auf den friedlichen Wettbewerb einstellen werden. Es bestehe ferner die Gefahr eines Rohstoffmangels, einer Rohstoffteuerung und einer Rohstoffvertrustung. Demgemäß sei die Rohstoffürsorge der wichtigste Punkt der Uebergangswirtschaft. Deutschland müsse vor allem daran liegen, daß die Meistbegünstigungsklausel nach dem Beispiel des Frankfurter Friedens in die Friedensverträge mit allen Ländern aufgenommen werde. Aus ihr ergebe sich folgerichtig der Verzicht auf alle Ausfuhrvergünstigungen und die Anerkennung eines Gerichtshofes, der festzustellen habe, ob ein Staat solche Vergünstigungen in irgend einer versteckten Form zahle. (Dumping.)

Eine große Bedeutung habe die stark politische, auf freihändlerischer Grundlage stehende Arbeiterbewegung in England. Dort habe der russische Umsturz einen weit stärkeren Eindruck gemacht, als bei uns. Diese Entwicklung in der englischen Arbeiterschaft sei der stärkste Bundesgenosse in der freiheitlichen Wirtschaftsbewegung. In der Frage des Mitteleuropas gäbe es keine Halbheiten. Wir müssen entweder getrennt verhandeln oder schon während des Krieges Mitteleuropa unter Dach bringen. Allerdings lade die Herstellung von Mitteleuropa Deutschland die Verpflichtung auf, die österreichische Valuta in Ordnung zu halten, denn ein Zollverein mit nicht einheitlicher Valuta sei undenkbar.

11./XI. 1917

171

Wirtschaftliche Wochenchronik.

4. November. Einführung des Konzessionssystems für deutsche Aktiengesellschaften. — Umwandlung der Preußischen Seehandlung in eine „Königlich preußische Staatsbank".

5. November. Heftiger neuerlicher Rückschlag an der Wiener und Budapester Börse, der an den folgenden Tagen seine Fortsetzung findet. Lärmszenen an der Budapester Börse wegen der neuen Geschäftsordnung. — Emissionskurs der neuen vierprozentigen französischen Anleihe 68.60. — An den amerikanischen Börsen Mindestkurse für die lokalen Werte festgesetzt. — Teilweise Beschlagnahme der amerikanischen Kohlenproduktion.

6. November. Die Budapester Börse wegen fortdauernder Schwierigkeiten bei der Durchführung der Börsenreform bis 12. d. geschlossen.

7. November. Erhöhung des Zinsfußes der italienischen Notenbanken auf 5½ Prozent.

8. November. An der New-Yorker Börse abermalige scharfe Rückgänge. — Zeichnungsergebnis der amerikanischen Anleihe 4·6 Milliarden Dollar.

9. November. Kräftige Erholung der Wiener Börse.

10. November. Prospekt der siebenten ungarischen Kriegsanleihe. Subskriptionsfrist vom 15. d. bis 14. Dezember.

Tägliche Rundschau

13./XI. 1917

Dauer der Zwangswirtschaft. In einer Sitzung der Krefelder Handelskammer hat der Geheime Kommerzienrat Deutzen mitgeteilt, daß an zuständiger Stelle die Absicht bestehe, die Ausschaltung des freien Handels und die Einrichtung der Zwangssyndikate bis zu fünf Jahren bestehen zu lassen. Dazu erfahren wir Folgendes:

Von der Regierung wird beabsichtigt, alle Zwangsmaßnahmen der Kriegswirtschaft nur so lange bestehen zu lassen, wie es die außerordentlichen Umstände des Krieges erheischen. Eine Festsetzung ist der Natur der Sache nach überhaupt nicht möglich. Allgemein könnte man höchstens sagen, daß eine Außerkraftsetzung vor der Rohstoffbeschaffung aus der neuen Ernte nach Friedensschluß nicht möglich sein werde. Das wäre ein Mindesttermin. Ein Höchsttermin läßt sich jetzt noch bei keinem Wirtschaftszweig festsetzen, und das wird um so weniger möglich sein, je länger der Krieg dauert. Außerdem liegen die Verhältnisse für die einzelnen Geschäftszweige sehr verschieden. Dementsprechend wird sich auch der Abbau verschieden gestalten und in verschieden raschem Zeitmaß vor sich gehen. Es ist darum unrichtig, von einer Absicht der Regierung zu sprechen, für bestimmte Maßnahmen bestimmte Fristen festzusetzen.

15./XI. 1917.

15.
174

Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischer Wirtschaftskongreß.

✠ Vom 15. bis 17. November wird hier in Hamburgs Mauern der Deutsch-Oesterreichisch-Ungarische Wirtschaftsverband mit dem Oesterreichisch-Deutschen Wirtschaftsverbande eine gemeinsame Tagung abhalten. Wiederholt sind die genannten Verbände schon während des Krieges versammelt gewesen, in Berlin sowohl wie in Wien und in Budapest. Wenn sie jetzt zur gemeinschaftlichen Beratung sich an der deutschen Wasserkante, in der bedeutendsten Seehafenstadt unseres Vaterlandes, vereinigen, so wollen sie damit zum Ausdruck bringen, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn auch gemeinsame wasserwirtschaftliche und überseeische Interessen immer miteinander verbinden.

Als das Problem mitteleuropäischer Wirtschaftspolitik auftauchte, ist drüben und drüben vielfach befürwortet worden, man solle sich auf das Gebiet zwischen Hamburg und Bagdad beschränken. Zu eng erschien jedoch dieser Raum für die Betätigung hanseatischen Geistes, wie er in Deutschlands Hansestädten und in Oesterreich-Ungarns bedeutendstem Handelsplatze Triest auch während des Krieges lebendig geblieben ist. Hamburg und Triest haben schon oft in Schiffahrtsfragen miteinander gearbeitet, haben auch schon häufig in scharfem Wettbewerb zueinander gestanden. Wie Hamburgs Handel und Schiffahrt, so hat auch der Schiffsverkehr Triests unter dem Kriege schwer zu leiden. Mag aber auch die deutsche Handelsflotte ebenso wie die österreichisch-ungarische augenblicklich notgedrungen feiern müssen, mag unseren Reedern ebenso wie denen der verbündeten Donau-Monarchie der Krieg jede Verdienstmöglichkeit unterbunden haben, trotzdem ist man weder bei uns, noch an der Donau untätig gewesen, sondern hat in gemeinsamer Arbeit bereits für die kommende Friedenszeit vorgesorgt und ein Zukunftsprogramm aufgestellt, das nach Beendigung des Krieges ein geschlossenes Vorgehen der Verbündeten auch bezüglich der Seeschiffahrt und in allen beide Teile berührenden Fragen der Binnenschiffahrt gewährleistet.

Wie wir der uns vorliegenden Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung entnehmen, werden über die Seeinteressen der Mittelmächte deutscherseits Herr Direktor B. Hulbermann von der Hamburg-Amerika Linie, österreichischerseits der Direktor des Oesterreichischen Lloyds, Herr Dr. Auspitzer, und für Ungarn der leitende Direktor der „Adria"-Seeschiffahrts-A.-G., Herr Dr. Kovacs, einen Vortrag halten. Ueber die Herstellung eines Großschiffahrtsweges von der Elbe zur Donau werden der Wasserbaudirektor der Stadt Hamburg, Herr Geheimrat Bubendey, der österreichische Wasserstraßen-Baudirektor, Herr Hofrat Schneller, und der Magistratsrat Fock aus Budapest Bericht erstatten.

Als im März dieses Jahres aus Wien die Kunde zu uns kam, daß die Oesterreichische Kreditanstalt mit der Direktion der Disconto-Gesellschaft in Berlin und der Norddeutschen Bank in Hamburg, Abmachungen getroffen habe, dahin gehend, daß ein engeres Zusammengehen der genannten Institute mit den seitens der Disconto-Gesellschaft und der Norddeutschen Bank gegründeten Banken, nämlich der Brasilianischen Bank für Deutschland und der Bank für Chile in Deutschland Platz greifen soll, ist dieses Uebereinkommen im Interesse der gemeinsamen Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege auf beiden Seiten beifällig begrüßt worden. Die Beschaffung der Rohstoffe wird aber sehr erleichtert werden, wenn die hier in Hamburgs Mauern zur gegenseitigen Aussprache weilenden führenden Männer der deutschen und österreichisch-ungarischen Schiffahrtskreise maßgebende Grundlinien für eine gemeinsame zukünftige Schiffahrtspolitik zu schaffen vermögen. Ohne eine planmäßige Schiffahrtspolitik gibt es eben auch keine richtige Weltwirtschaftspolitik. Aus einem engeren Zusammenschluß der deutschen und österreichisch-ungarischen Reedereien, bei den beiderseitigen Existenz- und Entwicklungsmöglichkeiten in jeder Beziehung Rechnung trägt, dürfte für beide Teile nicht nur ein geschäftlicher Nutzen, sondern auch eine Hebung der beiderseitigen Leistungsfähigkeit erwachsen. Als ein durch gemeinsame Interessen fest zusammengeschmiedeter Block werden die deutschen und österreichisch-ungarischen Reedereien nach dem Kriege im internationalen Seeverkehr gegenüber allen Machenschaften unserer jetzigen Feinde ihre Flaggen auf allen Meeren in siegreichem Wettbewerbe behaupten können.

Von allen Erwerbsständen haben Handel und Schiffahrt das größte Interesse daran, daß nach dem Kriege die Rückkehr in das normale Wirtschaftsleben sich so schnell als möglich vollzieht und auf jede Weise erleichtert wird. Mittel und Wege hierzu ausfindig zu machen, ist eine der Aufgaben des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftskongresses. Mögen seine Verhandlungen zu Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Nutzen erfolgreich verlaufen. In altbewährter Gastfreundschaft heißt Hamburg die Wiener und Budapester Abgeordneten in seinen Mauern willkommen.

* * *

Wie wir hören, werden zu der Tagung nicht nur die deutschen Behörden, wie das Auswärtige Amt, das Reichsschatzamt, das Kriegsministerium, der stellvertretende Generalstab und andere Zivil- und Militärbehörden, sondern auch das k. k. Handelsministerium, das k. k. Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Wien, das kgl. ungarische Handelsministerium, das Ministerium für Uebergangswirtschaft ihre Vertreter entsenden. Auch eine große Anzahl deutscher, österreichischer und ungarischer Handelskammern, u. a. die Handelskammern Berlin, Breslau, Hamburg, Dresden, Bromberg, Bremen, Brandenburg, München, Nürnberg, Oldenburg, Lübeck, Budapest und Reichenberg, wie auch die großen wirtschaftlichen Körperschaften, an ihrer Spitze der Kriegsausschuß der deutschen Industrie, der Bund der Industriellen, der Handelsvertragsverein, der Verband Sächsischer Industrieller und eine große Zahl wirtschaftlicher und Interessenvertretungen aus allen Teilen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns nehmen an den Verhandlungen teil. Ebenso zeigt sich in parlamentarischen Kreisen ein lebhaftes Interesse für die Tagung. So verlautet, daß nicht nur Mitglieder des Reichstags, sondern auch eine größere Zahl Landtagsabgeordnete aus den Bundesstaaten an der Tagung teilnehmen und zwar u. a. die Abgeordneten Graf Westarp, Geheimrat Schwabach, Dr. Südekum. Die Parlamente Oesterreichs und Ungarns sind ebenfalls durch eine größere Zahl Abgeordnete vertreten. Der Tagung wird ein Begrüßungsabend vorangehen, den die Handelskammer in Hamburg veranstaltet.

Die Zeit

15./XI. 1917

Galizien und Polen.

Die wirtschaftliche Bedeutung einer Vereinigung.

Wenn man nüchtern prüfen will, welche Folgen die etwaige Vereinigung Galiziens und Polens zu einem selbständigen Staate für die österreichische Volkswirtschaft haben könnte, so muß man davon ausgehen, daß Galizien eine wichtige Absatzstätte der westösterreichischen Industrie bildet. Zwar machen sich seit einiger Zeit immer stärkere Bestrebungen zur Industrialisierung des Landes geltend, die auch von den Regierungen unter dem Drucke politischer Notwendigkeiten gefördert worden sind. So ist es beispielsweise wenig bekannt, daß der Staat bei Deckung seines eigenen Warenbedarfes den auf Galizien entfallenden Anteil von galizischen Industrien selbst dann decken muß, wenn diese bis zu 5 Prozent höhere Preise fordern als ihre Konkurrenten in anderen Kronländern. Es besteht mithin gleichsam eine Zollschranke, die Galizien mit einer 5prozentigen Wertskala gegen die Einfuhr von Industrieartikeln aus den übrigen Ländern Oesterreichs schützt. Trotz alledem ist Galizien hauptsächlich als Agrarland anzusehen (kaum ein Zehntel seiner Bevölkerung ist industriell tätig), so daß es noch immer als ein sehr bedeutender innerer Absatzmarkt für unsere Industrie in Betracht kommt.

Das würde durch eine Vereinigung Galiziens mit dem Königreich Polen sofort anders werden. Dieses hatte schon vor dem Kriege eine ansehnliche Industrie, wobei besonders die Textilindustrie, die Nahrungsmittelindustrie und die Berg- und Hüttenindustrie hervorzuheben wären. In den Textilfabriken waren im Jahre 1912 (in 1100 Betrieben) nicht weniger als 157.000 Arbeiter beschäftigt. Mit der Nahrungsmittelindustrie befaßten sich rund 3000 Unternehmungen, die einen Arbeiterstand von 50.000 hatten. Die Metallindustrie beschäftigte in 460 Unternehmungen 49.000 Arbeiter. Aber auch andere Industrien haben im Königreich Polen einen sehr günstigen Boden. So betrug beispielsweise in der Papier- und graphischen Industrie die Zahl der Betriebe 180 und die Zahl der Arbeiter 10.000. In der chemischen Industrie waren in mehr als hundert Betrieben 7500 Arbeiter tätig. Die Industrie der Steine und Erden — 340 Unternehmungen — beschäftigte sogar 23.000 Arbeiter usw. Es ist daher selbstverständlich, daß das Königreich Polen nach der Vereinigung mit Galizien beinahe den gesamten Bedarf dieses Landes an Industrieartikeln vollständig decken könnte und decken würde, zumal dabei auch sehr stark psychologische und nationale Momente mitspielen. War schon vor dem Kriege, wie dargetan, das Bestreben der Galizier auf Schaffung einer eigenen Industrie gerichtet, so würde das im Weltkrieg tausendfach gestärkte Volksbewußtsein und der niemals schlummernde Nationalstolz der Polen die Abhängigkeit von ausländischen Industrien nicht lange ertragen. Die Ausbreitung des inländischen Marktes müßte aber auch zu einer wesentlichen Entfaltung der polnischen Industrie führen, so daß diese in weit höherem Maße als bisher exportfähig sein könnte. Das Endergebnis liegt somit klar zutage: der westösterreichischen Industrie würde mit Galizien nicht nur ein Absatzgebiet, auf das sie geradezu angewiesen ist, fast vollständig entgehen, sondern sie hätte überdies auf fremden Märkten mit einem neuen, sehr gefährlichen und teilweise (zum Beispiel im Nordosten Europas) sogar unüberwindlichen Konkurrenten zu rechnen.

Aber Galizien kommt für die übrigen Kronländer Oesterreichs nicht bloß als Verbraucher, sondern auch als Produzent in Betracht. Die große Wichtigkeit seiner landwirtschaftlichen Erzeugung ist uns während des Krieges nur allzu deutlich zum Bewußtsein gekommen. Auf diesem Gebiete würde die Vereinigung mit dem Königreich Polen eine Umkehrung des früher besprochenen Verhältnisses zur Folge haben. Die Landwirtschaft des Königreiches ist nämlich wenig entwickelt; seine Viehzucht steht auf einer nicht hohen Stufe. Demzufolge konnte Polen vor dem Kriege seinen eigenen Bedarf nicht decken und war genötigt, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Vieh einzuführen. Diese Fehlmenge wird nun seinerseits wieder Galizien vollkommen zu ersetzen in der Lage sein. Wir werden demnach auch einen Lieferanten von landwirtschaftlichen Produkten und zum Teil sogar von Rohstoffen (wie zum Beispiel von Rohöl) verlieren. Aber wenn wir selbst annehmen, daß beide Länder nach einiger Zeit einen Ueberschuß über ihren eigenen Bedarf werden herstellen können, so wird dieser keineswegs uns in erster Linie zugute kommen. Denn der neue Staat wird [illegible]ch in dieser Richtung seinen unmittelbaren Anschluß an den Weltmarkt zu sichern wissen, besonders da ihm durch die Weichsel der freie Ausgang zur Ostsee eröffnet werden soll. Dabei wirft ein grelles Licht auf die bestehenden Pläne der Umstand, daß vor kurzem in Krakau ein großer Verein gebildet worden ist, der sich die Herstellung einer freien polnischen Handelsmarine zum Ziele setzt. Wir werden demzufolge auch als Abnehmer polnischer Waren mit fremden Staaten zu konkurrieren haben. Schließlich darf in diesem Zusammenhang auch die verkehrspolitische Frage nicht außer acht bleiben. Ein großes Gebiet von 200.000 Geviertkilometer wird uns mit allen seinen Verkehrsmitteln vom Ausland trennen. Das Land wird seine eigene Verkehrs- und Tarifpolitik betreiben und hierzu vor allem durch sein sehr entwickeltes Eisenbahnnetz außerordentlich befähigt sein. Es ist wenig bekannt, daß schon vor dem Kriege die galizischen Bahnen zu den erträgnisreichsten Oesterreichs zählten, und daß sie in ihrer Rentabilität nur von der Nordbahn (von der dem neuen Staate ein sehr wichtiger Teil zufallen würde) und von einigen Linien der Staatseisenbahngesellschaft übertroffen worden sind. Während des Krieges wurde das Eisenbahnnetz Polens und Galiziens überdies wesentlich ausgestaltet; so zum Beispiel ist der ganze Bereich der Stanislauer Direktion seit einiger Zeit doppelgleisig ausgebaut. Das mit schwerem Gelde und mit großen gesamtstaatlichen Opfern erbaute Bahnnetz, zu dem auch die anderen Kommunikationen zu rechnen sind, würde nicht unseren Interessen dienen, sondern solchen, die uns fremd, gleichgültig oder sogar entgegengesetzt sind. Alle diese in der natürlichen Konstellation und in der unvermeidlichen Entwicklung der Dinge liegenden Tatsachen könnten selbst durch die besten diplomatischen Instrumente nicht aus der Welt geschafft werden. Und auf dauernde Freundschaft oder gar auf Dankbarkeit ist im Verkehr der Völker nicht zu rechnen, letztere, wie schon Tacitus sagt, mit der Zeit eher sogar zu Haßgefühlen reichliche Nahrung bietet.

Aus vorstehendem ergibt sich, daß, lediglich vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, wir aus einer Vereinigung Galiziens und Polens zu einem selbständigen Königreich nur Nachteile und keine Vorteile zu erwarten hätten.

Arnold
16/XI. 1917

A 16

179

Das Ministerium für soziale Fürsorge.

In einem vom 7. Oktober d. J. an den Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler gerichteten Handschreiben hat Kaiser Karl die Errichtung eines „Ministeriums für soziale Fürsorge" genehmigt und die Ermächtigung erteilt, den bezüglichen Gesetzentwurf im Reichsrat einzubringen. Zugleich mit dem kaiserlichen Handschreiben und einem den Wirkungskreis des neuen Ministeriums erläuternden Motivenbericht ist der bezügliche Gesetzentwurf dem Hause unterbreitet worden. Der Verfassungsausschuß hat den Gegenstand eingehend behandelt und legt nunmehr das Gesetz unverändert, nur mit einer kleinen Ergänzung, dem Plenum vor. In einer ausführlichen Begründung, die der Ausschußreferent Abg. Dr. Schöpfer dem Gesetzentwurf vorausschickt, wird in erster Reihe der Wirkungskreis des neuen Ministeriums behandelt.

Der gegenwärtige Gesetzentwurf, betont der Referent, regelt nur die Kompetenz für die bestehenden, also in ihrer Durchführung einem andern Ministerium zugehörigen, nunmehr aber in den Wirkungskreis des Ministeriums für soziale Fürsorge überwiesenen Gesetze. Dem Reichsrat wird also durch dieses „Kompetenzgesetz" kein bestimmender Einfluß auf die Errichtung des Ministeriums oder auf den Wirkungskreis desselben gewährt. Entscheiden kann der Reichsrat nur insofern, als er zum Kompetenzgesetz die Zustimmung verweigern kann, was aber nur zur Folge hätte, daß das bereits errichtete Ministerium nur verstümmelt ins Leben treten, ja sich überhaupt kaum betätigen könnte. Dem der Menschen untereinander regelt und wie überhaupt im Handel und Wandel, ganz besonders im Arbeitsvertrag zur Geltung kommen muß; die Gerechtigkeit in der Gesetzgebung, welche die Ungerechtigkeit der Menschen untereinander nicht aufkommen läßt und es verhindert, daß dem Arbeiter gebührende Lohn infolge einer schrankenlosen Vertragsfreiheit gekürzt oder daß er um das unveräußerliche Recht auf sittliche und leibliche Gesundheit, auf geordnetes Familienleben u. dgl. betrogen oder um die Möglichkeit seine Pflichten zu erfüllen gebracht werde; die Gerechtigkeit der Staatsverwaltung, die Rechte und Pflichten der Staatsbürger gleichmäßig verteilt.

Sehr eingehend hat sich der Ausschuß darüber geäußert, wie das neue Ministerium die Agenden seines Wirkungskreises behandeln solle. Alle Redner, die überhaupt das Wort ergriffen, sprachen zu diesem Thema und alle erhoben einstimmig die Forderung, das neue Ministerium möge sich ja hüten, auf die gang und gäbe bureaukratische Art der Verwaltung das Hauptgewicht zu legen. Auf keinem Gebiete der Verwaltung habe sich das System bewährt, einfach in Verordnungen, Erlässen und Anweisungen sich zu erschöpfen. Die Bevölkerung steht heute der Bureaukratie fast fremd gegenüber: es fehlt die für die Befolgung behördlicher Anordnungen notwendige Kenntnis derselben — sind ja die Behörden oft selbst nicht in der Lage, in dem Wust von Verordnungen und Erlässen sich zurechtzufinden, sie zu überblicken, ja überhaupt deren Inhalt ordentlich einzusehen; es fehlt der unmittelbare Verkehr der Behörden mit den Bevölkerungsschichten, das ordentliche Erfassen und Verstehen der wirklichen Bedürfnisse; es fehlt die für den Erfolg der Verwaltung ganz unerläßliche Mitwirkung der organisierten Bevölkerung selbst, es fehlt auch noch diese Organisation als deren notwendige Voraussetzung. Nun ist gerade diese Mitwirkung auf keinem Gebiete der Verwaltung so wichtig und notwendig, auch auf keinem so leicht, wie gerade auf dem der sozialen Fürsorge. Es haben darum sämtliche Redner, welche diesen Gegenstand berührten, an den Herrn Minister die eindringliche Aufforderung gerichtet, mit dem neuen Ministerium diesen Weg der Reform zu betreten und dadurch auch für andre Verwaltungszweige bahnbrechend voranzugehen.

18/XI. 1917

183

Wirtschaftliche Wochenchronik.

11. November. Oesterreichischer Industriellentag in Wien.

12. November. Konferenz von Vertretern der Wiener Banken über die Aufhebung der Mark- und Kronensperre in Deutschland. — Besserung der österreichisch-ungarischen und deutschen Valuta an den Börsen der neutralen Länder infolge der Siege gegen Italien. — Wiedereröffnung der Budapester Börse nach fünftägiger Unterbrechung mit Abänderungen der neuen Geschäftsordnung.

13. November. Den amerikanischen Nationalbanken wird gestattet, Papiergeld in unbeschränkter Höhe anzunehmen.

14. November. Erhöhung der Gütertarife auf den österreichischen und ungarischen Eisenbahnen. — Anzeigepflicht für feindliche Vermögen im Inlande und österreichische Vermögen im feindlichen Auslande.

15. November. Neuerliche starke Rückgänge an der Budapester Börse.

16. November. Tagung des Deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes in Hamburg. — Erholung an der Budapester Börse.

17. November. Fünfzigprozentige Erhöhung der Personentarife auf den österreichischen Staatsbahnen vom 1. Dezember angefangen.

Frankfurter Zeitung

18./XI. 1917

18.

184

Mitteleuropäische Betrachtungen.

In den Stürmen des Weltkrieges hat das mitteleuropäische Bündnis einen Grad innerer Festigkeit gewonnen, der ihm Dauer und Leben für absehbare Zeiten in der Gemeinschaft der europäischen Völker sichert. Die Siege am Isonzo und in der Ebene von Venetien, das Italien durch preußische Waffen trotz seiner eigenen Niederlagen gewann, zeigen die unwiderstehliche Kraft des vereinten Mitteleuropa. Und der Friede, der diesen Krieg beendigen wird, muß den im Feuer gehärteten Bund erst recht zu einer Lebensgemeinschaft der in ihm vereinten Völker machen, weil die Notwendigkeiten, die ihn gebildet haben, auch über diesen Sieg hinaus fürs erste weiterbestehen werden. Wir wissen, daß nicht nur die Staatsmänner in Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sondern auch weite Teile der Völker für die Vertiefung und Erweiterung des Bundes arbeiten. Die beste Förderung wird diese Arbeit erfahren, wenn man hüben und drüben sich gegenseitig mehr als bisher kennen und verstehen lernt. Es ist seit dem Beginn des Krieges manches, aber keineswegs genug in dieser Hinsicht geschehen, und es ist deshalb eine durchaus angebrachte Mahnung, wenn Dr. Richard Bahr, einer unserer ernsthaftesten politischen Schriftsteller, in einem vor kurzem erschienenen Büchlein dieses notwendige Sichverstehen- und Kennenlernen mit besondere Eindringlichkeit betont. („Von der Schicksals- zur Lebensgemeinschaft" Deutschland, Oesterreich und Ungarn von Dr. Richard Bahr. 1917 Reichsverlag Hermann Kalkoff (Berlin). Der Verfasser, der als Deutschbalte die Schmerzen des Auslandsdeutschtums aus eigener Erfahrung, aber auch die Nöte der Oesterreicher und Ungarn gut kennt, zieht selbst aus seiner Mahnung die Folgerung, daß er allen Beteiligten, den Ungarn, den Oesterreichern, den Reichsdeutschen einige Wahrheiten sagt, die wirklich beherzigt werden müssen, wenn die Schicksalsgemeinschaft eine Lebensgemeinschaft werden soll. Alldeutsche Machtbestrebungen liegen ihm fern, aber national-deutsch ist allerdings der vorwiegende Gesichtspunkt, von dem aus er die mitteleuropäischen Fragen betrachtet. Mitteleuropa ist ihm in der Hauptsache ein Anliegen des deutschen Volkes, doch soll keine der anderen Nationalitäten dabei in ihren Rechten verkürzt werden. Daß der Schwierigkeiten, die sich entgegenstellen, nicht wenige sind, zumal bei der Vielzahl der Nationalitäten, die in unserem Nachbarreich in Frage kommen, sieht auch der Verfasser ein. Er stellt sich, was Oesterreich betrifft, auf den Standpunkt der Gleichberechtigung der Völker, die freilich keine „mechanische" sein dürfe. Den Ungarn sucht er in aller Freundschaft begreiflich zu machen, daß es zur Aufrechterhaltung der Einheit des ungarischen Staates nicht nötig ist, das ungarländische Deutschtum kulturell versumpfen zu lassen, deutsche Theater in Städten wie Preßburg und Temesvar, deutsche Sänger an der Budapester Nationaloper auszuschließen, am Budapester Hauptpostamt zwar französische und englische, aber keine deutschen Aufschriften zu dulden, kurz, daß die kleinlichen Nadelstiche einer vergangenen Zeit mit Freundschaft und Waffenbrüderlichkeit nicht vereinbar sind. Uns Reichsdeutschen aber hält er vor, daß wir uns um die Leute da drüben viel zu wenig kümmern, sie zu wenig zu verstehen suchen und das, was sie tun und schaffen, zu sehr von oben herab ansehen. Das Buch ist vor der russischen Revolution geschrieben. Seitdem ist in Oesterreich und Ungarn mancherlei geschehen, was die Entwicklung im Sinne des Verfassers und im Sinne der mitteleuropäischen Idee nicht durchsichtiger und nicht leichter gemacht hat. Immerhin, die Idee behält ihre Realität und die Betrachtungen und Mahnungen Bahrs dienen ihrer Verwirklichung und sind es wert, ernstlich beachtet zu werden.

19./XI. 1917

186

Die wirtschaftlichen Vorteile der Offensive in Italien.

Die Eroberung der italienischen Gebiete hat uns nicht allein strategische Vorteile gebracht. Die von uns besetzten Länder bedeuten keinen bloßen Terrainbesitz, sondern auch eine heute vielleicht noch nicht in ihrer Gänze voll eingeschätzte wirtschaftliche Bereicherung. Blühende, ungeheuer gewerbefleißige Provinzen sind in unsern Besitz gelangt. So sind Udine und Belluno der Sitz äußerst leistungsfähiger Textilindustrien. In Udine allein arbeiten, auf 16 Orte verteilt, 26 Textilfabriken mit 2000 Webstühlen, in Belluno zwei Baumwollwebereien mit 200 Webstühlen. Auch Pordenone ist eine Zentrale der Baumwollindustrie. Hervorgehoben ist auch die hochentwickelte Seidenindustrie; zur Sichtung der vorgefundenen großen Lager werden auch schon Sachverständige aus der Monarchie entsendet. Belluno weist überdies einen umfangreichen Leder- und Holzhandel auf. Besonders ergiebig ist der Bergbau auf Erze, Galmei- und Kupferkies.

Nicht weniger blühend als die Industrie ist die Landwirtschaft dieser Provinzen. Namentlich Udine betreibt bedeutende Viehzucht. Im Frieden ergab die Statistik 200,000 Rinder, über 60,000 Schweine und 50,000 Schafe, ferner eine erhebliche Anzahl von Pferden und Eseln. Die Maisproduktion ist dort ebenfalls bedeutend. Man schätzt sie auf 125,000 Tonnen. Der Obst- und Weinbau sowie die Alpenviehzucht Bellunos ist sehr bemerkenswert. Durch Verwendung dieser Provinzen als Etappenraum für die Armeen mußte natürlich der ohnehin große wirtschaftliche Reichtum derselben durch Ansammlung der aus dem Hinterland gebrachten und aufgestapelten Vorräte ganz bedeutend gehoben werden. Hiedurch erklärt sich auch die ungeheure Menge vorgefundenen Materials, das eben wie alles Kriegsmaterial hier sozusagen aus dem ganzen Lande konzentriert wurde.

Außer diesen industriellen und landwirtschaftlichen Schätzen, die in unsre Hand fielen, eroberten wir aber auch eine geradezu gigantische Beute an Geschützen und anderm Kriegsmaterial. Am besten wird dies dadurch illustriert, daß bisher nicht weniger als 2800 Geschütze in unsern Besitz gelangten, was den Artilleriefriedensbestand Italiens bei weitem übertrifft. Zur Bespannung dieser Geschütze wären allein über 30,000 Pferde notwendig. Es ist interessant, darauf hinzuweisen, daß allein eine Division über 213 Geschütze und 77 Lastenautos erbeutete. Welche finanzielle Einbuße Italien dadurch erlitten hat, läßt sich wohl erst nach Erhalt der genauen Ziffern feststellen, ist jedoch beim Artilleriematerial allein mit über einer Viertelmilliarde einzuschätzen.

Italien hat bisher den Krieg verhältnismäßig billig geführt — seine Kriegskosten betragen bis jetzt kaum 25 Milliarden Lire —, weil es in der Hauptsache nur an einer Front kämpfte, immer Angreifer war und in ziemlicher Ordnung disponieren konnte. Jetzt aber ist diese Hoffnung verloren gegangen — die Neuausrüstung der Armee, die Neuanschaffung von Vorräten muß in stürmischer Eile erfolgen, und der Ersatz, obwohl er nicht vollständig sein kann, wird doch unverhältnismäßig mehr kosten als die ursprünglichen größeren Anschaffungen. Dazu kommt, daß mit dem siegreichen Fortschreiten unsrer Truppen Italien immer mehr von seinen besten heimischen Ressourcen verliert — nähern wir uns doch den Hauptsitzen der italienischen Kriegsindustrie — und daß es in immer größerem Maß heimische Wasserkraft durch ausländische Kohle und heimische Produkte durch fremde ersetzen muß. Was ist die Folge? Das italienische Kriegsbudget dürfte in den nächsten Monaten gewaltig anschwellen, was für dieses Land von unheilvoller Bedeutung ist; die finanzielle Unterstützung der Vereinigten Staaten wird wohl noch weniger ausreichen als bisher, die Notenpresse dürfte arbeiten, das Disagio der Wechselkurse noch steigen, und schließlich wird die italienische Kriegsführung noch mehr als bisher von Auslandsbezügen und damit von den Wirkungen des U-Boot-Krieges abhängig sein.

20./XI. 1917

20
189

Kommunale Uebergangswirtschaft.

(Aus der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung.)

In ihrer gestrigen Sitzung beschäftigte sich die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung mit einem von Stadtverordneten aller Fraktionen eingebrachten Antrag betreffend Einsetzung einer Deputation zur Beratung kommunaler Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft. Stadtv. Zobel (Lib. Fr.) führte als Begründung folgendes aus: Die wichtigste Aufgabe der Gemeinde in der Uebergangswirtschaft wird die Wohnungsfürsorge sein. Eine große Wohnungsnot ist zu befürchten, namentlich an mittleren und kleinen Wohnungen. Im Mai d. J. standen in Schöneberg nur noch 363 von 25 000 Kleinwohnungen leer, d. h. 1,5 v. H. des Bestandes. Die Zahl der Leerwohnungen ist inzwischen noch weiter gesunken, da die Bautätigkeit ruht. Nach Friedensschluß wird eine noch stärkere Nachfrage nach Wohnungen einsetzen. In dieser Voraussicht fordert ein Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten die Gemeinden auf, Wohngelegenheiten dadurch zu schaffen, daß größere Wohnungen geteilt, Säle und Turnhallen als Unterkunftsräume für Einzelpersonen hergerichtet und Mansarden und Kellerraum zu Wohnzwecken freigegeben werden. Dagegen muß der schärfste Widerspruch erhoben werden. Den heimkehrenden Kriegern muß ein menschenwürdiges Obdach angeboten werden. Nach bestimmtem Plane müssen die Ausbesserungen vom Wohnungsamt überwacht und zunächst die kleinen Wohnungen einer Ausbesserung unterzogen werden. Kriegsgetraute Paare dürfen ferner nicht durch unsolide Abzahlungsgeschäfte in lebenslängliche wirtschaftliche Sorge geraten. Nicht minder wichtig ist das Problem, den heimkehrenden Kriegern geeignete Arbeit zu verschaffen. Die Ernährung wird in vieler Beziehung nach dem Kriege leichter sein, es werden aber Schwierigkeiten daraus entstehen, daß die Opferwilligkeit der Bevölkerung nachlassen wird. Die Gemeinde muß sich rechtzeitig die erforderlichen Versorgungsgebiete sichern, die städtischen Seefischhallen schleunigst eröffnen und durch die Volksküchen eine kräftige Friedenskost den Bürgern nach den langen Entbehrungen ermöglichen. Auch eine andere Schulpolitik und Jugendfürsorge muß mit Nachdruck betrieben werden, damit die großen Verluste an Blut und geistigem Kapital eingeholt werden. Durch eine nachdrückliche Bevölkerungspolitik wird dies möglich sein. Außerordentliche Schwierigkeiten wird das Finanzwesen bereiten.

Oberbürgermeister Dominicus betonte, daß die Zeit nach dem Kriege ganz besondere und wichtige Anforderungen stellen wird. Die Uebergangswirtschaft werde auf allen Gebieten einen Einfluß ausüben, der Magistrat werde versuchen, einen gangbaren Weg zur Lösung der Schwierigkeiten zu finden. Nach längeren Ausführungen der Stadtv. Küter (Soz.) und Jatzow (Freie Vg.) wurde die weitere Beratung einem Ausschuß überwiesen.

Eine Abänderung der Schneeschipperordnung wurde von dem Stadtv. Küter (Soz.) und Genossen beantragt. Er hielt den Erlaß nicht für haltbar; Pflicht der Militärbehörde sei es, die Schneeschipper mit warmer Kleidung und Schuhzeug zu versehen. Die Arbeit könne übrigens von Kriegsgefangenen verrichtet werden. Seitens des Magistrats erklärte Stadtrat Molkenbuhr, daß der Magistrat leider nicht in der Lage sei, die Aufhebung der Verordnung zu beantragen. Die Verkehrshindernisse sowie die sonstigen Mißstände würden der Bevölkerung eine größere Belästigung verursachen, als das Schneeschippen. Die Zufuhren für Feuerungsmaterial und die Lebensmittelversorgung würden sofort stocken. Wenn für jedes Haus ein Gefangener bestimmt werde, dann müßten 100 000 Gefangene nach Berlin befördert werden und hier solange warten bis Schnee falle. Es sei erforderlich, daß alle Einwohner mithelfen. Alle Vorschläge könnten nichts helfen, man müsse mit der Notlage rechnen. Stadtv. Schiller (Lib. Fr.) glaubte, daß keine Verordnung besser sei als diese. Das Oberkommando habe sie mit den Gemeinden zusammen beraten und, nachdem Freiwillige sich nicht gemeldet hätten, einen leisen Zwang für erforderlich gehalten. Eine Ungerechtigkeit enthalte die Verordnung, indem sie dem Hausverwalter eine Polizeigewalt einräume. Durch die Mieter müßte ein Vertrauensmann gewählt werden, der die Rechte eines Aufsehers ausübt. Einen anderen Ausweg als ihn die Verordnung anführe, gebe es nicht. Nach längerer Erörterung zeigte man sich mit dem Antrage des Stadtv. Schiller einverstanden und ersuchte den Magistrat, bei dem Oberkommando dahin vorstellig zu werden, daß durch einen Vertrauensmann der Mieter die Schneebeseitigung geregelt wird.

Mit der Magistratsvorlage betreffend Bewilligung von 13 000 Mark zur Deckung der Kosten der für die Patenstadt Domnau errichteten Volksbadeanstalt zeigte sich die Versammlung einverstanden.

20./XI. 1917

Luftschlösser.

Wer heute noch wie so viele Leute in Deutschland — weniger glücklicherweise bei uns — einen erzwungenen oder diktierten, einen Macht- oder Schwertfrieden — wie die verschiedenen stolzen Namen neuerdings lauten — erstrebt oder für möglich hält, der muß die ganze geistige Entwicklung verschlafen haben, die wir während dieses Krieges durchgemacht haben; an dem muß die politische Lektion, die uns der Krieg gebracht hat, spurlos vorübergegangen sein. Denn der diktierte Friede ist das Schlußstück in einer Gedankenkette gewesen, deren verbindende Glieder mittlerweile sich der Reihe nach als hinfällig erwiesen haben, so daß jetzt der Gedanke vom erzwungenen Frieden jede Verbindung mit den realen Verhältnissen verloren hat. Im Anfang des Krieges, im ersten Kriegsjahr, dachte man noch anders und durfte man noch anders denken. Damals war der Machtfriede noch eine reale Möglichkeit oder konnte wenigstens als solche angesehen werden. Vor allem hatten wir damals weit, weit weniger erklärte Feinde als heute, und der „Kampf um die Seele der Neutralen" schien für uns noch aussichtsreich. In Deutschland insbesondere betrieb man diesen Kampf mit großem Eifer und ebenso großer Zuversicht, und jene, die sich an dieser Arbeit der Gewinnung der Neutralen beteiligten, glaubten ihrer Sache sicher zu sein und darauf rechnen zu dürfen, daß die Sympathien der Neutralen, wenn ihnen nur einmal unsere Sache genügend klargemacht werden würde, sich unzweifelhaft uns, in erster Reihe Deutschland, zuwenden würden. Am meisten rechnete man dabei auf die Vereinigten Staaten von Amerika, die man als die führende Macht unter den neutralen Staaten ansah, und mit denen man auch die übrigen neutralen Staaten zu gewinnen hoffte. Ballen um Ballen von Propagandaschriften wurden in jener vom Papiermangel noch nicht befallenen Zeit in die neutralen Staaten versendet, Staatsmänner, Gelehrte, Schriftsteller wurden in alle Richtungen der Windrose hinausgeschickt, um die Neutralen „aufzuklären." Es hat nichts genützt, wir haben nicht einen neutralen Staat zu uns herübergezogen, es sind uns im Gegenteil aus der Reihe der anfangs neutralen Staaten immer wieder neue Feinde erwachsen, so auch in der nordamerikanischen Union, und selbst jene Staaten, die aus irgendwelchen Gründen neutral geblieben sind bis zum heutigen Tag, können ihre Abneigung gegen unsere Sache, ja ihren Haß gegen das Deutsche Reich nicht mehr verbergen.

Das wissen wir heute. Im Anfang des Krieges haben es die meisten Leute bei uns noch nicht geahnt. Das war eine der falschen Voraussetzungen, auf die die Rechnung vom erzwungenen Frieden aufgebaut wurde. Eine andere war der geschlossene Handelsstaat. So wie es Geisteskranke gibt, die plötzlich am hellichten Tag auf der Straße sich alle ihre Kleider vom Leib reißen und nackt herumlaufen wollen, so gab es damals — und zwar unter den Gebildetsten der Nation — viele Narren, die über Nacht allen Internationalismus abschworen und die wirtschaftliche Autarkie predigten. Wir wollen keinen Welthandel, keinen Weltverkehr mehr. Wir, die Staaten des Vierbundes, wollen uns selbst genügen, sagten sie, und die ganz Gelehrten fügten auch den Beweis hinzu, daß wir uns selbst genügen können. Die Türkei vornehmlich wurde von unseren Geographen und Historikern förmlich mit glühenden Augen nach neuen Bezugsquellen für die uns unentbehrlichen Rohstoffe abgesucht, und sie fanden alles, was sie wollten, Baumwolle in Aegypten, das allerdings erst der Türkei zurückerobert werden müßte, Getreide und Mineralien in Anatolien, das allerdings erst mit ausreichenden Eisenbahnnetzen durchzogen werden müßte, und was man nur wünschte, überreichlich in Mesopotamien, dem allerdings erst noch durch ein neues Bewässerungssystem seine antike Fruchtbarkeit zurückgegeben, das vorher aber den Engländern wieder abgenommen werden müßte. Als Reserve blieben uns immer noch die Neutralen, vor allem Amerika mit seinen unerschöpflichen Bodenschätzen. Wirtschaftlich für die künftigen Friedenszeiten so glänzend ausgerüstet, konnten wir allerdings daran denken, unseren damaligen Feinden einen Frieden zu diktieren, und uns einen blauen Teufel darum zu kümmern, ob sie nachher auf Rache gegen uns sinnen und uns ihren Haß im täglichen Wirtschaftsverkehr fühlen lassen würden.

Der lange Krieg mit seinen unerfreulichen wirtschaftlichen Begleiterscheinungen hat nun allerdings ernüchternd gewirkt. Wir wissen heute, daß die Sympathien der Neutralen, auf die wir rechneten, und die Selbstgenügsamkeit der Mittelmächte, auf die wir uns so viel zugute taten, Luftschlösser sind, und der erzwungene Friede ein drittes Luftschloß, das hoch über den beiden anderen schwebt. Die Weltwirtschaft wird nach dem Krieg wieder auferstehen, und wir werden, wenn wir ordentlich leben wollen, mit unseren jetzigen erklärten und nicht erklärten Feinden Handelsbeziehungen wieder anknüpfen müssen. Diese lassen sich aber ebenso wenig erzwingen wie die Liebe, und deswegen ist ein Verständigungsfriede der einzige, der den realen Verhältnissen gerecht werden kann.

Die Zeit Abend
21./XI. 1914

191

Rücklegung des Unterrichtsreferates im Budgetausschuß.

Mit einem an den Obmann des Budgetausschusses Dr. Sylvester gerichteten Schreiben hat Abg. Dr. Glombinski (Pole) das Unterrichtsreferat in diesem Ausschuß zurückgelegt. Der Entschluß wird mit der Ueberhäufung mit politischen Aufgaben im Lande und im Polenklub begründet. In der gestrigen Sitzung des Polenklubs hat Dr. Glombinski sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß sämtliche mit der Regierung gepflogenen Konferenzen behufs Besserung der wirtschaftlichen Lage und der Organisation von wirtschaftlichen Zentralen gar kein Ergebnis für das Land Galizien gezeitigt haben. Die Bevölkerung wird einer schamlosen Ausbeutung von Wucherern ausgeliefert, die als Organe von Zentralen fungieren. Auch das Ernährungsministerium trägt durch seine Verfügungen dazu bei, wie es letzthin in bezug auf die Versorgung Lembergs mit Kartoffeln geschehen ist. Solche Vorgänge benehmen dem Redner die Möglichkeit, sein Referat im Budgetausschuß weiter zu behalten. Zum Nachfolger im Referat dürfte der polnische Abgeordnete Dr. v. Halban bestellt werden.

21./XI. 1917

193

Das Ausgleichsprovisorium auf zwei Jahre.

Wien, 20. November.

Heute wurden dem österreichischen und dem ungarischen Abgeordnetenhause übereinstimmende Vorlagen unterbreitet, welche die Verlängerung des Ausgleiches und des Bankprivilegiums auf zwei Jahre zum Inhalte haben. Damit erscheint der jetzige Zustand auf dem Gebiete des Ausgleiches für einen zweijährigen Zeitraum neuerlich festgelegt. Ein definitiver Ausgleich war wegen der ungeklärten handelspolitischen Lage nicht möglich, trotzdem die diesfälligen Vereinbarungen bereits abgeschlossen sind. Infolge des Kriegszustandes ergibt sich die Notwendigkeit der provisorischen Verlängerung des jetzigen Zustandes. Die dem österreichischen Reichsrat unterbreiteten Vorlagen haben den folgenden Wortlaut:

Gesetz vom ....., womit der Vertrag, betreffend die provisorische Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der ungarischen heiligen Krone genehmigt und in Kraft gesetzt wird.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen wie folgt:

§ 1. Der zwischen der k. k. Regierung und der königlich ungarischen Regierung abgeschlossene Vertrag, betreffend die provisorische Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der ungarischen heiligen Krone vom 18. November 1917, wird genehmigt.

§ 2. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1918 unter der Voraussetzung in Kraft, daß der im § 1 angeführte Vertrag gleichzeitig und gleichlautend auch in den Ländern der ungarischen heiligen Krone wirksam wird.

§ 3. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes ist Mein Gesamtministerium beauftragt.

Vertrag, betreffend die provisorische Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der ungarischen heiligen Krone.

Auf Grund des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 und des ungarischen Gesetzartikels XII vom Jahre 1867, wonach die von Zeit zu Zeit vorzunehmende Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der ungarischen heiligen Krone vorgesehen ist, wurde zu diesem Zwecke der folgende Vertrag abgeschlossen:

Artikel 1. Die Geltungsdauer des zu Budapest abgeschlossenen Vertrages vom 8. Oktober 1907, betreffend die Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der heiligen ungarischen Krone, seiner Anlagen und des Schlußprotokolls sowie des zu Wien am 30. November 1908 abgeschlossenen Zusatzvertrages, betreffend die Ergänzung der Artikel 16 und 17 des erwähnten Vertrages, wird bis zu dem Zeitpunkte, in dem die zwischen den beiden Regierungen vereinbarte Neuregelung dieser Angelegenheiten in Kraft tritt, längstens bis 31. Dezember 1919 erstreckt.

Artikel 2. Vom 31. Dezember 1918 an steht es jedem der beiden vertragschließenden Teile frei, die Kündigung der in den Artikeln 2 und 3 des Vertrages vom 8. Oktober 1907 erwähnten Verträge mit der Wirkung zu verlangen, daß sie unverzüglich erfolgen muß.

Wien, am 18. November 1917.

Gesetz vom ... über die provisorische Verlängerung des Privilegiums der Oesterreichisch-ungarischen Bank und des Münz- und Währungsverkehres sowie die Ordnung der damit im Zusammenhange stehenden Angelegenheiten.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1. Die Wirksamkeit der mit dem Gesetze vom 8. August 1911 getroffenen Verfügungen, betreffend die Verlängerung des Privilegiums der Oesterreichisch-ungarischen Bank und des Münz- und Währungsvertrages, sowie die Ordnung der damit im Zusammenhange stehenden Angelegenheiten, wird für die Dauer der Geltung des Vertrages vom 18. November 1917, betreffend die provisorische Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der ungarischen heiligen Krone erstreckt.

Zugleich wird die Ermächtigung erteilt, die in den Artikeln 3 und 8, ferner 6 und 7 dieses Gesetzes bezeichneten Vereinbarungen für die gleiche Zeitdauer zu verlängern.

§ 2. Die Regierung wird ferner ermächtigt, den für Ende 1917 gekündigten Münz- und Währungsvertrag samt Additionalübereinkommen für die gleiche Zeitdauer zu erneuern.

§ 3. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1918 in Kraft. Mit dem Vollzuge ist das Gesamtministerium betraut.

Zur Begründung der Verlängerung wird die folgende offizielle Mitteilung verlautbart:

Am 31. Dezember 1917 läuft die Geltungsdauer der in Kraft stehenden Abmachungen über den wirtschaftlichen Ausgleich, das Privilegium der Oesterreichisch-ungarischen Bank sowie über den Münz- und Währungsvertrag ab. Die beiden Regierungen haben, wie seinerzeit mitgeteilt wurde, schon vor längerer Zeit Verhandlungen über die Erneuerung dieser Abmachungen gepflogen, die zu einem vorläufigen Ergebnisse führten, so daß Verhandlungen mit dritten Staaten eingeleitet werden konnten. Da jedoch die handelspolitischen Verhältnisse auch derzeit infolge des Kriegszustandes noch nicht geklärt sind, ist es jetzt unmöglich, Vorlagen für die definitive Regelung des wirtschaftlichen Ausgleiches beider Staaten der Monarchie in den Parlamenten einzubringen. Die beiden Regierungen haben deshalb beschlossen, die provisorische Verlängerung der geltenden Vereinbarungen bis zu dem Zeitpunkte, in dem die zwischen beiden Regierungen vereinbarte Neuregelung dieser Angelegenheiten in Kraft treten kann, längstens bis 31. Dezember 1919 zu beantragen.

Fremdenblatt
24./X. 1917

Zum Problem der deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsannäherung.

Von Geza Lukacs.

Budapest, im November.

Schon vor dem Kriege entstand die Notwendigkeit der Erleichterung des Verkehrs zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, jetzt ist sie eine Selbstverständlichkeit geworden. Ein so großer Teil der österreichischen und der ungarischen Einfuhr und Ausfuhr hat Zusammenhänge mit Deutschland, daß das Deutsche Reich auch naturgemäß im Mittelpunkte der Handelspolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie sein muß. Fast die Hälfte des Außenhandels Oesterreich-Ungarns ist mit Deutschland verästelt und ein Erschweren der gegenseitigen Einfuhr rollt den ganzen Ernst der Frage der wirtschaftlichen Beziehungen der Zentralmächte auf, die gute Freunde und ehrliche Verbündete sind. Wenn wir auch die Boykottdrohungen der Entente für die Zeit nach dem Kriege nicht so tragisch auffassen, wie sie von den Führern unserer Feinde verkündet werden, müssen wir wohl doch damit rechnen, daß unsere weltwirtschaftlichen Beziehungen noch längere Zeit unter dem Drucke der Stimmungen leiden werden.

Wir wollen hier hauptsächlich diejenigen Maßnahmen besprechen, die auf zollpolitischem Gebiete im Interesse der Annäherung zu treffen wären. Auf diesem Gebiete sind nämlich die Meinungen am verschiedensten. Man sprach und spricht von der absoluten Zollunion, man debattiert über ein Vorzugszollsystem und sogar die alte Form der unbedingten Meistbegünstigung hat Anhänger. Die Idee der absoluten Zollunion dürfte man wohl nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen fallen lassen, diejenige der allgemeinen Meistbegünstigung hatte ja schon vor dem Kriege viel Schwierigkeiten. Die unbedingte Meistbegünstigung sichert den kostenlosen Mitgenuß der Vergünstigungen, die sich die Tarifvertragsstaaten durch besondere Gegenleistungen erworben haben. Dadurch entsteht der Anreiz, auf Abschluß eines Tarifvertrages mit uns zu verzichten und sich mit der Meistbegünstigung zu begnügen, die keine besonderen Gegenleistungen bedingt. Im Hinblick darauf müßte gefordert werden, der bisher befolgten Praxis in bezug auf die Bewilligung der allgemeinen Meistbegünstigung Einhalt zu tun. Dieser Forderung konnte man allerdings nicht stattgeben in der Zeit vor dem Kriege, angesichts der sehr großen Bedeutung, welche die Sicherstellung meistbegünstigter Behandlung im Auslande für den Export beider Reiche hat. Diese Sicherstellung war ja nur soweit vorhanden, als Oesterreich-Ungarn, bezw. Deutschland selbst die Meistbegünstigung gewährten. Die Entziehung der Meistbegünstigung hätten die betroffenen Länder mit einer differentiellen Behandlung unserer Erzeugnisse beantwortet, was dann die Konkurrenzfähigkeit des Exports in Frage gestellt hätte.

Heute aber liegen die Verhältnisse ganz anders. Wir wissen noch nicht, wie sich unsere jetzigen Feinde nach dem Kriege handelspolitisch zu uns stellen werden. Die verbündeten Mittelmächte wollen keine aggressive Wirtschaftspolitik für die Zeit nach dem Kriege befolgen, sie wollen aber auch nicht schon vorweg mit der Sicherstellung der unbedingten Meistbegünstigung Ländern entgegenkommen, die uns gegenüber vielleicht keine sehr freundliche Haltung auf handelspolitischem Gebiete einnehmen wollen.

Wir gehen eigentlich von den Merkmalen der charakteristischen Praeferenz aus, ändern sie aber dadurch ab, daß wir von vornherein und noch ehe der konkrete Fall gegeben ist, grundsätzlich das Eintreten eines dritten Staates in den zunächst deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsbund offen lassen. Dieser Bund würde durch den Eintritt des dritten Staates nur dem Umfang, nicht aber dem Wesen nach geändert.

Was das Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland betrifft, so könnten die Begünstigungen, die wir uns gegenseitig einräumen, im selben Werte nur in dem Falle dritten, vierten usw. Staaten zuteil werden, falls diese mit gleichwertigen Vorteilen sowohl dem Deutschen Reiche als auch der österreichisch-ungarischen Monarchie entgegenkommen. Selbstverständlich ist es, daß jeder Staat für sich einen automatischen Zolltarif aufstellt, und somit durch die richtige Verwertung der Kompensationsobjekte in der Lage bleibt, gegenüber einzelnen, dem Bunde fernstehenden Ländern wirksame Trümpfe in der Hand zu haben.

Die entscheidende Annäherung zwischen den Mittelmächten bedeutet nicht ein wirtschaftliches Trutzbündnis gegen die ganze übrige Welt, sie geht auch nicht darauf aus, Staaten, die wirtschaftlich schwächer sind als der mitteleuropäische Bund, seiner Herrschaft zu unterwerfen oder sie durch einen unmöglichen Boykott zu schädigen. Jeder dritte Staat wird mit den Zentralmächten Handelsverträge schließen können; er wird sie nur gleichmäßig behandeln müssen und von ihnen gleichmäßig behandelt werden. Staaten, deren Interessen mit denen der Mittelmächte parallel laufen, können jederzeit zu ihnen in ein Verhältnis treten, das an Intimität dem zunächst angestrebten Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn selbst nicht nachsteht.

25./XI. 1917

198

Der Krieg und die Warenpreissteigerungen.

Die außerordentlichen Preissteigerungen, welche in Oesterreich seit Kriegsausbruch in den wichtigsten Gütern, Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, eingetreten sind, gehen aus einer zusammenfassenden Uebersicht hervor, welche mit einer Reihe anderer Darstellungen den Mitgliedern des Staatseisenbahnrates anläßlich seiner unmittelbar bevorstehenden Tagung über die Erhöhung der Eisenbahntarife zugeht. Diese Uebersicht soll dartun, daß die an sich beträchtliche Erhöhung der Gütertarife gegenüber der Preissteigerung der betreffenden Güter weniger Bedeutung besitzt, ist aber an sich so lehrreich, daß ihre Ziffern auch ohne diesen Zusammenhang Interesse erwecken werden.

Es sind beispielsweise, um einige Lebensmittel herauszugreifen, die Preise von (je 100 Kg.) Rindfleisch von K. 160 bis 175 in der Zeit vor dem Kriege auf K. 600 bis 1500 im Herbst 1917, von Schweinefleisch von K. 160 auf K. 780 bis 990, Kartoffeln von K. 7.70 auf K. 23.50 (Höchstpreis), Weizen, Roggen, Braugerste von K. 25 bis 27 auf 42, Mais K. 17 auf K. 160, Backmehl von K. 38 auf 120, die Preise von (je 1 Kg.) Schweinefett von K. 1.38 auf 25, Bohnen von K. —.20 bis —.40 auf 4.—, Kraut von K. —.20 auf 1.60, Speck von K. 1.14 auf K. 20.— und Butter von K. 3.20 bis 4. — auf K. 15.80.

Von wichtigen Bedarfsartikeln wird (für je 100 Kg.) eine Preissteigerung ausgewiesen bei Stabeisen von 22 auf 40, Garne 196 bis 230 auf 2600 bis 3000, Steinkohle 1.10 bis 1.50 auf 2.50 bis 3.10, Kalbleder 500 auf 2200 bis 3000, Rindsohlenleder 500 bis 550 auf 900 bis 1300, Leinöl 110 auf 3000 bis 4000, Leuchtpetroleum 22 auf 49.40, Briefpapier 160 auf 535 bis 860, Waschseife 90 auf 400, Stärke 30 bis 45 auf 225 bis 258, Streichhölzer 57 auf 250, Watte 150 bis 400 auf 1500 bis 2600, Zement 3.50 auf K. 20.

Dabei ist nicht zu übersehen, daß manche dieser Preise gegenüber den jetzt im täglichen Verkehr gebräuchlichen Preisen eher zu niedrig gegriffen oder seit ihrer Aufstellung durch einstweilen eingetretene Preiserhöhungen überholt erscheinen. Jedenfalls zeigt sich, daß Verteuerungen der wichtigsten Waren um das Drei- und Vierfache nichts Seltenes, jedoch auch Verteuerungen um das Sechs-, Acht- und Zehnfache seit Kriegsausbruch eingetreten sind.

199

25./XI. 1917

Wirtschaftliche Wochenchronik.

18. November. Festsetzung des Zuckerrübenpreises in der doppelten Höhe des Vorjahres.

19. November. Die französische Regierung verlangt für das erste Vierteljahr 1918 einen Kriegskredit von 9263 Millionen Franken. Bis Ende 1917 erreichten die französischen Kriegskredite den Betrag von 102·6 Milliarden Franken.

20. November. In den Parlamenten in Wien und Budapest werden Regierungsvorlagen eingebracht betreffend die provisorische Verlängerung des Ausgleiches mit Ungarn und des Bankprivilegiums auf längstens zwei Jahre. — Weitere Gesetzentwürfe betreffen die Bemessung der Kriegssteuer der Oesterreichisch-ungarischen Bank bis Ende 1916 mit 94·7 Millionen Kronen zugunsten Oesterreichs und 54·6 Millionen zugunsten Ungarns, ferner die Erhöhung der Zuckersteuer von 38 auf 54 K. pro Meterzentner.

21. November. Ein neuer deutscher Kriegskredit von 15 Milliarden Mark angekündigt. — Die neue 4prozentige französische Kriegsanleihe auch in England zum Kurse 62.50 zur Subskription aufgelegt.

22. November. Der Finanzausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses beschließt, eine Enquete über die Börsensteuer abzuhalten.

23. November. Ergebnislose Besprechungen über die Börsenreform in Budapest.

24. November. Aus New-York wird ein Rückschlag auf dem amerikanischen Eisenmarkte gemeldet. Starke Abnahme der Bestellungen.

25./XI. 1917

200

(Die wirtschaftlichen Vergeltungsmaßnahmen gegenüber dem feindlichen Auslande.) Das Abgeordnetenhaus hat bekanntlich an Stelle der kaiserlichen Verordnung vom 16. Oktober 1914, welche die Regierung ermächtigte, die in feindlichen Ländern gegen österreichische Staatsangehörige und deren Unternehmungen getroffenen rechtlichen und wirtschaftlichen Verfügungen im Vergeltungswege mit gleichen Maßregeln gegen Angehörige des feindlichen Auslandes und deren Unternehmungen zu erwirken, ein Gesetz desselben Inhaltes wie die Verordnung beschlossen. Die Kommission für Justizgegenstände des Herrenhauses (Referent Geheimer Rat Doktor Klein) hat nun diesem Gesetz die Zustimmung erteilt. Der Bericht des Referenten hebt hervor, daß die österreichische Regierung eine überaus maßvolle Vergeltungspolitik walten ließ, die im Einklange mit der Auffassung steht, welche die verbündeten Mächte vom Anfang an dem englisch-amerikanischen Kriegsbegriff entgegenstellten. Gegenwärtig sind, wie die Regierung erklärte, neue Vergeltungsmaßnahmen nicht in Aussicht genommen; trotzdem könnte sich Veranlassung bieten, sei es wegen weiterer Schritte der Gegner, sei es, um die Auseinandersetzung mit ihnen auf gleichem Fuß führen zu können, in der Wiedervergeltung über die bisherigen Verfügungen hinauszugehen. In der Herrenhauskommission für Justizgegenstände wurde schließlich an die Regierung noch die Anfrage gestellt, ob es nicht erforderlich sein werde, rechtzeitig mit den Vorbereitungen für die Neuordnung der abgerissenen zwischenstaatlichen Beziehungen zu beginnen, um auch in diesem Punkte mit festen Plänen und in genauer Kenntnis dessen in die Friedensverhandlungen eintreten zu können, was unter allen Umständen erreicht werden müsse und welches die äußersten Zugeständnisse sein könnten. Die Regierung hat die Erklärung abgegeben, daß sie die Notwendigkeit einer solchen gründlichen Vorbereitung anerkenne und daß zu diesem Behufe demnächst Verhandlungen unter Zuziehung vor allem der Handels- und Gewerbekammern stattfinden würden.

Tägliche Rundschau
26./XI. 1912.

26
202

Gründung einer deutsch-ungarischen Gesellschaft.

Berlin, 25. November. Anknüpfend an das bereits bestehende Ungarische Seminar in Berlin besteht die Absicht, ein Ungarisches Institut zu gründen, zu dessen Pflege und Förderung eine „Gesellschaft der Freunde des Ungarischen Instituts" zusammengetreten ist. Durch persönliche Fühlungnahme zwischen den deutschen und den ungarischen Mitgliedern wird diese Gesellschaft trachten, daß sich die Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und Ungarn immer enger gestalten. Die Gründung der „Gesellschaft der Freunde des Ungarischen Instituts" erfolgte am 24. November.

Anwesend waren der k. und k. Botschafter Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst mit den Mitgliedern der Botschaft, dem Grafen Khuen-Hedervary und dem Baron Banffy, der k. und k. Generalkonsul Dr. Szarvasy, der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten Dr. Schmidt mit dem Vortragenden Rat im Kultusministerium Geheimrat Becker, Unterstaatssekretär Schiffer, Ministerialdirektor Dr. Ludwig v. Toth in Vertretung des ungarischen Kultusministers Grafen Apponyi, Ministerialrat L. v. Hoor, Sektionsrat Dr. Georg v. Szögyeny; die verschiedenen Aemter und Organisationen hatten Vertreter entsandt. Ferner waren erschienen der Rektor der Universität Berlin Geheimrat Penck, der Dekan der Juristischen Fakultät Geheimrat Heymann, die Universitätsprofessoren Geheimrat v. Waldeyer-Hartz, Geheimrat Brandl, Geheimrat Hintze, Geheimrat v. Luschan, Hoetzsch und Gragger; Wirkl. Geh. Rat Frhr. v. Rechenberg, Exzellenz, die Bankdirektoren Dr. v. Schwabach und v. Strauß; Prof. Dr. Ludwig Stein, Prof. Jäch, Direktor Holtzendorff und andere.

Der Sitzung ging ein gemeinsames Abendessen voran, bei dem als erster der Botschafter Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst in deutscher und dann in ungarischer Sprache das Wort ergriff. In schwungvoller und eindringlicher Rede stellte er dar, welches Verdienst sich das Ungarische Institut um die Annäherung des deutschen und ungarischen Geistes- und Wirtschaftslebens erwerben werde. Das neue Institut sei eine wertvolle Unterstützung jener Bestrebungen, die er seit jeher verfolge, nämlich, die Annäherung zwischen den beiden Ländern so innig wie möglich zu gestalten.

Nach dem Abendessen hielt Professor Gragger, der Direktor des Ungarischen Seminars, ein Referat über die Aufgaben des Instituts und über die Art der Organisation. Danach erfolgte die Konstituierung der „Gesellschaft der Freunde des Ungarischen Instituts an der Universität Berlin". Es wurde ein Ausführungsausschuß gebildet, der die noch notwendigen Schritte unternehmen und die in etwa sechs Wochen zu haltende Mitgliederversammlung einberufen wird.

Neues Wiener Tagblatt

27./XI. 1917

(Handels- und währungspolitische Besprechungen in Berlin.) Wie wir erfahren, weilte der Regierungskommissär bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank Ministerialrat Dr. v. Thaa in den letzten Tagen in Berlin. Man wird nicht fehlgehen, die Reise des Regierungskommissärs Doktor v. Thaa mit den Verhandlungen in Zusammenhang zu bringen, die sich auf die Markguthobensperre bei österreichischen Effektenverkäufen in Deutschland beziehen. Wie bekannt, steht der Markguthabensperre eine weiter zurückreichende Sperre von Kronenguthaben in Oesterreich gegenüber, und zwar solcher Guthaben, die aus der Einfuhr von entbehrlichen Waren aus Deutschland herrühren. Damit qualifiziert sich die Frage in Oesterreich nicht nur zu einer valutapolitischen, sondern auch zu einer handelspolitischen Angelegenheit, die indessen, wie schon wiederholt betont wurde, voraussichtlich in beiderseits befriedigender Weise wird geschlichtet werden. Nach Abschluß der einschlägigen Regierungsverhandlungen werden die Oesterreichisch-ungarische Bank und die Deutsche Reichsbank in Fühlung treten und die entsprechenden Verfügungen treffen. Morgen begeben sich Vertreter des Handelsministeriums zu amtlichen Konferenzen nach Berlin. Gegenstand der Verhandlungen werden unter anderm die Schwierigkeiten bilden, die sich im geschäftlichen und Reisendenverkehr in jüngster Zeit herausgebildet haben, sofern die Betretung oder der Transit deutschen Gebietes für Reisende aus der Monarchie in Betracht kommt.

No 105 Wien

2./XII. 1917

Wirtschaftliche Wochenchronik.

25. November. Das englische Parlament nimmt ein Gesetz betreffend die Verstaatlichung der Kohlenminen an. — Die Baumwollausfuhr aus Aegypten wegen mangelnden Schiffsraumes verboten.

26. November. Durch mehrere Tage sich fortsetzende empfindliche Abschwächung der Kurse an der Wiener und Budapester Börse. — Der Rübenpreis für 1918 in Ungarn mit 15 K. pro Meterzentner festgesetzt.

27. November. Ankündigung der amerikanischen Regierung, daß sie die Uebernahme aller Privatbanken beabsichtigt. — Große Waggonbestellungen der ungarischen Regierung.

28. November. Das Abgeordnetenhaus beharrt gegenüber dem Herrenhause auf seinen Beschlüssen über die Kriegssteuer. — Enquete im Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses über die Effektenumsatzsteuer.

29. November. Der Ausgleichsausschuß des Abgeordnetenhauses genehmigt die zweijährige Verlängerung des Ausgleiches mit Ungarn und des Bankprivilegiums sowie die Kriegssteuer der Oesterreichisch-ungarischen Bank. — Rückgängigmachung der Budapester Börsenreform, Wiederaufhebung der Institution der befugten Agenten.

30. November. Ansehnliche Besserung der österreichisch-ungarischen und der deutschen Valuta an den neutralen Börsen.

Wann wird das Leben billiger werden?

Eine Unterredung mit Professor Dr. Karl Hoffmeister von der Hochschule für Bodenkultur.

„Wann werden wir billiger leben können?" ... Diese Frage stellen sich gewiß täglich Millionen und Millionen Menschen, es ist die Frage, die die Frauen nach der Heimkehr von der Plackerei des mühevollen Markteinkaufes jeden Morgen beschäftigt, die große Frage aller ehrlich arbeitenden Stände, aller mit fixen Bezügenden Rechnenden, aller auf bescheidenes Einkommen angewiesenen Familien des breitesten Mittelstandes. Es ist die Frage von heute, morgen, übermorgen. Man späht nach dem rosigen Schein der besseren Zukunft, sehnt sich nach baldiger und befriedigender Antwort auf die immer wieder gewichtig wiederkehrende Volksfrage: „Wann werden wir billiger leben können?"

Professor Dr. Karl Hoffmeister der Wiener Hochschule für Bodenkultur, einer unserer bekanntesten jüngeren Fachmänner in bezug auf aktuelle Wirtschaftsprobleme, hat dem Ersuchen eines Mitarbeiters der „Oesterreichischen Volks-Zeitung", sich über dieses Problem zu äußern, in freundlicher Weise entsprochen. Natürlich wird dem Gelehrten nicht zugemutet, den Propheten zu spielen, der auf den Tag und die Stunde genau das Kommende vorhersagt. Es handelt sich zunächst um die Beantwortung der Frage, ob und wie sich eine so sehr erwünschte Erscheinung, wie eine allgemeine Preisverbilligung, vollziehen könne, ja, wie sie eigentlich überhaupt möglich wäre. Professor Hoffmeister entgegnet, indem er in klarer Weise zunächst auf die Gründe des Aufwärtsschnellens der Preise verweist. Wie in der Heilkunde die Kenntnis des Grundübels das Wichtigste ist, so erforscht auch der Arzt der Volkswirtschaft zuerst die Ursachen einer bedrohlichen Erscheinung, worauf er an die Bekämpfung schreitet:

Es ist die Hebung der Valuta, die hauptsächlich anzustreben ist. Die Bodenbebauung hat natürlich gelitten, es fehlte an Kunstdünger, an Saatgut, an Zuchttieren. Die Arbeitskräfte sind stark vermindert gewesen. Nun soll, wie gehofft wird, die Knappheit in vielen Bodenprodukten durch entsprechende Importe nach dem Krieg vermindert werden. Dies macht erst recht die Hebung der Valuta zur Notwendigkeit, um einen Zuschub von außen zu nicht mit allzu hohen Preisen zu bezahlen. Auch Rohstoffe für Textilzwecke, Kleidungsstücke und Wäsche sind namhaft verteuert. Wir importierten früher um hunderte Millionen Kronen Schafwolle, ebenso um hunderte Millionen Kronen Baumwolle. Allerdings wurde ein großer Teil der Rohstoffe wieder durch die Textilindustrie exportiert. Fällt letzteres, wie jetzt im Krieg weg, so brauchen wir nur den weit geringeren Eigenbedarf zu decken. Zur erreichten Höhe der Preise trugen auch die gesteigerten Arbeitslöhne bei. Nun ist die Betätigung von Auslandskäufen, so lange eine geschwächte Valuta besteht, sicherlich das denkbar verkehrteste Mittel zur Herabdrückung der Preise im Inland. Man wird daher die heimische Valuta sanieren müssen. Das raschest wirkende Mittel ist eine ausländische Goldanleihe, langsamer verläuft die konsequente Drosselung des Imports bei möglichst gesteigertem Export mit dem Ziel der aktiven Bilanz. Man kann aber auch an ein drittes Mittel denken, das ist der „Kompensationsverkehr", der direkte Naturaltausch, wie er sich heute schon von selber eingestellt hat. Namentlich die uns eng befreundeten Staaten kämen hiefür in Betracht, die teilweise Unabhängigkeit vom übrigen Ausland wäre die bedeutsame günstige Folge. Im Hintergrund stünde die mögliche Erschließung des ungeheuren Bodenreichtums des türkisch-kleinasiatischen Gebiets und Syriens, was allerdings von der Verbesserung des Kommunikationswesens abhängig wäre.

„Welche Maßnahmen kämen noch weiter als zweckmäßig zur Verbilligung der Preise in Betracht?"

Die Beseitigung jetzt noch notgedrungen bestehender Hemmnisse für die Einfuhr kann viel dazu beitragen, antwortete Professor Hoffmeister. Die Bevölkerung hat so vieles gelitten, die Volksgesundheit bedarf so dringend der Aufhilfe, daß sicherlich die schnellsten und sicher wirkendsten Maßregeln ergriffen werden müssen. Die Beseitigung der Hindernisse für den Import, wie sie ja im Frieden wieder näherrückt, ist für den Preisfall unbedingt erforderlich.

„Und wie weit dürfte, wenn alle zweckmäßigen Maßregeln ergriffen werden und Erfolg haben, die Verbilligung der Preise nach Friedensschluß fortschreiten?"

Doch zumindest so weit, daß wir sozusagen „mit dem Weltpreis marschieren", daß viele Bedarfsartikel nicht mehr kosten, als sie auf der ganzen Welt nach dem „Weltpreis" gelten, der lediglich von der Konjunktur abhängt.

Hier macht Professor Hoffmeister einen nachdenklichen Vorbehalt: Glauben Sie denn, daß dieser „Weltpreis" sofort wieder auf die alte Höhe zurückgehen kann? Eine solch riesige Erscheinungswelle wie der Weltkrieg glättet sich nicht wieder augenblicklich. Ungeheure Zerstörungen an Werten, im Wirtschaftssystem kolossale Verwirrungen sind zu berücksichtigen, sie verteilen sich auf alle kriegführenden Staaten. Ueberall hat ein Aufbrauch der Vorräte in größtem Stile stattgefunden. Die Notwendigkeit des Imports wird sich zwingend überall geltend machen, der überall gesteigerte Bedarf wird daher auch selbst den

Das Generalkommissariat für Kriegs- und Uebergangswirtschaft.

Von Dr. Max v. Tayenthal.

Durch die Errichtung des Generalkommissariats und durch die Einsetzung einer interministeriellen Kommission für Kriegs- und Uebergangswirtschaft ist unsere Regierung diesmal tatsächlich den anderen Staaten vorausgegangen. Auch Deutschland; denn unsere neue Stelle greift ziemlich über den Rahmen der verwandten deutschen Einrichtung hinaus. Diese wurde allerdings bereits im September vorigen Jahres begründet, indem ein Reichskommissär für Uebergangswirtschaft eingesetzt wurde, dem ebenfalls ein Beirat mit Unterausschüssen und eine Anzahl sachlicher Mitarbeiter beigegeben erscheinen. Die Aufgabe dieses Reichskommissärs und der ihm beigeordneten Kräfte wurde aber im wesentlichen auf die Beschaffung von Rohstoffen oder sonstiger wichtiger Waren beschränkt. Sie umfaßt nach den hiefür erlassenen Bestimmungen die Sicherstellung bereits gekaufter Rohstoffe sowie die Organisation des Einkaufes durch bestehende oder zu gründende Gesellschaften und Einzelpersonen, die Finanzierung der zu tätigenden Einkäufe und die Organisation der Beförderung auf den See-, Eisenbahn- und Binnenwasserstraßen. Vorbereitend erstreckt sich die Tätigkeit des Kommissärs auf die Ermittlung aller Verhältnisse, die für die Feststellung des Bedarfes nach beendigtem Kriege in Betracht kommen, während gewissermaßen ihren Schlußpunkt die Verteilung der beschafften Rohstoffe und Waren unter die Verbraucher bildet. Die in diesem Wirkungskreise durchgeführten Arbeiten des Reichskommissariats haben, soviel bekannt geworden ist, bisher lediglich in Vorbereitungen bestanden. Insbesondere hat sich das Reichskommissariat mit statistischen Erhebungen beschäftigt und zuerst eine neue Produktionsstatistik aufgemacht. Hiebei konnte sie sich an die in Deutschland bereits bestehende Produktionsstatistik anschließen, während bei uns eine derartige Statistik, die gerade für die vorliegenden Zwecke von besonderer Wichtigkeit ist, fehlt. Hier ist allerdings gerade auch die Friedensstatistik von Bedeutung, die nun nicht mehr nachzuholen ist. Weiter hat man in Deutschland eine eingehende Erhebung über die im Auslande getätigten Vorkäufe von Rohstoffen und Waren aller Art durchgeführt. Endlich wurde eine Schiffahrtsstatistik veranstaltet, die sich auf den Standort der einzelnen Schiffe, deren voraussichtliche Fahrbereitschaft und die Vergebung der zur Verfügung stehenden Schiffsräume erstreckt. Daneben gingen Beratungen mit den einzelnen Gruppen der Industrie und des Handels über die Frage, welche Organisationen für die Rohstoffversorgung die zweckmäßigsten sind. Immer bewegten sich jedoch die Vorarbeiten hauptsächlich um die Rohstoffrage. Ob und inwieweit darüber hinaus der Wirkungskreis des Reichskommissariats eine Erweiterung erfahren soll, bildet vorläufig noch den Gegenstand der Erörterung. Auch in Deutschland herrschen hierüber große Meinungsverschiedenheiten, wobei allerdings sehr der mächtige deutsche Seehandel in Betracht kommt, der seinen großen Einfluß und das Schwergewicht seiner umfangreichen Interessen für die möglichste Freiheit seiner Betätigung einsetzt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß in Deutschland inzwischen einzelne Maßnahmen, die bei uns erst durch das neue Generalkommissariat richtig organisiert werden sollen, bereits von den verschiedensten Stellen, namentlich von dem neugeschaffenen Kriegsamt, vom Kriegsausschuß der deutschen Industrie usw., in Angriff genommen worden sind. Die bei uns erfolgte Zusammenfassung dieser verschiedenen Aufgaben in einer Stelle muß demgegenüber gewiß als ein Vorzug bezeichnet werden.

Darüber, was in Ungarn geschehen soll, ist bisher nichts Näheres bekannt. Nach einer kurzen Verlautbarung der letzten Zeit scheint auch dort eine Einrichtung geplant zu sein, welche sich mehr oder weniger der österreichischen anschließen dürfte. Jedenfalls wird das neugeschaffene Generalkommissariat trachten müssen, ehestens mit den ungarischen und den deutschen Stellen die engste Fühlung zu erlangen.

Der Kreis der Aufgaben des neuen Generalkommissariats ist in der hierüber erschienenen offiziellen Mitteilung im wesentlichen umschrieben. Besonders treten hervor die Beschaffung und zweckmäßige Verteilung der Rohstoffe, die Vorsorge für die Erlangung ausländischer Zahlungsmittel, die Verfügung über die Transportmittel, die Unterbringung der demobilisierten Arbeiter. Ueber die Wichtigkeit und Schwierigkeit dieser Aufgaben gibt sich niemand einem Zweifel hin. Was die beteiligten Kreise — mögen es nun Industrielle, Händler, Landwirte, Arbeiter oder die Verbraucher in ihrer Allgemeinheit sein — heute jedoch am meisten interessiert und mit Sorge erfüllt, ist die große Frage, mit welchen Mitteln und in welchem Umfange an diese Probleme herangetreten werden soll. Darüber werden näheren Aufschluß wohl erst die ersten Beratungen im Hauptausschuß des neuen Generalkommissariats geben. Soweit sich die Gestaltung der Dinge bereits während des Krieges überblicken läßt, wird eine Hauptfrage der Anwendbarkeit handelspolitischer Mittel gelten. Es wird sich darum handeln, ob und inwieweit die jetzt schon angewendeten Ein- und Ausfuhrverbote und das damit verbundene System von Einzelbewilligungen auch in der Uebergangszeit nach dem Kriege aufrechtzuerhalten sein werden. Aehnliches gilt von den Mitteln der Devisenpolitik. Wie wird es möglich sein, die ungeheuren Summen für die notwendigen Auslandbezüge bei gleichzeitiger Wiederherstellung gesunder Währungsverhältnisse zu schaffen? Die verschiedensten Vorschläge liegen vor. Welche einen gangbaren Weg weisen, wird wohl erst der Ausgang des Krieges und das sich daraus ergebende Verhältnis zu den verschiedenen anderen Staaten zeigen. Jedenfalls ist aber bereits jetzt zu warnen vor der Ueberschätzung der namentlich gegen die handelspolitischen Mittel ins Treffen geführten „wirtschaftlichen Selbstregulierung" der Ein- und Ausfuhr durch die Währungsverhältnisse. Es ist wohl richtig, daß steigende Wechselkurse auf die Einfuhr wie ein Schutzzoll, auf die Ausfuhr wie eine Exportprämie wirken. Die diesbezüglich im Frieden oder nach vergangenen Kriegen gemachten Erfahrungen werden jedoch unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur mit sehr großen Einschränkungen anzuwenden sein. Das Disagio der heimischen Währung kann als die Einfuhr hemmend und die Ausfuhr steigernd nur solange in Frage kommen, als es den Unterschied der Warenpreise im Inlande und auf dem Weltmarkte übersteigt. Während des Krieges haben aber die Inlandpreise für eine Reihe der wichtigsten Artikel eine Steigerung erfahren, die viel größer als jene des Preises ausländischer Valuten ist. Man wird nun wohl nach dem Kriege trachten, die Inlandpreise so rasch als möglich abzubauen; nichtsdestoweniger wird es kaum möglich sein, die Teuerung in absehbarer Zeit auf die Höhe des Agios unserer Währung zu vermindern. Daß dieser Erfolg etwa in umgekehrter Richtung durch eine weitere Steigerung des Disagios, also eine weitere Verschlechterung unserer Währung, erreicht wird, wäre natürlich die ungünstigste und mit allen Mitteln zu bekämpfende Lösung. Wenn also auch eine gewisse ausgleichende Wirkung der Währungsverhältnisse nicht ausbleiben wird, so wäre es doch verfehlt, auf diese allein für die Regelung unserer Ein- und Ausfuhr zu bauen.

Ganz im Dunkel liegt auch noch die Frage unserer Rohstoffversorgung an sich. Noch wissen wir nicht einmal, ob wir auf dem Weltmarkte mit einem Ueberangebot oder mit einem Mangel an Rohstoffen zu rechnen haben werden, ob es den heute feindlichen Staaten aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen passen oder gelingen wird, uns den Rohstoffbezug zu erschweren, den Absatz der Fertigfabrikate in ihre Hand zu bringen und dergleichen mehr. Eine brennende Frage für unsere Industrie ist, was mit den bereits erfolgten Vorkäufen von Rohstoffen geschehen und nach welchen Grundsätzen die Erwerbung, der Bezug und die Verteilung im Inlande erfolgen wird. Kommt man zur Erkenntnis, daß auf allen den vorgenannten Gebieten staatliche Eingriffe notwendig sind, so wird auch zuzugeben sein, daß sie ihre Ergänzung in entsprechenden Organisationen unserer Industrie, unseres Handels und vielleicht auch des Verbrauches finden müssen. Zum Teil bestehen solche Organisationen, hervorgerufen durch die Kriegswirtschaft, bereits heute. In zahlreichen Fällen würden sie aber wohl erst geschaffen oder ausgestaltet werden müssen. Auch darin wird eine der Aufgaben der neuen Amtsstelle zu erblicken sein.

Zugleich mit der Organisation der Industrie wird man vielleicht auch an deren entsprechende Rationalisierung denken müssen. Heute sind durch die Kriegswirtschaft die alten Verhältnisse vielfach beseitigt worden, so daß man nach dem Kriege in zahllosen Betrieben ganz von vorn anfangen und nach gesünderen Grundsätzen, als sie früher die geschichtliche Entwicklung mit sich gebracht hatte, neu aufbauen kann. Wo irgend möglich, wird zu trachten sein, die Gelegenheit dazu zu benützen, eine bessere Spezialisierung, eine zweckmäßigere Ausnützung vorhandener Kraftquellen, Kohle, Wasser, Elektrizität, eine größere Berücksichtigung bestehender Zufuhrsmöglichkeiten, Bahnen, Flüsse, See, zu erzielen und so die höchste Leistungsfähigkeit mit den sparsamsten Mitteln sowie die größtmögliche Ausnützung der heimischen Kraftquellen, Rohstoffe und Bodenerzeugnisse zu erreichen. Dabei sollen jedoch die namentlich für die Mittelindustrie überaus harten Folgen vermieden werden, welche eine Stillegung zahlreicher Betriebe mit sich brächte, wie sie unter der rauhen Notwendigkeit des Krieges in den deutschen Heeresindustrien heute vielfach schon zum Ersatz ganzer Industriezweige durch einzelne Höchstleistungsbetriebe geführt hat. Ein wichtiges Ziel der Uebergangswirtschaft bildet die Förderung der Erzeugung von Ersatzstoffen, welche uns vom Auslande unabhängiger als bisher machen sollen. Die durch den Krieg erfolgten Verschiebungen bei der Rückstellung der Industrie in diesem Sinne richtig auszunützen, könnte zu wertvollen Erfolgen führen. Eine unendliche Fülle von Aufgaben ergibt sich auf sozialpolitischem Gebiete. Wie man am zweckmäßigsten die heimkehrenden Krieger in ihre bürgerlichen Berufe zurückführt, den Invaliden neue Erwerbsmöglichkeiten schafft, die Angestellten vor der Proletarisierung schützt, den erschwerten Heiratsbedingungen der Frauen und der ungeheuren Ausdehnung der Frauenarbeit unter gleichzeitiger Berücksichtigung der wirtschaftlichen Gesamtlage, Rechnung trägt, wird gar nicht genug kenntnisreiche Köpfe beschäftigen können.

Mit allen diesen und noch zahlreichen anderen Fragen wird sich das Generalkommissariat für Kriegs- und Uebergangswirtschaft und sein Beirat aus dem Kreise der einsichtigsten, bestunterrichteten Interessenten zu befassen haben. Die Sorge, daß diese Organisation etwa

Westungarischer - Grenzbote
12./XI. 1917

9/12

10

Uebergangswirtschaft.

Im Wiener Handelsministerium hat man ein Amt geschaffen, das auch in Ungarn höchste Aufmerksamkeit verdient: Ein erster Sektionschef ist zum Generalkommissär für Kriegs- und Uebergangswirtschaft ernannt worden. Uebergangswirtschaft! Ein Begriff voll weiter Aussichtspunkte, ein Wort voll tiefster Einsicht in die durch den Krieg geschaffene Lage. Denn was wird sein an dem Tage, da am Ende doch ein Friedensvertrag unterzeichnet werden kann? Diese Möglichkeit erscheint ja durch den Eintritt Amerikas in den Krieg neuerlich hinausgeschoben zu sein, aber schließlich und endlich muß sie ja doch eintreten? Werden wir haben, was wir brauchen? Werden die Preise aller Lebens- und Bedarfsartikel billiger sein? Es ist sehr zu befürchten, daß sich zunächst gar nichts ändern wird, daß im Gegenteil eine Höchstspannung in allen Verhältnissen eintritt. Alle Einschränkungen, alle Zwangsmaßregeln werden noch fortbestehen müssen, soll nicht ein allgemeiner Wirrwarr, ein Zusammenbruch erfolgen. Nur ganz allmählich, mit höchster Vorsicht wird dieser Kriegszustand wieder abgebaut werden können, die Uebergangswirtschaft wird eine der wichtigsten Staatsangelegenheiten werden. Die vorbauende Arbeit der Wiener Regierung, die sich rüstet für die schweren Zeiten, verdient die höchste Aufmerksamkeit. Man hat dort einen Mann der politischen Nationalökonomie, der vor Jahren aus dem Sekretariat des niederösterreichischen Gewerbevereines in das Handelsministerium berufen wurde, auf den wichtigen Posten eines Generalkommissärs für Uebergangswirtschaft gestellt und ihn mit dem Exzellenztitel ausgezeichnet.

Hinter dieser Maßnahme tun sich weite Perspektiven nach dem Deutschen Reich auf. Ob der Gedanke von dort kam, ist nicht festzustellen, aber wie gründlich man sich dort mit den Zeiten nach dem Kriege beschäftigt, das verdient bei dieser Gelegenheit vermerkt zu werden. Und wie zuversichtlich, wie selbstverständlich man den Sieg über alle Feinde vorweg nimmt. Man redet in Deutschland auch heute noch ernstlich von einer Kriegsentschädigung, die alle an uns zu zahlen haben werden. Aber worin soll diese Kriegsentschädigung bestehen. Die Frage ist wohlberechtigt, denn Geld wird schwer zu haben sein. Die Eingänge müßten jedenfalls über so weite Zeiträume erstreckt werden, die militärische Besetzung der Länder, die wir als Pfänder in Händen haben, so lange dauern, daß wir noch Jahre nicht in normale Vrhältnisse kämen. Viel länger als der Krieg müßte die militärische Bereitschaft nach demselben dauern.

Das alles gehört zur Uebergangswirtschaft. Und noch viel mehr! Man muß sich daher beizeiten über die Kriegsziele klar sein und über das

Vossische Zeitung

16./IV. 1917

16

14

Das wirtschaftliche Durchhalten.

Von

Dr.-Ing. Graf von Brockdorff.

Lebensfrage, wie der siegreiche Ausgang des Krieges für das Volk im ganzen, ist die ausreichende Ernährung für den einzelnen. Die vornehmste Aufgabe der Regierung in der Ernährungsfrage ist die Sorge für eine Höchsterzeugung. Unter Heranziehung erprobter Fachmänner aus allen Landesteilen ist zu erwägen, wie eine solche an Lebens- und Futtermitteln erreichbar ist, wie weit die beiden gegeneinander wirken, und bei welcher Einschränkung der letzteren ein Höchstmaß an menschlichen Nahrungsmitteln auf die Dauer erzeugt wird. Für den Anbau unserer Felder, wie für unsere Tierhaltung müssen diese Grundsätze und nur sie allein Gültigkeit haben. Eine, ungünstige Witterungs- und Ernteverhältnisse voraussetzende, Rechnung muß dann über die Notwendigkeit, Höhe und Art der anzustrebenden Einfuhr als Ergänzung der Eigenproduktion entscheiden. Nimmermehr darf aus Rücksicht auf die Valuta, d. h. die Bewertung unseres Geldes im Auslande, eine als notwendig erkannte Einfuhr unterlassen oder auch nur eingeschränkt werden. Denn nicht die mehr oder minder große Goldmenge unserer Reichsbank, nicht die so und soviel prozentige Golddeckung unserer Noten ist das Wesentliche, sondern allein das wirtschaftliche Durchhalten bis zum Siege. Ein siegreiches Deutschland wird sich seine Valuta wieder aufbauen, einem besiegten wäre die größte Goldmenge und die höchste Golddeckung nutzlos.

Den für die Lieferung von Lebensmitteln über See hauptsächlich in Frage kommenden Ländern, Holland, Dänemark und den nordischen Landen, haben wir durch die U-Boote den Handel mit unseren Gegnern gesperrt. Je mehr wir selbst nun von diesen Ländern, aber auch der Schweiz und Spanien zu kaufen vermögen, desto weniger kommen sie in Versuchung, die Seesperre brechen zu wollen. Eine rücksichtslos durchgeführte Seesperre, erfordert und wird wesentlich erleichtert durch die gleichzeitige Bereitwilligkeit, den Neutralen wenigstens die Lebensmittel, auf deren Verkauf ihre Wirtschaft begründet ist, abzunehmen. Aus Rücksicht auf die Valuta dieses zu unterlassen, hieße nichts anderes, als die neutralen Staaten gewaltsam in die Reihen der Gegner treiben und damit die Erreichung des Sieges erschweren.

Wollen wir aber das Gold sparen, so sei daran erinnert, daß Deutschland den als Verkäufer in Frage kommenden Ländern gegenüber an seinen Kohlenschätzen ein Zahlungsmittel in reichstem Maße besitzt, dessen Kaufkraft wie im Frieden unzweifelhaft feststeht. Nur gestreift möge dabei der Gedanke werden, welche hervorragende Bedeutung es für Deutschland hätte, den zwingenden Wert dieses unentbehrlichen Energieträgers, an die Stelle des vereinbarten Wertes des entbehrlichen Goldes, als Deckung für Zahlungsverpflichtungen zu bringen.

Müßte aber auch jede Einfuhr jetzt in Gold bezahlt werden, so bliebe doch der Grundsatz zu Recht: Hängt das wirtschaftliche Durchhalten von der Einfuhr von Lebensmitteln ab, oder wird die Erreichung des endgültigen Sieges durch eine solche auch nur um einen Bruchteil gefördert, so darf nie und nirgends lediglich aus Rücksicht auf die Bewertung unseres Geldes diese Einfuhr eingeschränkt werden oder gar unterbleiben.

Durch die Sorge für eine Höchsterzeugung im Lande und Einfuhrverträge mit neutralen Ländern vermag also die Regierung am besten dem wirtschaftlichen Durchhalten zu dienen. Die erste Aufgabe muß und kann sie allein leisten, denn sie allein besitzt den Ueberblick über die Produktionsmöglichkeit und das Gesamtbedürfnis, sie allein kann die Einflüsse des Krieges auf beide Faktoren richtig abwägen.

Bei der Ergänzung unserer Lebensmittel durch die Einfuhr kann und darf die Regierung dagegen der Mitwirkung des privaten Handels und der privaten Fürsorge nicht entraten.

Durch persönliche Beziehungen, Freunde und Verwandte, wie bei uns lebende Angehörige neutraler Staaten führen tausende von Fäden noch nach auswärts. Hunderttausende von Sendungen, aus diesen Verbindungen stammend, werden mehr in unser Land

Neues Wiener Tagblatt 16

17./IV. 1917

Kriegs- und Uebergangswirtschaft.

Vom Kammerkonsulenten Dr. Wilhelm Becker.

Mit dem gestrigen Tage hat das neuerrichtete Generalkommissariat für die Kriegs- und Uebergangswirtschaft seine Tätigkeit begonnen. Die im Zusammenhange damit in den letzten Tagen veröffentlichte Aenderung der Geschäftseinteilung im Handelsministerium ist vor allem unter dem Gesichtspunkt zu beurteilen, daß die bestehende Organisation der Kriegswirtschaft weiter ausgebaut und für den Uebergang der Kriegs- zur Friedenswirtschaft eine Organisation geschaffen wird.

Die Momente, welche eine weitgehende Einflußnahme des Staates auf die industrielle und gewerbliche Produktion und den Konsum im Kriege bedingten, werden nach dem Friedensschluß fortwirken. Der Uebergang vom Krieg zum Frieden birgt in jedem Falle, unabhängig vom Kriegsergebnis, die Gefahr wirtschaftlicher und sozialer Störungen in sich, die vieles mit den Begleiterscheinungen der Mobilisierung im August 1914 gemeinsam haben. Die Rückkehr von der isolierten Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft und die Umschaltung einer völlig auf den Heeresbedarf eingestellten Industrie auf die Friedensbedürfnisse macht eine besondere Vorbereitung erforderlich. Bei der Ueberleitung in die Friedenswirtschaft wird eine Reihe von Problemen, die mehr oder minder starke Zusammenhänge aufweisen, zu lösen sein: zum Beispiel die Rohstoffversorgung, die Verkehrsfrage, insbesondere die Bereitstellung von Schiffsraum zur Verfrachtung für Einfuhrzwecke, das Valutaproblem und die Regelung des Arbeitsmarktes. Um Erschütterungen des Arbeitsmarktes vorzubeugen, werden verschiedene Maßnahmen für Industriearbeiter, für Handelsangestellte und endlich für jene weiblichen Arbeitskräfte, die ihre im Kriege eingenommenen Stellungen aufgeben müssen, nötig sein.

Zur Durchführung aller dieser Aufgaben sind besondere organisatorische Maßnahmen notwendig. Zu diesem Zweck wurde im Deutschen Reich eine Zentralstelle geschaffen, an deren Spitze der Reichskommissär für die Uebergangswirtschaft steht. Oesterreich hat in dem Generalkommissariat eine noch weit umfassendere Organisation mit bedeutsamen Aufgaben für die Uebergangswirtschaft ins Leben gerufen.

Für alle Fragen, welche die Regelung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Kriege und die Ueberleitung in die Friedenswirtschaft betreffen, wurde eine aus den Vertretern des Handelsministers, Ministers des Innern, Finanzministers, Ministers für öffentliche Arbeiten, Eisenbahnministers, Ackerbauministers, Landesverteidigungsministers sowie des mit der Leitung des Amtes für Volksernährung betrauten Ministers gebildete „Kommission für Kriegs- und Uebergangswirtschaft" errichtet. Die Heraushebung der auf die Kriegs- und Uebergangswirtschaft bezughabenden Verwaltungsaufgaben aus den bisherigen Ressorts erfolgt, um ein einheitliches Vorgehen der Verwaltung in diesen Fragen zu erzielen und ihnen eine besonders dringliche Behandlung zu sichern. Mit Rücksicht darauf, daß die Frage der Ein- und Ausfuhrregelung die wichtigste Frage der gegenwärtigen Kriegswirtschaft ist und später der Uebergangswirtschaft sein wird, wurde zur Entscheidung auf Ansuchen von Ein- und Ausfuhrbewilligungen ein ständiger Sonderausschuß gebildet, der die Bezeichnung „Zentralstelle für Ein- und Aus- und Durchfuhrbewilligungen" führt. Den Vorsitz in diesem Sonderausschuß führt der vom Finanzminister hiezu bestellte Vertreter des Finanzministeriums in der Kommission für Kriegs- und Uebergangswirtschaft.

Die wichtigste organisatorische Maßnahme ist die schon erwähnte Errichtung des „Generalkommissariats für Kriegs- und Uebergangswirtschaft". Eine besondere Abteilung des Handelsministeriums, in dessen Wirkungskreis namentlich die Förderung der Volkswirtschaft fällt, da es die handelspolitischen und sozialpolitischen Agenden und die Vertretung der industriellen Interessen in sich vereint, wird mit der Regelung und Förderung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Kriege und der Ueberleitung in die Friedenswirtschaft betraut. Die Abteilung steht unter der Leitung des Generalkommissärs. Dieser kann innerhalb seines Wirkungskreises nach den allgemeinen oder fallweise ergehenden Weisungen des Handelsministers selbständige Entscheidungen treffen. Zur fachmännischen Beratung für die außerordentlich schwierigen, dem Generalkommissariat obliegenden Aufgaben wird eine Vertretung aller unmittelbar beteiligten Interessentengruppen bestellt, wodurch eine Bureaukratisierung der Volkswirtschaft verhütet werden soll. Dieser „Hauptausschuß für Kriegs- und Uebergangswirtschaft" wird in der Weise gebildet, daß jeder Kriegsverband den Vorsitzenden der Verbandsleitung und ein vom Handelsminister berufenes Mitglied des Verbandsausschusses entsendet. Ferner sollen die übrigen für die Zwecke der Kriegs- und Uebergangswirtschaft gebildeten oder mit Aufgaben dieser Art betrauten Körperschaften in diesem Hauptausschusse eine Vertretung erlangen. Endlich bleibt es dem Handelsminister vorbehalten, in den erwähnten Ausschuß zwanzig Mitglieder zu ernennen, die keiner Körperschaft angehören. Aufgaben des Hauptausschusses sollen insbesondere die Erstattung von Gutachten und Anträgen in Fragen der Kriegs- und Uebergangswirtschaft und die Durchführung wirtschaftlicher Maßnahmen sein, welche ihm durch das Generalkommissariat übertragen werden. Die Verordnung sieht vor, daß der Hauptausschuß nicht übergangen werden kann, da dieser in allen Fragen gehört werden muß, in denen es sich um grundsätzliche Fragen der Kriegs- und Uebergangswirtschaft oder um die Aufteilung von Bezugsmöglichkeiten auf die verschiedenen Erwerbszweige handelt. Dieser Hauptausschuß ist zugleich auch Zentralorgan der verschiedenen kriegswirtschaftlichen Organisationen und stellt sich somit als Kriegsverband aller Kriegsverbände dar. Neben dem Hauptausschuß, der den Charakter einer autonomen Körperschaft hat, ist die Institution von fachlichen Mitarbeitern vorgesehen, die dem Generalkommissär über seinen Vorschlag vom Handelsminister beigegeben werden und deren Ernennung bereits publiziert wurde.

Durch die derart gestaltete Organisation bleibt die Initiative der produktiven Stände gewahrt, deren Mitwirkung bei der Fassung und Vollstreckung der Beschlüsse, durch welche die Uebergangswirtschaft geregelt werden soll, gesichert ist. Die Schwierigkeiten, mit denen diese Stände bei dem Uebergang in die Friedenswirtschaft rechnen müssen, werden sehr groß sein. Daß sie überwunden werden, dafür bürgt die ungeahnte Entfaltung der Produktions- und Konsumkraft, die sich im Kriege geoffenbart hat, aber auch das enge planmäßige Zusammenarbeiten der Produktion und des Handels mit der staatlichen Verwaltung, für welche die besprochenen organisatorischen Maßnahmen die Grundlage bieten.

Neues Wiener Tagblatt

21./IV. 1917

Der Volkswirt.

Die Volkswirtschaft Oesterreichs nach dem Kriege.

Von **Dr. Adolf Drucker**, Sekretär des k. k. Oesterreichischen Handelsmuseums.*)

Die Mischung zwischen dem agrarischen und industriellen Charakter der Produktion in Oesterreich-Ungarn hat sich im Kriege als eine Quelle unversieglicher Wirtschaftskraft bewährt. Von den der Menge nach wenig bedeutenden Getreideimporten aus Rumänien abgesehen, ist der Ernährungsbedarf eines Millionenvolkes und das gesteigerte Nahrungsbedürfnis eines Millionenheeres im eigenen Lande aufgebraucht worden. Diese Leistung der Landwirtschaft ist um so höher zu werten, als die männliche Landbevölkerung als Kern des Heeres zum großen Teile im Felde steht, kann aber nicht überraschen in einem Lande, dessen Wirtschaftspolitik dem agrarischen Typus der Produktion stets volle Rechnung getragen hat. Dagegen ist die Leistung der österreichischen Industrie in diesem Kriege für Freund und Feind, ja für die Industriellen selbst eine der größten Ueberraschungen. Mit einer Anpassung, die der angeblich so überaus konservativen österreichischen Industrie kaum zuzumuten war, hat sie sich auf die Erfordernisse des Krieges unter den schwierigsten Verhältnissen eingestellt, ja darüber hinaus für Bundesgenossen und Neutrale noch viele Waren erzeugt und geliefert.

Diese Kräfte auf allen Gebieten zu entfesseln und sie in den Dienst der einen großen Aufgabe des Krieges zu stellen, bedurfte es aber einer andern Leistung, die für sich keine geringe Kraftentfaltung darstellt, der Organisation. Es ist einleuchtend, daß keine noch so autoritäre Regierung allein durch ihr Machtwort die Umstellung auf die Kriegswirtschaft so erfolgreich hätte bewirken können. Die neuen, im Kriege entstandenen Formen der Organisation ganzer Industriezweige beweisen eine vordem nicht vermutete Elastizität der Privatwirtschaft. Der Kreislauf der Güter, durch den gewaltigen Bedarf des Heeres unnatürlich geschwellt, beansprucht aber, um in Fluß zu kommen und zu bleiben, auch eines ebenso gewaltigen Geldumlaufes. Dabei ist eine Verschuldung der Monarchie an das Ausland durch den Krieg nicht in wesentlichen Summen, keinesfalls aber auch nur vergleichsweise in dem Ausmaß herbeigeführt worden wie in den Ententestaaten. Dies hat eine große Bedeutung für die Zukunft, indem es uns den Geldmarkt des Auslandes, dessen wir für die wirtschaftlich nicht produktiven Aufwendungen des Krieges nicht bedurften, aufspart für die Zwecke des wiederaufbauenden Friedens.

Nach den Erfahrungen des Krieges ist wohl nicht zu zweifeln, daß die Monarchie die Grundlage für die ausreichende Ernährung ihrer Bevölkerung im Segen der eigenen Scholle finden wird. Eine Landwirtschaft, die nur zum geringen Teil mit den wissenschaftlichen Methoden intensiver Betriebsführung arbeitet, konnte unter den Erschwernissen des Krieges jene Leistungen vollbringen, die wir erleben. Nach den Lehren der Gegenwart wird überall — und gewiß auch in Oesterreich — die höchste Ausnützung des Bodens ein Politikum sein. Was aber schon eine geringe Steigerung des Hektarertrages für die Versorgung und das Nationalvermögen bedeuten würde, ist oft berechnet worden. Das Programm intensivster Bewirtschaftung und rationellster Ausnützung gilt ebenso dem Bergbau und der Forstkultur. Der Krieg hat sehr deutliche Lehren entwickelt, und die Naturschätze Oesterreichs erlauben es, sie in die Tat umzusetzen.

Schwieriger scheinen die Aussichten der industriellen Produktion zu liegen. Man weist darauf hin, daß sie Roh- und Hilfsstoffe aus dem Ausland wird beziehen müssen; die Zahlungsmittel hiefür muß sie im Export suchen, dem nur ein durch die wirtschaftlichen Kampfbeschlüsse der Entente stark verengter Weltmarkt zu Gebote stehen wird. Aber eine Reihe der bedeutendsten österreichischen Industrien, die auch im Export eine namhafte Rolle spielen, findet ihre Rohstoffgrundlage über-

*) Aus „Donauland", 1. Jahrgang, Heft 2.

Pester Lloyd

22./IV. 1917.

Volkswirtschaft.

Die währungspolitische Annäherung zwischen Deutschland und seinen Verbündeten.

Von **Dr. Ernst Makai.**

Budapest, 21. April.

Unter den Finanzproblemen der Friedenswirtschaft nach dem Kriege steht die Sanierung der Währungsverhältnisse Deutschlands und seiner Verbündeten zweifelsohne an erster Stelle, denn kein Schutzzoll und keine Tarifpolitik wirkt so hemmend auf die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen wie die ungeregelte Valuta. Da die Verschlechterung der Währung eine Folge des Krieges ist, glauben wir nicht fehlzugehen, wenn wir annehmen, daß die nach dem Kriege allenthalben in Angriff zu nehmende Valutaregulierung zu jenen Aufgaben gehören wird, deren Lösung die Mächte des Vierbundes mit vereinten Kräften anstreben werden.

Die einfachste Lösung des Problems wäre die Währungseinheit zwischen Deutschland und seinen Verbündeten. Die Währungseinheit kann aber nur bei einer Einheitlichkeit der Wirtschaftsgebiete und der Finanzinstitutionen verwirklicht werden; an ein so weitgehendes Wirtschaftsbündnis kann man aber wohl nicht denken, und somit muß auch die Möglichkeit der Währungsunion aus der Reihe der Kombinationen ausgeschaltet werden. Eine zweite Eventualität wäre, wenn die Deutsche Reichsbank die Banknoten der Verbündeten zu einem fixen Kurse an Zahlungs Statt annehmen und diese Noten sodann mit den emittierenden Notenbanken direkt verrechnen würde, wie dies von Hofrat Julius Prager im Pester Lloyd (Morgenblatt vom 5. Januar 1915) propagiert worden ist. Man müßte dabei — vorläufig wenigstens — gar nicht die reine Goldparität zwischen Mark, Krone, Leva und türkischem Pfund zur Basis nehmen; bei dem gegenwärtigen zerrütteten Währungswesen wäre dies unbegründet und undurchführbar. Dagegen könnte das bei einigen südamerikanischen Staaten eingeführte System der Konversionskassen ins Auge gefaßt werden, wobei das Währungsgeld (Papiergeld) zu einem fixen Kurse auf vollwertiges internationales Geld (Gold oder Golddevisen) umgewechselt wird. Der Umstand, daß man mit Sicherheit darauf rechnen könnte, das inländische Währungsgeld zu jeder Zeit zu einem fixen Kurse auf vollwertiges internationales Geld umzuwechseln, würde den Kursschwankungen ein Ziel setzen und den Devisenkursen eine gewisse Stabilität verleihen, hauptsächlich aber der Spekulation den Boden entziehen. Bei fortschreitender Gesundung der Währungsverhältnisse könnte der offizielle Relationskurs von Zeit zu Zeit abgeändert werden, bis das Hauptziel, die reine Goldparität oder ein an die Parität sich anlehnender Verrechnungskurs, erreicht wird. Auch in der Entwicklung der brasilianischen Währung finden wir Beispiele dafür, daß der ursprünglich fixierte Umrechnungskurs mit der Besserung der Währungsverhältnisse abgeändert worden ist. So war beispielsweise der ursprüngliche Kurs für 1 Milreis 15 Pence, doch wurde er später auf 16 Pence erhöht. Dieser Modus hätte große Vorteile für die finanziell schwächer gestellten Verbündeten Deutschlands, dagegen würde er aber für das Deutsche Reich ein namhaftes Risiko und bedeutende Verantwortung involvieren, bedeutet doch die Fixierung eines Relationskurses zwischen der Mark und der Währung der verbündeten Staaten nichts mehr und nichts weniger, als daß Deutschland die solcherart fixierte Relationsparität aller Welt gegenüber garantiert. Würde nämlich bei diesem System in Paris oder London die Währung der Monarchie eine Wertverminderung erleiden, so würden die fremden Gläubiger ihre Forderungen an die Monarchie nicht in Oesterreich-Ungarn, sondern an der Kasse der Deutschen Reichsbank realisieren, wo sie gegen Kronen zu fixem Kurse Marknoten erhalten könnten, die sie höher bewerten als die Kronen.

Als dritte Modalität bleibt — und dies scheint die realste zu sein — die finanzielle Unterstützung der Verbündeten Deutschlands in ihren valutapolitischen Bestrebungen. Die Mittel der Unterstützung wären: die Gewährung von Valutaanleihen in Markwährung zur Stabilisierung des Markkurses, wie dies schon in der Vergangenheit der Fall war, nötigenfalls die Unterstützung der Notenbanken der verbündeten Staaten durch direkte Goldsendungen oder durch Rediskontierung eines Teiles ihres Wechselmaterials und die Liquidierung des Gegenwertes in Markwährung. Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen würde sich insbesondere dann ergeben, wenn die verbündeten Staaten zu den Kupontermínen oder bei Rückströmung der im Auslande placierten Papiere, beziehungsweise bei Rückziehung kurzfristiger Auslandsforderungen zu fixen Terminen größere Anschaffungen für das Ausland vorzunehmen hätten.

Aber nicht nur die Unterstützung von seiten der Deutschen Reichsbank, sondern auch die Mitwirkung des ganzen deutschen Geldmarktes wäre erwünscht zur Besserung der Währung der Verbündeten. Jeder einzelne Effektentitre österreichisch-ungarischen, bulgarischen oder türkischen Ursprungs, der an den deutschen Börsen eingeführt, beziehungsweise in deutschen Kapitalistenkreisen untergebracht wäre, würde gleichzeitig auch die Zahlungsbilanz und damit die Währung der verbündeten Staaten verbessern. Die gleiche Wirkung hätte auch das Entgegenkommen, das die mächtigen Finanzinstitute Deutschlands den Handelskreisen der verbündeten Länder eventuell durch direkte Kreditgewährung angedeihen lassen würden. Während des Krieges haben sich die deutschen Fachblätter sehr eingehend mit der Frage beschäftigt, auf welche Weise Deutschland nach dem Kriege die Erbschaft der City antreten könnte. In der Tat standen vor dem Krieg den österreichischen und ungarischen Großbanken in Paris und

Pester Lloyd

24./IV. 1917

28

Fachberatung der Finanzinstitute.

Budapest, 28. April.

Der Reichsverband ungarischer Finanzinstitute hielt gestern im Sitzungssaale der Budapester Handels- und Gewerbekammer unter dem Präsidium des Ministerpräsidenten a. D. Geheimen Rates Ladislaus v. Lukács eine gutbesuchte Sitzung, auf deren Tagesordnung zahlreiche aktuelle Fragen der Finanzpolitik und des Kreditlebens standen.

Als erster Referent hat Direktor Dr. Elemér Hantos über jene Erfahrungen berichtet, die bei der Abgabe der bisherigen Steuerfassionen, bezüglich der neuen Steuerarten gemacht wurden. Aus den erfolgten Fassionen kann festgestellt werden, daß die beschränkte Begünstigung hinsichtlich der abziehbaren Effektenzinsen, wie sie im Gesetze normiert ist, bei den Provinzgeldinstituten nur in den seltensten Fällen zur Geltung gelangt. Redner beantragt, daß die Regierung den Endtermin für Steuerfassionen der Unternehmungen, in Berücksichtigung der bedeutenden technischen Schwierigkeiten, entsprechend verlängere. Nachdem auch Direktor Anton Gál (Monor) zur Frage Stellung genommen, wurde der Antrag einstimmig angenommen. Hinsichtlich der Kapitalserhöhungen der Geldinstitute findet der Vortragende, daß die diesfällige Bewegung der Provinzgeldinstitute in gewissen Kreisen mit einiger Animosität behandelt wird. Vizepräsident Hofrat Franz Székely billigt zwar die Vorteile, die infolge der Kapitalserhöhung sich für die betreffenden Anstalten ergeben, er meint aber, die gesündeste Art der Kapitalserhöhung sei die Fusion der Geldinstitute. Direktor Desider Tißtavárý (Nagykörös) betont, daß die Aktienzeichnungen in den überwiegenden Fällen aus den bei Anstalten hinterlegten Einlagen erfolgen, welcher Umstand die materielle Kraft der betreffenden Institute zweifellos hebt. Der Vorsitzende stellt fest, daß der Reichsverband die Bewegung der Kapitalserhöhungen einwandfrei findet und daß sie unter entsprechenden Vorbedingungen geradezu wünschenswert seien.

In der Frage der Gebühren aus Anlaß von Fusionierungen führte der Sekretär des Reichsverbandes Dr. Friedrich Görög aus, daß Fusions-Transaktionen von der neuesten gebührenrechtlichen Praxis mit so schweren Gebührenlasten belegt werden, daß diese zum größten Hindernisse der Fusionen werden. Ludwig Weill (Cegléd) und Direktor königlicher Rat Ferdinand Czeiner (Beregszász) beklagen das nachteilige Vorgehen, daß bei Fusionsfällen außer den Gebühren für die Aktienemittierung auch noch Uebertragungsgebühren gefordert werden, bei deren Feststellung sämtliche Aktivposten der Vermögensbilanz der fusionierenden Anstalt, ohne Abzug der Passivposten, in Betracht gezogen werden. Der Reichsverband beschließt, im Interesse der Gebührenfreiheit der Fusionen von Geldinstituten an die Regierung eine Unterbreitung zu richten.

Die Ministerialverordnung bezüglich des Wechselprotestatermines zwingt die Geldinstitute, daß sie schon jetzt die Wechselproteste levieren und innerhalb der Verjährungsfrist klagen. Dr. Elemér Hantos bespricht das die Modifizierung dieser Verordnung bezweckende Memorandum und kennzeichnet die Ergebnisse der im Justizministerium am 13. April d. J. gehaltenen Fachberatung, laut der die Abänderung der nachteiligen Verordnung innerhalb einiger Tage zu erwarten steht; hiedurch wird die Präsentations- und Protestpflicht der Wechsel für weitere Dauer des Krieges aufgehoben.

Ueber die Regelung der über drei Jahre alten Hypothekarzinsen erstattete der Generalsekretär des Reichsverbandes Dr. Paul Nyáry einen Bericht, in welchem er ausführte, daß die Gleichstellung der Zinsen in der Rangklasse des Kapitals unerläßlich sei, wenn die Hypothekarschuldner nicht empfindlich benachteiligt werden sollen, zu welchem Behufe die bezüglichen Verordnungen entsprechender Erweiterungen bedürfen. Reichstagsabgeordneter Ladislaus v. Almásy gibt der Ansicht Ausdruck, daß die Frage eigentlich durch die Abänderung des Exekutionsgesetzes zu lösen wäre. Direktor Demeter Szredojev (Nagykikinda) erachtet die Rangeinteilung der während des Exekutionsverbotes aufgehäuften Zinsen für nötig. Franz Székely meint, daß die Exekution bei Wahrung des Homestead und der Einberufenen schon wegen der gegenwärtigen hohen Grundpreise zu gestatten wäre. Die Sequestration hingegen sollte nur Schuldnern gegenüber verfügt werden, die die Zahlung in unbegründeter Weise verweigern. Der Reichsverband richtete in dieser Angelegenheit eine Eingabe an das Justizministerium.

Die Aufhebung des Moratoriums der Spareinlagen bildete Gegenstand der weiteren Erörterung. Es wurde dabei konstatiert, daß unser gutfundiertes Wirtschaftsleben das Moratorium auf sämtlichen Gebieten gut überstanden hat. Nachdem Direktor Béla Radó zur Sache gesprochen, wurde beschlossen, daß die Geldinstitute für die endgültige Aufhebung des Moratoriums, mit Ausnahme der Kriegsgebiete, eintreten.

Endlich wurde die besitzpolitische Reformaktion der Finanzinstitute eingehend besprochen, Generaldirektor Dr. Kornel Leopold (Szekszárd) kennzeichnete den Entwurf des Ackerbauministers und wies darauf hin, daß die bisherige Tätigkeit der Geldinstitute die geplante Maßregelung nicht verdient. Hofrat Franz Székely hält den Plan des Ackerbauministers für undurchführbar und ungerecht. Präsident Ladislaus v. Lukács resümiert die Debatte. Er weist auf die Gründe des Fallenlassens des Darányischen besitzpolitischen Entwurfes hin und erklärt, daß der Reichsverband sich mit dem neuen besitzpolitischen Entwurf wegen seiner volkswirtschaftlichen Wichtigkeit, aber auch wegen seines Eingreifens in die Tätigkeit der Geldinstitute befassen und ihn in der nächsten Generalversammlung zum Gegenstande einer Stellungnahme der Finanzinstitute machen wird. Mit dem Berichte über diese Frage wurde Vizepräsident Hofrat Dr. Anton Éber betraut.

Neues Wiener Tagblatt
26./IV. 1917

Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem.

Von Prof. Dr. Rud. Kobatsch.

Unter diesem Titel veröffentlichte *) vor kurzem einer der kenntnisreichsten und tüchtigsten jungen Volkswirte Oesterreichs, Doktor G. Stolper, ein Buch, welches auf gründlichster Durcharbeitung aller mit dem wirtschaftlichen Bündnis der Zentralmächte zusammenhängenden Fragen beruht und, von großen politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgehend, erfreulicherweise jeden engherzigen, kleinlichen oder reinen Interessenstandpunkt, wie dies leider so oft bei der Erörterung dieses Problems geschah und noch geschieht, beiseite läßt. Wer, wie der Verfasser dieser Besprechung, die Bewegung zugunsten des mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses seit ihrem Anfang im Herbst 1914, sehr bald nach Ausbruch des großen Weltkrieges, ständig miterlebt, ja mitgefühlt hat, kann sich über das Erscheinen des vorliegenden Buches aufrichtigst freuen, weil es, in Verwertung einer fast zweijährigen und vielseitigen Erfahrung, den Gegenstand mit großem Geschick, mit klarer Sichtung aller so vielfältigen Einzelfragen behandelt.

Hier können nur die Grundgedanken des Werkes dargestellt werden, und wir müssen jeden, der sich für ein tieferes Verständnis der darin behandelten Fragen interessiert, auf das vorzüglich geschriebene Buch selbst verweisen. Der Verfasser geht mit Recht davon aus, daß man das Problem ursprünglich naturgemäß von den Verhältnissen aus beurteilte, die bis zum Kriege bestanden, das heißt, unter Berücksichtigung der bis zum Kriege, bis im „letzten Friedensjahre" 1913 getätigten Ein- und Verkäufe im Außenhandel. Infolge der ursprünglich nicht einmal für möglich gehaltenen und gewiß nicht erwarteten langen Dauer des Krieges haben sich aber die wichtigsten Voraussetzungen wirtschafts- und handelspolitischer Erörterungen für die Zeit nach dem Kriege völlig verschoben. Der Krieg wird ein Europa — und wir können sagen die Welt — mit geänderter Wirtschaftsstruktur zurücklassen und daher der Handelspolitik Aufgaben stellen, die im Rahmen ihrer bisherigen Formen überhaupt nicht zu lösen sind.

Diese entscheidende Frage nun, ob und wie weit der Krieg die realpolitisch allein ausschlaggebenden tatsächlichen Voraussetzungen der künftigen Handelspolitik geändert habe, wird allerdings nicht von allen Forschern in jenem unbedingten Sinne bejaht, wie es Stolper tut. Während zum Beispiel kürzlich Walter Rathenau (in seinem Vortrage: „Probleme der Friedenswirtschaft") ebenfalls sehr tiefgreifende Wirkungen des Krieges auf die Volkswirtschaft annimmt, stellen sich andre, wie Professor Eulenburg (in seinem Buch „Weltwirtschaftliche Möglichkeiten"), im wesentlichen auf den entgegengesetzten Standpunkt. Je nachdem man nun die Frage in dem einen oder dem andern Sinne beantwortet, wird man auch zum Problem „Mitteleuropa" eine verschiedene Stellung einnehmen: Ausdrücklich zustimmend oder kühl abmessend, in den wesentlichen Belangen sogar ablehnend.

Stolper bringt nun zugunsten der entschiedenen Bejahung des Problems neue und wichtige Tatsachen bei. Er verweist vor allem auf eine der wichtigsten Ursachen einer grundlegenden Aenderung aller künftigen Wirtschafts- und Handelspolitik, auf das ungeheure Wachstum der Staatsschulden, ferner auf die Aufzehrung der Vorräte. Die Deckung der Kriegskosten wird nicht bloß in den Staatsfinanzen, sondern auch in allen Zweigen der Volkswirtschaft auf lange Zeit hinaus gewaltige Wirkungen äußern. Die Rohstoffergänzung; die Wiederherstellung der nach Milliarden zählenden zerstörten Werte; der gewaltige Riß, welchen der Krieg in die weltwirtschaftlichen Beziehungen brachte; die in vielen Fällen sich sehr gründlich vollziehende Umstellung wichtiger Produktionszweige und wichtiger bisheriger Absatzmöglichkeiten ins Ausland; die Wiederherstellung der Valuta — alle diese und noch manch andre sehr wichtige Wirkungen des Krieges müssen in Betracht gezogen werden, wenn man eine richtige Grundlegung der künftigen Wirtschafts- und Handelspolitik ermöglichen will.

Daneben nötigt der Krieg zwangsläufig die beiden Mittelmächte und wohl auch ihre Verbündeten, nicht bloß an dem politischen Bündnis unbedingt festzuhalten, sondern hiefür auch durch die möglichste wirtschaftliche Erstarkung aller Teilnehmer an dem Bündnis und durch die wechselseitige Unterstützung zum Zwecke dieser Erstarkung mit dem größten Nachdruck Sorge zu tragen.

In der Besprechung der üblichen Einwände gegen den Wirtschaftsbund handelt das Buch besonders eingehend von der sogenannten „Rückständigkeit" der österreichisch-ungarischen Wirtschaft und beweist, daß diese zum Teil durchaus besser als ihr Ruf sei, zum Teil aber gerade unter der Wirkung des Wirtschaftsbündnisses die Rückständigkeit viel rascher überwinden könnte als ohne das Bündnis. Anderseits gibt er in sehr dankenswerter Weise eine Reihe von Mitteln an die Hand, durch welche die Uebergangsschwierigkeiten leicht überwunden werden können.

Stolper legt sich nicht auf eine der vielen Formen oder Formeln, welche für die Schaffung des Bündnisses vorgeschlagen wurden, fest, wohl aber fordert er mit Recht, daß eine grundsätzliche handelspolitische Bindung, und zwar auf lange Frist hinaus, vereinbart werden müsse, daß das Bündnis jedoch die Möglichkeit seiner Ueberprüfung innerhalb bestimmter Zeiträume, je nach der für die Handelspolitik erheblichen tatsächlichen Entwicklung, die jetzt noch nicht vollständig überblickt werden könne, offen zu lassen hätte.

Wir schließen diese Besprechung mit dem aufrichtigen Wunsch, welchen der Verfasser seinem Buch voranstellt: Die Arbeit sei den Staatsmännern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns gewidmet, die in entscheidender Schicksalsstunde der beiden Reiche die Notwendigkeiten ihrer Entwicklung erkennen und danach handeln.

*) Verlag Franz Deuticke, Wien, 1917.

Arbeiterzeitung
15./V. 1917

Die soziale Bilanz des Krieges.

Was sind die Gesamtverluste des Krieges, was hat er insgesamt an Gut und Blut gekostet? Die Völker verheimlichen sich die Wahrheit, die meisten Regierungen geben nicht einmal ordentliche Verlustlisten heraus. Die regelmäßigen Veröffentlichungen der statistischen Büros sind eingestellt worden. So bleibt nur noch der Weg von Schätzungen, wie sie die Studiengesellschaft für die sozialen Folgen des Krieges in Kopenhagen auf Grund mühseliger Berechnungen anstellt. Sie bringt, um sich vor Uebertreibungen zu hüten, nur die Mindestzahlen und kommt dabei zu folgender Kostenrechnung bei dreijähriger Kriegsdauer:

Kriegsanleihen	350 Milliarden Mark
Tote und Verwundete . .	24 Millionen Männer
Tote allein	7 Millionen Männer
Invalide	5 Millionen Männer
Tote und Invalide . . .	12 Millionen
Verluste durch Geburtenrückgang	9 Millionen

Auch diese Kostenrechnung schätzt in ihrem finanziellen Teil noch nicht mit ein: die Vernichtungen, die der Krieg verursacht hat, den Verbrauch an Material, den Verschleiß an Eisenbahnwerten, den unermeßlichen Betrag an Unterstützungen für die Hinterbliebenen und Kriegsbeschädigten, der ein volles Menschenalter nach dem Kriege den Haushalt aller kriegführenden Staaten belasten wird. In der Summe von 350 Milliarden sind sonach bloß die amtlichen Angaben über die aufgenommenen Kriegsdarlehen gesammelt. Untersuchen wir, was der Betrag insgesamt für die Zukunft Europas, was die Teilbeträge für das Schicksal der Einzelstaaten zu besagen haben. Vor dem Kriege betrug die Gesamtschuld Europas 104 Milliarden Mark, sie ist jetzt auf 450 Milliarden gestiegen. Damit ist schon gesagt, daß alle Vertröstungen auf eine Kriegskostenentschädigung, die namentlich in der Phantasie der Franzosen und Engländer, aber auch mancher Deutscher einen großen Raum eingenommen haben, in nichts zerflattert sind. Da versagt auch die freundliche Vorstellung einer dauernden Schuldknechtschaft; selbst ein Deutschland, das auf ein Jahrhundert den Westmächten zinspflichtig würde, könnte die Summe von 350 Milliarden nicht zurückzahlen. Also wird die Schuldknechtschaft auf allen kriegführenden Völkern unabwälzbar gleichmäßig ruhen; alle werden ein Jahrhundert und länger den einzigen Siegern dieses Völkerringens, den Kriegsgewinnern, verhaftet bleiben.

Und wo sind die Kriegsziele geblieben, die sich jeder einzelne der Staaten gesetzt hat und in offiziellen Kundgebungen vielfach noch heute zu verfolgen behauptet? „Man kann schon jetzt," so schreibt mit Recht Parvus in seiner Broschüre „Die soziale Bilanz des Krieges", „mit Sicherheit annehmen, daß bis zum Schluß des Krieges die Kriegsanleihen des britischen Königreiches rund hundert Milliarden Mark betragen werden. Vergegenwärtigen wir uns, was etwa mit dieser ungeheuren Summe zu erreichen war. Die gesamte Handelsflotte Englands umfaßte vor dem Kriege rund zwölf Millionen Nettoregistertonnen. Vor dem Kriege kostete der Bau der besten modernen Dampfer höchstens 250 Mark die Tonne. Also würde es drei Milliarden beansprucht haben, eine Flotte zu erbauen so groß wie die gesamte englische Handelsflotte." Das heißt für weniger, als nunmehr die Zinsen der englischen Staatsschuld betragen werden, hätte England eine durchaus moderne zweite Flotte — ohne den Ballast der alten Segelschiffe und Dampfer — erbauen und derart durch billige Frachten und Regelmäßigkeit des Verkehrs den deutschen Wettbewerb gänzlich aus dem Felde schlagen können. Dieser war aber für die Engländer der einzige Anstoß zum Kriege. Sie mißgönnten den Deutschen die 450 Millionen, die diese jährlich aus dem Handel mit den englischen Kolonien empfingen, und berechneten ängstlich, daß die deutsche Warenausfuhr nach England selbst bei dem Gesamtwert von 1500 Millionen Mark und einer englischen Einfuhr von bloß 900 Millionen Mark einen Vorteil zu Gunsten Deutschlands von 600 Millionen ergab. Freilich nur die borniertesteSelbstsucht wird eine solche Rechnung gelten lassen; war doch England, von allem anderen abgesehen, für einen großen Teil der deutschen Waren nur Durchfuhrland, gewann an ihnen an Frachtspesen und Zwischengewinnen oft mehr als die Erzeuger. Doch lassen wir nunmehr das volle Gewicht der tausend Millionen Mark gelten, die jetzt der englische Handel an sich zu reißen hofft: er müßte volle hundert Jahre beim Ausbeuten seiner Kolonien ungestört bleiben, um auch nur die bisher aufgelaufenen Kriegskosten wettzumachen!

Auch in Deutschland sind die materiellen Interessen, die man mit dem Kriege verband, längst in ihr Gegenteil umgeschlagen. Die Deutschen glaubten sich durch die Absperrungspläne der Imperialisten in ihrem freien Vordringen auf dem Weltmarkt, in ihrem Rohstoffbezug für die rasch sich entwickelnde deutsche Industrie bedroht. Doch hätte nicht ein Bruchteil der 70 bis 80 Milliarden Mark, die jetzt im Weltkrieg nutzlos verpulvert werden, genügt, die deutsche Handelsflotte, die vor dem Kriege bei dreieinhalb Millionen Tonnen etwa drei Viertelmilliarden Mark an Wert verkörpert haben mochte, so zu verbessern und zu erneuern, daß durch die Wohlfeilheit der Frachten für Rohstoffe der deutschen Industrie für immer die Ueberlegenheit gesichert geblieben wäre? Im Jahre 1913 führte Deutschland rund eine Million Ballen Baumwolle ein; um sich den Bezug dieses unentbehrlichen Arbeitsmaterials zu sichern, würde es hingereicht haben, eine entsprechende Plantagenfläche in den baumwollproduzierenden Ländern für die deutsche Textilindustrie anzukaufen. Nun mag 1913 der Wert aller Farmen des südatlantischen Rayons von Nordamerika etwa zwölf Milliarden Mark betragen haben, an sich eine gewaltige Summe, aber noch nicht ein Viertel der deutschen Kriegsanleihe. Der südatlantische Rayon bringt aber mit vier Millionen Ballen Baumwolle das Vierfache des deutschen Bedarfs hervor, dabei sind die übrigen Erzeugnisse des anzukaufenden Landes gar nicht mitgerechnet. Mit dem Rest des Betrages der deutschen Kriegsanleihen hätte man in der gleichen Weise sämtliche Kupferbergwerke und Erdölgruben der Vereinigten Staaten aufkaufen und wohl noch Kleinasien, Mesopotamien, Syrien durch Anlage von Kanälen, Eisenbahnen, Städten und Bergwerken in blühende Gärten Gottes verwandeln können. Gewiß würde Deutschland zu alledem nicht freie Hand erlangt haben, es ist nur ein idealer Maßstab zur Veranschaulichung der Kriegsverschwendung, den wir da anwenden. Doch da Deutschland im Orient, in Afrika — ohne auf ältere Rechte europäischer Ausbeutung zu stoßen — Großes hätte vollführen können, bei entsprechender Aufwendung von Geldmitteln, so wäre alles, was es unternommen haben würde, für den Endzweck erfolgreicher gewesen als der Krieg.

Am besten aber läßt sich wohl die wahnwitzige Vergeudung des Volksvermögens durch den Krieg an dem Beispiel Rußlands verdeutlichen. Um den Krieg bei den Massen volkstümlich zu machen, hatte man das Märchen von der wirtschaftlichen Vergewaltigung und Bedrückung durch Deutschland ersonnen, dem die steigende deutsche Warenzufuhr, der wachsende deutsche Kapitalszufluß die Nahrung gab. Aber daß Kapital aus kapitalsstarken nach kapitalsschwachen Ländern abfließt, hat in diesen nur stets zu gedeihlicher Entfaltung ihrer wirtschaftlichen Kräfte geführt; auch war der Zufluß von Kapital aus Deutschland nach Rußland weit weniger groß als aus den anderen Ländern. Und die Warenzufuhr — Rußland hat sich, soweit seine eigenen Entwicklungsmöglichkeiten in Frage kommen, durch die strengsten Schutzzölle gedeckt — hat überdies im allgemeinen Austausch Rußland sicherlich keinen Nachteil gebracht. Die Warenzufuhr von Deutschland nach Rußland betrug vor Kriegsbeginn: an Lebensmitteln 42 Millionen Rubel, an Rohstoffen und Halbfabrikaten 280 Millionen Rubel, an Fabrikaten 320 Millionen Rubel, also zusammen: 642 Millionen Rubel. Abgesehen nun davon, daß die russische Ausfuhr nach Deutschland noch größer war, finden wir unter den deutschen Ausfuhrwerten allein um 120 Millionen Rubel in Maschinen, Werkzeugen, landwirtschaftlichen Geräten verkörpert, also in Waren, durch die Deutschland selbst Rußlands wirtschaftliche Selbständigkeit und Wettbewerbsfähigkeit großzog. Was fehlte und fehlt überhaupt den Russen in erster Linie, um gegen den Westen in die Schranken zu treten? Rußland hatte vor dem Kriege auf 100 Quadratkilometer bloß 1·2 Kilometer Eisenbahnen gegenüber 11·8 Kilometer im Deutschen Reiche, oder auf 10.000 Einwohner umgerechnet 4·8 Kilometer gegen 3·5 Kilometer in Deutschland oder 42·3 in den Vereinigten Staaten. Mit einem Bruchteil der 70 Milliarden Kriegsanleihe hätte Rußland sein Netz so reich wie etwa Amerika ausbauen und sich mit einem Schlage von der wirtschaftlichen Rückständigkeit befreien können. Statt dessen hat es sich in die drückendste Schuldherrschaft des Auslandes begeben. Schon vor dem Kriege gingen die Steuern der russischen Bauern zu einem bedeutenden Teil als Renten nach Frankreich, dem Rußland mit 402 Millionen Rubel jährlich an Zinsenzahlungen verpflichtet war. Während des Krieges ist England der Hauptgläubiger Rußlands geworden und behandelt es nach Methoden, die sonst nur gegenüber der Türkei üblich waren. Es hat seine Zolleingänge in Pfand genommen, beaufsichtigt die russischen Auslandszahlungen, läßt sich industrielle Konzessionen zusichern — so hat Rußland die vollendete und hoffnungslose wirtschaftliche Knechtschaft vom Ausland um jene 70 Milliarden Mark Kriegskosten erkauft!

Und doch, weit schrecklicher noch als diese Bilanz der wirtschaftlichen Verluste wirkt die Bilanz des Todes, die Bilanz der Einbuße an lebender Volkskraft, mit der die Zukunftsblüte der europäischen Staaten verdorrt ist. Frankreichs Beispiel soll uns dies erweisen. Was wollte Frankreich in dem Kriege mit Deutschland erstreiten? Seinen 1870 verlorenen Kriegsruhm, dessen Einbuße ihm in der Abtretung der Provinz Elsaß-Lothringen sinnfällig geworden. Nun, die gesamte Bevölkerung von Elsaß-Lothringen — Männer und Frauen — betrug nach der letzten Zählung 1,874.014 Seelen. Für diesen erwarteten und doch nicht zu erreichenden Preis hat Frankreich schon jetzt den doppelten und dreifachen Einsatz gezahlt. Nach den Schätzungen der Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges in Kopenhagen mußten die Verluste Frankreichs während der ersten zwei Jahre des Krieges betragen haben:

Tote	885.000
Invalide	634.000
zusammen . . .	1,519.000
andere Verwundete . . .	1,481.000
Gesamtsumme . . .	3,000.000

Der Verlust Frankreichs an Toten und Invaliden, das heißt zur Arbeitsunfähigkeit und raschem Absterben Verurteilten, dürfte sonach bis zum Ende des Krieges zwei Millionen erreichen und damit die gesamte männliche Bevölkerung Elsaß-Lothringens, die mit 965.620 Köpfen berechnet ist, um mehr als das Doppelte übertreffen. Noch schlimmer aber ist der durch den Krieg verursachte Geburtenrückgang; er übertrifft den Schlachtenverlust noch um beträchtliches. So hat denn Frankreich Elsaß-Lothringen zweimal verloren, bevor es auch nur auf einem Zwanzigstel seines Gebietes Fuß fassen konnte. Was würde man, fragt Parvus mit gutem Fug, von jemandem sagen, der, weil ihm der rechte Fuß abgenommen wurde, dies dadurch wettzumachen sucht, daß er sich das linke Bein abschneidet? Heller Wahnsinn! Die Sache wird aber dadurch nicht vernünftiger, daß sie an einem ganzen Volke geschieht . . .

K. L.

Arbeiterzeitung 55
27./V. 1917

wenige Tage lang falschen Glanz spenden soll, Mittel für Rausch, Geiz und Betäubung, widerliche Duftstoffe, haltlose und mißverstandene Nachahmungen künstlerischer und kunstgewerblicher Vorbilder, Gerätschaften, die nicht dem Gebrauch, sondern der Blendung dienen, Albernheiten, die als Scheidemünze eines erzwungenen Geschenkverkehrs umlaufen; alle diese Nichtsnutzigkeiten füllen Laden und Speicher in vierteljährlicher Erneuerung. Ihre Herstellung, ihr Transport und Verschleiß erfordert die Arbeit von Millionen Händen, fordert Rohstoffe, Kohlen, Maschinen, Fabriksanlagen und hält annähernd den dritten Teil der Weltindustrie und des Welthandels in Atem. Wer im Wirtshause die unvergleichliche Höhe unserer Kulturepoche gepriesen hat, der möge auf dem Heimweg in die Straßenladen blicken und sich davon überzeugen, daß unsere Kultur seltsame Begehrlichkeiten pflegt; wer eine Rasenfläche von dem läppischen Humor tönerner Gnomen, Hasen und Pilze geschändet sieht, der möge sich bei diesem Sinnbild der mißleiteten Wirtschaft unserer Zeit erinnern. Würde die Hälfte der verschwendeten Weltarbeit in fügliche Bahnen gewiesen, so wäre jeder Arme der zivilisierten Länder ernährt, bekleidet und behaust.

Es sei wohl bedacht, daß aus der ersparten Vergeudung unseres Zeitalters die Zukunft Mittel schöpfen kann und wird, um gerechten Wohlstand überall zu breiten. Uns steht die Aufgabe zu, den Mißstand zu erkennen und Abhilfe zu suchen in dem Bewußtsein, daß Güterverbrauch nicht Privatsache ist, daß dieser Verbrauch aus Vorräten an Kräften und Stoffen geschöpft wird, die in begrenztem Maße zuströmen und für die wir Verantwortung tragen.

Als das nächstliegende Mittel zur Regelung des Verbrauchs erscheint nun ein ausgedehntes, teilweise bis an die Grenze der Prohibition getriebenes System von Zöllen, Steuern und Abgaben auf Luxus und übertriebenen Verbrauchsgenuß. Dieses System soll kein finanzielles sein; der Ertrag ist eine gleichgültige Nebenwirkung; sein Sinn liegt ausschließlich in der Beschränkung.

Die Abgaben sind um so höher zu bemessen, je überflüssiger und je kostbarer sich das eingeführte oder erzeugte Produkt darstellt. Man vergesse nicht, daß jede Einfuhr nicht anders bezahlt werden kann als durch Ausfuhr. Um eine einzige Perlenkette zu bezahlen, muß der zehnjährige Arbeitsertrag von fünf deutschen Arbeiterfamilien dem Ausland preisgegeben werden.

Auf Tabak und Spirituosen, auf kostbare Textilstoffe, Rauchwaren, Putzfedern, Hölzer, Gesteine, vor allem auf gefertigte Luxuswaren sind Zölle und Abgaben zu erheben, die bis zum Mehrfachen des Wertes ansteigen; Juwelen, deren Einfuhr schwer zu überwachen ist, sollten außer dem Zoll eine hohe Jahressteuer tragen.

Es gibt Gegenden in Deutschland, wo der Bierverbrauch, auf den Kopf des erwachsenen Mannes berechnet, im Durchschnitt mehr als drei Liter am Tage ausmacht. Für geistige Getränke und Tabak berechnet sich unser Jahresaufwand nach Milliarden, Unbekümmert um die Interessen der Brauer, Zapfer, Fabrikanten und Detaillisten, die reichlich entschädigt werden können, müssen diese Genußmittel zu Trägern gewaltiger Verbrauchsabgaben werden. Umsatzabgaben sind zu erheben von allen im Lande gefertigten Luxus-, Galanterie-, Putz- und Modewaren, soweit sie nicht der Ausfuhr dienen.

Zu besteuern ist der Raumaufwand. Abgesperrte Parkanlagen, luxuriöse Gebäude und Wohnräume, Remisen und Garagen müssen zu den Lasten des Landes beitragen. Persönliche Bedienung in starker Progression der Kopfzahl und der Gehalte; Luxuspferde, Equipagen und Automobile, Beleuchtungsaufwand, kostbares Mobiliar, Rang und Titel sind Steuerobjekte nicht im Sinne des Finanzertrages, sondern der Beschränkung.

Stockholmer Tage.

(Von unserem Spezialberichterstatter.)

Stockholm, 18. Mai.

Mit der Preisgabe eines Vorsatzes sei vor allem begonnen: Das ordentliche Verfahren des klassischen Reisebriefschreibers, der die konzentrischen Kreise von Natur, Volk und engerer Umwelt durchmißt und in ihrem Kern an die Begebenheit — die Persönlichkeiten und ihr Handeln — herantritt, kann keine Anwendung finden. Ein futuristisches Gewirr, eine unaufhörliche Bewegung, die als einzig Seiendes gefräßig die Erscheinungen aufscheucht, spottet jedes Versuchs gemächlichen Schilderns und abglättenden Spiels mit der Form. Es ist schon — für die ersten Tage — genug Mühe, sich aus der wilden Jagd wechselnder Bilder für sich selbst zu seiner Aufgabe und für einige Stunden an den Schreibtisch zu retten.

Ich kann also keine gemächliche Plauderei über Reiseerlebnisse, keine Landschaftsskizzen geben. Noch keine hundert Stunden liegt das hinter mir und schon ist es wie in einen von Dämpfen erfüllten Abgrund gesunken. Nur noch im Nebel schwanken einige Erinnerungen: die hausfraulichen Botschaften, die ich im Haag für Freund Huysmans übernommen hatte und die ich mir zu getreuer Ablieferung so oft vorsagte, daß sie sich einigermaßen zu Zwangsvorstellungen auswuchsen — ebenso wie die Sorge um den Spazierstock, den ich ihm zu überbringen übernommen hatte, als peinigender Alp auf dem Bewußtsein meiner Vergeßlichkeit lag. In der Tat habe ich diesen Marschallstab der Internationale in der Untersuchungsstelle in Bentheim an der holländischen Grenze, wo ich in einer immerhin nur auf Rock und Weste beschränkten Entkleidungsszene aufzutreten hatte, stehen gelassen, aber im richtigen Augenblick noch gerettet.

In angenehmer Weise gestaltete sich der Grenzübergang in Saßnitz auf Rügen, wo der der dortigen österreichischen Kontrolle vorstehende polnische Oberleutnant mich aller unerquicklichen Förmlichkeiten enthob. Ich teilte diesen Vorzug mit zwei österreichischen Schwestern vom Roten Kreuz und scheine darum dem gleichsam nach Schweden reisenden Landsmann aus Galizien, der eine durch seine Physiognomie ziemlich gerechtfertigte gründliche Leibesuntersuchung über sich ergehen lassen mußte, sehr imponiert zu haben. Noch geheimnisvoller aber muß ich dem Manne, der den preußischen Hauptmann von der Kontrollstation, der von einem dicht hinter uns eintreffenden Sonderzug mit heimkehrenden Russen erzählte, neugierig fragte, ob es sich wohl um „politische Verbrecher" handle, eine Stunde später erschienen sein. Denn da sah er eben noch ein k. u. k. Offizier liebenswürdig gute Reise gewünscht hatte, in vertrauten Gesprächen mit den Verbrechern.

Diese Gespräche aber sind die Schuld, daß ich von der Ueberfahrt des sanft durch die Ostsee gleitenden schönen Schiffes nicht viel erzählen könnte. Wenn man als sozialistischer Journalist zu einer sozialistischen Friedenskonferenz fährt und sich auf einmal unter zweihundertfünfzig russischen Genossen sieht und wenn man obendrein unter ihnen alte Bekannte und gute Freunde aus Paris wiederfindet, die man seit Kriegsausbruch nicht gesehen hat, denkt man nicht daran, Meerfahrtsstimmungen einzusaugen und den Tristanweisen zu lauschen, die Wind und Wellen singen. Auch hat von den Unzähligen, die diese Strecke befuhren, sicher schon eine ganze Menge die Reise viel besser und mit reicherer Palette beschrieben. Mit russischen Revolutionären zusammen aber lege ich sie als erster zurück, und hier sind Rechte und Pflichten gegeben, die den Feuilletonisten befugen, von der Szene abzutreten und nach seinem kurzen Prolog der Sachlichkeit des Interviewers den Platz zu überlassen.

O. P.

Die Sitzung der Oesterreicher.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

Stockholm, 25. Mai.

Heute begannen die Besprechungen des holländisch-skandinavischen Comités mit den Oesterreichern. Zu meiner gestrigen Depesche ist hinzuzufügen, daß Viktor Adler im Bahnhof auch vom hiesigen Parteisekretär Möller und von Engberg, dem Sekretär des Konferenzcomités, empfangen wurde. Der heutige „Socialdemokraten" brachte an der Spitze eine Würdigung Adlers.

Stockholm, 25. Mai. Wie der „Socialdemokraten" meldet, hat gestern nachmittag die erste Konferenz des holländisch-skandinavischen Comités mit den österreichischen Delegierten stattgefunden. Die Konferenz wird in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Bis dahin können Mitteilungen darüber nicht gemacht werden. Abends versammelten sich die Delegierten der Doppelmonarchie sowie die Delegierten Bulgariens, Finnlands, Hollands und Dänemarks mit den schwedischen Parteifreunden zu einem bescheidenen Abendessen, bei dem ein freier Meinungsaustausch stattfand. Branting hielt eine Ansprache, worin er die Hoffnung aussprach, daß bei näherer Berührung die Mißverständnisse werden beseitigt werden; es werde sich zeigen, daß die Meinungsverschiedenheiten nicht so groß seien. Nach dem „Socialdemokraten" wird Dr. Adler bis zur allgemeinen Konferenz in Stockholm verbleiben.

Heute wird in Stockholm der russische Sozialist Maiskow aus England eintreffen, der wichtige, die Konferenz betreffende Mitteilungen überbringt. Die russische Menschewiki-Pariei hat beschlossen, einen Vertreter nach Stockholm zu entsenden.

Die Vernehmung der Finnen.

Stockholm, 25. Mai. (Meldung des Svenska Telegrambyran.) Das holländisch-skandinavische Comité hat am am 23. und 24. Mai die finnländische Delegation, die aus den Genossen Yrjoe Sirola und Karl Wiik besteht, empfangen. Diese Vertreter des finnländischen Parteivorstandes und der finnländischen sozialdemokratischen Parlamentsfraktion vertreten die Ansicht, daß Finnland seine Zukunft selbst am besten ordnen werde. Ihrer Meinung nach wird diese Auffassung von den politisch gereiften Elementen unter den Finnländern geteilt. Dieser Auffassung gemäß müsse die erwähnte Frage als Frage völkerrechtlicher Natur betrachtet werden und ihre Behandlung dort finden, wo internationale Probleme überhaupt besprochen werden, also auf dem kommenden Friedenskongreß.

Staat und Mittelstand in der Uebergangswirtschaft.

Vom Geheimen Rat Leo Lanczy.
Mitglied des ungarischen Magnatenhauses und Präsident der Budapester Handels- und Gewerbekammmer.

Budapest, 24. Mai.

In der vorjährigen Ostermummer der „Neuen Freien Presse" habe ich meine Stimme erhoben für die restitutio in integrum des Handels auf der ganzen Linie sofort nach Beendigung des Krieges, um auf diese Weise die Kräftigung der Mittelklasse und die Wiederherstellung ihrer Erwerbsfähigkeit mit möglichster Raschheit in die Wege zu leiten. Diese Anschauung hat in weiten Kreisen Anklang gefunden und sich seither in allen Schichten der Gesellschaft viele Anhänger erworben. Auffallend bleibt dabei nur eines: daß seitens der Regierungen hüben wie drüben autoritative, ermutigende Aeußerungen nicht gefallen sind; und doch hätte man dies gerade von den engsten Kreisen der Regierung erwarten dürfen, da es doch nirgendwo besser als in jenen Regionen bekannt ist, welche ungeheuren Opfer an Kapital, Arbeit und Belastung gerade von der Mittelklasse in allen ihren Schichtungen angesprochen und in Anspruch genommen werden sollen. Schon dieser Gesichtspunkt allein müßte alle Faktoren in dem Gedanken vereinen, daß die Fesseln, welche während der Kriegsdauer notgedrungen der freien Betätigung von Produktion und Handel auferlegt wurden, möglichst bald gelockert und ganz gelöst werden.

Es wäre heute müßig, darüber zu rechten, ob die Verhältnisse auf dem weiten Gebiete der Volksernährung sich nicht wesentlich günstiger gestaltet hätten, wenn — wie das so viele behaupten — das Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht gewalttätig unter den Staatswillen gebeugt worden wäre, und ob die enorm unerschwingliche Verteuerung aller Verbrauchsartikel solche Dimensionen angenommen haben würde, wenn man sich der freien Betätigung des vermittelnden Handels nicht entgegengestellt hätte. Für die nächste Zukunft scheint mir eines sicher: nämlich, daß bis zu der vollständigen Handelsfreiheit zwei Etappen zu überwinden sein werden, und zwar, erstens eine kürzere Periode der militärischen Demobilisierung und zweitens die Periode, in welcher die Rücksicht auf unsere Valutaverhältnisse oder präziser ausgedrückt, auf die Aufrechthaltung unserer Solvenz im internationalen Zahlungsverkehr als oberstes Gebot aller staatlichen Maßregeln zur Geltung zu bringen sein wird.

Beide Etappen können nicht ohne die ordnende, schlichtende Hand des Staates überdauert werden. Die militärische Demobilisierung erfordert eine wohlüberdachte Liquidierung der unter militärischer Verwaltung aufgestapelten und zentralisierten Vorräte an Nahrungsmitteln und für die Heimbeförderung der Truppen eine enorme Inanspruchnahme der Eisenbahnen und ihres rollenden Materials. Es ist einleuchtend, daß dies nicht rhapsodisch, willkürlich und chaotisch geschehen, sondern nur durch eine ordnende, in System gebrachte staatliche Ingerenz zweckentsprechend durchgeführt werden kann. Als natürliche Folge dieser Maßregeln ergibt sich, daß eine schrankenlose Betätigung von Handel und Erzeugung vorerst bis nach der Durchführung des größeren Teiles der Demobilisierung nicht möglich sein und nur das Eingreifen des Staates hier eine gerechte Ordnung aufrechterhalten kann.

Als weitaus schwierigeres Problem stellt sich die Wiederherstellung der vollen Handelsfreiheit im Gesichtswinkel der Valutafrage dar. Auf diesem Gebiete kann das Eingreifen des Staates doch nur einen Zweck haben: nämlich die Aufrechterhaltung unserer Solvenz im internationalen Geldverkehre zu sichern. Es ist klar, daß dies im engsten Zusammenhange mit dem Import steht und daß das Zurückdrängen desselben ein eminentes staatliches und volkswirtschaftliches Interesse bildet. Aber es ist auch einleuchtend, daß, wenn wir nicht importieren, es auch mit dem Export nicht gehen wird, den wir aus dem gleichen Gesichtspunkte nötig haben; und man kann noch so sehr Sparsamkeit und Einschränkung predigen, über ein gewisses Maß hinaus sind diese ja nicht durchführbar. Der Mangel an Rohstoffen, die wir nicht erzeugen und die wir unmöglich entbehren können, legt uns hier Schranken auf, die stärker sind als unser Wille zur Entsagung. Und da auch unsere Verschuldung im Auslande sich nach dem Kriege nicht geringer darstellen wird als vorher, so ist es evident, daß ohne ein systematisches Eingreifen des Staates auf diesem Gebiete eine vorsichtige und alle Interessen gerecht und gleich wahrnehmende Gebarung nicht möglich wäre. Dies bezieht sich sowohl auf die Frage des Schiffsraumes wie auf jene der Finanzierung des unumgänglich notwendigen Imports. Der Staat muß also übergangsmäßig der Frage der Seeschiffahrt und der Handelsmarine der Monarchie mehr denn je nähertreten, so wie er der Bewegung der Inanspruchnahme des auswärtigen Kredits die höchste Beachtung wird schenken müssen; denn darüber müssen wir uns doch im klaren sein: an eine volle Wiederherstellung unserer Geldrelation auf natürlichem Wege ist für absehbare Zeit nicht zu denken.

Schon vor dem Kriege war die Situation sehr bedenklich; ohne jährlich wiederkehrende Verschuldung an das Ausland wäre die Oesterreichisch-ungarische Bank schon damals nicht imstande gewesen, die von ihr übernommene Aufgabe der Aufrechterhaltung unserer Valuta zu erfüllen. Dabei spielten die heimgesendeten Ersparnisse unserer amerikanischen Emigrierten eine ganz bedeutende Rolle. Wie sieht dies nun nach dem Kriege aus? Die westeuropäischen Länder, wie England und Frankreich, wo es uns trotz aller politischen Animositäten gelang, jährlich in Summa nicht unbedeutende, langsichtige, private und kommunale Schulden zu kontrahieren, fallen für uns weg. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß wir hiefür in den neutralen Staaten Ersatz finden könnten, die ja zum Teil, wie Holland und die Schweiz, sich auch vor dem Kriege bis zu einer gewissen bescheidenen Höhe für die Abnahme unserer Schuldverschreibungen willig zeigten und so ein Element unserer Zahlungsbilanz bildeten. Vor einigen Monaten hatten wir noch die Hoffnung, eventuell in Amerika Ersatz finden zu können, aber ich glaube, man wird mir zustimmen, wenn ich sage, daß durch das Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg diese Hoffnung für Jahre hinaus vereitelt erscheint. Auch das Geld, das unsere in Amerika arbeitenden Konnationalen einsenden, darf man in absehbarer Zukunft nicht mehr in bedeutendem Maße in Rechnung stellen, da auch auf diesem Gebiete gewaltige Veränderungen zu erwarten sind, die im engsten Zusammenhange stehen mit der Entwicklung der Lohn- und Lebensverhältnisse, wie sie sich hierzulande zeigen.

Deutschland gegenüber sind wir auch während des Krieges stark in Verschuldung geraten, und es unterliegt keinem Zweifel, daß Deutschland nach dem Kriege uns für eine Konsolidierung der schwebenden Schulden seinen Markt öffnen wird. Eine offene Frage bleibt es, und das bildet vielleicht den Angelpunkt der ganzen problematischen Situation, ob Deutschland auch die Kraft besitzen wird, nebst seinem eigenen großen Geldbedarf, der sich nach dem Kriege ergeben wird, nebst der Türkei und den Balkanstaaten, auch als Bankier für Oesterreich und Ungarn zu fungieren, das heißt uns mehr oder weniger die Mittel zu liefern, um unser jährliches Defizit der Finanzbilanz zu decken, auch dann, wenn Oesterreichs und Ungarns Völker in einsichtiger Selbstzucht und Entsagung auf Artikel verzichten werden, die nicht nur Luxus-, sondern auch fast unentbehrliche Lebensbedürfnisse befriedigen sollen und die nur durch Import gedeckt werden könnten. Ich bin leider nicht in der Lage, auch nur annähernd ein ziffernmäßiges Bild zu bieten, wie sich die Zahlungsbilanz der Monarchie nach dem Krieg stellen dürfte. Es hat sich wie auf allen anderen Gebieten alles und so vieles verschoben, sicher aber nicht zugunsten unserer Zahlungsbilanz. Diese Situation führt meiner Ueberzeugung nach notgedrungen zu dem Versuche einer Auseinandersetzung über dieses Thema mit Deutschland. Ich bin Optimist genug, zu meinen, daß unser intimes politisches Bündnis sowie der zu erwartende handelspolitische Zusammenschluß schließlich auch auf diesem Gebiete zu einer Verständigung führen dürfte, in welcher ich vorerst den einzigen Ausweg aus dieser prekären Situation erblicke. All diese Gesichtspunkte erheischen natürlich eine weitgehende Ingerenz des Staates auf den Import von Waren und Effekten und demzufolge eine Beeinträchtigung der im übrigen von mir so hoch gehaltenen und stark befürworteten absoluten Handelsfreiheit, in der allein ich die Panacee für die Wiederherstellung gesunder Verhältnisse und in weiterer Folge ein Mittel für eine gesunde Entwicklung unserer Volkswirtschaft erblicke. Allerdings das für lange Zeit in Aussicht stehende Disagio unserer Noten muß ja an sich schon die Wirkung einer wesentlichen Beeinträchtigung der Wareneinfuhr haben und kann nur dort wirkungslos bleiben, wo es sich um absolut unentbehrliche Rohmaterialien handelt, wie zum Beispiel Baumwolle, Kupfer, Erze und dergleichen. Trotzdem — ich wiederhole es — muß man eine gewisse Zeit dem Einflusse des Staates mehr Spielraum lassen als je zuvor, etwa bis zu jenem Zeitpunkt, wo der Bezug auswärtiger Waren wieder in normalen Grenzen sich bewegen wird und keine überstürzte Importbewegung auf dem Markt der ausländischen Zahlungsmittel desaströse Zustände zeitigen würde.

Im vorstehenden meine ich die Grenzen zu erblicken, innerhalb welcher die Einflußnahme des Staates notwendig sein wird, um beim Ueberleiten in die Friedenswirtschaft schädliche Strömungen zu vermeiden. Ueber diese Begrenzungen hinaus indessen müßte die Reglementierung von Produktion und Handel sofort nach Wiederherstellung des Friedens eingestellt werden, denn keine staatliche Organisation kann ein pulsierendes Wirtschaftsleben ersetzen und an Findigkeit, Fleiß, Intelligenz, Sachkenntnis und Raschheit des Handelns sich mit ihm messen. Auch ist der freie Wettbewerb der Kräfte nicht zu entbehren bei dem Abbau des Kriegspreisniveaus, dem Hauptziel aller Uebergangsprobleme.

Leider muß man jedoch konstatieren, daß bei den am Ruder befindlichen sowie bei den nach Herrschaft ringenden politischen Parteien eine akzentuierte antimerkantile und antikapitalistische Strömung einsetzt, welche nichts Gutes verheißt für den Standpunkt, den ich hier vertrete. Symptomatisch hiefür ist die Steuerpolitik, die langsam ihre Klauen zeigt, und deren antiwirtschaftliche Durchführung, die Verordnungen über die Preisfestsetzungen, die Schaffung von Gesetzen mit rückwirkender Kraft, welche alle festgewurzelten Rechtsbegriffe ins Schwanken zu bringen geeignet sind, der geringe Sinn für die Schonung kaufmännischer Ehre und bürgerlichen Ansehens, die Duldung von Preßhetzen gegen Kapital und Großindustrie trotz Zensur und treuga Dei.

Es scheint mir nicht möglich, heute ein Prognostikon zu stellen, welche Auffassungen und Neuorientierungen über die soziale Ordnung der ganzen Gesellschaft nach Rückkehr des Friedens zur Geltung kommen werden. Was haben wir zu erwarten von der geistigen Umwandlung, welche unsere Millionenheere aus den Schützengräben heimbringen werden? Welche Früchte wird der sozialistische Einschlag zeitigen, welchen fast alle Berufskreise unserer ganzen Gesellschaftsordnung beizumengen bestrebt sind? Steht da nicht zu befürchten, daß mit der wünschenswerten Erhöhung des Lebensstandings der Arbeiterklasse als Begleiterscheinung ein Herunterdrücken des Niveaus des Mittelstandes Hand in Hand gehen wird? Dies hielte ich für katastrophal nicht nur für das gesamte Kulturleben der Menschheit, welches schließlich in der Mittelklasse seinen eigentlichen Nährboden findet, nicht nur vernichtend für den Mittelstand selbst, sondern auch für die Arbeiterklasse, die ihre Existenz doch nur aus den geistigen Blüten der Intelligenzschichten saugen kann. Nicht ohne Besorgnis kann man daher eine gewisse Gleichgültigkeit beobachten, welche die Regierungen gegenüber dem Sturmlauf gegen die legitimsten Interessen von Handel, Industrie und Kapital bekunden; kaum ein energischeres Wort, geschweige denn ein warmes gegen diese Strömung, keine Ermutigung für die merkantilen Kreise und kapitalistischen Organisationen, die sie stärken könnte in diesem Kampfe. Nichts, was die tiefe, durch verschiedene Erscheinungen der letzten Zeit hervorgerufene Verstimmung und im Interesse unserer Volkswirtschaft höchst beklagenswerte Arbeitsverdrossenheit zu bannen geeignet wäre. Man spricht viel von Agrarpolitik, von Bodenpolitik, von sozialer Fürsorge für die Arbeiterklasse, vom Schutz des gebundenen Besitzes, der Toten Hand, vom Schutz des kleinen Mannes — gewiß lauter sehr wichtige Staatsprobleme, deren dem Zeitgeiste entsprechende Lösung jedem von uns warm am Herzen liegt. Bezeichnenderweise hört man aber nichts von eigentlicher Mittelstandspolitik, hört man nichts davon, daß die Eröffnung neuer Erwerbsquellen die Sorge der Regierungen bildet und wie man die breiten Schichten der erwerbenden, schaffenden Bürgerkreise, des städtischen Bürgertums in all seinen Gliederungen in den Stand setzen kann, den horrenden Aufgaben der Zukunft kräftig und mutig ins Angesicht zu schauen und sich den Löwenanteil herausnehmen zu können, um den aus tausend Wunden blutenden Staat wieder zu einem gesunden, lebensfähigen Organismus zu gestalten. Es scheint mir höchste Zeit, daß sich Regierungen wie Parteien darauf besinnen, daß über die politischen Parteiverhältnisse hinaus gewaltige Interessen bestehen, welche die ganze Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft berühren und deren Schutz der Regierungen erste und strengste Pflicht sein muß.

Neue Freie Presse

63

7/VI. 1917

Banken und Kriegswirtschaft.

Von **Dr. Gustav Stolper.**

Wien, 6. Juni.

Wer die Unterströmungen der Kritik, welche die Kriegswirtschaft in weiten Kreisen findet, zu analysieren sucht, entdeckt einen interessanten Widerspruch. Während auf der einen Seite der Staat sich den heftigsten Angriffen aussetzt, weil er in die Freiheit des Güterverkehres eingegriffen hat, wird übersehen, daß die mächtigsten Wirtschaftsorgane sich bisher dem staatlichen Eingriff völlig entzogen haben: Während alle größeren Industrien heute öffentlich organisiert oder auf dem Wege zur öffentlichen Organisation sind, haben die Banken sich formell ihre Bewegungsfreiheit gewahrt. Von keiner Seite ist bisher der Versuch unternommen worden, hier privatwirtschaftliche Interessen den allgemeinen Interessen unterzuordnen. Das wird von mancher Seite damit erklärt, daß die politische Macht der Banken dies verhindert habe. Die Wahrheit ist, daß die freiwillige Einordnung der Banken in die Kriegswirtschaft viel weiter geht, als es durch Zwangsmaßnahmen irgendwelcher Art zu erreichen wäre.

Das Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik im Kriege ist eindeutig bestimmt: Produktionsanlagen und G...erworräte soweit zusammenzufassen, daß bei beliebig langer Kriegsdauer der Heeresbedarf und ein Mindestverbrauch der Bevölkerung gedeckt bleiben. Die lange Dauer des Krieges hat die Entstehungsursache der kriegswirtschaftlichen Organisationen verdunkelt: Sie ist eine unabweisliche Folge der englischen Blockade gewesen. Die ersten Zentralen wurden gegründet, als es galt, die im verbündeten und neutralen Auslande beschafften Rohstoffe zu verteilen. Sie mußten ihre Tätigkeit ausdehnen, als die ausländischen Zufuhren, zumal nach dem Ausbruche des Krieges mit Italien, für die Gesamtversorgung ihre Bedeutung mehr oder weniger einbüßten und die öffentliche Bewirtschaftung mehr und mehr auf die inländischen Vorräte ausgedehnt werden mußte. Die Unterordnung der Privatwirtschaft unter die staatlichen Zwecke ist unter unerbittlichem Zwange vor sich gegangen, weil die einzelnen Betriebe beim besten Willen nicht imstande gewesen wären, selbständig die notwendigen Produktionsverschiebungen und Verkaufsbeschränkungen durchzuführen. Dem Ziel der staatlichen Produktions- und Vorratspolitik entsprach von Anfang an ein analoges Ziel der staatlichen Kreditpolitik. Galt es dort die Produktionsmittel der Volkswirtschaft zusammenzufassen, so galt es hier mehr oder weniger, das gesamte freie oder frei werdende Geldkapital dem Staate dienstbar zu machen. Aber die Zwangsorganisation erwies sich als unnötig, weil die großen Banken selbst schon Zentralorgane waren, deren Einordnung in die öffentliche Kreditpolitik sich von selbst ergab. Sie fungierten ohne Auftrag als Sammelstellen der flüssigen Gelder, sie strömten ihnen zu, ohne daß, wie bei Rohstoffen und anderen Waren, ein Anbotzwang verfügt werden mußte. Und sie wurden dem Staate verfügbar, weil es an anderen Verwendungsmöglichkeiten als im Dienste der Kriegswirtschaft fehlte. Wie alle Privatwirtschaft Staatswirtschaft geworden ist, weil Produktion und Verbrauch nach den Zwecken der staatlichen Selbsterhaltung geregelt werden mußten, so haben die Banken ihr Gefüge und die Richtung ihrer Tätigkeit ändern müssen.

Die Rechnungsabschlüsse der Banken für das Jahr 1916 spiegeln Post für Post diese eigenartige Wandlung wider. Sie hat bald nach Kriegsausbruch eingesetzt, hat sich 1915 beschleunigt und ist im vergangenen Jahr im wesentlichen vollendet worden, wie die kriegswirtschaftliche Organisation überhaupt im wesentlichen ihre endgültige Form und Methode gefunden hat. Und der Ausblick auf die hoffentlich nicht mehr ferne Friedenszeit legt es nahe, einmal die Rechnungsabschlüsse der Banken dahin zu betrachten, wie weit der Krieg die Stellung der Banken im Rahmen der Gesamtwirtschaft berührt hat und welche bankpolitischen Aufgaben sich daraus für die Zukunft ergeben. Die wichtigste Tatsache der Entwicklung der Banken im Kriege ist die ungeheure Beschleunigung der Kapitalskonzentration. Die Wiener Banken allein verwalten heute ein Kapital von etwa 12 Milliarden Kronen. Gegen das letzte Friedensjahr haben sich die eigenen und fremden Mittel der Banken nahezu verdoppelt. Der tatsächliche Zufluß fremder Gelder ist noch viel größer gewesen, da die Kriegsanleihen den Banken immer wieder bedeutende Beträge entzogen haben. Die Gründe für dieses enorme Anwachsen der Bankgelder sind bekannt. Es ist der Liquidationserlös der Volkswirtschaft, der den Banken zufloß. Die verkauften Vorräte, die abgenützten Maschinen und Fabriksanlagen, die nicht gebauten Häuser, die unterlassenen landwirtschaftlichen Meliorationen und der dabei erzielte Gewinn — das ist der volkswirtschaftliche Gegenwert der **Kreditoren** der Banken. Ein absolut, aber auch relativ viel größerer Teil des Volksvermögens als vor dem Kriege untersteht ihrer Verwaltung, weil die Veranlagung in Produktionsstätten, Vorräten und Außenständen abgenommen hat.

Aber mit dieser riesenhaften Zunahme der Gelder, die den Banken zu Gebote stehen, ist ihre Macht über die Volkswirtschaft nicht gestiegen, sondern beträchtlich gesunken: denn Industrie und Handel haben sich im wesentlichen aus der Abhängigkeit von den Banken gelöst. Sie haben Betriebs- und Anlagekredite zurückgezahlt und Guthaben erworben, auf deren künftige Verwendung den Banken weniger Einfluß zusteht als auf die Verwendung ihrer Kredite. Haben die Kreditoren der Banken eine Veränderung nur der Größe nach erfahren, so haben die Schuldner ihre Art verändert. Leider ist eine statistische Erfassung der einzelnen Gruppen von **Debitoren** bei der Unzulänglichkeit der Rechnungslegung unserer Banken nicht möglich. Es wird nun allgemein bemerkt, daß die kaufmännischen Kredite weiter ständig abgenommen haben. Welchen Anteil sie an den gesamten Aktiven tatsächlich noch haben, ist schwer abzuschätzen. Ich möchte die rein kaufmännischen Privatkredite gegenwärtig nicht höher als mit 10 Prozent der gesamten Aktiven bei den großen Banken annehmen. (Ausnahmen davon bilden einzelne Provinzbanken, die, schon im Frieden besonders schwer beweglich, auch im Krieg von dem allgemeinen Liquidationsprozeß nicht im gleichen Maß erfaßt worden sind wie der große Durchschnitt der übrigen Banken.) Was die Banken selbst an kommerziellen Außenständen verrechnen, sind überwiegend Kredite an die verschiedenen kriegswirtschaftlichen Zentralen, die kreditpolitisch ganz anders zu beurteilen sind als der private Kundenkredit. Diese Kredite an die Zentralen summieren sich sicherlich auf einige hundert Millionen Kronen. Zeigen doch manche Zentralen, deren Rechnungsabschlüsse bisher vorliegen, eine Bankschuld von einigen Dutzend Millionen.

Mit diesen Krediten stehen die Banken schon im Dienst der Kriegswirtschaft. Soweit die Banken einer halböffentlichen Organisation gegenüberstehen, bleiben sie auch dort ohne unmittelbaren Einfluß auf die geschäftliche Tätigkeit der Kreditnehmer, wo sie ausnahmsweise in der Verwaltung vertreten sind. Die kriegswirtschaftlichen Organisationen arbeiten nur zum Teil mit einer einzelnen Bank. Das ist gewöhnlich dort der Fall, wo die leitenden Persönlichkeiten in engen Beziehungen zur einen oder anderen Großbank stehen. Andere Zentralen ziehen grundsätzlich mehrere Banken als Kreditverbindung heran. Die Zentralen versuchen so, durch den Wettbewerb der Banken ihre Kreditbedingungen zu verbilligen. (Eine Sonderstellung nimmt dabei die Kriegsgetreideverkehrsanstalt ein, die als öffentliche Anstalt überhaupt keinen Kontokorrentkredit, sondern Akzeptkredit beansprucht und diesen der Hauptsache nach zu dem jeweiligen Tagessatz erhält). Wie durch die Rückzahlung der industriellen Schulden erfährt auch von dieser Seite her die Herrschaft der Banken über die Industrie eine Schwächung. Ob sie vorübergehend oder dauernd ist, läßt sich heute kaum voraussehen. Wenn in der Zeit der Uebergangswirtschaft die Rohstoffe nicht durch die einzelnen Unternehmer, sondern durch private oder halböffentliche Organisationen beschafft werden sollten, so dürften wenigstens solange auch die alten Formen des Betriebskredites der Banken an Industrie und Handel nur in beschränktem Umfang wieder aufleben können. An ihrer statt würden dann die Kredite an die Organisationen mit oder ohne staatliche Garantie treten. Gleichviel ob das Schwergewicht der Rohstoffinanzierung auf den Banken oder den industriellen Organisationen liegen würde.

Noch eine weitere Gruppe von Debitoren, die sogenannten **Effektendebitoren**, hat sich im Kriege wesentlich verändert — im Frieden sind das die mit den Börsenoperationen zusammenhängenden Kredite gewesen. Sie haben in guten Börsenjahren bei den Banken durchschnittlich ein Drittel ihrer Außenstände betragen. Der Krieg hat nun zwar die Börsenumsätze allmählich über die früheren Friedensumsätze hinausgeschoben, aber der Börsenverkehr ist nicht nur formell, sondern auch tatsächlich im weiten Umfang Kassaverkehr geworden. Daß die Banken trotz ihrer seinerzeitigen Zusage nach wie vor für ihre Kunden Effektenkäufe gegen Teildeckung vornehmen, wird wohl von keiner Seite ernsthaft geleugnet. Aber absolut spielen doch die bar gedeckten Aktienkäufe im Kommissionsgeschäft der Banken heute eine weit größere Rolle als früher. Und ohne Zweifel sind auch im allgemeinen die mit dem Börsenspiel zusammenhängenden Debitoren im Krieg zurückgegangen.

Der weitaus größte Teil der Bankaktiven dient unmittelbar oder mittelbar der **Finanzierung des Krieges**. Durch den Ankauf von Kriegsanleihen, durch Voreinzahlungen an die Postsparkasse auf die nächsten Kriegsanleihen, durch Uebernahme von Schatzwechseln, durch Vorschüsse an die Anleihezeichner, durch Belehnung von fremden Effekten für die Zwecke der Kriegsanleihezeichnung, durch Kredite an Sparkassen, die deren Beteiligung an den Kriegsanleihen ermöglichen sollen, usw. — in den mannigfaltigsten Formen ist heute der weitaus größte Teil der Bankaktien dem Staate zur Verfügung gestellt. Und je weiter der Liquidationsprozeß der Volkswirtschaft fortschreitet, je mehr die Einlagen bei den Banken, aber auch die Kriegskosten steigen, je weiter die Ergebnisse der Kriegsanleihen hinter den Kriegskosten zurückbleiben, um so enger wird die unmittelbare Verbindung zwischen Staatskredit und Bankkapital. Damit verändern die wichtigsten bankpolitischen Grundsätze ihren Sinn. Formell haben die Banken heute einen Grad von Liquidität erreicht, der die kühnsten Ansprüche der theoretischen Bankpolitik im Frieden übertrifft. Teils in Barem, teils in jederzeit fälligen Guthaben, teils in hoch belehnbaren mündelsicheren Effekten ist der weitaus größte Teil der fremden Gelder angelegt. Tatsächlich aber ist das Problem der Flüssigmachung der Bankmittel nach dem Kriege in Oesterreich bisher so wenig gelöst wie in allen kriegführenden Staaten. Einzelne Banken, namentlich große Provinzbanken, versuchen für sich auf eigene Faust das Problem so zu lösen, daß sie bei anderen Großbanken ständig bedeutende Barguthaben unterhalten, statt ihre flüssigen Mittel durch die Postsparkasse der Finanzverwaltung zu überweisen. Damit ist die einzelne Bank gegen plötzlich auftauchende große Abhebungen ihrer Einlagen bei wiedererwachendem Geldbedarf der Privatwirtschaft gewappnet, eine allgemeine Antwort auf die gestellte Frage ist das natürlich nicht. Kompliziert wird das Problem der Bankliquidität für die Zukunft noch durch die Entthronung des **Wechsels** als des normalen kaufmännischen Kreditpapieres. Denn der kaufmännische Wechsel dürfte erst in dem Zeitpunkt wieder größere Geltung erlangen, in dem die Geldflüssigkeit schwindet, das heißt erst, sobald der Notenumlauf auf den durch den Verkehr erforderten Betrag gesunken ist. Bis dahin werden private Kredite bei den Banken weit mehr für Anlagezwecke als für Betriebszwecke in Anspruch genommen werden, da die Barzahlung im Warenverkehre so lange die Regel sein dürfte. Nun ist aber gerade die Kreditgewährung für Anlagezwecke einer der strittigsten und bedenklichsten Punkte der Bankpolitik vor dem Kriege in Oesterreich-Ungarn ebenso wie in Deutschland gewesen, weil sie erst die Kreditanspannung bewirkte, die nur die gewaltsamen Ereignisse im Kriege lösen konnten. So hängt in allem die künftige Entwicklung der Banken und die Richtung ihrer Politik von den Mitteln und Formen ab, in denen die staatswirtschaftlichen Aufgaben nach dem Kriege bewältigt werden. Hier zeigt sich aber auch das elementare Interesse der Banken an einer raschen und gedeihlichen Bewältigung dieser Aufgaben.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Frankfurter Zeitung

8/VI. 1917

8

65

*Methoden der Kriegsgewinn-Ausschüttung.

k Berlin, Anfang Juni.

Es ist nicht uninteressant, zu verfolgen, in welcher Weise die einzelnen Aktiengesellschaften die ihnen durch die Kriegsbeschäftigung entstandenen Mehrgewinne ganz oder, wie das in den weitaus meisten Fällen mit Rücksicht auf die kommende Uebergangs- und Friedenswirtschaft geschehen ist, zum Teil ihren Aktionären haben zukommen lassen. Der nächste Weg ist der einer einfachen Dividendenerhöhung; ihn haben neben Werken mit seit langem fest begründeter Rentabilität, vor allem solche Gesellschaften begangen, die in der weiteren oder näheren Vergangenheit noch nicht in der Lage waren, mit hohen Dividenden aufzuwarten. Erst jetzt sind sie dazu gelangt, über stattliche verteilbare Gewinne zu verfügen. Es ist verständlich, daß die Verwaltungen solcher Unternehmungen, sofern sie nur sich ausreichend stärkten und auch in sozialer Hinsicht das Erforderliche taten, gern die Gelegenheit benutzten, ihre Aktionäre für die vergangenen mageren Jahre schadlos zu halten. Nicht alle Dividendenerhöhungen sind im vollen Umfange freiwillig geschehen, verschiedentlich erfolgten sie erst auf Drängen der Aktionäre, deren Ansprüche und deren in normalen Zeiten ziemlich geringes Interesse an der Dividendenbemessung, wie die Erfahrung lehrt, mit den wachsenden Erträgnissen sich ebenfalls steigerten. Ein Beispiel dafür bieten die Vorgänge bei der Daimler-Gesellschaft, die nach Friedensdividenden von 14 und 16 pCt. erst auf Vorstellungen hin für die letzten zwei Jahre bis auf 28 und 35 pCt. hinaufging. Den Aktionären genügte selbst das nur als Provisorium, und die Verwaltung hat sich in der Tat auch zu dem Versprechen herbeigelassen, nach Wiederkehr friedlicher Verhältnisse den Wünschen nach größerer Teilnahme der Aktionäre an den Erfolgen der Gesellschaft zu entsprechen.

Die Daimler-Co. ist eines der wenigen hochrentierenden Unternehmen, die bisher die Mehrerträgnisse allein durch eine Erhöhung der Dividende den Aktienbesitzern zugänglich machten. Andere in sich gleichfalls gefestigte Gesellschaften (darunter mehrere große Werke des Farbenkonzerns) wählten neben schon vorher verwässerten Dividenden die Form des Bonus, um damit auf das Außergewöhnliche der Zuwendung hinzuweisen. Wieder andere suchten minder einfache Wege auf, um gleichfalls das Dividendenniveau nicht übermäßig anschwellen zu lassen und die Aktie nicht allzu schwerfällig, weil hoch im Kurs, zu machen. Auch die schon im Frieden geübte Rücksicht auf die durch hohe Erträge gesteigerten Lohnansprüche der Arbeiterschaft und auf die geschäftlichen Beziehungen zu Lieferanten und Abnehmern spricht da mit. Der Weg einer Kapitalserhöhung, mit einem durch billige Aktienausgabe bedingten wertvollen Bezugsrecht, der zunächst nur zögernd von einzelnen Gesellschaften betreten wurde, kommt jetzt immer mehr in Aufnahme; dies trotz der seit mehreren Monaten vorhandenen, anscheinend aber mit nachsichtigem Verständnis für die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft geübten Kontrolle darüber, ob die Erhöhung auch wirklichen Bedürfnissen für Kriegsbedarf dient oder ob sie mehr auf eine Verwässerung des Aktienkapitals und auf eine Herabdrückung der Dividende hinzielt. In den meisten Fällen wird beides vorliegen. Das Vorgehen der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, die im April 1914, also noch vor Ausbruch des Krieges, ihr Kapital verdoppelte und die ℳ 15 Mill. neuen Aktien von 1 zu 1 zu 107 pCt. anbot, hat vielen als Vorbild gedient; indessen ist in diesem Falle die beabsichtigte Ermäßigung des Dividendenniveaus nur vorübergehend erreicht worden. Von 82 pCt. für 1913 fiel die Ausschüttung zwar auf 20 pCt., stieg aber für die nächsten Jahre wieder auf je 30 pCt. Die von den Köln-Rottweiler Pulverfabriken geführte Pulvergruppe ist dem Beispiel der Kapitalsverdoppelung im vergangenen Jahre gefolgt; die Dividenden für 1916 sind zurückgegangen, und unter Berücksichtigung der üblichen Zinsen für die neuen Aktien den Aktionären ungefähr dieselben Beträge oder nur wenig mehr zugefallen. Nebenher ging bei Köln-Rottweil eine starke Aufspeicherung im Vortrag. Aehnliches gilt für die Ver. Glanzstoff-Fabriken A.-G., die für 1916 auf das durch Pariaktien verdoppelte Kapital eine ermäßigte Dividende von 16 (i. V. 30) pCt. verteilte, gilt ferner in etwas anderer Weise für die erst vor zwei Jahren sanierte Akt.-Ges. für Zellstoff- und Papierfabrikation in Aschaffenburg (Kapitalsverdoppelung zu 115 pCt. bei Wiederaufnahme der Dividendenzahlung). Pariaktien gaben sodann aus: Die Chemische Fabrik vorm. Goldenberg und die Reinecker A.-G. in Chemnitz, welche auch die Erhöhungskosten und den Aktienstempel selbst trugen. Gebr. Böhler, die Hackethal A.-G. und die Hirsch Kupferwerke und zahlreiche weitere Gesellschaften zeigten durch billige Aktienausgaben, daß ihnen mindestens ebenso an einer indirekten Ausschüttung inneren Reichtums wie an dem Empfang baren Geldes gelegen war. Selbst Kapitalserhöhungen zu 150 pCt., wie die der Ilse und der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg schlossen bei der hohen Rentabilität der Unternehmen wertvolle Geschenke ein. Die Maschinenfabrik Bruchsal ging darüber noch hinaus, indem sie außer den zu 110 pCt. anzubietenden neuen Aktien den Aktionären noch einen Bonus von 20 pCt. aus dem Reservefonds II zuwandte. Die Methode der Ausschüttung oder Flüssigmachung vorhandener oder zu bestimmtem Zweck angesammelter Reserven kehrt verschiedentlich wieder; man kennt es seit Jahren und auch soeben wieder aus den Bilanzierungsgewohnheiten der Aluminium-Industrie A.-G., die alljährlich einen Aktieneinzahlungsfonds dotierte, um ihn zur stufenweisen Einzahlung auf das Aktienkapital zu benutzen. Daneben wird von verschiedenen Gesellschaften die volle oder teilweise Einzahlung der neuen Aktien aus überflüssigem Jahresgewinn beliebt. Man entschädigt also die Aktionäre für den ihnen vorenthaltenen einmaligen Gewinnanteil durch eine dauernde höhere Beteiligung am Aktienkapital.

Dieser Weg führt, wenn er bis zum Ende gegangen wird, zur Ausgabe von Gratisaktien. Solche gewährte vor kurzem die Gutehoffnungshütte (letzte Dividende 20 pCt. nach Rückgängen in den beiden Vorjahren), indem sie die Einzahlung der ℳ 10 Mill. neuen Aktien aus den vorhandenen außerordentlichen Rücklagen vornahm. Auch der vor wenigen Jahren sanierte Verein chemischer Fabriken zu Zeitz bezahlt gewissermaßen entschädigungsweise seine ℳ 1 Million neuen Aktien aus dem damals geschaffenen, einer Rücklage überwiesenen Zusammenlegungsgewinn, die Bedburger Wollindustrie, die in 1914 ebenfalls eine Rekonstruktion erfuhr, die ℳ 1 Million neuen Aktien durch glatte Vollzahlung aus dem letztjährigen Gewinn. Die Kronprinz A.-G. ermäßigte zwar die Dividende von 25 auf 15 pCt., nahm aber gleichzeitig eine abermalige Kapitalsverdoppelung, diesmal zu pari, vor und bestritt sogar die erste Einzahlung von 40 pCt. aus dem Jahresgewinn; sie gewährte also ihren Aktionären insgesamt eine Ausschüttung von 55 pCt. neben dem an sich wertvollen Bezugsrecht. Außerdem sollen — System Neuhausen — die restlichen Einzahlungen allmählich aus den Jahresergebnissen geleistet und — System Auer — bis zur Vollzahlung die Dividenden auf 15 pCt. beschränkt bleiben. Der Verein für chemische Industrie in Mainz deckt die halbe Einzahlung auf die neuen Pariaktien aus der Spezialreserve. Einen etwas umständlicheren, aber nicht uninteressanten Weg wählte die Sachsenwerk A.-G. Sie stellte ihren Aktionären anheim, die von 18 auf 20 pCt. erhöhte Dividende in neuen, weit über pari zu bewertenden Aktien al pari in Empfang zu nehmen und gewährte darüber hinaus noch ein wertvolles Bezugsrecht durch Ausgabe weiterer junger Aktien zu 135 pCt. Noch verwickelter und ungewöhnlicher aber war der Vorschlag, den vor einigen Monaten die Auer-Gesellschaft machte. Er stellte letzten Endes eine Bonusausschüttung von 118 pCt., gleich ℳ 11½ Mill. aus freien Reserven und Vortrag dar, vermied es aber, wohl in Rücksicht auf das Stammaktienkapital von nur ℳ 9.90 Mill., diesen als einmalige Zuwendung für zu hoch erachteten Bonus offen und gleichmäßig auf alle Stammaktien zu verteilen. Dafür wurde von 5 Stammaktien eine in eine Stammaktie Lit C. mit für 10 Jahre beschränktem Dividendenrecht abgestempelt, und auf diese C-Aktie sind dann ℳ 5900 ausbezahlt worden. Der Weg einer Ausgabe von Gratisaktien wurde hier also abgelehnt. Die Verwaltung begründete das mit der Ungewißheit darüber, ob ein etwa verdoppeltes Aktienkapital im Frieden auch voll verzinst werden könne, ein Standpunkt, der mehr oder weniger bei allen derartigen Kapitalserhöhungen in Erwägung zu ziehen ist. Besondere Beachtung verdient der Hinweis der Auer-Verwaltung, daß eine Jahresdividende von über 25 pCt. den Gesellschaftsinteressen widerspreche. Hier wurde offen ausgesprochen, was oben schon gestreift ist, und was für die meisten der erwähnten Kapitalstransaktionen bestimmend oder mitbestimmend gewesen sein dürfte. Im allgemeinen sind damit die hauptsächlichsten Formen der Sondergewinnausschüttung erwähnt. Es bliebe vielleicht noch ein Hinweis auf diejenigen Gesellschaften, die die jetzigen Mehrgewinne dazu benutzt haben, Rückstände und Mängel der Vergangenheit zu beseitigen, ihre Bilanz zu bereinigen und sich damit für spätere Kapitalstransaktionen freier und beweglicher zu machen. Hier kommen in Betracht Gesellschaften, die aus früheren verlustreichen Jahren bezw. aus Sanierungen noch mit verschiedenen Aktienkategorien, mit rückständigen Dividenden auf kumulative Vorzugsaktien oder mit Genußscheinen belastet waren. Nachdem jetzt die Mittel reichlicher fließen, ist die Nachzahlung oder Abfindung mehrfach erfolgt. Die Westfälischen Stahlwerke haben gleichzeitig ein einheitliches Aktienkapital geschaffen, dasselbe tat die Georg-Marienhütte; in beiden Fällen wurden den Vorrechtsaktionären Abfindungsprämien gewährt. Bei der Rheinischen Metallwaren A.-G. bestehen zwar noch die zwei Aktienarten, aber die letzten Genußscheine sind 1916 eingelöst, und Vorzugsdividenden bereits seit dem Abschluß für 1915 nicht mehr rückständig.

Arbeiterzeitung

9/VI. 1917

66

Ueber den Wiederaufbau Oesterreichs.

Gar bald wird sich der Reichsrat mit der Fülle der Probleme des Wiederaufbaus Oesterreichs befassen müssen. Die Kriegsausgaben in schwindelnder Höhe und das Erfordernis noch ungeahnter Summen lassen allerlei Pläne reifen, wie der staatsfinanzielle Wiederaufbau Oesterreichs anzubahnen wäre. Es werden Vorschläge gemacht von dem geistreichen Gedanken Rudolf Goldscheids einer Vermögensabgabe in produktiven Werten, also einer Heranziehung des Staates als Gesellschafter zu den meisten Erwerbsunternehmungen herab zu dem billigen Ratschlag des Sparens und der Erhöhung geltender Steuersätze. Die Ausschaltung des Reichsrates durch drei Jahre hat nicht nur der gedankenlosen Methode, die Ausgaben durch Schulden in allen Formen und stärkste Anziehung der Steuerschraube scheinbar zu decken, bedenklichen Vorschub geleistet, sondern hat auch den Weg zu einer gründlichen Steuerreform erschwert. War doch vielfach nicht einmal die Möglichkeit gegeben, die Steuerexperimente der Bürokratie kritisch zu beleuchten. Selbst ein solcher Bürokrat, wie es der frühere Finanzminister Engel ist, muß in einer bemerkenswerten Broschüre *) gestehen, daß gerade die Finanzverwaltung mehr als alle anderen Verwaltungszweige der Unterstützung und Mitwirkung des Parlaments bedarf . . . Das bloß autokratische Vorgehen auf diesem Gebiet hat immer mehr oder weniger versagt. Bemerkenswert ist die Broschüre nicht nur wegen der Sachkenntnis des Verfassers und seiner gründlichen Vertrautheit mit allen Details der Finanzverwaltung, sondern auch, weil seine Meinung die Anschauungen der modernen Bürokratie zum Ausdruck bringt, mit der sich vertraut zu machen unerläßlich ist.

Der letzte Bericht der Staatsschuldenkontrollkommission weist für Oesterreich bereits einen offiziellen Schuldenstand von 31 Milliarden bis 31. Dezember 1916 aus, eine Summe, die seither gewiß erheblich gewachsen ist, zumal da die Kriegskosten — die unmittelbaren und die mittelbaren — stündlich höher werden. Dazu kommt, daß viele Kriegsschulden kurzfristige sind, so daß nicht nur die Verzinsung, sondern auch die rasche Abstattung in Frage kommt. Es liegt dies daran, daß man sich in der ersten Zeit des absolutistischen Systems doch noch gescheut hat, die Verfassung offen zu brechen, und erst mit der Zeit das Feigenblatt der Staatsschuldenkontrollkommission — der lange Name soll vermutlich das kurze Gewissen decken — für diese Schande gesucht und gefunden wurde. Wenn man in den ersten Kriegsmonaten noch geglaubt hat, die Sorge für die Deckung der Kriegsausgaben den Friedensjahren vorbehalten zu können, hat die lange Dauer des Krieges gezwungen, schon jetzt neue Einnahmsquellen zu schaffen. Es war naheliegend, daß man da auf jene Vorlagen zurückgriff, die bereits dem Reichsrat vorgelegen und von diesem noch nicht verabschiedet worden waren. So kamen die kaiserlichen Verordnungen über die Erb-, Gerichts- und Versicherungsgebühren zustande, denen sich noch 1915 eine Erhöhung der Tabakpreise anschloß. Mit einer Erhöhung des Branntweinsteuerzuschlages kam man also zu einer Einnahmenerhöhung von rund 60 Millionen. Weitere Erhöhungen des Branntweinsteuerzuschlages, der Preise aller Tabakfabrikate, die Kriegsgewinnsteuer, die Kriegszuschläge zu den direkten Steuern, die Erhöhung der Stempel und Gebühren, die Zündmittel-, die Totalisateur- und Buchmachersteuern, die Erhöhung der Biersteuer 1916 sollen eine weitere Erhöhung der Einnahmen um 396·5 Millionen Kronen bringen, abgesehen von der Kriegsgewinnsteuer. Dazu kommt noch die im Oktober 1916 verfügte Erhöhung der Postgebühren mit 90 Millionen Erträgnis. Dabei sollen nach Anschauung der damaligen Regierung die Erhöhung der Biersteuer und eine dritte Erhöhung der Branntweinsteuer nur zur teilweisen Ausgleichung von Steuerausfällen dienen, die durch die Einschränkungen in der Erzeugung hervorgerufen waren. Im Februar 1917 erfolgte dann die Erhöhung der Tarife im Eisenbahnwesen mit der Begründung, daß nunmehr die Zinsen für die ersten vier Kriegsanleihen gedeckt wären. Soweit es die damaligen Zensurverhältnisse gestatteten, ist zu diesen Verordnungen bereits Stellung genommen worden.

Da diese Erträgnisse nur zur Deckung der Zinsen für die vier ersten Kriegsanleihen dienen können, bleibt nicht nur das Erfordernis für die weiteren Anleihen und all die Kriegsschulden, die sonst gemacht worden sind, unbedeckt, es müssen auch noch Mittel für die kostspieligen Wiederherstellungen nach dem Kriege und nicht zuletzt für die Versorgung der Invaliden, der Witwen und Waisen gefunden werden. Auch die autonomen Körperschaften werden nach dem Kriege neuer Einnahmen bedürfen. Dr. v. Engel weist nun auf neue Einnahmsquellen hin. Wenn er hiebei die Kriegsverordnungen finanzpolitisch kritisiert — daß sie ohne Mitwirkung der Reichsvertretung erfolgten, tadelt er wiederholt, allerdings sagt er: „oder erfolgen mußten" —; so vornehmlich aus dem Gesichtspunkt, daß sie zu wenig abwerfen. Gerade die so befehdeten Verbrauchs- und Verkehrsabgaben findet er eher zu niedrig als zu hoch. Man wird ihm dagegen beistimmen, wenn er es bemängelt, daß die Kriegsgewinnsteuer von 500,000 Kronen aufwärts nicht mehr progressiv ansteigt, auch sonst bieten seine knappen Ausführungen zu diesem Kapitel reiches Material für die Reform dieser Steuer insbesondere in der Richtung, daß die Gewinne individualisiert werden und geprüft wird, ob nicht gerade durch die unmittelbare Unterstützung des Staates die Möglichkeit geboten wurde, solche Erträgnisse und Gewinne zu erzielen, zum Beispiel durch Beistellung von Rohstoffen oder Arbeitern, allenfalls auch durch staatliche Zwangsmaßnahmen. „Leitender Gedanke für die Kriegsgewinnsteuer muß sein, daß der Krieg keine Konjunktur ist." An den Kriegszuschlägen zu den direkten Steuern tadelt er ebenfalls die relative Begünstigung sehr hoher Einkommen und die gleichmäßige Behandlung der Einkommen aus Kriegsgewinnen mit den sonstigen. Im übrigen verschließt er sich keineswegs der Notwendigkeit einer Steuerreform, doch konnte eine solche ohne die Volksvertretung nicht geschehen. Daß er eine schärfere Kontrolle der Steuerfassionen fordert, etwa in der Form, wie sie 1914 im Abgeordnetenhause erörtert wurde, verdient angemerkt zu werden.

Doch sind dies alles nur Randbemerkungen, das Gleichgewicht im Budget will Engel also herstellen: Die Sollseite kann durch Ausmerzung überflüssiger Ausgaben, insbesondere in den Kosten der Verwaltung entlastet werden. Auch will er die Begleichung der Kriegsschulden auf eine möglichst lange Zeit verteilen, mit anderen Worten, späteren Geschlechtern die Buße für unsere Sünden auferlegen. Der Gedanke ist nicht neu. Ob aber spätere Geschlechter nicht einen anderen Weg finden werden, um sich der parasitären Staatsrentner zu entledigen, bleibe in diesem Zusammenhang unerörtert. Engel glaubt — und diese Feststellung ist wichtig —, daß selbst die nächste Generation die Kriegsschulden noch nicht wird abbürden können. So viele Friedensjahre werden nicht gutmachen können, was drei Kriegsjahre verbrochen haben. Als Voraussetzung für die künftige Steuerpolitik bezeichnet er die Hebung der Produktionstätigkeit auf industriellem und gewerblichem Gebiet wie denn überhaupt die Einreihung der Steuerpolitik in die Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik. Es klingt wie ein Hochgesang, wenn man es so hört, daß die Steuern denn doch nur ein Mittel für die Zwecke der Bevölkerung sein sollen; aber dann kommt das Sturzbad: Erhöhung der Gebühren und möglichst keine Vermögenssteuer. Daß die Bewirtschaftung der staatlichen Betriebe sehr viel zu wünschen übrig läßt, unterliegt keinem Zweifel, aber wohl kaum in zu niedrigen Preisen. Schon gar nicht gilt dies für die Monopole.

Soweit bewegt sich Engel in ausgetretenen Wegen, wenn er auch mit nüchterner Sachkenntnis urteilt und vorschlägt. Von neuen Gedanken nimmt er den einer unmittelbaren Beteiligung des Staates an gewissen ertragsreichen Unternehmungen auf. Es zeige sich die Tendenz der Vereinigung von Produktionsbetrieben mit dem Bestreben, andere auszuschalten. Die Folgen sind Verbilligung der Produktion und des Absatzes, Spezialisierungsmöglichkeit und dergleichen mehr. Diese Syndikate erzielen große Gewinne und „es ergibt sich daher die Forderung, daß diese Konzentration auf eine mehr gemeinwirtschaftliche Grundlage gestellt werde, so daß zwar eine möglichst rationelle Produktion und eine kaufmännisch geschickte Leitung, aber trotzdem eine Betriebsführung ermöglicht wird, in welcher neben den berechtigten Interessen der Kapitalsgeber, auch jene der Arbeiter und Verbraucher wie nicht minder die finanziellen Interessen des Staates zur Geltung kommen". Dieses Interesse läge nun in der Beteiligung am Unternehmergewinn, wobei der Staat die vorausgesetzte Kartellbildung unter entsprechender Kontrolle der Preisbildung und der Arbeitsbedingungen erzwingen würde. Dieses Kapitel erfordert eine Besprechung für sich; daß aber dem Staate, wie er ist, die möglichst hohe Rentabilität Voraussetzung und die Kontrolle mehr Dekoration sein wird, hat der Krieg zur Genüge bewiesen. Engel denkt an Kohle, Eisen, Spiritus, Zucker, Rohöl, Stickstoff und Elektrizität, Munitionsfabriken, Versicherungsanstalten und anderes mehr. Warum da nicht den ganzen Schritt der Verstaatlichung tun? Im übrigen erweisen all diese Pläne, daß die Kriegsausgaben den kapitalistischen Staat in seinen Fundamenten erschüttert haben. Reformchen können ihn nicht stützen.

*) „Betrachtungen über den staatsfinanziellen Wiederaufbau Oesterreichs" von Dr. August Freiherrn v. Engel in den „Flugschriften für Oesterreich-Ungarns Erwachen". Verlegt bei Ed. Strache, Warnsdorf.

Pester Lloyd

10./VI. 1917

67

Krieg und Kapital.

— Glossen zum Stockholmer Kongreß. —

Von Hofrat Dr. Samuel Radó.

Budapest, 9. Juni.

Auf dem Stockholmer Kongreß wurde die große Streitfrage über die Schuld an dem Weltkriege sehr eingehend verhandelt. Man vermied es, die persönliche Seite der Sache zu berühren, um desto schärfer die allgemeinen Ursachen hervorzuheben. Die verschiedensten Gründe und Antriebe des verhängnisvollen Völkerzwistes wurden vorgebracht und die überwiegende Meinung ging dahin, daß es der Kapitalismus sei, welcher in letzter Linie das Weltunheil heraufbeschworen. Diese Behauptung, die in der sozialistischen Polemik unaufhörlich vorgebracht wird, versuchte man durch folgende Beweisführung plausibel zu machen.

Das Kapital, so wurde gesagt, hat die immanente Tendenz, die Produktion auszudehnen, neue Märkte zu gewinnen, und da der Absatz in dem alten Kontinent mit der Erzeugung nicht Schritt halten kann, Kolonien in fremden Erdteilen zu erwerben. Diese aufs äußerste angespannte Konkurrenz verschärft nun den natürlichen Gegensatz der Staaten und es bedarf oft nur eines äußerst geringfügigen Anlasses, es bedarf nur des zündenden Funkens, damit das Pulverfaß in die Luft fliegt. Der Kapitalismus mit seinem Expansionsdrang, mit seiner Profitwut — hier ist der Feind, er liegt allen Divergenzen der modernen Wirtschaftsvölker zugrunde. Diese Beweisführung, so bestechend sie auf den ersten Blick klingen mag, ist aber weit entfernt, den Wert einer objektiven Feststellung zu haben. Beweisen, nämlich nach einem logischen Schema deduzieren, läßt sich so manches, beinahe alles, ohne daß man das Wesen der Sache in ihrem Kern erfassen würde. In dem vorliegenden Fall ist nach allen Regeln der formalen Dialektik einfach ein Taschenspielerstück verübt worden, und so wenig der Eskamoteur dem Zuschauer ein Ei wirklich aus der Nase zieht, so wenig ist durch die sozialistisch tendenziöse Argumentation bewiesen worden, daß das kapitalistische System für das Verbrechen des Weltkrieges verantwortlich gemacht werden könne.

Man kann den Ausgangspunkt der Deduktion getrost als richtig anerkennen und zugeben, daß der Kapitalismus in seiner innersten Triebkraft auf angemessene Steigerung der Produktion bedacht ist. Das ist ganz richtig. Aber die Erzeugung ist an gewisse Bedingungen gebunden, als da sind: niedrige Gestehungskosten, geschulte Arbeitskräfte und der ungehinderte Verkehr, der die Waren in die entlegensten Gebiete befördert. All diese Bedingungen, von denen Wohl und Wehe, von denen die so vielgeschmähte Profitsucht des Kapitals abhängt, werden durch den Krieg von Grund auf zerstört und vernichtet. Wie kann man also das Kapital der Begünstigung oder Vorliebe für den Krieg bezichtigen, der ihm auf Weg und Steg, bei allen Unternehmungen und Entwürfen feindselig die kalte Teufelsfaust entgegenstreckt? Die geschichtlichen Tatsachen bestätigen überdies, daß der Kapitalismus stets mit Händen und Füßen gegen die Kriegstreiberei angekämpft hat und daß er von einer Expansion nichts Gutes erwartet, die die industrielle Produktion mit den formidablen Kosten der Kriegführung belastet. Die typischen Vertreter des Kapitalismus, die sogenannten Manchestermänner Bright und Cobden, waren unentwegte Friedensapostel, sie haben ihr Vaterland in leider nur zu traurig gerechtfertigter Voraussicht gewarnt, das Prinzip der Nichtintervention aufzugeben und sich in die Streitigkeiten des Kontinents einzumischen. Sie bekämpften sogar den Erwerb von Kolonien, da der Reichtum Englands nicht vom überseeischen Territorialbesitz, sondern vom überseeischen Handel herrühre. Der Kapitalismus ist daher nur in seiner imperialistischen Entartung kriegerisch, so wie die Religion nur in der verzerrten Form als bekehrungseifriger Fanatismus ihrem Prinzip durch Waffengewalt Anerkennung verschaffen will. Besäßen wirklich die Grundsätze und Antriebe des Kapitalismus die Herrschaft in Europa, so wäre der unselige Krieg schon längst zu Ende, er wäre vielleicht gar nicht ausgebrochen, wenn „Kaufmanns Herrschergewalt", um ein Wort von Carnegie zu gebrauchen, die Geschicke der Menschheit lenken würde.

Wenn nun die sozialistischen Friedensfreunde in Stockholm zu einer solch falschen und ungerechten Feststellung gelangt sind, so haben sie zumeist im Banne der traditionellen Gegnerschaft gegen das kapitalistische System gehandelt, ohne sich recht bewußt zu werden, wie der Weltkrieg die Stellung des Proletariats zu Staat und Gesellschaft so mächtig verändert hat. In einer Zeit, in der die professionelle Diplomatie die Mitwirkung der sozialistischen Friedensstiftung bereitwillig in Anspruch nimmt, muß der Sozialismus sich zur Höhe seiner großen Aufgaben emporschwingen, er darf den großen Kräften des Weltgetriebes, er darf dem Kapitalismus nicht mehr mit der parteiischen Befangenheit gegenüberstehen, wie in jenen Tagen, wo das Proletariat und seine Vertretung teils als quantité négligeable, teils als verdächtiges Element der Unruhestiftung angesehen wurde.

Diese Zeiten sind gottlob, man darf wohl hoffen für immer und ewig, vorüber. Für die Anklage, der Kapitalismus enthalte präformiert die Keime beständiger Kriegführung, fehlt jede sachliche Berechtigung. Welche Wandlung hat überhaupt das kapitalistische System seit jener Zeit erfahren, da Marx und Lassalle anfingen, es mit den schärfsten Waffen zu bekämpfen. Der Unternehmer befehdet schon längst nicht mehr die staatlichen Eingriffe, die behördliche Reglementierung in den industriellen Betrieben, man anerkennt vielmehr mit der größten Beflissenheit den Grundsatz, daß der Produktionsprozeß nicht den Unternehmergewinn, sondern die Wohlfahrt und Erhaltung der Arbeitskraft als vorwiegendes Moment berücksichtigen müsse. Der Arbeitsvertrag ist nicht mehr Sache der Vereinbarung zwischen dem notdürftigen Arbeitsucher und dem übermächtigen Kapitalisten, sondern ein Kompromiß zwischen dem Unternehmer und der Arbeiterkollektivität, die wie Macht zu Macht miteinander verhandeln. Die Welt des Proletärs ist nicht mehr das Jammertal, das uns die dichterische Phantasie Gerhart Hauptmanns unter Tränen und Seufzern in dem Nachtbilde „Die Weber" vorgeführt hat. Der ausbeuterische Unternehmer aus jenen dunkeln Zeiten ist auf dem Aussterbeetat. Die schroffen Züge des Kapitalismus sind gemildert, das System ist mit sozialistischem Oel vollgetränkt. Das Wort: die konstitutionelle Fabrik, bezeichnet am treffendsten die heutige Phase der Entwicklung, in der die Vertreter der Arbeiterschaft berechtigt sind, ihren Teil von dem Gewinn an der Konjunktur des Unternehmers zu beanspruchen.

Auch hatte diese tiefgehende Wandlung im Getriebe des Kapitalismus nicht verfehlt, ihre Wirkung auf die Arbeiterschaft auszuüben. Karl Marx hat die kapitalistische Welt mit dem großen Banne belegt. Er hat die furchtbarste Katastrophe prophezeit, in der die wenigen noch übrig gebliebenen Expropriateure, die die ganze Kapitalsmasse akkumuliert haben, von dem sozialistischen Staat zugunsten der Arbeiterschaft enteignet werden. Die Massen wurden lange Zeit hindurch in dem Wahne genährt, die Herrlichkeit des sozialistischen Staates, der das Privateigentum abschafft und der sich aller Arbeitsmittel bemächtigt, könne allein das Heil und Wohlergehen des Arbeiters garantieren.

Diese düstere Katastrophentheorie bezeichnet jedoch nur eine primitive Epoche des Sozialismus, sie wird nur mehr noch von einigen verknöcherten Orthodoxen des Marxismus blindlings festgehalten. Der Sozialismus ist auf dem Wege von der Utopie zur Wissenschaft rüstig fortgeschritten, und die Parole von der Abschaffung des Privateigentums erscheint sogar der Arbeiterpartei als eine der bedenklichsten Utopien, deren schwerste Gefahr auf das Haupt des Proletariats zurückfallen würde. Die Hauptforderung des modernen revisionistischen Sozialismus bezieht sich darauf, daß die Ausbeutung der Naturschätze namentlich im Bergbau vom Staate übernommen und ferner, daß der spezifische Trustgewinn der kartellierten Industrien dem Gemeinwesen zugute kommen soll.

Der Krieg hat nun eine der merkwürdigsten Erscheinungen, die Gemeinsamkeit der sozialistischen und der staatsfinanziellen Bestrebungen, hervorgebracht. In dem Bemühen die Verzinsung der exorbitanten Kriegsanleihen aufzubringen sind die Vertreter des fiskalischen Interesses auf die ungeheuer ergiebige Quelle der staatlichen Monopolisierung der bisher durch die Kartelle exploitierten Verbrauchsartikel gestoßen. Die Finanzminister sind die getreuen Alliierten der sozialistischen Enteigner geworden. In einer jüngst erschienenen Studie des früheren österreichischen Finanzministers Freiherrn v. Engel wird im Zusammenhang mit der nachgewiesenen Unzulänglichkeit der direkten Steuern eine umfassende finanzielle Aktion vorgeschlagen, die Kohle, Eisen, Spiritus, Zucker, Elektrizität, Munition und Versicherungswesen umfassen und den schuldenbeladenen Staaten zu Einnahmequellen von ungeahnter Ergiebigkeit verhelfen soll. So ist der individualistisch-kapitalistische Staat infolge der ungemessenen Lasten dieses Krieges genötigt, sich mit der Verwirklichung der typischen sozialistischen Ideen zu befassen.

Wie man sieht, es läßt sich heute mehr schwer eine schroffe Gegnerschaft zwischen Sozialismus und Kapitalismus konstruieren. Die Gegensätze verschwimmen in einander, verflüchtigen sich zu bloßen Nuancen. Der hohe Berg, der zwischen beiden Anschauungen gelegen, ist von beiden Seiten angebohrt, und in der Mitte des Tunnels trifft die steuerpolitische Idee mit der proletarischen, trifft der Finanzminister mit dem Sozialisten zusammen. Der Kapitalist hat sich gewissermaßen sozialisiert, der Sozialist muß das Recht, muß die Existenzbedingungen des Kapitals respektieren. Ein Stück der Harmonie des Wirtschaftslebens, von der die Oekonomisten lange als von einem unerfüllbare Traum gesprochen, geht in der neuen Aera, die nach dem Kriege anheben wird, der Verwirklichung entgegen. Und in der Bilanz des Krieges wird die Milderung der Klassengegensätze, die merkliche Annäherung zwischen Kapitalismus und Sozialismus als hohe Errungenschaft, als eine bedeutende Aktivpost des gesellschaftlichen Friedens schwer in die Wagschale fallen.

Weltverarmung.

Der Krieg hat die beteiligten Mächte heute bereits weit über 300 Milliarden gekostet. Das ist eine Summe, die sich der gewöhnliche Sterbliche kaum vorzustellen vermag. Sie bedeutet, daß jeder Tag des Krieges nicht viel weniger als 350 Millionen verschlang, jede Stunde Krieg fast 15 Millionen.

Kein Krieg beanspruchte je auch nur annähernd gleich gewaltige Summen. Der nicht ganz drei Jahre dauernde Burenkrieg forderte von England einen Aufwand von $4^1/_3$ Milliarden Mark, soviel etwa, wie England heute in fünf Wochen auszugeben gewohnt ist.

Der Russisch-Japanische Krieg, der rund anderthalb Jahre dauerte, bedeutete für das Zarenreich Ausgaben im Betrag von knapp 3 Milliarden, für Japan einen Aufwand von $2^1/_2$ Milliarden. Mit $5^1/_2$ Milliarden führt man heute gerade zwei Wochen lang Krieg.

Was will neben den Summen, die dieser Krieg verschlingt, selbst die Kriegsentschädigung von fünf Milliarden besagen, zu der sich im Frieden von 1871 Frankreich gegenüber Deutschland verpflichten mußte? „Man konnte damals nicht begreifen, wie eine solche Summe überhaupt aufzubringen sein würde, und es gab Leute, die sich die Köpfe darüber zerbrachen, was man mit dem vielen Geld eigentlich anfangen sollte," schrieb kürzlich die „Frankfurter Zeitung" bei einem Vergleich der genannten Zahlen mit den Kosten dieses Weltkrieges. „Und doch, wie klein nimmt sich die Summe heute aus gegenüber den Erfordernissen des gegenwärtigen Krieges! Allein die Aufwendungen eines Monats machen das Zweieinhalbfache der damaligen französischen Kriegsentschädigung aus . . ."

Alles Gold, das seit dem fünfzehnten Jahrhundert in der ganzen Welt gefördert wurde, ergibt zusammengehäuft erst einen Wert von 62 Milliarden . . . Wäre es möglich, die mehr als 300 Milliarden, die der Weltkrieg bis dahin fraß, in Zwanzigmarkstücken nebeneinanderzulegen, so ergäbe das ein blinkendes Band, lang genug, um damit achtmal und mehr die Erde zu umwickeln . . .

*

Deutschland steht mit der Höhe seiner bisherigen Kriegskosten nicht an erster Stelle. Aber fassen wir auch „nur" die 60 bis 70 Milliarden ins Auge, die das Deutsche Reich bislang für die Kriegführung ausgegeben hat — was hätte man mit ihnen bei anderer Verwendung nicht alles fertigbringen können!

Für diejenigen, die immer auf die Notwendigkeit hinweisen, Deutschland reichere Rohstoffquellen zu erschließen, hätte man Landeinkäufe in fremden Erdteilen machen können, groß genug, um jedem Anspruch zu genügen. In seiner kleinen Broschüre „Die soziale Bilanz des Krieges" weist Parvus beispielsweise auf die fruchtbaren südatlantischen Gefilde Nordamerikas hin. Nach dem Zensus der Vereinigten Staaten vom Jahre 1910 betrug der Wert sämtlicher Farmen in South-Atlantic zwölf Milliarden Mark. Jene Farmen aber liefern jahraus, jahrein nicht weniger als vier Milliarden Ballen Baumwolle, das heißt viermal mehr, als die ganze deutsche Industrie gebraucht, ganz ungerechnet die vielen Schiffsladungen Getreide, die Riesenherden von Schlachtvieh, die zahlreichen anderen wertvollen Produkte jener landwirtschaftlichen Betriebe, die alljährlich für die zwölf Milliarden in unseren Besitz gekommen wären.

Für weitere zwölf Milliarden wäre es eine Kleinigkeit gewesen, genug Bergwerke, Petroleumquellen und Plantagen in der ganzen Welt zu erwerben, um auch den größten Teil aller sonstigen Rohstoffbedürfnisse unserer Industrie zu befriedigen, ohne erst auf kolonialem Neuland herumexperimentieren zu müssen.

Dem deutschen Außenhandel einen märchenhaften Aufschwung zu verleihen, hätten noch weniger Milliarden genügt. Der Wert der gesamten deutschen Handelsflotte vor dem Kriege betrug nach Parvus etwa drei Viertelmilliarden Mark, der der englischen rund drei Milliarden. Für ein paar Milliarden hätte die deutsche Handelsflotte zur stärksten der Welt gemacht werden können, wäre es möglich gewesen, die deutsche Schiffahrt in den Stand zu setzen, den Welthandel in starkem Umfang an sich zu reißen und „die Frachten für Rohstoffe so herabzusetzen, daß die Ueberlegenheit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt gesichert worden wäre".

Es wären dann noch immer dreißig Milliarden und mehr übrig geblieben, etwa, um sie für soziale Zwecke zu verwenden.

Schon mit fünf Milliarden hätte man da viele tausend Morgen Moor- und Oedland kultivieren und eine Viertelmillion neuer hübscher Bauernhöfe einrichten können.

Mit zehn weiteren Milliarden wäre es ein leichtes gewesen, eine Million gesunder, freundlicher Gartenhäuschen am Rande der großen Industriestädte zu erbauen, mit geräumig-heiteren Wohnungen für je zwei, drei Familien, mit Raum für sechs bis zehn Millionen Menschen.

Nochmals zehn Milliarden, und ein halbes Hunderttausend moderner, schöner Schulen, wohleingerichteter, freundlicher Krankenhäuser und Invalidenheime hätten hervorgezaubert werden können, auf jedes Stadtviertel, auf jeden Gemeindeverband von etwa 5000 Seelen vielleicht zwei schöne neue Schulgebäude, Kinderhorte oder dergleichen und eine Anstalt zur Aufnahme und Pflege von Kranken, Schwachen oder Krüppeln . . . .

Dann würden immer noch fünf oder zehn Milliarden geblieben sein, um andere Wohlfahrtseinrichtungen zu treffen, in einem Umfang, daß sich dem von den heutigen Wohltätigkeitsstiftungen und sozialen Anstalten kaum etwas würde vergleichen lassen.

Es soll nicht gesagt sein, daß eine Summe von 70 Milliarden nach diesen Vorschlägen gerade am besten und zweckmäßigsten verwendet werden würde. Hundert andere, hundert bessere Pläne ihrer Verwendbarkeit wären sicher möglich, um selbst innerhalb des Rahmens der bestehenden Gesellschaftsordnung einen wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung zu erzielen, der alles je Erlebte weit hinter sich lassen müßte.

Aber keine Verwendung von 70 Milliarden kann so unvorteilhaft sein wie ihre Hinopferung für einen Krieg. Würde er selbst mit einem glänzenden Siege enden, sein Gewinn könnte nie — auch vom Standpunkt der Imperialisten des sieghaften Landes nie — soviel an Vorteilen einbringen wie die Verwendung einer gleich großen oder auch nur halb so großen Summe für friedliche Förderung des wirtschaftlichen Lebens.

*

Das deutsche Volksvermögen — das heißt: der Wert des deutschen Grund und Bodens, aller vorhandenen Baulichkeiten, der Fabriken und Maschinen, der Wege und Bahnanlagen, des Besitzes an ausländischen Wertpapieren u. s. w. — wurde vor dem Kriege auf 330 bis 390 Milliarden Mark geschätzt. Damit vergleiche man, was Deutschland in diesem Kriege bislang an Milliarden hingab — und in Zukunft noch wird hingeben müssen, um die Wunden zu heilen, die der Krieg schlug, die Renten zu zahlen, die durch Tod und Verwundung von Kriegsteilnehmern nötig wurden.

Das Volksvermögen Englands — ohne seine Kolonien — sollte bei Beginn des Krieges etwa 330 Milliarden betragen. Schon bis Ende 1916 beliefen sich die Kriegskosten Englands auf fast 70 Milliarden Mark.

Frankreich, dessen Nationalvermögen man vor dem Kriege auf 260 Milliarden schätzte, hatte bis zum gleichen Zeitpunkt Kriegsausgaben in der Höhe von 44 Milliarden, das heißt in der Höhe eines Sechstels seiner gesamten Werte an Aeckern, Industrieanlagen, Bahnen und Bodenschätzen.

Die Kriegskosten Rußlands in der Höhe von 52 Milliarden und die Italiens in der Höhe von 13 Milliarden (bis Ende 1916) wiegen für diese Länder um so schwerer, als sie — nach Berechnungen des Oberfinanzrates Dr. Schwarz im „Bankarchiv" — zu 22 und 25 Prozent durch Anleihen im Ausland gedeckt werden mußten, während dort 34, hier 17 Prozent durch die Ausgabe von Banknoten und Papiergeld aufgebracht werden mußten, was später wahrscheinlich auch wieder zur Aufnahme von Deckungsanleihen im Ausland zwingen wird.

Kein einziges am Kriege beteiligtes Land, das nicht durch den Krieg in schwierigste finanzielle Verhältnisse gedrängt worden wäre, von Amerika und Japan vielleicht abgesehen, die ja bislang noch eher wirtschaftlichen Vorteil als Nachteil vom Kriege hatten. Wie furchtbare Bleigewichte werden die Kriegskosten die heute um den Sieg ringenden Länder, wie immer der Krieg enden mag, noch jahrzehntelang bei ihrem Mühen um neuen Aufschwung hemmen und beschweren.

*

Und doch sind die Verschuldungen, ist die Minderung des Nationalvermögens ja noch nicht das Schlimmste, das dieser Krieg seinen Teilnehmern auferlegt. Zu dem Opfer von mehr denn 300 Milliarden für unproduktive Zwecke tritt der Verlust unersetzlicher, unbezahlbarer Menschenleben in einer Fülle, die alles je Gewesene weit in den Schatten stellt. Auf sieben Millionen Tote berechnet man die Einbuße nach drei Kriegsjahren, von den Krüppeln und dem Geburtenrückgang noch ganz zu schweigen. Welche Verarmung muß erst hieraus der Welt erwachsen!

Und trotzdem gibt es immer noch Leute, die sich für die Fortführung dieses Krieges begeistern, die, um erwarteter, ersehnter Gewinne willen die Völker noch immer weiter in Armut und Elend treiben wollen, die ihre Augen dagegen verschließen, daß kein heute noch von einer Seite möglicher Gewinn imstande sein dürfte, auch nur die Geld- und Blutopfer einer weiteren Kriegswoche zu rechtfertigen.

Beredt wie Engelszungen künden die Zahlen der Kosten und Verluste dieses Krieges die Notwendigkeit seiner schleunigen Beendigung.

Das Ende ist möglich, ja, ist greifbar nahe, wenn alles sich durchringt, die Formel anzunehmen, die von der siegreichen russischen Revolution in das Kampfgetöse geworfen worden ist: Krieg ohne Annexionen und Entschädigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker!

Ein solcher Friede würde jedem Lande eine harte Last von Schulden lassen. Aber er würde ihm doch auch die Möglichkeit gewähren, in gesicherter Friedensarbeit alle Kräfte anzuspannen, um diese Last nach und nach abzubürden und wieder gesündere Verhältnisse zu schaffen.

Neues Wiener Tagblatt
13./VI. 1917

Wirtschaftliche Kriegs- und Friedensprobleme.

In der Rede, in welcher Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz die Debatte über das Budgetprovisorium im Abgeordnetenhause einleitete, nimmt die Besprechung wirtschaftlicher und sozialer Fragen einen breiten Raum ein. Es erscheint dies auch durchaus selbstverständlich angesichts der gerade während des Krieges gesteigerten Bedeutung, welche diesen Fragen innewohnt, und insbesondere im Hinblick auf die sich auftürmenden Schwierigkeiten einer befriedigenden Lösung. Es ist bereits zum Gemeinplatz geworden, daß man, wenn der Kanonendonner verhallt und das Friedensinstrument unterzeichnet sein wird, nicht ohne weiteres dort anzuknüpfen in der Lage sein wird, wo man im Juli 1914 in der ökonomischen Entwicklung aufgehört. Man wird vielmehr auf der ganzen Linie umlernen müssen. In plastischer Weise zeigte dies der Ministerpräsident an der Hand konkreter Tatsachen.

Vor dem Krieg regulierten hauptsächlich Angebot und Nachfrage die Bedarfsdeckung. Die wichtigste Voraussetzung, daß dieses Regulierungswerk ordnungsgemäß funktioniere, war jedoch der Weltgüteraustausch. In dem Güteraustausch der Völker hatten Politik und Wirtschaft miteinander nur wenig Berührungspunkte. Gefühlspolitik hinderte das Geschäft nicht. Im Kriege nahmen die Dinge gleich vom ersten Anbeginn eine andre Gestalt an. Die Bedarfsdeckung mußte im engsten eigenen Bereich erfolgen, unter Verzicht auf Außenzufuhren, bei außerordentlich gesteigerter Nachfrage. Der Käufer kam in schweren Nachteil, der sich geradezu zu drückender Abhängigkeit gestaltete, gegenüber dem Verkäufer. Damit drängt sich von selbst die Begründung auf, daß man sich vom alten System abwandte, an Stelle der freien Betätigung mußte die staatliche Reglementierung treten; eine fundamentale Verschiebung, wie sie sich übrigens nicht bei uns allein, sondern ausnahmslos in allen kriegführenden Staaten, aber auch in den neutralen Ländern, ungeachtet diesen ergiebigere Zufuhren zur Verfügung standen, eingestellt hat.

Indem Graf Clam-Martinitz bei dem ersten Anlaß, da er mit den Volksvertretern sich auseinanderzusetzen in die Lage kam, in prägnanten Strichen die umwälzenden Erscheinungen umschrieb, die im Wirtschaftsverkehr sich gegen ehedem unter dem Einfluß des Krieges herausgebildet, unterließ er auch nicht, einzubekennen, daß die Angleichung an den normalen Friedenszustand ein unerreichbares Ideal bleiben müsse und die Kritik der getroffenen Maßnahmen nicht abgewiesen werden kann. Die gegenwärtige Regierung ihrerseits hat übrigens diese Zustände bei ihrem Amtsantritt bereits vorgefunden, aber nicht unterlassen, sie zweckmäßig auszubauen, wie dies aus der Ausgestaltung und entsprechenden Betätigung des Volksernährungsamtes hervorgeht. Mit besonderer Befriedigung wird man in Interessentenkreisen die Ausführungen vernehmen, welche der Ministerpräsident diesen Konstatierungen hinzufügte, indem er betonte, daß wohl Handhaben geschaffen worden seien, um der mißbräuchlichen Ausnützung der Kriegskonjunktur zu begegnen, aber zugleich Kautelen, daß nicht der Eifer der Produktion gelähmt, die geradezu unentbehrliche Mitwirkung des legitimen Handels durch Verängstigung eingeschränkt werde. Diese Richtschnur wird insbesondere von Wichtigkeit erscheinen während der Uebergangszeit nach dem Kriege, da an die sofortige völlige Beseitigung der staatlichen Reglementierung gewiß nicht zu denken sein wird. Die Zusicherungen des Ministerpräsidenten gewähren die Zuversicht, daß die Uebergangswirtschaft nicht eine Wirtschaft werde, bei welcher die legitimen Interessenten von Produktion und Handel übergangen werden. Denn ein so gearteter Radikalismus im Vergleich mit den Wirtschaftsbedingungen vor dem Krieg könnte nie und nimmer zum Vorteil der Gesamtheit gereichen. Diese Erkenntnis leuchtet auch aus der zutreffenden Auffassung des Ministerpräsidenten hervor.

Jedenfalls gehen wir wirtschaftlich bald besseren Zeiten entgegen. Alle Schichten der Bevölkerung teilen sicherlich die Genugtuung, welcher der Ministerpräsident Ausdruck verlieh, daß der ungeahnte Reichtum unsrer eigenen Ressourcen neben der Einsicht, Opferwilligkeit und Seelenstärke einer wahrhaft staatstreuen Bevölkerung gegen die Erwartung der ganzen Welt es uns ermöglicht hat, drei Kriegsjahre zu überdauern und auszuhalten. Und wenn die augenblicklich schwierigste Zeit, unmittelbar vor der Ernte, überwunden sein wird, wird zweifellos eine Besserung in der Aufbringung der Lebenserfordernisse eintreten. Die Aufbringung und Aufteilung der Lebensmittel aller Art war wohl das bedeutsamste und gewichtigste Kriegsproblem auf wirtschaftlichem Gebiete, neben welchem selbst die Beschaffung der riesigen Geldmittel für die Kriegführung beinahe in den Hintergrund trat. Dagegen wird gerade als das komplizierteste Friedensproblem die Geldfrage zu lösen sein. Die Staatswirtschaft wird, wie der Ministerpräsident des weiteren in seiner Rede darlegte, sich vor neue und schwerwiegende Aufgaben gestellt sehen. Die finanziellen Anforderungen der Kriegführung konnten bisher ungeachtet des ungeheuren Betrages restlos erfüllt werden. Nach dem Kriege aber wird es heißen, dieses Erfordernis in vollem Umfange zu fundieren zugleich mit dem Ziele, die Valuta wiederherzustellen und sich allmählich dem Gleichgewichte im Staatshaushalt wieder zu nähern. Dies wird wohl die Reihenfolge für die Lösung der finanziellen Probleme sein, die dem Staate erwachsen werden. Zunächst Sicherung des Anleihedienstes in Verzinsung und Tilgung, dann Wiederregulierung der Valuta und dann erst budgetäres Gleichgewicht. Der Ministerpräsident vermied es selbstverständlich im jetzigen Augenblick, als noch zu verfrüht, ein förmliches Programm in diesen Belangen zu entwickeln, er wollte zunächst nur die Aufmerksamkeit der Volksvertreter auf die beherrschenden Fragen lenken, deren Behandlung nach dem Kriege vor allem bevorsteht, da der Wiederaufbau der Staatswirtschaft und die Anpassung an die neuen Verhältnisse durchzuführen sein wird. Unabweisliches Gebot wird da vor allem eine Steigerung der Einnahmenzuflüsse in die Staatskassen sein.

Die bisherigen Einnahmsquellen werden in ihrer Ergiebigkeit gesteigert werden, darüber hinaus aber werden, wie der Ministerpräsident betonte, neue Wege gesucht werden müssen. Diese Notwendigkeit leuchtet jedermann ohne weiteres ein. Gerade gestern wurde im Abgeordnetenhause der Zentralrechnungsabschluß des Obersten Rechnungshofes über das letzte Semester der staatlichen Gebarung vor dem Kriege, das ist das Semester Jänner bis Juli 1914, vorgelegt. In diesem Halbjahr beliefen sich die Staatseinnahmen und Staatsausgaben auf nicht viel über 1700 Millionen Kronen. Verdoppelt man diese Ziffer, so gelangt man als Erfordernis, beziehungsweise als Bedeckung des ganzjährigen Staatsbedarfes vor dem Kriege zum Betrage von rund 3500 Millionen Kronen. Nach dem kürzlich veröffentlichten Ausweis der Staatsschulden-Kontrollkommission dagegen betrug die österreichische Staatsschuld Ende 1916 über 30 Milliarden mit einem Zinsenerfordernis in einem Betrage, der ungefähr früher für die gesamtstaatliche Gebarung eines Halbjahres hinreichte. Diese Gegenüberstellung genügt, um die Berechtigung des Hinweises in der Rede des Ministerpräsidenten darzutun, daß neue Wege zur Vermehrung der Staatseinnahmen werden gefunden werden müssen. Zugleich erklärte Graf Clam-Martinitz, als sozial denkender Minister der heutigen Zeit, daß das Finanzproblem der Zukunft nicht bloß eine Frage der Summe, sondern vor allem auch eine Frage der Verteilung sei; eine Verteilung nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit des einzelnen. Man werde aber hiebei vermeiden, den Unternehmungsgeist und die Produktionsfähigkeit zu beeinträchtigen und damit die Impulse der Entwicklung zu hemmen. Diese zutreffende Auffassung findet ihre logische Ergänzung in den sich anschließenden Ausführungen der Rede, daß die Kriegswirtschaft notwendigerweise gekennzeichnet sei durch die Einseitigkeit und Gebundenheit, die Ziele der Friedenswirtschaft dagegen in der Richtung der Freiheit und der Vielseitigkeit gelegen seien. Tatsächlich würde jener Teil des Finanzproblems nach dem Kriege, welcher die Frage der Summe beinhaltet, kaum einer befriedigenden Lösung im Interesse des Staatsganzen zugeführt werden können, ohne das Programm, den Unternehmungsgeist und die Produktionsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen und die Friedenswirtschaft auf die Grundlagen einer zulässigen Freiheit und der Vielseitigkeit zu stellen.

Die handelspolitischen Erklärungen in der Rede des Ministerpräsidenten waren in erster Linie dem Ausgleich mit Ungarn gewidmet. Beide Regierungen haben vor kurzem einen auf längere Dauer berechneten Vertrag sichergestellt, mit welchem sich das Parlament im gegebenen Zeitpunkt zu beschäftigen haben wird. Der Ausgleich diene dem Gedanken der im Weltkrieg neuerlich als eine gemeinsame Lebensnotwendigkeit erkannten unauflöslichen Zusammengehörigkeit der Monarchie und werde gewiß das wechselseitige Verständnis, die Harmonie des politischen Denkens und Fühlens nachhaltig fördern. Der Ministerpräsident betonte den Ausgleich betreffend noch, daß er beiden Staaten den nicht hoch genug zu veranschlagenden Gewinn biete, daß die Monarchie als gewichtiger Kompaziszent auf den Plan der künftigen handelspolitischen Abmachungen auftreten könne. Diese Würdigung des Ausgleiches in der Rede des Ministerpräsidenten ist namentlich im jetzigen Augenblick, da auch anläßlich der ungarischen Kabinettsbildung die Ausgleichsfrage wieder vielfach im Vordergrund steht, besonders hervorzuheben. Ein Handelsvertrag vor allem mit dem Deutschen Reich steht ebenfalls in vorderster Reihe künftiger handelspolitischer Abmachungen, ferner Verträge mit der Türkei und Bulgarien. Das weitere einschlägige Programm erstreckt sich auf die neutralen Staaten. Bezüglich der übrigen Staaten wird natürlich vorerst das Weltbild nach dem Kriege abgewartet werden müssen. Es liegt ein überaus markanter Unterschied in der Art, wie der österreichische Ministerpräsident über die wirtschaftlichen Beziehungen der Monarchie zu den fremden, den feindlichen Staaten nach dem Kriege sprach und wie bis vor kurzem noch von seiten der Entente diese Fragen aufgefaßt wurden. Dort will man an den Krieg den Wirtschaftskrieg reihen. Das Programm des österreichischen Ministerpräsidenten dagegen ist der Wiederaufbau des Zerstörten und die Wiederanknüpfung friedlicher wirtschaftlicher Beziehungen, wenn einmal der blutige Kampf zu Ende ist.

Die umfassende, alle wirtschaftlichen und sozialen Fragen, welche der Krieg auf die Oberfläche gebracht, erschöpfende Rede des Ministerpräsidenten war in ihrem letzten Teil dem sozialen Reformwerk der nächsten Zukunft zugewendet. Der Ministerpräsident faßte die Pflichten des Staates in diesem Punkt als eine Schuld gegenüber allen jenen, durch deren unvergleichliches Wirken an der Front und daheim das Vaterland gerettet wurde. Der Ministerpräsident erinnerte daran, daß auch die Thronrede diese Schuld an die Bevölkerung anerkannt und namentlich eine Fürsorge für die besonders schwer getroffenen Schichten des Mittelstandes in Aussicht gestellt, ferner eine ausgreifende Tätigkeit auf dem Gebiete sozialer Wohlfahrtspflege angekündigt hat. Die bevorstehende Errichtung des Ministeriums für Volksgesundheit und soziale Fürsorge wird die Durchführung dieser Verheißungen dokumentieren. Der Ausbau der sozialen Schutzeinrichtungen ist desgleichen zu den nicht zu verschiebenden Notwendigkeiten in diesem Zusammenhang zu zählen. Die Würdigung, welche Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz dem Komplex der wirtschaftlichen Kriegs- und Friedensprobleme zuteil werden läßt, die Anschauungen, die er hiebei kundgibt, sprechen für eine moderne, zeitgemäße Denkungsart, die jeder begrüßen wird, der durch die schwere Schule des Krieges gegangen ist und die Erfahrungen der drei letzten Jahre mit richtigem Verständnis in sich aufgenommen hat.

...blatt

...druck-Beilage
...u im Bilde

...8—50. — Fernsprecher Gr. 4, 2826—2831.

6 Uhr morgens

...schossen.

Die Friedensaussichten der ungarischen Volkswirtschaft.

Aus Oesterreich-Ungarn wird uns geschrieben:

Auf Grund von Unterredungen mit einer Anzahl hervorragender Persönlichkeiten aus politischen und industriellen Kreisen Ungarns kann folgendes zusammenfassende Bild der Ansichten und Urteile über die mögliche Entwicklung der ungarischen Wirtschaft nach dem Kriege entworfen werden:

Die Landwirtschaft hat aus dem Kriege große Vorteile gezogen. Der Bauer ist reich geworden und hat viele Schulden zurückgezahlt. Die Vernachlässigung der Bodenbestellung wird sich bald nachholen lassen. Der Schweinebestand hat abgenommen, dagegen ist der Rindviehbestand numerisch nicht oder kaum zurückgegangen, mit Ausnahme der Gebiete, die vorübergehend unter der feindlichen Invasion gelitten haben; die qualitative Verschlechterung, die er durch Futtermangel erfahren hat, wird sich im Frieden bald wieder ausgleichen lassen. Einige von den neuen Kriegsindustrien werden die Exportfähigkeit der Landwirtschaft steigern.

Es wird zweifellos mit allem Nachdruck daran gearbeitet werden, den Hektarertrag zu erhöhen. Das wird durch vermehrte Düngung und Verbesserung des landwirtschaftlichen Apparates leicht möglich sein. Hierzu ist Kapital vonnöten. Wiewohl die Kapitalkraft der ungarischen Landwirtschaft gestiegen ist, wird sie dennoch nicht genügen; man erwartet die Beteiligung des deutschen Kapitals, das die Bedeutung der ungarischen Landwirtschaft für die Versorgung des deutschen Marktes erkannt hat. Allgemein wird auch die Notwendigkeit einer großzügigen Bodenbesitzreform anerkannt. Man muß den Bauern und den Landarbeitern die Möglichkeit des Bodenerwerbs geben, wenn man sie im Lande erhalten und die Auswanderung einschränken will. In den letzten zehn Jahren hat Ungarn durch die Auswanderung eine Million Menschen verloren. Eine Voraussetzung der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist freilich auch die Vermehrung der normalen Exportmöglichkeiten. In den letzten Jahren überstieg die Produktion der Monarchie in den wichtigsten Erzeugnissen nur selten den eigenen Bedarf, bei ungünstiger Ernte waren sogar Importe nötig. Nur große Ausfuhrmöglichkeiten zu günstigen Bedingungen bieten den Anreiz zu einer Produktionsvermehrung. Dies wäre der Fall, wenn Deutschland den Cerealien der Monarchie günstige Differenzialzölle bietet und möglichst viel landwirtschaftliche Erzeugnisse, die jetzt einem geringen Zoll unterliegen, auf die Freiliste setzt.

Auch die ungarische Industrie hat sich während des Krieges konsolidiert. Die Beteiligung der ungarischen Industrie an den Kriegslieferungen hat zu einer Zeit, wo fast die ganze Industrie Kriegsindustrie ist, große Wirkung geübt. Die ungarischen Textilfabriken waren relativ viel besser beschäftigt als die österreichischen. Auch verfügt die ungarische Industrie verhältnismäßig über viel mehr Rohstoffe aus der eigenen Landwirtschaft, zum Beispiel Wolle. In vielen Fällen konnten sogar Betriebserweiterungen vorgenommen werden; die Zahl der in Ungarn aufgestellten Spindeln hat sich trotz des Krieges vermehrt. Die Verteilung der Aufträge kam auch den andern Industrien zugute. Insbesondere hat die Metall-, die Maschinen-, die Werkzeug- und die Kautschukindustrie und namentlich die Mühlenindustrie sehr gute Gewinne erzielt. Die Zementindustrie, die in der ersten Periode des Krieges sehr beeinträchtigt war, erfreute sich im letzten Jahre infolge des militärischen Bedarfs einer sehr guten Konjunktur und mußte zu Betriebserweiterungen schreiten. Die eigentliche Rüstungsindustrie hat naturgemäß so große Gewinne erzielt, daß die Erweiterungen, Neuanlagen und Adaptierungen schon während des Krieges ganz oder fast völlig amortisiert werden konnten.

Die ungarische Industrie wird also finanziell konsolidiert und exportfähiger als früher — zumal für den Balkan — aus dem Kriege hervorgehen. Wird sie aber auch tatsächlich exportieren können? Das hängt freilich zum Teil von der Gestaltung der internationalen Verhältnisse ab. Günstig für Ungarn ist, daß ein sehr großer Teil der Exportindustrie, wie die Holzindustrie, die Mühlenindustrie, die Eisenindustrie, die Zucker- und die chemische Industrie, auf Rohstoffen beruht, die im Lande selbst erzeugt werden. Als ungünstig für den Wettbewerb sind höchstens die enorm gestiegenen Löhne zu bezeichnen sowie der Kohlenmangel, der durch die vorübergehende, aber noch nicht ganz gutgemachte Zerstörung der Siebenbürger Kohlenwerke gesteigert wurde. Bald nach Friedensschluß, vielleicht sogar während der Verhandlungen, dürfte sich der Export nach dem Balkan in die Wege leiten lassen.

Aber wie steht es mit dem Export nach den anderen Staaten? Welche Regelung der internationalen Handelsbeziehungen steht in Aussicht? Da muß man auf den Friedensvertrag warten, der auch wohl in wirtschaftlicher Beziehung den Frieden herstellen wird. Die Theorie ist nicht einig darüber, ob der Krieg die früher geltenden Handelsverträge bloß suspendiert oder ob er sie völlig aufhebt. Der Friedensvertrag wird darüber entscheiden. Sollte er die früheren Handelsverträge mit den feindlichen Staaten nicht wenigstens provisorisch in Kraft treten lassen, so würde er automatisch zu einer Differenzierung der Importzölle zwischen den beiden Mächtegruppen führen, da innerhalb jeder Gruppe die Vertragszölle, zwischen den Gruppen aber die autonomen Zollsätze gelten

...latt 14./VI. 1917 19
40

Neue Freie Presse
17. VII. 1917
72

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Die Industrie. Die Kriegsanleihe.

Wien, 16. Juni.

Der Krieg hat die Arbeitsbedingungen der Industrie von Grund aus umgestürzt; er hat neue Beschäftigung in ungeahntem Umfang gebracht, zugleich aber auch die technischen und kommerziellen Voraussetzungen der Erzeugung wesentlich verteuert, den Gewinn erhöht, jedoch für längere Zeit hinaus die Kosten der Produktion in steiler Kurve nach aufwärts umgebogen. Die höchsten Leistungen und auch die größten Dividenden hat der Krieg ermöglicht, sie sind aber nicht sorgenlos gepflückt, sondern mühsam und nach Ueberwindung schwerer Widerstände erreicht worden; die stetige Ausdehnung der Produktion hatte in den Vorräten an Naturprodukten und den verfügbaren Arbeitskräften ihre Schranke, und auch vor ganz unerwarteten Rückschlägen sind selbst solche Industrien nicht verschont geblieben, die im Mittelpunkt der Kriegskonjunktur zu stehen schienen. Der Gewinnausfall von $1^1/_2$ Millionen Kronen, den die Alpine Montangesellschaft im ersten Vierteljahr erlitten hat, ist von symptomatischer Bedeutung. Zufällige Umstände haben mitgewirkt, wie der abnorm strenge Winter, der die Förderung von Erzen im Tagbau erschwerte; die Verhältnisse haben sich aber auch im zweiten Quartal kaum geändert und man rechnet für diese mit dem Juni ablaufende Geschäftsperiode mit einer ähnlichen Verminderung des Reingewinnes. Die Alpine Montangesellschaft ist nicht in der gleichen Lage wie die nördlichen Werke; bei ihr, die der stärkste Roheisenerzeuger ist, spielen die älteren, noch zu verhältnismäßig niedrigeren Preisen getätigten Schlüsse eine größere Rolle; eine Ausgleichung könnte nur durch eine volle Entfaltung der Erzeugung gefunden werden, der durch die Verhältnisse des Krieges ihre Grenzen gesetzt sind. Andere mit der Eisenverarbeitung zusammenhängende Industrien haben verschiedenartige Anregungen erhalten, sich auf neue Erzeugungen geworfen, ihre Gewinne im Kriege stark vergrößert und ein Abstieg ist bei ihnen noch nicht sichtbar. Manche der im Kriege vollzogenen Erweiterungen und Neuanlagen werden, soweit sie ausschließlich für die Herstellung von Kriegsartikeln bestimmt sind, in späterer Zeit kaum zureichende Beschäftigung finden und aus den erhöhten Gewinnen abgeschrieben werden müssen, überwiegend werden aber die Investitionen auch in der künftigen Friedenswirtschaft ihre Dienste tun und die Erzeugungsfähigkeit dieser Werke erhöhen. Weiterblickende Industrielle sind sich allerdings bewußt, daß sie die gleißenden Kriegsgewinne mit einer bleibenden Verteuerung der Erzeugung werden bezahlen müssen. Die bis vor drei Jahren unausgesetzte Herabdrückung der Gestehungskosten ist durch den Krieg jäh unterbrochen worden. Mit höheren Löhnen, wesentlich größeren Abgaben und teuren Materialpreisen wird die Industrie noch manche Jahre zu rechnen haben, wenn selbst die Erinnerung an die Kriegskonjunktur längst verblaßt sein wird; die Rücklagen, welche die Werke aus den Gewinnen der jetzigen Ausnahmsjahre anlegen, sind ein Gebot unbedingter Notwendigkeit, um in der Zukunft die von allen Wechselfällen unabhängige Position behaupten zu können.

Zu den Industrien, die im Kriege und durch den Krieg einen starken Anstoß für eine Entwicklung ihrer Tätigkeit erfahren haben, gehört die Fabrikation von Kraftwagen aller Art. Vor dem Kriege stand die österreichische Automobilindustrie sehr bescheiden in der zweiten Reihe. Einzelne Etablissements erzeugten zwar bereits ein erstklassiges, den fremden Marken ebenbürtiges Vehikel, die Produktion war aber teuer und ungleichmäßig, die feinen Wagen wurden noch überwiegend aus dem Auslande, aus Deutschland, England, Amerika, Frankreich und Italien bezogen. Im Kriege haben diese Importe durch die allgemein erlassenen Ausfuhrverbote ganz aufgehört, die inländischen Automobile mußten fast zur Gänze für Heereszwecke dienstbar gemacht werden. Nach der amtlichen Zählung bestanden in Oesterreich während des Jahres 1913 im Privatbesitze 12.234 Automobile, 9486 Motorfahrräder, ferner im öffentlichen oder subventionierten Privatverkehre 216 Postautos. Die meisten dieser Kraftfahrzeuge wurden eingezogen und in den Dienst des Krieges gestellt. Die neue Erzeugung wurde mit forcierter Kraft und fieberhafter Eile aufgenommen. Alle Automobilfabriken haben ihre Einrichtungen wesentlich vergrößert, einzelne Neuanlagen sind entstanden, die Investitionstätigkeit ist in der Industrie überhaupt nicht zum Stillstande gelangt. Die Leistungsfähigkeit der österreichischen Automobilindustrie hat sich im Kriege mindestens verzehnfacht. Die Aufträge sind bei allen Automobilfabriken sehr groß und beschäftigen die Anlagen bis zur vollen Höhe der Produktionsfähigkeit, die allerdings vorübergehend mit Rücksicht auf die Materialfrage, insbesondere wegen der Schwierigkeit einer Beschaffung guter Reifen für die Räder, nicht immer voll ausgenützt werden konnte. Die meisten Automobilfabriksgesellschaften haben ihr Kapital im Kriege bedeutend vermehrt. Neue große Unternehmungen sind im Bau, welche auf Massenbetrieb, auf serienweise Erzeugung der gleichen Typen zu relativ mäßigen Preisen hinzielen, die größte unter diesen ist die Anlage der Steyrer Waffenfabrik, die im nächsten Jahre vollendet werden dürfte. Auch Betriebskonzentrationen zur Verbilligung der Erzeugungskosten sind auf dem Wege; am weitesten vorgeschritten scheinen die Bestrebungen zur Anbahnung einer solchen engeren Angliederung zwischen den Daimler-Werken und den Fiat-Werken zu sein.

Reichliche Beschäftigung ist den Automobilfabriken wohl noch für lange Zeit hinaus gesichert. Die Verringerung des Pferdestandes durch den Krieg wird erst nach manchen Jahren ausgeglichen werden können. Der Futtermangel und die geschwächte Leistungsfähigkeit der Zugpferde führen von selbst zu einer vermehrten Verwendung von Wagen mit mechanischem Antrieb, zumal die Materialien, insbesondere das Benzin, in genügenden Mengen im Lande gewonnen werden, und der Gebrauch von Motorfahrzeugen bei uns vorher nur in einem wenig vorgeschrittenen Stadium der Entwicklung war. Zwar wird mit dem Kriege der große Neubedarf für das Heer aufhören, die einberufenen Fahrzeuge werden aus dem Felde und den Etappenräumen zurückkehren. Allein sehr viele dieser durch drei Kriegsjahre unausgesetzt angestrengt verwendeten Wagen werden in ganz unbrauchbarem oder stark beschädigtem Zustande den Eigentümern zurückgegeben werden, es wird wohl kein Automobil geben, das nicht ausgiebig reparaturbedürftig wäre, trotz des bedeutenden Zuwachses in den Kriegsjahren wird die Zahl der brauchbaren Kraftwagen kaum größer sein als ehedem, während der Bedarf namhaft gestiegen ist und noch wächst. Auch sind im Kriege fast nur Lastenautos hergestellt worden, der Bau von Personen- und Luxuswagen ist ganz stillgestanden und nach diesen wird sich, angeregt durch die großen Kriegsgewinne, sofort starke Nachfrage geltend machen. Manche Personenwagen sind für Sanitätsdienste umgestaltet worden und können für den alten Zweck kaum mehr verwendet werden. Personen- und Lastwagen haben durch die starke Abnützung, die schlechten Straßen, die ungeeigneten Betriebsstoffe und Schmiermaterialien ungewöhnlich gelitten. So werden die Automobilfabriken im Frieden noch für geraume Zeit um Beschäftigung sich nicht zu sorgen brauchen. Allerdings ist auch die ausländische Konkurrenz nicht stillgestanden, insbesondere hat sich die amerikanische Automobilindustrie ungemein ausgedehnt. Die Fabriken in den Vereinigten Staaten wurden im Kriege so gut wie gänzlich den militärischen Zwecken der Entente dienstbar gemacht und werden jetzt für die eigene Rüstung des Landes stark herangezogen. Die amerikanische Industrie wäre aber, wenn normale Verhältnisse wieder herrschen, nach der Größe ihrer Anlagen imstande, ganz Europa mit Fahrzeugen zu versehen, vorausgesetzt, daß der nötige Schiffsraum für die Versendung vorhanden wäre, was allerdings vorerst unwahrscheinlich ist. Die österreichischen Automobilwerke werden bestrebt sein, für den Export nach dem Balkan zu liefern, werden aber in erster Linie ihr Augenmerk darauf richten, sich den heimischen Markt zu sichern. Die Abwehr der Konkurrenz der westlichen Länder ist das wichtigste Ziel, das die Automobilindustrie bei der Vorbereitung der künftigen Handelspolitik geltend machen wird.

Die Industrie ist der stärkste Zeichner der Kriegsanleihe geblieben, von den vielen Milliarden ist der überwiegende Teil aus dem an industriellen Unternehmungen interessierten Kapital aufgebracht worden. Die verlängerte Zeichnungsfrist der sechsten Kriegsanleihe geht am nächsten Freitag zu Ende. Die Erstreckung war schon aus technischen Gründen notwendig, viele Anmeldungen, insbesondere die ganz neuartigen Versicherungszeichnungen, bei denen der Subskribent außer den normalen Einzahlungen auf die Polizze überhaupt kein Bargeld aufzubringen hat, bedürfen zu ihrer Durchführung eines langgestreckten Zeitraumes. Einen günstigen, alles Vorausgegangene übertreffenden Erfolg hat der ungarische Finanzminister für seine Emission gestern festgestellt; ein solcher ist bei Anspannung aller Kräfte auch der österreichischen Anleihe gewiß. Die Vermögenssteuer, deren Grundzüge Finanzminister Dr. v. Spitzmüller in seinem Exposé gekennzeichnet hat, muß ein neues Motiv für die Zeichnung von Kriegsanleihe bilden. Wenn die Steuer, wie es heißt, in den höchsten Stufen 20 bis 25 Prozent des Kapitals betragen und in zehn Jahresraten abgestattet werden soll, so würde dies für jedes dieser Jahre eine Schmälerung des Einkommens um 2 bis $2^1/_2$ Prozent bedeuten. Für Einlagen bei Sparkassen oder Banken sind jetzt Zinsen von $3^1/_2$, höchstens $3^3/_4$ Prozent zu erzielen; Kriegsanleihe wirft für das Kapital ein Jahreseinkommen von $6^1/_4$ Prozent ab. Durch die Zeichnung von Kriegsanleihe ist also der Kapitalist in der Lage, die Vermögenssteuer ganz aus dem Einkommen zu bezahlen, den gleichen Ertrag, wie ihn Sparkasseneinlagen geben, zu erzielen und sein Vermögen unvermindert zu erhalten. Die Ausgleichung der Kriegsfolgen muß naturgemäß eine namhafte Schmälerung des Einkommens bewirken; der Krieg muß auf der anderen Seite dazu zwingen, auf eine Erhöhung des Einkommens bedacht zu sein, wie sie nur die Kriegsanleihe mit ihren hohen Zinsen und ihrer größten, alle anderen Anlagen überragenden Sicherheit bieten kann. Deshalb sollte jeder, der noch nicht gezeichnet hat, die letzten fünf Tage zur Nachholung ausnützen; die Erwerbung der Kriegsanleihe ist nicht nur unbedingte Standespflicht, sondern auch die vorteilhafteste Anlage. Zeichnet die Kriegsanleihe noch in letzter Stunde, Ihr werdet dem Staate nützen und Euer eigenes Interesse am besten fördern!

Neue Freie Presse

20./VI. 1917

Das Volkseinkommen Oesterreichs und Ungarns.

Von **Dr. Viktor Mataja.**
Präsident der k. k. Statistischen Zentralkommission.

Wien, 19. Juni.

In einer in der Statistischen Monatsschrift veröffentlichten Arbeit versucht Friedrich v. Fellner in Budapest eine ziffermäßige Feststellung des Volkseinkommens Oesterreichs und Ungarns. Der Abhandlung ist durch die ungarische Akademie der Wissenschaften eine besondere Anerkennung zuteil geworden: sie erhielt jenen Preis zugesprochen, der für das in den Jahren 1912 bis 1916 erschienene vorzüglichste und ein Problem von praktischer Bedeutung für das wirtschaftliche Leben behandelnde Werk ausgeschrieben war.

Fellner ist kein Neuling auf dem Gebiete; seit Jahren beschäftigt ihn schon das Streben, große zahlenmäßige Ausdrucksformen für die Wirtschaftskraft der Monarchie und ihrer Teile zu finden. Das vorhergehende, umfassende Unternehmen galt dem Volksvermögen, nunmehr ist, wie gesagt, das Volkseinkommen an die Reihe gekommen.

Bei Absteckung seines Zieles stellt sich der Verfasser auf einen streng volkswirtschaftlichen Standpunkt: er will nicht die irgendwie, namentlich mit Hilfe der Steuerstatistik erkennbaren Einzeleinkommen zusammenrechnen, sondern eine unmittelbare Bestimmung der jährlich neugewonnenen Güter ihrem Geldwert nach unternehmen.

Zu diesem Zwecke hält er Rundschau über die mannigfachen Zweige der Volkswirtschaft, verringert schon zur Vermeidung von Doppelzählungen den für die einzelnen Gebiete ermittelten Rohertrag, um zu dem für sie geltenden wirklichen Wertzuwachs zu gelangen, und zieht schließlich die Beträge in Rechnung, die jährlich als Zinsen, Renten und dergleichen ans Ausland zu entrichten sind oder von diesem hereingelangen.

Das gesamte jährliche Volkseinkommen — oder anders ausgedrückt, die erzeugten Güter in Geld umgerechnet — machte hienach (am Schlusse der Friedenszeit!) bei Oesterreich 12·8, bei den Ländern der ungarischen Krone 7·3, zusammen rund 20 Milliarden Kronen aus. Auf die Urproduktion (einschließlich Bergbau und Hüttenwesen) entfallen hievon auf Oesterreich 36 Prozent seines Anteiles, das ist 4·6, bei Ungarn 64 Prozent seines Einkommens, das ist 4·7 Milliarden; auf die gewerbliche Tätigkeit bei Oesterreich 44 Prozent seines Einkommens oder 5·7, bei Ungarn 23 Prozent oder 1·7 Milliarden; auf Handel und Transport bei Oesterreich 15 Prozent seines Einkommens oder 1·9, bei Ungarn 10 Prozent oder 0·7 Milliarden; auf Guthaben ans Ausland (das andere Staatsgebiet der Monarchie und Zollausland) für Zinsen bei auswärts untergebrachtem Kapital, Auswandererverkehr u. a. bei Oesterreich gegen 5 Prozent oder 0·6, bei Ungarn über 2 Prozent oder 0·2 Milliarden. Dagegen bestehen aber noch aus den gleichen Titeln Verbindlichkeiten ans Ausland, bei Oesterreich auf 0·2, bei Ungarn auf 0·5 Milliarden veranschlagt. Das reine Einkommen ermäßigt sich sohin gegen das gesamte bei Oesterreich auf 12·6, bei Ungarn auf 6·7, zusammen 19·3 Milliarden.

Gegenüber dem Zollausland weist die Monarchie als einheitliches Wirtschaftsgebiet — also bei Vernachlässigung der wechselseitigen Schuldverhältnisse zwischen Oesterreich und Ungarn — bei der Post Zinsen usw. nur einen kleinen Fehlbetrag von 20 Millionen aus.

Fellner hat sich wahrlich die Sache nicht leicht gemacht. Er kämpft sich durch die verschiedenartigsten Quellenwerke hindurch, nimmt sich mit aller Liebe auch der vergleichsweise geringfügigen Posten an und arbeitet mit einem Heer von tausenden Zahlen. Sein Werk steht, was die Einläßlichkeit der Untersuchung anbetrifft, ohne Gegenstück da. Wo ihn der Stoff im Stiche läßt, strebt er durch Schätzungen und mittelbare Wege der Schwierigkeiten Herr zu werden, so daß er, so sehr auch oft auf den ersten Blick jeder Ausgang verschlossen erscheint, doch immer einen Pfad, einen Griff entdeckt, um vorwärts zu dringen.

Die Steige, die er dabei wandelt, sind freilich manchmal so kühn geführt, daß ein vorsichtiger Leser öfter lieber umkehren möchte; aber selbst dort, wo der Abgrund nicht allzusehr in die Nähe rückt, sind die Stellen für einen ganz verläßlichen Tritt nur spärlich gesät. Minder bildhaft gesprochen: das Unsichere überwiegt weitaus das Sichere. Es ließe sich daher auch so ziemlich über jeden Teil der weiten, weiten Rechnung streiten. Ihrem Wesen nach würde sie eine Produktionsstatistik, und zwar eine erschöpfende, entwickelte mit Mengenangaben und Wertziffern voraussetzen. Eine solche besteht aber nur in beschränktem Maße, allenfalls hinsichtlich der Ernte, der Forstwirtschaft, des Bergbaues und Hüttenwesens, der Jagd, Seefischerei, einiger einer besonderen Steueraufsicht unterliegenden Industrien, und besitzt nicht durchwegs den wünschenswerten Grad von Vollkommenheit; für Ungarn kommen auch noch zwei ältere Aufnahmen der fabriksmäßigen Erzeugung in Betracht. Der wundeste Punkt, namentlich für Oesterreich schon wegen der ausschlaggebenden Bedeutung, ist die Ermittlung des Wertes der gewerblichen Erzeugung. Hier hilft sich Fellner, was die nicht bei der Verbrauchsbesteuerung erfaßte Fabriksindustrie anbelangt, durch Heranziehung der für die Unfallversicherung angerechneten Lohnbeträge und Anwendung von durch sachmännische Schätzung beschafften Schlüsseln, die über das Verhältnis von Lohn zum Wert der fertigen Erzeugnisse in den einzelnen Gewerbezweigen Aufschluß geben; aus der Vervielfachung der Lohnsummen mit den Schlüsseln ergibt sich sohin der Bruttowert der Erzeugung. Hievon werden sodann Abzüge für verbrauchte Heizmittel, für Abnützung der Maschinen, für die bereits bei Behandlung der Urproduktion und der Vorindustrien in Rechnung gezogenen Rohstoffe und Halbfabrikate gemacht — Abzüge, für deren Bezifferung namentlich die früheren ungarischen fabriksindustriestatistischen Aufnahmen Anhaltspunkte gewähren. Für die Bewertung der handwerksmäßigen Erzeugung werden Ermittlungen der Steuerstatistik herangezogen.

Angesichts der großen Grundfragen der Schätzung möchte ich nicht an Dingen mäkeln, die daneben beschränkte Bedeutung besitzen, zum Beispiel, daß die Pferdezucht zu kurz gekommen ist, weil bei der Viehhaltung nur Fleisch, Milch, Wolle und Dünger veranschlagt sind, daß bei der Zerlegung der gewerblichen Tätigkeit in fabriks- und handwerksmäßige Betriebe die Unfallversicherung keine einwandfreie Grenzlinie bietet und die Baugewerbe nicht genügend berücksichtigt wurden, daß über die Behandlung der Beiträge zu den gemeinsamen Angelegenheiten bei der Berechnung der Volkseinkommen Vorbehalte zu machen wären.

Wichtiger erscheint, folgendes zu betonen. Um eine Arbeit wie die Fellners wirklich befriedigend leisten zu können, dazu reichen die heutigen statistischen Einrichtungen einfach nicht aus. Damit sei aber der Wert der Arbeit selbst nicht geleugnet. Zweifellos liegt ein dringendes praktisches wie wissenschaftliches Bedürfnis danach vor, zu einem Gesamtausdruck der wirtschaftlichen Kräfte eines Staates zu gelangen, und heute mehr denn je, wo wir das Ganze einzusetzen haben, um das Ganze zu erhalten und zu schirmen. Wir brauchen jetzt unsere volle Leistungsfähigkeit und haben eben deshalb aber auch einen Einblick in sie sehr nötig. Die Deutlichkeit der Vorstellung wird aber ungemein gehoben, wenn sie sich, wenngleich auf nur beiläufige, jedoch bestimmte Zahlen stützen kann. Mit Recht beruft sich auch Fellner, der die Schwächen der Darstellung natürlich weder selbst verkennt noch verschweigt, darauf, daß es sich bei dem Versuch einer Schätzung des Volkseinkommens gar nicht um mathematische Genauigkeit handle.

Wir müssen daher auch dankbar sein, wenn eine Arbeit wie die in Rede stehende geleistet wird, so gut es eben dem Verfasser möglich ist. Sie mag sich ferner auf den freilich etwas gefährlichen Trost berufen, daß Fehler und Ungenauigkeiten bei der Fülle der Ansätze einigermaßen sich wechselseitig aufheben, daß die Rechnung somit der Wahrheit näher kommt, als es vielleicht die Beschaffenheit jeder einzelnen Post für sich genommen zuließe. Wir haben dem Verfasser alle Anerkennung dafür zu zollen, daß er die schwierige Aufgabe entschlossen angepackt und eine Arbeit geliefert hat, welche die Kritik anregt und Fortschritten in der Zukunft die Wege ebnet.

Berechnungen wie die vorliegende haben aber auch den Vorteil, daß sie anschaulich auf die großen Lücken aufmerksam machen, die gegenwärtig bei den Einrichtungen zur Erfassung des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens bestehen. Sie lassen schmerzlich, aber hoffentlich heilsam empfinden, wie viele Erkenntnisse uns noch über Dinge von geradezu grundlegender Bedeutung fehlen. Sie erinnern an die Umwege, die man für frühere Zeiten und auch heute noch für zurückgebliebene Gebiete einschlagen muß, um mit Hilfe der ermittelten Zahl der Wohnstätten, verzeichneten Todesfälle u. dgl. und unter Anwendung bestmöglich bestimmter Umrechnungsziffern auf die Bevölkerungszahl zu kommen, während die fortgeschrittenen Staaten der Gegenwart über geordnete Volkszählungen als festen Besitz verfügen. Gleichwie hier also regelrechte und planmäßige Ermittlung an Stelle von Rückschlüssen und mit Unsicherheiten durchsetzten Ableitungen getreten ist, wird es wohl auch in anderen Beziehungen ergehen. Wir gönnen daher vom Herzen der Fellnerschen Arbeit die Anerkennung der Budapester Akademie, hoffen aber um so mehr, daß die Grundlagen einer so anregenden und so viel Wissenswertes erschließenden Berechnung eine durchgreifende Verbesserung erfahren mögen. Gerade in dieser Richtung hat uns die Kriegszeit ja manches gebracht: Bestrebungen zur Verbesserung der Ernteerhebungen, produktionsstatistische Feststellungen, Bestandsaufnahmen — noch läßt sich nicht alles überblicken, was vorgenommen wurde, noch weniger, was weiter erhalten und ausgebaut werden wird. Nicht verschwiegen soll werden, daß Fellner sich wiederholt genötigt sieht, für Oesterreich fehlende Ermittlungen durch Herübernahme von für Ungarn erhobene Zahlen zu ersetzen.

Zum Schlusse sei noch darauf verwiesen, daß wir Feststellungen wie die Fellnerschen nicht zu scheuen haben. Wir gehörten hienach nicht zu den reichsten, aber auch keineswegs zu den armen Leuten. Wir standen auch nicht stille. 1861 hatte unser verdienter Czoernig den Jahreswert der Produktion der gesamten Monarchie in ihrem damaligen Umfang mit 3·4 Milliarden Gulden angegeben; Fellner ist, wie gesagt, unter strenger Beschränkung auf den Reinertrag auf rund 19 Milliarden Kronen gekommen — bei aller Verschiedenheit des Wertes des Geldes und der Ermittlungsart ein augenfälliger Fortschritt. Die jährlichen Ersparnisse Oesterreichs und Ungarns aus den erzielten Reinerträgen, abgesehen von der Zunahme des Verkehrswertes des Grundbesitzes, schätzt Fellner auf 2·7 Milliarden Kronen. Auch das ist kein Linsengericht. Der Krieg hat freilich die Entwicklung unterbrochen und nötigt zu einem Neuaufbau auch der Zahlen. Wir haben nicht mehr, was wir hatten. Wir sind aber, wie eben diese Zahlen lehren, nicht als Schwächlinge in den harten Kampf eingetreten, emsiger Arbeit kann, muß es gelingen, die Einbußen wieder auszugleichen.

Abendbl. 26/VII. 1917 II

Deutsch-Österreichisch-Ungarischer Wirtschafts-Verband

79

Dr. Ernst Rusicka

überreicht zwei Anträge zur „Entlastung der mitteleuropäischen Diskont- und Kriegssteuerpolitik", und zwar einen Gesetzentwurf über eine Kapitalsteuer sowie einen mitteleuropäischen Währungsvertrag. Nach den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Antragstellers wird beschlossen, diese Anträge den Präsidien der drei Wirtschaftsverbände mit dem Auftrage zu überweisen, darüber einer der nächsten Tagungen Bericht zu erstatten.

Kaiserlicher Rat Ernst Krause (Wien)

spricht über die Berichte der Kriegszentralen. Diese lesen sich recht schön, doch sehen wir dabei nicht die Kehrseite der Medaille: die riesigen Schäden, die in der Privatwirtschaft angerichtet wurden. Wer ein Herz für den Mittelstand hat, kann nicht gutheißen, daß die Negligierung von Handel und Industrie auch nach dem Kriege anhalte.

Handelskammerpräsident Kaempfert (Halberstadt)

behandelt vor allem Arbeiterfragen. Was die Valutafrage betrifft, wird diese wohl durch die Wiederherstellung des Exports erfolgen. Die Hauptsache sei, daß Handel und Industrie sobald als möglich von der staatlichen Bevormundung befreit werden.

Kaiserlicher Rat Dr. Friedrich Fischl (Prag)

erörtert die Schwierigkeiten des gemeinsamen Vorgehens der Uebergangswirtschaft, namentlich soweit dabei der staatliche Einfluß sich geltend macht. Sodann befürwortet Redner die Errichtung von Auslands-Handelskammern. Schließlich bringt er noch Spezialfragen der Getreideeinfuhr zur Sprache und reicht eine Resolution im Interesse des Schutzes des Getreidehandels ein.

Die Schlußrede.

Vorsitzender Paasche: Meine Herren! Wir sind am Ende unserer Diskussion angelangt, da sich niemand mehr zum Worte gemeldet hat. Es ist schneller gegangen, als mancher gefürchtet hat, und trotz des bekannten Grundsatzes, daß man am längsten redet, wenn man einig ist (Heiterkeit), haben wir doch heute zu konstatieren, daß auch bei der Kürze der Diskussion eine durchaus erfreuliche Einstimmigkeit in unseren Ansichten aus allen Referaten herauszuhören war. Die meisterhaften Referate, die wir gestern und heute zu hören Gelegenheit hatten, haben uns gezeigt, welche großen Schwierigkeiten die Frage der Uebergangswirtschaft bietet, sie haben aber auch die Wege gezeigt, auf denen man imstande sein wird, zum Ziele zu gelangen, und es wurde mit erfreulicher Einmütigkeit festgestellt, daß wir aus der Staatswirtschaft herauskommen wollen und wieder hineinkommen wollen in die individuelle Wirtschaft. Wir wollen eine freie Betätigung der freien Kräfte, wir wollen den freien Kräften freien Spielraum gewähren. (Beifall.)

Nur gegen die Ausführungen eines Redners möchte ich einen Widerspruch laut werden lassen. (Hört! Hört!) Herr Hofrat Eber hat gegen unsere deutsche Regierung den ziemlich scharfen Vorwurf erhoben, daß wir nicht imstande gewesen sind, daß wir nicht Opfer gebracht haben, um die Valuta zugunsten Oesterreich-Ungarns festzuhalten, zu sichern. Ich glaube, man darf zu Ehren der deutschen Regierung feststellen, daß die Bemühungen, die sie unternommen hat, die Valutafrage zu regeln, nicht bloß theoretisch waren, sondern Hunderte von Millionen geopfert hat, um die Differenzen aufzuheben. Sie mögen bedenken, daß wir, ein Land mit einer Fülle von Verträgen für das Ausland, ein Land, das — nach England — den zweitgrößten Welthandel hatte, ungeheuere Opfer bringen mußte, um seine Valuta aufrechtzuerhalten dem neutralen Auslande gegenüber, und dabei nicht imstande war, bei den großen Opfern, die es gebracht hatte, noch weitere Opfer zu bringen, (So ist's!), noch weitere Opfer, die wir für unsern braven, tapferen Bundesgenossen gewiß gerne gebracht hätten. (Zustimmung.) Ich glaube, meine Herren, der Vorwurf war ja nicht so schroff gemeint, aber ich halte es für meine Pflicht und halte mich für berechtigt darauf hinzuweisen, daß unsererseits nichts unversucht blieb, um die Opfer, die sich unserem Verbündeten aufbürdeten, möglichst gering zu gestalten. (So ist's!) Im übrigen darf meines Erachtens die Sache auch nicht so pessimistisch beurteilt werden. Ich glaube, wir brauchen nicht zu künstlichen Experimenten unsere Zuflucht zu nehmen, um die Valuta besonders in dem Verhältnis zwischen unseren beiden Monarchien in eine günstigere Lage zu bringen.

Was die von den drei Referenten vorgelegte Entschließung betrifft, ist diese ja im gemeinsamen Einvernehmen erfolgt und dürfte daher einstimmige Annahme finden. (So ist's!) Den Zusatzantrag Fischl, der für die Getreidebranche eine besondere Behandlung fordert, glaubt der Vorsitzende ablehnen zu müssen, da sonst auch die übrigen Branchen ähnliche Forderungen stellen könnten. (Zustimmung.) Dagegen steht der Annahme des Antrages Heine nichts im Wege, daß eine zukünftige Tagung die Frage des wirksamen Schutzes unserer Staatsangehörigen im feindlichen Auslande eingehend erörtern möge.

Die Tagung beschließt in diesem Sinne.

Präsident Dr. Paasche spricht zum Schlusse vor allem der ungarisch-deutschen Wirtschaftsvereinigung Dank für die so gelungene Veranstaltung der Tagung aus, und gibt seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß diese erste Tagung des ungarisch-deutschen Verbandes einen so schönen Erfolg hatte.

Ganz besonders dankt er aber dem ungarischen Präsidenten Dr. Baron Julius v. Madarassy-Beck und dem ungarischen Bureau für ihre großen Bemühungen um das Gelingen der Tagung.

Im Namen der österreichischen Teilnehmer schloß sich Reichstagsabgeordneter Max Friedmann diesem Dank an.

Präsident Dr. Baron Julius Madarassy-Beck quittierte diese Anerkennung in einer in herzlichen Worten gehaltenen Schlußrede, in der er auch der großen Verdienste der drei Vereinssekretäre Dr. Brandt, Prof. Krobatsch und Sigmund Lányi gedachte. Damit waren die Beratungen beendet.

•

Die Budapester Korrespondenz meldet: Anläßlich ihrer gemeinsamen Tagung in Budapest haben der deutsch-österreichisch-ungarische, der österreichisch-deutsche und der ungarisch-deutsche Wirtschaftsverband folgendes Telegramm an den König gerichtet:

Sr. Majestät König Karl, Wien, Hofburg. Die zur Besprechung der gemeinschaftlichen Wirtschaftsinteressen am 23. Juni in der Haupt- und Residenzstadt Budapest versammelten ungarischen, deutschen und österreichischen Wirtschaftsverbände bitten Ew. Majestät, als den höchsten Protektor jeder wirtschaftlichen Tätigkeit, ihre ehrfurchtsvolle Huldigung gnädigst annehmen zu wollen und sind von der festen Zuversicht durchdrungen, daß nach dem siegreichen Abschlusse des gemeinsam geführten Verteidigungskrieges auch auf wirtschaftlichem Gebiete die Grundlagen gemeinsamer Arbeit geschaffen werden.

Baron Julius Madarassy-Beck,
Präsident, Reichstagsabgeordneter.

Von seiten der Kabinettskanzlei ist aus Laxenburg folgende Antwortdepesche eingetroffen:

Hochwohlgeboren Herrn Reichstagsabgeordneten Baron Julius Madarassy-Beck. Se. kaiserlich und apostolisch königliche Majestät geruhten die Huldigung der in seiner Haupt- und Residenzstadt Budapest zur Besprechung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen versammelten deutschen, österreichischen und ungarischen Wirtschaftsverbände mit freundlichem Danke entgegenzunehmen und wünschen Ihren Beratungen, die auch auf wirtschaftlichem Gebiete die Vorbedingungen gemeinsamer Arbeit schaffen wollen, vollen Erfolg.

Auf allerhöchsten Befehl: Baron Nagy.

An den Deutschen Kaiser wurde folgende Depesche abgeschickt:

An Se. Majestät den Deutschen Kaiser, Großes Hauptquartier.

Die am 23. Juni in der Haupt- und Residenzstadt Budapest zur Beratung der gemeinsamen Wirtschaftsinteressen versammelten deutschen, österreichischen und ungarischen Wirtschaftsverbände, welche die zuversichtliche Hoffnung hegen, daß der gemeinsam geführte Verteidigungskampf mit seinem siegreichen Ende den Grund gemeinsamer Arbeit auch auf wirtschaftlichem Gebiete legen werde, bringen Ew. Majestät, als dem obersten Schirmherrn aller volkswirtschaftlichen Tätigkeit, ehrfurchtvolle Huldigung dar.

Für die Huldigung ließ der Deutsche Kaiser in folgender Depesche danken:

Se. Majestät der Deutsche Kaiser lassen den dort versammelten Wirtschaftsverbänden der deutschen, österreichischen und ungarischen in Treue verbündeten Mächte für den freundlichen Gruß herzlich danken.

Geheimer Kabinettsrat v. Valentini.

Zu Ehren der Vorstände des Deutschen und Oesterreichischen Wirtschaftsverbandes veranstaltete der Vizepräsident des Ungarisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes, Reichstagsabgeordneter Baron Julius Madarassy-Beck am Sonntag im Union-Klub ein Mittagessen, zu welchem erschienen waren: der deutsche Generalkonsul Graf Fürstenberg, Ministerpräsident a. D. Graf Karl Khuen-Héderváry, Finanzminister Dr. Gustav Gratz, Staatssekretär Baron Wilhelm Lers, Herrenhausmitglied v. Ginzkey, Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy, der Präsident des Deutschen Verbandes Geheimrat Professor Paasche, der Präsident des Oesterreichischen Verbandes Reichsratsabgeordneter Friedmann, die Vizepräsidenten des Ungarisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes Baron Moritz Kornfeld, Hofrat Franz v. Heinrich, Abgeordneter Johann v. Pirkner, Reichstagsabgeordneter Dr. Gustav Stresemann, Direktor Prof. Friedrich v. Fellner, Burggraf zu Dohna, der Vertreter des deutschen Großen Generalstabes, die Ministerialräte Dr. Gustav v. Emich, v. Dubravßky und Dr. Hußár, Magistratsrat Dr. Harrer, Baron Paul Kornfeld und andere.

Graf Karl Khuen-Héderváry begrüßte in herzlichen Worten die deutschen Gäste und versicherte sie der Innigkeit jener Anhänglichkeit, mit welcher Ungarn den deutschen Bundesgenossen zugetan ist. Im Namen der deutschen Gäste dankte Geheimrat Professor Paasche, der sein Glas auf Baron Madarassy-Beck erhob, im Namen der Oesterreicher Abgeordneter Friedmann. Baron Julius Madarassy-Beck ließ den Finanzminister Dr. Gratz hochleben, der bei den Tagungen der Wirtschaftsverbände viele Jahre hindurch wertvolle Arbeit geleistet hat. Finanzminister Dr. Gustav Gratz sprach über die Wichtigkeit der Detailarbeit der Wirtschaftsverbände, auf deren Gedeihen er sein Glas erhob. Geheimrat Dr. Rießer gab in einem überaus beifällig aufgenommenen Trinkspruch der Hoffnung Ausdruck, daß die Vertiefung der Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn, zu der die Tagung der Wirtschafsverbände in hohem Maße beitrug, in Zukunft noch größer werden wird. Er ließ den Bürgermeister der ungarischen Haupt- und Residenzstadt Dr. Bárczy hochleben. Zum Schlusse hielt der deutsche Abgeordnete Dr. Stresemann eine längere Rede, in der er hervorhob, wie notwendig es von seiten Deutschlands sei, den ungarischen Bundesgenossen entsprechend kennen und schätzen zu lernen und erhob sein Glas auf die Leiter der drei Wirtschaftsverbände Brandt, Professor Kobatsch und Lányi.

•

Abends 9 Uhr fand im „Hotel Hungaria" der von der Haupt- und Residenzstadt Budapest veranstaltete Empfang statt. Als Hausherr fungierte Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy, der in liebenswürdigster Weise die Honneurs machte. Die große Schar der Gäste füllte beide großen Speisesäle. Die Gesellschaft blieb bis Mitternacht in animiertester Stimmung beisammen und war voll des Lobes über die glänzende Gastfreundschaft der Hauptstadt.

Neues Pester Journal
26/IV. 1917

80

wird — heute die Urtheilsfällung stattgefunden. Rónay wurde des Verbrechens des Diebstahls schuldig gesprochen und zu einem Jahre und sechs Monaten Kerker verurtheilt; seine Frau wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt sowohl als der Verurtheilte appellirten.

Der Kapitalist.

Mitteleuropäischer Wirthschaftsverband.

— Zweiter Konferenztag. —

Die Berathungen des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirthschaftsverbandes wurden gestern unter reger Betheiligung fortgesetzt und beendet. Gegenstand der Erörterung bildeten verschiedene Fragen der Uebergangswirthschaft. Die Ausführungen des österreichischen Referenten Dr. Friedrich Herz und des ungarischen Referenten Dr. Friedrich v. Fellner wurden mit großem Interesse aufgenommen. Einen breiten Raum der Erörterung nahm die Valutafrage in Anspruch, wobei es zu interessanten Kundgebungen kam. Die Berathungen nahmen folgenden Verlauf:

Den Vorsitz führten abwechselnd Dr. Baron Julius Madarassy-Beck und Geheimer Regierungsrath Dr. Paasche. Zunächst kam der österreichische Referent Dr. Friedrich Herz zu Worte, der u. A. ausführte, daß die natürliche Interessenverknüpfung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands bereits im Frieden zu einer ziemlich weitgehenden Uebereinstimmung ihrer wirthschaftlichen Gesetzgebung geführt hat, dies ist daher auch für die Uebergangszeit nach dem Kriege anzustreben, wobei auch noch eine gegenseitige Förderung und Aushilfe platzgreifen kann. Die wichtigste Frage der Rohstoffbeschaffung muß auf prinzipiell übereinstimmender Grundlage gelöst werden. Eine Monopolisirung der Rohstoffeinfuhr würde auch ein Weiterbestehen der ganzen Zwangswirthschaft im Inlande bedingen, was im Frieden doch nicht ohne Mißstimmung möglich wäre.

Hierauf folgte das Referat des ungarischen Berichterstatters, des a. o. Universitätsprofessors, Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften Dr. Friedrich v. Fellner. Die Ueberführung der Volkswirthschaft aus dem Kriegszustand in den Friedenszustand ist, wie Redner ausführt, je nach Ländern nicht von gleicher Bedeutung. In Ungarn, wo von der nationalen Produktion 64.4 Perzent auf die Urproduktion entfallen, kann die Produktionsthätigkeit nach dem Kriege leichter und in größeren Dimensionen ohne jedes staatliche Eingreifen aufgenommen werden, als in einem Industriestaate, wo mit der nationalen Produktion größtentheils nur nach vorheriger Sicherung der Rohstoffe und Halbfabrikate begonnen werden kann. Bei der Regelung der Uebergangswirthschaft soll als Grundprinzip dienen, daß das staatliche Eingreifen innerhalb je engerer Grenzen bleibe. Die Kriegszwangsorganisationen sind ehestens aufzuheben.

Die Herstellung der Währung ist von dringendstem Interesse. Die Sicherung der Werthbeständigkeit der Krone hängt mit der Besserung der internationalen Zahlungsbilanz zusammen, doch wird diese nicht von staatlichen, sondern von wirthschaftlichen Gesetzen geregelt. Die Idee; daß die Monarchie und das Deutsche Reich vertragsmäßig die Relation zwischen Mark und Krone sichern sollen, ist durchführbar. Die Verschuldung der Monarchie gegenüber dem Deutschen Reiche hat sich seit dem Kriege wesentlich erhöht. Es steht also außer Zweifel, daß ein solcher Währungsvertrag für die Monarchie von Vortheil wäre, da sie ihre Markverbindlichkeiten ohne Disagio decken könnte. Sämmtliche Forderungen und Verbindlichkeiten der drei Staaten gegenüber den übrigen fremden Staaten würden Elemente einer einheitlichen internationalen Zahlungsbilanz bilden, was dem Kronenkurs zustatten käme. Es würde aber vorzüglich die Aufgabe Deutschlands bilden, die internationale Werthbeständigkeit der Mark und der Krone zu sichern. Das Referat Dr. Fellner's begegnete lebhaftem Beifall.

Präsident Dr. Paasche unterbreitet sodann folgende Resolution:

„Im Sinne der von den drei Wirthschaftsverbänden Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns wiederholt und einmüthig gefaßten Beschlüsse betreffend das Wirthschaftsbündniß und die gemeinsame Handels- und Verkehrspolitik, sowie die Rechtsannäherung erachten es die heute in Budapest versammelten Vertreter der drei Wirthschaftsverbände als geboten, auch die wichtigsten Fragen der Uebergangswirthschaft in Uebereinstimmung und unter gegenseitiger Förderung zur Lösung bringen. Die zur Erledigung berufenen staatlichen Stellen der Mittelmächte sollen daher stets im Einvernehmen vorgehen und alle wichtigeren Fragen der Uebergangswirthschaft unter steter gegenseitiger Unterstützung lösen. Da der freie Unternehmungsgeist der entscheidende Faktor des Wiederaufbaues der Wirthschaft sein muß, soll staatliches Eingreifen nur dort erfolgen, wo zwingende Rücksichten, insbesondere die Förderung der wirthschaftlich schwächeren Elemente ergänzende staatliche Vorsorge rechtfertigen."

In der hierauf eröffneten Diskussion sprach zunächst Reichsrathsabgeordneter Baurath Heine,

Neues Wiener Tagblatt
4./VIII. 1917
84

...tt.

...n.

Für Oesterreich-Ungarn:
Morgen- und Abendblatt mit täglich einmaliger Postversendung:
Monatlich . . . . . 5 K — h
Vierteljährig . . . . . 14 K — h
Halbjährig . . . . . 28 K — h
Ganzjährig . . . . . 56 K — h

Mit täglich zweimaliger Postversendung:
Monatlich . . . . . 5 K 60 h
Vierteljährig . . . . . 16 K 50 h
Halbjährig . . . . . 33 K — h
Ganzjährig . . . . . 66 K — h

Für das Ausland:
Mit täglich einmaliger Postversendung:
für Deutschland vierteljährig 20 K
Für die andern Länder des Weltpostvereines 22 K

Bei den Postämtern vierteljährig:
In Deutschland Mark 9.12, Schweiz Fr. 13.50, Bulgarien Fr. 14.90.

Inserate übernehmen alle renommierten In- und ausländ. Annoncenbureaux.

51. Jahrgang.

Ein kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz.

Vom Reichsratsabgeordneten Dr. Robert Freißler.

I.

Am 10. Oktober 1914, RGB. Nr. 274, erschien eine kaiserliche Verordnung, mit welcher die Regierung ermächtigt wurde, aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen. Nun sind zwar in allen kriegführenden Staaten den Regierungen derartige Vollmachten erteilt worden. Der deutsche Reichstag zum Beispiel ermächtigte den Bundesrat bereits mit dem Gesetze vom 4. August 1914, „während der Zeit des Krieges diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, welche sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen als notwendig erweisen". Auch war die Kriegslage im Zeitpunkte der erwähnten kaiserlichen Verordnung bei uns einerseits kaum geeignet für die Einholung einer verfassungsmäßigen Ermächtigung durch ein Gesetz, anderseits aber doch bereits zwingend für ein rasches Handeln der Regierung auf verschiedenen kriegswirtschaftlichen Gebieten. Dem Gewichte dieser Gründe kann sich kein Vernünftiger entziehen, doch muß bei Betrachtung der verfassungsrechtlichen Seite der Frage dennoch gesagt werden, daß die Anwendung des § 14 zu einem solchen Zweck, milde gesagt, ein besonderes Kuriosum darstellt, daß sich durch den nunmehr fast drei Jahre währenden Dauerzustand überaus verwickelte und kaum entwirrbare Rechtszustände ergeben haben und daß die Wiederherstellung einer in staatsrechtlicher Hinsicht einwandfreien Lage als eine überaus schwierige Aufgabe zu bezeichnen ist. Gleichwohl ist es nach meiner Ueberzeugung eine ebenso wichtige wie dringende Verpflichtung des Parlaments, diese Aufgabe zu lösen, und zwar nicht nur wegen jener allgemeinen Erwägungen des Prestiges, die dafür sprechen, daß zu jeder § 14-Verordnung rasch Stellung genommen werde, sondern auch wegen der außerordentlichen Wichtigkeit des Problems für eine geordnete, zielbewußte und rasch zugreifende Fortführung der Kriegswirtschaft.

Das Parlament hat drei Möglichkeiten, sich zu § 14-Verordnungen, welche ihm bei seinem Zusammentritt als Regierungsvorlagen unterbreitet werden müssen, zu verhalten:

1. Es kann sie einfach liegen lassen und gar nicht in Behandlung ziehen. Leider muß festgestellt werden, daß dieses sozusagen negative Verfahren in den letzten Dezennien weitaus am häufigsten gewählt wurde. Diese Tatsache ist merkwürdig, da das Anwendungsgebiet des § 14 in den letzten Dezennien immer größer geworden ist und da auch der von allen Parteien in Wort und Schrift gegen eine solche Praxis erhobene Widerstand immer lebhafter wurde. Doch erklärt sich der Widerspruch durch tieferliegende Gründe, die sich in diesem Zusammenhang der näheren Behandlung entziehen.

2. Durch einfachen Beschluß eines der beiden Häuser des Reichsrates kann jede § 14-Verordnung als ungültig bezeichnet werden, und es ist das Gesamtministerium verpflichtet, sie in diesem Falle sofort außer Wirksamkeit zu setzen. Es ist recht interessant, daß sich der letzte Fall dieser Art im Jahre — 1871

Pester Lloyd
4. VIII. 1917
85

Volkswirtschaft.

Aktuelle wirtschaftliche Fragen.

Von Julius Szende,
Referenten des königlich ungarischen Handelsmuseums.

Budapest, 3. Juli.

In den allernächsten Tagen soll dem Abgeordnetenhause ein Gesetzentwurf betreffend die Errichtung eines Ministeriums für Uebergangswirtschaft unterbreitet werden. Es ist anzunehmen, daß dieser Entwurf ohne größere Schwierigkeiten zum Gesetz erhoben werden wird, denn es ist schon höchste Zeit, daß endlich auch bei uns ein verantwortliches Regierungsorgan geschaffen werde, das den ganzen Komplex der mannigfaltigsten wirtschaftlichen Fragen, die der Krieg schon bisher aufgeworfen hat und in seiner Wirkung in der Periode der sogenannten Uebergangswirtschaft noch zum Vorschein bringen wird, zu lösen berufen sein wird.

Da ist vor allem die Frage der Rohstoffversorgung unmittelbar nach dem Kriege. Es ist nicht anzunehmen, daß die Ententestaaten sich nach dem Kriege vor den Zentralstaaten hermetisch verschließen werden. Dieser Krieg wird um die wirtschaftliche Weltmachtstellung geführt; dieser wirtschaftlichen Hegemonie opfert England Geld und Blut, verwendet es all seine Ueberredungskunst, diplomatische Finten, und wo es nottut, auch entsprechend Gewalt. Ist es da anzunehmen, daß dasselbe England, das alle Fragen im Kriege wie im Frieden in erster Linie vom Standpunkte des Geschäftes betrachtet, bei wirtschaftlichen Maßnahmen auch dann mittun wird, wenn sie ihre eigensten Interessen schädigen? Aber auch die übrigen Ententegenossen werden sich die Sache noch überlegen. Mit der strikten Durchführung der Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz würden sich die Beteiligten nicht weniger schädigen, als sie uns zu schaden beabsichtigen. Wir wollen nur einige Beispiele anführen: In England und auch in Amerika werden Versuche angestellt, um einen Ersatz für die deutschen Anilinfarben zu finden; jede Mühe ist jedoch vergebens. Es wird ihnen dies nicht gelingen, und sie werden auch weiter auf die deutschen Farben wie auf die deutschen Arzneimittel, die billigen Nürnberger Waren, die Schwarzwälder Hausindustrieartikel usw. angewiesen sein. Oder wird England und werden seine Kolonien nach dem Kriege nicht wieder Käufer unseres Rübenrohzuckers sein? Sie sind ja in diesem Belange auf uns angewiesen, da sie von Amerika nur Rohrzucker bekommen. Was würde Italien ohne deutsche Kohle, ohne unser Holz anfangen, das es zur Erzeugung der Tavoletti-Kisten für den Agrumenexport benötigt? Wird England auf den Import von türkischem Mohair, Valonea, Opium usw. verzichten? Nicht einmal den Rosinen wird es entsagen, da dem Engländer der Plumpudding sonst nicht mundet. Ebenso aber, oder vielleicht in noch erhöhtem Maße benötigen die Ententeländer die Zentralmächte und die Balkanstaaten als Absatzgebiete ihrer Industrieprodukte. Es wäre für Manchester, Leeds, Sheffield usw. einfach katastrophal, wenn ihnen die Ausfuhr nach Deutschland, Oesterreich-Ungarn und dem Balkan untersagt wäre. Oder, was würde die Pariser Mode- und Luxusindustrie zu einer solchen Maßregel sagen? Italiens blühendster Wirtschaftszweig: der Südfrüchten-, Obst-, Gemüse- und Blumenexport würde an einem Ausfuhrverbot nach den Zentralstaaten unbedingt zugrunde gehen.

Was die Transportfrage anlangt, so unterliegt es keinem Zweifel, daß diese nicht leicht zu lösen sein wird. An Schiffsraum wird infolge der Versenkungen der Unterseeboote und der sonstigen Schiffsverluste gewiß ein sehr großer Mangel herrschen; auch die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen wird viel zu wünschen übrig lassen, ganz abgesehen davon, daß die zweifellos längere Zeit dauernde Demobilisation einen ansehnlichen Teil des Waggonmaterials in Anspruch nehmen wird. Trotzdem ist es jedoch anzunehmen, daß die zur Lösung dieser Probleme berufenen Faktoren sich auch über die Schwierigkeiten dieser Frage hinweghelfen werden. Es wird genau festzustellen sein, was und wieviel wir an verschiedenen Rohmaterialien und sonstigen Waren benötigen, in welcher Reihenfolge der Import zu erfolgen hat, die einzuführenden Mengen werden unter die Interessenten gerecht zu verteilen sein usw. Mit einem Worte, bei vollständiger Wahrung der Aktionsfreiheit der kaufmännischen und industriellen Interessenkreise beim Einkauf, beziehungsweise bei Deckung ihres Bedarfes wird die Einfuhrbewilligung und die Zuweisung des zur Einfuhr nötigen Laderaumes nur von seiten der kompetenten staatlichen Organisationen zu erfolgen haben.

Nach alldem bleibt nur noch eine — allerdings die wichtigste und gleichzeitig die schwierigste — Frage offen: das Problem der Valuta. Wenn wir nach den Ursachen des Disagios unserer Valuta forschen, so finden wir, daß sie in erster Linie — wenn nicht ausschließlich — in der allbekannten Tatsache liegen, daß unser Import aus den neutralen Ländern während des Krieges ein unverhältnismäßig größerer ist als unser Export, demnach bei uns eine viel größere Nachfrage für holländische, schweizerische und skandinavische Zahlungsmittel besteht, als in diesen Ländern für unsere Kronen. Vertrauen, besser gesagt Mißtrauen und sonstige psychische Momente, denen manche so große Bedeutung beimessen, dürften dabei kaum in Betracht kommen. Wenn dem aber so ist, so sind ja auch die Mittel, wenn auch nicht zur vollständigen Beseitigung, jedenfalls aber zur Milderung des Uebels gegeben. Es sind dies: die Reduktion der Einfuhr auf ein Minimum, die Steigerung des Exports auf das Maximum und natürlich Mehrproduktion auf der ganzen Linie, auf industriellem, wie hauptsächlich auf landwirtschaftlichem Gebiete. Daß unsere Produktion noch in höchstem Maße steigerungsfähig ist, unterliegt wohl keinem Zweifel. Auf industriellem Gebiete kämen einerseits jene Industrien in Betracht, die in irgendwelcher

Die Zeit 11./VII. 1917

Aufgaben der Uebergangswirtschaft.

Wie im Abendblatt kurz gemeldet, wurde gestern im Ernährungsausschuß des Abgeordnetenhauses eine vom Geheimen Rat Sektionschef Riedl verfaßte Denkschrift über die Aufgaben der Uebergangswirtschaft verteilt. Nach Anlage und Durchführung der Denkschrift verfolgt der Verfasser offenbar den Zweck, die in der parlamentslosen Zeit erfolgte Errichtung des Generalkommissariats für Kriegs- und Uebergangswirtschaft zu begründen. In jedem einzelnen Abschnitt werden alle jene Momente sorgfältig zusammengetragen und eingehend behandelt, die für eine weitgehende staatliche Einflußnahme auf die Volkswirtschaft in den Uebergangsjahren vom Kriege zum Frieden sprechen, um zum Schluß die bekannte Organisation des Generalkommissariats in allen, übrigens bekannten Details auseinanderzusetzen und den Interessenten annehmbar zu machen. Von der offensichtlichen Tendenz der Schrift abgesehen, muß jedoch anerkannt werden, daß sie eine Reihe interessanter Beobachtungen und manche eigene neue Gedanken enthält.

Die Denkschrift schildert zunächst die Lage der österreichischen Industrie und die Wirkungen, die der große Warenhunger im Moment des Friedensschlusses ausüben wird. Nach einer eingehenden Behandlung der Gefahr der Konkurrenz des Auslandes, das mit Rohstoffen besser versehen ist oder diese leichter beziehen kann, kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß eine planmäßige Regelung und Ueberwachung unseres Außenhandels schon zu dem Zweck erforderlich sei, um die drohende Ueberflutung unseres Marktes durch ausländische Fabrikate während der gefährlichen Uebergangszeit abzuwehren.

Auch bei der Einfuhr von Rohstoffen ist nach der Denkschrift eine planmäßige Regelung unentbehrlich. Nach einem Hinweis auf den allgemeinen Rohstoffhunger, der überall nach dem Kriege bestehen wird, auf die Bestrebungen der Feinde, die Zentralmächte vom Rohstoffbezug auszuschließen, oder ihn mindestens sehr zu erschweren, ferner auf den mutmaßlichen Rohstoffmangel und auf die hohen Preise, kommt die Denkschrift zu dem Schluß, daß eine praktische und gerechte Deckung des Rohstoffbedarfes der verschiedensten Wirtschaftszweige ohne eine nach einheitlichen Gesichtspunkten geleitete Organisation unmöglich sei. Nur mit Hilfe einer umfassenden Organisation wird es gelingen, den Fehler einseitiger Konsumentenpolitik ebenso zu vermeiden, wie jenen einseitiger Produktionspolitik.

Einen breiten Raum nimmt in der Denkschrift die zweifellos wichtigste Frage der Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel ein. Unser Außenhandel wird in der ersten Zeit nach dem Krieg weniger ein Austausch von Waren mit dem Ausland als ein Bezug von Waren aus dem Ausland sein. Die Frage der Finanzierung unserer Auslandsbezüge ist daher von größter Bedeutung. An einen Ausgleich durch Ausfuhr von Gold aus unseren eigenen Beständen kann nicht gedacht werden. Wir müssen daher trachten, Gold aus dem Ausland an uns zu ziehen oder Goldguthaben im Ausland zu erlangen. Das nächstliegende Mittel zu diesem Zweck ist der Effektenexport. Nach einer Untersuchung aller möglichen Arten des Effektenexports, wie Abstoßung ausländischer im österreichischen Besitz noch befindlicher Wertpapiere, Begebung von staatlichen auf Gold lautenden Anleihen, Placierung einer sogenannten Rohstoffanleihe im Ausland, Begebung von Kommunalanleihen, Pfandbriefe, usw., meint Sektionschef Riedl, daß der Export von Privateffekten die günstigsten Aussichten hat. Neben dem Effektenexport tritt als zweite Kreditquelle die kurzfristige Verschuldung im Warenhandel. Für die Ausnützung dieser Kreditquelle ist die Kreditfähigkeit unserer Industrie und der Banken ausschlaggebend, die nach der im Kriege erfolgten Entschuldung der Industrie und Mobilisierung der Banken zweifellos gegenüber dem Friedensstand zugenommen hat.

Um aber die Gefahren und Nachteile zu vermeiden, die sich aus der regellosen Zersplitterung des Kredits ergeben, ist, wie die Denkschrift erzählt, eine Reihe von Vorschlägen aufgetaucht, die seine Zentralisierung bezwecken. Die ersten Vorschläge gingen dahin, Rohstoffgemeinschaften der einzelnen Industrien in Form von Aktiengesellschaften zu gründen, die auch die Träger des Kredits zu sein hätten. Ein weitergehender Vorschlag, der auf dem ersten aufgebaut ist, verlangt, daß die in Form von Aktiengesellschaften errichteten Rohstofforganisationen auf der Basis ihrer Forderungen für gelieferte Rohstoffe Obligationen ausgeben sollen. Diese würden sie alle in eine Hand legen und zur finanziellen Basis einer allen Rohstofforganisationen wirtschaftlich übergeordneten Finanzgründung machen, die als gemeinsame Gründung und zentrale Kreditorganisation der Großbanken und industriellen Syndikate gedacht wäre. Kraft der unanfechtbaren, in der ganzen Volkswirtschaft verankerten Machtstellung werde die Zentralbank für die von ihr auszugebenden Obligationen überall offenen Markt finden. Indem sie etwa in den Vereinigten Staaten ihre Obligationen belehnen ließe, würde sie amerikanische Zahlungsmittel zur Bezahlung der dort gekauften Rohstoffe erwerben. Diese Konstruktion wirkte hierdurch als ein von der gesamten österreichischen Industrie durch das Medium der Zentralbank aufgenommenes und garantiertes Valutaanlehen zwecks Rohstoffdeckung.

Bedeutet dieser Vorschlag eine Zentralisation der Nachfrage nach ausländischen Krediten in Oesterreich, so gehen verschiedene ausländische Projekte noch um einen Schritt weiter, indem sie auch die Kreditgewährung im Ausland zentralisieren wollen. Der gemeinsame Grundzug solcher Vorschläge ist, daß eine ausländische Finanzgruppe die Aufbringung eines Kredits von solcher Höhe zu übernehmen hätte, daß dadurch der größte Teil des Geldbedarfs für unsere überseeische Wareneinfuhr mindestens im ersten Jahre nach Friedensschluß unter Umständen für mehrere aufeinanderfolgende Jahre gedeckt wird. Die Denkschrift führt sodann verschiedene Argumente an, die für und gegen die Zentralisierung sprechen und meint, daß die Entscheidung der Frage, inwieweit eine Zentralisierung Platz greifen soll, davon wesentlich abhängen wird, ob sich auf diesem Wege die Aussicht eröffnet, unseren Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln für die Zwecke der staatlichen Verwaltung, wie für jene der Privatwirtschaft in großem Stil zu decken.

Ein eigener Abschnitt der Denkschrift beschäftigt sich mit den Fragen des Wiederaufbaues der Industrie und des Exports. Für die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie ist die Spezialisierung von größter Bedeutung, weil sie der wichtigste Faktor für die Verbilligung der industriellen Produktion ist, weil die Entwicklung in allen Ländern nach derselben Richtung geht und weil die Einholung des Vorsprunges, den andere auf diesem Gebiet gewonnen haben, für uns von um so größerer Bedeutung ist, je schwerer die finanziellen Lasten sind, die unserer Wirtschaft durch den Krieg auferlegt werden.

Bei der Frage der Förderung des Exportes wird die Denkschrift auch die exportfördernde Wirkung des Agios einer Untersuchung unterziehen. Aus einer Gegenüberstellung des Agios unserer Währung im Auslande der Preissteigerung einer Anzahl von Waren im Inlande ergibt sich, daß die Teuerung im Inlande oft das Vielfache des Agios beträgt. Unter solchen Umständen kann natürlich das Agio nicht exportfördernd wirken. Die Preispolitik der Regierung muß daher in erster Linie darauf gerichtet sein, einen Abbau der Preise wenigstens soweit zu bewirken, daß das Agio einen Anreiz für das Ausland bildet, unsere Waren zu kaufen.

Für die Herbeischaffung des Rohstoffes ist ebenso wie für den Export von Fertigprodukten die Frage der Beschaffung des Schiffsraumes von größter Bedeutung. Sektionschef Riedl versucht daher zunächst in der Denkschrift an der Hand eines sehr reichen Ziffermaterials den Bedarf und den mutmaßlichen Vorrat an Schiffsraum festzustellen. Nach seiner Berechnung dürften einem Bedarf von etwa 1 bis 1·1 Millionen Raumtonnen in der ersten Zeit nach dem Kriege etwa 767.000 Raumtonnen gegenüberstehen. Dieses Verhältnis dürfte sich aber allmählich bessern. Die Denkschrift schildert sodann die Maßnahmen, die die Regierung bisher zur Sicherung des Schiffsraumes ergriffen hat, und behandelt alle einschlägigen Fragen des Schiffsbetriebes, der Schiffsversicherung, der Klassifikation und die Triester Hafenfragen. Als Endziel der Verkehrspolitik während der Uebergangszeit wird bezeichnet, ein einträchtiges und geordnetes Zusammenwirken aller Verkehrsanstalten, der Seeschiffahrt, der Binnenschiffahrt und der Eisenbahnen, zu sichern und auf diese Weise die Schwierigkeiten zu überwinden, mit denen unsere Rohstoffversorgung auf dem Gebiete des Transportwesens zu kämpfen haben wird.

Den Schluß der umfangreichen Denkschrift bildet, wie bereits erwähnt, die Schilderung der organisatorischen Maßnahmen, beziehungsweise der Organisation des Generalkommissariats für Kriegs- und Uebergangswirtschaft.

Neue Freie

Die Aufgaben der Uebergangswirtschaft.

Wien, 10. Juli.

Der Generalkommissär für Kriegs- und Uebergangswirtschaft, der Geheime Rat und Sektionschef im Handelsministerium Richard Riedl, hat den Mitgliedern des kriegswirtschaftlichen Ausschusses eine „Denkschrift über die Aufgaben der Uebergangswirtschaft" übermittelt. Sie ist nach der Ansicht der Mitglieder des Ausschusses eine Fundgrube für die bedeutungsvollen Fragen, die im Zusammenhange mit der Uebergangswirtschaft auftauchen. Der Wert dieser Arbeit liegt nach dem Eindruck, den die Vertreter des Ausschusses gewannen, darin, daß sie nicht nur die jetzige Lage und, soweit dies möglich ist, die voraussichtlich spätere Entwicklung darstellt, sondern auch eine große Reihe positiver Ideen über die Maßregeln enthält, die in der Zeit des Ueberganges zu ergreifen sein werden. Die Fülle des Materials gestattet nur die auszugsweise Wiedergabe des Gedankenganges einiger wichtiger Kapitel.

Die Hauptaufgaben der Uebergangswirtschaft betreffen die Deckung des Rohstoffbedarfes, die Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel, den Wiederaufbau der Industrie und des Exportes, die Sicherung des Schiffsraumes und die organisatorischen Maßnahmen. Hinsichtlich der Deckung des Rohstoffbedarfes steht man vor der Möglichkeit, daß sich gegen die Mittelmächte ein großer Ring bildet, der die Rohstoffbezüge nach dem Kriege behindert. Tritt der Fall ein, daß die Nachfrage nach Rohstoffen weit größer ist als das Angebot, dann muß sich ein Kampf um den Rohstoff entwickeln, der in weiterer Folge zu außerordentlichen Preissteigerungen führen wird, die gleichfalls die Bedarfsdeckung behindern. Daß die Kosten der Rohstoffe nach dem Kriege sich von den gegenwärtigen wesentlich unterscheiden werden, ist nicht anzunehmen. Bei dieser Entwicklung kann die Rohstoffzufuhr nicht nur nicht verkürzt, sondern sie muß mit aller Kraft in weitestgehendem Maße aufgenommen werden. Ob man hiebei eine Organisierung von Staatswegen unter Ausschaltung des Wettbewerbes durchführt oder ob sie nur die Wirksamkeit der Privaten vervollständigen soll, ist heute noch nicht entschieden, doch wird der Staat schon mit Rücksicht auf den Zusammenhang zwischen Rohstoffversorgung und Währung eingreifen müssen. Man wird nicht Firmen, die nicht rechtzeitig Auslandguthabungen heranzogen und die ihr Vermögen überwiegend in Kriegsanleihe, inländischen Papieren usw. investiert haben, gegenüber anderen in günstigerer Lage befindlichen im Stiche lassen können. Es müssen ferner alle Industrien nach Möglichkeit und gleichmäßig berücksichtigt werden und der Umstand, daß eine Industrie Rohstoffe bezieht, darf nicht eine andere der Mittel hiezu berauben. Dann wird in den einzelnen Gruppen für die entsprechende Aufteilung Vorsorge zu treffen sein. Unter diesen Umständen ist die Kontrolle des Imports der Fabrikate von besonderer Wichtigkeit. Aber selbst wenn die Besorgnisse wegen der Schwierigkeit der Bedeckung des Rohstoffbedarfes sich nicht als richtig erweisen sollten, wird man die Einfuhr zeitgerecht sichern und vor allem den Rohstoffimport auf das notwendige Maß reduzieren müssen. Die einschlägigen Fragen lassen sich ohne eine einheitliche Organisation nicht lösen. Hiebei kommt noch ein Gesichtspunkt in Betracht. Neben den Rohstoffen wird man Nahrungs-, Futter- und Düngemittel, landwirtschaftliche Maschinen und Vieh aus dem Ausland beziehen müssen und es versteht sich von selbst, daß diese Käufe hinsichtlich der Beschaffung der Valuta und der Sicherung des Schiffsraumes mit den Rohstoffbezügen der Industrie parallel laufen werden. Man wird zwar auf die bessere Versorgung des Volkes mit Nahrungsmitteln und der Landwirtschaft mit Betriebsmitteln Bedacht nehmen müssen, aber doch nicht sofort alle Beschränkungen beseitigen können. Nur auf Grundlage einer eingreifenden Organisation kann es nach der Ansicht der Staatsverwaltung gelingen, eine einseitige Verbrauchspolitik ebenso zu vermeiden, wie eine einseitige Produktionspolitik.

Der Krieg hat selbstverständlich die Exportfähigkeit außerordentlich beeinträchtigt und sie wird gewiß nicht sofort in der ersten Zeit des Ueberganges wiederkehren. Im Gegenteil, zunächst wird man stark importieren müssen, ehe die Ueberschüsse der Produktion die Ausfuhr an das Ausland gestatten. Wie können nun die Auslandsbezüge finanziert werden? Daß wir Gold ausführen, ist unmöglich, vielmehr muß Gold aus dem Auslande herangezogen oder ausländische Goldguthaben beschafft werden. Hiefür käme zunächst der Effektenexport in Betracht. Wiewohl das österreichische Kapital hauptsächlich im Inlande Veranlagung findet, ist immerhin der österreichische Besitz an Auslandspapieren vor dem Kriege auf etwa eine Milliarde geschätzt worden. Der Verkauf ausländischer Effekten ist natürlich um so rentabler, je höher ihr Auslandskurs ist und je niedriger die Valuta steht. Allein die Erfahrung zeigt, daß an dem Besitz ausländischer Werte aus verschiedenen Gründen festgehalten wird. Ein Teil des ausländischen Effektenbesitzes, insbesondere die in England befindlichen Papiere, wurde während des Krieges unter dem Drucke der von der englischen Regierung angedrohten Maßregeln vielfach bereits verkauft. Schließlich ist auch zu berücksichtigen, daß ein wesentlicher Betrag der von Oesterreichern erworbenen ausländischen Werte einen Teil jener großen Vermögen bildet, bei denen weder die Neigung noch der Zwang zum Verkauf besteht. Die Summe ausländischer Zahlungsmittel, die durch Veräußerung fremder Werte zu beschaffen sein wird, dürfte daher keine allzugroße sein. Stellt eine solche Transaktion ihrer Wirkung nach dasselbe dar, als für einen Privatbetrieb der Verkauf von Vermögensobjekten zur Erlangung von Barmitteln, so bedeutet anderseits die Ausfuhr heimischer Effekten und die Placierung von Anlehen oder anderen Titres im Auslande eine Zunahme der auswärtigen Verpflichtungen oder die Partizipation fremden Kapitals an österreichischen Unternehmungen. Die Möglichkeit des Exports heimischer Effekten wird vor allem davon bedingt, wie der Krieg ausgeht. Bei den Aussichten der Effektenausfuhr muß zwischen den in Gold verzinslichen Werten und den auf Kronenwährung lautenden Effekten unterschieden werden. Es ist selbstverständlich, daß die Lösung der Valutafrage die Möglichkeit, im Auslande die für den Wiederaufbau erforderlichen Kapitalien zu finden, entscheidend beeinflussen muß. Ob es sofort nach Friedensschluß möglich sein wird, staatliche Rentenanleihen im Auslande zu placieren, wird die Zukunft zeigen. Eher dürfte die Begebung befristeter Anleihen in Form von Schatzscheinen möglich sein. Solche Transaktionen würden vielleicht erleichtert werden, wenn ihnen die Form von Rohstoffanlehen gegeben werden würde, deren Erlös nur ein zur Bezahlung der Waren zu verwendendes Guthaben zu bilden hätte. Wenn der Staat nicht selbst eine Ware kauft, könnte ein solches Guthaben den Staatsfinanzen durch Abgabe von Devisen für industrielle Rohstoffbezüge dienen. Die Abgabe ließe sich in der Art durchführen, daß sie kreditweise gegen die Verpflichtung der Rückzahlung in Gold oder Goldforderungen auf das Ausland vor sich ginge. Das hätte zur Folge, daß der Fiskus später eine Restitutio in natura bekommt und auch über das Goldguthaben frei disponieren kann. Die Industrie würde auf diesem Wege zum Export stark angereizt werden, da ihr dadurch ausländische Geldforderungen zukämen, die sie braucht, um ihre Goldverpflichtung an den Staat zu begleichen. Macht der Fiskus diese Transaktionen nicht mit den erwähnten Vorbehalten, sondern verkauft er die Devisen ohne diese Bedingungen, so fließt ihm der Gegenwert in Form inländischer Banknoten zu und er könnte ihn zur Bestreitung von Ausgaben oder zur Einschränkung des Notenumlaufes benützen. In diesem Falle hätte das Rohstoffanlehen gleichzeitig die Bedeutung eines Valutaanlehens. Leichter dürfte die Möglichkeit der Unterbringung von Kommunalanlehen, Pfandbriefen und anderen Privateffekten im Auslande sein. Bei der Prüfung dieser Frage ist auch zu berücksichtigen, daß sich im feindlichen Auslande ein ziemlich großer Besitzstand österreichischer und ungarischer Werte, namentlich in Gold verzinslicher Papiere, befindet, von denen ein erheblicher Teil nach den neutralen Plätzen gewandert ist. Wenn nach dem Kriege die Verkehrsbeschränkungen entfallen und Papiere aus ausländischem Besitze lieferbar sind, wird sich die Arbitrage wieder einstellen und man muß an ein ziemlich starkes Rückströmen der im Auslande untergebrachten Effekten denken, wobei es fraglich ist, inwieweit man sich im Friedensvertrage gegen diese die Zahlungsbilanz beeinflussende Erscheinung sichern kann. Der Schutzwall für die Währung, den man durch Ablehnung der Devisenabgabe für Effekteneinporte aufbaut, wird aber dann gleichzeitig auch zu einem Hindernis der Erlangung ausländischer Zahlungsmittel durch den Effektenexport nach den neutralen Ländern. Die besten Aussichten scheint nach dem Kriege die Ausfuhr von Privateffekten zu bieten. Außer dem Effektenexport eröffnen sich neue Kreditmöglichkeiten in der kurzfristigen Verschuldung im Warenhandel. Die wichtige Funktion der Londoner Exporthäuser in der Kredit- und Zahlungsvermittlung zwischen dem europäischen Kontinent und der Uebersee ist bekannt. Der Verkehr, den die Londoner Akzepthäuser und Auslandbanken finanzierten, soll unmittelbar vor dem Kriege etwa 14 Milliarden Mark betragen haben. Die Finanzierung des deutschen Ueberseeimports nahm mit 2½ Milliarden Mark oder mehr als der Hälfte den Weg über London. In dieser Richtung dürfte nach dem Kriege, der eine Schwächung aller Kriegführenden und eine Stärkung der Neutralen zur Folge hat, möglicherweise eine Wendung eintreten. Die Geldflüssigkeit in Amerika, die eine Erweiterung des amerikanischen Finanzierungs- und Kriegsgeschäftes zu Ungunsten Englands erleichtert, begünstigt die Durchführung des internationalen Waren- und Transportgeschäftes in hohem Maße.

Die Verhältnisse, die sich im Kriege entwickelt haben, müßten eine Steigerung der Kreditfähigkeit der Industrie und der Banken gegenüber dem Auslande bringen, so daß man glauben dürfte, es würden wie früher Rembourskredite ohne Deckung gegeben werden. Dem wirken jedoch andere Umstände entgegen, und es ist daher möglich, daß man stärker wie früher auf bedeckte Kredite angewiesen sein wird. Mit Rücksicht auf den geringen Besitz an ausländischen, namentlich neutralen Effekten muß man daher die Zulassung von inländischen Werten als Deckung erzielen. Eine Schwierigkeit bietet die Verteilung der Fälligkeiten, da es sich nicht lediglich um einen Rembourskredit, sondern um Betriebskredite handelt, die allmählich aus den Erträgnissen zu bezahlen sein werden. Wenn der Auslandverkehr wieder vollständig aufgenommen sein wird, sind diese als Betriebsschulden angesammelten Passiven allmählich zu beseitigen, und zwar neben der Bezahlung der laufenden Auslandbezüge. Die richtige Verteilung der Rückzahlung auf längere Zeiträume und die Sicherung rechtzeitiger Prolongationsmöglichkeiten haben daher die größte Bedeutung. Von den verschiedenen Vorschlägen zur Zentralisierung des Kredits trat zunächst jener der Gründung von Rohstofforganisationen der einzelnen Industrien hervor, die allein in der Uebergangszeit zum Import berechtigt und zur Verteilung der Rohstoffe auf die Mitglieder nach einem bestimmten Schlüssel verpflichtet wären. Darauf gründet sich ein zweiter, weitergehender Vorschlag der Errichtung von Rohstofforganisations-Aktiengesellschaften, denen alle Firmen einer bestimmten Produktionsgruppe angehören müssen und die auf Grund der Forderungen für gelieferte Rohstoffe Obligationen auszugeben hätten. Diese wären in einer Hand zu vereinigen und zur Grundlage einer über sämtlichen Rohstofforganisationen stehenden Finanzgründung, eine Holding Company, zu machen, die als eine zentrale Kreditorganisation der Großbanken und industriellen Syndikate gedacht wäre. Diese „Zentralbank" würde sich nicht bloß auf den Kredit der zur Vereinigung gehörenden Großbanken und Syndikate, sondern infolge des Portefeuillebesitzes an Obligationen der Rohstofforganisationen auf die gesamte österreichische Industrie stützen. Andere Vorschläge gehen dahin, eine ausländische Finanzgruppe solle in der Art einen Kredit übernehmen, daß dadurch der größte Teil des Geldbedarfes der überseeischen Wareneinfuhr mindestens im ersten Jahre nach Friedensschluß unter Umständen für mehrere Jahre gedeckt wird. Gegen die Zentralisation des Kredits werden aber auch verschiedene Einwendungen erhoben und eine sichere Entscheidung der Frage ist derzeit nicht möglich. Bedenklich wäre die Schaffung eines förmlichen Einkaufmonopols für ausländische Gründungen, dagegen wäre ausländisches Kapital heranzuziehen, zum Beispiel Auslandsbanken, die Filialen oder Tochterunternehmungen in Oesterreich schaffen oder sich an inländischen Bankunternehmungen stärker beteiligen.

Ein weiteres interessantes Kapitel ist dem Wiederaufbau der Industrie und des Exportes gewidmet. Hier sind namentlich die Ausführungen über die Notwendigkeit einer die Preisbildung regelnden staatlichen Intervention von Wichtigkeit. Auch im Friedensschlusse werden Beschränkungen verschiedener Art durch eine gewisse Periode aufrecht bleiben und eine allen Ansprüchen entsprechende Bedarfsdeckung längere Zeit hindurch unmöglich sein. Solange Beschränkungen des freien Verkehres vorhanden sind, glaubt der Staat auf seinen Einfluß auf die Preisbildung nicht ganz verzichten zu können. Für die Währung bedeutet eine andauernde innere Teuerung ebenso eine Gefahr, wie eine von außen wirkende Erhöhung der Wechselkurse durch eine übermäßige Einfuhr. Es müßte daher die Verwaltung die Ingerenz auf die Preise dazu benützen, um den rechtzeitigen Abbau der Kriegspreise zu erzielen und dadurch die internationale Konkurrenzfähigkeit und die Möglichkeit des Wiedereintrittes Oesterreichs in die Weltwirtschaft zu sichern.

Neues Wiener Tagblatt
2./VIII. 1917

Die Elektrizitätswirtschaft in Oesterreich.

Je länger der Krieg dauert und je gewaltiger seine Kosten anschwellen, desto größere Schwierigkeiten wird nach seiner Beendung die Konsolidierung der Finanzen bereiten. Schon heute kann man erkennen, daß eine solche sich nicht allein auf den ausgetretenen Pfaden früherer Finanzkunst durch Steuern, Gebühren, Abgaben, Monopole und dergleichen erreichen läßt, denn wie man einen durch Blutverlust geschwächten Körper nicht mit Aderlässen, sondern nur durch Zufuhr kräftigender Nahrung genesen machen kann, so kann auch der erschöpfte Wirtschaftskörper nicht durch gesteigerte Abzapfungen, sondern nur durch Stärkung und Erhöhung seiner Kräfte neu belebt und zur Gesundung geführt werden. Welche Methoden dabei einzuschlagen sind, hängt in erster Linie von den künftigen Friedensbedingungen ab. Sollten diese einen Abbau des Völkerhasses und die Wiederanbahnung geregelter Beziehungen zwischen den jetzt feindlichen Mächten einleiten, so muß besonderes Gewicht auf die Förderung des Handels gelegt werden, ist dieser es doch, welcher am leichtesten und innigsten die Fäden im Netze des Güterverkehres knüpfen, alle Verbindungen erneuern und einen intensiven, alle Beteiligten bereichernden Warenaustausch wieder ins Leben rufen kann. Das läßt sich nur auf dem Wege größtmöglicher Handelsfreiheit und schrankenloser Entfaltung aller kommerziellen Kräfte erzielen. Sollten dagegen die Gegensätze der kämpfenden Völkergruppen so tief bleiben, daß auch im kommenden Frieden der Wirtschaftskampf seine Fortsetzung findet, so wird der von der Geschäftswelt naturgemäß wenig angenehm empfundene staatliche Einfluß auf Erzeugung, Verteilung und Verbrauch der Güter fürs erste schwerlich gelockert werden dürfen. Werden unsrer Unternehmungslust alle Länder der Erde als Markt offen stehen, dann ist Raum genug für das freie Spiel der Kräfte; müssen wir uns aber vorwiegend auf Rohstoffbeschaffung und Absatz im eigenen Lande und dem unsrer Bundesfreunde beschränken, so wird höchste Oekonomie in Arbeit und Verbrauch zum Gesetz. Ein wohldurchdachter Tätigkeitsplan muß dann jeden an die richtige Stelle setzen, so daß ein Rad möglichst reibungslos ins andre greift und jede Verschwendung an Material und Arbeit tunlichst vermieden wird. Die Naturschätze des Landes müssen dann systematisch und rationell ausgebeutet, jede Zersplitterung hintangehalten werden.

Von diesem Gesichtspunkt aus wird auch die Einwirkung des Staates auf die Elektrizitätswirtschaft von neuer gewaltiger Bedeutung, ist ja die Verwertung dieser Energieform so vielseitig und der Nutzen, den sie als Licht, Kraft, Wärme und chemische Energie auf fast allen Gebieten moderner Zivilisation leistet, so bedeutend, daß es erklärlich erscheint, wenn der Staat ihre Erzeugung und Verteilung der Privatwirtschaft entzieht und im öffentlichen Interesse regelt. Bereits in früheren Aufsätzen („Staatliche Elektrizitätswirtschaft", „N. W. T." vom 9. und 19. August 1916) ist an dieser Stelle eingehend über den Stand des Problems im Deutschen Reiche und bei uns berichtet worden. Dasselbe erregt jetzt neuerdings die öffentliche Aufmerksamkeit dadurch, daß im Herrenhaus von drei hervorragenden Kennern der Materie, Dr. Exner, Dr. Beurle und Professor Karl Hochenegg, die gerichtliche und administrative Regelung des Elektrizitätswesens in Oesterreich in Angriff zu nehmen und der parlamentarischen Behandlung zu unterziehen beantragt wurde. Wer sich über den Komplex der dabei in Betracht kommenden Fragen unterrichten will, findet einen übersichtlichen, empfehlenswerten Führer in einer jüngst erschienenen Schrift von Max Ried („Gegenwart und Zukunft der Elektrizitätswirtschaft in Deutschland und Oesterreich"), welche ein reiches Tatsachenmaterial in knapper Behandlung zusammenfaßt. Auch dieser Autor ist der Ansicht, daß die Elektrizitätswirtschaft vom Reiche einheitlich geregelt und nicht den Ländern überlassen werden dürfe. Den Gemeinden und der Privatindustrie, deren Verdienste um die Ausbreitung elektrischer Energie nicht verkannt werden sollen, würde nach wie vor die Verteilung vorbehalten bleiben, nur die Erzeugung solle dem staatlichen Einfluß verfallen. Das finanzielle Moment stünde wenigstens zunächst in zweiter Linie, wesentlich wichtiger sei das volkswirtschaftliche, denn eine planmäßige und zielbewußte Einflußnahme auf die Stromproduktion, Herstellung neuer und Ausbau bestehender Großkraftwerke in Verbindung mit der Stillegung kleiner, unwirtschaftlich arbeitender Zentralen, schließlich eine Durchquerung des ganzen Reiches durch ein engmaschiges Leitungsnetz könnte die Stromlieferung wesentlich verbilligen und die Versorgung auch solcher Gegenden mit Elektrizität ermöglichen, die aus Rentabilitätsgründen bisher ihre Segnungen nicht genießen konnten. Die Errichtung leistungsfähiger Zentralen auf den Kohlenhalden würde günstigste Ausnützung des Brennstoffes einerseits durch die Vorteile der Zentralisierung, anderseits durch Verwertung der dabei gewinnbaren Nebenprodukte gewähren.

Der Fortfall des Transports der Kohle zu den Betriebsstätten würde zugleich Bahnstrecken und Arbeitspersonal in hohem Maße entlasten. Die Regierung könnte ferner auf die Kohlenproduktion einen gewichtigen Einfluß gewinnen, was vom finanziellen wie volkswirtschaftlichen Standpunkt aus verfochten werden kann. Die Erschließung unsrer reichen, erst zum geringen Teil ausgenützten Wasserkräfte käme ebenfalls der Allgemeinheit zugute, abgesehen von dem Nutzen der damit zusammenhängenden Wildbachverbauung und Anlegung von Stauwehren. Die Landwirtschaft, deren Hebung doch eine der ersten Bedingungen unsrer Zukunftswirtschaft ist, würde durch die Verbreitung elektrischen Licht- und Kraftstroms beträchtlich gewinnen, und die chemische Industrie, die, bei uns früher nur schwach vertreten, im Kriege einen gewaltigen Aufschwung nahm, eine ungeahnte Entwicklung finden.

Von der Errichtung eines Elektrizitätsmonopols kann bei uns allerdings noch weniger als in Deutschland die Rede sein, da zur Ablösung der bestehenden Werke, zur Errichtung von Großkraftwerken schätzungsweise eine Milliarde Kronen aufgebracht werden müßte, deren Verzinsung, wie die Untersuchungen von Klingenberg ergeben haben, nur in mäßigen Grenzen bliebe. Hingegen wird von vielen Autoren die Elektrizitätsversorgung in Form einer Unternehmung empfohlen, bei der Staat- und Privatkapital zusammenarbeiten. Ried entwirft die Grundlagen zu einem Elektrizitäts-Wirtschaftsgesetz, von dessen Verwirklichung er den Zusammenschluß der Staats- und Privatwerke zu einem Verbande erwartet, dessen Leitung jedoch dem Staate zufiele, der damit kraft der dadurch gewonnenen Autorität viele Schwierigkeiten leicht überwinden könnte, deren Behebung der Privatindustrie bisher die größten Mühen und Opfer gekostet hat. Es handelt sich also nicht um sogenannte „gemischtwirtschaftliche Unternehmungen", sondern um ein organisiertes Zusammenarbeiten von öffentlicher und privater Verwaltung, bei welchem dem Staate aber unter allen Umständen das Uebergewicht gewahrt bleiben soll. Gewiß hat dieser Vorschlag manches Bestechende an sich, würde er doch eine staatliche Zentralisierung der gesamten Elektrizitätsversorgung analog dem Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen anbahnen, ohne die Vorzüge der Privatbetriebe auszuschalten. Anderseits ist aber nicht zu verkennen, daß gerade in Oesterreich einer derartigen Organisation auch schwere Bedenken entgegenstehen.

Bedenklicher ist schon die Gefahr, daß die staatliche Verwaltung, die erfahrungsgemäß bürokratisch und nicht kaufmännisch geführt wird, sich den hohen Anforderungen, welche gerade Bau und Betrieb großer Elektrizitätswerke erfordern, nicht gewachsen zeigen könnte. Es müßte mit den herkömmlichen Formen vollkommen gebrochen und eine Geschäftsführung eingerichtet werden, bei der hohes technisches Können mit rascher Entschlußfähigkeit gepaart ist.

Die ganze Tendenz der Entwicklung des Elektrizitätswesens geht in den meisten Ländern dahin, Formen zu finden, die die Verfügung über die auf so vielen Gebieten unentbehrlich gewordenen Energieformen einerseits aus finanziellen Gründen, anderseits aus solchen des Allgemeinwohls dem Staate sichern sollen. Wenn der Siegeslauf der Elektrotechnik, der in nicht viel mehr als einem Vierteljahrhundert eine ganze Revolution in der modernen Zivilisation hervorgebracht hat, nicht im Sande enden soll, muß dafür gesorgt werden, daß nicht dem ersten Motiv zuliebe das zweite zu sehr in den Hintergrund geschoben werde!

Emil Honigmann.

7./VIII. 1917

Ein Vorschlag zur Schaffung ständiger Volksberatungsstellen.

Von Univ.-Prof. Dr. Robert Stigler.

In der gegenwärtigen stürmischen Uebergangszeit von einer historischen Epoche in eine neue, in vieler Hinsicht ganz verschiedene, wäre die, wenn auch nur mittelbare Teilnahme des ganzen Volkes an den Reformen des Staatslebens aus verschiedenen Gründen wertvoll. Derzeit lastet aber die Aufgabe der Lösung der Staatsprobleme ausschließlich auf den Schultern der Regierung und des Parlaments, welch letzteres die einzige verfassungsmäßige Verbindung zwischen dem Volk und der Regierung darstellt. Dem Nichtpolitiker ist es weder möglich, seine Ansicht und seine vielleicht für das Staatswohl wichtigen Vorschläge der Regierung zur Kenntnis zu bringen, noch sich bezüglich politischer oder wirtschaftlicher Vorgänge, welche die Oeffentlichkeit angehen, offizielle Aufklärung zu holen. Anderseits hat auch die Regierung keine Möglichkeit, sich Kenntnis des Volkswillens, das heißt der politischen und wirtschaftlichen Anschauungen des intellektuell und moralisch hervorragendsten Teiles der Bevölkerung, zu verschaffen. Darin liegt zweifellos ein Mangel unsrer Verfassung und Verwaltung, der, wie mir scheint, einer raschen und gründlichen Abhilfe bedarf. Es wird ja wohl niemand der Meinung sein, daß es ein ausschließliches Vorrecht der Berufspolitiker sei, die zur Lösung der Staatsfragen geeigneten Mittel ausfindig zu machen, und daß die Anschauungen der Nichtberufspolitiker für die Regierung gleichgültig seien. Gerade die intelligentesten und tüchtigsten Männer sind vielfach durch anderweitige Interessen oder Pflichten verhindert, sich der Politik zu widmen, ihre Meinung kommt aber jetzt, wo es des Rates der Auserlesensten bedarf, sehr in Betracht. Gerade der Mann, welcher der Berufspolitik fernsteht, kann in seinem unvoreingenommenen, durch Parteibestrebungen nicht beirrten Gedankengang neue gangbare Wege finden, welche zu dem einen oder andern, früher unerreichten Ziel der Regierung führen. Die Kenntnis der Volksmeinung ist für die Regierung aus zwei Gründen wertvoll: einerseits, weil sie ihr zur Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme dienen kann, anderseits, weil die Vernachlässigung oder Nichtbeachtung des Volkswillens, etwa aus Unkenntnis desselben, kritische Folgen nach sich ziehen kann, ganz besonders in unruhigen Uebergangsperioden.

Es ist einem der Berufspolitik fernstehenden Staatsbürger derzeit fast unmöglich, seine Vorschläge der Regierung zur Kenntnis zu bringen. Versuchte er dies dennoch, so würde er von der von ihm molestierten Behörde wenn schon vielleicht sogar angehört, so doch sicher nur belächelt und mit dem Verweis auf eine andre, „kompetentere" Stelle weitergeschoben werden, bis ihm die Lust an der Betätigung seines Patriotismus durch Mitarbeit an der Ordnung der Staatsgeschäfte gründlich verginge. Die durch Generationen hindurch gepflogene Abweisung jeder privaten Mitbeteiligung des Volkes an der Regierung hat denn auch in Oesterreich zu einer auf der ganzen Welt leider unrühmlich bekannten politischen Indolenz der Bevölkerung geführt, welche dem Staatswohl zweifellos nicht förderlich war; denn eine zielbewußte Bevölkerung, deren Herz mit dem der Regierung mitpulsiert, trägt zur Unterstützung der letzteren sicher sehr viel bei.

Ich glaube, daß es höchste Zeit ist, den genannten Uebelstand der Ausschließung des Volkes von der Teilnahme an den Beratungen von Fragen der Staatsverwaltung zu beseitigen, und halte, da eine das gleiche Ziel verfolgende Umgestaltung des Parlaments gegenwärtig kaum durchführbar ist, für das geeignetste Mittel hiezu die Schaffung ständiger Volksberatungsausschüsse, welche aus Volksräten und einer hinlänglich großen Zahl diesen untergeordneter Experten bestünden.

Die Volksberatungsstelle hätte einerseits die Aufgabe, das öffentliche Wohl betreffende Anregungen von privater Seite entgegenzunehmen, zu prüfen und gegebenenfalls der Regierung zur Durchführung vorzuschlagen, anderseits politische oder volkswirtschaftliche Anfragen zu beantworten und dadurch aufklärend und beruhigend auf die Bevölkerung zu wirken.

Es ist von vornherein anzunehmen, daß weitaus die Mehrheit der Vorschläge und Anfragen, welche an die Volksberatungsstelle gestellt würden, praktisch wertlos wären und mit entsprechender Aufklärung kurzerhand abgetan werden könnten. Gerade diese aufklärende Tätigkeit der Volksberatungsstelle hätte einen enormen erziehlichen Wert für das Volk, sie würde gewissermaßen jedem einzelnen die Möglichkeit der, wenn auch nur mittelbaren Teilnahme am Staatsbetrieb eröffnen und ihn von dem demütigenden Gefühl befreien, bloß ein „stimmloser Untertan" zu sein. Gar mancher Keim zum stillen Groll gegen Regierung und Staatsgewalt würde dadurch aus der Welt geschafft, und das scheint mir in unsrer Zeit außerordentlich wichtig.

Es ist mir nun allerdings von berufenster Seite entgegengehalten worden, daß es einerseits jedermann unbenommen sei, seine Vorschläge oder Anfragen im Wege einer Eingabe an die zuständige Behörde zu leiten, und daß anderseits das Parlament den Volkswillen zum Ausdruck bringe. Dieser Meinung dürften sich wohl kaum viele unsrer Mitbürger anschließen; denn der Erfolg öffentliche Einrichtungen betreffender Eingaben an „zuständige" Behörden entspricht trotz der meist außerordentlich langen Latenzzeit ihrer Erledigung wohl nur sehr selten den Erwartungen des Antrag- oder Fragestellers. Und was den „Volkswillen" anbetrifft, so wäre es geradezu ein Wunder, wenn derselbe durch einen doch mehr oder weniger nur von einer bestimmten Parteileitung gewählten und mit dem weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung in gar keiner Berührung stehenden Abgeordneten tatsächlich zum Ausdruck gebracht werden könnte; überdies sind bei der Wahl des Abgeordneten meist rein parteipolitische Beweggründe maßgebend, für welche sich aber die Mehrheit der Bevölkerung schon aus mangelhafter Orientierung in politischen Fragen weit weniger interessiert als für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Ich denke mir die Zusammensetzung und Arbeit einer ständigen Volksberatungsstelle in folgender Weise: Jeder Bezirk hätte einen Volksrat zu wählen und diesem unterständen mehrere Experten als sachverständige Vertreter der hauptsächlichen Berufsklassen des betreffenden Bezirkes (zum Beispiel Vertreter akademischer Berufe, des Handelsstandes, der Handwerker, der Fabriksarbeiter 2c.). Die Experten hätten die aus dem Publikum stammenden Vorschläge oder Anfragen entgegenzunehmen und zu prüfen, die einfachsten derselben selbst kurzerhand zu erledigen, die ernsteren und schwierigeren aber dem Volksrate vorzulegen. Die Volksräte hätten das ihnen übergebene Material nochmals zu überprüfen und über die eventuelle Weiterleitung desselben an die Regierung zu entscheiden. Diese verantwortungsvolle und schwierige Aufgabe der Volksräte setzt voraus, daß zu Volksräten nur Männer von hoher Intelligenz und Bildung und tadellosestem Charakter gewählt würden. Die größte Schwierigkeit dürfte die Besoldung der Volksräte und Experten bieten; diese Frage wird sich viel leichter beantworten lassen, wenn sich einmal die Einrichtung der Volksberatungsstellen offenkundig bewährt haben wird. Am schwierigsten ist es, über den Anfang hinwegzukommen. Vielleicht gelingt dies durch die Gründung einer privaten Vereinigung zur Schaffung ständiger Volksberatungsstellen. Einem derartigen Verein fiele die Aufgabe zu, die Bevölkerung durch Vorträge und Mitteilungen in Tagesblättern über die Bedeutung der Volksberatungsstellen zu unterweisen, die Bestellung von Volksräten und Experten in verschiedenen Bezirken anzustreben und die wohlwollende Unterstützung der Volksberatungsstellen durch die Regierung zu erwerben. Jegliche Parteipolitik wäre von den Volksberatungsstellen bedingungslos auszuschließen.

Mehr als detaillierte Pläne wird die Erfahrung über die zweckmäßige Leitung und Ausgestaltung der Volksberatungsstellen lehren. Viel besser als jede private Institution wäre natürlich die zweckdienliche Umgestaltung des Parlaments zu einer Volksberatungszentrale mit Experten der verschiedenen Berufsgattungen. Vielleicht werden private Volksberatungsstellen ein Uebergangsstadium zu diesem weit höheren Ziele darstellen. Möge es diesem Vorschlage gelingen, einen der guten Sache förderlichen Gedankenaustausch anzuregen!

Volkswirtschaft.

Aus der volkswirtschaftlichen Kriegsliteratur Frankreichs.

Von **Ministerialsekretär Dr. J. Ferenczi.**

Budapest, 10. August.

Ströme von Blut trennen die unglücklichen Völker der großen Staaten Europas nun schon seit drei Jahren. Hüben und drüben erlitten und erleiden bis zum unabsehbaren Ende Millionen das Martyrium des Fronthelden, und ein noch größeres Millionenheer vereint im Hinterlande das Band gemeinsamer Seelenpein, gemeinsamer Entbehrungen. Und hüben und drüben beschäftigen verantwortungsbewußte Staatsmänner und tiefschürfende Denker oder auch nur Bücherschreiber dieselben zentnerschweren Probleme: der Ersatz der Volkskraft, der Wiederaufbau des Wohlstandes, die Neuaufrichtung der zerrütteten Staatsfinanzen. Die Wogen des Hasses und der Verleumdung, die im feindlichen Lager lange Zeit so hoch gingen, haben sich nun auch dort im allgemeinen geglättet, und da der Bestand keiner der beteiligten Staaten mehr ernstlich in Frage gestellt ist, überwiegen bereits allseits die nüchternen, der Zukunft zugewendeten Erörterungen. Es wird darum an der Zeit sein, den literarischen Erscheinungen der feindlichen Staaten ernste Aufmerksamkeit zuzuwenden, um uns möglichst keine beherzigenswerte Anregung, kein befolgungswertes Beispiel entgehen zu lassen. Wir wollen diesmal mit drei Werken der französischen volkswirtschaftlichen Literatur — alle in den letzten Monaten 1916 erschienen — den Anfang machen.

„L'autre revanche" ist der Titel eines sehr lebhaft geschriebenen Buches Marius Richards[1]), das Ende 1916 bereits in dritter Auflage erscheinen konnte. „L'autre revanche": das ist die Revanche für die bittere Zurücksetzung, für die schwere Einbuße, die Frankreich im wirtschaftlichen Kampfe gegenüber dem furchtbaren Rivalen Deutschland erlitt und die sich das edle Land nach dem glorreichen Waffensiege — denn der Sieg ist zweifellos! — wird erst erkämpfen müssen. Ist aber Frankreich für diesen Kampf auch gerüstet? Wird nicht das furchtbare Blutopfer, wird nicht aller Heroismus, mit dem der nationale Boden verteidigt und vom Feinde gesäubert wurde, vergeblich gewesen sein, weil Frankreich den Sieg nicht nützen wird können? Denn selbst das militärisch besiegte Deutschland wird ein gefährlicher, starker Gegner sein: die bittere Wahrheit, daß sein ökonomisches Rüstzeug unvergleichlich besser, seine Organisation der Kräfte unübertrefflich, sein Wirtschaftskörper durch den Polyp Fiskus weniger umklammert ist, bleibt in voller Geltung. Nach einer französischen offiziellen Statistik betrug die durchschnittliche Steuerbelastung vor dem Kriege in Frankreich 120 Francs, in Deutschland bloß 77.50 Francs pro Kopf. Wie hart wird nun der schon vor dem Kriege unersättliche französische Fiskus den Steuerzahler bedrücken müssen, wenn gegenüber dem Ausgabenbudget des Jahres 1913 von rund 5 Milliarden — die Kriegsausgaben nur bis Ende 1916 berechnet — mit einem zukünftigen Jahresaufwand von 10 Milliarden zu rechnen sein wird? Wie soll neues befruchtendes Kapital entstehen, wenn das vor dem Kriege auf 30—35 Milliarden geschätzte Nationaleinkommen Frankreichs — unter Schonung der kleinen Einkommen unter 2500 Francs, die nach einer Enquete im Jahre 1909 nicht weniger als 45 Prozent der Gesamtsumme repräsentieren — zu seiner größeren Hälfte vom Staate in Beschlag wird genommen werden müssen, indes Deutschland sich noch einer strotzenden Fülle wenig ausgenützter Steuerquellen erfreut? Frankreich benötigt für den ökonomischen Revanchefeldzug wirtschaftliche Kampfmittel und Kredit, und mit beiden ist es traurig bestellt. Die französischen Großbanken haben außer für den Bedarf des Staates und der großen Kommunen für die Kreditbedürfnisse ihrer Heimat wenig Interesse; die Großfinanz wendet sich Bahnbauten in Südamerika, Staatsanleihen für Rußland, Minen in China und Hafenanlagen in Marokko zu, ja — was noch bedauerlicher — sie placiert bedeutende Gelder in deutschen Banken, doch die Pflege der einheimischen Klientel: des mittleren und kleinen Industriellen und Kaufmannes, des privaten Unternehmers ist ein zu beschwerlicher Geschäftszweig, ein zu wenig brillantes, daher undankbares Betätigungsfeld. Die chronische Kreditnot des französischen Wirtschaftslebens gebietet, dem schrankenlosen Exodus des Großkapitals zu steuern und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die dennoch an das Ausland abzugebenden Kredite dort in einer den französischen Interessen angemessenen, sie fördernden Weise angelegt werden. Die Verfassung des wirtschaftlichen Rüstzeuges Frankreichs — „l'outillage économique" — wird an einigen Beispielen grell beleuchtet. Durch den Zustand des Straßennetzes — einst der Stolz des Landes —, das durch die kolossale Automobilfrequenz hart mitgenommen, mangels der erforderlichen Kredite entsprechender Pflege entbehrte und schon vor dem Kriege arg vernachlässigt war; durch die Indolenz des Staates und des Großkapitals gegenüber den im relativ kohlenarmen Frankreich doppelt wichtigen Wasserkräften, bei deren Ausnützung die auf dem Gebiete der Elektrochemie und Elektrometallurgie bereits so erfolgreiche private Initiative mit allen Widerständen und Hemmungen der Behörden zu kämpfen hat; und schließlich durch den Stand der Binnenwasserwege und der Hafenbauten. Die Darstellung der Geschichte des einen oder des anderen Kanalbau- und Hafenbauprojektes in Frankreich gibt Richard Gelegenheit, ein düsteres Sündenregister der Regierungen, des Parlaments und der Bureaukratie Frankreichs zu entwickeln. Die rasch wechselnden Minister besitzen selten Fachkenntnisse, auch erschöpfen sich ja selbst die besten Kräfte in dem aufreibenden Kampfe mit den Nebenbuhlern und den Parteiintrigen einerseits, mit den unerbittlich zähen Vertretern parteigewichtiger Lokaleinflüsse andererseits. Auch die langsam arbeitende, komplizierte Parlamentsmaschine bereitet manchem vortrefflichen Plane ein unrühmliches Grab; in endlosen Kommissionssitzungen und Enqueten vermodern die dringendsten Lösungen, und aus dem Getümmel der sich bekämpfenden Regionalansprüche, aus den Irrgängen der Budgettaktik kommt schließlich ein verstümmelter Torso des bestverwogenen Projektes ans Tageslicht. Und schließlich findet sich jede großzügige ökonomische Betätigung der Bureaukratie gegenüber, die — aus an sich achtenswerten Talenten zusammengesetzt — mit ihrem lebensfremden Formalismus, verwickelten Kompetenzen und galligen Voreingenommenheiten frisches Zugreifen verhindert. Richard erzählt die Geschichte eines Kanalbauprojektes, das nach Jahrzehnte währenden Vorstudien und Beratungen endlich zur Durchführung gelangt, mitten in der Arbeit aber mangels budgetarischer Bedeckung aufgelassen wird, bis die bereits ausgeführten Arbeiten schließlich zusammensinken und zu Ruinen werden; dann die Geschichte der Hafenerweiterung Bordeaux', deren Kosten die Handelskammer mit dem Staat gemeinsam tragen soll; die Kammer — um endlich den Beginn der Arbeiten zu erreichen — nimmt unter schweren Bedingungen eine Anleihe auf, doch der Staat kommt seiner Verpflichtung nicht nach, die Bauten werden unterbrochen und die Kammer trägt weiter die Lasten ihrer Anleihe ... So kommt es, daß Victor Cambon in einer Sitzung den Ausruf tun konnte: „Stellen Sie sich vor, meine Herren, daß das besiegte Deutschland gezwungen wäre, uns seine drei größten Amerikafahrer auszuliefern: den „Imperator" mit 53.000, „Vaterland" mit 56.000 und „Bismarck" mit 58.000 Tonnen; wir hätten keinen einzigen Hafen in Frankreich, um sie unterzubringen!". Fürwahr, bittere Wahrheiten, umso bitterer, weil Richard ihnen die Promptheit, Zielbewußtheit, Großzügigkeit entgegenhalten muß, mit welcher der Ausbau der Wasserstraßen und Binnenhäfen Deutschlands vor sich ging, und auf den gewaltigen Aufschwung hinweisen muß, den ihr Verkehr, wie auch jener der unter starkem deutschen Einflusse stehenden Häfen Antwerpen und Rotterdam aufweisen kann. Den schlagendsten Beweis dafür, welche Wichtigkeit Deutschland den Wasserstraßen beimißt, findet Richard darin, daß „le Kaiser" — offenbar in Vorahnung der unvermeidlichen militärischen Niederlage bestrebt, auf diesem Wege die Hegemonie im Herzen Europas zu sichern — eine Konferenz der verbündeten Staaten zur Sicherung eines Wasserweges von der Elbe und Oder zur Donau veranlaßte (gemeint ist die Budapester Septemberkonferenz!), aus der aber dank der rumänischen Kriegserklärung nichts geworden. . . Armes, verblendetes Frankreich! Wird sich „l'autre revanche" nicht als Illusion erweisen, wie die Entscheidung durch Rumänien, wie der sichere militärische Sieg überhaupt?

Recht wenig hat uns Dr. C. Chauveau, Senator des Departements Cote d'or, mit seinem Buche „La France agricole et la guerre"[2]) zu sagen. Es enthält zum beträchtlichen Teil vor dem Krieg gehaltene Senatsreden über provinziale Konkurrenzen für landwirtschaftliches Motorwesen, behandelt sonst — mit einer faden Mischung von pedantischer Gründlichkeit und sentimentalem Pathos — einige Voraussetzungen der auch für Frankreich so hochwichtigen landwirtschaftlichen Mehrproduktion: so die Kommassation des Bauernbesitzes im Wege autorisierter Assoziationen zur Abhilfe gegen die übermäßige Zerstückelung des Bodens, die Erleichterung der Bildung von Ameliorationssyndikaten und Förderung derselben durch Gewährung langfristiger Kredite unter leichten Bedingungen durch den Staat oder durch eine von Staats wegen gegründete Bank, die Revision des Katasters u. a. Das größte Gewicht legt der Verfasser auf die Förderung der Anwendung der Motorkraft in der Landwirtschaft, welche Frage angesichts des zu gewärtigenden großen Mangels an Arbeitskräften und Zugtieren — nach den Ergebnissen der Viehzählungen konnten bereits Ende 1916 zwei Drittel des Pferdebestandes und ein Drittel der Zugochsen Frankreichs als verloren gelten — von brennendster Wichtigkeit sein wird.

Ganz den staatsfinanziellen Problemen ist ein im Oktober 1916 erschienenes Buch Arthur Girault's,[3]) Professors der Nationalökonomie an der Universität Poitiers, gewidmet. Er wirft dem Lande vor, sich über die Folgen des Krieges für die Staatsfinanzen hinwegzutäuschen: niemand denkt und niemand wagt daran zu erinnern, wie die Mittel zu beschaffen sein werden, um die Erfordernisse des Ausgabenbudgets — auch hier begegnen wir der für 1916 geltenden Schätzung auf jährlich 10 Milliarden — die schon in den letzten Friedensjahren nur durch außerordentliche Mittel ihre Deckung fanden, zu bestreiten. Die guten Bürger, die heute nicht müde werden immerfort zu schreien: „des canons, des munitions", werden nach dem Kriege nach neuen Steuern, nach Ersparnissen rufen müssen. Wird aber Frankreich, nachdem einmal der Rausch des Kampfes verraucht, den so seltenen bürgerlichen Mut hiezu aufbringen, wird es ein Finanzminister wagen, fünf Milliarden jährlicher neuer Steuern anzufordern, und eine Volksvertretung, sie zu bewilligen? Wird Frankreich mehr und länger arbeiten, dabei aber sich einschränken und verzichten wollen und können? Denn . . . nichts wird dem steuerzahlenden Bürger erspart bleiben: „il faudra

---

[1]) Marius Richard: L'autre revanche. 3. édition. Paris. Boivin & Cie, éditeurs. 1916. 272 p.

[2]) Dr. C. Chauveau: La France agricole et la guerre, Librairie Baillière. Paris. 302 p.

[3]) La politique fiscale de la France après la guerre par Arthur Girault. Librairie de la société du Recueil Sirey. Paris. 1916. 162 p.

Reichspost
11/VIII. 1917
108

Im Artois war der Artilleriekampf beiderseits von Lens und südlich der Scarpe sehr lebhaft. Abends griffen die Engländer vom Wege Monchy-Pelves bis zur Straße Arras-Cambrai in dichten Massen an. Unser Vernichtungsfeuer schlug verheerend in ihre Bereitstellungsräume; die vorbrechenden Sturmwellen erlitten im Abwehrfeuer und Nahkampf mit unseren kampfbewährten Regimentern schwerste Verluste und wurden überall zurückgeworfen.

Nördlich von St. Quentin entrissen brandenburgische Bataillone den Franzosen einige Grabenlinien in 1200 Meter Breite. Gegenangriffe des Feindes scheiterten, über 150 Gefangene blieben in unserer Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Zwischen Soissons und Reims, in der Westchampagne und auf beiden Maasufern erreichte das Feuer zeitweilig erhebliche Stärke. Eine französische Erkundungsabteilung, die an der Straße Laon—Soissons in unsere Gräben eindrang, wurde durch Gegenstoß vertrieben. Oestlich der Maas brachen badische Stoßtruppe in die französische Stellung nördlich von Vacherauville ein und führten eine Anzahl Gefangene zurück.

Leutnant Gontermann schoß zwei feindliche Fesselballone ab.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern: Auflebende Gefechtstätigkeit bei Dünaburg, südlich von Smorgon und bei Brody. Hier brachte eine Unternehmung deutscher und österreich-ungarischer Truppen über 200 Gefangene ein.

Front des Generaloberſten Erzherzog Josef: Südöstlich von Czernowitz wurde hart-

Weltkrieg und Individualismus.

Von Hofrat Dr. v. Lentner,
Professor der Innsbrucker Universität.

Daß Klima, Bodenbeschaffenheit, Siedlungsform, Beruf und Beschäftigung einen wesentlichen Einfluß auf die Eigenart einer Rasse, eines Volksstammes und selbst auf die einzelnen Menschen ausüben, ist eine unzählige Male beobachtete und geschilderte Tatsache. Eine seefahrende Nation ist anders geartet als eine binnenländische, ein Gebirgsvolk anders als ein Steppenvolk, eine ackerbautreibende Bevölkerung wieder anders als eine mit Handel und Industrie befaßte. So zeigt denn auch die Stammesgeschichte der Engländer und der Britisch-Amerikaner den maritimen Einschlag, der sich in ihrem Volkscharakter abspiegelt: Stolzes Selbstgefühl, zähe Zielstrebigkeit, Wagemut und Ausdauer allen Hemmnissen und Gefahren zum Trotz. Wer die Geschichte des britischen Reiches rückwärts blickend verfolgt, wird finden, daß fast alle englischen Staatsmänner und Philosophen seit den Tagen des Duns Scotus, 1265—1308, und seines nicht minder begabten Schülers Wilhelm Occam, 1270—1347, welche beide dem Franziskanerorden angehörten, sich zur Lehre bekannten, daß, weil der Teil früher sei als das Ganze, welches aus den Teilen besteht, dieser auch den Vorzug vor dem Ganzen verdiene, weshalb in jedem sozialen Verbande dem einzelnen die Möglichkeit geboten sein solle, sich frei zu entwickeln, nach seinem, nicht nach dem Ermessen anderer glücklich und zufrieden zu sein, daß ferner alle Hilfsmittel und Einrichtungen vorhanden sein sollten, damit jenes Wohlbefinden erreicht werde, das jeder einzelne wünscht, sei es, um sich möglichst weit auszuleben, sei es, um in größter Selbstgenügsamkeit und Bedürfnislosigkeit durchs Leben zu gehen. In solcher Weise sei die Menschheit auf ihre einfachsten Elemente zurückversetzt, das Individuum erscheine als der reale Träger der Aufgabe und des Zweckes der Kultur... So argumentierten die sogenannten „Nominalisten" des Mittelalters, und in der Tat haben sich in England alle bedeutenden Denker der folgenden Epochen, Bakon, Hobbes, Locke, Berkeley, Hume, bis zu Bentham, Stuart Mill und Herbert Spencer zu dieser Ansicht bekannt und dieselbe den Zeitumständen angemessen weiter entwickelt. Auf das Verhältnis des Bürgers zum Staate übertragen, ergab sich die Schlußfolgerung: Der Bürger allein ist der wirklich reale Faktor, eine reale Potenz, der Staat hingegen etwas nur Vorgestelltes, Fingiertes, Nominelles. Erst der Bürger, dann der Staat!

Der Individualismus erzeugte den politischen Liberalismus. Als solcher hat er seine Wanderung über die ganze Welt angetreten und sich zahllose Anhänger erworben. Und indem man im Menschen ein gesellig lebendes Wesen, ein Herdentier erblickte, glaubten viele, in der Biologie eine Stütze für die Lehre vom „Kampf ums Dasein" gefunden zu haben, wobei sie das Unterscheidende zwischen Mensch und Tier übersahen, die Fähigkeit des ersteren, Begriffe zu bilden, welche von früheren sinnlichen Wahrnehmungen und Gedächtnisbildern unabhängig, somit außersinnlich sind. Aehnlich verhält es sich auch mit der Entwicklung der menschlichen Sprache in Wort und Tönen und mit der Ideenwelt des Religiösen, wofür sich in der Tierwelt durchaus nicht Aehnliches oder irgendwie Vergleichbares findet.

Ungewöhnliche Ideen, wie die vom Daseinskampfe richten im Anfange ihres Auftretens und bevor sie nicht genau geprüft sind, immer einiges Unheil an und sind der Gefahr ausgesetzt, daß aus ihnen die wider-

Fremdenblatt

15./VIII. 1917

Wirtschaftsbeobachtung hinter der Front.

Von Dr. Max Rosenberg.

Der letzte Krieg hat neben dem seit altersher in Verwendung stehenden Kampfmittel der Taktik die Wichtigkeit zweier neuer Kampfmittel besonders zum Ausdrucke gebracht. Es sind dies die Technik und die Wirtschaft. Ueber die Bedeutung der ersteren ist man sich bald nach Ausbruch des Krieges ins Klare gekommen. Es hieß damals, die bessere Technik sei für den Erfolg ausschlaggebend. Mit dem Wachsen der Kriegsdauer kam es immer deutlicher zum Ausdrucke, von welch überragender Bedeutung die gute Wirtschaftsführung für den glücklichen Enderfolg sei. Während sich die Taktik und ihre Wirkung unmittelbar an der Front äußert, hat die Kriegstechnik ihren Wirkungskreis zum großen Teile an der Front, streckt aber ihre Fühler auch bis ins Hinterland aus (z. B. die Waffenproduktion 2c.). Die Wirtschaft hingegen hat ebensoviel Bedeutung an der Front wie im Hinterlande. Und demgemäß wäre die Kriegswirtschaft in eine Hinterlandswirtschaft und Frontwirtschaft einzuteilen. Die Hinterlandswirtschaft ist Gegenstand zahlreicher Abhandlungen geworden. Während die Literatur darüber direkt ins Unermeßliche anschwillt, während fast jeder Berufene und Unberufene hier seine Meinung zu äußern für notwendig erachtet, schweigt in der Kriegstechnik der Nichtfachmann. In der Kriegsmedizin ist das Eingreifen des Laien direkt verpönt. Nur in der Kriegswirtschaft glaubt jeder seine Meinung abgeben zu müssen. Dies ist es auch, weswegen in der Literatur der Kriegswirtschaft in der Fülle der gemachten Aeußerungen der Weizen vom Sprou so schwer geschieden werden kann und dies mag auch eine der Ursachen sein, weswegen die Ziele der Hinterlandskriegswirtschaft so schwer erfaßt werden können. Allgemeines Wirtschaftsgespräch — von den Hauswirtschaftssorgen soll hier nicht die Rede sein — ist zum Modegespräch geworden wie irgend ein Theaterstück. Während aber dieses oft auf diese Gespräche angewiesen sein mag, wirkt es auf die Hinterlandswirtschaft und ihre Beobachtung, welche das Eingreifen von Nur-Fachmännern erfordern, direkt schädlich. Gerade so wie bei der Kriegstechnik nur der Fachmann ein ausschlaggebendes und allein maßgebendes Votum hat, muß auch die Kriegswirtschaft fern von jedem Laieneingriffe unbedingt Domäne des vorgebildeten geschulten Volkswirtschaftlers sein. Wo dies nicht der Fall ist, zeigen sich bald Erscheinungen, die ihre Rückwirkung auf die gesamte Kriegswirtschaft des Hinterlandes haben können. Das Versagen mancher Wirtschaftsinstitution beruht vielleicht darauf, daß Nichtvolkswirtschaftler sie als ihr Tätigkeitsgebiet auserkoren. Die allgemeine Feindschaft gegen manche volkswirtschaftlichen Einrichtungen, die durch eine jahrhunderte-, oft jahrtausendelange Entwicklung ihre Existenzberechtigung erwiesen haben, beruht nur darauf, daß die Laien in Unkenntnis ihres Werdeganges und ihrer Funktionen sie zum Gegenstande ihrer unsachlichen Betrachtungen gemacht haben. Wenn jemand über die Berechtigung oder Nichtberechtigung irgend einer Waffenfabrikationsart sprechen und ein maßgebendes Urteil abgeben wollte, oder wenn irgend ein ungeschulter Laie mit maßgebender Miene über die Tetanusgefahren der Kriegsverwundeten sprechen und schreiben wollte, so würden diese Leute direkt ausgelacht werden. Nur bei der Volkswirtschaft darf dies sein, als wäre sie ein erst jetzt entstandenes Gebiet, das nicht auf eine jahrtausendelange Entwicklung zurückblickt. Einmal nach dem Kriege wird über die Fehler dieser Kriegswirtschaft manches und vielleicht auch nicht immer ein günstiges Urteil gefällt werden. Von diesen Erscheinungen aber soll jetzt nicht die Rede sein.

Während sich also mit der Kriegswirtschaft des Hinterlandes auch die Volkswirtschaftler wissenschaftlich zu beschäftigen beginnen, während die Erscheinungen dieser Hinterlandswirtschaft von ihnen besonders studiert und ihre Konsequenzen abgeleitet werden, während also schon in dieser Hinsicht auf eine ausgedehnte Literatur verwiesen werden kann, fehlt fast jede Beobachtung über den anderen Teil der Kriegswirtschaft, welche ebenso wichtig wie die des Hinterlandes ist, nämlich die Frontwirtschaft.

Diese Frontwirtschaft muß ebenfalls streng geteilt werden, in die Wirtschaft innerhalb der Kampfarmee und die Wirtschaft der Etappe. Während die Armeewirtschaft ein Kampfmittel im engeren Sinne bildet — ihr richtiges Funktionieren ist gerade so notwendig, wie z. B. Kanonen und Stacheldraht — ist die Etappenwirtschaft oft eine sekundäre durch die Armeewirtschaft bedingte und beeinflußte Erscheinung.

Die Beobachtung der Armeewirtschaft ist ohne genaue Kenntnisnahme der einzelnen Armeewirtschaftsorganisationen und ihrer Tätigkeit für den Außenstehenden sehr schwierig. Ihre Behandlung dürfte erst nach dem Kriege in den einschlägigen Generalstabswerken erfolgen. Diese werden dann vielleicht die ersten Abhandlungen über die Armeewirtschaft sein. Die bisherigen Generalstabswerke haben in dieser Hinsicht nur sehr geringfügige Bemerkungen gebracht. War doch der Armeewirtschaft in keinem der bisherigen Kriege eine so große Rolle zugewiesen wie jetzt und war man sich doch bisher des großen Einflusses der Wirtschaft auf die Kriegführung ganz und gar nicht bewußt.

Die Beobachtung der Etappenwirtschaft ist leichter. Die Etappe ist das Verbindungsglied zwischen Hinterland und Armee. Sie ist die Hinterlandfrontwirtschaft. Ihr Einfluß reicht bis zu den Grenzen desjenigen Gebietes, welches für die Aktionen der Frontarmee in Betracht kommt, also bis zur Etappengrenze, wo die Etappeneinrichtungen der Armee aufhören. Die Wirtschaft dieses Gebietes wird einerseits direkt durch die Armeen selbst in den Armee-Etappenwirtschaftseinrichtungen beeinflußt, andererseits zeigt sich auch ein großer indirekter Einfluß, der sich ohne Hinzutun der Armee entwickelt hat. Es ist dies die Rolle, welche die Etappe als engstes Hinterland der Frontarmee spielt. In dieser Hinsicht wäre der Ausdruck Wirtschaft hinter der Front der angemessene. Hier äußern sich alle Rückwirkungen der Frontarmee als Helfer der Produktion und in noch viel größerem Maße als Konsument. Die Bevölkerung hinter der Front richtet sich unwillkürlich darauf ein. Die Wirtschaft wird demgemäß umgewandelt. Es bildet sich so eine Wirtschaftsform heraus, welche ihr eigenes Gepräge hat und weder mit der Frontwirtschaft noch mit der eigentlichen Hinterlandswirtschaft etwas gemein hat. Es ist ein spezielles Gebilde, das mit der Nähe zur Front seinen ausgeprägten Charakter enthält. Und diese Hinterfrontwirtschaft, die wir kurz Etappenwirtschaft nennen wollen, ist es, welche der besonderen wirtschaftlichen Beobachtung harrt. Ihre Erfassung und die Beobachtung ist deswegen schon jetzt notwendig, weil mit dem Momente, wo die Front sich verschiebt, beziehungsweise überhaupt aufhört, diese Erscheinungen ebenfalls verschwinden. Während für die Armeewirtschaftseinrichtungen die meisten Erscheinungen in verschiedenen Erlässen, Berichten festgelegt sind, ist dies bei der Etappenwirtschaft gewöhnlich nicht der Fall. Ein Studium wird später sehr schwer, manchmal überhaupt nicht möglich sein. Und doch ist die Feststellung dieser Erscheinungen unbedingt notwendig. Ist doch das Etappenwirtschaftsgebiet in gewisser Hinsicht auch das Operationsgebiet. Gesunde Wirtschaftsverhältnisse in der Etappe sind vom günstigen Einfluß auf die Frontarmee. Es ist die Wirtschaftsverteidigung an der Front, die sich hier allmählich herausgebildet hat. Eine große Anzahl von Kleinbauern mit extensiver Wirtschaft wird für die Frontarmee viel vorteilhafter sein, als große Komplexe einiger weniger Großgrundbesitzer, die sich den Kriegserfordernissen unmöglich akkommodieren können. Eine ausgedehnte Waldwirtschaft ist manchmal ebenso nützlich wie eine ausgeprägte Agrarwirtschaft hinter der Front. Eine wirtschaftlich gut situierte Bevölkerung hinter der Front ist von größerem Vorteile, als eine bettelarme Bevölkerung. Der gutfundierte Kaufmann kann unter günstigen Umständen ebenso nützen, wie der tüchtige Agrarier. Ein ausgelernter Gewerbetreibender wird von der Frontarmee warm begrüßt. Es ließen sich noch eine Unzahl ähnlicher Beispiele anführen. Sie müssen nicht immer mit gutfundierten Wirtschaftsverhältnissen zusammenhängen. Eines ist sicher, die Front beeinflußt das gesamte Wirtschaftsleben der Etappe, sie äußert ihre Wirkungen auf Acker- und Bergbau, auf Industrie und Gewerbe, auf Handel und Verkehr und nicht zum geringsten auf die Bevölkerung als solche selbst. Und eine Kriegswirtschaftspolitik, die einmal mit dem Etappengebiet als Verteidigungsgebiet und Kampfgebiet rechnen wird, muß auch unbedingt alle die Erscheinungen, welche hinter der Front hervortreten, kennen. So wird die Wirtschaft des Hinterfrontgebietes zu einem Gebiete, das nicht nur der Theoretiker studieren soll, sondern das auch der spätere Militärwirtschaftspolitiker unbedingt wird berücksichtigen müssen.

Arbeiterzeitung

22. / VIII. 1917

Die Vorfrage aller Reformen.

Die Arbeiterklasse ist im Alltag durch die Praxis ihres Klassenkampfes in den Werkstätten so sehr in Anspruch genommen, daß sie staatsrechtlichen Fragen weniger Bedeutung beimißt als wirtschaftlichen und sozialen. Von den staatsrechtlichen Fragen berühren sie dabei vor allem die verfassungsmäßigen Freiheitsrechte, während die Aemterordnung und Amtsbesetzung sie weniger interessieren. Brot und Freiheit — das sind die Hauptforderungen der Klasse und also hat sie bisher der Organisation des Staates viel zu wenig Beachtung geschenkt.

Im Kriege hat jedoch gerade die Arbeiterklasse am empfindlichsten zu spüren bekommen, was es heißt, in einem falsch eingerichteten und schlecht verwalteten Gemeinwesen zu leben. Die Leidensgeschichte des Ernährungswesens im Kriege wird sie so leicht nicht vergessen — ein dreijähriger Anschauungsunterricht über Zweck und Nutzen dieser Bürokratie und dieser Autonomie reicht aus; die Lehre wird nachhalten. Die Arbeiterfamilien, die das Unglück hatten, in einer Kleingemeinde oder in einer Bezirksstadt zu leben, haben bei endlosem Anstellen, bei unzähligen vergeblichen Vorsprachen, bei dem ganzen Aergernis der Verteilung, bei den fruchtlosen Beschwerdegängen zur Hauptmannschaft sich ihre Gedanken über den Unsinn dieser Doppelverwaltung, über die Unzulänglichkeit reiner Juristenverwaltung ohne wirtschaftlichen und finanziellen Untergrund, über die gesetzlose Willkür der dem Volke unverantwortlichen, weil von bloßen Klüngeln gewählten Gemeindepaschas gemacht. Es gibt Industriegemeinden, deren vier Fünftteile Fabriksarbeiter sind, deren Finanzen getragen sind von der Bierabgabe der Proletarier und die doch diese Arbeiterschaft als ortsfremdes Gesindel behandeln, dem man zu keinerlei Fürsorge verpflichtet ist. In den tausend Nöten des Krieges haben die ratlosen Reservistenfrauen oft nicht einmal die einfachste Auskunft im Gemeindeamt erlangen können, stundenweit mußten sie zur Hauptmannschaft laufen und dort standen sie in Scharen stundenlang, bis sie vorkommen konnten — der Kommissär hatte sie erst recht wieder an die Gemeindekanzlei zu weisen, und ein voller Tag war zwecklos vertan. Die Allgewaltigen behandeln das Volk, das nicht wählt, als außerhalb der Gesetze stehend; sie glauben ihm keine Rücksicht zu schulden, da doch auch der Staat, der das Wahlrecht gibt, dabei auf sie nicht Rücksicht nimmt. Die allermeisten Gemeinden aber sind in Händen der Lebensmittelgewerbe, der Wirte, Bäcker und Fleischer, oder der Lebensmittelerzeuger, der Großbauern. Die gemeindliche Lebensmittelversorgung wurde so zur ständigen Demütigung und Begaunerung der arbeitenden Klassen, derart, daß ihnen selbst das, was sonst dem selbstbewußten Arbeiter das Verhaßteste ist, die Versorgung durch die Fabrik, geradezu als Erlösung vorkam!

Nun aber steht zu erwarten, daß das behördliche Lebensmittelregime noch geraume Zeit in den Frieden hinein fortdauert! Die Folgen eines solchen Regimes sind unausdenkbar. Eine beträchtliche Anzahl von Gemeinden hat die gemeindliche Mehlverteilung zu so unerhörten Preisaufschlägen benützt, daß sie einer maßlosen indirekten Steuer gleichkommen und die Ortskassen sich an der Kriegsnot der Massen geradezu bereichert haben. Und die Gegenleistung? Die Verteilung erfolgte zumeist so unsachgemäß, in so lästigen und herabwürdigenden Formen wie nur möglich! Beschwerden höheren Orts hatten wohl Weisungen zur Folge, aber diese wurden zumeist einfach mit Geringschätzung beiseite gelegt. Noch jammervoller aber war die angeordnete Aufbringung abstellpflichtiger Erzeugnisse. Nur die Unzuverlässigkeit der Gemeindeverwaltungen hat zum Schluß die Beschlagnahme mit militärischer Begleitmannschaft nötig gemacht, und selbst dabei waren die Ortsgewaltigen nur zu oft die Helfer der Zurückhaltung und Unterschlagung. Die Ursache dieser Uebel liegt in der Rechtlosigkeit der unteren Volksklassen in der Gemeinde, in der Besetzung der Gemeinderatsstellen durch die Gevatterschaft der Höchstbesitzenden, die niemandem verantwortlich sind. Im Kriege hätte der Besitz die Probe staatserhaltender Gesinnung ablegen können, hat jedoch in jeder Form bloß seinen Eigennutz betätigt — niemals wird es mehr gelingen, den Volksmassen über die Staatstreue der Besitzklassen etwas vorzumachen und aus ihr Ansprüche auf ein Wahlvorrecht abzuleiten. Ein schlimmerer Unsegen für den Staat als diese Vorrechte war nicht zu ersinnen.

Aber es sind nicht diese Kriegserfahrungen allein! Die zumeist als „unentbehrlich“ enthobenen Großbesitzer gehen bereichert aus dem Kriege hervor — die Volksmassen jedoch wirtschaftlich verarmt, leiblich herabgekommen, siech und verkrüppelt. Der Staat wird nach dem Kriege die höchsten humanitären und sozialen Leistungen zu vollbringen haben, um diese Schäden zu heilen. Zugleich liegt das wirtschaftliche Leben so darnieder, daß die öffentliche Wirtschaftspflege in ganz anderem Maße wird einsetzen müssen als bisher. Darum benötigt das Volk sowohl wie der Staat örtliche amtliche Stellen, die der Wirtschaftspflege und der sozialen Fürsorge dienen. Es wäre eine groteske Annahme, diese Gemeindevertretungen könnten deren Träger sein! Ebenso unangebracht wäre die Erwartung, die Bezirkshauptmannschaften vermöchten das zu werden — sind sie doch reine Juristenämter ohne wirtschaftliche Vorbildung, reine Behörden ohne Umlagenrecht und also ohne Finanzen! Wirtschaftliche und soziale Verwaltung läßt sich nur führen durch die Mitarbeit aller wirtschaftlichen und sozialen Klassen. Hiebei können Gemeinden, deren Vertretung aus dem gleichen Wahlrecht aller hervorgeht, gewißlich wertvolle Helfer sein, aber sie sind im Durchschnitt viel zu klein, viel zu zersplittert, viel zu ungleich, als daß sie dem Plane einer Neuordnung zugrunde gelegt werden dürften. Was eine Stadt mit 25.000 Einwohnern zur Not noch zu leisten vermöchte, kann eine Ortschaft mit 2500 Seelen nicht mehr zu unternehmen wagen. Weder die Hauptmannschaft noch die Gemeinde kann also der Träger aller der Verwaltungsaufgaben sein, deren Erfüllung das Proletariat in und nach dem Kriege gebieterisch fordern muß. Aus der Wirtschaftsnot, aus der sozialen Bedrängnis der Massen und nicht aus irgend welchen staatsrechtlichen Schwärmereien entsteht also das zwingende Bedürfnis nach einer Kreisverfassung, nach Neueinführung genügend großer wirtschaftlich arrondierter, leistungsfähiger Verwaltungssprengel, die durch demokratisch gewählte Selbstverwaltungskörperschaften regiert werden, und zwar einheitlich, ohne die lächerliche und schädliche Scheidung in landesfürstliche und autonome Verwaltung, mit endlicher Ueberwindung des Bürokratismus wie der autonomen Vorrechts- und Gevatternwirtschaft. Wiederholt ist in der Arbeiter-Zeitung dargetan worden, daß unseren öffentlichen Einrichtungen ein wesentliches Glied überhaupt fehlt, das Glied der Lokalverwaltung, daß wir diese weder in der Sache noch selbst in unserer politischen Vorstellungswelt besitzen und daß die schwersten Mängel und Uebel unseres Staatswesens zurzeit aus diesem Gebrechen hervorgehen. Wir brauchen eine Kreisverfassung, weil wir endlich eine wirtschaftliche und soziale Lokalverwaltung brauchen, und dieses Bedürfnis ist gerade dem Proletariat das schreiendste und dringendste. Gerade darum muß es auch auf der Hut sein, damit nicht auch diese Einrichtung durch den Schmerlingschen Kurienschwindel im Keime vergiftet wird. Eine Kreisordnung, die bloß die bestehenden Aemter um ein Amt und eine Instanz vermehrte, um für neue Amtsanwärter Raum zu schaffen, im übrigen aber gleich unwirtschaftliche, gleich unsoziale, gleich bürokratische, gleich gevatterschaftliche Behörden schüfe wie bisher, eine solche Kreisordnung würde natürlich der nationalistischen Bourgeoisie recht wohl passen! Würde sie doch dem nationalistischen Brande bloß neue Scheiter zuführen! Die Arbeiterklasse Oesterreichs — ohne Ansehen der Nation — hat allen Grund, vorsichtig zu sein und vorweg den Projektemachern jeden Zweifel zu nehmen. Die Kreisordnung wird demokratisch sein oder sie wird überhaupt nicht sein!

Und jenen anderen, welche jede vernünftige Verwaltungsreform mit dem nationalistischen oder partikularistischen Vorwand der Landeszerreißung zu vereiteln trachten, sei von vorneherein gesagt: Die Kreisvertretungen dürfen nicht belastet werden mit dem nationalen Streit und darum sind sie so abzugrenzen, daß die Kreissprengel — unbeschadet ihrer wirtschaftlichen Geschlossenheit — tunlichst einsprachig sind. Das Proletariat muß endlich eine Stätte finden, wo seine, das leibliche und geistige Wohl erfassenden Angelegenheiten ohne Obstruktion und ohne Katzbalgereien ernst erledigt werden! Uns gilt die nationale Abgrenzung weder als Mittel noch als Abwehr irgend eines wirklichen oder vermeintlichen Ausdehnungs- oder Angleichungsbestrebens, sondern als einfaches Bedürfnis einer geordneten und ungestörten Verwaltung im Kreise, und darum kann auf die Forderung der Abgrenzung auch nicht verzichtet werden. Der einzige Vorbehalt ist, daß das abgegrenzte Gebiet auch wirtschaftlich und verwaltungstechnisch ein geeigneter Sprengel ist.

In der Kreisverfassung liegt für das Proletariat der Kern jeder Verfassungsreform, ihr notwendiger Unterbau, die Voraussetzung aller weiteren Reformen und zugleich der Prüfstein dafür, ob die bürgerlichen Parteien von ernsthaftem Reformwillen erfüllt sind. Es steht zu erwarten, daß der Parteitag der Bürokratie wie den bürgerlichen Parteien diese Vorfrage stellt: Wollt ihr eine demokratische Gemeindereform? Wollt ihr eine demokratische Kreisverfassung? Und erst wenn diese Vorfrage bejaht ist, kann an eine Mitarbeit der proletarischen Vertretung im Parlament an den Fragen des staatsrechtlichen Ueberbaus überhaupt gedacht werden!

Berner Bund
24./VIII. 1917.
24
114

Um das tägliche Brot

Unsere ganze Volkswirtschaft stand vor dem Kriege im Zeichen der internationalen Arbeitsteilung. Dieses System hat große Leistungen zustande gebracht; es war ein Produkt und bleibt ein Postulat des Weltfriedens, und unsere Volkswirtschafter hatten die größte Freude daran. Der wirtschaftliche Aufschwung der Schweiz in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege hängt aufs engste damit zusammen. Aber das fühlen wir jetzt von Tag zu Tag mehr, daß wir allzu sorglos und viel zu weit darin gegangen sind, daß wir gewirtschaftet haben, als ob keine Kriegsgefahr bestände.

Alles arbeitete für den Welthandel und den Weltverkehr. Unsere Landwirtschaft ist aus einer nationalen Versorgungseinrichtung eine Exportindustrie geworden. Darum hält es heute, wo mit dem Weltfrieden auch der große Verkehr versagt hat, so schwer, das Wirtschaftsleben auf die Erzeugung der unmittelbar dem eigenen Volke notwendigen Güter umzustellen. Immer noch verrichten wir Teilarbeit, obschon bald niemand mehr da ist, der uns das Fehlende ergänzt, und dabei fehlt es am ersten Lebensmittel, am täglichen Brot!

Milchprodukte und Zuchtvieh für alle Welt, Getreide und Bodenfrüchte nur für einen Bruchteil des eigenen Volkes, das war das Ergebnis. Wie ist das gekommen?

Zwei Hauptursachen haben zusammengewirkt: Der Verkehr führte uns Weizen zu, mit dessen Preis die Eigenproduktion nicht zu konkurrieren vermochte. Die Industrie zog die Arbeitskräfte an und zwang die Landwirtschaft, sich vom Ackerbau abzuwenden und zu einer Betriebsform überzugehen, die weniger Personal verlangt.

Mehr als irgend ein anderes Volk haben wir vom Frieden gelebt und für den Frieden gearbeitet. Darum die ungeheure Mühe, die es braucht, um in der Schweiz eine Kriegswirtschaft durchzuführen. Es wurde hier schon darauf hingewiesen, daß der Zug in die Fabriken gerade jetzt besonders gefährlich eingesetzt hat, während die Lage des Volkes uns gebieterisch auf das Land zurück weist. Je mehr Eisenbahnen wir bis in das entlegenste Gebirgsdorf hinauf führten, um so mehr entvölkerten sich die Berge. Jetzt fehlt es am Werkzeug, am Können und vor allem an den nötigen Menschen, um alten Ackerboden neu zu bebauen, der seit Jahrzehnten in die primitivere Kulturstufe des Weidebetriebs zurückgesunken ist.

Das Werkzeug läßt sich schaffen. Einzelne Kantone gewähren Vorschüsse für die Beschaffung von Pflügen. Säemaschinen, die 25 bis 30 Proz. Saatgut ersparen, werden wo immer möglich eingeführt. Es werden auch Prämien für Urbarisierung von Weideland ausgesetzt. Die geradezu unglaubliche Vernachlässigung des Ackerbaus und die Krisis in der Stickerei im Kanton St. Gallen erlauben es, dort mehr zu tun, als in vielen andern Gegenden der Schweiz geschieht. Vorbildlich steht der Kanton Schaffhausen da, wo drei Fünftel des Bodens Ackerland ist; die Schaffhauser Dragoner sind aber auch als Lehrmeister des Pflügens in mehr als einem andern Kanton tätig gewesen. Schaffhausen hat auch zuerst energische Vorkehren getroffen für die richtige Verwendung des Getreides; es hat auf eigene Faust das Gerstenmonopol durchgeführt, als man anderswo noch die Köpfe schüttelte über die Bedenklichkeit der Ausschaltung des freien Handels. Zaudern und unsicheres Tasten haben die Lage erschwert. Statt die Versorgung der Armee mit Heu und Stroh gleich nach der Ernte oder doch im Herbst sicherzustellen, warteten die Behörden, bis sich die Bauern auf die vorhandenen Vorräte mit ihrem Viehbestand eingerichtet hatten, und verfügten die Bestandesaufnahme viel zu spät. Bis zum Monat März 1917 ging es, bevor der Bund schlüssig wurde über die Verwendung seines Grundbesitzes, und in der Anpflanzung und erst recht in letzter Zeit bei der Ernte auf den Exerzier- und Schießplätzen zeigte sich eine merkwürdige Unsicherheit.

All das sei gesagt, nur um die immer gebieterischer auftretende Notwendigkeit ganzer, durchgreifender Lösungen für die Zukunft zu betonen; mit Konzessionen und Kompromissen nach rechts und links kann man die Lage nicht mehr meistern. Die Einsicht fehlt sicherlich nicht, wohl aber offenbar bis zu einem gewissen Grade das Vertrauen in die notwendige Mitarbeit des Volkes, an die in den letzten Erlassen des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements wiederum so dringlich appelliert wird. Dieser Mangel an Vertrauen droht von Tag zu Tag mehr erwidert zu werden, gerade weil das Volk die starke Hand nicht fühlt, die in so stürmischer Zeit das Steuer führen muß. „Im Notfall werden wir vor Zwangsmaßnahmen nicht zurückschrecken" steht im sechsten Neutralitätsbericht zu lesen. Wir haben schon am 7. Juli darauf verwiesen und die Ansicht ausgedrückt, daß der Notfall da sei.

An einer Reihe von Erlassen hat es seither freilich nicht gefehlt, und man muß wissen, daß im Bundeshaus von den leitenden Personen in schier übermenschlicher Anstrengung gearbeitet wird. Kritisieren ist leichter als bessermachen; es wird auch gewiß immer wieder in einer Art kritisiert, die nicht dazu angetan ist, die Arbeit zu fördern. Das alles zugegeben, kann man sich nicht vor der Tatsache verschließen, daß vielfach zu spät und immer wieder zu unentschieden eingegriffen wurde.

Die Brotkarte ist endlich beschlossene Sache; aber die Erwartung, sie auf 1. September eingeführt zu sehen, wurde enttäuscht. Wir müssen warten bis 1. Oktober. Den Widerständen, die noch in der letzten Session der Bundesversammlung an den Tag traten, ist zu lange Rechnung getragen worden.

Am Mittwoch fand im Bundeshaus eine Besprechung mit den Vertretern des Gewerkschaftsbundes und der sozialdemokratischen Partei der Schweiz statt, an der die Forderungen der bekannten Eingabe an den Bundesrat behandelt wurden. Es nahmen daran teil die Vorsteher der in erster Linie beteiligten Bundesverwaltungen und Arbeitersekretär Greulich, Ilg, Greutert, Platten, Dürr, Bezirksrichter Rieder, Huggler und Dr. Klöti. Die Mitteilungen des Oberkriegskommissariates über den Stand der Getreideversorgung, die bei dieser Gelegenheit gegeben wurden, bestätigen und ergänzen die Zahlen, die wir in der gestrigen Morgennummer brachten. Waren anfangs Juli noch 13,000 Wagenladungen Weizen in unsern Magazinen, so ist dieser Vorrat nun auf 12,000 Wagen gesunken, dazu kommen noch die 5000 Wagen, die in Cette ausgeschifft sind. Unterwegs auf der See ist nichts! Der monatliche (unrationierte) Bedarf beträgt 3400 Wagen!

Wie weit reicht die Inlandernte? Wir hören, daß man für die allgemeine Versorgung mit dem Ertrag von 100,000 Hektaren rechnet, wenn die Hektar durchschnittlich etwa 20,000 Kilozentner abwirft, so käme man damit auf 20,000 Wagenladungen — aber davon sind wieder abzuziehen etwa 5000 Wagen nicht vermahlbares, abgehendes Getreide und 2000 Wagen Saatgut, so daß wir wohl nur mit 13,000 Wagen eigenen Gewächses rechnen dürfen, insgesamt also mit einem Vorrat von 30,000 Wagen. Damit müssen wir unbedingt bis zur nächsten Ernte auskommen und dabei nie vergessen, daß uns auch die nächste Ernte lange nicht über ein weiteres Jahr hinüberhelfen wird.

Mehr Ackerbau! Was ist geschehen, seit dieser Ruf zuerst erhoben wurde? Mancherlei, aber noch lange nicht das Mögliche. Die Kantone werden niemals imstande sein, die große einheitliche Aktion so durchzuführen, daß wirklich aller kulturfähige Boden erfaßt wird. Schon weil nur der Bund die an dieser Stelle längst und dringend verlangte Aktion zur Sicherung der notwendigen Arbeitskräfte durchführen kann. Glaubt man, daß St. Gallen aus eigener Kraft imstande sei, den alten ostschweizerischen Kornboden zwischen Wil und St. Gallen auch nur annähernd so intensiv zu bebauen, wie er in alter Zeit bebaut war? Was geschieht mit den kulturfähigen Ebenen an der Broye? Was wird aus der Grenchenweite? Was aus dem st. gallischen Rheintal?

Die außerordentliche Parzellierung des Grundbesitzes, der bäuerliche Kleinbetrieb bildet ein ernsthaftes Hindernis für die Beischaffung der Inlandernte zur allgemeinen Volksernährung; auch Deutschland hat ja erfahren, daß die Requisition bei den Kleinbauern sich kaum lohnt. Vollends der schweizerische Kleinbauer kommt nicht über die Selbstversorgung hinaus. Um so nötiger ist es, daß wir da Großbetriebe einführen, wo sie möglich sind. An der Gelegenheit fehlt es nicht; aber wer ergreift die Gelegenheit? Wenn es richtig ist, daß in Basel der Gedanke auftauchte, an der Broye aus öffentlichen Mitteln Getreideboden im großen zu pachten, dann hätten wir doch wenigstens ein Beispiel, das weiterwirken könnte. Aber leider reifen solche Früchte und reifen unsere Entschlüsse immer noch langsamer, als die Not, die Krisis reift. Könnte der Bund nicht, wie unseres Wissens auch schon vorgeschlagen wurde, die Initiative zur Bildung großer Ackerbaugenossenschaften ergreifen, die Streue- und Weideland in weiten Komplexen kultivieren würden? Für die Gewinnung der Arbeitskräfte, die unbedingt die Industrie abzugeben hat, nachdem sie jahrzehntelang auf Kosten der Landwirtschaft alle Hände in Beschlag nahm, ist natürlich die Sicherstellung eines gewissen Arbeitslohnes nötig. Der einzelne Bauer vermag da nicht aufzukommen; wenn er seinen Arbeitern Fr. 15 bis Fr. 20 zahlen wollte, wie die Granatenfabrikanten, dann würden die Bodenerzeugnisse unerschwinglich teuer. Im Großbetrieb aber läßt sich manches einsparen. Da lohnt sich der Dampfpflug und vielleicht bei ernsthaften Versuchen auch die motorische Kraft der Elektrizität.

Jetzt ist noch Zeit dafür, aber es ist auch höchste Zeit. Gemahnt und gewarnt ist seit Jahr und Tag genug. Jede fruchtlose Mahnung, deren Berechtigung hinterher zugegeben wird, wird zum Vorwurf und zum Grund neuen lähmenden Mißtrauens.

Auch auf kantonalem Boden, ja im Gebiet der städtischen Gemeinden ist immer noch nicht alles getan, was die Zeit verlangt. Ein Spaziergang durch unsere Villenquartiere zeigt, daß viele Leute, die „es haben und vermögen", offenbar gelassen die hohen Lebensmittelpreise zahlen — man muß froh sein, wenn sich jeder an die Höchstpreise hält! — aber wohl noch nie daran gedacht haben, die weiten Rasenflächen innerhalb ihrer Herrschaftszäune anzubauen. Lieber dem Unbemittelten, der keinen Zoll Bodens sein eigen nennt, die Lebensmittelknappheit verschärfen und die Preise hinauftreiben, als Früchte des eigenen Gartens zu essen.

Es geht nicht ohne tiefeingreifende Maßnahmen, ohne schwere Beschränkung des einzelnen im Interesse des Ganzen. Dazu gehört auch, daß die Behörden ernsthaft dafür sorgen, daß nicht fremdes Volk unser tägliches Brot verkürzt. Der „Fremdenimport", und, was weit bedenklicher ist, der Export für fremde Zwecke muß dem Interesse der schweizerischen Bevölkerung untergeordnet werden. Ist es wahr, daß Tausende von Wagenladungen mit Waren, die schweizerischen Vorräten entstammten, in Ein- bis Dreikilopaketen in die Gefangenenlager wanderten? Ist es wahr, daß diese Humanität sogar von der Kriegsgewinnsteuer erfaßt werden konnte? Ist es wahr, daß durch solche Aufkäufe besonders die Woll- und Lederwaren rar und teuer geworden sind? Eine öffentliche Aufklärung, und wenn nötig, ein energischer Eingriff, würden Wunder wirken für die Stimmung des Publikums und für die Mitarbeit des Volkes.

Das Volk weiß nachgerade, wo wir stehn. An Aufklärung hat es in der letzten Zeit nicht gefehlt. Wenn einer noch geneigt sein sollte, über amtliche Eingriffe in seine Privatsphäre aufzubegehren, dann möchten wir ihn auf das französische Gesetz vom 3. August 1917 über die bürgerlichen Requisitionen verweisen. Frankreich ist trotz Krieg in bezug auf die Volksernährung in wesentlichen Punkten besser dran als die Schweiz. In diesem Gesetz aber ist vorgesehen, daß die Behörden während der Kriegsdauer folgende Gegenstände requirieren können:

„1. Alle Gegenstände, die für die Ernährung, Kleidung, Beleuchtung und Heizung der Zivilbevölkerung nötig sind.

2. Alle Stoffe und Einrichtungen der Industrie und des Handels, die zur Erzeugung, Fabrikation, Behandlung oder Konservierung dieser Gegenstände dienen."

So steht's im «Journal officiel de la République Française» Nr. 209 vom 4. August. Man braucht über die Tragweite solcher Erlasse wohl kein Wort zu sagen!

Da sollte man bei uns wenigstens nicht davor zurückschrecken, Bestandesaufnahmen und gelegentliche Stichproben bei Privaten vorzunehmen, wie es unseres Wissens zurzeit im Kanton Zürich geschieht. Sobald neue Höchstpreise oder Rationierungen angekündigt werden, beginnt bekanntlich immer das Aufkaufen. Da sollten die Behörden nicht langsamer sein als die Hamsterer, sondern gerade in den kritischen Tagen zugreifen.

*

Letzter Tage ist ein hochstehender Amerikaner ins Land gekommen, um sich ein Urteil über die schweizerischen Verhältnisse zu bilden. Nachdem ihm die wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu den beiden kriegführenden Parteien auseinandergesetzt waren und der Schreiber dieser Zeilen ihn nach seinem Eindruck fragte, antwortete er mit einer in Amerika gebräuchlichen Redewendung: «You are between the devil and the deep sea» — Ihr steht zwischen dem Teufel und dem Abgrund!

Ein starkes Wort, aber kein falsches Wort. Der Ernst der Lage erfordert heute den guten Willen des ganzen Volkes und rücksichtslose Entschlossenheit der Behörden.

Neues Wiener Tagblatt
25./VIII. 1917

Zur wirtschaftlichen Annäherung der Mittelmächte.

Von Privatdozent Dr. **Siegmund Schilder.**

In der reichen Literatur zur Annäherungsfrage beansprucht ein Buch des bekannten polnisch-galizischen Politikers und sachkundigen Vertreters industrieller Interessen Dr. Roger Freiherr v. Battaglia „Ein Zoll- und Wirtschaftsbündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland" (Wien, 1917, Verlag Wilhelm Braumüller, 1844 Seiten) ernste Beachtung. Eine besondere Note erhält dieses Buch dadurch, daß darin die Unentbehrlichkeit der wirtschaftlichen Annäherung für eine befriedigende Lösung der Frage Kongreßpolens und etwaiger weiterer dauernder Eroberungen auf dem Boden des bisherigen Westrußland (Königreich Polen) entschieden hervorgehoben wird, so unter anderm auch in dem von L. v. Jaworski verfaßten Vorwort „Polen als Brückenkopf in Politik und Wirtschaft".

Battaglia ist zwar der Ansicht, daß ein Wirtschafts- und Zollbündnis der Mittelmächte auf Grundlage wechselseitiger Vorzugszölle völkerrechtlich gegenüber älteren Meistbegünstigungsverträgen einen schwierigen Standpunkt hätte. Doch weist er am Beispiel der wichtigeren Absatz- und Bezugsgebiete beider Mittelmächte nach, daß das tatsächliche Interesse, das jene Länder an der Verhinderung solcher Vorzugszölle haben, verhältnismäßig gering ist; durch einigermaßen geschickte Handelsvertragsverhandlungen vor oder nach Friedensschluß können die Mittelmächte, wofern es sich nur um aufrichtigen Interessenausgleich und nicht um zänkische Schikanen handelt, für diese nicht sehr großen Interessenverletzungen vollauf Entschädigung durch Gewährung vorteilhafter Vertragszölle bieten.

Abgesehen von der Leichtigkeit, womit für die geringen tatsächlichen Interessenverletzungen einzelner dritter Staaten auf dem Wege gewöhnlicher Handelsvertragsverhandlungen reichlich Entschädigung geboten werden kann, weist Battaglia noch auf eine Reihe von Vorteilen hin, die durch die wirtschaftliche Annäherung der Mittelmächte dem ganzen Weltmarkt zuteil würden. Er erblickt nämlich im Wirtschaftsbund der Mittelmächte nicht etwa, wie manche Ueberängstliche befürchten, die eine Seite eines erbitterten „Wirtschaftskrieges nach dem Weltkrieg", sondern vielmehr den festen Kern einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, eines wirtschaftspolitischen Verteidigungsbundes gegen Nordamerika und Japan, gegen alle Friedensstörer auf handelspolitischem Gebiet. Dieser Wirtschaftsbund hätte auch Verständigungen zwischen den einzelnen kapitalsstarken Gläubigerstaaten Europas und Amerikas über deren Kapitalsbeteiligung an der wirtschaftlichen Höherentwicklung von Neuländern anzubahnen. Freilich könnte derartiges kaum, wie Battaglia (Seite 726) anzunehmen scheint, im Friedensvertrage den gegnerischen Mächten oder gar den Neutralen auferlegt werden. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß es späterhin dazu kommt, sobald sich die andern Länder vom wirtschaftsfriedlichen Grundwesen des Wirtschaftsbundes der Mittelmächte überzeugt haben werden.

Doch das wichtigste ist, über jene Vorteile Klarheit zu erlangen, die den Mittelmächten selbst aus ihrem Wirtschafts- und Zollbund zufließen werden. Für Deutschland steht, nach Battaglia, im Vordergrund das große politische Interesse eines über mehrere klimatische Zonen sich erstreckenden, produktenreichen und zugleich militärisch starken Bundesgebietes von der Nord- und Ostsee bis zum Roten Meer und Persischen Meerbusen mit Flankendeckungen in Kongreßpolen und Belgien. Dieses Bundesgebiet wäre bei planmäßiger Vorsorge und Ausnützung gegen etwaige, künftige Versuche der Aushungerung an Rohstoffen und Lebensmitteln ganz anders sicherzustellen als die unvermutet für sich allein in den Strudel des Weltkrieges von 1914—1917 hineingeschleuderten, weder verkehrspolitisch noch durch Vorratspolitik gesicherten beiden Mittelmächte.

In weiterer Folge hätte Deutschland infolge der wechselseitigen Vorzugszölle den Hauptvorteil von jener auch auf den auswärtigen Handelsverkehr ausstrahlenden Hebung der wirtschaftlichen Gesamtlage, die infolge des Wirtschafts- und Zollbundes in Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei eintreten müßte. Deutschlands Hauptvorteil wird nämlich nicht etwa darin liegen, daß es infolge der Vorzugszölle von der Einfuhr Oesterreich-Ungarns im Umfang des Jahres 1913, woran das Deutsche Reich mit rund vierzig Prozent beteiligt war, noch einige Prozent mehr gewinnt, die innerhalb der deutschen Zehn-Milliarden-Mark-Ausfuhr (nach dem Stand des Jahres 1913) keine namhafte Rolle spielen könnten; der Hauptvorteil wird vielmehr darin bestehen, daß die zu erwartende gewaltige Steigerung (Verdopplung 2c.) des österreichisch-ungarischen Außenhandels in erster Linie der Zunahme des deutschen Ausfuhrhandels zugute käme.

Von ganz besonderem Interesse sind aber die aus einem umfassenden Wissen und reicher persönlicher Erfahrung geschöpften Ausführungen Battaglias darüber, daß der auf wechselseitigen Vorzugszöllen beruhende Wirtschaftsbund der Mittelmächte die unentbehrliche Anregung und Hilfe sei, um den auch in einer gewaltigen Steigerung des Außenhandels sich zeigenden wirtschaftlichen Aufschwung Oesterreich-Ungarns auszulösen. Vor allem setzt er auseinander, daß durch unsre übertriebene Hochschutzpolitik, die Politik des „allseitigen Zollschutzes", besonders in ihrer Anwendung auf Nahrungsmittel und die Erzeugnisse der schweren Industrie, die Lebenshaltung teurer, die industriellen und agrarischen Erzeugnisse kostspieliger geworden seien; diese Verteuerungen seien wiederum eine Hauptursache unsrer beschränkten Leistungsfähigkeit im Ausfuhrhandel und unsrer mäßigen Wettbewerbfähigkeit mit den deutschen und andern ausländischen Industrien auf dem österreichisch-ungarischen Inlandsmarkt gewesen. Durch die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland müßte aber diese zollpolitische Einschnürung unsres Wirtschaftslebens und besonders unsres Ausfuhrhandels von vornherein beseitigt werden.

Wie steht es aber mit den andern Rückständigkeiten Oesterreich-Ungarns in der Steuer- und Verkehrspolitik, im Bildungswesen, in der gewohnheitsmäßigen Arbeitsweise, im Umfang und in der Durchbildung der großindustriellen und Großhandelsunternehmungen, in der Gesetzgebung und öffentlichen Verwaltung, in der Unternehmungslust der Kapitalisten 2c., all dies Umstände, die zum wirtschaftlichen Schwächezustand Oesterreich-Ungarns gegenüber Deutschland mehr oder weniger beigetragen haben? Battaglia setzt in ausführlichen, sehr lesenswerten Darlegungen auseinander, daß diese alten, verhärteten Erbsünden des österreichischen und teilweise auch ungarischen Wirtschaftslebens nur durch einen unentrinnbaren, heilsamen äußeren Zwang, wie eben durch den Wettbewerb mit Deutschland im beiderseitigen Vorzugszollverhältnis, beseitigt werden könnten; danach werde die Bahn für einen wirtschaftlichen Aufschwung großen Stils nach dem Muster Westeuropas und Deutschlands frei sein. Das Menschenmaterial Oesterreich-Ungarns ist tüchtig, und die natürlichen Reichtümer der habsburgischen Monarchie sind bedeutend; aber die Bewohner pflegen, im Gegensatz zu den Reichsdeutschen, ohne einen gewissen Zwang, wie ihn zum Beispiel auch der Weltkrieg darstellte, nicht ihr Aeußerstes und Höchstes aus sich herauszuholen. Daß der Wirtschafts- und Zollbund mit Deutschland diese Wirkung auszuüben fähig sei, ist die größte Hoffnung, die von Battaglia und vielen andern österreichischen Wirtschaftspolitikern mit diesem Bund verknüpft wird.

Volkswirtschaft.

Englische Eingeständnisse der Wirtschaftslähmung.

Von Marzell Nagel.

Budapest, 28. August.

Die erste August-Nummer des Londoner Economist bietet von Anfang bis zu Ende eine spannende Lektüre. Aus fast jedem längeren Artikel vernimmt man ein Aechzen und Stöhnen des britischen Wirtschaftskolosses, das Eingeständnis schwerer Beklemmungen auf den verschiedensten Gebieten der Handels- und Finanzpolitik Englands.

Daß die genannte Zeitschrift ein berufenes Sprachrohr der Londoner City ist, braucht nicht erst betont zu werden. Sie wurde vor vierundsiebzig Jahren gegründet und ihr erster Redakteur, James Wilson, wurde gar bald zum Staatssekretär des Finanzamtes und im Jahre 1858 zum Finanzminister Indiens ernannt. Sein Nachfolger, Walter Bagehot, von dem mehrere Standardwerke auch in ungarischer Uebersetzung erschienen sind, hat seiner Zeitung ein hohes Ansehen gesichert. Vor etwa zehn Jahren gelangte Francis W. Hirst an die Stelle dieser zwei illustren Vorgänger und bekämpfte die imperialistische Zollpolitik mit so glänzendem Erfolge, daß ihr Prophet, Joe Chamberlain, das Feld räumen mußte. Als aber der Weltkrieg ausbrach und der brutale Imperialismus Englands Orgien feierte, mußte der liberale und nüchterne Hirst von der Leitung des Economist zurücktreten, um seinen Platz einem verläßlichen Jingo-Mann zu überlassen, so daß nunmehr das größte Organ des Freihandels ganz im Fahrwasser des Piratentums und des permanenten Weltwirtschaftskrieges schwimmt. Eben das ist es aber, was den hier mitzuteilenden Klagen dieses Blattes eine ganz eigene Folie gibt.

Der erste Leitartikel feiert die Jahreswende des Kriegsausbruches noch mit einer Hymne auf die gewaltigen Kriegsleistungen Großbritanniens; er bezeichnet Balfours erste Augustrede als „weise und inspirierende Worte", klingt aber dennoch in dem Wunsche aus, „der Krieg möge nicht in Bitterkeit, sondern mit dem ernsten Willen zu friedlicher Verständigung und Verbesserung des Loses der Menschheit enden".

Aber der zweite Artikel erörtert schon die schrecklichen Kosten dieser gewaltigen Leistungen. Die Kosten der Kriegsjahre vom 1. August 1914 bis Anfang August 1917 sind mit 5185 Millionen Pfund Sterling angegeben. Es kommen dann wohl allerlei Abzüge, nämlich 1252 Millionen Pfund Einnahmen, 600 Millionen normale Ausgaben, 1191 Millionen Pfund, die man von den Kolonien und den Alliierten zurückbekommen werde, so daß die eigentlichen Kriegskosten Englands nur 3393 Millionen Pfund betragen hätten. Es wird zugestanden, daß man gar manche Ausgaben erst später erfahren und manche Vorschüsse von gewissen Verbündeten nicht zurückbekommen werde, aber immerhin stehe fest, daß England diesmal bloß 19 Prozent seiner Kriegskosten aus seinen Einnahmen bestritten habe, in den napoleonischen Kriegen aber 41 Prozent, im Krimkriege gar 52 Prozent derselben. Und der Artikelschreiber beklagt sich bitter, daß das englische Publikum für den Krieg nicht so viel reserviere, wie es sollte, jämmerlich geringe Opfer bringe, sich in seinen gewohnten Bequemlichkeiten und Unterhaltungen durchaus nicht stören lasse. „Es ist gewiß die höchste Zeit, daß wir für das, was sich gebührt, ernsteren Sinn zeigen und nicht meinen sollten, daß mit dem Eingreifen der Vereinigten Staaten Englands finanzielle Schwierigkeiten gelöst seien."

Der dritte Artikel behandelt „das Bankwesen während des Krieges" und meint, daß die „Inflation" bei den Banken größer sein mag, als sie aus den Bankausweisen ersichtlich ist, dies sei jedoch den Banken durch die fehlerhaften Methoden der Regierung aufgezwungen worden. „Das errege steigende Beachtung, weil es auch üble Wirkungen ausübt auf die Kriegskosten, auf die Preise der Bedarfsartikel der Arbeiter und auf das Problem der Beibehaltung der englischen Goldwährung." Die beste Kur wäre die Einschränkung des Konsums und die aufmerksamere Beobachtung der Notwendigkeiten der englischen Kriegsfinanzen.

Die Pièce de résistance ist aber eine Zusammenstellung über den englischen Außenhandel während der einzelnen Monate der drei Kriegsjahre. Wir bemerken hier eine starke Zunahme der Einfuhr und der Ausfuhr. Es betrug Englands

			Einfuhr in Millionen	Ausfuhr Pfund Sterling
1914	II.	Halbjahr	284·72	174·77
1915	I.	„	377·83	188·62
1915	II.	„	377·76	201·02
1916	I.	„	420·28	241·80
1916	II.	„	430·15	264·47
1917	I.	„	456·65	251·14

Die Zunahme der Einfuhr soll beweisen, daß sich England stets reichlich versorgen konnte und seine Einfuhr auch durch den Unterseebootkrieg nicht beeinträchtigt wurde. Wer aber nur eine blasse Ahnung von den seit Kriegsausbruch eingetretenen Erhöhungen der Warenpreise und der Frachtraten hat, wird ohne weiteres begreifen, daß England im ersten Semester 1917 für 456·65 Millionen Pfund weniger Waren empfangen mußte als für 284·72 Millionen Pfund im ersten Semester des Weltkrieges.

Daß die Zunahme der Ausfuhr Englands ein Beweis großer britischen Leistungsfähigkeit ist und daß England, da es im ersten Semester 1917 für 251 Millionen Pfund weniger Waren zu liefern hatte als für 174·77 Millionen Pfund im ersten Semester des ersten Kriegsjahres, wollen wir den erbittertsten Feinden Deutschlands ohne weiteres auf die Habenseite als großen

Pester Lloyd

Abendblatt 15./IX. 1917

123

Statut des Landessenats für Uebergangswirtschaft.

Das amtliche Blatt veröffentlicht heute die Verordnung Z. 100/1917 A. G. des Ministers für Uebergangswirtschaft Dr. Béla Földes, mit der er im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern das Statut des Landessenats für Uebergangswirtschaft folgendermaßen feststellt:

§ 1. Als begutachtendes Organ des Ministers der Uebergangswirtschaft wird mit dem Sitz Budapest ein Landessenat gebildet.

§ 2. Präsident des Landessenats für Uebergangswirtschaft ist der kön. ung. Minister für Uebergangswirtschaft, dessen Vizepräsident der Staatssekretär; diese sind von Amts wegen Mitglieder aller Organe des Senats.

§ 3. Die Mitglieder des Senats sind: gewählte oder ernannte, ihre Stellung ist eine Ehrenstellung.

§ 4. In den Landessenat wählen:

1. die Handels- und Gewerbekammern und die Budapester Waren- und Effektenbörse je ein Mitglied;

2. die durch den kön. ung. Minister für Uebergangswirtschaft bestimmten gewerblichen, landwirtschaftlichen, Forst-, Handels- und Arbeitervereine je ein Mitglied.

§ 5. In den Senat ernennt der kön. ung. Minister für Uebergangswirtschaft aus der Reihe der hiezu berufenen Fachmänner insgesamt vierzig Mitglieder, und zwar auf Grund der durch den Handelsminister und den Ackerbauminister erfolgten Kandidation je vier Mitglieder, auf Grund der durch die Minister des Innern, der Finanzen, der Volkswohlfahrt und der Volksernährung, wie auch durch den Banus für Kroatien, Slawonien, Dalmatien erfolgten Kandidation je ein Mitglied.

§ 6. Die auf Grund des § 5 gewählten und die auf Grund des § 6 ernannten Mitglieder des Senats geloben, soweit sie nicht öffentliche Beamte sind, vor dem Präsidenten, in ihrer Mitgliedseigenschaft mit größter Gewissenhaftigkeit vorzugehen, und über die die Verhältnisse, insbesondere aber über die die Geschäftsverhältnisse von Privatparteien betreffenden Daten, die ihnen in dieser Eigenschaft zur Kenntnis gelangen, mit unbedingter Geheimhaltung zu behandeln.

§ 7. Von Amts wegen sind Mitglieder des Senats: der Direktor des königlich ungarischen statistischen Zentralamtes und der Direktor des königlich ungarischen staatlichen Arbeitsvermittlungsamtes.

§ 8. Anstatt des in der Zwischenzeit ausscheidenden Mitgliedes ist ein anderes Mitglied zu wählen, beziehungsweise zu ernennen, dessen Betrauung jedoch nur bis zum Ablauf der Betrauung der übrigen Mitglieder dauert.

§ 9. Die Organe des Senats sind: die Plenarsitzung und die Sektionen.

§ 10. Die Plenarsitzung besteht aus sämtlichen gewählten und ernannten Mitgliedern und tritt in den durch den Präsidenten bestimmten Zeiträumen zusammen.

§ 11. Die Sektionen konstituieren sich nach der in der Plenarsitzung bestimmten Einteilung und halten monatlich mindestens einmal Sitzung.

§ 12. Der Präsident des Senats ladet sowohl zur Plenarsitzung, wie auch zu den Sektionssitzungen auch außerhalb des Senats stehende Sachverständige ein.

§ 13. Die Organisation der Plenarsitzung und der Sektionen wird durch eine besondere Geschäftsordnung bestimmt. Diese Geschäftsordnung stellt die Plenarsitzung fest und zu ihrer Gültigkeit ist die Genehmigung des Präsidenten notwendig.

§ 14. Die ständige Geschäftsführung und die Korrespondenz des Senats versieht der durch den königlich ungarischen Minister für Uebergangswirtschaft ernannte Sekretär.

§ 15. Der Senat verhandelt jene Angelegenheiten, die der Minister ihm zuweist.

§ 16. Jedes Mitglied des Senats hat an der Plenarsitzung, beziehungsweise an der seiner Einteilung entsprechenden Sektionssitzung teilzunehmen. Bleibt das gewählte oder ernannte Mitglied fünf aufeinanderfolgenden Sitzungen ohne Begründung fern, so kann seine Stelle als erledigt gelten und der Präsident sorgt für seinen Ersatz.

§ 17. Die auftauchenden Kosten decken die Minister des Ackerbaues, des Handels, der Finanzen, der Honvédminister und der Minister für Uebergangswirtschaft. Die Verrechnungen und die Anweisung versieht der Minister für Uebergangswirtschaft.

§ 18. Der Senat kann mit den Behörden und mit den Privaten nur durch Vermittlung des königlich ungarischen Ministers für Uebergangswirtschaft verkehren.

Arbeiterzeitung

16./IX. 1917

Der Kern der Verwaltungsreform.

Eben sind zehn Jahre vergangen seit der Einführung des gleichen Stimmrechtes aller zum Abgeordnetenhause. Diese Verfassungsreform hätte der Ausgangspunkt fortgesetzter Verfassungsarbeit werden sollen. Aber die herrschenden Klassen Oesterreichs, vor allem die Hof-, Adels- und Beamtenkreise, ließen das Reformwerk sofort im Stiche, als sie merkten, daß es den unteren Volksklassen auch nur einen beachtlichen Einfluß brachte. Das Ministerium Beck wurde abgelöst durch Ministerien ohne Idee und ohne andere Absicht, als das Ansehen des Volksparlaments zu untergraben. Drüben in Ungarn Tisza, in Oesterreich Bienerth und Stürgkh machten die Verkümmerung der Demokratie geradezu zu ihrem staatsmännischen Beruf. Sieben Jahre lang mühten sich alle fortschrittlichen, reformwilligen Kräfte in beiden Staaten vergebens, das Regime absoluter Erstarrung zu durchbrechen. Das Mittel aber, mit dem beide Regierungen ihre Absichten verwirklichten, war die Nationalitätenfrage. Tisza hielt sein Gewaltregime aufrecht durch die Vorspiegelung angeblicher Gefahren, die von den Minderheitsnationen drohen, Bienerth und Stürgkh hielten sich dadurch, daß sie alle Nationen fruchtlos und bis zur Verzweiflung aneinander abmühen ließen. Diese Nationalitätenpolitik hat ja im Kriege ihre herrlichen Früchte gezeitigt und die halbe Welt gegen unser Staatswesen mobilisiert. Alle Nationen zahlen diese Politik mit ihrem Blute.

Durch den Krieg ist die endliche Ordnung der nationalen Dinge eine europäische Notwendigkeit geworden. Aber für die arbeitende Klasse Oesterreichs hat diese Notwendigkeit noch ihren besonderen Sinn, den wir an der Alters- und Invalidenversicherung und ihrem Schicksal leicht aufzeigen können. Die Altersversicherung steht seit dem Jahre 1901, seit dem ersten Ministerium Koerber, auf der Tagesordnung des Parlaments und ist seit anderthalb Jahrzehnten spruchreif. Seit dem berühmten Petitionssturm des Jahres 1901 kämpfen das Proletariat und seine parlamentarische Vertretung ohne Unterlaß um diese Reform und wiederholt ist sie dem Abschluß nahe gewesen. An ihrem Schicksal kann die österreichische Arbeiterklasse gleichsam die Regel aller sozialen Reformen ablesen: jedesmal, wenn die Arbeiterklasse den Felsblock eines sozialen Reformwerkes in unendlicher Geduld und Mühsal bergan gewälzt hat und sich nahe dem Ziele sieht, kommt wieder irgend ein nationaler Zwischenfall, irgend ein Parteienstreit aus einem der Kronländer, oft nur ein gehässiges Wort eines nationalen Heißsporns oder eine unüberlegte Aeußerung eines Ministers dazwischen, weckt die nationale Leidenschaft, stört die parlamentarische Arbeit, wirft das Parlament zusammen und wieder rollt der Felsblock zurück zu Tal und das Proletariat steht wieder am Anfang! Regierung und Bourgeoisie haben den Vorteil, den solche Zwischenfälle für sie bringen, durchschaut und der Verdacht ist nicht unbegründet, daß sie solche Zwischenfälle planmäßig herbeizuführen trachten, so oft es notwendig ist, einer demokratischen oder sozialen Reform zu begegnen. Das besagt aber nicht weniger, als daß die Arbeiterklasse politisch und sozial nicht vorwärts kommen kann, solange die nationale Autonomie nicht verwirklicht ist. Verfassungsreform ist deshalb Vorarbeit für Sozialreform, nationale Ordnung die Voraussetzung für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Die Bourgeoisie mag sich verhältnismäßig wohl fühlen in einem Zustand, wo die nationalen Fragen offen sind und der von ihr ausgenützte Staat widerstandslos ist. Der Leidtragende ist das Proletariat und das Staatswesen. Die ständige Wunde in unseren öffentlichen Einrichtungen verurteilt Staat und Volk zu dauerndem Siechtum.

Das Proletariat hat demnach gar keine Zeit mehr zu geduldigem Ausharren, bis irgend eine Regierung den Verstand und den Willen zur Reform aufbringt. Es muß selbst nach dem Rechten sehen! Dieser Zwang wird insbesondere nach dem Kriege fühlbar werden und auch die Richtung der Reform bestimmen. Bis zum Kriege mochte sich der Staat auf die Ausübung seiner obrigkeitlichen Rolle beschränken, bloß Richter und Polizei spielen und das Wirtschaften als Privatsache seiner Bürger behandeln und im übrigen von dessen Erfolg einen Teil seiner Steuer ziehen. Nach dem Kriege wird bloße Wiederherstellung der Volkswirtschaft nicht genügen, denn unsere Volkswirtschaft hat im alten Stande schon die damaligen Staatslasten kaum mehr ertragen. Die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft wird ungemein gesteigert werden müssen, um die Staatslasten zu tragen. Zur Heilung des Volkes, das so furchtbare Wunden davongetragen hat, wird der Staat es reichlich nähren müssen und kann das nur, wenn unsere Bodenkultur nicht bloß wiederhergestellt, sondern über die normale Friedensleistung entwickelt wird. Geldsummen in heute noch unvorstellbarer Höhe werden ins Ausland zu zahlen sein und können nur beschafft werden, wenn unsere Industrie weit über das Maß des Friedensstandes hinaus entwickelt wird. Außerordentliche wirtschaftliche Ertüchtigung ist von uns in Hinkunft gefordert und diese erwächst uns nicht von selbst, sondern muß durch die Staatsverwaltung, das ist durch staatliche Wirtschaftsfürsorge, herbeigeführt werden. Wie aber soll das der Staat bewirken, solange er nur Polizei- und Justizstaat, nur Obrigkeitsstaat ist?

Immer wieder müssen wir mit dem größten Nachdruck hervorheben: Unsere Verwaltungsorganisation kennt kein Wirtschaftsamt. Wir haben diesen Mangel erst im Kriege wahrgenommen. Freilich besitzen wir in der Zentralstelle drei volkswirtschaftliche Ministerien nebst dem Eisenbahn- und dem Finanzministerium. Gesetzt, diese Zentralämter wären vorzüglich — was sie nicht sind —, dann besäßen wir wohl den Kopf der Wirtschaftsverwaltung, die arbeitenden Hände aber fehlen ihr! Die schaffende Arbeit des Staates vollzieht sich praktisch dort, wo der Staat und die Bürger, wo Verwaltung und Wirtschaft sich berühren: in der Lokalstelle. Dort aber haben wir kein Wirtschaftsamt, sondern Bezirkshauptleute und Gemeindevorsteher. Das sagt im Grunde alles. Diese beiden Behörden, die wir fälschlich erste Instanz nennen, sind gar nicht auf staatliche Wirtschaftsförderung angelegt. Der Bezirkshauptmann ist bloß juristisch geschult, bloß Kontrollorgan der Rechtlichkeit, nicht Organ der Wirtschaftlichkeit, Träger der Staatshoheit, nicht aber der Volkspflege. Er übt die Wirtschaftspolizei, aber er wirtschaftet nicht. Hat er doch nicht einmal ein eigenes Budget und eigene Finanzen zur Seite! Die Gemeinde andererseits, wenige Großstädte ausgenommen, sind völlig hilflose, zersplitterte, in der Ueberzahl ganz zwerghafte Gebilde, die überdies durch das unsinnige ständische Wahlsystem den kurzsichtigen Cliquen ausgeliefert sind: diese haben kein anderes Interesse, als daß alles beim alten bleibe. Wir erleben es jetzt im staatlichen Ernährungsdienst, daß alle Mühen des planenden Kopfes vergebens sind, wenn ihm die Arme fehlen. Man regt an, man schreibt vor, man verordnet, man will erzwingen — aber all das bleibt auf dem Papier! Unsere Verwaltung kennt keine Lokalstelle, die so organisiert wäre, daß sie, Obrigkeits- und Wirtschaftskörper zugleich, auf dem genügend großen Sprengel aufgebaut, eine eigene Wirtschaft besäße und also Wirtschaft pflegen könnte!

Wir haben keine Wirtschaftsämter und können also die Wirtschaftsaufgaben der Zukunft nicht erfüllen. So wie im Ernährungsdienst alles umsonst ist, so wird sich das Generalkommissariat und werden sich alle staatlichen Zentralämter ganz vergebens bemühen, die Volkswirtschaft weiterzubringen, wenn wir nicht Kreisregierungen besitzen, die unter dem ständigen Antrieb jener, die in erster Linie der Wirtschaftspflege bedürfen, das ist der unteren Volksklassen, jede Anregung vom Zentrum willig aufgreifen, sofort durchführen und, durch das stets rege, nahe Bedürfnis des Ortes getrieben, noch weit mehr selbst schaffen, als ihnen zu schaffen aufgetragen ist.

Wir haben kein Wirtschaftsamt und müssen ein solches haben; dessen Fehlen bedeutet für den Staat Zurückbleiben hinter der Zeit und hinter den Fortschritten der Nachbarn, für die unteren Volksklassen aber Verkümmerung ihrer materiellen Interessen. Wir werden nach dem Kriege entweder Wirtschaftsämter haben oder an ihrer Statt jenen Ersatz, mit dem sich schlecht verwaltete Staaten begnügen — Klosterpforten, wo an ein verlumptes Volk Bettelsuppen verteilt werden.

Das ist der Mangel, dessen sich jedermann aufs innigste bewußt werden soll, der von österreichischer

Reichspost

19./IX. 1917

126

Unsere Kriegsverschuldung und unsere Kraft.

Von Professor Dr. Franz Sommeregger, Klagenfurt.

Fragen wir uns, ob unsere Staats- und Volkswirtschaft in der Lage ist, die finanziellen Lasten des Weltkrieges in Zukunft zu tragen.*) Finden wir darauf ein „Ja", dann muß eine energische Regierung, wie wir sie zwar nicht haben, aber erträumen, auch den Weg finden, diese Lasten richtig zu verteilen.

Die finanzielle Kraftentfaltung, die wir zum eigenen Erstaunen im Kriege betätigen, sollte uns eigentlich dieser Frage entheben. Aber es ist doch nützlich, wenn wir uns für die Quellen unserer finanziellen Kraft, für die Unterlagen und Sicherungen, für unsere Verschuldung interessieren. Daß die Quellen reichlich fließen, zeigt der Erfolg der sechs Kriegsanleihen. Diese bezeugen uns, daß die Geldgeber des Staates die feste Zuversicht haben, daß derselbe seinen Zinsen- und Rückzahlungsverpflichtungen getreu nachkommen wird. Diese Quellen und zugleich Bürgschaften sind unser Volkseinkommen und Volksvermögen.

In normalen Zeiten muß der Staat seine Bedürfnisse aus dem jährlichen Volkseinkommen bestreiten können. Das Volksvermögen, d. h. erspartes und angelegtes Einkommen, soll man nicht angreifen, sonst schädigen wir die Quellen, aus denen das Einkommen fließt. Darum spielt auch die Vermögensbesteuerung in den meisten Staaten gar keine, in anderen nur eine subsidiäre Rolle. Vor dem Kriege sind wir jährlich um einige Hundert Millionen reicher geworden und konnten die steigenden öffentlichen Bedürfnisse unschwer aus dem Volkseinkommen decken. Unter den finanziellen Erfordernissen eines langen Weltkrieges reichte das jährliche Volkseinkommen selbst bei härtester steuerlicher Heranziehung nur zum geringen Teile aus. Eigentlich hat nur das finanzgewaltige England mit einer Entschlossenheit, der wir unsere Achtung nicht versagen dürfen, seine Steuereinkünfte um mehrere Milliarden erhöht, bei seinen Kriegsausgaben in aller Welt und für alle Welt natürlich nur eine bescheidene Summe. Ueberall mußte man das Volksvermögen im weitesten Ausmaße heranziehen. Wir benötigen heute unser ganzes Volksvermögen zur Sicherstellung und als Bürgschaft für unsere Kriegskredite. In der außerordentlichen Not der Zeiten werden wir auch die Substanz des Volksvermögens angreifen müssen, besonders in Form einer Vermögensabgabe, und das unausbleibliche ungemütliche Ende wird sein, daß wir allsamt beträchtlich ärmer geworden sind.

Es erhebt sich nun die Frage, ob die Bürgschaftsleistung unseres Volksvermögens angesichts der schwindelnd hohen Zahlen unserer Verschuldung noch gesichert ist, oder ob wir uns nicht schon über unsere Kräfte verschuldet haben. Diese Verschuldungsgrenze, bis zu welcher eine mündelsichere Verschuldung reichen kann, läßt sich bei einem Privaten, dessen Vermögensverhältnisse sich ziffernmäßig feststellen lassen, leichter ziehen als beim Staate. Beim Volksvermögen läßt sich eine solche mündelsichere Verschuldungsgrenze zwar nicht ziehen, aber annäherungsweise läßt sie sich wohl ergründen. So lange unsere Volkswirtschaft in der Lage ist, für die Kriegsverpflichtungen an Zinsen und Tilgungsquoten, ferner für den unabweislichen öffentlichen Aufwand aus ihrem jährlichen Einkommen aufzukommen, ohne daß dadurch das wirtschaftliche Fortschreiten zu arg gehemmt ist, kann man sie nicht als überschuldet bezeichnen. Daß wir bei den außerordentlichen Notständen auf unserem Geldmarkte auch die Substanz unseres Volksvermögens werden angreifen müssen, wurde bereits erwähnt. So viel zur theoretischen Klärung.

Nun zum gegebenen Tatbestand. Kann unsere österreichische Volkswirtschaft normalerweise die Sicherstellung des Zinsen- und Tilgungsdienstes garantieren? „Normalerweise" sicherlich. Man darf unser Volksvermögen vor dem Kriege gewiß mit 100 bis 110 Milliarden Kronen bewerten. Dr. v. Fellners vielzitierte Schätzung, der nach Abzug der Verschuldung aus Ausland ein Reinvermögen von nur 85 Milliarden errechnete, ist zweifellos zu niedrig gegriffen. Ueber das jährliche Volkseinkommen fehlen genauere Berechnungen, wir dürfen es mit etwa 10 bis 12 Milliarden einsetzen. Bei halbwegs normalem Gange des Wirtschaftslebens muß es als gesichert bezeichnet werden, daß wir die etwa 6 Milliarden unseres Staatshaushaltes aus unserer Volkswirtschaft auch aufbringen, von denen natürlich nicht die ganze Summe in Form von Steuern und Abgaben gedeckt werden wird. Für rund 2 Milliarden kommen bei der gegenwärtigen Lage nach den Tariferhöhungen der letzten Jahre die Staatsbetriebe selber auf, anderweitige Ertragsquellen wird sich der Staat suchen müssen. Wenn wir auch mit einer Verdoppelung der Steuerlasten rechnen, so ist das gewiß sehr hart, aber nicht unerträglich, falls eine gerechtere Verteilung erreicht wird. Auf die Dauer müßte es dennoch zu einer allmählichen Verarmung führen, wenn nicht ein Großteil in Form von Zinsen wieder dem Volkseinkommen zuflöße.

Den großen Ernst unserer Finanzlage leugnen zu wollen, wäre Torheit. Wenn wir in einem Existenzkampfe sondergleichen drei Fünftel unseres Volksvermögens, das ja früher auch schon mit Steuern reichlich belastet war, als Bürgschaft einsetzen, wenn wir die bisherigen Lasten mehr als verdoppeln, wenn wir uns mit Hinzurechnung der alten Staatsschulden nach Annahme eines fast 3½jährigen Krieges bis zu sieben Zehntel unseres Gesamtvermögens belasten müssen, so ist das doch eine ungemein ernste Sache.

Diese Ziffern müßten erdrückend scheinen, wenn wir uns nicht die im Kriege geänderte Struktur unserer Volkswirtschaft vor Augen hielten. Die erste Frage wird sein, ob der Krieg, der so vieles umgewertet hat, nicht auch die Unterlagen für unsere Kriegsverschuldung, unser Volksvermögen, umgewertet hat. Das ist zweifellos der Fall, aber wir können diese Umwälzungen noch nicht richtig abschätzen. Milliardenwerte sind in den Grenzländern zerstört, Milliardenwerte sind verpulvert worden. Die müssen wir abstreichen. Der Zustand der Volkswirtschaft ist in vielen Zweigen sehr herabgesunken. Es sind so viele Werte zerstört und der Großteil der Vorräte aufgebracht worden, daß nach dem Kriege vorerst eine große Investitionsperiode durchzumachen sein wird, bevor das regelmäßige Verdienen beginnt. Aber der größere Teil der Kriegsschulden ist in Form von Gehalten, Löhnen, Unterhaltsbeiträgen, Lieferungsaufträgen in die Volkswirtschaft wieder zurückgeflossen. Ein irgendwie vollgültiger Ersatz für verlorenes und entgangenes Einkommen ist damit natürlich nicht geschaffen. Freilich wurden auch Hunderte von Millionen in dauernden

*) Vergl. Aufsatz desselben Verfassers „Finanzpolitische Ausblicke" in Nr. 430 vom 18. September.

Reichspost

21./IX. 1917

128

Berlin, 20. September.

Das Wolffsche Bureau meldet:

„20. September. Abends.

Die Schlacht in Flandern ist auf der Angriffsfront der Engländer von Langemarck bis Hollebeke noch in vollem Gange.

Im vordersten Teile unserer Abwehrzone wird seit dem Morgen erbittert und wechselvoll gekämpft.“

Unser künftiger Haushalt.

Von Professor Dr. Franz Sommeregger, Klagenfurt.

Die Neuordnung unseres Staatshaushaltes nach dem Kriege ist das wichtigste parlamentarische und volkswirtschaftliche Problem, die Kernfrage der Entwicklung*).

Es ist oftmals festgestellt worden, daß unser Wirtschaftsleben im Kriege sich als überraschend gesund, widerstands- und anpassungsfähig erwiesen hat. Die schwersten Belastungsproben stehen aber vielleicht noch bevor. Wenn unsere internationale Finanzgeltung wiederhergestellt, Ruhe und Sicherheit in unserer Volkswirtschaft wiederkehren soll, dann muß der Staat seinen übernommenen finanziellen Verpflichtungen auch getreu nachkommen. Darum ist die Aufbringung des verdoppelten Finanzbedarfes eine dringliche Aufgabe zur Besserung unseres Staatskredites. Es wird eine Herkulesarbeit sein. Dabei wird auch der kundigste Finanzfachmann mit vielen „Wenn“ und „Aber“ zu rechnen haben, mit denen der Eintritt in eine neue Zeit stets reichlich umgeben ist. Ohne wagemutige Entschlüsse werden wir nicht vorankommen.

Auch wenn wir in aller Ruhe und in Friedenszeiten, wo sich das Gebiet überschauen läßt und man mit festen Größen rechnen kann, eine Finanzreform machen könnten, wie wir sie brauchen, müßte einen die folgenschwere Größe des Unternehmens erschauern machen. So aber müssen wir daran gehen in der Zeit, wo noch alles im Flusse ist, wo sich nie dagewesene Besitzverschiebungen vollziehen, die Sorgen des Heute uns erdrücken und das nahe Morgen in bange Ungewißheit gehüllt ist, wo wir eine Verwaltungsreform durchzuführen haben, die an die Aufgaben der ruhmreichen Periode Maria Theresias erinnert, wo wir vor den gewaltigen Problemen der Verfassungsänderungen stehen und die nationale Auseinandersetzung die besten Kräfte bindet, wo wir die Neuordnung der auswärtigen Politik und den Wiederaufbau unseres Außenhandels durchzuführen haben und die Wiederherstellung unserer Valuta uns vor entscheidungsvolle währungspolitische Aufgaben stellt — in diesem Wirbel müssen wir unsere Finanzreform bewerkstelligen! Es braucht nicht bemerkt zu werden, daß die freundlichen und feindlichen Nachbarn vor denselben Problemen stehen — geteiltes Leid, halbes Leid! Ein kleiner Trost, aber man wird bescheiden. — Erleichtert wird die Sache dadurch auch nicht, daß fast alle finanzpolitischen Maßnahmen einer ernsthaften Prüfung auf ihre internationalen Rückwirkungen zu unterziehen sind. Für unsere politische und wirtschaftliche Kleinhäuslerei stets eine qualvolle Aufgabe.

* * *

Unsere Finanzwirtschaft ist nicht gerade das ruhmvollste Blatt unserer Geschichte. Von 1868 bis Ende des vorigen Jahrhundertes hatten wir ganz wenige Staatshaushaltsabschlüsse ohne Abgang. Dann kamen wir zu Ueberschüssen, was bei uns eine ungeschickte Wirtschaftspolitik ist, weil sie die parlamentarische Begehrlichkeit reizt. Dies zeigte sich beim künstlich frisierten Budget des verflossenen Finanzministers v. Korytowski. Im Nu waren wir wieder in der Abgangswirtschaft drinnen. Die einzige stichhältige Begründung dafür liegt im Motto: „Es war immer so!“

Jetzt muß es aber einmal anders gehen. Bei 3½jähriger Kriegsdauer werden wir mit einem Friedens-Staatshaushalt von 6 bis 7 Milliarden rechnen müssen. Wir hatten vor dem Kriege ein Erfordernis von 3¼ Milliarden, im Kriege haben wir unsere Abgaben in verschiedener Form um 800 Millionen erhöht, nach dem Kriege werden wir noch einige Milliarden mehr aus unserer Volkswirtschaft herausschlagen müssen. Davon werden mehrere Milliarden wieder in Form von Zinsen ihr zurückfließen, sonst wäre das Budget für unseren volkswirtschaftlichen Zustand von vornherein unerträglich. Diese Sache ist aber kein mechanischer Prozeß, nichts, was sich in der Wirkung aufhebt, denn das Geld kommt nur teilweise denen wieder zu, denen es in Abgabenform, welcher Art immer, abgenommen wurde. Ohne sozialpolitische steuerliche Korrekturen würde es die großen Mißstände der durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Besitzstandsverschiebungen nur verschärfen.

Es wäre auch ganz unmöglich, die drei bis vier Milliarden Mehrbedarf einfach durch Neuerhöhungen hereinzubringen. Die direkten Steuern könnten die Last nicht tragen, die indirekten sind aber noch viel mehr als früher ein politisches und soziales Problem geworden. Der Staat wird müssen neue Wege in der Finanzpolitik beschreiten.

Einen solchen Weg hat von der hohen Warte eines wahrhaften Friedensfürsten aus der Heilige Vater den Völkern gewiesen: die internationale Abrüstung. Die meisten der kriegführenden Staaten werden sich bei weiterer Fortsetzung gesteigerter militärischer Rüstungen außerstande sehen, einen geordneten Staatshaushalt aufrecht zu erhalten. Deren Wegfall oder Beschränkung auf das unumgängliche Ausmaß der innerpolitischen Notwendigkeiten würde wie nichts anderes den Völkern die Wirtschaftsführung erleichtern. Auch das Denken der „abgerüsteten“ Menschen würde eine tiefgreifende Aenderung erfahren. Aber das Problem ist nur durch internationale Verständigung lösbar. Auch hat es zur Voraussetzung einen dauerhaften Friedenszustand und eine Vereinigung der internationalen Gegensätze, die kaum zu erhoffen ist.

Ein zweiter Weg wären Ersparungen im Staatshaushalte. So unpopulär es für den einzelnen Abgeordneten sein mag, seine Wahlkreiswünsche unerfüllt zu sehen, fürs ganze bleibt kein anderer Weg. Wir haben Gebiete, wo man sehr viel ersparen kann, aber auch solche, wo Knauserigkeit unangebracht sind, es sind dies die wirklich produktiven Ausgaben und die sozialpolitischen Lasten und Verpflichtungen, besonders solche, die aus dem Kriegselend erwachsen sind. Sparen müssen wir vor allem bei unserer Verwaltung. Wenn wir bei einem 3 Milliarden-Staatshaushalt an Personalausgaben für die Verwaltung rund 1 Milliarde ausgeben, so ist das ein sündhaft teuerer Apparat. Es klingt ganz glaublich, wenn Kenner, wie Oberfinanzrat Dr. Meisel

*) Vergl. „Reichspost“ Nr. 430, 432 und 434 vom 18., 19. und 20. d.

Neue Freie Presse

Abend
29./IX. 1917

131

Das Arbeitsprogramm des ungarischen Ministeriums für Uebergangswirtschaft.

Von Minister Dr. Bela Földes.

Budapest, 27. September.

Der Wirkungskreis des Uebergangsministeriums ist eigentlich nur zeitlich beschränkt. Sachlich erstreckt er sich für die Dauer des Ueberganges auf alle wichtigen Fragen des volkswirtschaftlichen Lebens, auf die Produktion ebensosehr wie auf die Preisbildung, auf das Geldwesen und auf den Verbrauch. Trotzdem ist es nicht zu befürchten, daß das Ministerium mit den übrigen volkswirtschaftlichen Ministerien in Konflikt gerät. Die Organisation des ungarischen Ministeriums für die Uebergangswirtschaft hält die Mitte zwischen der österreichischen und der deutschen Konzeption und umfaßt einen weiteren Wirkungskreis als das englische Rekonstruktionsministerium. Mit Rücksicht auf die gänzliche Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die der Krieg mit sich gebracht hat, kann nicht mehr davon die Rede sein, daß in allen Beziehungen die Zustände vor dem Kriege wieder hergestellt werden. Es muß eine Weiterbildung, eine Neubildung erfolgen, neue Methoden, neue Wege, neue Aufgaben müssen gefunden werden. Der Gang des wirtschaftlichen Lebens hüben und drüben muß

---

wohl auf brüchigem Gestein über eine Felswand von etlichen hundert Metern; der Tod muß sofort eingetreten sein. Mit Hegemann verliert die evangelische Kirche eine überaus begabte Persönlichkeit von großem Gedankenreichtum, seltener Belesenheit und fruchtbarer wissenschaftlicher Tätigkeit, namentlich auf historischem Gebiete. Die theologische Fakultät verlieh ihm vor mehreren Jahren die Würde eines Lizentiaten der Theologie. Hegemann, ein gebürtiger Badenser, wirkte nach einer vorangegangenen Amtstätigkeit in Böhmen seit dem Jahre 1905 in Laibach; er starb in der Fülle der Schaffenskraft im Alter von 48 Jahren und hinterläßt eine Witwe mit drei unmündigen Kindern.

[Um 65.000 Kronen Felle und Seide gestohlen.] Ein großer Diebstahl ist in der Nacht zum 27. d. im Geschäftslokal der Firma Hirschler & Kosterba, Leopoldstadt, Negerlegasse 10, ausgeführt worden. Unbekannte Täter erbrachen die Räume des Geschäftes und stahlen Waren im Werte von ungefähr 65.000 K.

[Evangelischer Gottesdienst.] Sonntag den 30. d., Augsburger Bekenntnis: Stadtkirche, 1. Bezirk, Dorotheergasse 18, 10 Uhr: Pfarrer Zimmermann; Gumpendorfer Kirche, 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 129, 10 Uhr: Pfarrer Marolly; Währinger Kirche, 18. Bezirk, Martinsstraße 25, 10 Uhr: Pfarrer Beck, 1/2 12 Uhr: Abendmahlfeier, Pfarrer Beck; Friedhofskirche, 10. Bezirk, Triesterstraße 1, 10 Uhr: Pfarrer Thomas; Betsaal, 3. Bezirk, Schützengasse 15, 10 Uhr: Pfarrer Antonius. — Helvetisches Bekenntnis: Stadtkirche, 1. Bezirk, Dorotheergasse 16, 10 Uhr: Pfarrer Thomas, 5 Uhr: Pfarrer Egli; Friedhofskirche, 10. Bezirk, Triesterstraße 1, 10 Uhr: Pfarrer Witz-Oberlin, 5 Uhr: Pfarrer Thomas; 16. Bezirk, Thaliastraße 41, 10 Uhr: Pfarrer Zwernemann.

[Graphologisches.] Die Graphologin Dolphine Poppée hielt vorige Woche im großen Saale des der Frau Professor Wittmann gehörigen Erholungsheimes in Baden einen Vortrag über „Handschrift und Handform", der großen Beifall von dem zahlreich erschienenen Publikum fand. Frau Poppée ist in Wien von 6 bis 7 Uhr nachmittags, 8/1, Schlösselgasse 11, Telephon 4314/4,

Volkswirtschaft.

Wirtschaftlicher Generalstab.

Von **Eugen Leudvai,**
leitendem Sekretär der Temesvárer Handels- und Gewerbekammer.

Temesvár, 8. Oktober.

Der Minister für die Uebergangswirtschaft Béla Földes hat in seiner in Nagybánya gehaltenen Programmrede unter anderem auch auf die Absicht hingewiesen, „einen volkswirtschaftlichen Generalstab zu schaffen, der, eingegliedert in die Maschinerie der Bureaukratie, Fachwissen, Erfahrung, praktisches Gefühl, Initiative, Rhythmus und Tempo in das Wirtschaftsleben bringen soll. Zu diesem Zwecke werden auch in der Provinz besondere Organe geschaffen werden, denn der Uebergang wird in den verschiedenen Gebieten große Unterschiede aufweisen".

Die Betonung der Notwendigkeit der Errichtung einer beratenden und arbeitenden Stelle, der in Sachen der Vorbereitung des Ueberganges von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft eine ausschlaggebende Rolle zufallen soll, beweist, daß Minister Földes die Einrichtungen unseres Wirtschaftslebens auf das genaueste kennt, daß er sich der gewaltigen Ausmaße seiner Aufgabe vollkommen bewußt ist und daß er dem Lande den Eifer, das Fachwissen, die Schaffensfreude einer Schar freiwilliger Mitarbeiter sichern will. Den Ausdruck „wirtschaftlicher Generalstab" haben die Deutschen geprägt, wenn sie dem Begriffe auch eine andere Deutung als Minister Földes gaben. Der Deutsche Handelstag in Berlin hat sich vor mehr als einem Jahre mit den Denkschriften der beiden Syndici der Handelskammern Barmen und Elberfeld befaßt, die das Schaffen „eines wirtschaftlichen Generalstabes" beantragten. Im Sinne der Vorschläge bestünde die Hauptaufgabe dieses Fachrates darin, „nach dem Friedensschluß die ungeheure Summe der kriegswirtschaftlichen Erfahrungen dieses Krieges zu sammeln, zu sichten und zu verwerten, diese Kriegswissenschaft während der Friedenszeit genau, ebenso wie dies bei dem militärischen Generalstab der Fall ist, fortwährend auf dem laufenden zu erhalten und gegen Veraltung zu schützen". Unser „wirtschaftlicher Generalstab" wird daher von dem Vorschlage der Deutschen gänzlich abweichen; er stellt in seiner Fassung einen anderen, überaus begrüßungswerten Gedanken dar, dem volle Originalität anhaftet. Der Kern des Planes stimmt gleichzeitig mit einer in den Tagesblättern erschienenen Aeußerung des Ministerpräsidenten Wekerle überein, wonach ein großer Teil der Arbeit des Ministeriums der Uebergangswirtschaft durch die amtlichen und freien wirtschaftlichen Interessenvertretungen erledigt werden kann.

In der Tat waren es die Handels- und Gewerbekammern und mehrere freie Wirtschaftsverbände, die bei uns als erste die Aufmerksamkeit des Landes auf das Problem der Ueberleitung zur Friedenswirtschaft gelenkt, die einschlägigen Fragen eingehender Beratungen unterworfen und bereits eine Fülle von bemerkenswerten Anregungen gegeben haben. Es sei bloß auf die Anfang Juni laufenden Jahres der wirtschaftlichen Demobilisierung gewidmeten Tagung der heimischen Handels- und Gewerbekammern hingewiesen, deren reichhaltiges Verhandlungsmaterial das breite Tätigkeitsgebiet von sämtlichen Gesichtspunkten der nationalen Produktion klar beleuchtet und eine Reihe wohldurchdachter, praktischer Vorschläge enthält. Die aus freien Stücken übernommene Arbeit der Handels- und Gewerbekammern und der Wirtschaftsverbände nichtamtlichen Charakters liefert den Beweis, daß dem Lande gediegene Fachkräfte zur Verfügung stehen, die in der Aufforderung zur noch eifrigeren Mitwirkung an der Reorganisation unseres Wirtschaftslebens das Erfüllen eines längst gehegten Wunsches erblicken. Seitdem die Stellungen bei den wirtschaftlichen Interessenvertretungen zum vollen Berufe geworden, ist in Ungarn eine Zahl praktischer Volkswirte herangewachsen, die sich ob ihrer Talente eines Landesrufes erfreuen. Gustav Gratz, Roland Hegedüs, Josef Szterényi und andere sind aus dieser Gilde hervorgegangen. Nebstbei sei erwähnt, daß der österreichische Ministerpräsident Ritter v. Seidler Sekretär der Leobener, und Sektionschef im Handelsministerium Richard Riedl, ein Leiter der Wirtschaftspolitik Oesterreichs, Sekretär der Wiener Handels- und Gewerbekammer war.

Unsere wirtschaftlichen Organisationen beklagen seit langem, daß sie nicht in dem Maße von den Regierungen berücksichtigt werden, wie es notwendig wäre und wie es in Oesterreich und Deutschland der Fall ist. Besonders die Kammern der Provinz erwarten eine regere Inanspruchnahme ihrer Arbeitsbereitschaft, die selbst vom Handelsministerium nur zum Teile ausgenützt wird. Erst vor kurzem hat eine Provinzkammer in einer Denkschrift darauf hingewiesen, daß das Graphikon der Tätigkeit der Kammerinstitution das Ergebnis zutage fördert, daß in gleichem Maße, wie die Kammern die Anerkennung und den Einfluß bei den Faktoren des öffentlichen Lebens ihres Amtssprengels errungen, sich im lokalen, allgemeinen Bewußtsein eingebürgert und zum führenden Amte der kaufmännischen und gewerblichen Aktionen emporgeschwungen haben, ihre Benützung von seiten der Regierungen zu einer würdigen, wertvollen, dem Geiste des Kammergesetzes entsprechenden Arbeit stetig abnimmt. Sie werden vornehmlich zur Erledigung von untergeordneten administrativen Angelegenheiten in Anspruch genommen, die ihre Arbeitsfreude, ihre Schaffenskraft und ihre Bestrebungen bei weitem nicht befriedigen.

Für die Außerachtlassung von Fachorganen können aber auch andere Beispiele angeführt werden. Wann hat der Landes-Industrie-, der Zoll-, der Verkehrsrat usw. die letzte Sitzung gehalten? Jahre sind seitdem verflossen.

Volkswirtschaft

und kaufmännische Interessen.

Wirtschaftskrieg.

Zu den wichtigsten Grundsätzen, die eine freie und friedliche Entwicklung der Zukunft verbürgen sollen, zählt, wie unser Minister des Aeußern kürzlich betonte, auch die Freiheit in der wirtschaftlichen Betätigung und die Vermeidung eines Wirtschaftskrieges. „Ein Wirtschaftskrieg muß unbedingt aus jeder Zukunftskombination ausgeschaltet werden. Wir müssen, bevor wir einen Frieden schließen, die positive Sicherheit haben, daß unsere heutigen Gegner diesem Gedanken entsagt haben." Aus diesen Worten dürfen wir die Zuversicht schöpfen, daß die Tendenz der Friedensverträge, die uns die Zukunft nicht vorzuenthalten vermag, die Verwirklichung der Wirtschaftsdrohungen der Vierverbandstaaten nicht zulassen wird. Ein Friede, der vertragsmäßig den Wirtschaftskrieg nicht ausschließen würde, wäre kein Friede. Trotzdem würde es ganz verfehlt sein, anzunehmen, daß die Friedensverträge ein gedeihliches wirtschaftliches Zusammenarbeiten der Völker gewährleisten können. Vergessen wir nicht, daß im Grunde genommen im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr, wenn auch in friedlichen Formen, stets Krieg geführt wird. Jeder Zolltarif, jede Differenzierung der Bahntarife zugunsten der heimischen Produktion ist eine Defensivmaßregel gegen das ausländische Produkt, und die verschiedenartigen Bestrebungen zur Förderung der Ausfuhr sind Offensiven, gerichtet auf die Eroberung des Auslandsmarktes. Der Wortlaut der internationalen Vereinbarungen kann nur die Formen der nimmer ruhenden Wirtschaftskämpfe regeln, sie aber in ihrem Wesen nicht ganz beseitigen. Ein gutes Beispiel hierfür liefern die Tarifkämpfe, die wegen der Beförderung von Getreide und Mehl zwischen Oesterreich und Ungarn geführt werden, trotzdem in beiden Staaten durch den letzten Ausgleich eine formelle Tarifeinheit aufgestellt worden ist. Wir wissen ferner sehr gut, daß zwar nicht Handelsverträge, wohl aber — Veterinärgesetze die unerwünschte Einfuhr von lebendem Vieh zu verhindern vermochten. Und trotz der unseren Kaufleuten zugesicherten Freiheit der Betätigung hat vor längerer Zeit ein Nachbarstaat aus einem größeren Gebiet alle dort wohnhaften Oesterreicher eines bestimmten Glaubensbekenntnisses ausgewiesen; ohne Verletzung der Handelsvertragsbestimmungen, indem er gegen jeden einzelnen individuell formulierte (in Wirklichkeit sehr wenig beweiskräftige) Gründe zur Geltung brachte. So kann auch mit Rücksicht auf die Drohung der Franzosen, in Zukunft keinen „Austro-Woche" mehr anzustellen, eine dagegen gerichtete, mehr oder weniger glücklich formulierte Bestimmung in den Friedensvertrag aufgenommen werden. Kann man aber die französischen Geschäftsleute zwingen, wieder Oesterreicher als Volontäre, Kommis, Korrespondenten usw. aufzunehmen? Kann man es verhindern, daß österreichische Schiffe in gewissen Auslandshäfen „zufällig" in schärferem Maße den Quarantänevorschriften unterworfen werden als Schiffe anderer Flagge? Mit Paragraphen allein ist nicht gedient. Es muß auch beiderseits der Wille da sein, nach den darin festgelegten Grundsätzen getreulich vorzugehen. Soll wirklich kein Wirtschaftskrieg entbrennen, so wird das diplomatische Vertragsinstrument dadurch ergänzt werden, daß wir wieder unsere jetzigen Gegner dazu bringen, mit uns gern Geschäfte zu machen. Wir werden ihre gute Gesinnung erwerben müssen.

Das wird, darüber besteht wohl kein Zweifel, keine leichte Aufgabe sein. Nicht nur, daß man es gelernt hat, unsere Waren zu entbehren und zu ersetzen, nicht nur, daß bei unserer Abwesenheit vom Weltmarkt, ganz neue Geschäftsverbindungen angeknüpft worden sind — die Haßgefühle sind bei unseren Gegnern im allgemeinen heftiger als bei uns und werden auch viel länger nachwirken. Unsere Industrie, unser Handel werden, selbst bei den denkbar günstigsten Friedensstipulationen, ungeheuere Anstrengungen machen müssen, mit den jetzt feindlichen Staaten, die leider eine ganze Welt darstellen, wieder ins Geschäft zu kommen. Wir werden dieses Geschäft dem anfangs Widerstrebenden gleichsam erst abzulocken haben. So wie, um eine volkstümliche Redensart zu gebrauchen, der Weg zum Herzen des Mannes über seinen Magen geht, so werden unsere Verkäufer durch die Güte der Ware, durch eine geschmackvolle Ausführung, durch angemessene Preise, die Mißgunst des ausländischen Käufers erst langsam bannen müssen. Es wird mehr als je notwendig sein, sich rasch den veränderten Verhältnissen anzuschmiegen und durch Rührigkeit, Initiative und Erstellung ganz besonders günstiger Konditionen in den früheren Absatzstätten wieder Fuß zu fassen und womöglich neue Absatzquellen zu erschließen. Das Friedensinstrument wird nur die gehässigsten Formen des Wirtschaftskrieges aus der Welt schaffen können. Im übrigen wird aber die Geschäftswelt gut tun, sich nicht auf Vertragsnormen, sondern auf ihre eigene Kraft zu verlassen. Nur sie vermag es, das Hohlgefäß der Diplomatenarbeit mit einem gedeihliche wirtschaftliche Wirkungen ausstrahlenden Fluidum auszufüllen.

Aber auch der Minister des Aeußern wird ganz unvollständige Arbeit leisten, wenn er sich beim Friedensschluß bloß damit begnügt, daß unsere heutigen Gegner dem Gedanken des Wirtschaftskrieges entsagen. Er wird vielmehr dafür zu sorgen haben, daß dieser rein negative Erfolg nach Friedensschluß durch eine anhaltende positive Tätigkeit unserer kommerziellen Vertretung im Ausland ersetzt werde. Daß auch in dieser Hinsicht sehr viel nachzuholen ist, daß auch in unser gesamtes Konsularwesen ein neuer Geist einziehen sollte, das soll hier nur nebenbei

19./X. 1917

147

Die Erfüllung von Lieferungsverträgen im Baugewerbe.

Ein Antrag von Kammerrat Dr. Neureiter geht dahin, die Kammer möge an das Kriegsministerium und an das Ministerium für öffentliche Arbeiten das Ersuchen richten, die unterstehenden Behörden anzuweisen, daß die Gesuche der Bauunternehmer um Erhöhung der Vertragspreise nicht einfach unter Hinweis auf die abgeschlossenen Verträge abgelehnt werden, sondern daß eine gütliche Vereinbarung auf Grund der über die Mehransprüche vorgelegten Nachweisungen versucht werden soll.

Wasserwirtschaft und Elektrizitätswesen.

Ein Antrag von Kammerrat Dr. Neureiter verweist auf die vom Ministerpräsidenten vor kurzem im Abgeordnetenhause erörterte Ausgestaltung unserer Wasserwirtschaft mit der im Zusammenhang auch das gesamte Elektrizitätswesen neu geregelt und eine großzügige Bewirtschaftung der elektrischen Energie eingeleitet werden soll. Der Antragsteller hält es für notwendig, daß die Kammer sich mit diesen grundlegenden Fragen unserer gesamten Wirtschaft wie vielfach schon früher neuerdings auch jetzt eingehend beschäftigte, und wünscht daher, die Kammer möge nach entsprechender Vorberatung im zuständigen Ausschuß zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen.

Die Devisensperre der Reichsbank.

Ein Antrag des Kammerrates Lemberger bespricht die letztergangene Verfügung der Deutschen Reichsbank, nach welcher der Verkauf von Wertpapieren österreichischer Eigentümer in Deutschland an die Zustimmung der Deutschen Reichsbank geknüpft ist, sowie der Verkaufserlös nicht zur Deckung einer in Deutschland bestehenden Schuldverbindlichkeit des Verkäufers verwendet wird. Er beantragt, die Kammer wolle bei den zuständigen Stellen geeignete Schritte einleiten, daß ehestens zwischen der Deutschen Reichsbank und der Oesterreichisch-ungarischen Bank Vereinbarungen getroffen werden, durch welche eine Wiederherstellung des früheren Zustandes bei österreichischen Effektenverkäufen in Deutschland oder wenigstens Erleichterungen in der Durchführung der erlassenen Verfügung herbeigeführt werden.

Die Beraubung von Eisenbahntransporten.

Ein Antrag von Kammerrat Lampl lenkt die Aufmerksamkeit der Kammer auf die fortgesetzten Beraubungen sowohl von Sendungen in ganzen Wagenladungen als auch von Stückgütern, und beantragt, die Kammer möge nach vorheriger Beratung im Verkehrsausschusse dem Eisenbahnministerium neuerlich Vorschläge auf Abstellung dieser Mißstände mit tunlichster Beschleunigung überreichen und im gleichen Sinne durch ihre Vertreter im Staatseisenbahnrate auf raschestes Behebung dieser Uebelstände dringen.

Im Uebergange zur Tagesordnung genehmigte die Kammer entsprechend einem Referate des ersten Sekretärs Regierungsrat Dr. v. Tayenthal den Rechnungsabschluß der Kammer für das Jahr 1916. Kassenverwalter Kammerrat Steinhübel sprach der Buchhaltung, insbesondere dem Oberbuchhalter v. Schönberger, die Anerkennung aus für die trotz des geringen Beamtenstandes rechtzeitige Fertigstellung der Bilanz. Der Präsident dankte dem Kassenverwalter namens der Kammer für seine Mühewaltung.

Die Kammer genehmigte sodann im Sinne eines Referats des Regierungsrates v. Tayenthal eine neuerliche Erhöhung der Kriegszulagen für die Kammerangestellten, die sich durch einheitliche Sätze für sämtliche Kammerangestellten und Zuschläge für deren Frauen und Kinder charakterisieren.

Die Voranschläge des niederösterreichischen Fortbildungsschulfonds für das Verwaltungsjahr 1917/18 wurden im Sinne eines Referats des Sekretärs Dr. Wrabetz genehmigt.

Fürsorgeanstalt für Angestellte.

Die Kammer genehmigte ferner einen Bericht des Kammerkonsulenten Dr. Wilhelm Becker über den Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung einer Fürsorgeanstalt für Angestellte. Nach diesem Gesetzentwurf soll zur Förderung von Wohlfahrtszwecken für die nach den Vorschriften über die Pensionsversicherung der Angestellten versicherten Personen eine Fürsorgeanstalt für Angestellte errichtet werden. Zwecke der Anstalt sollen sein: 1. Die Anwendung eines Heilverfahrens für Versicherte und Invalidenrentenempfänger. 2. Die Stellenvermittlung. 3. Die Stellenlosenunterstützung. 4. Die Unterstützung von Rentenempfängern in Fällen unverschuldeter Notlage durch Gewährung von Zuschüssen zu den Renten. Die wichtigste unter diesen Aufgaben ist das Heilverfahren, das sich im Gegensatze zu der Unfall-, Kranken- und Pensionsversicherung als eine Art präventive Sozialversicherung darstellt.

Die Kammer sprach sich auf Grund des Berichtes für die Einführung einer Heilfürsorge für die der Pensionsversicherung unterliegenden Privatangestellten aus und genehmigte die vom Referenten gestellten Abänderungsanträge zu dem Gesetzentwurf. Der Präsident sprach sodann unter dem Beifall der Kammer dem Referenten den Dank für die ausgezeichnete Arbeit aus.

Kammersekretär Dr. Pistor berichtet über die bisherige Tätigkeit des Komitees für österreichische Edelarbeit und Kunst, dessen Agenden von der Kammer gemeinschaftlich mit dem niederösterreichischen Landesausschuß, und zwar mit dem Gewerbeförderungsdepartement des Landesausschusses Bielohlawek, besorgt wurden. Die Kammer erteilte den vorliegenden

Anträgen auf genehmigende Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichtes ihre Zustimmung, beschloß, allen beteiligten Ministerien, insbesondere dem Kriegsministerium und dem Landesausschusse, zu danken und erklärte, daß neue, dringliche Schritte zur Klärung entsprechender Mittel für die Errichtung des österreichischen Pavillons in Amsterdam im Interesse der Kriegs- und Uebergangswirtschaft eingeleitet seien.

22./X. 1917

Landessenat für Uebergangswirtschaft.

Budapest, 22. Oktober.

Im Delegationssaale des Parlamentspalais fand heute die konstituierende Sitzung des Landessenats für Uebergangswirtschaft statt. Aus diesem Anlasse waren die Vertreter des politischen, kommunalen und volkswirtschaftlichen Lebens sowie die Delegierten der wirtschaftlichen Interessenvertretungen in großer Anzahl erschienen. Der Minister für Uebergangswirtschaft Béla Földes eröffnete die Sitzung mit einer das ganze Problem der Uebergangswirtschaft umfassenden, alle Beziehungen der einschlägigen Fragen erläuternden Rede, deren wesentlichen Inhalt wir im nachstehenden wiedergeben:

Der Weltkrieg hat das Wirtschaftsleben aus seinen alten Bahnen geschleudert. Waren werden wieder gegen Waren ausgetauscht, die Metaphysik der Geldwirtschaft versagt, die Haushaltung wurde zur Vorratswirtschaft. Die gesuchtesten Werte der Wirtschaft sind das Material und die Arbeit. Das Wirtschaftsleben wird von dem Staat geleitet, da sämtliche Interessen dem Staatsinteresse unterworfen werden mußten. Ueberall in der Welt empfindet man, daß die neue wirtschaftliche Konstruktion eine vollständige Bereitschaft des Staates und der Gesellschaft erfordert und man ist allerorten emsig am Werke der Vorbereitung des wirtschaftlichen Ueberganges. Bei uns wird diese Arbeit erst jetzt aufgenommen. Als Sachverständigen- und Begutachtungsorgan dieses Ueberganges wird nun der Landessenat für Uebergangswirtschaft ins Leben gerufen. Die Periode des Ueberganges wird eigentlich in dem Augenblicke beginnen, in dem der Herrscher das befreiende Wort der Demobilisierung der ungarischen Nation verkünden wird.

Die erste Aufgabe ist die Sicherung des gesellschaftlichen Friedens; der innere Friede muß auf feste Grundlagen basiert werden, da soziale Kämpfe die grundlegenden Institutionen der Gesellschaft angreifen würden. Es ist notwendig, daß der demokratische Geist vom politischen Leben sich auch auf das Wirtschaftsleben ausdehne, denn diejenigen, die ein Wort in den großen Fragen der Nation mitzusprechen haben, werden den Absolutismus auch auf wirtschaftlichem Gebiet nicht akzeptieren. Bei einer richtigen Arbeitspolitik wird es gelingen, die staatserhaltenden Gefühle auch der Arbeiterklasse zu erwecken. Bei der Abrüstung müssen die wirtschaftlichen Gesichtspunkte im größten Maße gewürdigt werden. Von großer Wichtigkeit ist diesbezüglich der Ausbau eines zweckmäßigen Netzes der Arbeitsvermittlung. Wegen Beschäftigung der heimkehrenden Arbeiter wird es notwendig sein, ein allgemeines Programm der öffentlichen Arbeiten festzustellen. Viele wichtige Bauten und Regulierungen können nur auf Grund eines solchen vorherigen Programms durchgeführt werden. Wenn die Arbeiterhände uns in genügender Menge zur Verfügung stehen werden, müssen wir ohne Säumnis daranschreiten, unsere Produktion intensiver zu gestalten. Unsere Naturschätze müssen in höherem Maße ausgenützt und zu diesem Zwecke die Wasserkräfte mehr als bisher in den Dienst der Produktion gestellt werden, um Ersparnisse an Kohle zu erzielen. Auch das Erdgas muß entsprechend verwertet werden. Wir müssen den inneren Wert der Arbeitskraft durch praktischen Unterricht erhöhen.

Ein weiteres Problem der Abrüstung ist die Aufteilung des riesigen Materialinventars, das sich im Besitze der Heeresverwaltung befindet. Viele Wunden des Krieges kann man heilen, wenn die Verpflegung der heimkehrenden Krieger erleichtert, wenn die Kontinuität der Produktion auch bis zur Ankunft neuerer Rohstoffe gesichert, die finanziellen Lasten des Krieges verringert und das hohe Preisniveau ermäßigt werden. Das Inventar muß aber gerecht aufgeteilt werden, und zwar einerseits zwischen den beiden Staaten der Monarchie, andererseits zwischen den verschiedenen Produktionszweigen. Eine hochbedeutsame Aufgabe der Uebergangswirtschaft bildet ferner die Repatriierung des Ungartums aus dem Auslande. Die Leitung der Rückwanderung muß mit der Abrüstung und der Gestaltung des Arbeitsmarktes in Einklang gebracht werden. Für die entsprechende Unterbringung der Rückwanderer muß durch Staat und Gesellschaft gesorgt werden. In Verbindung mit der Rückwanderung sind auch die Bedingungen der Ansiedlung der Heimgekehrten zu schaffen.

Eine der schwierigsten Fragen der Uebergangswirtschaft bildet die Einfuhr von Rohstoffen und insbesondere die Beschaffung sowie die zweckmäßige Verteilung der von über See eingeführten Rohstoffe. Die Zukunft unserer Industrie hängt sozusagen von der richtigen Lösung dieser Frage ab. Während des Krieges sind die Warenvorräte ganz ausgegangen. Ein derartiger Zustand ist in der Weltgeschichte ohnegleichen. Die nachträgliche Befriedigung des vierjährigen Bedarfes, der sich fast in allen Gegenden gleichzeitig geltend machen wird, muß auf die größten Schwierigkeiten stoßen. In diesem Punkte droht demnach eine schwere Krise. Erhöht werden die Schwierigkeiten durch den Mangel an ausländischen Zahlmitteln und des notwendigen Schiffsraumes. Die Uebergangswirtschaft steht hier vor einem großen Problem, dessen Wesen darin besteht, den Rohstoffbedarf und damit den Warenbedarf in der Weise zu befriedigen, daß die Valuta keiner weiteren Verschlechterung ausgesetzt werde und daß der notwendige Schiffsraum zur Verfügung stehe. Diese gewaltige Aufgabe kann nur im Wege eines gründlich durchdachten Verfahrens und zweckmäßiger Einrichtungen gelöst werden, die mit der Reihenfolge der Bedürfnisse, mit dem Ausmaße ihrer Gründlichkeit, den Interessen des Verbrauches und der Produktion und den Erfordernissen der Retablierung unserer Industrie rechnen. Es wird die Aufgabe des Landessenats für Uebergangswirtschaft bilden, diese Organisation festzustellen. Ein tröstlicher Umstand ist, daß die Aufgabe bei uns nicht so schwer ist als in Staaten, die überwiegend industriell sind. Wegen Linderung der Rohstoffnot muß die Benützung von Ersatzstoffen energisch betrieben werden. Mit der Rohstoffbeschaffung steht die Frage des Schiffsraumes in enger Verbindung. In Ungarn wird die Lösung auch diesbezüglich leichter sein, da wir einen viel geringeren Seeschiffsverkehr haben.

Das Zentralproblem der Uebergangswirtschaft ist auch bei uns die Valutafrage, da unsere Währung im Vergleiche zu jener der übrigen Staaten minderwertig geworden ist. Können wir die ausländischen Zahlmittel auch künftig nur schwer und zu großen Opfern beschaffen, so müssen wir einerseits die Einfuhr verringern, die Ausfuhr aber steigern, welch letzterer Zweck jedoch nur durch niedrigere Preise gesichert werden kann. Es muß also der Kapitalsexport angestrebt werden, dessen erste Grundlage die Effektenausfuhr bildet. Doch darf nicht vergessen werden, daß dieser Weg unsere Verschuldung an das Ausland erhöht. Es ist anerkannt, daß die Verschlechterung der Valuta überall und zu jeder Zeit eine Folge des Krieges war, daß aber das Uebel nach Kriegsschluß stets nachgelassen hat. Hoffentlich wird es auch diesmal der Fall sein. Die Vermehrung der Banknoten hat zur Verschlechterung der Valuta zweifellos beigetragen. Wir dürfen daher diesen Weg nicht weitergehen. Die Verbesserung unserer Valuta hängt in hohem Maße von der Gestaltung unserer gesamten Wirtschaftsbilanz ab. Wir müssen daher besser wirtschaften, in erster Reihe mehr erzeugen. Die Handelsbilanz, die schon vor dem Kriege stark passiv war, muß verbessert werden. Diesbezüglich besteht die Schwierigkeit, daß wir auf die Einschränkung des Imports angewiesen sind, die aber zur Folge haben wird, daß andere Staaten auch uns gegenüber die Einfuhr erschweren werden. Es muß uns der Grundsatz vorschweben, daß wir im Interesse der Integrität unserer Währung vor keinem Opfer zurückscheuen dürfen. Da die Währung aller kriegführenden Staaten sich verschlechtert hat, ist es wahrscheinlich, daß auch auf diesem Gebiete internationale Vereinbarungen erfolgen werden, die den Zweck haben, für die Zahlungen im Auslande entsprechende Abwicklungsmodalitäten festzustellen und auf diese Weise die internationalen Zahlungen von den Goldpreisen unabhängig zu machen.

Eine weitere Aufgabe der Uebergangswirtschaft ist die Förderung der vernünftigen Preisbildung. Bei den heutigen Preisen muß ein großer Teil der städtischen Bevölkerung verarmen und zu Proletariern werden. Nach dem Kriege müssen die Preise auf ein niedrigeres Niveau zurückgeleitet werden. Mehrere Umstände lassen dieses Resultat erhoffen, so die verminderte Nachfrage der Heeresverwaltung, deren Bedarf die Preise häufig über das Notwendige hinaufgetrieben hat; ferner die unvernünftige Häufung der Warenvorräte, insbesondere von seiten der vermögenderen Klassen; schließlich wird die notwendige Arbeitskraft zur Verfügung stehen, deren Mangel eine Hauptursache der Teuerung ist. Mit der Verbilligung der Lebensmittel wird auch der Arbeitslohn kleiner und dadurch der Hauptfaktor der Gestehungskosten geringer.

Die Tätigkeit der Kriegszentralen weist zahlreiche Mängel und Fehler auf. Sicherlich gibt es aber neben den schädlichen und unfähigen Zentralen auch gute. Die Mängel liegen nicht so sehr in der Organisation, sie sind eher auf individuelle Fehler zurückzuführen. Es ist zweifellos, daß die Zentralen in dem Augenblick, da die Vorbedingungen der wirtschaftlichen Freiheit wieder vorhanden sein werden, wieder aufhören müssen. Da aber das Wirtschaftsleben auch nach dem Kriege nicht sofort sich selbst überlassen werden kann, wird man den Versuch machen müssen, einzelne Zentralen umzuorganisieren und die staatliche Aufsicht wirksamer zu gestalten. Der Krieg hat insbesondere auf den legitimen Handel schädlich gewirkt. Es wird die Aufgabe der Uebergangswirtschaft sein, den legitimen Handel in den Organismus des Wirtschaftslebens zurückzuleiten und ihm die entsprechende Rolle zuzuweisen. Der Krieg hat den Gesichtskreis des ungarischen Kaufmanns stark erweitert, er hat gezeigt, wie viel diplomatische Fähigkeiten der Handel erfordert, andererseits aber, wie sehr es die Aufgabe einer auf der Höhe ihres Berufes stehenden Diplomatie ist, die Handelsinteressen zu fördern. Die Rekonstruierung und Weiterentwicklung unseres auswärtigen Handels erheischt eine vollständige Neuorganisierung der Auslandsvertretung. Wir müssen je eher die Organe schaffen, die nach Friedensschluß unsere Wirtschaft wieder in den Welthandel einschalten werden. Auch auf diesem Gebiete wird der Landessenat für Uebergangswirtschaft dem Minister Ratschläge zu erteilen haben.

Der Uebergang kann unmöglich die Rückkehr zur alten gewohnten Ordnung sein. Im Uebergang muß man eine neue Welt schaffen, neue Menschen erziehen, neue Grundsätze befolgen, neue Richtungen suchen. Die Rolle des Staates im Wirtschaftsleben ändert sich ganz. Unsere Aufgabe ist es nicht, die alte Welt wieder herzustellen, sondern eine neue Wel zu schaffen. Das gesamte Wirtschaftsleben muß nationalisiert werden. Die großen Lasten können wir nur ertragen, wenn jede Kraft, jeder Wert am zweckmäßigsten benützt, jeder Mensch in Arbeit gestellt und jeder Mann auf den richtigen Platz gestellt wird. Jede Scholle muß bebaut, alle Schätze des Landes müssen nutzbar gemacht und jede gesunde Idee verwirklicht werden. Wir müssen unsere ganze Ausmerksamkeit der künftigen Generation widmen, wir müssen sie zur Arbeit, zur Sparsamkeit und zum staatlichen Bewußtsein erziehen. Es möge in der Gesellschaft keinen Müßiggänger, keinen Prasser, keinen Egoisten geben. Erziehen wir die neue Generation zu einer einfachen Lebensweise, entwickeln wir die Liebe zur Arbeit und ihren Opferwillen für die Gemeinschaft. Das Wissen muß erhöht werden, damit an Stelle des Dilettantismus die Fachbildung trete. Unseren Aufgaben sind aber auch Grenzen gesteckt. Wir können nur unter gewissen Voraussetzungen, gewissen Möglichkeiten und Alternativen arbeiten. Anders wird sich die Aufgabe gestalten, wenn nach Friedensschluß ein Wirtschaftskrieg folgt, als wenn die Weltwirtschaft von neuem einsetzen wird. Kommt es nach dem Kriege zur vollständigen Abrüstung und verringern sich dadurch die Staatsausgaben, so hat auch der Uebergang mit ganz anderen Faktoren zu rechnen, als wenn die Rüstungsspesen auch weiter bestehen. Zahlreiche Fragen werden wir voraussichtlich im Vereine mit unseren Verbündeten, ja so manche Fragen mit unseren bisherigen Feinden anläßlich der Friedensverhandlungen zu lösen haben.

Zur Bewältigung dieser großen Aufgaben ladet der Minister den Senat ein. Er verfügt über so viel Erfahrungen, Wissen, Patriotismus und Selbstlosigkeit, daß Redner mit Sicherheit darauf rechnet, er werde seinem Berufe auch entsprechen. Die Organisation ist derart gestaltet, daß darin staatliche, autonome und soziale Elemente Platz nehmen, denen sich das individuelle Wissen zugesellt. Der Minister gedenkt das Plenum des Senats nur seltener, bei der Entscheidung prinzipoler Fragen einzuberufen, eine umso intensivere Arbeit erwartet er aber von den Sektionen, die nach Beginn der Uebergangsperiode zu ununterbrochener Tätigkeit berufen sein werden. Der Redner schließt seine Ausführungen mit dem Appell, ans Werk zu gehen, um ein neues, glücklicheres Ungarn zu erbauen. Mit diesem Appell erklärt er den Landessenat für Uebergangswirtschaft als konstituiert. (Langanhaltende Éljenrufe und Applaus.)

Sodann verlas der Sekretär des Landessenats Dr. Árpád Dános das Organisationsstatut, das einstimmig angenommen wurde. Minister Béla Földes meldete, daß die Sektionen für Abrüstung und für Rohstoffversorgung bereits demnächst ihre Tätigkeit aufnehmen werden.

Auf Antrag Géza Polónyis beschließt der Landessenat, sich an das Parlament mit der Bitte zu wenden, in Würdigung der großen Aufgaben des Uebergangsministeriums diesem einen höheren Etat zu votieren.

Minister Béla Földes dankte sodann den Erschienenen und erklärte die Sitzung für geschlossen.

•

Nach einer in der Sonntagsnummer des Amtsblattes veröffentlichen Richtigstellung bestimmt § 5 der Verordnung über die Bildung des Senats für Uebergangswirtschaft, da ßin diesem Senat der Minister für Uebergangswirtschaft aus der Reihe der hiezu berufenen Fachmänner 100 Mitglieder ernennt, und zwar je 4 auf Grund der Kandidationen durch die Minister des Handels, der Finanzen und des Ackerbaus sowie je eines auf Grund der Kandidationen durch die Minister des Innern, für Kultus und Unerricht, der Justiz, für Volkswohlfahrt und für Volksernährung, durch den Honvédminister, den Kriegsminister und den Banus. Der Minister für Uebergangswirtschaft ernennt ferner Fachreferentenmitglieder, die in den Sektionen als Referenten figurieren und den Minister bei der Erledigung laufender Angelegenheiten unterstützen.

Handel, Industrie und Verkehr

Wien, 28. Oktober.

Aufgaben der ungarischen Uebergangswirtschaft.

Von Dr. Bela Földes,

königl. ung. Minister für Uebergangswirtschaft.

Der Uebergang kann unmöglich die Rückkehr zur alten gewohnten Ordnung sein. Im Uebergang muß man eine neue Welt schaffen, neue Menschen erziehen, neue Grundsätze befolgen, neue Richtungen suchen. Die Rolle des Staates im Wirtschaftsleben ändert sich ganz. Unsere Aufgabe ist es nicht, die alte Welt wieder herzustellen, sondern wir müssen eine neue Welt schaffen. Das gesamte Wirtschaftsleben muß nationalisiert werden. Die großen Lasten können wir nur ertragen, wenn jede Kraft, jeder Wert am zweckmäßigsten genützt, jeder Mensch in Arbeit gestellt und jedermann auf den richtigen Platz gestellt wird. Jede Scholle muß bebaut, alle Schätze des Landes müssen nutzbar gemacht und jede gesunde Idee verwirklicht werden. Wir müssen unsere ganze Aufmerksamkeit der künftigen Generation widmen, wir müssen sie zur Arbeit, zur Sparsamkeit und zum staatlichen Bewußtsein erziehen.

Es darf in der Gesellschaft keine Müßiggänger, keinen Prasser, keinen Egoisten geben, wir müssen die neue Generation zu einer einfachen Lebensweise erziehen, ihre Liebe zur Arbeit und ihren Opferwillen für die Gemeinschaft zur Entwicklung bringen. Das allgemeine Wissen muß erhöht werden, damit an Stelle des Dilettantismus die Fachbildung trete. Unseren Aufgaben sind aber auch Grenzen gesteckt. Wir können nur unter gewissen Voraussetzungen, gewissen Alternativen und Möglichkeiten arbeiten.

Anders wird sich die Aufgabe gestalten, wenn dem Friedensschluß ein Wirtschaftskrieg folgen sollte, anders, wenn die Weltwirtschaft wieder von neuem einsetzen wird. Kommt es nach dem Kriege zur vollständigen Abrüstung und verringern sich dadurch die Staatsausgaben, so hat auch der Uebergang mit ganz anderen Faktoren zu rechnen, als wenn die Rüstungsspesen auch weiter bestehen. Zahlreiche Fragen werden wir voraussichtlich im Vereine mit unseren Verbündeten, zahlreiche Fragen mit unseren bisherigen Feinden anläßlich der Friedensverhandlungen zu lösen haben.

Die erste Aufgabe ist die Sicherung des gesellschaftlichen Friedens; der innere Friede muß auf feste Grundlagen gestellt werden, da soziale Kämpfe die grundlegenden Institutionen der Gesellschaft angreifen würden. Es ist notwendig, daß der demokratische Geist vom politischen Leben sich auch auf das Wirtschaftsleben ausdehne, denn diejenigen, die ein Wort in den großen Fragen der Nation mitzusprechen haben, werden den Absolutismus auch auf wirtschaftlichem Gebiete nicht akzeptieren.

Bei einer richtigen Arbeitspolitik wird es gelingen, die staatserhaltenden Gefühle auch der Arbeiterklasse zu erwecken. Bei der Abrüstung müssen die wirtschaftlichen Gesichtspunkte im größten Maße gewürdigt werden. Von großer Wichtigkeit ist diesbezüglich der Aufbau eines zweckmäßigen Netzes der Arbeitsvermittlung. Zur Beschäftigung der heimkehrenden Arbeiter wird es notwendig sein, ein allgemeines Programm der öffentlichen Arbeiten festzustellen. Viele wichtige Bauten und Regulierungen können nur auf Grund eines solchen vorherigen Programms durchgeführt werden. Wenn die Arbeiterhände uns in genügender Menge zur Verfügung stehen werden, müssen wir daran schreiten, unsere Produktion ohne Säumnis intensiver zu gestalten. Unsere Naturschätze müssen in höherem Maße ausgenützt und zu diesem Zwecke die Wasserkräfte mehr als bisher in den Dienst der Produktion gestellt werden, um Ersparnisse an Kohlen zu erzielen. Auch das Erdgas muß entsprechend verwertet werden. Wir müssen den inneren Wert der Arbeitskraft durch praktischen Unterricht erhöhen.

Ein weiteres Problem der Abrüstung ist die Aufteilung des riesigen Materialinventars, das sich im Besitze der Heeresverwaltung befindet. Viele Wunden des Krieges kann man heilen, wenn die Verpflegung der heimkehrenden Krieger erleichtert, wenn die Kontinuität der Produktion auch bis zur Ankunft neuer Rohstoffe gesichert, die finanziellen Lasten des Krieges verringert, die hohen Preise herabgedrückt werden.

Das Inventar muß aber gerecht aufgeteilt werden, und zwar einerseits zwischen den beiden Staaten der Monarchie, anderseits zwischen den verschiedenen Produktionszweigen. Eine hochwichtige Aufgabe der Uebergangswirtschaft bildet ferner die Repatriierung des Ungartums aus dem Auslande. Die Leitung der Rückwanderung muß mit der Abrüstung und der Gestaltung des Arbeitsmarktes in Einklang gebracht werden. Für die entsprechende Unterbringung der Rückwanderer muß durch Staat und Gesellschaft gesorgt werden. In Verbindung mit der Rückwanderung sind auch die Bedingungen der Ansiedlung der Heimgekehrten zu schaffen.

Volkswirtschaft.

Ein einheitliches Auskunftswesen der Zentralmächte.

Von kön. Rat Max Guttmann,
Direktor des Ungarischen Informationsvereins.

Budapest, 29. Oktober.

Wir haben an dieser Stelle vor drei Monaten auf die Vorteile hingewiesen, die die Schaffung eines einheitlichen Auskunftswesens der Zentralmächte für jedes der beteiligten Länder, besonders aber für Deutschland hätte, wo eine derartige streng gemeinnützige kaufmännische Institution noch nicht vorhanden ist, während eine solche in Oesterreich und in Ungarn bereits seit mehreren Jahren tätig ist. Zwei Umstände, die seither zu verzeichnen waren, veranlassen uns heute auf diesen Gegenstand zurückzukommen. Der eine Umstand ist der, daß die Bedeutung des Auskunftswesens nach dem Kriege auch in Feindesland bereits anerkannt wird und dort seit geraumer Zeit auch schon Vorkehrungen getroffen werden, damit es gleich nach Beendigung des Krieges in der Lage sei, seiner Aufgabe zu entsprechen. In Frankreich ist die Regierung soweit gegangen, daß sie den Auskunftsbetrieb den Handelskammern übertragen wollte. Diese haben sich zwar in richtiger Erkenntnis dessen, daß sie hiezu durchaus nicht geeignet sind, dem Vorschlage widersetzt, doch bildet seither eine anderweitige Lösung dieser Frage Gegenstand ständiger Beratungen. Da unsere Feinde den Krieg auch auf das volkswirtschaftliche Gebiet verlegt haben, sollten wir auch gegen ihre diesbezüglichen Vorkehrungen nicht zurückbleiben, und da das Auskunftswesen ein wichtiger Faktor der Volkswirtschaft ist und es nach dem Kriege noch in höherem Maße sein wird, glauben wir, daß es nunmehr an der Zeit wäre, sich mit dieser Frage auch bei uns zu befassen. Die Beratungen über die geeigneten Reformen, sowie die Organisationsarbeiten nehmen geraume Zeit in Anspruch, da es aber notwendig ist, daß das Auskunftswesen sofort nach Kriegsabschluß aktionsfähig sei, erscheint es uns geraten, die Dringlichkeit dieser Frage den kompetenten Kreisen nochmals nahezulegen.

Auch ein zweiter Umstand hat uns bewogen, diese Angelegenheit wieder aufs Tapet zu bringen; dem geplanten Auskunftswesen könnte nämlich durch eine Erweiterung seines Wirkungskreises noch eine im Interesse des Handelsverkehrs sehr wichtige Mission übertragen werden. Der ständige Ausschuß der deutschen Vereine zur Förderung des Außenhandels hat am 17. April d. J. in der Handelskammer zu Berlin unter der Leitung des Staatsministers a. D. Dr. v. Richter über die Frage des wirtschaftlichen Nachrichtendienstes von und nach dem Ausland eine Sitzung gehalten und in dem Berichte über diese Sitzung heißt es u. a.: „Wichtiger als der gesamte Nachrichten-Einfuhrdienst erscheint die umgekehrte Tätigkeit: die ausreichende Aufklärung des Auslandes über die Verhältnisse und Vorgänge in Deutschland namentlich angesichts der systematischen Preßhetze, wie sie in den feindlichen und auch in den neutralen Staaten jetzt und voraussichtlich auch nach dem Kriege gegen Deutschland betrieben wird. Hiegegen muß unbedingt planmäßig angekämpft werden und dabei darf man eventuell auch die Verausgabung größerer Mittel nicht scheuen." Dieser sehr richtige Standpunkt gilt aber auch mehr oder weniger für sämtliche anderen verbündeten Staaten, und eine Abhilfe nach dieser Richtung liegt somit im Interesse aller beteiligten Länder. Unserer Ueberzeugung nach wäre nun die von uns angeregte Institution das geeigneteste Forum zur Uebernahme der gekennzeichneten wichtigen Mission. Das Auskunftswesen ist ein wesentlicher Behelf bei der Führung der Geschäfte; es erteilt Aufschlüsse über Kreditverhältnisse und diese dienen als Grundlage zur Beurteilung dessen, ob eine Geschäftsverbindung angebahnt werden soll oder nicht. Bei einer entsprechenden Ausdehnung der Organisation könnte es mit Leichtigkeit durchgeführt werden, daß diese Aufschlüsse sich nicht nur auf die Kreditverhältnisse beschränken, sondern auf alle in Betracht kommenden Fragen, wie die allgemeine volkswirtschaftliche Lage, die speziellen Brancheverhältnisse, Absatzverhältnisse usw., kurz auf all das sich erstrecken, was zur Entscheidung über eine Geschäftsverbindung wissenswert ist. Die Institution könnte nicht nur alle an sie gerichteten diesbezüglichen Fragen erledigen, sondern auch Mittel und Wege finden, um das Ausland über all diese Umstände zu orientieren und dadurch den dort vorherrschenden irrigen Anschauungen entgegentreten.

Die von uns in Vorschlag gebrachte Institution erscheint durch zwei Umstände für diese Mission prädestiniert. Erstens wäre sie als kaufmännische Institution, die mitten im Handelsbetriebe steht, mit der Handelswelt in ständigem Kontakt ist und somit alle Vorkommnisse zu kennen Gelegenheit hat. Ebenso wie ein gründlicher Auskunftsbetrieb über die jeweiligen Kreditverhältnisse unterrichtet sein muß, wäre dieses Institut durch die ständige Beobachtung der Verhältnisse auf allen in Betracht kommenden wirtschaftlichen Gebieten über diese genau orientiert und dadurch in der Lage, gründliche und verläßliche Aufklärungen über sie zu erteilen. Was die Zentralmächte betrifft, so wäre dieser Nachrichtendienst für sie gegenseitig von großem Werte; nach Kriegsabschluß wird ein weitaus regerer Handelsverkehr als bisher zwischen ihnen entstehen, wobei auch ganz neue Absatzgebiete in Betracht kommen, hinsichtlich welcher die genaue und gründliche Orientierung über die jeweiligen Verhältnisse unerläßlich ist, wenn diese Handelsbeziehungen nicht nur angebahnt, sondern auch dauernd aufrechterhalten bleiben sollen. Was dagegen die feindlichen und zum Teil auch die neutralen Staaten anlangt, müssen wir wohl bei der Hetze, die dort gegen uns betrieben wird,

Der Volkswirt.

Italiens wirtschaftliche Abhängigkeit

Italien galt politisch als europäische Großmacht; in wirtschaftlicher Beziehung hat es diese Bezeichnung eigentlich nie verdient, denn hiezu fehlte dem Lande die ökonomische Unabhängigkeit, deren wichtigste Vorbedingung eine eigene Kohlen- und Eisenindustrie ist. Italien hat seit jeher den größten Teil seiner Kohlenversorgung in England gedeckt, und es ist bezeichnend, daß in diesem Umstand einer der Gründe erblickt wurde, der das Land angeblich bemüßigte, den Dreibundvertrag zu brechen, sonst — so wurde geltend gemacht — wäre die wichtige englische Kohlenzufuhr gesperrt worden. Es läßt sich auch gar nicht bestreiten, daß diese ökonomische Tributpflichtigkeit von England als Pressionsmittel benützt wurde. Am 13. Mai 1915 erließ nämlich die englische Regierung ein Kohlenausfuhrverbot, von dem nur seine Bundesgenossen ausgenommen sein sollten, und am 23. Mai 1915 erklärte Italien an Oesterreich-Ungarn den Krieg; dieser zeitliche Zusammenhang der Ereignisse ist sicherlich nicht zufälliger Art gewesen. England hat Italien Kohlenlieferungen versprochen, und — die italienische Regierung hat übersehen, auch die Preise der Lieferungen zu regeln. England hat darum schon im ersten Monat nach Eintritt Italiens in den Krieg um 40 Prozent weniger Kohlen nach Italien geliefert, als es versprochen hatte, und der Preis für diese Kohle stieg alsbald auf das Dreifache; insbesondere da die erwarteten militärischen Erfolge ausblieben.

Der für die Kriegsindustrie so wichtige Bergbau Italiens zeigt nicht annähernd den gleichen Aufschwung wie andre Zweige des italienischen Wirtschaftslebens. In drei Jahrzehnten ist der Gesamtwert der italienischen Bergwerksgewinnung nur um 25 Millionen Lire gestiegen, 1883 betrug er 70·6 Millionen und 1913 95·8 Millionen Lire. Das wertvollste Bergwerksprodukt des Landes ist das Schwefelerz mit einer Förderung von zirka 2·3 Millionen Tonnen, das sind 30 Prozent der gesamten Bergwerksgewinnung, und einem jährlichen Wert von nahezu 30 Millionen Lire. Dann folgen Zinkerz mit einer Förderung von 146,000 Tonnen und einem Werte von 14 Millionen Lire, Blei und Silbererz mit einer Gewinnung von 44,000 Tonnen und einem Werte von 9 Millionen Lire und schließlich Kohle mit einer Förderung von 780,000 Tonnen im Werte von bloß 7·8 Millionen Lire. Eine Wertziffer von mehr als 1 Million Lire verzeichnen außerdem noch Eisenkies, Quecksilbererz, Asphaltstein, Kupfererz und Rohpetroleum. Auffallend in der italienischen Bergbauindustrie ist die Tatsache der großen Zahl der Betriebe mit einer nicht bedeutenden Arbeiterzahl, was auf eine geringe Konzentration der italienischen Industrie schließen läßt.

Der bedeutendste Montanindustriebezirk ist Florenz, in welchem fast zwei Drittel der italienischen Braunkohle gewonnen werden. Die gesamte Gewinnung an italienischem Eisenerz beträgt jährlich zirka 600,000 Tonnen, von welcher Menge im Distrikt von Florenz 576,000 Tonnen gewonnen werden. Die Bezirke Mailand, Iglesias, Vicenza und Turin sind Gebiete geringerer Bedeutung der italienischen Bergbauindustrie. Von erheblichem Belang ist die italienische Schwefelindustrie, welche mehr als 50 Prozent der gesamten Weltproduktion liefert. Die monopolartige Stellung in der Schwefelerzgewinnung hat Italien allerdings seit dem Jahre 1903, dem Zeitpunkte, da die amerikanische Union mit jährlich steigenden Mengen auf den Markt getreten ist, eingebüßt. Insbesondere der Schwefelbezirk Caltanissetta ist von großer Bedeutung, eine geringere Wichtigkeit besitzen Bologna, Florenz und Neapel.

Da, wie aus diesen Daten zu ersehen, die für die Entwicklung einer metallurgischen Industrie wichtigsten Voraussetzungen: eine ausreichende Förderung von Kohle und Eisenerz, fehlen, sind der italienischen Eisenindustrie von vornherein sehr enge Grenzen gezogen. Das Land ist bei der

Volkswirtschaft.

Berliner Finanzbrief.

— Von unserem Korrespondenten. —

Berlin, 31. Oktober.

Die Berliner Börse steht seit kurzem wieder im Zeichen einer neuen, kräftigen Aufwärtsbewegung; der günstige Geschäftsgang in der gesamten Industrie, der flüssige Geldstand und nicht zuletzt die neuen militärischen Erfolge gegen Italien haben eine Zuversicht ausgelöst, die ihren Ausdruck in ständig steigenden Kursen findet. Allerdings bildet es eine bemerkenswerte Begleiterscheinung dieser Aufwärtsbewegung, daß es immer nur einige Spezialgruppen sind, denen sich das Interesse der Börse zuwendet, und augenblicklich sind es Petroleumwerte, denen die Hauptaufmerksamkeit daselbst gilt. An der Spitze stehen die Aktien der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft, die seit ein paar Tagen den Kurs von 500 Prozent überschritten haben, während sie bei Kriegsausbruch unter Pari standen. Schon der Jahresabschluß der Gesellschaft für 1916 ließ erkennen, daß das Unternehmen gewaltige Fortschritte in der Kriegszeit gemacht hat; für 1916 gelangten 25 Prozent Dividende zur Verteilung, obwohl die rumänischen Tochtergesellschaften nicht nur nichts zum Gewinn beigetragen hatten, sondern auf diese Beteiligungen sogar acht Millionen Mark abgeschrieben werden mußten. Für 1917 dürfte demgegenüber ein großer Nutzen in Rumänien erzielt worden sein, und so erwartet man ein glänzendes Gesamtergebnis bei der Gesellschaft. Außerdem aber spielen Hoffnungen, es würde eines Tages zu einem Petroleummonopol kommen, eine wesentliche Rolle, obwohl in dieser Beziehung vorläufig nichts Sicheres feststeht. Kaum minder stürmisch war aus den gleichen Ursachen die Kursentwicklung der Steaua Romana in den jüngsten Wochen, deren Aktien in verhältnismäßig kurzer Zeit um etwa 100 Prozent gestiegen sind. Auch die Aktien der Deutschen Petroleumgesellschaft, einer der Deutschen Bank nahestehenden Trustgesellschaft für Petroleumwerte, haben eine ähnliche Steigerung durchgemacht, und während früher Petroleumaktien an der Berliner Börse nur eine ganz untergeordnete Rolle spielten, sind sie jetzt in den Vordergrund des Interesses gerückt. Aber auch in den großen Eisen- und Kohlenwerten, Maschinenfabriks- und Elektrizitätsaktien hat die Kursbewegung neue Fortschritte gemacht, und nur vorübergehend wurde diese Bewegung einmal unterbrochen, als plötzlich Gerüchte über neue Steuerpläne der Reichsregierung auftauchten.

Schon seit etwa Jahresfrist wird die Frage lebhaft erörtert — und zwar sowohl von Männern der Wissenschaft als der Praxis —, ob es zweckmäßiger sei, die wachsenden Zinsenerfordernisse für die Kriegsanleihen durch neue Steuern aufzubringen, oder ob die Schaffung neuer Steuerquellen im wesentlichen bis zu den Tagen nach Kriegsende verschoben werden solle. Bekanntlich ist die Kriegsgewinnsteuer schon lange zur Einführung gelangt, ebenso ist eine erhöhte Besitzsteuer in Kraft getreten, aber zu einer eigentlichen Steuerreform ist es bisher nicht gekommen; zum Teil schon aus dem Grunde, weil niemand die Höhe der Bedürfnisse für die Zukunft, nach dem Kriege, kennt. Da jedoch die Reichsschuld immer weiter angewachsen ist, überwiegt mehr und mehr die Ansicht, man müsse bereits jetzt, mitten im Kriege, eine Reform vornehmen und zum mindesten eine Anzahl neuer Steuern, von denen man sich ansehnliche Erträgnisse erhofft, zur Einführung bringen. In Börsenkreisen nannte man in diesem Zusammenhange unter anderem eine Dividendensteuer, jedoch ist diese Vermutung genau so verfrüht wie jede andere dieser Art. Im Reichsschatzamte ist man seit einigen Wochen bereits mit der Prüfung zahlloser Vorschläge beschäftigt, die zum Teil aus Kreisen des Publikums der Behörde zugegangen sind, ohne daß jedoch auch nur ein einziges Projekt sichere Aussicht auf Annahme hätte. Man kann im gegenwärtigen Stadium noch nicht einmal von allgemeinen Richtlinien und Leitsätzen sprechen, die bei der schließlichen Wahl der Steuern maßgebend sein werden, und alle Kombinationen müssen daher als verfrüht bezeichnet werden. Daß indessen die Steuersätze ziemlich hoch ausfallen werden, scheint unvermeidlich, da es gilt, Milliardensummen aufzubringen, und es dürften sowohl direkte als indirekte Steuern gewählt werden, immer nur von dem Grundsatze ausgehend, daß die einkommenden Erträgnisse unter allen Umständen bedeutende Summen ausmachen müssen. Auch die Einführung verschiedener Monopole kann schon jetzt als sicher gelten, obwohl es auch in bezug hierauf verfehlt wäre, bereits bestimmte Artikel zu bezeichnen, die für die Monopolisierung in Betracht kommen. Was die Börse betrifft, so hat sie sich jedenfalls mit dem Gedanken neuer Steuern bereits vollkommen vertraut gemacht, und wenn nach einer Reihe von Wochen das Steuerprogramm der Regierung bekanntwerden wird, so dürfte es schwerlich als besondere Ueberraschung wirken, höchstens in bezug auf einzelne Steuerprojekte, nicht aber in seiner Gesamtheit.

Inzwischen äußert sich die ungewöhnlich glänzende Lage der Industrie in immer neuen Verschmelzungsplänen und Kapitalserhöhungen. Binnen kurzem dürften auch zwei der bekanntesten Rüstungsgesellschaften zu einer Vermehrung ihrer Mittel schreiten, nämlich die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken und die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik. Diese beiden Werke, die zu den Größen der Rüstungsindustrie zählen, haben bisher im Laufe des Krieges, im Gegensatz zu fast allen anderen Unternehmungen ähnlicher Art, keine neuen Mittel aufgenommen, und es dürfte nunmehr endlich zu einer Operation solcher Art kommen. In beiden Fällen ist jedoch noch nichts Näheres darüber bekannt, in welcher Art die Kapitalserhöhung vor sich gehen und wann sie erfolgen soll. Die Tatsache, daß im gegenwärtigen Stadium des Krieges reine Rüstungsgesellschaften zur Aus-

Ostdeutsche Rundschau

3./XI. 1917

159

Gegnerinnen der radikalen Damen der fraulichen Wahlrechtsbewegung gaben: Fräuleinbewegung. Es waren nämich fast durchgängig ältere Unverheiratete, die den Hauptlärm erhoben. Die genannte „Vereinigung" hat natürlich einen packenden Aufruf in die Welt gesandt, der, soweit er sachlich ist (der größere Teil desselben beschäftigt sich mit politischen Dingen!), von groben Irrtümern wimmelt. Er beweist, daß die Verfasserinnen den Geist der deutschen Sprache (vermutlich als Folge ihrer Abstammung) nicht kennen. So heißt es z. B.: „Die sprachsinnige Unterscheidung für Ganzes und Unvollkommenes liegt in der Verkleinerungssilbe". Mit Verlaub, geehrte Damen, das ist ein Unsinn! Danach hätte also z. B. Walter von der Vogelweide, wenn er seine Dame „liebes Frowelin" ansprach, sie zu etwas Unvollkommenem herabdrücken wollen! Oder wird, wenn man ein Gretchen Gretlein nennt, eine unvollkommene Grete daraus? Ist das Röslein an der Haiden des Volksliedes eine unvollkommene Rose, die mit Recht abgerissen wird? Auf den Grund solch sinnloser Behauptung wird nun die weitere aufgebaut: Frau bezeichnet etwas Volles, Fräulein etwas Minderes derselben Art. Welchem Deutschgebornen ist solches jemals eingefallen? Ist Jüdlein am Ende gar ein Jude minderer Art? Der Aufruf fahrt dann fort: „Dieser Brauch ist herabwürdigend für das Persönlichkeitsempfinden (!) der modernen (!) Frau, denn er kennzeichnet nur die Hörigkeit und Beziehungen zum Manne." Die Hörigkeit wem gegenüber? gegenüber dem Manne? Das ungelenke Deutsch dieses Satzes wird nur durch den Mangel an Logik in ihm übertroffen, der die Bedeutung von Worten einen „Brauch" nennt. Es ist zwar schwer, das Persönlichkeitsempfinden der modernen Frau so kurzweg festzustellen (jedenfalls dürfte unter der modernen Frau nur die radikale Wahlrechtlerin gemeint sein, die keine Individualität mehr zeigt, sondern herdenmäßig denken muß, um nicht verdächtig zu werden), aber es bleibt doch ein starkes Stück, ohne weiteres den Wortschatz?

Dr. F. Kh.-Kh.

Die Juden.*

Es muß der verhängnisvollen Rolle gedacht werden, die in unserem Volksleben das Judentum spielt, seitdem ihm das Geschenk der Emanzipation in den Schoß geworfen wurde, das durch keinerlei Leistungen verdient war, sondern aus der Stimmung an sich schöner Menschlichkeit, aus der Idee der Gleichheit der Menschen heraus gewährt wurde.

Nun sind Deutscher und Jude ihrem innersten Wesen nach wie Feuer und Wasser; solange unser Volksleben moralisch gesund war, gab es nichts Verschiedeneres als die deutsche und die jüdische Lebensauffassung. Der Deutsche steht über dem Besitz, bleibt ihm gegenüber innerlich frei und beweist seine Freiheit, indem er sich ausleben will ohne Rücksicht auf den wirtschaftlichen Erfolg. Ehre, Unabhängigkeit, Eigenwilligkeit sind die Triebfedern seines Handelns, das oft unzweckmäßig sein mag, aber jedenfalls eine Gedankenrichtung beweist, die nicht allein „von dieser Welt" ist; der Jude aber stellt sein Leben unter die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit; der Erwerb, der Besitz sind ihm alles; ihnen gegenüber ist er unfrei; ihnen ordnet er seine ganze Persönlichkeit unter. Kein Wunder, daß Menschen mit solchen Eigenschaften, wenn ihnen einmal gleiches Recht verliehen ist, im Wirtschaftsleben anders ausgerüstet dastehen als die Deutschen, haben sie doch selbst bei ungleichem Rechte verstanden, die Deutschen auszubeuten und Reichtümer anzusammeln.

Nun aber waren die Schranken gefallen, und zwar etwa zur selben Zeit, wo zunächst durch die Bildung des Zollvereins ein einheitliches Wirtschaftsgebiet geschaffen war, das einen Handel im größeren Stile be-

* Aus dem trefflichen deutschvölkischen Erziehungsbuch „Wenn ich der Kaiser wär'". (Leipzig, Verlag von Th. Weicher.)

Ostdeutsche

4.1

Die Teurung und unsere Zukunft.

Es ist alles schon dagewesen. Vor fünfundvierzig Jahren, nach dem Kriege von 1870—71, herrschte an der Börse dasselbe Treiben wie jetzt. Alle Papiere stiegen unausgesetzt im Preise und die Kauflust nahm mit den aufwärtsschnellenden Kursen stets noch zu. Auch heute kann sich die Bevölkerung, das liebe, dumme Publikum, wie ein vergnügter Börsenmann sich ausdrückte, nicht genugtun im Andrange zur Börse, um die Wertpapiere, die bereits eine schwindelhafte Preishöhe erreicht haben, zu immer steigenden Kursen zu kaufen. **Aber der Katzenjammer wird über kurz oder lang eintreten, und wenn wir nicht vorbeugen, wird ein Krach kommen, wie wir ihn nicht ärger am schwarzen Freitag 1873 erlebt haben.** Das heißt, nur wir Aelteren haben ihn erlebt und schaudernd gesehen, wie der Sturz der Wertpapiere an der Börse unser ganzes wirtschaftliches Leben zerrüttet hat und wie es jahrelangen Wiederaufbaues bedurfte, um unsere Volkswirtschaft auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Auch damals lebten wir vor dem Krach auf Kosten der Zukunft: Kredit wurde auf Kredit gehäuft, die Gewinstmöglichkeiten der Wertpapiere wurden auf lange im voraus im Preise der Papiere bezahlt. Und auch damals lag scheinbar das Geld auf der Straße, alles verdiente und keine Ware war zu teuer, jeder Preis wurde mit Leichtigkeit gezahlt.

Es besteht aber doch ein Unterschied zwischen damals und heute und der kann unsere Rettung werden, wenn wir ihn recht erfassen. Damals wurde zu viel erzeugt; die „Ueberproduktion" gelangte an einen Punkt, wo es nicht weiterging, wo alle Lager gefüllt waren und die Waren keinen genügenden Absatz mehr fanden; da aber alles auf teuren Kredit gebaut war, so mußte der Zusammenbruch erfolgen, das schwanke Kreditgebäude stürzte ein. Heute wird ja auch mit aller Kraft unausgesetzt gearbeitet, aber die erzeugten Waren nützen sich als Kanonen und Gewehre und Fahrzeuge mit äußerster Schnelligkeit ab und müssen stets wieder ersetzt werden oder fliegen gar unter der Wirkung des Pulvers und der übrigen Sprengmittel in die Luft, um den Feind zum Frieden mürbe zu machen. Die Lager sind nicht überfüllt, sondern geleert und es wird im Frieden, sobald wir nur Rohstoffe erhalten, Arbeit in Hülle und Fülle geben. Aber so lange müssen wir nach dem Kriege aushalten, bis wir genügend Rohstoffe kaufen und beziehen können. Und deshalb dürfen wir nicht an der Börse schon alle Zukunftsgewinne im Preise der Wertpapiere vorwegnehmen; denn es droht unserem wirtschaftlichen Leben eine Lücke zwischen dem Riesenbedarf des Krieges und dem genügenden Bezug von Rohstoffen, die zumeist aus Ueberseeländern hergeführt werden müssen und um welche die ganze Welt sich raufen wird, um für den ebenso riesigen Bedarf des Friedens arbeiten zu können.

Im Jahre 1873 begann der Umsturz unseres Wirtschaftslebens mit dem Krach an der Börse, hüten wir uns, daß nicht ein zweitesmal an der Börse das Sprengpulver erzeugt wird, das unser wirtschaftliches Leben zerstört. Wenn ihr auf die Stimme eines Mannes hören wollt, der 1873 mit vollem Bewußtsein mit durchlebt hat und heute mit sorgendem Sinne das Hinauftreiben der Preise an der Börse beobachtet, dann befolgt die Mahnung: **Sperret die Börsen und unterdrückt rücksichtslos alle Winkelbörsen. Verkaufet die Wertpapiere bis zum Eintritte ruhiger wirtschaftlicher Verhältnisse in überwachten Verkaufsstellen nur gegen bares Geld, damit das schwindelhafte Preistreiben ein Ende habe.** Dann werdet ihr den Krach vermeiden, der sonst unfehlbar kommt!

Aber damit ist noch nicht alles abgetan. Wir müssen auch Maßregeln treffen zum Abbau der Warenpreise. Oesterreich kann nach dem Kriege nicht wie eine Insel im Meere, von aller Welt abgeschlossen seine hohen Preise aufrecht erhalten, während ringsum die schon gegenwärtig niedrigeren Preise noch weiter sinken. Schon vor dem Kriege waren unsere Preisverhältnisse ein Hindernis für den Absatz unserer Waren ans Ausland. Es wurden in wirtschaftlichen Beratungen Fälle erzählt, daß Rumänien Eisenwaren und Maschinen viel billiger von Deutschland und Frankreich beziehe, als aus dem Nachbarlande Oesterreich-Ungarn. Wie wird es erst nach dem Kriege sein? Trösten wir uns nicht damit, daß mit der Verminderung des Banknotenumlaufes die Waren von selber billiger werden, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß der Staat, dem die Milliarden so leicht zuflossen, dadurch die Teuerung gesteigert hat, daß er das Geld mit vollen Händen auswarf und es so den Kriegsgewinnern ermöglichte, auch die höchsten Preise noch zu überbieten, um die Waren an sich zu reißen. Aber wir haben bei Betrachtung der Vieh- und Fleischpreise (siehe „Ostd. Rdsch." vom 21. v. M.) gesehen, daß am Eigennutz der Menschen alle die schönen Theorien von Angebot und Nachfrage scheitern, und so wird auch die allerschönste Theorie von der Inflation (merkt euch das wunderbare Wort!), d. h. von der zu starken Ausgabe des Papiergeldes scheitern. Zwar in ihrer preissteigernden Wirkung hat die „Inflation" nicht versagt, dafür haben schon unsere Wucherer und Preistreiber gesorgt, aber die umgekehrte Wirkung wird ohne tätige Mitwirkung aller besonnenen Teile des Volkes nicht eintreten: Die Ueberschwemmung mit Banknoten wird schwinden, die Preise aber werden nicht sinken.

Denn alle Vorschläge zur Behebung der Entwertung des Geldes bewegen sich in einem Kreise von Fehlschlüssen. Die Entwertung ist doppelter Art: einerseits eine deutlich erkennbare gegenüber dem Auslandsgelde (sie drückt sich im Aufgelde aus, das wir dem Auslande geben müssen, wenn wir in Kronengeld zahlen), andrerseits eine weniger leicht erkennbare im Inlande, die ebensosehr die Folge der allgemeinen Teurung wie die Ursache neuer Preissteigerungen ist, die aber keineswegs gleichmäßig zutage tritt. Betrachten wir zunächst die erstere. Sicherlich gehen wir dem Ende des Krieges entgegen. Unser siegreicher Feldzug gegen Italien fördert dort in höchstem Maße die Friedenssehnsucht, ebenso wie die Eroberung von Riga und den Ostseeinseln sie in Rußland gesteigert hat. Die Grenzen werden wieder geöffnet und damit die Ausfuhr von Waren ermöglicht werden, was der Besserung unseres Geldwertes förderlich wäre, wenn wir wirklich Waren ausführen könnten. Aber wird die Kauflust im Auslande sich uns zuwenden, wenn unsere Waren, unter teuren Lebensverhältnissen erzeugt, viel höher im Preise stehen, als die gleichen Waren unserer Mitbewerber auf dem Weltmarkte? Es ist also der erste Fehlschluß, wenn wir durch eine gegen früher gesteigerte Ausfuhr unser Geld gegenüber dem Auslande im Werte steigern wollen. Wir müssen im Gegenteil zuerst trachten, die Preise im Inland herabzudrücken, um unsere Erzeugung zu verbilligen.

Nun haben wir aber ganz ungeheuerliche Lasten als Folgen des Krieges zu tragen. Wir haben hochprozentige Kriegsanleihen zu verzinsen und zu tilgen, für unsere Invaliden und die Witwen und Waisen der Gefallenen zu sorgen und dürfen dies nicht in der bisher üblichen kümmerlichen Weise tun. Wir haben die zerstörten Städte und Dörfer wieder aufzubauen, unser arg hergenommenes binnenländisches Verkehrswesen wieder aufzurichten und die durch Jahre stillgelegene Seeschiffahrt durch Staatshilfen wieder lebensfähig zu machen. Auch dem Kleingewerbe, das unter dem Kriege ungeheuer gelitten hat, muß der Staat beispringen und die nach dem Kriege andauernden hohen Lebensmittelpreise werden Staat und Private zu fortgesetzten Teurungszulagen an ihre Angestellten und Arbeiter zwingen. Wir werden daher die Steuern gewaltig erhöhen müssen, nur um die Zinsen und laufenden Ausgaben bestreiten zu können; höhere Ausgaben bedeuten aber Verteurung der Erzeugung, nicht Verbilligung, denn der Erzeuger und Händler überwälzt die Steuern im Preise der Waren auf die Käufer, die Preise erhöhen sich also. Und steigern wir die Steuern so sehr, daß wir auch die Ueberschwemmung mit Papiergeld beheben können, so werden diese noch höheren Steuern die bessere Bewertung des Geldes durch erhöhte Preise ausgleichen. Da haben wir den zweiten Fehlschluß. Und da wir ohne Herabsetzung der Preise im Inland nicht Waren ausführen können, so schließt sich allmählich der Kreis: Ohne Ausfuhr keine Besserung unseres Geldwertes, aber ohne Verbilligung der Preise oder, was das Gleiche ist, ohne Erhöhung des tief gesunkenen Geldwertes keine Ausfuhr.

Wir müssen also auf ein anderes Mittel sinnen, das nicht die böse Nebenwirkung der Warenverteurung hat und doch unseren Geldwert verbessert. Ein solches unfehlbares Mittel ist eine ausgiebige Kriegsentschädigung, die wir aber nicht auf die einzelnen Staaten aufteilen, sondern ihnen ungeteilt auferlegen müssen; die Aufteilung sollen sie selber vornehmen. Uns haften sie einer für alle und alle für einen. England und Amerika sind reich genug, daß sie 100 Milliarden und mehr zahlen können. Wie sie es

12 Heller
für Wien.
Mittagsblatt 8 Heller.

tung

terreich.

r nachmittags.

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 70 h, monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—. Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 2.—.
Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.40, viertelj. K 10.20 bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Viertelj. K 14.40.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 18.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 13, Telephon 9191
II. Vazmanitengasse 80, Tel. 40928
X. Wielandplatz 5, Telephon 58344
XIV. Bieningerplatz 6, Tel. 83128
XVI. Klausgasse 84, Telephon 84146
XVII. Sackergasse 22, Telephon 17125
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei

XXIX. Jahrgang.

Nur eines hilft!

Die Preisprüfungskommission hat, wie verlautet, gestern für den Meterzentner Zuckerrüben der nächstkommenden Ernte einen Preis von zwölf Kronen als angemessen erklärt — er war für die Rübe dieses Jahres, die jetzt in den Fabriken verarbeitet wird, mit sechs Kronen festgesetzt. Innerhalb der Frist eines einzigen Jahres soll also der Preis des Rohstoffs der Zuckererzeugung verdoppelt werden.

Damit wird sich auch der Preis des Verbrauchszuckers der Kampagne 1918 verdoppeln müssen ...

Zugleich meldet man aus dem Finanzministerium, daß eine beträchtliche Erhöhung der Zuckersteuer geplant werde, sie sei bei der Gestaltung unseres Staatshaushalts unvermeidlich. Die Verdoppelung des Preises wird also nicht zulangen ...

Diese Meldungen braucht man nur schlicht aneinanderzureihen: Sie erschrecken und erschüttern ohne alles Beiwort. Man behandelt diese Maßregeln als Notwendigkeiten der Volks- und Staatswirtschaft, zugleich aber schreien Millionen entsetzt auf und erklären sie als Unmöglichkeiten ihrer Hauswirtschaft! Alle, deren Einkommen nicht aus Produktionsprofit, sondern aus der Arbeit fließt, warnen: So können wir nicht mehr leben! Aber die Produzenten versichern zugleich: Ohne das können wir nicht mehr produzieren!

Wir übertreiben mit keiner Silbe. Wir stellen Behauptung gegen Behauptung, um die Herrschenden im Staate auf die Klippe hinzuweisen, auf die unser Staatsschiff hinsteuert und die mit ihm unseren Volkskörper entzweizureißen droht. Unsere ganze Volkswirtschaft entwickelt sich allgemach zu absurden Zuständen. Wir können die Schuld auf uns nicht laden, zu sehen und zu schweigen, zu wissen und nicht zu warnen.

In der Enquete der Rübenbauern, die vom Ernährungsausschuß des Abgeordnetenhauses veranstaltet wurde, rief ein Landwirt aus: Einen ganzen Strich Acker müssen wir bestellen, ein Jahr lang betreuen und die Frucht abliefern, um ein Paar Schuhe zu bezahlen. Entgegnet wurde: Für ein Paar Schuhe muß ein Arbeiter vierzehn Tage arbeiten. Beide haben recht. Noch schlimmer als diese unbestreitbare Tatsache ist, daß beide in Gefahr sind, dieses Paar Schuhe gar nicht zu bekommen, um gar keinen Preis! ...

Es lagert sich über unserem Volke die Fata Morgana einer schönfärberischen öffentlichen Meinung wie eine rosa Wolke über einem grauenvollen Abgrund. Es tut endlich not, die Dinge wirklich so zu sehen, wie sie sind. Unsere Volkswirtschaft ist wund und krank. Aber da uns nicht arbeitende Volkswirte, sondern Bürokraten regieren, denen von den Dingen nur das papierene Abbild zu Gesicht kommt, nicht unähnlich wie von dem Jammer des Selbstmörders dem Statistiker nur die statistische Zahl der Selbstmordfälle, hat unsere Regierung den Zustand unseres Volkes nicht in der lebendigen warmen Anschauung, sondern höchstens im kalten Begriff. Dazu kommt, daß bei uns die öffentliche Gewalt in unseliger Weise zerlegt ist: Die Militärgewalt ist völlig getrennt von der Zivilverwaltung und hat geradezu verfassungsmäßig von ihren Aufgaben und Sorgen nicht Notiz zu nehmen. Sie steht über und zwischen Ungarn und Oesterreich zugleich und trifft ihre Maßregeln, von beiden Seiten bald beeinflußt, bald unbeirrt. Wenn sie auf das Wirtschaftsleben beider Staaten beeinflussende Rücksicht nehmen wollte, so könnte sie es von Staatsrechts wegen nur mangelhaft. So kommt es, daß wir der innigen Zusammenarbeit beider Gewalten, die Deutschland so stark und zäh macht, völlig entbehren. Der moderne Krieg, ein Krieg von solcher Dauer zumal, kann ohne ständige Bedachtnahme auf die heimische Volkswirtschaft nicht geführt werden.

Worin liegt nun das Uebel, das sich so gefahrdrohend ausbreitet? Hören wir die nüchternen Worte des Landwirtes — wir führen die Zeugen aus dem gegnerischen Lager, um das Vorurteil zu zerstreuen, als betrieben wir eine Partei- oder Klassensache. „Wir sollen Zuckerrüben bauen, also müssen wir tief und sorgfältig pflügen. Aber die Pflüge sind stumpf und im Orte ist kein Schmied, es fehlt an Bespannung. Darum pflügen wir tief in den Winter hinein — die Urlaube sind vorbei und noch sind wir nicht fertig. Frauen und Jugendliche bewältigen die Arbeit nicht. Wir müssen reich düngen, aber bei vermindertem Rinderstand fehlt es an Dünger. Die alte Rübe soll abgeführt werden, aber es fehlt an Waggons. Wir bekommen die Rübenschnitte viel zu spät zurück, einstweilen müssen wir doch weiterfüttern; wir müssen also Kartoffeln und Zuckerrüben füttern, bis wir die Schnitte kriegen. Im Frühjahr sind die Rüben zu jäten, zu behauen — die wenigen ungeschulten Kräfte, die wir haben, verderben mindestens ebenso viel, als sie nützen. Ein Mindestmaß an Arbeitskräften, an Geräten, an Zugvieh, an Nutzvieh, ein Mindestmaß an Fuhrwerk und an Waggons müßte unter allen Umständen da sein und da bleiben ..."

Die Rübenkultur ist nur ein Beispiel. Mit der Gewinnung der Kohle steht es ebenso, im Grunde mit jeder Produktion. Es wäre ein Mindestbudget, ein eisernes Mindestmaß an Arbeitskräften und Arbeitsmitteln festzustellen, das nicht unterschritten werden dürfte. Nun werden ja wohl Enthebungen und Beurlaubungen vorgenommen, aber immer wird dabei nur der einzelne Mann im Auge behalten, nicht das Ganze des Wirtschaftsbetriebes. Was nützt es, wenn der Mann, der zum Anbauurlaub kommt, just in diesen vierzehn Tagen beim Gespann keinen Pflug, beim Pflug kein Gespann findet? Unzählige gut gemeinte Beurlaubungen werden auf solche Weise wirtschaftlich nutzlos.

Das Stocken der Produktion, ihre Verträdelung und Verkümmerung, infolgedessen ihre Unergiebigkeit, ist die erste Ursache der unerträglich gewordenen Knappheit. Die zweite Ursache liegt in dem Verkehr. Unsere Volkswirtschaft benötigt ein absolutes, unangreifbares Minimum an Verkehrsmitteln und offenen Verkehrsgelegenheiten, und dieses Minimum begrenzt zugleich das Höchstmaß militärischer Leistungen und Aufgaben. Ein einheitliches, Zivil und Militär umfassendes Kriegswirtschaftsamt wie im Deutschen Reiche haben wir nicht, können wir bei unserer dualistischen Verfassung gar nicht haben — seine Pflicht wäre, das volkswirtschaftliche Mindest- und das militärische Höchstmaß an Leistungen zu wahren. Unsere Volksvertretung ist mit nationalen Fragen belastet und erfüllt, ja sieht diese ihre Aufgabe nicht. Der Mindestbedarf an Verkehrsmittelbedarf ist nicht immer gleich, er ist am höchsten in diesen Herbstmonaten, wo zugleich Getreide, Kartoffeln, Rüben und Kohle zu verfrachten ist. Gerade in dieser Zeit haben wir eine völlige Einstellung der Frachtenaufnahme und beinahe einen Ausfall an Frachtwaggons erfahren. Dieser Umstand hat den wirtschaftlichen Umlaufprozeß in namenlose Verwirrung gestürzt, aus der wir so leicht und so bald nicht herausfinden werden. Das absolute Verkehrsminimum ist tief unterschritten worden.

Der Güterumlauf ist der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher. Er ist lange unterbrochen gewesen und das ist die Hauptursache dafür, daß gerade jetzt, hart nach der Ernte, Deutschböhmen hungern mußte. Die Gründe, die sonst angeführt worden sind, treffen nur zu einem Teil zu, sie sind die Hauptursache nicht.

Die Siege an der Front beruhigen und trösten, aber sie sind ganz danach angetan, die Wahrheit vergessen zu machen, daß dieser Krieg zum großen Teil im Hinterland entschieden wird. Sie verleiten die Kritiker, die bloß die militärische Seite des Krieges beachten und von seinen wirtschaftlichen Voraussetzungen absehen, zu der Annahme, ganz außerordentliche Leistungen ließen sich beliebig bis ins Unendliche wiederholen, als ob der Kraftbrunnen, der die Armeen speist, unausschöpflich wäre. Aber der Landwirt, der Arbeiter, der Bergmann, der Eisenbahner spürt es, daß der Eimer schon auf das Brunenkreuz am Grunde aufschlägt.

Das aber, was uns am schlimmsten schädigt, ist das Versagen des sozialen Verteilungsdienstes, die Aufgaben, die uns hier gestellt worden sind, sie sind restlos — nicht gelöst worden. Nicht hergestellt ist die Gleichheit der Versorgung von Ungarn und Oesterreich — das war das Hauptziel, es ist nicht erreicht; nicht hergestellt ist die gleiche Verteilung zwischen den einzelnen Teilen des Staatsgebietes selbst, nicht die Gleichheit zwischen Agrarland und Industrieland, nicht die Gleichheit zwischen Stadt und

Ostdeutsche

Oesterreichs Kriegswirtschaft.

Von Dr. **Franz Perko.**

Jeder Krieg hat infolge der verminderten Erzeugung und des vermehrten Verbrauches eine steigende Teuerung sämtlicher Lebensbedürfnisse zur Folge, die je nach dem Umfang und der Dauer des Krieges in die Friedenszeit ihre Nachwirkungen äußert. So war nach den Napoleonischen Kriegen, die 1815 ihren Abschluß fanden, 1817 das schlechteste Jahr.

Infolge des Umfanges und der Intensität des Weltkrieges wie der gewaltigen Zerstörung von Waren und Gütern wird die Knappheit an Lebensmitteln und die Teuerung aller Lebensbedürfnisse sich in viele Friedensjahre hineinerstrecken. Es ist nicht nur ausgeschlossen, daß der Friede eine sofortige Erleichterung bringen kann, wie es die meisten glauben, es werden vielmehr die Schwierigkeiten auch infolge der Umstellung der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft zunächst wachsen und nur allmählich dürften sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bessern. Zudem meinen es unsere Feinde mit dem angedrohten Wirtschaftskrieg gar ernst und es wäre verhängnisvoll, wenn sich die Mittelmächte beim Friedensschluß mit papierenen Verträgen begnügen wollten und nicht nach Möglichkeit greifbare Unterlagen schaffen sollten, die ausschließlich auf Machtmitteln beruhen können.

Das Deutsche Reich war infolge der Abspannung in der Ernährung seiner 67 Millionen viel schlechter daran als Oesterreich-Ungarn mit seinen 51 Millionen. Zu einer Zeit, da wir noch Eier und Butter, Fleisch und andere Lebensmittel zur Genüge verzehrten, mußten sich die Reichsdeutschen mit zwei Eiern und wenigen Deka Butter in der Woche begnügen, schrieben bereits Fleisch- und andere Karten jedermann ohne Unterschied der Wirtschaftslage einen verminderten, jedoch geregelten Verbrauch vor. In Oesterreich hingegen wurden dieselben Maßnahmen immer erst in äußerster Not eingeführt. Sie kamen infolgedessen zu spät, um den inzwischen in schwindelnde Höhen hinaufgeschraubten Preisen steuern zu können, sie brachten vor allem nicht die ersehnte Ordnung, weil in Oesterreich schon im Frieden die Unordnung die Regel, die Ordnung die Ausnahme war, von Ungarn zu schweigen.

Was nützen die besten Gesetze und Verordnungen, was können Systeme helfen, wenn die Mehrzahl der Staatsbürger Gesetz und Verordnung mißachtet, wenn das System hundert- und tausendfach von einzelnen, von Berufsgruppen, ja von den Behörden selbst durchbrochen wird? So war und ist es vom Fett bis zur Kartoffel und der Kohle, von der Kleiderkarte bis zur Schuhsohle und dem Zwirn.

Im Deutschen Reiche kann die Teuerung seit Kriegsbeginn mit etwas über 100 v. H. bemessen werden, in Oesterreich ist sie auf nahezu 300 v. H. im Durchschnitt gestiegen, was auch im Sinken des Kronenkurses gegenüber der Mark zum Ausdruck gelangt. In Deutschland baut man im allgemeinen vor, in Oesterreich hinkt man den Ereignissen immer nach; in Deutschland wurden Wucherer, Preistreiber und Kettenhändler mit Hunderttausenden an Geldstrafen, mit empfindlichen Freiheitsstrafen, mit Gewerbeverlust belegt, in Oesterreich erwischt man immer nur einige Kleine und Mittlere, wogegen sich an die Großen kein Staatsanwalt heranwagt.

Die fortwährenden Lohnerhöhungen, die Teuerungszulagen für Beamte, Lehrer, Festbesoldete müssen, ganz abgesehen davon, daß sie unzulänglich sind, das Uebel noch vermehren, wenn nicht mit eiserner Faust der Abbau der ungerechtfertigten Preise und ein entsprechendes Verhältnis zwischen den Preisen für die Lebensmittel und die sonstigen wichtigen Lebensbedürfnisse erzwungen und an die Ordnung des Staatshaushaltes ehestens geschritten wird. Auch mit der unmittelbaren Zuwendung von Staatsgeldern in Form des 300 Millionen-Fonds für die Unbemittelten hat die Regierung eine verkehrte Bahn betreten, denn schon melden sich sogar seine Berufsgruppen um Staatsunterstützungen. Alle die Millionenerhöhungen und -aufwendungen fließen infolge der Unordnung und der Mißwirtschaft wieder ausschließlich in die Taschen der Erzeuger und Händler, vorwiegend in die der großen, und bringen den Beteilten nur vorübergehende Hilfe, aber keine wirkliche Besserung der sozialen Lage. Ja die Erzeugung wird durch die unnatürlich hohen Preise geradezu herabgedrückt und gefährdet. Infolge dieses verderblichen Werdeganges mußte der Staat die schon an und für sich großen Auslagen für Heer, Angestellte und sonstige Kriegszwecke um Milliarden überschreiten. Oesterreich hat im Vergleich zum Deutschen Reich verhältnismäßig etwa 15 Milliarden zuviel an Kriegsschulden machen müssen, welch ungünstiges Verhältnis lawinenartig weiter anschwillt. Diese 15 Milliarden, die nur infolge der planlosen Wirtschaft über das notwendige Maß hinaus in die Hände der Händler und Erzeuger geflossen sind, zum großen Teil nach Ungarn, zum Teil in die Panzergewölbe der Banken und Aktiengesellschaften, zum Teil in die Taschen der Großgrundbesitzer, der Großindustriellen und Großhändler, müssen von der gesamten arbeitenden Bevölkerung, den Mittelständen und den Arbeitermassen mit verzinst und bezahlt werden.

Die Milliardenschuld des Staates vermehrt sich unheimlich Tag für Tag, wogegen nicht einmal die laufenden Ausgaben an Zinsen und regelmäßigen Bedürfnissen bedeckt werden. Von einer durchgreifenden Steuerreform mit der progressiven Ausgestaltung der Erbschafts-, der Vermögens-, der Wertzuwachs- und der Luxussteuer, von der dringenden Ordnung der Haushalte in Ländern und Gemeinden wird zwar sehr viel gesprochen und geschrieben, Taten liegen aber noch in weiter Ferne. Und wie die Tat fallen dürfte, beweist das Schicksal der Kriegsgewinnsteuer, deren Verwirklichung von deren offenen und versteckten Gegnern immerzu hinausgeschoben wird, so daß die meisten und die größten Kriegsgewinner ihr Schäfchen bald im Trockenen haben dürften.

Hierzu tritt noch der Umstand, daß in den Sudetenländern ähnliche Vermögensverschiebungen zwischen den deutschen und den tschechischen Landesteilen zu Ungunsten des Deutschtums stattfinden, die gleichfalls in die Hunderte von Millionen gehen. Die tschechischen Agrarier werden auf Kosten der hungernden Deutschen wohlhabend und reich.

So wird die wirtschaftliche Bilanz, die der deutsche Mittelstand und die deutsche Arbeiterschaft aus dem Kriege ziehen wird, geradezu eine trostlose sein. An Blut haben die Deutschösterreicher verhältnismäßig am meisten geopfert, an Gut sogar absolut mehr, von der Lebensmittelteuerung sind die Deutschen als das Industrievolk am meisten betroffen, nirgends herrschte so eine Knappheit und so eine Teuerung wie in Wien, den größeren deutschen Städten, in den Alpenländern und den Gebirgsgegenden Nordböhmens. Darum sind die Deutschen an einer Gesundung und Ordnung der Verhältnisse in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht weit mehr interessiert als die Slaven, die auf die Steigerung der politischen und wirtschaftlichen Unordnung mittel-

Tägliche Rundschau
14./XI. 1917

173

Uebergangswirtschaft auf dem platten Lande.

Mit dem Anerkenntnis, die deutsche Landwirtschaft habe während des langdauernden Weltkrieges ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan und Deutschlands wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Auslande erwiesen, verbindet man schlechthin die Vorstellung, daß sie durch die Umstellung der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft wenig oder doch nur insoweit berührt werde, als es sich darum handeln wird, für ausreichende Arbeitskräfte zu sorgen. Eine solche Annahme wäre ein verhängnisvoller Irrtum: Nicht nur auf die Großgrundbesitzungen, sondern auch auf bäuerliche Betriebe erstrecken sich die Wirkungen, die sich aus der unterbundenen ausländischen Zufuhr von Kraftfutter- und künstlichen Düngemitteln, aus dem unzulänglichen Arbeitererſatz, der notdürftigen Beschaffung von Maschinen und Geräten usw. ergaben. Nach fachkundigem Urteil werden mehrere Jahre erforderlich sein, um die Bodenkultur, die Viehbestände und das tote Inventar auf den Friedensstand zurückzuführen. Auch dürfte sich das jetzt feindliche Ausland nicht damit beeilen, uns nach dem Friedensschluß seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse in solchen Mengen zuzuführen, daß der staatlichen Bewirtschaftung unserer Nahrungsmittel alsbald ein Ziel gesetzt werden könnte. In dieser Hinsicht kommt in Betracht, daß selbst Rußland, das größte Erzeugungs- und Ausfuhrland von Getreide, im Laufe des Krieges wegen seiner Nahrungsmittelversorgung in arge Bedrängnis geraten ist, weil seiner Landwirtschaft viele Millionen leistungsfähiger Arbeitskräfte entzogen waren. Erst wenn dieser Wirtschaftskoloß wieder in der Lage sein wird, von dem Ueberschuß seiner landwirtschaftlichen Erzeugung ausgiebige Mengen abzugeben, dürfte der deutschen Rationierung wichtiger Nahrungsmittel das langersehnte Ziel gesetzt sein.

Voraussetzung dafür bleibt freilich, daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um die deutsche landwirtschaftliche Gütererzeugung so ergiebig wie irgend möglich zu gestalten. Daß sie trotz des verhältnismäßig hohen Kulturzustandes des Bodens in noch erheblichem Maße steigerungsfähig war, wird allgemein zugegeben. Schon während des Krieges sind wertvolle Vorschläge für die Produktionsvermehrung gemacht worden, die aber größtenteils unwirksam blieben, weil sich an maßgebenden Stellen zu spät die Ueberzeugung von ihrer Durchführbarkeit und wohl auch Ersprießlichkeit befestigte. Man hatte offenbar nicht mit einer so langen Dauer des Krieges gerechnet. Sogleich nach Friedensschluß müssen aber, schon um das Martyrium der Uebergangswirtschaft nach Möglichkeit abzukürzen und unserer gesamten Gewerbetätigkeit die unbedingt erforderliche Bewegungsfreiheit wiederzugeben, die viel beachteten Grundgedanken des Wirtschaftsprogramms, wie es insbesondere von R. Kindler in den „Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft" entwickelt worden ist, in die Tat umgesetzt werden, natürlich ohne daß man dabei an einen Produktionszwang zu denken braucht.

In erheblichem Maße dürften überdies unserer Landwirtschaft „Kinder der Not", die im Kriege errichteten gewaltigen Stickstoffabriken, die vorerst noch hauptsächlich für den Heeresbedarf in Anspruch genommen werden, zu Hilfe kommen. Die 170 bis 180 Mill. M., die bisher alljährlich für Salpeter an Chile gezahlt werden mußten, dürften der Nationalwirtschaft künftighin erspart bleiben, zugleich aber auch Aussichten eröffnet werden, dem Stickstoffbedarf unserer Landwirtschaft in reichlicherem Maße als bisher zu genügen. Auch an anderen künstlichen Düngemitteln, wie Ammoniak, Thomasmehl, Superphosphat u. a., dürfte der jetzt herrschende Mangel beseitigt werden, wenn nach Kriegsende die Anforderungen der Heeresverwaltung zurücktreten.

Eine bedeutsame Frage für die Uebergangswirtschaft erörterte sodann in der Septembertagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft der Oberingenieur, Hauptmann bei der Inspektion der Kraftfahrtruppen Th. Müller, indem er für die Neuordnung des Verkehrswesens auf dem Lande ein Programm entwarf. An die Kriegserfahrungen anknüpfend legte er dar, was die neuzeitlichen Verkehrsmittel, die Kraftwagen, bei straffer Organisation ihres Betriebes zu leisten vermögen. Sein praktischer Vorschlag bezweckt nun, bei der Demobilmachung die gewaltigen Bestände der Heeresverwaltung an Kraftwagen einem gemeinnützigen Verkehrsunternehmen zu überweisen, für bestimmte Bezirke Landverkehrsgesellschaften zu bilden, die als solche die Beförderung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln übernehmen.

15./XI. 1917.

Es ist ja nur ein zufälliges Zusammentreffen, daß das Gebäude am Großen Burstah, in dem sich seit kurzem die meisten Abteilungen des Kriegsversorgungsamts vereinigt sehen, von seinem Besitzer den Namen „Hindenburg-Haus“ erhalten hat. Aber für uns, die wir in diesem Hause arbeiten, und für die ungezählten Mengen, die tagaus, tagein durch seine Räume schreiten, bedeutet dieser Name ein Vorzeichen, in dem wir kämpfen und überwinden werden. (Bravo!)

Die vornehmliche Tätigkeit des Kriegsversorgungsamts ist kaufmännisch geartet; es soll Waren ankaufen, bezahlen und wiederverkaufen. Was aber die Tätigkeit des Amtes von der sonst gewohnten Arbeit des Kaufmannes unterscheidet, ist der Umstand, daß der Warenumsatz nicht zum Zwecke des Gewinnes betrieben wird, und daß die Ware nicht demjenigen gegeben wird, der den günstigsten Preis bietet, sondern gleichmäßig zu festgelegten Preisen an die Gesamtbevölkerung ausgeteilt wird. Auch bei dem Ankauf der Ware kann sich kaufmännische Geschicklichkeit und Unternehmungslust nur in sehr beschränktem Umfange bestätigen. Die meisten Waren werden dem Kriegsversorgungsamt von den zuständigen Reichsstellen überwiesen.

Dieser zugleich kaufmännischen und behördlichen Tätigkeit ist bei der Organisation des Kriegsversorgungsamts Rechnung getragen. In den Abteilungen, in denen die erste Seite überwiegt, stehen tüchtige erfahrene Kaufleute als Leiter, in den anderen Abteilungen Juristen, denen für die kaufmännische Tätigkeit wieder geschulte Kaufleute zur Seite stehen.

Die jetzt beantragten zehn Millionen [illegible] ebenso wie die früher bewilligten, nicht dauernd als Ausgabe unseren Staatshaushalt belasten. Sie sollen zur Verstärkung des Geschäftskapitals dienen, mit dem das Kriegsversorgungsamt zu wirtschaften hat. Deshalb ist auch davon abgesehen, die beantragte Summe für den ordentlichen oder den außerordentlichen Etat einzuwerben. Erst wenn das Ergebnis der Gesamtabrechnung vorliegen wird, ist der Zeitpunkt gekommen, über die Verbuchung der Endsummen einen Beschluß zu fassen. Ich hoffe, daß dieser Zeitpunkt nicht mehr allzu fern liegen möge.

Weder ich selbst, noch einer meiner Mitarbeiter verschließt sich der Erkenntnis, daß das, was wir treiben, eigentlich etwas Unnatürliches ist, was ausschließlich durch die Außerordentlichkeit der Verhältnisse, in die uns dieser Krieg geworfen hat, erklärt werden kann. Manche von Ihnen werden sich eines Buches erinnern, das vor Jahren erschienen ist und einen Amerikaner Bellamy zum Verfasser hatte. An dieses Buch habe ich in dieser Zeit oftmals mich erinnert, weil wir so etwas wie eine Verwirklichung der von dem Verfasser erträumten Zukunft durchgemacht haben. Jede Ausschaltung selbständiger beruflicher Tätigkeit, jedes Streben nach Gewinn, nach Vorwärtskommen, nach Verbesserung der eigenen Lebenshaltung wird unterbunden, dem Kaufmann wird sein Gewinn zugemessen, dem Käufer der Preis, den er zu zahlen hat; die Behörde regelt und bestimmt alles, ernährt die Menschen, kleidet sie, jede Schaffenslust wird im Keime erstickt, weil es ja doch zu nichts fruchtet. Ich habe die Gewißheit, daß, wer diese Zeit mit durchlebt hat, von solchen Träumereien für alle Zeit kuriert ist. Hätten wir aber das freie Spiel der Kräfte nicht ausgeschaltet, so hätte uns das dem Abgrund zugeführt. (Sehr richtig!) Wo, wie bei uns, infolge Ausbleibens aller Zufuhren die Nachfrage das Angebot weit übersteigt, wäre eine ungemessene Preissteigerung aller Lebensmittel die unausweichliche Folge gewesen mit den unerträglichen Wirkungen, die sich daraus namentlich für die unbemittelten Kreise der Bevölkerung ergeben hätten. Diese Wirkung rechtzeitig erkannt und verhütet zu haben, wird dereinst der Geschichtsschreiber dieser Zeit den Männern hoch anrechnen, die das ungeheure Wagnis unternahmen, die gesamte Ernährung des deutschen Volkes von einer Stelle aus und nach gleichen Grundsätzen zu regeln.

Inmitten dieser Regelung findet sich Hamburg als ein Glied des Ganzen, neben anderen Gliedern, und doch wieder in wesentlich anderer Lage als die meisten anderen. Hamburg ist im wesentlichen nur eine Großstadt, vermöge seiner bundesstaatlichen Selbständigkeit aber anders gestellt als die übrigen Großstädte in Deutschland, die allermeist die Hauptstädte eines großen Landes sind. Die Regierungen dieser größeren Bundesstaaten vermögen aus den ihnen nach der Kopfzahl ihrer Bevölkerung überwiesenen Kontingente ihrer Hauptstadt oder den besonders wichtigen Industriestädten größere Anteile an den überwiesenen Mengen zuzuwenden, als anderen minder anspruchsvollen Plätzen in Stadt und Land. Hamburg ist ohne eigenes Hinterland, ohne eine genügende Eigenproduktion nahezu vollständig auf das angewiesen, was ihm vom Reich nach der Kopfzahl seiner Bewohner zugeteilt wird. Diese besondere erschwerende Lage Hamburgs ist den Männern, die in den leitenden Stellen des Reiches die Versorgung des ganzen Reiches zu überwachen haben, natürlich nicht unbekannt. Jedenfalls haben der Senat und das Kriegsversorgungsamt es an Bemühungen nicht fehlen lassen, diesen Umstand immer von neuem mit Nachdruck zur Geltung zu bringen. Im Gegensatz zu immer wiederkehrenden Behauptungen kann ich auf Grund eigener Erfahrung die Behauptung aufstellen, daß Hamburg gegenwärtig nicht schlechter versorgt wird als irgendeine andere deutsche Großstadt.

Wie sich die einzelnen Städte kontrollieren und damit beitragen zu einer gleichmäßigeren Versorgung, so zeigt sich auch in dem Verhalten der einzelnen Menschen die nicht immer erfreuliche Erscheinung, daß der eine dem anderen eine vermeintliche Besserstellung mißgönnt. Wir können bei diesem Anlaß nicht die Welt reformieren, nicht den Unterschied zwischen arm und reich aufheben, nicht verhindern, daß der Wohlhabende sich Dinge zu seinem Lebensunterhalt verschafft, die dem Aermeren unerschwinglich sind. Wohl aber können wir erreichen und haben es erreicht, daß aus den uns zur Verteilung überwiesenen Gegenständen ein gleiches Existenzminimum jedem, mag er Bürgermeister sein oder der letzte Handarbeiter, zuteil wird in völlig gleicher Ration. Wo hiervon Abweichungen zugelassen sind, sind sie dem Bestreben entsprungen, den Männern, deren Körperkraft im Interesse der von ihnen zu verrichtenden Arbeit einer besseren Ernährung bedarf, oder den Kranken und Kindern im zarten Alter, deren Ernährung besondere Fürsorge erfordert, oder endlich der großen Zahl der Unbemittelten, die auf den Bezug des Mittagessens aus den Kriegsküchen angewiesen sind, eine bevorzugte Versorgung zuzuwenden.

Wir stehen im Beginn des vierten Kriegswinters. Wie sich die Ernährungsverhältnisse in ihm gestalten werden, darüber möchte ich mich einer Voraussage enthalten. Ich finde, daß die vielfachen Ankündigungen, die wir namentlich aus den Kreisen des Reiches vernommen haben, mehr geschadet als genützt haben und unserer Bevölkerung nur zu oft herbe Enttäuschungen brachten. Nur die eine Bemerkung kann ich mir nicht versagen: Unsere Versorgung mit Brot und Kartoffeln ist gesichert. Und in bezug auf unsere Versorgung mit diesen beiden wichtigsten Volksnahrungsmitteln sind wir allen unseren Feinden überlegen.

Es ist keiner unter uns, der nicht in dieser gewaltigen furchtbar ernsten Zeit manches neu gelernt hat und in vielem hat umlernen müssen. Das Schönste aber und das Bedeutendste, was wir erfahren haben, ist der Segen gemeinsamer Arbeit zum Wohle des Ganzen. Wenn ich eines als Frucht dieser Zeit ersehne und erhoffe, dann ist es dies, daß der Segen unserer Zusammenarbeit in dieser Zeit in uns allen in lebendiger Erinnerung bleiben möge. (Bravo.)

Platen (V. L.):

Die Ausführungen Dr. Diestels, eine Art Jahresbericht, wurden von einem gewissen Optimismus getragen. Ein solcher ist eine Notwendigkeit für den Leiter eines so wichtigen Amtes. Wir verkennen das viele Gute, das dieses Amt geleistet hat, nicht, und freuen uns auch, daß es der Kritik sehr zugänglich ist. Die Ausgestaltung unseres Kriegsküchenwesens ist mustergültig. Die heutige Verteilung des Weißkohls auf die Karten halten wir nicht für glücklich. Sehr viele sind leer ausgegangen. Das zeigt, daß die Rationierung des Gemüses doch das richtigste ist. Zu Brot und Kartoffeln gehört Salz; es ist — und da wende ich mich an die Reichsstellen — ein Skandal, daß wir es schon zu einer Salznot gebracht haben. Die Dinge stehen unter Leitung des Herrn v. Waldow nicht mehr so gut wie früher. Die Obstversorgung hat gänzlich versagt. Und nun die Kartoffeln! Ich sehe da nicht ganz so rosig in die Zukunft wie Senator Dr. Diestel, sondern habe die größten Befürchtungen für die späteren Monate. Die Kartoffel hätte von vornherein von der Reichsstelle in viel größerem Maße erfaßt und der Bevölkerung zugewiesen werden müssen. Ich halte es auch nicht für richtig, jetzt schon über die noch vorhandenen Kartoffeln zu verfügen und zu bestimmen, daß sie dem freien Verkehr überlassen werden sollen. Daß in Hamburg noch immer 50 000 Familien ohne Kohlen sind, ist doch zu verwundern, wenn man hört, daß es anderswo ganz anders ist. Der Reichskommissar für die Kohlenversorgung sollte nicht in Berlin sitzen, sondern in Essen, damit er dort kontrollieren kann. In der Kohlenversorgung liegen gewiß Verschuldungen vor. Die Rationierung hat gewiß ihr Gutes, aber dem Wucher und der Aufhebung des Gemeinschaftsgefühls hat sie noch kein Ende gemacht. Mit dem System des Preisanreizes zur Erhöhung der Produktion muß ein Ende gemacht werden.

Senatskommissar Senator Dr. **Diestel** dankt dem Vorredner für seine an die Berliner Adresse gerichteten Worte; die Kohlenversorgung war gewiß das schwierigste, wir haben oft die Köpfe hängen lassen, aber jetzt sind unsere Sorgen etwas erleichtert. In den letzten Wochen ist die Kohlenzufuhr nach Hamburg erheblich verbessert; hierbei fand das erwähnte leise Lächeln keine Statt. Die Salznot ist eine überwundene Periode. Was den Versuch der Gemüse-Rationierung des Kriegsversorgungsamtes angeht, so war das ein ganz neues Verfahren; wir sind dabei vom Glück begünstigt worden, wir werden voraussichtlich Ende der Woche damit fertig sein. Redner führt das dabei eingeschlagene Verfahren näher aus und teilt mit, daß in der nächsten Woche jedermann auf 1½ Pfund Kohl Anspruch haben wird. Die Kohlköpfe sollen tranchiert werden. (Heiterkeit.) Die Nährmittel sind nur infolge der ungenügenden Ernte so gering ausgefallen, daß wir nicht mehr verteilen können.

Weinheber (S.)

macht auf den Unterschied in der Versorgung mit Mühlenfabrikaten zwischen Berlin und Hamburg aufmerksam. Es sei zu bestreiten, daß kein Mangel an Salz vorhanden sei. Der Beirat für die Gemüsestelle habe Monate lang keine Sitzung abgehalten, er habe infolgedessen vollkommen versagt; alles sei zu spät gekommen, und man stand immer vor vollendeten Tatsachen. Wäre nur richtig verfahren, so hätte auch der

[illegible]

Als Senatskommissare erscheinen die Herren Senator Dr. Diestel und Regierungsrat Dr. Lippmann.

Senatskommissar Senator Dr. **Diestel**:

Dem Kriegsversorgungsamt sind bei seiner Einsetzung im vorigen Herbst die Mittel überwiesen worden, die vordem der Kommission für Kriegsversorgung und der Finanzdeputation zur Verfügung gestellt waren. Ein namhafter Teil dieser Summen war bei dem Uebergang der Geschäfte auf das Kriegsversorgungsamt durch Ankäufe festgelegt und ist zum Teil auch heute noch festgelegt; ein anderer Teil war durch die Verwaltungsausgaben für Gehalte, Löhne, Lagermieten und andere Geschäftsausgaben verbraucht, ein weiterer durch unvermeidliche Verluste daraufgegangen. Die Aufgaben des Amtes haben eine außerordentlich bedeutende Erweiterung erfahren. Die der öffentlichen Bewirtschaftung unterworfenen Gegenstände des täglichen Bedarfs sind ständig vermehrt worden. Auf allen verschiedenen Tätigkeitsgebieten mußte das Amt zunächst sehr beträchtliche Kapitalien für den Ankauf der Waren aufwenden, auf deren Wiedereingang erst allmählich bei dem Wiederverkauf gerechnet werden kann. Die gewaltige Organisation, die nötig war, um die Ausgabe der Nahrungsmittelkarten in geordnete Bahnen zu bringen, erfordert naturgemäß eine Menge bezahlter Hilfskräfte und daneben die freiwillige Mitarbeit unserer Lehrerschaft.

Eine weitere starke Inanspruchnahme unserer Mittel ist durch die Einlagerung des Winterbedarfs an Kartoffeln für unsere Bevölkerung erfolgt. Wenn wir uns der Erlebnisse des Vorjahres erinnern, wo wir uns auf die Einlagerung dieses Winterbedarfs eingerichtet hatten und schließlich ohne nennenswerte Vorräte in den Winter eintreten mußten, dann sind die Verhältnisse in diesem Jahre für unsere Bevölkerung unvergleichlich günstiger. Nicht nur, daß ein großer Teil unserer Bevölkerung seinen eigenen Bedarf bei sich hat einlagern können; die schon jetzt in frostfreien Lägern gelagerten Mengen stellen die Verteilung der jetzigen Kopfration von 6½ Pfund wöchentlich an alle nicht schon versorgten Bewohner für gut drei Wintermonate sicher. (Bravo!) Diese eingelagerten Kartoffelmengen, die wir natürlich bezahlen mußten, haben sehr bedeutende Summen erfordert.

Nicht unbeträchtlich sind auch die Aufwendungen, die das Kriegsversorgungsamt für die von ihm zum Teil allein, zum Teil im Verein mit den Nachbarstädten eingerichteten Fabrikbetriebe hat machen müssen. Eine Häckselschneiderei für das Pferdefutter, eine große Darre, in der die Trocknung und Konservierung von leicht verderblichen Nahrungsmitteln betrieben wird, ein Torfmoor, das angekauft und in Bearbeitung genommen ist, eine Strohaufschließungsanlage, die nach einem neuen Verfahren ein nahrhaftes Futtermittel für Pferde liefern soll, und endlich eine Milchtrocknungsanlage, die in Gemeinschaft mit Altona, Wandsbek und Kiel in Kappeln erbaut wird, und wie ich hoffe, in diesem Winter und mehr noch im kommenden Sommer unserer Bevölkerung gute Dienste erweisen wird.

Hamburger Fremdenblatt

16./XI. 1917.

Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischer Wirtschaftskongreß.

Hamburg, 15. November.

Im Festsaal des Curiohauses fanden sich die zahlreichen Teilnehmer der hiesigen Tagung des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes zu einem

Begrüßungsabend

zusammen, der in erster Linie den aus Oesterreich-Ungarn erschienenen achtzig Herren, dann aber auch den aus allen Gauen Deutschlands hierher gekommenen Vertretern von Handel, Schiffahrt und Gewerbe galt. Hamburg war durch zahlreiche bekannte Persönlichkeiten vertreten, unter denen sich die Senatoren Strandes und Westphal, der stellv. kommandierende General v. Falk, der österreichisch-ungarische Generalkonsul Ritter v. Prinzig-Herwalt, ferner zahlreiche Herren vom hiesigen Konsularkorps, vom Reichstag, von der Bürgerschaft, von der Militärbehörde und aus Handels- und Gewerbekreisen befanden.

Gegen 8 Uhr nahmen die Gäste an den im Saal zwanglos aufgestellten Tischen Platz. Zunächst hielt der Präsident der Handelskammer zu Hamburg,

Herr Heye,

eine Begrüßungsansprache, in der er den Herren aus Oesterreich, Ungarn und dem Deutschen Reich für ihr Erscheinen dankte.

Den Leistungen unserer Heere, sagte der Redner, sei es zu danken, daß wir ungestört und in festem Vertrauen auf unsere gesicherte Zukunft unserem wirtschaftlichen Leben nachgehen könnten. Wir hätten während des Krieges gelernt, daß unsere Reiche nicht nur durch die Gemeinschaft der Waffen verbunden sind, sondern daß auch unsere wirtschaftlichen Interessen in vielen Beziehungen auf das engste Hand in Hand gehen. Das gelte vor allem von den bedeutungsvollen Fragen des Verkehrs. Der Deutsch-Oesterreichisch-Ungarische Wirtschaftsverband habe diesen von jeher ein hervorragendes Interesse entgegengebracht. Wir in Hamburg freuten uns sehr, daß der Verband sich in seinen jetzigen Verhandlungen insbesondere mit den Fragen der Wasserstraßenverbindungen der Elbe befassen wolle, an deren Ausbau wir in Hamburg das lebhafteste Interesse hätten. Habe doch erst im Mai dieses Jahres der Ehrbare Kaufmann eine besondere Entschließung über den Ausbau der Elbe und den Elbe-Oder-Donau-Kanal gefaßt. Redner hebt ausdrücklich hervor, daß es Hamburg fernläge, die Bedeutung zu verkennen, die auch der Main-Donau-Kanal besitze, und gegen dessen Erbauung zu arbeiten. Hamburg strebe die Gleichberechtigung beider großer Wasserstraßen des Elbe-Oder-Donau-Kanals und des Main-Donau-Kanals und ihre gleichzeitige Erbauung, an.

Auch der weiterhin für die Verhandlungen in Aussicht genommene Punkt der Tagesordnung, die Seeinteressen der Mittelmächte, berühre Fragen, die gerade für uns Hamburger von besonderer Bedeutung seien. Wenn die Gäste Freitag nachmittag unseren Hafen durchführen, dann würden sie kein besonders erfreuliches Bild sehen. Der schlummernde Hafen werde sie aber mahnen, daß wir die uns von unseren Feinden mit Füßen getretene Freiheit der Meere erkämpfen müßten, möge der Kampf auch schwer sein und lange dauern. Haben wir ihn aber siegreich bestanden, dann werde das ganze Wirtschaftsleben in Deutschland und Oesterreich-Ungarn im Inneren und nach außen neu erblühen.

Redner wünschte zum Schluß, daß die Verhandlungen von nachhaltigem Erfolg begleitet sein mögen. In diesem Sinne heiße die Hamburger Kaufmannschaft und als deren Vertreterin die Handelskammer nochmals den Verband herzlich willkommen.

Darauf hieß Herr

Senator Strandes

im Namen des Senats den Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverband, die mit ihm verbündeten Verbände und alle Teilnehmer in Hamburg aufrichtig willkommen. Die Pläne des engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses der drei Reiche Oesterreich, Ungarn und Deutschland, fuhr der Redner fort, seien nicht erst in diesen Zeiten entstanden. Durch die geographischen Zusammenhänge, durch das politische Bündnis und durch gewisse Möglichkeiten wirtschaftlicher Ergänzung seien gewisse Vorbedingungen vorhanden. Auch die Notwendigkeit, die Kräfte gegenüber größeren und stärkeren Wirtschaftseinheiten des Auslandes zusammenzuschließen, ist schon früher hervorgetreten. Der Krieg aber habe besser als die längste schönste Friedenszeit gelehrt, daß unsere Stärke in unserem Zusammenhalten liegt, und daß es so auch in aller Zukunft bleiben müsse.

Welche Pariastellung uns von unseren Feinden, besonders England, zugedacht sei, zeigen am besten die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz. Man wolle uns keine Meistbegünstigungsklausel gewähren, man wolle uns die für unsere Industrie erforderlichen Rohstoffe vorenthalten, man wolle uns Vorschriften für unsere demnächstige Betätigung im Handel und in der Schiffahrt auferlegen.

Freilich, für die Verwirklichung, führte Herr Senator Strandes weiter aus, fehlen allerlei Voraussetzungen. Wir müßten auf den Knien liegen. Ich denke, die Beweise, die wir bisher von unseren Leistungen gegeben haben, und das Bewußtsein unserer Kraft berechtigen zu der Ueberzeugung, daß es dazu nicht kommen wird. Die Ausschaltung von 150 Millionen Konsumenten und Produzenten aus der Volkswirtschaft ist nicht so leicht, wie es sich die Feinde denken. Vollständig vergessen werden bei derartigen Plänen die gegenwärtigen Ergänzungsbedürfnisse. In kurzen Worten gesagt, daß der eine seinen Ueberfluß abgeben muß und der andere Bedarf hat. Ich glaube dazu, wir dürfen uns auch trotz aller entsetzlicher Erfahrungen, die wir mit der Gesinnung unserer Feinde gemacht haben, insofern einen gewissen Optimismus bewahren, daß dennoch die Stunde schlagen wird, in der auch unsere Feinde zur Einsicht kommen werden, daß der freie Güteraustausch im Interesse jedes einzelnen Staates liegt, und daß das Gedeihen der Völker nur aus wirtschaftlichem Zusammenarbeiten, nicht aus Kampf entspringen kann.

Wir sind nicht so töricht, darauf auszugehen, uns gegen die übrige Welt abschließen zu wollen. Wir denken nicht an Schaffung eines Gebietes der Selbstversorgung. Aber dennoch Arm in Arm aufs engste miteinander verbunden, mit gleichen Zielen und unter Zurücksetzung von Sonderinteressen, müssen wir eine Phalanx gegen jeden Wirtschaftskampf bilden, der uns aufgezwungen werden mag.

Ihre Tagung, schloß der Redner, bietet ganz besondere Veranlassung, daß Hamburgs Senat und Bürgerschaft an Ihren Verhandlungen lebhaftesten Anteil nehmen. Leider sehen Sie nicht Hamburg in seinem Glanze, aber ich hoffe denn doch, Sie werden aus dem, was Sie sehen, und aus dem Verkehr mit uns Hamburgern die Ueberzeugung heimtragen, daß wir gerüstet sind und es an Willen, Mut und Zuversicht zur Wiedererlangung von Hamburgs Stellung im Weltverkehr nicht fehlt.

Nachdem Kaiserl. Generalkonsul z. D. Geh. Legationsrat Dr. Falcke, Berlin, in einer Ansprache darauf hingewiesen hatte, daß die Entfaltung unserer Seeinteressen die Frage sei, deren Lösung hinter keiner anderen Aufgabe zurückstehen dürfe, dankte Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Paasche, 1. Vizepräsident des Reichstags, Präsident des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes, für den Geist des Willkommengrußes der hamburgischen Bevölkerung. In seiner Ansprache betonte er die Schwierigkeit, die vorliegenden Fragen in dem Augenblick zu lösen, in dem unsere Truppen den größten Kampf der Weltgeschichte kämpfen. Und doch sei die Arbeit dieser Tagung nötig; denn der Friede werde über kurz oder lang kommen, und dann müßten wir wissen, was wir in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung erreichen wollen. Wir wissen, daß dieser Krieg nicht nur militärisch, sondern vor allem in wirtschaftlicher Beziehung ausgetragen werden muß. Deshalb müssen die großen Reiche Deutschland und Oesterreich-Ungarn treu zusammenhalten. Durch die Organisation des gesamten Verkehrs muß man dem Hungerkrieg der Feinde entgegentreten.

Im Anschluß an diese Ausführungen betonte der Reichstagsabgeordnete Max Friedmann, Präsident des Oesterreichisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes, Vizepräsident des Bundes österreichischer Industrieller, Wien, in seiner Ansprache unter Hinweis auf die beispiellosen Siege der verbündeten Truppen in Italien den Wert des engen Zusammenschlusses Deutschlands und Oesterreichs und wünschte der hiesigen Tagung vollen Erfolg.

Zum Schluß brachte Reichstagsabgeordneter Baron Dr. Julius Madarassy-Beck, Präsident des Ungarisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes, Budapest, in einer längeren Ansprache zum Ausdruck, daß Hamburgs Geschichte die schaffende Kraft des Kaufmanns verherrliche. In Hamburg — so fuhr der Redner fort — wollen wir den Feinden unseres Handels ins Auge schauen. Hier wollen wir fest und laut sagen, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Staates nur durch die freie Entfaltung des privaten Unternehmertums verbürgt wird. Das Wort „Hansa" heißt im Urbegriff „Verbindung". Auch die Mittelmächte bilden eine Hansa zum Schutze der Lebensmöglichkeiten ihrer Völker. Wir haben den Krieg nicht gewollt und wir wollen den Frieden. Wir wollen aber auch die Privilegien, die unseren Völkern gleichsam angeboren sind, in aller Welt frei ausnutzen können. Manchmal habe ich das Gefühl, es wäre uns gegangen wie bei dem Bau des Babylonischen Turmes, als verstünden wir die Sprache unserer Feinde nicht, als wären die Feinde und wir nicht Menschen der gleichen Art, sondern Bewohner verschiedener Himmelskörper. Aber es mehren sich trotz alledem die Zeichen, daß unsere Gegner erkennen, in welchem Irrtum sie sich befanden. Wir müssen auf dem bisher beschrittenen Wege bis zum glücklichen Ende ausharren.

Langanhaltender Beifall, der den einzelnen Ansprachen folgte, bekundete, daß die Redner den Versammelten aus dem Herzen gesprochen und Gefühle zum Ausdruck gebracht hatten, die sowohl in Deutschland wie in Oesterreich und Ungarn alle Vaterlandsfreunde bewegt.

Unter den Tagungsteilnehmern entspann sich im Anschluß an die durch die Ansprachen gegebenen Anregungen eine lebhafte Unterhaltung, die den gewünschten Zweck erfüllte, die Herren miteinander näher bekannt zu machen.

wk.

Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischer Wirtschaftskongreß.

Hamburg, 16. November.

In dem mit den deutschen und österreichisch-ungarischen Flaggen festlich geschmückten Bürgerschaftssaal des Patriotischen Gebäudes versammelten sich heute morgen um 10 Uhr die Teilnehmer des Kongresses, um sich über die Frage des Großschiffahrtsweges

Elbe—Oder—Donau

auszusprechen. Unter den Erschienenen befanden sich Bürgermeister Dr. Predöhl, Stellvertretender Kommandierender General v. Falk, österreichisch-ungarischen Generalkonsul Ritter v. Prucig-Herwalt, ferner mehrere Senatoren, Vertreter der Militärbehörden, der deutschen und österreichisch-ungarischen Parlamente sowie namhafte Persönlichkeiten aus den Kreisen von Handel, Schiffahrt und Gewerbe.

Zunächst hieß Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Paasche, Erster Vizepräsident des Reichstags, Präsident des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes, die Erschienenen willkommen und wies auf die Treue hin, mit der Kaiser und Volk in Deutschland und Oesterreich-Ungarn in dieser schweren Zeit zusammenhalten. In diesem Sinne brachte er auf die beiden Monarchen ein dreifaches Hoch aus, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

Unter allgemeinem Beifall machte der Redner dann den Vorschlag, an Kaiser Wilhelm und Kaiser Karl das nachstehende Huldigungstelegramm zu richten:

Die Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbände versammelten sich am heutigen Tage in der Freien und Hansestadt Hamburg, um über die Binnenwasserfrage sowie über die gemeinsamen Seeinteressen der Mittelmächte nach dem Kriege jene Gesichtspunkte festzustellen, die schon jetzt zu einem gemeinsamen Vorgehen in dieser wichtigen wirtschaftspolitischen Frage führen sollen. Durchdrungen von der Bedeutung, daß die Zukunft Deutschlands und Oesterreich-Ungarns nach den großen Siegen im Kriege nur im gemeinsamen treuen waffenbrüderlichen Bunde vereint sichergestellt werden kann, senden die in Hamburg versammelten Teilnehmer und Mitglieder des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes, des Oesterreichisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes und des Ungarisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes Euerer Majestät die ehrfurchtvollsten Huldigungsgrüße, indem sie der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die weise Regierung Euerer Majestät die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns durch einen festen wirtschafts- und verkehrspolitischen Zusammenschluß auch in Hinkunft fördern werde.

Weiter sandte man Drahtgrüße an den Reichskanzler Graf Hertling, den Ministerpräsidenten Graf Czernin sowie an andere hervorragende Politiker beider Länder.

Nachdem die drei Präsidenten der Wirtschaftsverbände, nämlich Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Paasche, 1. Vizepräsident des Reichstags, als Präsident des Deutsch-Oesterreich-Ungarischen Wirtschaftsverbandes, Reichstagsabgeordneter Friedmann als Präsident des Oesterreichisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes und Reichstagsabgeordneter Baron Dr. Julius Madarassy-Beck als Präsident des Ungarisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes den Vorsitz angenommen und die Versammelten in kurzen Ansprachen begrüßt hatten, nahm Wasserbaudirektor

Geh. Baurat Prof. Dr. Bubendey

das Wort zu einer längeren Rede über die besonders in Deutschland herrschenden Ansichten über den Großschiffahrtsweg Elbe-Oder-Donau. Er schilderte der Versammlung eingehend die Bedeutung dieser Wasserstraße, die nach wiederhergestelltem Frieden den künftigen Aufgaben des Handels und der Industrie entsprechen müsse und die, für die inländischen Häfen umsomehr geboten sei, als die Rhein-Main-Donau-Wasserstraße den ausländischen Häfen Antwerpen, Amsterdam, Rotterdam dienen werde. Die baldige Ausführung des Donau-Oder-Kanals könne als gesichert angesehen werden, da die Kanalisierung der böhmischen Mittelelbe bereits in Angriff genommen worden sei und daher nur der kurze, wenn auch schwierig auszuführende Teil von Pardubitz bis Prerau erforderlich sei. Die heutige Tagung werde zur Erreichung dieses Zieles hoffentlich einen wichtigen Schritt vorwärts tun.

Der Redner wandte sich dann der Niveau-Regulierung der Elbe zu, die als Vorbedingung für die neue Wasserstraße zu gelten hat. Er gab einen geschichtlichen Rückblick der Elbe-Schiffahrt seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts und zeigte in Zahlen die wachsende Steigerung der Frachtenfahrten. Während diese früher durch Abgaben, die allmählich abgeschafft wurden, eingeengt wurden, wurden sie in der Neuzeit immer noch behindert durch den Niedrig-Wasserstand der in wasserarmen Jahren wie 1904 und 1911 die Oberelbe-Schiffahrt lähmte. Der Hamburger Reeder Sloman hat das Verdienst, im Jahre 1889 den Senat auf diesen Mißstand aufmerksam gemacht und eine Regulierung des Wasserstandes der Elbe angeregt zu haben, indem er darauf hinwies, daß die Schiffahrt zu den hohen Kosten durch Abgaben beitragen könne. Durch eine Denkschrift an den Reichstag im Jahre 1910 und durch das Gesetz vom 24. Dezember 1911 wurde dann die Schaffung einer Mindestwassertiefe im Mittellauf der Elbe angestrebt. Er schilderte dann die technische Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen und gab der Ansicht Ausdruck, daß zur Erreichung des erstrebten Zieles die Schaffung von Staubecken nötig sei. Die Kosten zur Schaffung dieser teuren Anlagen könne allerdings die Schiffahrt allein nicht tragen. Ein gegebener Weg sei ein Zusammengehen mit industriellen Bestrebungen in gleicher Richtung. Da liege nun ein Antrag des böhmischen Industrie-Förderungs-Instituts vor, der den Vorschlag macht, Talsperren in der Beraun — Moldau zu errichten. Der Redner kam, nachdem er diese Staubecken-Anlagen näher geschildert, und durch Vorführung von Bildern erläutert hatte, zu dem Schluß, daß das Fahrwasser der Elbe zurzeit noch nicht als eine vollgültige Fortsetzung der in Oesterreich zu schaffenden Wasserstraße zu betrachten sei, daß es aber als vollwertige Fortsetzung geschaffen werden könne, wenn die gesetzlichen Bestimmungen vom 24. Dezember 1911 zur Ausführung gelangten und wenn die Staubecken-Anlagen der Beraun verwirklicht würden. Wenn ferner Oesterreich sich auch zur Erhebung von Schiffahrtsabgaben entschließen könne, so stehe der Verwirklichung des Gesamtplanes, zu der die heutige Tagung sicherlich beitragen werde, nichts im Wege.

Nach ihm sprach

Hofrat Otto Schneller Edler von Morthal,

k. k. Wasserstraßenbaudirektor, Wien.

Er wies zunächst darauf hin, daß der nach Beendigung des Krieges zweifellos einsetzende scharfe Konkurrenzkampf sowie der steigende Geldbedarf, die Zentralstaaten zwinge, vorzusorgen, um die heimische Industrie wettbewerbfähig zu erhalten, die Ausnützung der vorhandenen Bodenschätze zu erleichtern und die Erzeugungs- und Absatzmöglichkeit der Landwirtschaft zu fördern. Die auch nach Friedensschluß lange andauernde Schwierigkeit der Beschaffung von Rohmaterialien aus dem feindlichen Auslande mache es notwendig, die Zufuhr aus den verbündeten Staaten zu erleichtern, wodurch wenigstens ein teilweiser Ersatz vieler Grundstoffe unserer Industrie, die vor dem Kriege aus überseeischen Ländern, insbesondere aus Amerika, bezogen wurden, gesichert erscheint.

Alle diese Ziele werden am besten durch Einschränkung der unproduktiven Ausgaben, das sind vor allem die Transportkosten, erreicht. Die Erniedrigung der Frachtspesen durch Ausgestaltung der Schienenwege sei jedoch ausgeschlossen. Im Gegenteil zwinge die Erhaltung des Gleichgewichts im Staatshaushalt zu einer sehr erheblichen Erhöhung der Bahntarife, die zum Teil bereits eingeleitet wurde. Eine weitere Steigerung ist zweifellos noch zu erwarten.

Den einzigen Ausweg biete die Verbesserung und Ausgestaltung des Wasserstraßennetzes. Wenn auch zum Teil schon lange vor dem Kriege der große Wert der Verkehrsabwicklung zu Wasser für die Förderung der Industrie und der Urproduktion erkannt worden sei, so habe doch erst die Absperrung des Kontinents vom Ueberseeverkehr auch auf die zweite Aufgabe der Wasserwege hingewiesen, nämlich auf die Ermöglichung eines Durchzugsverkehrs vom Südosten Europas nach dem Herzen des Kontinents und nach seinem Westen und Norden.

An diese allgemeinen Erörterungen schloß der Vortragende die Besprechung des mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes, wobei er die Bedeutung der Oder—Donau-Verbindung und der Elbe—Donau-Verbindung für Norddeutschland und Nordösterreich hervorhob und eine technische Beschreibung der vorhandenen Projekte beifügte.

Den Schluß der Ausführungen bildeten Angaben über den wirtschaftlichen Wert der Durchzugswasserstraßen, die ein hervorragendes Mittel seien, den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Zentralmächte zu fördern.

Nach diesen beifällig aufgenommenen Ausführungen ergriff der Sekretär der Handels- und Gewerbekammer in Budapest,

Herr Josef Vágó,

das Wort zu einer längeren Auseinandersetzung der Anschauung in Ungarn mit der von den anderen Staaten vertretenen Ansicht. Die Donau sei noch immer nicht zu der Bedeutung gekommen, die sie verdiene. Erst dieser Krieg — so führte der Redner aus — mußte uns zeigen, welchen Wert die Donau hat, da es gilt, die Eisenbahnen zu entlasten. Die nordwärts fließenden deutschen Ströme müssen mit der Donau verbunden werden. Den Ungarn ist das nichts Neues. Sie arbeiten seit Jahren daran, die Verkehrshindernisse zu beseitigen. Die Donau durchfließt hauptsächlich Gebiete mit vorwiegend agrarischem Charakter und sehnt sich förmlich nach den deutschen Industrie- und Gewerbezonen. Besondere Beachtung ist dem bayerischen Gesetzentwurf über den Großschiffahrtsweg zwischen Ost- und Nordsee und dem Schwarzen Meer zu widmen. Vor allem muß aber der Verkehr auf der Donau lebhaft und billig sein. Das kann aber nur sein, wenn die gesamte Anlage billig hergestellt und ein kurzer Transportweg geschaffen wird. Durch die Verwirklichung des Planes würden auch Anregungen zur Ausarbeitung anderer Annäherungsprojekte gegeben werden. So schwer es ist, jetzt schon für die Friedenszeit vorzusorgen, so sicher ist es, daß wir kriegsfähig in die Friedenszeit hineintreten und den Außenhandel pflegen müssen. Dabei sind wir gewiß, daß Hamburg alles das ehrlich vermitteln wird, was Oesterreich-Ungarn in das Ausland schicken wird. Zollhochspannungen müssen aber unter allen Umständen vermieden werden. Die jetzt geplante Wasserstraßenpolitik ist aber nicht das einzige Mittel zum unbedingt notwendigen Zusammenschluß der Mittelmächte, sondern auch in der Außenpolitik müssen sich die Mittelmächte in dem gleichen Geist zusammenfinden. Zum Schluß wies der Redner noch auf den Nutzen, den Deutschland durch die Wasserstraßen nach dem Balkan genießen kann, hin.

Nach den Vorträgen wurde nachstehende

Entschließung

angenommen:

Die Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbände Berlin—Wien—Budapest betonen, daß nach dem Kriege ungesäumt an die Herstellung leistungsfähiger Wasserstraßenverbindungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geschritten werden muß.

Als wirtschaftlich wichtigste und dringendste Verbindung kommen der Elbe-Oder-Donau- und der Rhein-Main-Donau-Kanal in Betracht.

Für den Großschiffahrtsweg von der Elbe nach der Donau ist der Kanal Pardubitz—Prerau zum Anschluß an den Oder-Donau-Kanal als die beste Lösung anzusehen.

Damit die deutsche Elbe, deren Schiffahrt sich infolge der seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts durchgeführten Mittelwasser-Regelung überaus kräftig entwickelt hat, den Anforderungen des Verkehrs auf den künstlichen Wasserstraßen in noch vollkommenerer Weise gerecht werde und als eine gleichwertige Fortsetzung der auf österreichischem Gebiet zu schaffenden Wasserstraßen betrachtet werden könne, ist die Niedrigwasser-Regelung der Elbe auf das schleunigste zur Durchführung zu bringen.

In der nun folgenden

Aussprache

trat zunächst Dr. Freymarck, Syndikus der Handelskammer in Breslau, für den Ausbau des ostdeutschen Stromgebietes ein. Er bezeichnete den Elbe-Donau-Oder-Kanal als „die" Verkehrsstraße Mitteleuropas. Auch Oberbürgermeister Blüher aus Dresden betonte die Bedeutung der Verbindung zwischen Elbe und Donau. Es möge aber keine Eifersucht erwachen bei den Vertretern, die dem Donau-Oder oder dem Donau-Rhein-Kanal den Vorrang geben. Es müsse vor allem die Parität gewahrt werden. Dagegen sei es notwendig, daß die bestehenden Schwierigkeiten rasch überwunden würden und daß die Verwirklichung schnell in Angriff genommen würde. Darauf unterstrich Magistratsrat Dr. Müller aus Wien nochmals den Wert der Donau. Es wäre für Deutschland und Oesterreich besser gewesen, wenn wir schon jetzt die Wasserstraße Elbe-Oder-Donau gehabt hätten. Aber ebenso erfreulich für Oesterreich wäre die Verbindung mit dem Rhein. Der Hauptzweck sei doch, den Güteraustausch billig zu gestalten. Zum Schluß trat Kommerzienrat Seiler, Vorsitzender der Handelskammer in Nürnberg, für den Rhein-Main-Donau-Kanal ein. Die süddeutschen Beziehungen gingen hauptsächlich nach dem Rhein. Diese Wasserstraße sei das wichtigste Band, das Mitteleuropa in bester Weise zusammenhalten würde.

Am Nachmittag fand eine Elbfahrt und Besichtigung des „Imperators" statt. Morgen nehmen die Arbeiten mit Vorträgen über die See-Interessen der Mittelmächte ihren Fortgang. Sonnabend nachmittag haben der österreichisch-ungarische Generalkonsul und Frau von Princig-Herwalt zu einem Tee im Hotel Atlantik eingeladen.

Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischer Wirtschaftskongreß.

Hamburg, 17. November.

An der heutigen Tagung, die kurz nach 10 Uhr im Patriotischen Gebäude begann, nahmen wieder fast sämtliche Vertreter der Behörden, der Parlamente und der Handels- und Schiffahrtskreise teil. U. a. waren Senator Strandes, der Stellv. Kommandierende General v. Falk und der österreichisch-ungarische Generalkonsul, Ritter v. Princig-Herwalt erschienen.

Der Leiter des Kongresses, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Paasche, Erster Vizepräsident des Reichstages, verlas zunächst das nachstehende

Antworttelegramm Kaiser Wilhelms.

Den Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbänden danke ich bestens für die dargebrachten Huldigungsgrüße und wünsche ihnen guten Erfolg für ihre Verhandlungen zur Förderung der gemeinsamen wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Interessen an denen ich mit meiner Regierung wärmsten Anteil nehme.

Wilhelm I. R.

Hierauf nahm man die

Aussprache

über den Elbe—Oder—Donau-Kanal

wieder auf.

Zunächst betonte Dr. Gustav Bansky, Sekretär-Stellvertreter der Handels- und Gewerbekammer in Linz a. D., den Wert des Ausbaues der österreichischen Donaustrecke. Der Syndikus der Handelskammer in Bremen, Dr. Apelt wies darauf hin, daß seine Vorredner nicht von einem Donau-Weser-Kanal gesprochen hatten, und forderte eine paritätische Behandlung der Weser-Interessen, zu denen er auch das Projekt Main-Werra rechnete. Als Vertreter der österreichischen Elbe-Interessen sprach Dr. Löbl (Böhmen) Bedenken gegen die Schiffahrtsabgaben aus. Den Anschluß des deutschen Ostens an das mitteleuropäische Kanalnetz forderte Stadtrat Dr. Evert (Danzig), indem er darauf hinwies, daß man auf diese Weise die Wasserstraße nach Wien um 350 Kilometer verkürzen könne.

Im Namen der Alpenländer wies Gemeinderat Dr. Fritz Rückensteiner, Linz a. D., auf das Interesse Deutschlands hin, um die Deutschen in Oesterreich stark zu machen. Als Hauptforderung stellte er daher die wirtschaftliche Unterstützung der Deutschen in Oesterreich durch den Ausbau der oberen Donau und die Herstellung einer Verbindung der Donau mit dem Rhein auf. Dr. Rausch, Syndikus der Handelskammer in Dessau, hielt die Nutzbarmachung der Elbe für den Verkehr Deutschlands mit Ungarn für sehr wichtig. Er legte die Vorteile dar, die Ungarn aus der Zufuhr von Kohle und Kali und Deutschland aus der Zufuhr von ungarischen Bodenprodukten gewinnen würden. Vor allem verlangte er die sofortige Schaffung einer Reichsstelle in Deutschland, die sämtliche Kanalpläne einheitlich zu bearbeiten hat.

Für die Schaffung eines Kanals von Hannover nach der Elbe sprach sich Dr. Karst von der Handelskammer in Dresden aus. Herr Karl Nuese aus Berlin hielt es für nötig, die Zufuhrmöglichkeiten aus Oesterreich bald auszunutzen und für die Schaffung von Geldmitteln, die er von einem siegreichen Frieden erhoffte, zu sorgen.

Geheimrat Buhendey sprach in seinem Schlußwort die Hoffnung aus, daß die Kanalpläne bald verwirklicht werden mögen, und betonte, daß die Kanalschiffahrtswege allen deutschen Häfen zugute kommen würden.

Hierauf lehnte die Versammlung den Zusatzantrag zu der von uns bereits veröffentlichten Entschließung betreffend den Hannover—Elbe-Kanal ab und nahm die Entschließung in der ursprünglichen Fassung einstimmig an.

Im Anschluß an diese Aussprache wandte sich die Versammlung der zweiten Kongreßfrage zu, die sich mit den

See-Interessen der Mittelmächte

befaßt. Zunächst erhielt der Vertreter Oesterreichs, Kaiserlicher Rat

Dr. Johann Auspitzer,

Direktor des Oesterreichischen Lloyd, Wien-Triest, das Wort. Der Redner führte etwa folgendes aus:

Oesterreich-Ungarn und Deutschland, letzteres in weitaus höherem Maße, waren vor dem Kriege in den Weltverkehr verflochten, an dem beide Reiche in steigendem Maße teil hatten. Durch den Krieg ist diese Entwicklung unterbrochen worden, und die große, aber ebenso schwierige Aufgabe wird es sein, die Fäden, dort, wo sie abgerissen sind, wieder anzuknüpfen. Eine dieser Grundlagen muß die Herstellung des status quo ante in bezug auf den freien Verkehr zur See, die Erreichbarkeit der überseeischen Rohstoffe und der unbehinderte Absatz der Produkte der Zentralmächte in europäischen und außereuropäischen Konsumländern sein. In Deutschland ist durch ein weitsichtiges Gesetz eine erste Grundlage für den Wiederaufbau der Handelsflotte geschaffen worden, und es darf angenommen werden, daß Oesterreich-Ungarn diesem Beispiele folgen wird. Gegenseitige Hilfeleistung im Schiffsraum und ebenso im Schiffbau wird daher geboten sein.

Die gemeinsam zu erhebende Forderung der Wiederherstellung des freien Verkehrs in der Welt muß eine Ergänzung finden in der Pflege jener Faktoren, die diesen freien Verkehr erst zu einem wertvollen Gut gestalten, das heißt eine Produktionspolitik im Innern des Reichs, die die möglichst höchste Produktivität der Industrie anstrebt, daher Schonung der Steuerkraft und Vermeidung jeder einseitigen Belastung der Industrie, insbesondere darf die Konzentration des Kapitals in Aktiengesellschaften, die die Nationalisierung der Wirtschaft vielfach erst ermöglicht, durch negative Privilegien nicht unterbunden werden. Der Produktionspolitik zur Seite treten muß eine großzügige Exportpolitik. Diese setzt voraus, daß im Deutschen Reiche wie in Oesterreich-Ungarn die berufenen Kreise des Exportes für die ungeheuren Verluste schadlos gehalten werden, die sie durch den Krieg erlitten, damit sie rascheſt in den Stand gesetzt werden, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Das setzt weiter voraus, eine Einrichtung des Kommunikationswesens zu Lande, der die Güter den Ausfallstoren zur See rasch und wohlfeil zuführt. Das setzt endlich eine Außenhandels-Politik voraus, die, von den beiden Reichen möglichst gemeinsam geübt, uns die Mehrbegünstigung in allen in Betracht kommenden Staaten gewährleistet.

Weiter wird der Ausgestaltung der Häfen und ihrer Einrichtungen sorgfältigstes Augenmerk zuzuwenden sein. Dies gilt weniger von den Häfen des Deutschen Reiches als von denen unserer beiden Staatsgebiete, da, obwohl in den letzten zwanzig Jahren vieles geleistet wurde, dennoch vieles nachzuholen ist.

Mehr als in jedem Wirtschaftszweig ist gerade im Export die Initiative des Industriellen und des Kaufmannes ausschlaggebend, und kann durch nichts ersetzt werden. Dies möge aus insbesondere für die Frage der sogenannten Uebergangswirtschaft im Auge behalten werden, die um so rascher zu normalen Verhältnissen führen wird, je früher die Zentralisierung unter staatlichem Einfluß beseitigt und die freie Initiative wieder in ihr Recht eingesetzt wird.

Nach ihm sprach

Dr. Joseph Kovacs,

leitender Direktor der „Adria", kgl. ung. Seeschiffahrts-Akt.-Ges., Budapest.

Umfang, Vorbedingungen und Einrichtungen und Lebensverhältnisse der deutschen und ungarischen Seeschiffahrt seien, so betont der Redner, grundverschiedener Natur, aber heute gebe es für die Mittelmächte doch ein gemeinschaftliches Bestreben, ein einheitliches Ziel: unsere Seeschiffahrt zu schützen und zu heben, wieder auf die frühere Höhe zu bringen und uns in der Förderung dieses Zieles gegenseitig zu unterstützen. Gehört auch die ungarische Seeschiffahrt nicht zu den mit Oesterreich „gemeinsamen" Angelegenheiten, so besteht auch in dieser Hinsicht ein gewisser Dualismus insofern, als für Fiume nach dem Westen und für Triest nach dem Osten regelmäßige Schiffsverbindungen unter entsprechend gleichmäßiger Bedienung der beiden Häfen durch Staatsverträge gesichert wurden. Der Krieg hat auch unsere Schiffahrt vom Weltverkehr ausgeschlossen und das Tor zur Freiheit werden uns die Friedensverhandlungen erschließen. — Es sei aber eine wirkliche Freiheit, die uns eröffnet werden soll, dies ist das erste gemeinsame Seeinteresse der Mittelmächte! Die freie Seeschiffahrt und der freie Handel werden es sein, die die heute noch feindlich gegenüberstehenden Völker einander wieder nahebringen.

Ich denke, daß in der Anbahnung und Anknüpfung des beginnenden wechselseitigen Güteraustausches die Neutralen eine wichtige und lohnende Rolle zu führen haben werden, man wird sich vorerst ihrer Vermittlung bedienen. Inzwischen aber muß der Staat mit kräftiger Unterstützung das Ertragen der erlittenen Schäden und Verluste erleichtern. Von einem vielleicht noch größeren Wert, als jede wie immer bedeutende materielle Unterstützung wäre es jedoch für die Interessen unserer Seeschiffahrten, wenn die Regierungen die Reedereien keiner überflüssigen bürokratischen Bevormundung unterwerfen und deren freie Bewegung so wenig wie nur möglich einschränken würden. Die Uebergangswirtschaftsgelehrten haben eine allzu große Angst davor, daß die Reedereien mit einer Heißgier der Ausgehungerten auf die frei werdende Konjunktur losstürzen. Hiergegen sollen allerlei strenge Maßregeln ergriffen werden, man empfiehlt die Errichtung der sich so rühmlich bewährten Zentralen, spricht von Requirierung, sogar Verstaatlichung der Schiffe und sinnt nach allerlei Schutz- und Vorsichtsmaßregeln gegen die drohende Preistreiberei im Schiffahrtsgeschäfte.

Wir glauben bestimmt erklären zu dürfen, daß weder die deutsche, noch die österreichische, noch die ungarische Seeschiffahrt mit Knebelungsmaßregeln und Daumschrauben an ihre patriotischen Pflichten ermahnt zu werden brauchen.

In der „Contemporary Revue" empfiehlt Sidney Webb

eine internationale Zentralisierung,

die den Beruf hätte, allen exportierbaren Ueberfluß der wichtigsten Bedarfsartikel der ganzen Welt überall her einzusammeln. Es soll als Friedensbedingung festgesetzt werden, daß Export und Import eine Zeitlang, aber zumindest durch ein Jahr nach dem Kriege, unter die Aufsicht eines internationalen Komitees gestellt werden, das die gerechte Aufteilung der Ware zu überwachen hätte. Dieses Komitee wäre sozusagen das erste Organ der zu schaffenden Völkerliga, eine supernationale Autorität, die Europa von der drohenden Not retten soll.

Eine weitere wichtige Frage wäre die

Rekonstruktion und Vermehrung unserer Handelsflotten.

Deutschland wird gewiß alle Maßnahmen treffen, sich auch für die Friedenskampagne entsprechend zu rüsten, auch Oesterreich besitzt leistungsfähige Werften, wir Ungarn befinden uns dagegen in einer ziemlich schwierigen Situation. Auch wir haben empfindliche Verluste zu beklagen, es fehlt uns aber leider die genügende eigene Schiffsbauindustrie, unsere Verluste ersetzen und Neubauten bestellen zu können. Wir rechnen darauf, in Oesterreich und Deutschland entgegenkommend behandelt zu werden.

Vor dem Kriege gingen unsere und die deutschen Seeinteressen ziemlich auseinander. Sagen wir es offen, der Seeverkehr der adriatischen Häfen, und besonders unsere sich erst entwickelnde junge Schiffahrt haben den Druck des mächtigen deutschen Seehandels schwer zu fühlen bekommen, heute stehen wir jedoch vor ganz abnormalen Verhältnissen, jetzt heißt es, fest zusammenzuhalten, einander zu helfen, und nicht zu konkurrieren! Wir müssen uns im Import der fehlenden Materialien, in der Rekonstruktion unserer Bestände gegenseitig unterstützen, aber auch daran arbeiten, daß der Frieden zur Versöhnung mit den übrigen Völkern führe und der Weltverkehr bald wieder ungehemmt funktioniere.

Nach diesen beifällig aufgenommenen Darlegungen ergriff

Herr Huldermann, Direktor der H. A. L.,

das Wort. Redner schildert eingangs die Entwicklung der deutschen Seeinteressen vor dem Kriege, die sich proportional der glänzenden Entwicklung der Gesamtwirtschaft vollzog und ihrerseits auf den Schiffbau und zahlreiche andere Gewerbe befruchtend einwirkte. Durch den Einfluß des Krieges ist diese Entwicklung unterbrochen und zum großen Teil zerstört, und für die Zeit nach dem Kriege hat die Schiffahrt mit ganz veränderten Verhältnissen zu rechnen infolge der großen Verschiebungen im Bestande

Es war ein alter König. Sein Herz war schwer, sein Haupt war grau. Der arme, alte König. Er nahm eine junge Frau". So klingt das alte Liedchen „süß und trüb" durch die Handlung, die im Schatten der Kulissen erblüht. Aber die beiden Hamburger Schriftsteller, die Verfasser des Filmstückes, Adolf Lichter und Erich Kühn, geben ihrem Schauspieler Reimers mehr gütiges Verstehen als jenem alten König des Liedes, das da ausklingt in die Worte: „Sie mußten beide sterben, sie hatten sich viel zu lieb." Hier fügt der warmherzige, alternde Mann die Hände seiner Braut, die er aus dem Elend herausgezogen und zu einer großen Künstlerin gemacht, in die Hände seines Vetters, der wie der Page des Liedes, mit blondem Haupt und leichtem Sinn das Herz des schönen Mädchens gewonnen, ob sie sich auch in Dankbarkeit ihrem Wohltäter anverlobt hatte, um sein Alter mit ihrer jugendlichen Schönheit und Lebenskraft zu schmücken. Das Filmstück, dem Ferdinand Freytag seine phantasiereiche und gestaltungsfrohe Regie geliehen, gewinnt für Hamburg dadurch ein besonderes Interesse, daß Hamburger Künstler, Carl Wagner, Alfred Möller, Philine Tormin, das Ehepaar Moebius die Hauptrollen mit künstlerischem und menschlichem Erfassen ihres Wesensinhaltes spielen und Hamburg die Umwelt für die Geschehnisse abgibt, ob sie sich nun in einem vornehmen Modenhaus, in einer

er früher vielfach zu verzeichnen gewesen sei. Zum Schluß warnt der Redner nochmals dringend davor, in die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens zu tief einzugreifen. Das deutsche Volk und seine Verbündeten haben im Kriege unerhörte Leistungen vollbracht und besitzen die Kraft, auch nach dem Kriege nochmals eine große Leistung im Wiederaufbau ihrer Volkswirtschaft zu vollbringen, wenn man in dem Geiste, der Deutschland groß gemacht hat, jeder tüchtigen Kraft freie Bahn schafft und wenn die bewährten Pioniere und Führer unserer Volkswirtschaft sich wieder an die Spitze und ihre Erfahrung, ihre Kenntnisse und ihre Tatkraft zur Verfügung stellen. Dann dürfte man auch von der Tüchtigkeit Deutschlands und seiner Verbündeten eine neue wirtschaftliche Blüte und damit auch eine Blüte der Reederei erwarten.

In der sich an die mit sehr starkem Beifall aufgenommenen Ansprachen anschließende

Aussprache

brachte Dr. Ferdinand Forster als Vertreter der österreichischen politischen Gesellschaft in Wien den Wunsch zum Ausdruck, daß sich der deutsche Kapitalismus an dem Schiffbau Ungarns beteiligen möchte, und hofft, daß sich eine größere Interessengemeinschaft Deutschlands mit den Deutschen in Triest entwickeln und Deutschlands Orientinteresse über Oesterreich geleitet würden. Justizrat Dr. Kahn, Syndikus der Handelskammer in München, legte besonders Gewicht auf den Ausbau des Verkehrs mit der Türkei und wünschte, daß der Osten der Adria frei von italienischen Einflüssen bleiben müsse. Dr. Prange, der Vertreter des Deutschen Versicherungsschutzverbandes in Berlin, lenkte die Aufmerksamkeit der Versammlung auf das Selbständigmachen des Transportversicherungswesens, auf die Pflege des Schiffsnachrichtenwesens, wobei er den kürzlich in Hamburg gegründeten „Seedienst" lobend hervorhob, und auf die in Hamburg zu bewerkstelligende Gründung eines Vereins für Privatversicherungen. Schließlich faßte Exzellenz Wirkl. Geh. Rat Hauß, Direktor des Verbandes chemischer Fabriken Mitteldeutschlands, aus Berlin, das von den Vorrednern Gesagte zusammen und sprach sich über den frischen Mut des Unternehmertums lobend aus. Die Industrie stehe dem Pessimismus bezüglich der Valuta, des Frachtenraumes und der Rohstoffbeschaffung mit wenig Verständnis gegenüber. Der Pessimismus sitze bei den Behörden. Die Industrie glaube, daß sich alle diese Fragen durch einen anständigen Frieden von selbst lösen würden. Ellbogenfreiheit für Handel und Industrie sei die Hauptsache.

Hierauf wurde folgende

Entschließung

zur Abstimmung vorgelegt:

Im Anschluß an die auf der Tagung am 19. März 1917 in Berlin gefaßten Beschlüsse sprechen sich die Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbände Berlin-Wien-Budapest für eine möglichst enge Vereinigung der Mittelmächte auch auf dem Gebiete des Verkehrs, im besonderen der Seeschiffahrt, aus.

Zum Zwecke der gegenseitigen Unterstützung beim Wiederaufbau der Volkswirtschaft wird namentlich, und zwar in Uebereinstimmung mit den am 23. und 24. Juni dieses Jahres in Budapest gefaßten Beschlüssen auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Fragen der Uebergangswirtschaft im gegenseitigen Einvernehmen zu lösen und der freien wirtschaftlichen Betätigung möglichst bald die Wege wieder zu eröffnen.

Nachdem die Entschließung einstimmige Annahme gefunden hatte, richtete der

Stellv. kommandierende General v. Falk

Worte des Dankes an die Veranstalter und Teilnehmer des Kongresses und Worte des Dankes für die geleistete Arbeit an die Versammlung. Der Stellv. kommandierende General ist — so sagte der Redner — ein vielgescholtener Mann. Sein Name steht unter vielen Verordnungen,

Pester Lloyd

17./XI. 1917

Volkswirtschaft.

Die Hamburger Wirtschaftstagung.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Hamburg, 16. November.

Unter großer Teilnahme der deutschen, österreichischen und ungarischen Wirtschaftsverbände wurde heute die gemeinsame Tagung in Hamburg eröffnet. Deutschland ist mit vierhundert Delegierten, Oesterreich mit sechzig, Ungarn mit fünfzig vertreten. Die ungarische Delegation steht unter der Führung des Reichstagsabgeordneten Barons Julius Madarassy-Beck. Wie aus der bereits bekannten Tagesordnung hervorgeht, werden im Rahmen der Hamburger Beratungen auch diesmal sehr wichtige gemeinsame Wirtschaftsfragen zur Erörterung gelangen. Gleich am heutigen ersten Verhandlungstage wurde die Frage des Donau-Oder-Elbe-Kanals diskutiert, wobei der leitende Sekretär der Budapester Handels- und Gewerbekammer Josef Vágó in einem sehr beifällig aufgenommenen Referat den ungarischen Standpunkt gekennzeichnet hat. Ueber den bisherigen Verlauf der Tagung ist folgendes zu berichten:

Der Begrüßungsabend.

Gestern veranstalteten der Hamburger Senat und die Hamburger Handelskammer im Curio-Hause einen Begrüßungsabend, wobei die deutsche Regierung, das k. u. k. Ministerium des Aeußern, die ungarische Regierung durch den Ministerialsekretär Dr. Elemér v. Jármay und den technischen Rat Friedrich v. Fábry, die deutsche Heeresleitung durch den kommandierenden General v. Falke vertreten waren. Auch der k. u. k. Generalkonsul v. Prinzig-Herwalt war anwesend. Handelskammerpräsident Heye begrüßte die Gäste, insbesondere die so zahlreichen Teilnehmer aus Ungarn, die die weite Reise nicht scheuten, um Hamburg zu besuchen. Senator Straudes entbot den Willkommgruß der Hansastadt, worauf geheimer Legationsrat Dr. Falke namens der deutschen Regierung Worte der Begrüßung sprach. Geheimrat Paasche dankte namens des Präsidiums, indem er hervorhob, daß die Erstarkung der wirtschaftlichen Verständigungsidee insbesondere durch die glänzende Entwicklung des ungarischen Verbandes tatkräftig gefördert wird. Im Namen der Oesterreicher sprach Präsident Abgeordneter Friedmann, im Namen der Ungarn hielt Abgeordneter Baron Julius Madarassy-Beck folgende Ansprache:

Begrüßungsrede des Barons Julius Madarassy-Beck.

Im Namen des Ungarisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes will ich Ihnen vor allem herzlichsten Dank sagen für den liebenswürdigen Empfang, der uns hier zuteil geworden ist, und unserer großen Freude darüber Ausdruck verleihen, daß die für unser wirtschaftliches Leben entscheidenden wichtigen Fragen des Wasserstraßennetzes und des Seeverkehrs gerade in Hamburg zur Sprache gelangen, in einer Stadt, die in den beiden Fragen eine so hervorragende Bedeutung besitzt. In diese Stadt, die die ganze Tragweite der Leistungsfähigkeit des freien Handels versinnbildlicht, rufen wir sie alle, die verächtlich vom Handel zu sprechen wagen, die ihm die Produktivität absprechen wollen, die so gern statt des wohlklingenden Wortes als böswillige Tautologie den Ausdruck Zwischenhandel zu benützen lieben, hier wollen wir den Feinden des Handels in die Augen sehen.

Der Staat ist in diesem Kriege in seiner Machtfülle unerhört groß geworden. Das ganze Wirtschaftsleben, Produktion, Handel und Konsum ist zu einem großen Teil in seine Hand geraten. Hier in Hamburg wollen wir es wieder mit lauter Stimme verkünden, daß dieser staatliche Imperialismus nur so lange dauern darf, bis absolut zwingende Gründe des Gemeinwohles dafür sprechen, und daß wir eine kraftvolle, regenerierende wirtschaftliche Entwicklung unserer Staaten nur nach dem Abbau der staatlichen Ingerenz von der vollen Freiheit des privaten Unternehmungsgeistes erwarten.

Wir kommen zu Ihnen in einem Augenblick, da dieses entsetzliche dreijährige Ringen in ein ganz merkwürdiges Stadium getreten ist. In Rußland scheint man in der letzten Zeit nicht mehr die Ententesprache sprechen zu wollen. Man hat das Gefühl, daß während unsere Heere in einem Siegeszuge ohnegleichen den tückischesten unserer Feinde, den verräterischen Verbündeten züchtigen, daß in derselben Zeit im Osten die von England hergestellte Schablone für internationale Politik gegen die Mittelmächte nicht mehr verfangen wollte. Es scheint, als ob dort ein Genesungsprozeß aus einer Psychose beginnen wollte, als ob wir wieder daran glauben könnten, daß diesseits und jenseits die gleichen Menschen gegeneinander kämpfen, und daß die Front zwischen Riga und dem Schwarzen Meere und zwischen Ostende und Venedig nicht Himmelskörper voneinander trennen. Vielleicht geht die Sonne menschlichen Erkennens dort im Osten auf, vielleicht ist es das erste Zeichen einer Verständigungsmöglichkeit, vielleicht ist es die Morgenröte des Friedens. Wir haben den Krieg nicht gewollt und wir wollen den Frieden. Wir wollen die Verständigung zwischen den Völkern und wir wünschen für uns nichts anderes, als die volle Sicherung der freien Entwicklung unserer Länder. Und freie Entwicklung heißt vor allem auch: Freiheit der Meere! (Lebhafter Beifall.)

Hansa heißt Verbindung, eine Verbindung zu gegenseitigem Schutze, und in dieser hanseatischen Stadt spreche ich es aus: Wir, unser deutsch-österreichisch-ungarischer Verband ist eine Hansa. Wir wollen aber die Hansa nicht auf uns beschränken. Wir wollen sie in einem anständigen Frieden über die ganze Welt ausdehnen und keine Privilegien haben, wie sie die alte Hansa gehabt hat. In diesem Bunde sämtlicher Völker zu schaffender Vollarbeit verlangen wir keine Sonderrechte für uns. Unsere Privilegien, die man uns in erster Reihe in England neidet, sind unser Können und unsere Tüchtigkeit, unser Fleiß und unsere Ausdauer.

Sie werden, meine Herren, morgen in der Verhandlung den zwei wichtigen Fragen unseres Kongresses begegnen. Ich bin überzeugt, daß unser Zusammenarbeiten in diesen Fragen, wie es bei sämtlichen Tagungen unserer Verbände bis jetzt der Fall gewesen, wichtiges Material zur Beurteilung dieser schwierigen Probleme beisteuern wird.

Die Rede des Barons Madarassy-Beck fand jubelnde Aufnahme durch laute Bravo- und Eljenrufe, und es erfolgten große Ovationen für den ungarischen Verband.

Die Beratungen.

Nach der Eröffnung des heutigen Kongresses wurde auf Antrag des Vorsitzenden Paasche beschlossen, an Kaiser Wilhelm und König Karl Huldigungsdepeschen abzusen-

18/XI. 1917

185

Wochenschau.

H. A—r. Während die verbündeten Armeen in Oberitalien von Erfolg zu Erfolg unaufhaltsam vorwärtsstürmen, sind wir im Hinterlande emsig daran, den Krieg finanziell und wirtschaftlich zu sichern und seinen Folgewirkungen für die kommende Zeit Rechnung zu tragen. Der kreditmäßige Milliarden-Vorausverbrauch dieses Krieges wird der Produktion noch auf Jahrzehnte hinaus schwerste Opfer auferlegen. Opfer, die freilich wieder durchwegs auf den Verbraucher überwälzt werden. Als in Nordamerika der erste Schutzzolltarif ins Leben trat, versuchte man in Karikaturen-Flugblättern die Einwirkung dieses Tarifs auf sein Schlachtopfer, auf den Konsumenten, bildlich darzustellen. Da stellte man ihn in seinem Heim bildlich dar und notierte auf jedem Kleidungsstücke, auf jedem Bestandteil der Wohnungseinrichtung ziemlich genau den Zollbetrag, um den die Anschaffung nunmehr verteuert sei. Wollte man das jetzt wiederholen, da böte dieser vielbesteuerte Konsument wohl gar nicht mehr genug Fläche für die Verzeichnung aller der Lasten dar, die ihn jetzt treffen sollen. Die Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen, die Abgabesteigerungen, die neuen Steuern und jetzt auch noch die Tariferhöhungen der Eisenbahnen, all das wird ja schließlich doch nur auf den Rücken der Konsumenten überwälzt. Ein Schulbeispiel dafür bildet die Preisbewegung jener Güter, vor allem Kohle, auf deren Preisbemessung sich die Regierung entscheidenden Einfluß vorbehalten hat. Tatsächlich ist jetzt nur mehr das Mehl und das Brot von der Teuerung freigehalten. Aber auch da nur insoweit, wie sie sonst den Einzelverbraucher trifft. Beim Brot und Mehl leistet der Staat aus seinen Mitteln einen entsprechenden Zuschuß an die Kriegsgetreideverkehrsanstalt, dieser Zuschuß wird aber auch wieder aus den Steuergeldern, also vom Steuerträger aufgebracht. So läßt sich wohl sagen, daß die Steigerung der Warenpreise sich ganz allgemein durchgesetzt hat. Die Geldzeichen sind allerdings nicht abgestempelt worden, aber bei den Waren hat man dafür eine Aufstempelung vollzogen. In der Wirkung auf den Verbrauch kommt dies beiläufig auf das Gleiche hinaus.

Die letzten Tage haben uns nun noch die Tariferhöhungen der Staatsbahnen gebracht. Wollte man auf sie einmal die Terminologie der Steuerpolitik anwenden, so könnte man eine Erhöhung der Gütertarife als eine neue indirekte Steuer, eine Erhöhung der Personentarife aber als eine neue direkte Abgabe auffassen. Denn eine Erhöhung der Gütertarife wird erst auf den Verbraucher überwälzt, während er von der Verteuerung des Reiseverkehrs, an dem er ja unmittelbar teilnimmt, ebenso unmittelbar betroffen wird. Daß er aber von beiden in vollem Maße, wenn nicht gar in doppeltem und dreifachem Maße getroffen werden wird, das ist gar nicht zu bezweifeln. Auch deshalb nicht, weil die Flucht zur Auslandskonkurrenz ihn da umsoweniger schützen kann, als der Auslandsbezug ja im Inlande von demselben Tarife getroffen würde, ganz abgesehen davon, daß das fremde Erzeugnis auch schon durch die Tariferhöhungen der Auslandsbahnen getroffen ist. So gibt es also wirklich kein Entrinnen für den Verbraucher. Sein Heil wird einzig in der Einschränkung seines Verbrauches und in der gleichzeitigen Steigerung seiner Erzeugung zu suchen sein, zwei Forderungen, die sich zunächst freilich auszuschließen scheinen. Denn die selbstverständliche Voraussetzung selbst nur der normalen Arbeitsleistung ist der normale Verbrauch. Die Zahlen, die Minister R. v. Homann über die Annahme der Tagesleistung der Bergarbeiter mitgeteilt hat, lassen das nur zu klar erkennen.

Welche tiefgehenden Wirkungen diese leider unvermeidlich gewordene Tariferhöhung für die Warenpreise haben muß, das erhellt, wenn man sich erinnert, daß das Mehrerträgnis schon der Erhöhung der Gütertarife und der Nebengebühren bei den Staats- und Privatbahnen auf mehr als dreihundertsechzig Millionen Kronen veranschlagt wird. Dazu kommt nun noch der fünfzigprozentige Zuschlag im Personentarif der Staatsbahnen mit fünfzig bis sechzig Millionen Kronen. Und wenn dieser Zuschlag ganz oder teilweise auch den Privatbahnen bewilligt werden sollte — die Privatbahnen werden dies jedenfalls anstreben — dann würde die Mehrbelastung noch entsprechend höher anwachsen.

Der Effektenmarkt hat die Erhöhung auch des Gütertarifs der Staatsbahnen aus dem Gesichtswinkel vorwiegend der Privatbahnen betrachtet, er hat sich gefragt, ob sie den Privatbahnen die Beseitigung ihres Kriegsnotstandes bringen werde. Diese Frage mußte sich umsomehr aufdrängen, als ja die Februarmaßnahmen eigentlich nur steuerpolitischen Charakter getragen hatten. Das Ergebnis der damaligen Verkehrsbelastung fiel ja auch auf den Privatbahnen dem Staate zu. Es war eisenbahnmäßig gesprochen, eine Art Peage-Verkehr, der Fiskus benützte die Privatbahnstrecke für seinen Steuerzweck!

Anders ist es jetzt, denn jetzt handelt es sich um eine tarifmäßige Mehrabgabe. Ihre Uebernahme durch die Privatbahnen wird diese befähigen, wenn schon nicht die ganze Ausgabensteigerung der Kriegszeit, so doch einen namhaften Teil von ihnen tarifmäßig hereinzubringen. Es ist gar nicht zu leugnen, daß das nötig, ja, kaum aufschiebbar war, denn die Lage der Privatbahnen hatte sich allmählich immer mißlicher gestaltet. Die Südbahn hatte schon bis Ende Juli d. J. eine Verschlechterung ihrer Gebarung um 18 Millionen K. aufzuweisen und ganz ebenso schlimm erging es der Aussig-Teplitzer Eisenbahn und der Buschtiehrader Bahn.

So wenig man den Anspruch auch der Privatbahnen auf Berücksichtigung der oft weitgehenden Steigerung ihrer Material- und Personalausgaben wegleugnen kann, so irrig wäre es aber doch vorauszusetzen, diese Tariferhöhung werde ihnen ganz unverkürzt, ganz vollständig zugute kommen. Man darf doch nicht vergessen, daß der Staat die dreißigprozentige Verkehrssteuer in Anspruch nimmt und daß er diese vom Ergebnis auch der jetzigen Tariferhöhungen für sich beanspruchen wird. Die Regierung hat sich seinerzeit hinsichtlich der Verwendung des Kriegszuschlages ja bekanntlich die volle Freiheit vorbehalten. Ist nun die Frage, wie die Entscheidung für das laufende Jahr getroffen werden wird, ob und in welchem Maße der Staat also den notleidenden Bahnen heuer entgegenkommen wird, noch offen, so besteht darin hinsichtlich des Jahres 1918 und der späteren Jahre gar kein Zweifel. Im nächsten Jahre wird der Staat seinen dreißigprozentigen Anteil wohl gewiß ganz vollständig beanspruchen. Er wird das mit um so geringerem Zaudern tun, als ja auch den Privatbahnen vom 1. Jänner ab die jetzt angekündigten Tariferhöhungen zugute kommen werden. Dabei ermöglicht ein Vergleich mit dem Jahre 1913 übrigens auch schon deshalb keine ganz stichhaltige Schätzung des mutmaßlichen Ergebnisses, als die Bahnen jetzt ganz unverhältnismäßig mit Militärtransporten, also überaus billig geführten Transporten belastet sind.

Für den Staat wird sich die Lage finanziell unstreitig sehr günstig stellen. Vom Jahreswechsel ab wird er bei den Privatbahnen die Verkehrssteuer und den Kriegszuschlag auf Grundlage des alten Tarifs und weiters auch noch von den jetzigen Tariferhöhungen seinen dreißigprozentigen Anteil ungekürzt einheben. In Oesterreich hat man also, das ist gar nicht zu leugnen, verstanden, selbst den Privatbahnenverkehr zu einem ergiebigen Steuerobjekt zu machen. Ganz anders als in England, wo der Staat alle Privatbahnen auf Kriegsdauer in seinen Betrieb übernommen und ihnen dabei sogar als Mindestertrag das Erträgnis des letzten Friedensjahres verbürgt hat. Das ganze Kriegsrisiko ist in England also vom Staate übernommen worden. Dem Aktionär ist das letzte Erträgnis der Friedenszeit als Mindestbetrag gesichert und er kann sogar noch auf mehr rechnen, wenn der Betrieb etwa mehr abwerfen sollte. Und ebenso fällt den Privatbahnen das Ergebnis der fünfzehnprozentigen Tariferhöhung fast unverkürzt zu. Denn die aus der Tariferhöhung resultierenden Mehreinnahmen werden dem Staatsnetze nur mit einem Fünftel zugewiesen, während die anderen vier Fünftel an die Privatbahnen nach Maßgabe ihrer durch die Kriegslage bedingten Mehrlasten verteilt werden.

Besonders empfindlich wird die Südbahn getroffen, denn sie hätte aus einer Erhöhung der Staatsbahnentarife, wäre sie nicht so aufgebaut worden, wie die jetzt angekündigte, gewiß größten Vorteil gezogen. Im Sanierungsvertrag ist ihr seinerzeit ja der volle Mitanspruch auf staatliche Tariferhöhungen zugestanden worden. Da die jetzige Erhöhung aber mit einer staatlichen Abgabe eng, untrennbar verknüpft worden ist, entgeht der Südbahn vom Ergebnis der Tariferhöhung notwendig jener Teil, der auf den Staat entfällt. Auch da zeigt sich wieder, daß das Eisenbahnministerium bei dieser Tariferhöhung auch gegenüber den Privatbahnen den Staatsvorteil sehr wirkungsvoll gewahrt hat, viel kräftiger als es den Privatbahnen angemessen erscheinen dürfte und als man es im Auslande als zulässig angesehen hat. Diese neueste Tariferhöhung bedeutet tatsächlich eine Art Peage-Verhältnis des Fiskus zu den Privatbahnen: er benützt den Privatbahnverkehr sehr vorteilhaft und einfach für seine Steuerzwecke. Ein Fiskalismus, der allerdings verzeihlich ist, denn der Staat hat für Gegenwart und Zukunft in diesen fast vier Jahren Weltkrieg so viel an Schulden ererbt, daß er, abweichend vom Dichterworte, sehr viel Einkommen zu erwerben haben wird, erwerben mittelst Steuern!, um diese Schulden nicht zu besitzen, sondern abzustoßen.

Neues Wiener
Tagblatt.
Demokratisches Organ.

Morgen- und Abendblatt mit täglich einmaliger Postversendung:
Monatlich . . . . . 5 K — h
Vierteljährig . . . . . 14 K — h
Halbjährig . . . . . 28 K — h
Ganzjährig . . . . . 56 K — h

Mit täglich zweimaliger Postversendung:
Monatlich . . . . . 5 K 60 h
Vierteljährig . . . . . 16 K 50 h
Halbjährig . . . . . 33 K — h
Ganzjährig . . . . . 66 K — h

Für das Ausland:
Mit täglich einmaliger Postversendung:
für Deutschland vierteljährig 30 K
Für die andern Länder des Weltpostvereines 22 K

Bei den Postämtern vierteljährig:
In Deutschland Mark 9.12, Schweiz Fr. 18.30, Bulgarien Fr. 14.90.

Inserate übernehmen alle renommierten in- und ausländ. Annoncenbureaux.

Dienstag, den 20. November 1917. 51. Jahrgang.

Italienische Front.

Nordöstlich von Asiago wiederholte der Feind seine erfolglosen und verlustreichen Angriffe, um die verlorenen Höhen zurück-

Bekämpfung aber wohl ein erkleckliches Maß von Optimismus erforderlich ist, muß beseitigt werden: wenn nämlich auch der so ungeheure Heeresbedarf oder vielmehr die Bedürfnisse des Krieges und die fortwährende Zerstörung so bedeutender Werte die Hauptursache der Ueberschwemmung des Marktes mit Zahlungsmitteln sind, so trägt doch wesentlich die allgemeine Teuerung auch Schuld daran, und da die maßlose Vermehrung der Zahlungsmittel im Vereine mit der Abnahme der Waren die Teuerung verursacht, so ist die Noteninflation Ursache der Teuerung und die Teuerung wieder Ursache der Noteninflation. Anderseits brauchen wir nur von den Preisen irgendeines Bedarfsartikels auszugehen, und wir sehen immer wieder, daß die Preise dieses Artikels die Preissteigerung eines zweiten, dritten und vierten Artikels bewirken und diese schließlich wieder eine neue Verteuerung jener Ware verursachen, von der die ursprüngliche Preissteigerung ausgegangen ist. Diese in sich geschlossenen Kreise müssen gewaltsam durchschnitten, sie müssen zu geraden Linien werden, von deren beiden Endpunkten oder, besser gesagt, Anfangspunkten mit Erfolg versprechenden, zielbewußten Maßnahmen eingesetzt werden muß, die zusammenwirken und sich irgendwo in der Mitte begegnen. Auf der einen Seite wird die Staatsverwaltung und wahrscheinlich die Legislative mit der Bekämpfung der Ueberschwemmung des Marktes mit Zahlungsmitteln und mit der Verbesserung unsrer Valuta einsetzen müssen, auf der andern Seite wird jedoch zielbewußt an den Abbau der Preise geschritten werden.

Auf diesem Gebiete ist bereits die Zentral-Preisprüfungskommission emsig an der Arbeit und hat bereits alle Vorbereitungen getroffen, um vor allem den dringend notwendigen örtlichen und sachlichen Ausgleich der Preise aller Bedarfsartikel ins Werk zu setzen.

Ich habe stets der Ansicht gehuldigt, daß die Teuerung vom Brot ausgeht, nicht etwa in dem Sinne, daß gerade die Preise des aus Mahlprodukten hergestellten Brotes, die ja dank unsrer strammen staatlichen Bewirtschaftung des Getreides ständig am niedrigsten gehalten wurden, sondern vielmehr in dem Sinne, daß die Nahrungsmittelpreise auf alle andern bestimmend übergreifen. Die teueren Futtermittelpreise erhöhen die Milch-, Eier-, Butter- und sonstigen Fettpreise, die Fleischpreise, die Viehpreise, mit diesen wieder die Preise der Häute und des Leders, greifen hier schon mannigfach direkt auf die Industrieartikel, erhöhen die Arbeitslöhne, verursachen damit wieder indirekt die Steigerung der Preise aller gewerblichen Erzeugnisse, beispielsweise aller Bekleidungsartikel, erhöhen hiedurch die allgemeine Lebenshaltung auch der Landwirte und landwirtschaftlichen Arbeiter und bedingen somit wieder neuerlich die Steigerung der Preise für Bodenprodukte und somit für Nahrungsmittel. Wenn auch der staatlichen Preisbildung in manchen Bedarfsartikeln die richtige Relation der Preise der einzelnen Waren zu einander zugrunde gelegt wurde, so ist dies dermalen doch noch nicht lückenlos und vollkommen systematisch geschehen.

Die im Verlage der Zentral-Preisprüfungskommission erschienene Zusammenstellung der dermalen geltenden, behördlich festgestellten Preise für Bedarfsartikel bildet die Grundlage für diese Arbeit.

Der Abbau der Preise.

Von Hofrat Freiherrn v. **Fries**, Präsidenten der Zentral-Preisprüfungskommission.

Daß ein Abbau der Preise kommen, daß er bald und jedenfalls, ehe die Verhältnisse einen natürlichen Rückgang der Preise bewirken, durchgeführt werden muß, wenn nicht unsre gesamte Wirtschaft auf Jahrzehnte hinaus dem Ruin preisgegeben werden soll — dürfte wohl nirgends mehr einem Zweifel begegnen. Nicht nur die Interessen der Verbraucher, auch die Rücksicht auf unsre Staatsfinanzen, auf das Privatkapital und auf unsre gesamte Produktion erfordern gebieterisch eine Abkehr von den schwindelnden Höhen der gegenwärtigen Preisgestaltung.

Der „Circulus vitiosus", der in der ganzen Versorgungspolitik sich überall so nachteilig geltend macht, der nachgerade zu einer abgeschmackten Phrase geworden ist, zu dessen

Frankfurter Zeitung

20./XI. 1917

20
188

Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischer Wirtschaftsverband.

r **Hamburg**, 17. Novbr. Die Versammlung von Vertretern der wirtschaftlichen und der See-Interessen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, über die schon kurz berichtet wurde, behandelte am ersten Tage den Großschiffahrtsweg Elbe-Oder-Donau. Der hamburgische Wasserbaudirektor Geheimrat Professor Bubendey führte darüber u. a. aus: Für eine Schiffahrtsverbindung zwischen der Elbe und der Donau werde nur die Ausführung der verhältnismäßig kurzen, wenn auch im einzelnen manche Bauschwierigkeiten bietenden Kanalstrecke Pardubitz bis zum Oder-Donau-Kanal bei Prerau erforderlich sein. Diese Sachlage habe es berechtigt erscheinen lassen, die in letzten Jahrzehnten verfolgten anderweitigen Pläne zu Verbindungen zwischen der Elbe und der Donau zurücktreten zu lassen. Die Erbauung dieses Anschlußkanals werde den Erzeugnissen des großen böhmischen Braunkohlengebietes und der nordböhmischen Industrie den Zugang zur Donau öffnen und der deutschen Elbeschiffahrt auf kürzestem Wege eine Verbindung mit dem Südosten Europas ermöglichen. Nach der zu erwartenden Vollendung des deutschen Mittellandkanals werde auch das nordwestliche Deutschland die Vorteile dieser Wasserverbindung genießen.

Der Redner kam auch auf die Niedrigwasser-Regelung der Elbe zu sprechen und betonte dabei, daß die mehrfach in Schiffahrtskreisen ausgesprochene Befürchtung, diese Niedrigwasser-Regelung werde erfolglos bleiben, weil sie einen rascheren Ablauf des Wassers und damit wiederum eine Verringerung der Fahrtiefen herbeiführe, ganz unberechtigt sei. Auch die technischen Gutachten, auf die jene Befürchtungen zum Teil begründet seien, träfen nicht zu, sie ließen eben unberücksichtigt, daß die Niedrigwasser-Regelung auf lange Stromstrecken überhaupt keine Veränderungen des Stromes mit sich bringen und im übrigen an keiner Stelle den Abfluß des Wassers befördern wird. In der Kostenfrage meinte er, daß bei der Wasserstraße Hamburg-Wien es nur der Feststellung der Kosten des Anschlußkanals von Pardubitz nach Prerau bedürfe.

Der Wiener Wasserbau-Direktor, Hofrat Schneller, faßte das Thema vom österreichischen Standpunkt an, fand aber ebenfalls vieles, den beiden Mächten Gemeinsames. Er stellte namentlich fest, daß nach dem Kriege eine Ermäßigung der Frachtspesen durch Ausgestaltung der Schienenwege ausgeschlossen sei. Im Gegenteil, es sei eine weitere Steigerung zu erwarten. Den einzigen Ausweg biete die Verbesserung und Ausgestaltung des Wasserstraßennetzes, da nur der Binnenschiffahrtsverkehr jene niedrigen Tarife stellen könne, welche eine Lösung der Aufgaben ermöglichen. Wenn auch schon vor dem Krieg der Wert des Wasserverkehrs für die Förderung der Industrie und der Urproduktion erkannt worden sei, so habe doch erst die Absperrung des Kontinents vom Ueberseeverkehr auch auf die zweite Aufgabe der Wasserwege hingewiesen, d. i. die Ermöglichung eines Durchzugsverkehrs vom Südosten Europas nach dem Herzen des Kontinents und nach seinem Westen und Norden. An diese allgemeinen Erörterungen schloß der Vortragende die Besprechung des mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes, wobei er die Bedeutung der Oder-Donau-Verbindung und der Elbe-Donau-Verbindung für Norddeutschland und Nordösterreich hervorhob und eine technische Beschreibung der vorhandenen Projekte beifügte. Den Schluß der Ausführungen bildeten Angaben über den wirtschaftlichen Wert der Durchzugswasserstraßen, die ein hervorragendes Mittel seien, den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Zentralmächte zu fördern.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Elbe-Oder-Donau-Kanals für Ungarn besprach der dritte Redner, der Sekretär der Budapester Handels- und Gewerbekammer Josef Bógó.

Es wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbände Berlin-Wien-Budapest betonen, daß nach dem Kriege ungesäumt an die Herstellung leistungsfähiger Wasserstraßenverbindungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geschritten werden muß. Als wirtschaftlich wichtigste und dringendste Verbindung kommen der Elbe-Oder-Donau- und der Rhein-Main-Donau-Kanal in Betracht. Für den Großschiffahrtsweg von der Elbe nach der Donau ist der Kanal Pardubitz-Prerau zum Anschluß an den Oder-Donau-Kanal als die beste Lösung anzusehen. Damit die deutsche Elbe, deren Schiffahrt sich infolge der seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts durchgeführten Mittelwasser-Regelung überaus kräftig entwickelt hat, den Anforderungen des Verkehrs auf den künstlichen Wasserstraßen in noch vollkommenerer Weise gerecht werde und als eine gleichwertige Fortsetzung der auf österreichischem Gebiet zu schaffenden Wasserstraßen betrachtet werden könne, ist die Niedrigwasser-Regelung der Elbe auf das schleunigste zur Durchführung zu bringen."

Samstag war den „See-Interessen der Mittelmächte" gewidmet. Den ersten Vortrag hierüber hielt der Kaiserliche Rat Dr. Johann Auspitzer, Direktor des Oesterreichischen Lloyd, Wien-Triest, der als nächste Aufgabe der Zentralmächte bezeichnete, die durch den Krieg abgerissenen Fäden des Weltverkehrs, an dem Deutschland und Oesterreich-Ungarn in steigendem Maße Teil hätten, wieder anzuknüpfen durch einen Frieden, der die Grundlage für die möglichst rasche Errichtung dieses Zieles schafft. Beide Reiche müßten den Schiffsraum erheblich steigern. Deutschland habe ein Gesetz für den Wiederaufbau der Flotte geschaffen; Oesterreich-Ungarn werde diesem Beispiel folgen. Im Schiffsraum und im Schiffsbau werde gegenseitige Hilfeleistung geboten sein. Die gemeinsame Forderung der Wiederherstellung des freien Verkehrs in der Welt muß ergänzt werden durch eine Politik höchster Produktivität der Industrien beider Reiche und eine großzügige Exportpolitik; dies setzt voraus, daß die berufenen Kreise des Exports für die ungeheuren Verluste schadlos gehalten werden, die sie im Kriege erlitten. Gemeinsame Außenhandels-Politik und die Ausgestaltung der Häfen, namentlich in Oesterreich-Ungarn, seien die weiteren Voraussetzungen für eine Entfaltung des Seeverkehrs.

Der Direktor der „Adria", Kgl. ungar. Seeschiffahrts A.-G., Dr. Joseph Kovács, fordert auch für die ungarische Schiffahrt eine wirkliche Freiheit nach dem Kriege. Diese und der freie Handel würden die sich feindlich gegenüberstehenden Völker wieder einander näher bringen. Den Reedereien dürfe die Regierung aber keine überflüssige, bureaukratische Bevormundung zuteil werden lassen und der Schiffahrt keinerlei Fesseln auferlegen. Rekonstruktion und Vermehrung der Handelsflotte sei die Hauptsache.

Direktor B. Huldermann von der Hamburg-Amerika-Linie betonte in seinem Referat besonders die Notwendigkeit, einen unwirtschaftlichen Wettbewerb der Mittelmächte untereinander zu verhüten. Das deutsche Volk und seine Verbündeten hätten im Kriege unerhörte Leistungen vollbracht und besäßen die Kraft, auch nach dem Kriege nochmals eine große Leistung im Wiederaufbau ihrer Volkswirtschaft zu vollbringen, wenn man in dem Geiste, der Deutschland groß gemacht hat, jeder tüchtigen Kraft freie Bahn schaffe und wenn die bewährten Pioniere und Führer unserer Volkswirtschaft sich wieder an die Spitze und ihre Erfahrung, ihre Kenntnisse und ihre Tatkraft zur Verfügung stellen. Dann dürfe man auch von der Tüchtigkeit Deutschlands und seiner Verbündeten eine neue wirtschaftliche Blüte und damit auch eine Blüte der Reederei erwarten.

Hierauf fand folgende Entschließung einstimmige Annahme: „Im Anschluß an die auf der Tagung am 19. März 1917 in Berlin gefaßten Beschlüsse sprechen sich die Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbände Berlin-Wien-Budapest für eine möglichst enge Vereinigung der Mittelmächte auch auf dem Gebiete des Verkehrs, im besonderen der Seeschiffahrt, aus. Zum Zwecke der gegenseitigen Unterstützung beim Wiederaufbau der Volkswirtschaft wird namentlich und zwar in Uebereinstimmung mit den am 23. und 24. Juni d. J. in Budapest gefaßten Beschlüssen auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Fragen der Uebergangswirtschaft im gegenseitigen Einvernehmen zu lösen und der freien wirtschaftlichen Betätigung möglichst bald die Wege wieder zu öffnen."

Oesterreichischer Reichsrat.

Das Ministerium für soziale Fürsorge. — Die Tilgung der Verurteilung. — Teuerungszulagen für die Staatsbediensteten.

Wien, 20. November.

Das Ergebnis der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, ist eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe. Zunächst erhielt die Vorlage, mit der anläßlich der Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge gesetzliche Bestimmungen über den Wirkungskreis einzelner Ministerien abgeändert werden, die Genehmigung. Die Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge selbst wird in dem Gesetzentwurfe nicht ausgesprochen. Das Ministerium ist bereits durch ein kaiserliches Handschreiben ins Leben gerufen worden. Der Abgeordnete Dr. Redlich meinte heute, daß auf die verfassungsrechtliche Frage weniger Gewicht zu legen sei; die Hauptsache bleibe, daß das neue Ministerium mehr werde, als die Verschiebung einzelner Departements. Vor allem müsse sich die neue Zentralstelle als oberste Hüterin aller schon bestehenden Fürsorgeinstitutionen fühlen und die in ihnen enthaltenen Kräfte weiter organisieren. Mit dem bureaukratischen Gang der Verwaltung sei hier nichts anzufangen; die Zentralbehörden müssen vielmehr in unmittelbarer Fühlung mit den Fürsorgeinstitutionen bleiben. Von mehreren Rednern, darunter auch vom Abgeordneten Dr. Adler, wurde der Standpunkt vertreten, daß die Angelegenheiten der Volksgesundheit dem Ministerium für soziale Fürsorge hätten unterstellt werden solln, weil sich aus dieser Scheidung Kompetenzkonflikte ergeben könnten, die das Wirken des Ministeriums beeinträchtigen müßten. Minister Dr. Mataja setzte in einer beifällig aufgenommenen Rede die Vorteile einer eigenen Amtsstelle für die soziale Fürsorge auseinander und vertrat die Ansicht, daß die Sanitätsangelegenheiten einen zu starken sachlichen Einschlag haben und eine zu große Ausdehnung gewinnen werden, um nicht einer eigenen Leitung finterstellt zu werden.

Ueber den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, den Gesetzentwurf über die Tilgung der Verurteilung, erstattete Abgeordneter Dr. Ritter v. Mühlwerth im Namen des Justizausschusses den Bericht. Justizminister Dr. Ritter v. Schauer charakterisierte den Gesetzentwurf heute als einen ernsten Versuch, das gestellte Problem im Geiste sozialer Einsicht und wohlwollenden Verstehens entsprechend den Forderungen der Gerechtigkeit und Humanität, zu lösen. Von den Abgeordneten Dr. Ofner, Dr. Sylvester und Dr. Heilinger wurde der § 5 des Entwurfes bekämpft, der bei der Abstimmung dann auch abgelehnt wurde. Nach diesem § 5 sollte Behörden, die berufen sind, Stellen des öffentlichen Dienstes zu verleihen oder eine öffentliche Funktion zu übertragen oder denen in dieser Beziehung ein Aufsichtsrecht zusteht, verlangen können, daß ihnen auch die in Strafkartenausfertigungen und Leumundszeugnissen nicht mehr aufzunehmenden Verurteilungen bekanntgegeben werden.

Abgeordnetenhaus.

(40. Sitzung. Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge.

Abg. Kalina (czechischradikal) hält eine Rede in czechischer Sprache.

Minister Dr. Mataja führt aus: Die Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge beruht auf dem Gedanken, daß in der Zeit der Bedrängnis, in der wir leben, die besondere Ausgestaltung jener Verwaltungszweige, die unmittelbar auf die Volkswohlfahrt Bezug haben, eine dringende Notwendigkeit ist. (Zustimmung.) Der Fortschritt, der erzielt werden soll, besteht zunächst darin, daß ein eigenes Amt, ein eigenes Organ für diese Aufgabe aufgestellt wird. Schon die Erfahrung des gewöhnlichen Lebens lehrt, daß, wenn man eine Aufgabe wirklich gewährleistet haben will, es gewöhnlich besser ist, statt viele Personen, die nebstdem noch eine Menge anderer Dinge zu tun haben, damit zu betrauen, eine aufzustellen, die nichts anderes zu tun hat, und ihre ganze Kraft dieser einen Sache widmet. Der Vorteil einer eigenen Amtsstelle reicht aber noch darüber hinaus, was sonst Berufssonderung oder Arbeitsteilung mit sich bringt. Eine solche Amtsstelle wird auch in dem Maße, als ihr die Förderung der sozialen Aufgaben gelingt, das Ausmaß der Anerkennung finden, auf die sie rechnen darf. Damit wird auch gleichsam ein Unterpfand dafür geschaffen, daß die sozialen Aufgaben in Hinkunft unter allen Umständen einen hervorragenden und tonangebenden Platz im Bereiche der Staatsverwaltung werden einnehmen müssen. Diese Gedanken haben auch bei der Beratung der Vorlage im Verfassungsausschusse allgemeine Zustimmung gefunden. Es ist gewiß nicht unbedenklich, wenn ein Amt so viele und so verschiedenartige Angelegenheiten in sich begreift, daß ein einheitlicher Ueberblick unmöglich wird, und es ist zu beachten, daß die Sanitätsangelegenheiten doch einen so ganz sachlichen Einschlag haben und schon gegenwärtig eine genug große Ausdehnung besitzen und in Zukunft eine noch größere haben werden, um sozusagen ihren eigenen Mann zu nähren. Bei einer zu großen Ausdehnung und Einreihung zu verschiedenartiger Gegenstände müßte auch die Aufsicht des Leiters über weite Gebiete zu einem Scheine herabsinken.

Der Minister wolle zugeben, daß die vorliegende Redaktion des Wirkungskreises manche Unbestimmtheiten aufweist. Aber die Absteckung des Wirkungskreises der Verwaltungsstellen gegeneinander könne doch nicht mit jener Präzision vorgenommen werden wie etwa ein Notariatsakt über eine Vermögensauseinandersetzung. Man muß da auch etwas auf die lebendige Entwicklung vertrauen. Mit etwas Vernunft und gutem Willen wird jede Auseinandersetzung möglich sein, und ohne diese beiden Faktoren wird eine papierene Schranke sich auch niemals als vollständig ausreichend erweisen. Das neue Amt wird bestrebt sein, volkstümlich zu sein, sowohl seinen Zielen als seiner Betätigungsform nach. Es wird offen und zugänglich sein für jedermann. Es wird namentlich auch trachten, die freien Gesellschaftsorganisationen und die Selbstverwaltungskörper zur eifrigen und planmäßigen Mitwirkung heranzuziehen. Es wird die Absicht der Angehörigen des neuen Amtes sein, die Augen offen zu halten, mit dem Leben Fühlung zu behalten und aus eigenem Antriebe heraus tätig zu werden.

Ein wichtiges Mittel hiezu wird die Organisierung eines Inspektionsdienstes sein, der sich zunächst auf die Krankenkassen, dann aber auch auf die Jugendfürsorge, auf die Arbeitsvermittlung und auf die Invalidenfürsorge erstrecken soll. Diese Inspektion ist nicht gedacht als Ausübung einer lästigen Kontrolle, sondern sie soll anregend, belehrend, informierend wirken, die Verbindung der Zentralstelle mit den Außenstehenden erleichtern, kurz den papierenen Verkehr durch den persönlichen ersetzen. (Sehr gut!) Bei der Bestellung der Inspektionsorgane werde man ganz besonders Gelegenheit haben, dem Resolutionsantrag, betreffend die Auswahl der Beamten aus den verschiedenen Nationalitäten, Rechnung zu tragen, weil ja ganz besonders hier für einen klaglosen Verkehr des Ministeriums mit der Bevölkerung gesorgt werden müsse. Auch in anderer Hinsicht werde man der Schaffung eines geeigneten Unterbaues besonderes Augenmerk zuwenden.

Den ohnehin sehr stark belasteten politischen Behörden dürfe man nicht zu viel Neues zumuten. Es ist daher begreiflich, daß dieser Gegenstand im Ausschuß eingehend besprochen und im Zusammenhang damit namentlich auch der Errichtung von Arbeiterkammern und Arbeiterausschüssen in industriellen Etablissements gedacht wurde. Redner stehe diesen Bestrebungen durchaus sympathisch gegenüber und wisse den Bestand von Organen zu schätzen, die der freien Aussprache und der Vertretung der im Arbeiterstande vorhandenen Wünsche und Bedürfnisse dienen. Er werde daher gerne zu ihrer Verwirklichung die Hand bieten.

Der Minister gedenkt vor allem des Planes der Schaffung eines allgemeinen Jugendfürsorgegesetzes gedenken, eines Gesetzes, das in möglichst weitem Umfange den hilfsbedürftigen Kindern und Jugendlichen Unterstützung bringen soll und mit den Verhandlungen des Justizausschusses über die dort erliegende, auf ein engeres Teilgebiet beschränkte Vorlage über die Fürsorgeerziehung zusammenhängt. Bei aller Wertung der Familienbande, die wir natürlich nicht im mindesten lockern wollen, müsse man doch sagen, daß die gehörige Betreuung und Erziehung der Kinder nicht Elternsache allein ist. Die Sache des Kindes ist auch Sache des ganzen Volkes und zuletzt auch Sache des Staates, und die Allgemeinheit werde dort eingreifen müssen, wo der gute Wille oder die Fähigkeit der Eltern versagen. Diesem Gedanken, daß die Jugendpflege auch Sache der Staatsverwaltung sei, liegt schon die ausdrückliche Aufnahme der Jugendfürsorge in den Wirkungskreis des neuen Ministeriums zugrunde. Selbstverständlich dürfe man sich dabei nicht lediglich auf die in direkter Gefährdung oder Not befindliche Jugend beschränken, sondern Redner denke an eine planmäßige Förderung aller der Jugend zugute kommenden Einrichtungen. Den organisatorischen Ausdruck dieser Bestrebungen wird die Errichtung eines eigenen Jugendamtes im Schoße des Ministeriums bilden, das schon nach außen hin in einem gewissen Grade die Marke der Selbständigkeit an sich trägt, damit der Verkehr mit den Außenstehenden sich möglichst einfach, ohne die Formalitäten des ministeriellen Verkehres, abwickeln könne. Kommt doch gerade auf diesem Gebiete ein Verkehr mit kirchlichen Institutionen, mit Jugendämtern der Städte und anderen Schöpfungen der Selbstverwaltung mit loseren und strammeren Vereinsorganisationen in Frage.

Was die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen anbelangt, wolle sich Redner enthalten, ein eingehendes Programm aufzustellen, und zwar in Anbetracht der Größe und Neuartigkeit der Aufgabe. Erwähnt sei nur, daß vor kurzem bereits eine Versammlung der Bureauleiter der Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger abgehalten und dabei mancherlei Wertvolles zutage gefördert wurde. Bei den weiteren Maßnahmen auf diesem Gebiete werde man es mit einer Fülle schwieriger und wichtiger Fragen zu tun haben: so besonders mit der richtigen Absteckung der staatlichen und der freiwilligen Fürsorge, dem Ausbau der Organisation und namentlich der Schaffung eines Netzes von Fürsorgestellen, auch werde man sich — worauf großer Wert zu legen ist — mit den Frauen der Kriegsinvaliden zu befassen haben, weil diese

Die Zeit

23./XI. 1917

Budgetausschuß.

Der Budgetausschuß, über dessen Sitzung wir im Abendblatt berichteten, setzte seine Verhandlungen fort.

Handelsminister Dr. Freiherr v. Wieser erörtert die Grundzüge des Generalkommissariats für Kriegs- und Uebergangswirtschaft. Mehr denn je werde nach dem Kriege der freien Initiative Raum gegeben werden müssen. Wenn sich auch der wirtschaftlichen Betätigung zum Teil ganz neue Bahnen eröffnen werden, so werden wir den freien Unternehmungsgeist nicht vermissen können, insbesondere für den Gewerbestand werde das Handelsministerium mit aller Kraft eintreten. Das Handelsministerium war es auch, von dem die Richtlinien für die Gesetzesvorlage über die Bildung eines gewerblichen Kredit- und Hilfsfonds festgestellt wurden.

Der Wert von Triest.

Eine der vornehmsten Aufgaben des Handelsministeriums nach dem Friedensschluß werde es sein, die Schäden zu heilen, die unser wichtigstes Handelsemporium Triest erlitten habe. Der Wert Triests, das mit unermeßlichen Opfern gehalten wurde, wurde erst im Kriege in seiner ganzen Größe empfunden, und im Frieden wird dieser Wert um so weniger verkannt wreden.

Uebergehend zu den Erörterungen, die die Seeschiffahrt im Ausschuß gefunden habe, verweist der Minister darauf, daß die Schiffsverluste unserer Handelsflotte im Kriege glücklicherweise verhältnismäßig gering seien und daß wir uns diesfalls in einer besseren Situation befinden als die meisten kriegführenden Staaten. Der Minister erörtert in diesem Zusammenhang die Frage der im Kriege vollzogenen Schiffsverkäufe.

Nachdem der Minister noch über die Entschädigungsansprüche infolge des Unterganges des Lloydschiffes „Baron Gautsch" gesprochen hatte, wendet er sich der Erörterung der Fragen der Seefischerei zu. Bei Erörterung der Binnenschiffahrt bespricht der Minister zunächst die Fragen unserer Donauschiffahrt und verweist darauf, in welch hohem Maße gerade der Krieg die Wichtigkeit des Donauweges dargetan habe. Im Zusammenhang mit der Hebung unserer Schiffahrt auf der Donau stehe die Frage der Binnenkanäle, die in ein neues Licht gerückt worden sei und von der Tagesordnung nicht mehr verschwinden werde. Der Minister betont das lebhafte Interesse, das das Handelsministerium dieser Frage entgegenbringe.

Die Handelshochschulen.

Der Frage der Errichtung von Handelshochschulen sich zuwendend, verweist der Minister darauf, daß sich bei der Behandlung dieser Frage in der Oeffentlichkeit zwei Meinungen gegenüberstehen, von denen die eine den größten Wert auf die akademische Ausbildung unseres Kaufmannsstandes lege. Das Handelsressort habe im Einvernehmen mit dem Unterrichtsministerium sich bisher nicht veranlaßt gesehen, den Wünschen nach Verleihung des Hochschulcharakters an die Exportakademie Rechnung zu tragen, da diese Schule bei aller Fürsorge für die Entwicklung der Handelswissenschaften auf eine gründliche praktische Ausbildung der Hörer den Hauptwert lege.

Unsere Wirtschaft nach dem Kriege werde auf die Initiative und Tüchtigkeit der in Handel und Industrie tätigen Faktoren aufgebaut sein. Die Periode wirtschaftlichen Aufschwunges, in der wir uns vor dem Kriege befunden haben, hätte in dieser Beziehung erfreuliche Beweise der Leistungsfähigkeit unserer produzierenden Stände gegeben. Durch den Krieg haben wir vieles gelernt.

Der Minister wendet sich sodann der Besprechung der Beschwerden über die Postverhältnisse zu und erörtert die außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen die Postverwaltung infolge der enormen Verkehrszunahme und des Personalmangels zu kämpfen habe.

Das Versagen der Post.

Generalpostdirektor Sektionschef Dr. v. Wagner-Jauregg muß zugeben, daß das Bild, das sich in bezug auf die Lage der Postanstalt im vierten Kriegsjahr ergibt, im allgemeinen ein ungünstiges sei. Hierfür könne allerdings das Personal, mit dem die Postanstalt in den Dienst getreten sei, schlechterdings nicht verantwortlich gemacht werden. Die Gründe, die an der allmählichen Verschlechterung der Postverhältnisse schuld sind, seien folgende: die Verminderung des Personals und der Betriebsmittel, der rasche Wechsel der Betriebsvorschriften und die Verkehrssteigerung. Die Reduktion des Personals infolge des Einrückens zur Truppe und infolge der Abgabe von Personal an das Heer für Zwecke des Heeres betrage mehr als ein Drittel des Friedensstandes der Postanstalt. Hierzu komme nun die Verminderung der Leistungsfähigkeit infolge der bekannten wirtschaftlichen und Ernährungsverhältnisse sowie die zum Teile mindere Qualität des uneingeschulten Ersatzpersonals. Eine große Schwierigkeit liege auch in der großen Anzahl neuer Betriebsvorschriften infolge des Krieges, der Einführung des Feldpostverkehrs und des Postverkehrs der Kriegsgefangenen und Internierten, infolge der Schwankung der Valuta beim internationalen Geldanweisungsdienst, infolge der Einführung von militärischen Zensurmaßregeln usw. Zu all dem komme aber eine ganz kolossale Verkehrssteigerung.

Redner bespricht dann auch die vielfach beklagte Unsicherheit bei der Post und die Postdiebstähle; er verweist insbesondere darauf, daß eine sehr große Anzahl von Verlusten an Paketen auf Momente zurückzuführen sei, für die die österreichische Postverwaltung nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Die Arbeitsverhältnisse bei der Postsparkasse.

Glöckel (deutscher Sozialdemokrat) verweist darauf, daß die Arbeitsleistung der Angestellten des Postsparkassenamtes eine außerordentlich hohe ist. Durch die Arbeiten für die Kriegsanleihe, durch die Verwendung für militärische Zwecke ist eine wesentliche Steigerung der Arbeitsleistung eingetreten. Der Personalmangel bewirkt, daß Ueberstunden in einem Ausmaß angeordnet werden, daß die körperliche Gesundheit und die geistige Leistungsfähigkeit wesentlich herabgesetzt werden. Die Angestellten leiden unter den allgemeinen Erscheinungen der Unterernährung, aber auch unter den Uebelständen, die sich aus der Natur des Postsparkassendienstes ergeben. Der ungleiche, stoßweise Einlauf bedinge eine ungleich starke Arbeitsleistung, um so notwendiger sei es, durch Entgegenkommen gegenüber der Beamtenschaft und Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche die Arbeitsbedingungen günstiger zu gestalten. Redner bringt einen Antrag ein, der auf die Abstellung verschiedener Uebelstände im Postsparkassenamt abzielt.

Dr. Heilinger (deutschnational) stellt eine Resolution betreffend die Stabilisierung der Kanzleigehilfen und die Aufhebung des sogenannten Kündigungsparagraphen, betreffend die Vergütung der durch den Untergang des Schiffes „Baron Gautsch" entstandenen Schäden durch den Oesterreichischen Lloyd und betreffend die Erhöhung der Provision beim Verkauf der Postwertzeichen auf drei Prozent.

Gouverneur der Postsparkasse Dr. v. Schuster weist darauf hin, daß die Folgen des Krieges auch an der Postsparkasse nicht spurlos vorübergehen konnten. Das männliche qualifizierte Personal ist durch die Einberufungen um mehr als dreihundert Beamte vermindert worden. Dieser Ausfall mußte durch Aufnahme weiblicher Hilfskräfte gedeckt werden. Es werde alles getan, das Personal nach Kräften weiter zu vermehren. Die Arbeitslast des Postsparkassenamtes ist in der Tat durch die Kriegsanleihen und die damit zusammenhängenden Arbeiten gesteigert worden. Es ist der opferwilligen Haltung des Perlonals zu danken, daß diese gesteigerte Arbeitslast bisher anstandslos bewältigt werden konnte. Jeder Bedienstete fühlt sich solidarisch mit dem Ruf der Postsparkasse. Die Ueberstunden haben, wie Abg. Glöckel hervorgehoben hat, ihre Ursache in der Ungleichmäßigkeit der Einläufe. Das Personal muß auf den Durchschnitt abgestellt werden, und wenn die Einläufe stark sind, kann die Aufarbeitung nur durch Zuhilfenahme von Ueberstunden erfolgen. Die Institution der Ueberstunden an sich ist kein Ideal, sondern ein unvermeidlicher Notbehelf. Ununterbrochene Permanenzen durch längere Zeit finden nicht statt, sondern es sind gewisse Unterbrechungen vorgeschrieben. Dem Personal werden regelmäßige Arbeitspausen, sogenannte Frühstückspausen, gewährt und Sonntags ruht der Dienst fast immer vollständig.

Smrcek (tschechischer Staatsrechtler) bespricht eingehend die Notwendigkeit einer besseren Ausbeutung der reichen Naturschätze des Reiches.

Berichterstatter **Zenker** stellt folgende Anträge:

1. Zur schleunigsten Inangriffnahme der unerläßlichen Arbeiten und Vorsorgen für die Uebergangswirtschaft wird der Regierung ein außerordentlicher Kredit von 50 Millionen Kronen zum 11. Abschnitt des Staatsvoranschlages (Handelsministerium) bewilligt.

2. Der Oberste Rechnungshof wird beauftragt, in Ausübung des ihm eingeräumten Rechtes die Rechnungen der Zentralen ständig zu prüfen und dem Abgeordnetenhause über das Ergebnis dieser Prüfung halbjährig Bericht zu erstatten.

3. Die Regierung wird aufgefordert, ausländische Forderungen der Exporteure im Wege der Versicherung unter Uebernahme eines gewissen Risikos seitens des Staates zu diskontieren.

Neue Freie Presse
25./XI. 1917
196

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Milliardenumlauf und Kapitalsüberschuß.

Wien, 24. November.

Ein Notenumlauf von siebzehn Milliarden, Neuausgabe papierener Geldzeichen von einer Milliarde Kronen in jedem Monat sind Zeichen schwerer Störungen im Körper der Geldwirtschaft und müssen zu ernstem Nachdenken anregen. Die Notenpresse arbeitet in allen Ländern Tag und Nacht; auch in Deutschland, dessen ökonomischer Organismus doch ehern festgefügt ist, sind sechzehn Milliarden Mark Noten und Darlehenskassenscheine im Umlauf; kein Staat ist von Erscheinungen der Inflation verschont geblieben, selbst in England ist die Papiergeldzirkulation mehr als viermal so groß als in der Zeit vor dem Kriege. Was aber im jetzigen Moment die Bedenken steigert, ist das rapide Tempo, das die Geldvermehrung gerade in den letzten Monaten angenommen hat. In den ersten drei Kriegsjahren ist der Umlauf von 2 1 auf etwa 13 Milliarden, in jedem Monat durchschnittlich um 300 Millionen Kronen gestiegen, in der letzten Zeit beträgt die Neuausgabe dagegen eine Milliarde im Monat. Woher diese Beschleunigung der Schöpfung neuen Geldes, die Vervielfachung der Bedürfnisse? Gewiß sind die Kosten des Krieges, trotzdem sich die militärischen Operationen jetzt nur noch auf einer einzigen Front vereinigen, namhaft gestiegen, da die Preise aller Bedarfsgüter des Heeres um ein Mehrfaches teurer geworden sind. Die Unterhaltsbeiträge für die Familien der Einberufenen erfordern in Oesterreich allein in jedem Monat mehr als eine Viertelmilliarde, für die gesamte Staatsmaschine, für Unterstützungen der Beamten, für das Personal der Bahnen und sonstigen staatlichen Betriebe werden weit höhere Summen als ehedem benötigt. Auch die Gelderfordernisse des freien Verkehrs haben sich gesteigert, da an Stelle der Kreditwirtschaft allenthalben die Barzahlung getreten ist, und jeder einzelne größere Geldreserven hält; die Teuerung der Warenpreise schafft verstärkten Bedarf an Zahlungsmitteln, wie auch umgekehrt die Ueberfüllung des Verkehrs mit Noten ohne Zweifel einen neuen Stachel für ein weiteres Emporschnellen der Preise bildet. Der Staat borgt bei der Notenbank, weil seine Bedürfnisse wachsen und die anderen Quellen der Geldbeschaffung, in erster Linie die Kriegsanleihen, nicht voll zureichen. Die staatliche Kreditaufnahme ist das Ventil, durch welches die neuen Noten aus der Bank ausströmen und in den Verkehr gelangen; die ungeregelte Wirtschaft, die Preisteuerung, die von allen Seiten zusammenfließenden Erfordernisse sind die Ursachen, welche die neu ausgegebenen Noten auffangen und im Verkehr erhalten.

Dreiundzwanzig Milliarden Kronen sind in Oesterreich, elf Milliarden in Ungarn gezeichnet worden; wenn die neue Kriegsanleihe den Erwartungen entspricht, werden es zusammen zweiundvierzig Milliarden Kronen werden, vielleicht auch mehr. Das sind gewaltige Summen, die alles je Dagewesene übersteigen und das Erstaunen unserer Feinde erregt haben, sie sind aber, wie seltsam eine solche Behauptung erscheinen mag, viel zu wenig, und selbst die Aufbringung solcher Kapitalien bleibt hinter unserer Leistungsfähigkeit noch weit zurück. Von der Forderung Helfferichs, daß im Kriege jeder Kapitalsüberschuß zur Bestreitung der Kriegskosten bereitgehalten werden müsse, sind wir in Oesterreich noch sehr entfernt. Es ist eine oft beobachtete Erscheinung, daß sich weite Gebiete des Reiches, die Vertreter ganzer Ständegruppen und Nationalitäten, der Zeichnung auf die Kriegsanleihe fast vollständig entzogen haben. Die Werbung um die Kriegsanleihe ist, obzwar sie nun schon zum siebenten Male eingesetzt hat, doch über das ursprüngliche Gebiet ihrer Betätigung kaum wesentlich hinausgedrungen, in den Listen erscheinen immer wieder die nämlichen Namen, neue Gebiete sind nur in unzureichendem Maße erschlossen worden. Noch fehlen die Besitzer vieler riesiger unbeweglicher Vermögen oder beteiligen sich nur mit Summen, die in beschämendem Mißverhältnis zu ihrem Reichtum stehen; noch laufen aus großen nördlichen Gebieten, in denen sich Ergiebigkeit des Bodens und altansässige Entwicklung industrieller Arbeit vereinigen, die Anmeldungen äußerst spärlich ein und trotzdem die gewaltigen Waffenerfolge längst alle ausschweifenden Träumereien zerstreut haben, zeigt sich kein Fortschritt, der das Bewußtsein der dauernden entschlossenen Zugehörigkeit zum einheitlichen Gefüge des Staates bekunden würde. Noch liegen riesige Kapitalien müßig und unangelegt. Die Einlagen bei Banken und Sparkassen steigen unausgesetzt und die Entnahmen, die im Gefolge einer jeden Anleihesubskription einhergehen, werden immer wieder rasch nachgefüllt. Die Einlagen bei den zehn Wiener Banken und ersten Sparkassen sind seit dem Ausbruch des Krieges um zwei Milliarden gestiegen; bei sämtlichen Sparkassen des Reiches muß der Zufluß reichlich das Doppelte dieser Summe ausmachen. Noch größer ist das Anschwellen der Guthaben im Kontokorrent der großen Finanzinstitute. Bei den sieben Wiener Großbanken sind die Kreditoren bis Ende 1916 um vier Milliarden Kronen gewachsen und dürften heuer neuerlich stark zugenommen haben; fügt man die ungarischen Institute und die großen Provinzbanken hinzu, so gelangt man zu einer Vermehrung der Guthaben, die hinter der Riesenziffer von acht Milliarden kaum zurückbleiben kann. Diese ungeheuren Summen werden vorwiegend von der Industrie flüssig gehalten, keiner Anlage zugeführt, weil sie vermeint, diese Mittel beim Uebergang zur Friedenswirtschaft sofort zu benötigen. Die einfache kaufmännische Erwägung könnte lehren, daß sich ein Wechsel in der ganzen Entwicklungsrichtung der Wirtschaft, der solche Kapitalserfordernisse zeitigt, nur sehr allmählich und vielleicht erst nach Jahr und Tag vollziehen wird, daß auch die Anlage in Kriegsanleihe jederzeit die Verfügungsmöglichkeit über den größten Teil des Kapitals gestattet, daß das lange Brachliegen eine unsinnige Verschwendung an Zinsen, jährlich von mindestens zwei Prozent bedeutet.

Das Wachsen der Einlagen bei Sparkassen und Banken entspringt in erster Reihe den riesigen Gewinnen, die Handel und Industrie im Kriege und aus dem Kriege gezogen haben. Die Unverhältnismäßigkeit dieser Gewinne, die übermäßige Höhe der Preise, die für Lieferungen an das Heer und für den privaten Verbrauch im Kriege bezahlt wurden und noch an jedem Tage bezahlt werden, ist oft erörtert worden, ohne daß es gelungen wäre, Abhilfe zu finden. Diese Gewinne hätten bei vorsichtiger Kalkulation und zureichender staatlicher Energie niemals in solcher Höhe entstehen dürfen und es ist ein sehr magerer Trost, daß jetzt im nachhinein der Versuch unternommen wird, sie durch die Kriegssteuer wieder abzunehmen, zumal die Schädigung der Gesamtheit aus der schmählichen allgemeinen Preisteuerung verbleiben muß. Ein namhafter Teil dieser Gelder stammt aus der Verflüssigung von Vorräten, doch ist dieser Prozeß im vierten Kriegsjahr längst abgewickelt, da die Industrie schon seit geraumer Zeit Vorräte nur mehr in solcher Höhe besitzen dürfte, die sie für die Fortführung ihres Betriebes unumgänglich benötigt. Vorräte in großem Umfange hat dagegen die Landwirtschaft. Trotz der Beschlagnahme der Ernten scheinen doch erhebliche Getreidemengen von den Erzeugern zurückgehalten worden zu sein, sei es, daß sie sich Reserven für den eigenen Verbrauch sichern oder aus erwarteten besseren Preisen Nutzen ziehen wollen, wie sie ein geheimer Schleichhandel in phantastischer Höhe zeitigt. Namentlich scheint ein großer Teil der heurigen beispiellos glänzenden Weinernte auf diese Art dem Verkehr entzogen worden zu sein. Große überschüssige Kapitalien entstammen auch aus unterbliebenen Investitionen. Die Bahnen haben trotz der Abnützung durch den überanstrengten Kriegsverbrauch ihren Fahrpark und ihre Anlagen nur in unzureichendem Maße ergänzen können, die Fabriken haben neue Maschinen nur in den allerdringendsten Fällen angeschafft, sich mit den alten Kesseln und Anlagen so lange es geht, beholfen, weil sie jetzt ungeheuerliche Preise bezahlen müßten und hoffen, im Frieden zu weitaus billigeren Bedingungen bestellen zu können. Der Hausbau ist ganz stillgestanden, nur die allernotwendigsten Reparaturen und Ergänzungen wurden vorgenommen. Die Summen für die Erneuerungen wurden selbstverständlich zurückgelegt und werden als Reserven für die später erforderlich werdenden Anlagen gehalten. Auch solche Gelder könnten wenigstens zum Teile und vorübergehend den staatlichen Bedürfnissen dienstbar gemacht werden.

Große, noch unverwendete Kapitalien sind vorhanden und unausgenützt, nicht minder bedeutende Summen wurden für Zwecke verwendet, die mit den Aufgaben des Staates in losem oder gar keinem Zusammenhange stehen. Durch die Kapitalsvermehrungen von Banken und Industrieunternehmungen, die namentlich während der ersten Zeit freigebig bewilligt wurden, sind Milliarden flüssigen Kapitals gebunden worden; manche von ihnen, namentlich bei Betrieben, die für den Krieg arbeiten, waren unentbehrlich, überwiegend entsprangen sie aber dem Wunsche, eine vielleicht vorübergehende Placierungsmöglichkeit auszunützen, und hätten ganz gut auch auf spätere Zeit zurückgestellt werden können. Gewaltige Summen wurden in einer der Allgemeinheit in keiner Weise förderlichen Marktbewegung verpufft, zu tollen Kursen in Dividendenpapieren angelegt, und die Uebertreibungen auf dem Aktienmarkte haben nirgends derart über die Stränge geschlagen wie bei uns. Auf dem Anlagemarkte ergaben sich durch die Art der Leitung der Veranlagungspolitik arge Mißverhältnisse. Die vierprozentigen Pfandbriefe einer böhmischen Hypothekenbank werden mehrere Prozente über Pari, die meisten anderen vierprozentigen Pfandbriefe und Prioritäten nahe am Parikurse bewertet. Auch Häuser sind mit einem Zinsertrag, der sich nur zwischen zwei und drei Prozent berechnet, gekauft worden mit der unbestimmten Hoffnung, aus einer künftigen Mietzinssteigerung vielleicht wieder einen vier- oder viereinhalbprozentigen Ertrag herauswirtschaften zu können. Gleichzeitig werden aber neue Staatspapiere mit einem Erträgnisse von mehr als 6¼ Prozent angeboten. Kann es in heutigen Zeiten eine bessere Gewähr geben als das unverletzbare Versprechen des Staates, und kann die Sicherheit, welche die Verpfändung des Bodens bietet, bei der so weit ausgebauten Steuerhoheit, die jeglichen Besitz erfaßt, berechtigterweise höher gewertet werden? Ein solcher Abstand in den Preisen der Papiere und den Erträgnissen möglicher erstklassiger Anlagen dürfte in keinem anderen Lande vorkommen und ist ein deutlicher Beweis, daß noch immer große Kapitalien sich bewußt und in voller Verkennung der Sachlage und ihrer Verpflichtung von den Kriegsanleihen fernhalten, wohl auch nicht mit der nötigen Umsicht und Energie auf diese hingeleitet werden. Die Zeiten sind so ernst, daß die letzte Krone dem Staate angeboten werden müßte für den beispiellosen Kampf, den er um den eigenen Bestand und die Existenz eines jeden einzelnen führt. Auch in Deutschland wurde darauf hingewiesen, daß trotz der gewaltigen Ergebnisse der Kriegsanleihen noch sehr große Beträge für den Abschluß des Krieges und den Wiederaufbau benötigt, die Anstrengungen um Heranziehung neuer Mittel auch in der Folgezeit noch verstärkt werden müssen. Das gilt in gleichem Maße für unsere heimische Wirtschaft. Der Notenumlauf von siebzehn Milliarden ist eine Mahnung zur Sparsamkeit und zur rationelleren Ausnützung aller Kapitalsquellen. Wird sie beherzigt, so kann sich der Erfolg schon bei der jetzigen Kriegsanleihe zeigen.

197

25./XI. 1917

Die österreichische und ungarische Wirtschaftspolitik.

Vom Geheimen Rate General Landwehr v. Pragenau,
Vorsitzenden des gemeinsamen Ernährungsausschusses.

In einer Auseinandersetzung zwischen dem Geschäftsführer des Oesterreichisch-deutschen Wirtschaftsverbandes Professor Dr. Rudolf Kobatsch mit dem Präsidenten des Ungarisch-deutschen Wirtschaftsverbandes Reichstagsabgeordneten Baron Julius Madarassy-Beck in den Spalten des „Pester Lloyd" wird über die Aufgaben der beiden Wirtschaftsverbände sowie über die Ziele und Folgen der Wirtschaftspolitik diesseits und jenseits der Leitha so manche Bemerkung geäußert, zu der ich gern Stellung nehmen möchte.

Trotz aller gegenteiligen Meinung und beiderseitigen Klagen über das mangelnde Entgegenkommen des andern Teiles und trotz der fast leidenschaftlichen Abwehr, die Baron Madarassy-Beck gegenüber den Angriffen im österreichischen Parlament findet, ist es doch fraglos, daß durch alle diese Erörterungen sich ein Verstehen kundgibt, der Wunsch, einen Ausweg aus allen Wirren und den Weg zum gegenseitigen Vertrauen zu finden. Wie ein heller, zarterer und edlerer Klang übertönt der Ausdruck des Gefühles einer unzerstörbaren Gemeinsamkeit die harten Worte, die in beiden Lagern laut werden.

Jeder dieser beiden Männer kämpft für sein Volk in Fragen, die in unsrer schweren Zeit wichtiger sind als je. Aber diesem Kampfe, der sie manchmal auch gegeneinander führt, liegt eine Wahrheit zugrunde, die, wenn sie auch

Morgen- und Abendblatt mit täglich einmaliger Postversendung:
Monatlich . . . . . 5 K — h
Vierteljährig . . . . . 14 K — h
Halbjährig . . . . . 28 K — h
Ganzjährig . . . . . 56 K — h
Mit täglich zweimaliger Postversendung:
Monatlich . . . . . 5 K 60 h
Vierteljährig . . . . . 16 K 50 h
Halbjährig . . . . . 33 K — h
Ganzjährig . . . . . 66 K — h
Für das Ausland:
Mit täglich einmaliger Postversendung:
Für Deutschland vierteljährig 20 K
Für die andern Länder des Weltpostvereines 22 K
Bei den Postämtern vierteljährig:
In Deutschland Mark 9.12, Schweiz Fr. 13.80, Bulgarien Fr. 14.90.
Inserate übernehmen alle renommierten in- und ausländ. Annoncenbureaux.

...t.

51. Jahrgang.

unausgesprochen bleibt, doch von ihnen beiden genau so gefühlt wird wie von jedem Menschen diesseits oder jenseits der Leitha: daß Oesterreich und Ungarn, jeder Staat im andern seine natürliche Ergänzung findet, durch die allein er erst zur Entfaltung seiner vollen Macht und wirtschaftlichen Kraft gelangen kann. Es ist wie in einer Ehe, in der Mann und Frau sich in kleinen Streitfragen gegeneinander stellen; im Augenblick aber, da ein gemeinsamer Feind ihre Zusammengehörigkeit bedroht, da irgendeine Gefahr sich dem Wohle des einen naht, das im tiefsten Grunde durch ihre unlösliche Einheit auch das Wohl des andern ist: in diesem Moment sieht man die streitenden Parteien ihren Groll vergessen, um geeint gegen die Gefahr zu kämpfen. Aus diesem Kampfe erhebt sich dann ihr Zusammengehörigkeitsgefühl aufs neue gestärkt und geläutert. Das ist ein Bild des Alltags, ein Bild des kleinen Menschen, das sich aber im gewaltigen Staatengefüge wiederholt. Da grollt Oesterreich auf, daß ihm Ungarn seinen Ueberfluß an Nahrungsmitteln vorenthält — da klagt Ungarn mit bitteren Worten, daß Oesterreichs Industrie es im Stiche läßt; aber in den gleichen Tagen schreiten die Kinder beider Länder Schulter an Schulter voran, um, stark durch ihre Einheit, geleitet von der weisen Güte ihres jungen Herrschers, den gemeinsamen Feind auf Italiens Boden zu schlagen.

Schon oftmals haben die Regierungen Oesterreichs und Ungarns miteinander gearbeitet, wenn es galt, Fragen zu lösen, die die Interessen beider Staaten gleich fühlbar berührten. Und nur durch dieses Zusammengehen ist es dann gelungen, Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen, die sich sonst einer gedeihlichen Entwicklung hemmend entgegengetürmt hätten. Heute erscheint uns vor allem eine Frage groß und ernst: die der Volksernährung. Baron Madarassy-Beck behauptet zwar, daß das Problem der Ernährung keine gemeinsame Angelegenheit zwischen Oesterreich und Ungarn sei und staatsrechtlich auch gar nie sein könne. Doch wird wohl jeder meiner Meinung sein: nur in engem Zusammenhalten können Oesterreich und Ungarn aus dem Riesenkonflikt des Weltkrieges siegreich hervorgehen, nur durch verständnisvolle gegenseitige Unterstützung wird es ihnen möglich sein, seine Folgen für das wirtschaftliche Leben der Staaten zu überwinden. Darum hat Ungarn auch das größte Interesse daran, Oesterreich durch Unterstützung mit Nahrungsmitteln schlagfähig zu erhalten; darum hat Oesterreich das größte Interesse, durch Zuwendung von Industrie- und Montanartikeln Ungarns Kraft zu stählen.

Schon im Frieden haben ja die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse der beiden Staaten ergeben, daß Oesterreich, das im großen und ganzen Industriestaat ist, vom Agrarland Ungarn dessen Ueberfluß an Bodenprodukten bezog, während anderseits der geringere Stand der ungarischen Industrie es notwendig machte, daß Oesterreich dem Bruderland mit diesen Artikeln aushalf. Durch den Krieg nun mußte sich selbstverständlich nicht nur das Bedürfnis des einen Staates steigern, er verschuldete es auch, daß der andre Teil nicht mehr so großzügig geben konnte wie bisher. Dieser Konflikt zwischen gesteigertem Bedarf einerseits und geschwächter Produktionskraft

nachmittag.

Schwert und Pflug in Friaul.

Offene Fragen.

(Drahtbericht des Kriegsberichterstatters der „Reichspost".)

(Vom Kriegspressequartier genehmigt.)

Große Südarmee, im November.

Wer Friaul in dessen Schicksalsstunde gesehen hat, war entzückt, ein so blühendes Land erobert zu wissen wer aber seine Kenntnisse über diese Gegend aus Zeitungen geschöpft hat, der muß glauben, Friaul sei immer nur Kanaan. Ich will versuchen, die dortigen Verhältnisse zu schildern, wie ich sie zu beurteilen gelernt habe; ich muß Illusionen zerstören, aber ich hoffe, auch Anregungen bringen zu können.

Wirtschaftlich kommt vom eroberten italienischen Boden einstweilen kaum mehr als die Provinz Udine in Betracht. Sie allein ist so weit den kriegerischen Handlungen entrückt, daß sie als Okkupationshinterland aufgefaßt werden kann. Diese Provinz deckt sich zugleich mit der nichtoffiziellen Bezeichnung der Landschaft — Friaul (Görz und Gradiska wurden von den Italienern als östliches Friaul bezeichnet). Bei einem Flächeninhalt von 6582 Quadratkilometern und einer Einwohnerzahl von 628.330 Seelen war sie eine der größten Provinzen des Königreiches*). Aber schon der Durchschnitt der Volksdichte, 95 Bewohner auf den Quadratkilometer, weist darauf hin, daß Friaul nicht so dicht besiedelt war, wie die eigentliche Ebene, in der 150 bis 200 Bewohner auf den Quadratkilometer entfallen. Tatsächlich war die Provinz nur etwa zur Hälfte hochkultiviertes Acker- und Gartenland, während die andere Hälfte ärmeres Gebirgsland ist. Friaul wurde in 17 Distrikte und mehr als 180 Gemeinden eingeteilt. Die Volkszählung 1901 ergab 614.270 Einwohner, von denen 580.797 als friaulisch-, 31.760 als slovenisch- und 1705 als deutschsprechend angeführt wurden. Ueber 50.000 Friauler gingen jährlich als Saisonwanderer über die Grenze und die geringe Zunahme der Bevölkerung läßt darauf schließen, daß auch die Auswanderung über See nicht gering war.

In den ebenen Strichen Friauls hatte die Landwirtschaft großen Aufschwung genommen. Ein besonderes Verdienst hat sich hiebei die Friauler Landwirtschaftliche Genossenschaft erworben, die bahnbrechend in der wirtschaftlichen Aufklärung auf dem flachen Lande wirkte. Seit 50 Jahren stehen landwirtschaftliche Wanderlehrer im Dienste der Genossenschaft und das Beispiel Friauls wurde erst zwei Jahrzehnte später von anderen italienischen Provinzen nachgeahmt. Um die Wende des 20. Jahrhunderts kam eine Wanderlehrkanzel für Landwirtschaft hinzu, die ihre Tätigkeit mit drei Abteilungen, in Spilimbergo, S. Vito und Tolmezzo, aufnahm. Einschlägige Berichte führen den Aufschwung der heimischen Landwirtschaft auf reichliche Anwendung chemischer Bodenzusätze zurück, wodurch die Erträgnisse an Feldfrüchten und Futtergräsern gesteigert, die Viehzucht gehoben und die Milchwirtschaft vervielfältigt werden konnten. Auch die zweckmäßigere Bewirtschaftung des Bodens, den Weinbau inbegriffen, sowie der vorteilhafte Zusammenschluß in landwirtschaftliche Genossenschaften und die Beschaffung von Schweizer Zuchtstieren zeitigten beste Ergebnisse. Aufzeichnungen besagen, daß, während die Friauler Landwirtschaftliche Genossenschaft 1887 für ihre Mitglieder nur 3200 Zentner Kunstdünger abgab, sie 1902 schon 126.215 Zentner auszufolgen hatte. Es gab kaum ein Dorf, das nicht seine genossenschaftliche Käserei besessen hätte und die Zahl der genossenschaftlichen Molkereien im Gebirge, Hügelland und in der Ebene betrug schon 1902 über 130. Schon zu jener Zeit bezog Friaul aus seiner Milchwirtschaft ein Einkommen von mehr als 3 Millionen Lire. Ansonsten wurden aus der Provinz noch ausgeführt: Futtermittel, Weizen (damaliger Jahresertrag 300.000 Hektoliter), Obst und Bauholz, von dem aus dem Gebirge über 50.000 Kubikmeter geliefert und zumeist Tagliamento abwärts geflößt wurden, Hornvieh, Käse und Trauben. Hochentwickelt waren auch Geflügelzucht und Eierhandel, die zusammen ein Erträgnis von mehr als 6 Millionen Lire abwarfen. Ein Wolff-Bericht der letzten Tage gibt für Friaul die Zahl der Rinder mit 200.000, der Schweine mit 60.000 und der Schafe mit 50.000 an. Als nichtgenügend für den Eigenbedarf nannten italienische Quellen: Mais (1902 1,200.000 Hektoliter), Hafer (30.000) und Wein 230.000 Hektoliter!). Auch der jährliche Ertrag an 2000 Tonnen Seidenkokons vermochte die Friauler Spinnereien nicht zu befriedigen.

Unverkennbar war auch der Aufschwung, den die Industrie in Friaul zu verzeichnen hatte. Er war aufs innigste mit der Nutzbarmachung der zahlreichen in der Provinz vorhandenen Wasserkräfte verbunden. Waren doch bei niedrigstem Wasserstande in Friaul 435.000 Pferdekräfte verfügbar, während selbst schwacher Wasserstand gar 536.000 Pferdekräfte freigab. Das größte Unternehmen dieser Art, die Ueberlandzentrale zu Montereale Cellina, in der die Fälle der Cellina ausgenützt wurden, ist vom Ingenieur Zenari entworfen und von der Societa italiana per l'utilizzazione della forze idrauliche del Veneto mit einem Anlagekapital von 6 Millionen Lire ins Leben gerufen worden. Cellina spendete friaulischen wie Trevisaner Fabriken, dann der Stadt und Festung Venedig, mitsamt den dort befindlichen großen militärischen Etablissements, Licht und Kraft. Die Werke waren für die Abgabe von 42.000 Pferdekräften elektrischer Energie angelegt worden. Nun stehen sie still. In Friaul wurden jährlich über 300 Tonnen Seidenstoffe erzeugt; stark entwickelt waren Wollspinnereien und -webereien, Ziegel-, Eisen- und Holzfabrikation; die Erzeugnisse der Lebensmittel- wie der chemischen Industrie.

So war Friaul beschaffen, ist es aber nicht mehr. Wohl hat die Provinz, zugleich Basis der italienischen Kriegführung, ungeheure Summen Geldes aufgesogen und, da sie auch Hauptstapelplatz sämtlicher Kriegsvorräte war, Ströme außerprovinzieller Erzeugnisse aufgenommen und neuen Kriegsindustrien Raum gegeben; aber sie blieb auch nicht von den harten Forderungen des Krieges verschont. Die Friedensbestände mußten angegriffen werden, die Arbeitskräfte nahmen ab. Und nun kam der Einbruch der Verbündeten. Die Bevölkerung der Grenzprovinz, von Panik ergriffen, flüchtete. Es ist fraglich, ob Friaul heute noch 50 Prozent seiner Bevölkerung hat. Udine, die Provinzhauptstadt, mit mehr als 50.000 Einwohnern, dürfte deren schwerlich 10.000 zählen. Diese Stadt, der geistige, finanzielle, industrielle und gewerbliche Mittelpunkt Friauls, von den fliehenden Italienern geplündert und von Tausenden von Kriegsleuten durchzogen, von Explosionen, Beschießungen, Bombenwürfen und Bränden heimgesucht, ist wirtschaftlich vernichtet. Sämtliche Fabriken sind vom Feinde niedergebrannt worden. Die ihrer Bahnverbindungen beraubten Heeressäulen der Verbündeten bleiben durch Wochen fast ausschließlich auf die Verpflegung vom Lande angewiesen, wobei sich, wenigstens für die erste Zeit, das System weitester Selbsthilfe aufdrängte. Es hat wenig zur Schonung der verbliebenen materiellen Bestände der Provinz beigetragen. Dann aber mußte auch die zurückgebliebene Bevölkerung, so gut sie konnte, für sich sorgen. In dem Wirbel des Durchzuges und des Umsturzes aller bestehenden Ordnung ein Problem, das wieder nur durch Rücksichtslosigkeit jedes einzelnen zu lösen war. Haben auch die Ortschaften Friauls viel weniger gelitten als unsere Niederlassungen in Galizien oder im Görzischen, weil in Italien mehr marschiert als gekämpft wurde, ist doch unverkennbar, daß die an Hauptvorrückungslinien gelegenen, von ihren Bewohnern verlassenen Siedlungen, namentlich Städte, wirtschaftlich zusammengebrochen sind.

Während in früheren Kriegen ein besetztes Land eben gut genug war, ausgeraubt und sich selber überlassen zu werden, legt der Weltkrieg und die mit ihm verbundene wirtschaftliche Bekämpfung den Mittelmächten nahe, sich jeden Zoll fremden Bodens fachgemäß dienstbar zu machen. Hiezu ist erforderlich, daß die operierende Armee so bald wie möglich der Sorge um die Verwaltung weiterabliegenden Gebietes enthoben werde. Schon um die allgemeine Beschlagnahme, die ebensoviel Schaden anrichtet, wie sie Werte erschließt, in geregelte Bahnen zu bringen und dadurch dem Heere nicht bloß den Bedarf des Augenblicks, sondern dauernd gesicherten Nachschub zu gewährleisten. Vor allem hat der im besetzten Lande vorgefundene Vorrat jeder Art den zunächst kämpfenden Heeren zugute zu kommen. Es muß aber auch die Landesbevölkerung rationell versorgt werden. Dadurch, daß ferner dem Hinterlande Nachschübe erspart bleiben, die für die eigene Bevölkerung verwendet werden können, ist schon viel gewonnen. Abgesehen von den Ersparnissen in den Frachtenbewegungen. Eine weitere Frage ist, inwieweit erobertes Gebiet heranzuziehen wäre, um jene Kriegsschäden, welche der Feind in unserem Lande verursacht hat, gutzumachen. Am dringlichsten aber dünkt mir, sogleich Maßnahmen zu ergreifen, damit das eroberte Land instand gesetzt werde, seine ihm verbliebenen Bodenschätze, hier zumeist landwirtschaftliche Erzeugnisse, zu beheben. Wir wissen, was wir im Frieden aus dem Görzischen herausholen konnten, um wieviel mehr aus dem viel größeren Friaul. Dazu aber müßten landeskundige Arbeitskräfte in die entvölkerte Provinz gebracht werden. Warum sollen wir nicht das Beispiel unserer Feinde nachahmen, die ausnahmslos unsere in Gefangenschaft geratenen Krieger nach Nationalitäten scheiden und verwenden? Man entlasse die aus Friaul stammenden kriegsgefangenen Bauern zur Heimarbeit, statt sie in Gefangenenlagern zu füttern; man dürfte damit auch im italienischen Heere mehr Friedenssehnsucht schaffen, als es sonst möglich ist. Denn, was nützt uns der Garten Italien, wenn er brach bliebe? Denken wir an Serbien, wo weite Strecken fruchtbarsten Landes unbebaut verbleiben müssen, weil der Arm fehlt, der die Pflugschar führte.

Kirchlehner.

*) Kronland Salzburg 7153 Quadratkilometer, Großherzogtum Oldenburg 6429 Quadratkilometer.

27./XI. 1917.

203

Dienstag, 27. November 1917

Zeitung

...

...gelehrten Sachen

...h M. 2.70 bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich ...50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche ... Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. ...in SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages

...26 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 803 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

...ngspolitik.

Deutschland und Rußland.

Ihre wirtschaftlichen Beziehungen.

Die Legende von der Vergewaltigung Rußlands durch die Deutschen verdankt dem Kriege ihren Ursprung. Zwar beklagten sich die Russen schon immer über den Handelsvertrag, der sie zwinge, ihr Holz in den wenig lohnenden rohen Blöcken auszuführen, während jenseits der Grenze schon die deutschen Sägemühlen bereit ständen, um sie in Bretter, Balken und andere gut bezahlte Halbprodukte umzuwandeln. Sie entrüsteten sich über den deutschen Schutzzoll auf Mehl, der Rußland nötige, das Getreide im Korn auszuführen, den Mahlverdienst aber dem Deutschen in die Tasche fließen lasse. Sie schimpften über die Ausfuhr der Rohhäute und Felle, die sie dann als Leder oder als Pelze wieder zurückkaufen müßten, und behaupteten, Landwirte und Industrielle, Arbeiter, Händler und Kaufleute seien in gleicher Weise durch die deutsch-russischen Handelsverträge geschädigt. Das war aber so ziemlich alles, und — sehr charakteristisch — schlossen diese Polemiken später dann fast immer mit einem Hinweis darauf, wie sich nach dem russischen Sieg die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland gestalten würden.

England ist es gewesen, das sowohl die Idee der angeblichen deutschen Vergewaltigung, als auch den Plan des Boykotts aller deutschen Waren nach dem Kriege in Rußland propagandierte — warum? das bewies eine im Herbst 1914 in Petersburg von Buchanan gehaltene Rede, worin derselbe in echt englischer Unverfrorenheit auseinandersetzte, wie sich die Engländer die wirtschaftliche Befreiung Rußlands vom deutschen Joche dachten. „England ist bereit," — so sagte er ungefähr — „in Handel und Industrie Deutschlands Stelle in Rußland zu übernehmen. Es wird alles liefern, was dieses bisher geliefert hat, und alles kaufen, was bisher in Deutschland abgesetzt wurde. Wir sind bereit, uns in die deutschen Nester (sic!) zu setzen, aber wir können nicht, wie es die Deutschen taten, lange Zeit verlieren, um uns einzuarbeiten; an unseren russischen Freunden ist es daher, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und sich unseren Geschäftsmethoden, der Art unserer Fabrikation anzupassen."

Diese Erklärung machte schon damals in vielen russischen Kaufmannskreisen viel böses Blut, denn auch über die Art dieser „Methoden" ließ man die russische Handels- und Industriewelt nicht lange im unklaren. Schwebende Geschäfte und Abschlüsse zwischen England und Rußland wurden — soweit sie seinerzeit durch deutsche Vermittlung zustandegekommen waren — entweder mit großem Verlust für die Russen liquidiert, oder sie blieben einfach in der Schwebe „bis nach dem Kriege". An Stelle des bisherigen indirekten, trat der direkte Geschäftsverkehr zwischen Rußland und England — den Kriegsverhältnissen entsprechend, natürlich zu wesentlich ungünstigeren Bedingungen. Russische Banken und Industrielle hatten noch durch Berlin zum Kurse von 9,60 Rbl. (das Pfund) gekaufte Sterlingbeträge — zahlbar in London — in ihrem Besitz; diese erkannten die englischen Verkäufer nicht an, „weil sie eben durch deutsche Vermittlung gemacht worden seien"; sie mußten gleichfalls schweben bleiben. Dagegen räumte London neue Kredite ein, aber zu einem Kurse von 15 Rbl. das englische Pfund. Schrie der Russe Gewalt — (denn seine Pfundschulden in England sollte er natürlich bezahlen) —, dann heißt es: „Wir Engländer müssen den ganzen Krieg finanzieren, da ist es vaterländische Pflicht jedes unserer Verbündeten, auch seinerseits Opfer zu bringen."

Abgesehen von der Art der Finanzierung der Geschäfte wurden aber auch die Warenpreise an und für sich — „der ungemein starken Nachfrage wegen" — ganz bedeutend hinaufgesetzt. Dabei entsprach die englische Ersatzware in qualitativer Hinsicht keineswegs den Anforderungen der russischen Käufer. Die großen Moskauer Textilindustrien hatten die ersten starken und kostspieligen Enttäuschungen. „Mit dem Zeug, das die Engländer Farbe nennen, habe ich mir meine ganze Ware verdorben! Gibt's denn tatsächlich nirgends als in Deutschland anständige Farben?" Solche und ähnliche Aeußerungen hörte man alle Tage. Und nicht nur an Farben, Chemikalien usw. haperte es, nicht nur die Industrie jammerte über alle möglichen Mängel, auch der Kaufmann — vom kleinen Krämer angefangen bis zum großen Warenhausbesitzer — wußte sich keinen Rat. Von der Nähnadel und dem Druckknopf bis zur landwirtschaftlichen Maschine, vom gewöhnlichen Kochgeschirr bis zum Automobil, von der elektrischen Glühbirne bis zu dem nach Tausenden von Pferdekräften zählenden Motor war Rußland (wie man jetzt erst zu merken pflegt) zu drei Vierteln

Berner Bund

27./XI. 1917

22
205

Die allgemeine Lage des Landes

(Rede von Bundesrat Calonder am schweiz. freisinnig-demokr. Parteitag in Bern.)

III.

Ist unser Land, dank unserer loyalen Neutralitätspolitik, unter dem Schutze unserer Armee, von den Greueln und Verheerungen des Krieges verschont geblieben, so wurden wir um so schwerer von der

wirtschaftlichen Krise

betroffen. Zum entsetzlichen Krieg mit den Waffen gesellte sich ein Wirtschaftskrieg, der die ganze Weltwirtschaft in Mitleidenschaft zog. Der internationale Handel und die internationalen Transporte zu Wasser und zu Lande wurden durch Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote und andere Maßnahmen in jeder denkbaren Weise erschwert und gehemmt oder auch ganz verhindert. Die Interessen des neutralen Handels wurden ohne weiteres den Interessen der Kriegsführung geopfert. Unsere Volkswirtschaft, die im allgemeinen so eng mit dem Weltverkehr zusammenhängt und die ganz besonders auf große Zufuhren an Rohstoffen und Nahrungsmitteln, sowie auf die Ausfuhr unserer industriellen Erzeugnisse angewiesen ist, erlitt mannigfache schwere Schädigungen. Ganze Erwerbszweige liegen heute noch tief darnieder.

Wir mußten uns, so gut es ging, den von Grund aus veränderten Verhältnissen anpassen, um unser wirtschaftliches Leben aufrecht zu erhalten. Das war nur möglich durch rasche, tiefeingreifende wirtschaftliche Maßnahmen auf Grund außerordentlicher Vollmachten des Bundesrates. Notverordnung folgte auf Notverordnung, um auf den verschiedensten Gebieten die Landesinteressen zu wahren.

Es vollzog sich auf diese Weise eine ganz neue, wirtschaftliche Entwicklung mit zahlreichen neuen, staatlichen, gemischten und privaten Organisationen im Gefolge. Diese Kriegswirtschaft dehnt sich noch immer mehr aus. Die außerordentlichen Vollmachten sind für die wirtschaftliche Leitung unseres Landes bis zum Ende des Krieges und während einer gewissen Zeit nachher unerläßlich.

Heute stehen wir noch mitten in der ungeheuren Krise, die sich immer mehr verschärft. Unsere Getreidevorräte sind ganz bedenklich zusammengeschmolzen.

Infolge drohenden Mangels an Kohlen und Rohstoffen, zum Teil auch wegen verhinderter Ausfuhr der Erzeugnisse, laufen verschiedene Industrien Gefahr, den Betrieb einstellen oder stark reduzieren und zahlreiche Arbeiter entlassen zu müssen.

Unsere Lage wird in der Hauptsache dadurch charakterisiert, daß unsere wirtschaftliche Existenz ebensosehr von der Zufuhr von Kohle, Eisen usw. aus den Zentralmächten, wie von der überseeischen Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus den Ländern der Entente abhängt. Und da der Wirtschaftskrieg zwischen den feindlichen Mächtegruppen mit Stoß und Gegenstoß, mit Schlag und Gegenschlag immer schärfer und rücksichtsloser geführt wird, so läuft die kleine, neutrale Schweiz Gefahr, zwischen den kämpfenden Riesen wirtschaftlich zerdrückt zu werden.

Die vielen Bemühungen des Bundesrates, das Land mit den notwendigen ausländischen Erzeugnissen zu versorgen, und die dazu dienenden internationalen Vereinbarungen, die nach langwierigen Unterhandlungen jeweils abgeschlossen werden konnten, sind im allgemeinen bekannt. Es liegt in der Natur dieser Verhältnisse, daß immer wieder neue Schwierigkeiten und neue Interessengegensätze auftauchen und unsere nationale Wirtschaft

digen. Außerordentlich erschwert sind namentlich auch unsere überseeischen Transporte, und zwar hauptsächlich wegen der allgemeinen Knappheit des Schiffsraumes.

Unsere große Sorge ist zurzeit die Getreidezufuhr, das tägliche Brot. Seit einiger Zeit haben wir trotz aller Anstrengungen keinen Weizen mehr aus Nordamerika beziehen können. Unsere jetzigen Vorräte reichen kaum für drei Monate. Dazu kommt allerdings unsere kleine inländische Getreideernte, die aber selbstverständlich die mangelnde Zufuhr aus dem Auslande nicht zu ersetzen vermag. Wenn man von der Selbstversorgung der Getreideproduktion absieht, genügt unsere diesjährige Ernte nach den Berechnungen unseres Brotamtes nur für 30 bis 35 Tage.

Unsere Getreideversorgung hängt vom Entgegenkommen der Vereinigten Staaten Nordamerikas ab. Wir vertrauen noch immer auf die Freundschaft der großen Schwesterrepublik.

Unsere Lage in bezug auf die Landesversorgung mit den unentbehrlichen ausländischen Erzeugnissen ist nicht nur ernst; sie ist sorgenvoll.

Wir beanspruchen gegenüber dem Ausland das Recht, uns als friedliche, unabhängige, streng neutrale Nation durch unsere Arbeit am Leben zu erhalten. Die Großmächte der beiden Gruppen können bei gutem Willen die unentbehrlichsten Zufuhren zweifellos gestatten, denn die Mengen, deren wir für unser kleines Land bedürfen, sind ja nur ein winziger, verschwindender Teil der ungeheuren Massen von Erzeugnissen, über die sie verfügen.

Es scheint mir nicht denkbar, daß irgend eine der großen Mächte, die die Welt beherrschen, fähig wäre, durch Abschneidung der Zufuhren unsere industrielle Tätigkeit lahmzulegen und uns so zum wirtschaftlichen Ruin zu verurteilen oder gar uns der Hungersnot preiszugeben. Das wäre nichts anderes als die Verneinung der internationalen Solidarität, durch die unser Staat mit den übrigen gesitteten Völkern sich verbunden fühlt.

Und wenn wir uns bei sorgenvoller Prüfung aller im Bereich der Möglichkeit liegenden Eventualitäten und Gefahren fragen, ob die Zentralmächte oder die Entente ernstlich daran denken könnten, aus realpolitischen Erwägungen uns durch Abschneidung der Zufuhren zur Verzweiflung zu treiben, um uns so auf ihre Seite herüberzuziehen, so können wir auch diese Frage verneinen. Denn das weiß die ganze Welt, daß wir unter keinen Umständen gewillt sind, uns der einseitigen Abhängigkeit irgend eines Staates oder irgend einer Staatsgruppe auszuliefern. Ist ja doch klar, daß eine solche ausschließliche und einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der Anfang vom Ende unserer politischen Unabhängigkeit wäre.

So dürfen wir auf Grund ruhiger, nüchterner Ueberlegung, zu welcher uns die bisherigen Erfahrungen zwingen, trotz allem die Hoffnung aussprechen, daß wir nicht umsonst auf den Gerechtigkeitssinn und auf die Weisheit der ausländischen Staatsmänner bauen, die über unsere Zufuhren zu entscheiden haben.

Aus der geschilderten Situation ergibt sich ohne weiteres unsere Pflicht zu sparsamster und sorgfältigster Verwendung der Lebensmittel sowie aller derjenigen Waren und Erzeugnisse, an denen wir Mangel haben. Diese Grundsätze müssen konsequent durchgeführt werden, und jedermann muß sich die dadurch bedingten Einschränkungen in der Lebensführung und im Handel und Wandel gefallen lassen. Einschneidende Verordnungen sind in diesem Sinne vom Bundesrat und von den Kantonsregierungen erlassen worden. Weitere, viel schärfere und umfassendere Maßnahmen werden zweifelsohne ergriffen werden müssen. Eine selbstverständliche, dringliche Forderung der Zeit geht dahin, die inländische Produktion möglichst zu steigern. Schmerzlich haben wir während dieses Krieges unsere allzu große Abhängigkeit vom Ausland erfahren. Es ist unsere Pflicht, schon jetzt, ohne Zeitverlust, durch vermehrte Ausnützung der wirtschaftlichen Kräfte unseres Landes unsere Abhängigkeit möglichst zu vermindern. Ich habe dabei vor allem die Getreide-, Gemüse-, Holz- und Torfproduktion im Auge. 50,000 Hektaren Wintergetreide werden schon diesen Herbst gemäß Bundesratsbeschluß vom 3. September angepflanzt werden. Aber es wird noch mehr geschehen müssen. Ausgedehnte Sumpfgebiete, wie die Linthebene, die Ebene von Magadino, die Ebene von Orbe usw. sollten entsumpft und wenn immer möglich für die Getreideanpflanzung im nächsten Frühjahr bereitgehalten werden. Die Produktion von Brennholz und Torf muß wesentlich erhöht werden. Was speziell die Torfproduktion anbelangt, die vor dem Krieg in den meisten Gegenden fast gänzlich eingegangen war, so ist alle Aussicht vorhanden, im nächsten Jahr mindestens eine Million Ster zu gewinnen (1917: 300,000 Ster). Freilich begegnen wir bei der Durchführung dieser Gedanken sofort dem Einwand, daß die nötigen Arbeitskräfte nicht aufzutreiben seien. Wenn es sich als durchaus nötig erweist, so müssen auch wir den sog. Dienst hinter der Front organisieren. Diese außerordentlich wichtige Frage wird gegenwärtig studiert. Hoffentlich werden wir zu einem positiven Resultat gelangen.

28./XI. 1917.

206

Die allgemeine Lage des Landes

(Rede von Bundesrat Calonder am schweiz. freisinnig-demokr. Parteitag in Bern.)

IV.

Bisher habe ich nur von großen Schwierigkeiten der Landesversorgung an sich gesprochen. Eng damit verbunden ist die allgemeine enorme

Teuerung,

unter der weite Kreise unseres Volkes schwer zu leiden haben. Bund und Kantone mußten besondere Fürsorgemaßnahmen treffen, um die soziale Not nach Möglichkeit zu lindern. Ich erwähne nur die Beiträge an die Verbilligung der Milch und die Abgabe von Milch, Brot, Reis usw. an Bedürftige zu billigen Preisen. Es handelt sich dabei um gewaltige Ausgaben des Bundes. Wenn die Teuerung weiter zunimmt und die soziale Not wächst, werden Bund und Kantone weitere Opfer bringen müssen.

Durch die zunehmende Teuerung sind insbesondere die Gehälter und Löhne der vielen Tausende von Beamten, Angestellten und Arbeiter des Bundes unzulänglich geworden. Daher die außerordentlichen Zulagen in den letzten Jahren. In dem Voranschlag für 1917 wurden im ganzen 14 Millionen Franken für die Beamten und Angestellten des Bundes und 18 Millionen für die Beamten und Angestellten der Bundesbahnen eingesetzt. Für das Jahr 1918 werden die Teuerungszulagen im ganzen noch etwas erhöht werden müssen.

So nimmt die finanzielle Belastung des Bundes, ganz abgesehen von den gewaltigen Mobilisationskosten, die bis zum Ende des Krieges die Milliarde übersteigen werden, beständig zu. Unsere Staatsrechnungen der letzten Jahre weisen große Defizite auf. Das mutmaßliche Defizit beträgt 46 Millionen, für 1918 60 Millionen. Unsere Finanzlage ist also ernst genug. Doch: plaie d'argent n'est pas mortelle. Bei aller Sorge um unsere Finanzen und um unsern Kredit, darf die führende und ausgleichende wirtschaftliche und soziale Tätigkeit des Bundes nicht beschränkt werden. Jede kleinliche

[illegible]

Verhältnissen bitter rächen. Um so mehr aber liegt die Notwendigkeit vor, neue Finanzquellen für den Bund zu eröffnen.

Das Programm des Bundesrates für die Finanzreform ist Ihnen bekannt. Es ist auf dem Wege der etappenweisen Verwirklichung. Das Stempelsteuergesetz wird zweifelsohne in Kraft treten und kürzlich hat der Bundesrat beschlossen, der Bundesversammlung eine ganz namhafte und ergiebige Erhöhung der Posttaxen zu beantragen. Auf andere wichtige Fragen der Finanzreform kann ich hier nicht eintreten.

Nur das Eine sei auch heute betont: ohne die sukzessive Erschließung neuer genügender Finanzquellen wäre der Bund nach dem Kriege zur Einstellung oder wesentlichen Einschränkung seiner bisherigen Tätigkeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet gezwungen und damit zur Ohnmacht gegenüber den wichtigsten neuen Aufgaben verurteilt.

Ueberblicken wir die gesamte, durch die Kriegslage geschaffene Lage, so müssen wir feststellen, daß eine Unzahl neuer und sehr schwieriger Fragen gegenwärtig und in nächster Zukunft der Lösung harren. Und die wirtschaftliche Krisis hört mit dem Ende des Krieges nicht auf. Die Uebergangsperiode nach dem Kriege wird neue schwierige Aufgaben aller Art bringen, deren Lösung wahrscheinlich von grundlegender Bedeutung sein dürfte für die spätere wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Mit dem umfassenden Studium dieser Probleme muß aber schon jetzt begonnen werden. Sodann möchte ich mit Nachdruck darauf hinweisen, daß wir die Pflicht haben, nach dem Kriege, sobald es unsere Finanzlage gestattet, unsere sozialen Reformen in weitherziger Weise auszubauen: Alters- und Invalidenversicherung usw. Das nationale Pflichtbewußtsein und das soziale Pflichtbewußtsein sind in unserer Demokratie unlöslich miteinander verbunden. So lastet eine wahrhaft erdrückende Summe von Arbeit und von Verantwortlichkeiten nicht nur auf den Behörden des Bundes und der Kantone, sondern auf dem ganzen Volk.

Wird die Schweiz alle diese Schwirigkeiten politischer, militärischer, wirtschaftlicher und sozialer Natur überwinden und durch die große Krisis hindurch sich als freier, lebensfähiger Staat behaupten können? Werden die Schweizer stark genug sein, lang dauernder Not und Drangsal zu widerstehen? Es ist im letzten Grunde eine große moralische Frage. Wir werden die außerordentliche Probe nur dann bestehen können, wenn unser ganzes Volk und vor allem die führenden wohlhabenden Kreise, vom Willen durchdrungen ist, alle Opfer zu bringen, die nötig sind, um das Leben des Staates aufrecht zu erhalten und um das Los der wirtschaftlich Schwachen erträglich zu machen. Das Wort Vaterlandsliebe muß zur schöpferischen Tat werden, die alle guten Kräfte des Volkes auslöst und zur höchsten Spannung bringt. Nur der Glaube und die bedingungslose Hingabe an die Ideale unserer im Dienste der Menschheit stehenden Demokratie können uns befähigen, die Aufgaben dieser schicksalsschweren Zeit zu erfüllen und alle kommenden Entbehrungen zu tragen. Das herrliche Wort: „Wir sind ein einzig Volk von Brüdern" muß uns zum Erlebnis werden.

Leider hat unser Volk bisher noch immer den furchtbaren Ernst der Zeit nicht erfaßt. Allzusehr steht es noch immer unter dem zersetzenden Einfluß des Egoismus, der Genußsucht, der kleinlichen Rechthaberei und aller schädlichen Einwirkungen einer materialistischen Auffassung. Wir würden in dieser Krise zugrunde gehen, wenn wir nicht Kraft, Halt und Richtung in den hohen geistigen Werten, die außerhalb und über den materiellen Lebensgütern stehen, zu finden vermöchten. Wirke darum ein jeder an dieser nationalen Erneuerung, indem er bei sich selbst beginnt.

Der Bundesrat und die andern Behörden können in großen nationalen Fragen nur dann mit durchschlagendem Erfolg wirken, wenn sie sich getragen wissen von der unerschütterlichen Ueberzeugung des Volkes. Eine solche nationale Einigkeit ist aber nur möglich auf Grund rückhaltloser Offenheit und unbedingten gegenseitigen Vertrauens, zwischen den Parteien, zwischen der deutschen und romanischen Schweiz und zwischen Bund und Kantonen. Mißtrauen ist ein Gift das die edelsten Gefühle verdirbt. Vertrauen weckt Vertrauen, gegenseitiges Verständnis und Wohlwollen. Wo gegenseitiges Wohlwollen und Verständnis zwischen den Eidgenossen herrscht, da finden sie sich ohne Mühe in der gleichen Liebe und Treue zum Vaterland, trotz der Verschiedenheit der Sprache der Konfession und der Parteien. Wir können daher nichts sehnlicher wünschen, als daß der gute Geist des Vertrauens in der eidgenössischen Familie walte und sie vor Zersetzung und Uneinigkeit schütze.

Stehen wir fest und treu zusammen, so werden wir uns der schädlichen und zersetzenden

ausländischen Einflüsse

erwehren können, die durch tausend Kanäle in das Leben unseres Volkes einzudringen

[illegible]

Wir werden dann auch imstande sein, die weltbewegenden Fragen, welche leider in unserer Presse und im täglichen Gespräche so oft durch ausländische Brillen betrachtet werden, vom eidgenössischen Standpunkt aus ins Auge zu fassen und zu beurteilen. Nur zu oft werden immer noch ausländische Interessen kritiklos mit unseren eigenen Interessen identifiziert.

Einig und geschlossen müssen wir auch sein, um all dem fremden Gesindel entgegenzutreten, welches das schweizerische Asyl- und Gastrecht mißbraucht, um Wucher, Spionage und antimilitaristische Propaganda zu treiben, und das auch sonst in mannigfacher Art und Weise die moralischen und wirtschaftlichen Interessen unseres Volkes schädigt. Nachdem gewisse Herren Refraktäre und Deserteure des Auslandes sogar in öffentlicher Versammlung ihre unverschämte Gesinnung zum Ausdruck gebracht haben, ist es endlich an der Zeit, der allzugroßen schweizerischen Gutmütigkeit ein Ende zu machen. Unsere edle Tradition, den politischen Flüchtlingen eine sichere Zuflucht zu gewähren, wollen wir ungeschmälert aufrecht erhalten. Und nach wie vor soll unser Asylrecht weitherzig geübt werden. Auch Refraktäre und Deserteure haben wir bisher immer als politisch Verfolgte behandelt, obwohl diese Praxis für uns und namentlich in der gegenwärtigen Zeit mit Opfern und Unannehmlichkeiten verbunden ist und obwohl manch einer dieser Flüchtlinge keine besondern Sympathien verdient. Dieses unser Entgegenkommen ist aber an diejenigen Bedingungen und Einschränkungen geknüpft, die unser nationales Interesse und unsere nationale Ehre gebietet. Wir werden auch unter dem Deckmantel des politischen Asyls keine gemeinen Verbrecher bei uns dulden. Alle Flüchtlinge, und überhaupt alle Fremden, die sich unanständig aufführen, die sich unsern Gesetzen und den Anordnungen unserer Behörden nicht fügen, sollen unser Land verlassen. Von dieser Auffassung geleitet, hat der Bundesrat neue, scharfe Vorschriften über die Fremdenpolizei im allgemeinen und insbesondere in bezug auf Refraktäre und Deserteure erlassen.

Wir wollen Ordnung haben im Schweizerhaus. Alle diejenigen Ausländer aber die sich anständig benehmen, sollen nach wie vor das Gastrecht der Schweiz genießen. Wir teilen unser karges Brot mit ihnen. Dabei geben wir der Hoffnung und der Erwartung Ausdruck, daß auch unsere Schweizer in fremden Landen mit dem gleichen Wohlwollen behandelt werden möchten.

Die nationale Einigkeit und das volle gegenseitige Vertrauen zwischen allen unsern Landesteilen ist auch die notwendige Voraussetzung für die richtige Erfüllung unserer internationalen Mission. Ist es nicht anmaßend von einer hohen internationalen Mission der kleinen Schweiz zu sprechen? Nie waren wir uns der Kleinheit unseres Gebietes und unserer Bevölkerung, unserer ökonomischen und militärischen Kräfte so sehr bewußt, wie angesichts dieser ungeheuren Weltkatastrophe. Wir müßten im Gefühl unserer Schwachheit und Ohnmacht vergehen, wenn wenn es rein nur auf die materielle Macht ankäme. Wir vertrauen aber vor allem auf

die Macht der Ideen.

Die Vorsehung hat uns die besondere internationale Aufgabe zugewiesen, Frieden und Freundschaft unter den Völkern zu fördern und der Menschheit zu beweisen, daß verschiedene Sprachstämme und Rassen auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens zu einer glücklichen Nation verbunden werden können. Frieden und Freundsachft nach innen und nach außen auf Grund der Freiheit und der Gleichberechtigung, das ist unsere Devise. Diese Ideen müssen aus sich selbst wirken, mit der ihnen innewohnenden unwiderstehlichen, aber langsam vordringenden Kraft. Wir können diese Wirkung nur durch das eigene Beispiel erhöhen, dadurch, daß wir diesen Grundsätzen in allen unseren Handlungen, in unserer auswärtigen und in unserer innern Politik treu bleiben.

Die Größe der Ideen, in deren Dienst wir uns betrachten, darf uns nicht verführen, unsere bescheidene und delikate nationale Stellung zu verkennen, die uns insbesondere während dieses Weltkrieges zukommt. Wir wollen und können uns niemand als Friedensvermittler aufdrängen, aber vor aller Welt wollen wir aussprechen, daß das Schweizervolk aus eigener großer Not und aus tiefer Liebe zur Menschheit sich von ganzer Seele nach dem Frieden sehnt, nach einem aufrichtigen und dauernden, auf Freiheit und Gerechtigkeit beruhenden Frieden. Was wir in der Richtung dieses heißen Friedenswunsches der Schweiz auch unternehmen mögen, immer werden unsere Worte und unsere Handlungen offen und aufrichtig sein und keinen Zoll breit von der geraden Richtlinie unserer Neutralität abweichen.

Der Idee einer neuen internationalen Rechtsordnung, durch welche die Beziehungen zwischen den Völkern der Gewalt der Waffen entzogen und der Herrschaft des Rechtes unterstellt werden sollen, bringen wir als friedliebender Staat selbstverständlich die wärmste Sympathie entgegen. Alle Bestrebungen für den Ausbau der internationalen Schiedsgerichte und für eine allgemeine weitgehende militärische Abrüstung, werden wir nach besten Kräften unterstützen. Die Abrüstungsfrage ist internationaler Natur und kann nur auf internationaler Grundlage gelöst werden.

Was die kleine Schweiz dazu beitragen kann, den Aufstieg der Menschheit zu glücklicheren, auf internationaler Freundschaft und Gerechtigkeit beruhenden Lebensverhältnissen zu fördern, das betrachtet sie als ihre heilige Pflicht, als ihre höchste Genugtuung. Möge bald der Zeitpunkt kommen, wo die entzweiten Völker zu solchen Werken menschlicher Solidarität sich endlich die Hand reichen.

Vorläufig wütet die Kriegsfurie weiter, weiter fließen Ströme von Blut und Tränen. Angesichts dieses fortgesetzten ungeheuren Elends, kann die Schweiz nichts Besseres und nichts Würdigeres tun, um ihre internationale Solidarität zu bekunden, als ihren Samariterdienst und ihre gesamte Tätigkeit zugunsten der vom Krieg so schrecklich heimgesuchten Völker fortzusetzen.

Neue Freie Presse

2./XII. 1917

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

Wirtschaftliche Friedensvorbereitung.

Wien, 1. Dezember.

An der Schwelle des letzten Jahresmonates strahlt die Friedenshoffnung hell auf. Der Krieg mit Rußland, der unserer Monarchie Sorge und Leid durch so lange Zeit gebracht, Leben und Freiheit von Millionen weggerafft hatte, ist tatsächlich zu Ende. Waffenruhe herrscht an der ganzen Ostfront, die Friedensverhandlungen werden bald einsetzen, vielleicht kann noch das Weihnachtsfest der bedrängten Welt die Einigung mit dem größten und volkreichsten unserer Feinde bringen. Der Krieg an der Westfront dauert fort; England und Frankreich scheinen von einer Beendigung nichts wissen zu wollen, obwohl auch dort das mahnende Gewissen unter den Besten des Landes immer lauter wird; voraussichtlich dürfte Präsident Wilson am nächsten Dienstag eine neue Kriegsbotschaft in die Welt senden. Dennoch bricht sich die Ueberzeugung immer mehr Bahn, daß dem ersten Schritte, den das russische Volk in mutiger Entschlossenheit getan hat, in absehbarer Frist die Anbahnung der Verständigung auf den anderen Schauplätzen folgen, daß neue Wendungen einsetzen werden, die im nächsten Jahre zum Abschlusse des Weltkrieges, zu einem allgemeinen Völkerfrieden führen dürften. Der wirtschaftliche Wiederaufbau der Welt nach vier Jahren der ärgsten, kaum jemals dagewesenen Zerstörungen kann naturgemäß erst mit dem allgemeinen Frieden einsetzen; aber auch ein Sonderfrieden mit Rußland bietet für Oesterreich-Ungarn und Deutschland gleichfalls bereits außerordentliche Möglichkeiten der Erholung und Entwicklung. Rußland ist eines der ungeheuersten Nahrungsreservoire der Welt. Sicherlich liegen viele Millionen Tonnen Getreide, Mehl, Fleisch ungenutzt in den entlegensten Gegenden und können wegen der Unzulänglichkeit der Beförderungsmittel nicht abgeführt werden. Die Speicher der Lagerhäuser von Odessa sind voll bis zum Bersten, die Versendung des Getreides ist aber weder auf dem Schwarzen Meere noch auf dem Landwege möglich. Die Schienengeleise sind verstopft, Lokomotiven und Waggons nicht verfügbar. Eine große Verkehrsorganisation könnte diese riesigen gebundenen Mengen freimachen, die Hungersnot im Lande mit einem Male stillen und große Quantitäten überschüssiger Brotfrüchte der eigenen Versorgung der verbündeten Mittelmächte zuführen. Auch der Export nach Rußland könnte sofort aufleben. Die russische Landwirtschaft ist im Kriege zurückgeschlagen, weite fruchtbarste Böden sind gar nicht oder unzureichend bebaut worden. Die Bodenbewirtschaftung des riesigen Reiches benötigt eine bedeutende Zahl landwirtschaftlicher Maschinen, Pflüge, Sensen, Sicheln, durchwegs Artikel, die unsere Industrie früher stets geliefert hat und im Frieden in fast unbeschränkten Mengen herstellen kann. Das Gebiet von der galizischen Grenze bis zum Stillen Ozean kann von wichtigen Zweigen unserer Industrie neu erobert werden.

Die wirtschaftliche Welt darf sich aber naturgemäß nicht auf den Frieden mit Rußland allein vorbereiten, der doch nur eine Zwischenstufe bilden kann, sondern muß in einem so weit vorgeschrittenen Zeitpunkte bereits die Grundlagen für den Uebergang zum allgemeinen Frieden schaffen, der den vierjährigen Zustand der Kriegswirtschaft ablösen wird. Die vorhandenen Kräfte verbieten es, alle möglichen Ziele sofort und mit einem Male in Angriff zu nehmen, vielmehr muß für die einzuleitende Tätigkeit eine gewisse Reihenfolge festgestellt, den dringendsten Bedürfnissen des Wiederaufbaues der Vorrang eingeräumt werden. Das Erste und Wichtigste ist aber die bessere Sicherung der Lebensmittelversorgung, die Neuorganisation der landwirtschaftlichen Tätigkeit. Wir haben die langen Kriegsjahre durchgehalten und durchgehungert, jetzt muß aber der im Kriege verarmte Boden mit erhöhter Intensität bebaut, mit neuem Lebensblute aufgefüllt werden. Die Landwirte werden sofort mit der Demobilisierung ihre Bestrebungen dahin vereinigen, die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Zugvieh frei zu bekommen. Der Mangel an Arbeitskräften macht eine erhöhte Verwendung von Sä- und Erntemaschinen notwendig; die Verwendung der Motorpflüge erfordert zureichende Mengen von Rohöl und Benzin, die während des Krieges gleichfalls für die Heeresbedürfnisse festgelegt sind. Künstliche Düngung ist eine der Lebensbedingungen des künftigen, auf eine Verdoppelung des Ertrages gerichteten landwirtschaftlichen Betriebes. Im Kriege sind Kalkstickstoffabriken entstanden, deren Erzeugnisse jetzt für den Heeresbedarf dienen und dann zur Gänze für die Bodenbebauung verfügbar sein werden. Kalisalze und Thomasschlacke werden gleichfalls benötigt werden und für die ersteren können Rumäniens Salzlager bedeutungsvoll werden. Nächst den Lebensmitteln ist Kohle das allerdringendste Massenprodukt, auf dessen erhöhte Beschaffung im kommenden Frieden die größte Sorgfalt verwendet werden muß. Die letzten Wochen haben eine fühlbare Besserung gebracht, die Gefahr weitgehenden Stillstandes vieler Industrien scheint überwunden, allein die Förderung ist von dem früheren Hochstand noch weit entfernt und wird auf einen weit besseren Stand gebracht werden müssen, um allen Bedürfnissen zu genügen, der Industrie für den beabsichtigten Massenbetrieb den wichtigsten Hilfsstoff zu liefern. Den Bergwerken und den Eisenhütten müssen die erforderlichen Arbeitskräfte wiedergegeben, die sonstigen im Kriege vernachlässigten Neueinrichtungen nachgeholt werden, damit wieder Eisen in einer den Anforderungen genügenden Menge hergestellt werden könne. Ungesäumt muß ferner, wie auch der Eisenbahnminister erklärt hat, die Ausrüstung der Bahnen mit neuen Hilfsmitteln aller Art, mit Schienen, Lokomotiven, Waggons in Angriff genommen werden, um den Verkehr rasch wieder zu heben. Im Kriege wurden manche Vollbahnen, neue Geleise, Feldbahnen gebaut, die dann der Friedenstätigkeit, namentlich der Landwirtschaft, dienstbar gemacht werden können. Auch Wagen und Automobile aller Art, die vom Heere in Anspruch genommen worden waren, werden dann wieder für den friedlichen Verkehr und die normale Güterproduktion Verwendung finden.

Die Friedensvorbereitungen der Industrie sind in der letzten Zeit auf mannigfachen Gebieten in ein akutes Stadium getreten. Bisher haben sich ihre Bestrebungen überwiegend in der Richtung bewegt, sich die genügenden finanziellen Mittel zu sichern; in der letzten Zeit sind jedoch viele Unternehmungen daran geschritten, die notwendigen Neueinrichtungen und Ergänzungen in Bestellung zu geben. Die Einschränkung vieler Betriebe durch den Kohlenmangel hat die Möglichkeit geschaffen, bereits dringend notwendig gewordene Reparaturen durchzuführen. Die Hüttenindustrie hat in der letzten Zeit zahlreiche neue Einrichtungen, überwiegend Walzwerksanlagen, in Angriff genommen; die im Kriege ungemein stark abgenützten Maschinen, Oefen, Kessel müssen zumeist durch neue ersetzt werden, zumal im Frieden wieder jene Profile bestellt werden dürften, die im Kriege nicht erzeugt wurden. Auch in Eisenkonstruktionen für industrielle Hochbauten zeigt sich in mannigfachen Industriegruppen erhöhter Bedarf, was auf ein Aufleben der Investitionstätigkeit hinweist; ebenso haben die Werkzeugfabriken große Nachfrage. Intensive Vorbereitungen sind in der Maschinenindustrie zu beobachten; den Fabriken liegen bereits seit einigen Monaten sogenannte Friedensaufträge vor, die erst nach dem Friedensschlusse zur Ausführung kommen werden. Solche Aufträge erstrecken sich auf fast alle Gebiete und haben in der letzten Zeit mit den wachsenden Friedensaussichten stark zugenommen. Die Petroleumindustrie rüstet gleichfalls eifrig. Da der Herstellung der neuen Einrichtungen für die Raffinerien gegenwärtig vielfach Materialmangel entgegensteht, greifen die Werke meist zu dem Auskunftsmittel, daß sie alte Apparaturen einstellen, um nur so rasch als möglich betriebsfähig zu sein. In der galizischen Erdölindustrie sind heuer zahlreiche neue Betriebe eröffnet und namentlich im Westen des Landes Erdöl- und Petroleumgesellschaften unter Beteiligung deutschen Kapitals ins Leben gerufen worden. In der Zuckerindustrie sind zerstörte Fabriken wieder aufzubauen. Die Bierbrauereien sind trotz des fast gänzlichen Stillstandes ihrer Betriebe an die Vorbereitung für die Wiederaufnahme der vollen Friedenstätigkeit geschritten; sie wissen, daß die Herstellung der benötigten Maschinen geraume Frist erfordern dürfte und haben diese bereits vor längerer Zeit in Auftrag gegeben. In der Spiritusbrennerei sind namentlich die galizischen Fabriken bestrebt, ihre Anlagen instandzusetzen und entsprechend zu ergänzen. Die chemische Industrie hat im Kriege große Gewinne erzielt, die ihr die Durchführung von Investitionen und die Beschaffung der erforderlichen Betriebseinrichtungen leichter machten als anderen Erzeugungsgruppen. Zahlreiche Neuanlagen wurden errichtet, die alten Fabriken erweiterten ihre Kapazität bedeutend und die chemische Industrie wird im Frieden in weitgehendem Umfange in der Lage sein, Artikel selbst zu machen, die ehedem mit großem Kostenaufwande aus dem Auslande bezogen werden mußten.

Auch in anderen Gruppen ist die vorbereitende Tätigkeit bereits umfassend; zum Teile wird eine vollkommene Umstellung und Neuorientierung nötig sein. Die Textilindustrie hat in der letzten Zeit beträchtliche Bestellungen an neuen Betriebsmitteln gemacht. Der Kohlenmangel lenkt die Aufmerksamkeit auf steigende Verwendung der elektrischen Energie und die Ausnützung der Wasserkräfte. Die Elektrizitätsgesellschaften vergrößern ihre Anlagen bedeutend, da sie starken Bedarf in der kommenden Friedenszeit erwarten. Viele Gemeinden und Industrien, besonders in den Alpenländern, schreiten an den Ausbau der verfügbaren Wasserkräfte, an die Errichtung elektrischer Zentralen für Kraft und Licht zur Sicherung billiger Betriebe. Alle Bestrebungen dieser Art, wie überhaupt eine ausgreifende Investitionstätigkeit haben allerdings einen Hemmschuh in den so außerordentlich verteuerten Baukosten und den ins Maßlose gestiegenen Preisen der Bedarfsartikel. Wer jetzt eine Fabrik baut, einen neuen Kessel aufstellt oder eine bestehende Einrichtung erwirbt, muß das Dreifache oder Fünffache des früheren Preises bezahlen und sich genau kalkulieren, ob er bei solchen Anlagekosten noch seine Rechnung finden kann. Nach ein oder zwei Friedensjahren werden die Preise hoffentlich bereits auf ein wesentlich mäßigeres Niveau herabgesunken sein, und jene, die auf dieser Grundlage Betriebe errichten, wären dann wesentlich besser daran als solche, die sich in den allerteuersten Zeiten zur Einleitung erweiterten Geschäftsbetriebes entschlossen haben. Ein großes Arbeitsprogramm, ein Gesamtplan auch für Neuanlagen und Investitionen, wäre hier von wesentlichem Vorteil. Ueberstürzung könnte in einer Zeit wo sich die Kosten neuer Anlagen so ungewöhnlich teuer stellen, gefährlich werden; in der Investitionstätigkeit ist es durchaus nicht allgemein und unbedingt richtig, daß am besten fährt, wer am ersten auf dem Platze ist.